

Christian Hartmann, Johannes Hürter, Peter Lieb,
Dieter Pohl

Der deutsche Krieg im Osten 1941–1944

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte

Band 76

Christian Hartmann, Johannes Hürter,
Peter Lieb, Dieter Pohl

Der deutsche Krieg im Osten 1941–1944

Facetten einer
Grenzüberschreitung

*Mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft,
Forschung und Kunst*

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

© 2009 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzu-
lässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikro-
verfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Satz: Schmucker-digital, Feldkirchen b. München
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-59138-5

Inhalt

<i>Horst Möller</i> Geleitwort	VII
<i>Christian Hartmann/Johannes Hürter/Peter Lieb/Dieter Pohl</i> Vorwort	1
<i>Christian Hartmann</i> Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht? Überlegungen zur Struktur des deutschen Ostheeres.	3
<i>Dieter Pohl</i> Die deutsche Militärbesatzung und die Eskalation der Gewalt in der Sowjetunion	73
<i>Johannes Hürter</i> Die Wehrmacht vor Leningrad. Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42	95
<i>Dieter Pohl</i> Schauplatz Ukraine. Der Massenmord an den Juden im Militär- verwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941–1943	155
<i>Johannes Hürter</i> „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg“. Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici.	199
<i>Peter Lieb</i> Täter aus Überzeugung? Oberst Carl von Andrian und die Judenmorde der 707. Infanteriedivision 1941/42	271
<i>Christian Hartmann</i> Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“. Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten	307

Johannes Hürter

Nachrichten aus dem „Zweiten Krimkrieg“ (1941/42). Werner Otto von
Hentig als Vertreter des Auswärtigen Amts bei der 11. Armee. 369

Christian Hartmann/Jürgen Zarusky

Stalins „Fackelmänner-Befehl“ vom November 1941.
Ein verfälschtes Dokument. 393

Nachweis der Druckorte. 401

Angaben zu den Autoren 403

Geleitwort

Mit dem vorliegenden Band schließt das Institut für Zeitgeschichte sein Projekt über die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg ab. Dieses Projekt entstand nach Vorüberlegungen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und intensivierte seitdem die Forschungen des Instituts für Zeitgeschichte zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs erheblich. Wenngleich auch früher einzelne Studien zu diesem Themenkomplex erarbeitet wurden, so gab es doch bisher nie ein so umfassend angelegtes, vielgliedriges Forschungsprojekt. 1999 bewilligte das damalige Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst finanzielle Mittel für die erste Stufe dieses groß angelegten Projekts.

Die Kontroverse über die sogenannte (erste) „Wehrmachtsausstellung“, die 1995 eröffnet wurde, reaktualisierte das geschichtswissenschaftliche Interesse, provozierte aber auch heftige öffentliche Diskussionen, an denen ich mich selbst (zuletzt in der FAZ vom 03.01.2000 „Eine Blamage, wahrlich keine Pionierleistung. Die falschen Bilder der ‚Wehrmachtsausstellung‘ waren Folge einer verfehlten Konzeption.“), aber sich auch andere Wissenschaftler des Instituts beteiligten. Das Konzept des Instituts sah weniger militärhistorische Studien im engeren Sinn vor als vielmehr die Untersuchung der Funktion der Wehrmacht während der nationalsozialistischen Diktatur sowie ihre Sozialgeschichte. Damit wurden von Beginn an methodisch neue Wege beschritten, wodurch einerseits die vorliegenden Forschungsergebnisse ergänzt, andererseits völlig neue Fragestellungen entwickelt wurden.

Insgesamt wurden im Institut fünf große Monographien mit einem eindeutigen Schwerpunkt auf dem Krieg gegen die Sowjetunion seit 1941 erarbeitet, außerdem veröffentlichten die Mitarbeiter dieses Projekts insgesamt mehr als 50 Aufsätze, Einzelstudien und Dokumentationen, aus denen hier eine Auswahl publiziert wird, die die fünf Monographien substantiell ergänzen. Im Rahmen dieses Projekts erschienen seit 2006 folgende fünf Monographien:

- Johannes Hürter, *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42*, München 2006, 2. Auflage München 2007.
- Peter Lieb, *Konventioneller Krieg oder Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44*, München 2007.
- Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, München 2008.
- Andreas Toppe, *Militär und Kriegsvölkerrecht. Rechtsnorm, Fachdiskurs und Kriegspraxis in Deutschland 1899–1940*, herausgegeben in Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte, München 2008.
- Christian Hartmann, *Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42*, München 2009.

Wie die Themenstellung erkennen läßt, handelt es sich hier nicht um Synthesen, sondern um exemplarisch konzipierte Monographien unter den genannten Leitfragen.

Das Institut hat im Kontext dieses Forschungsprojekts weitere einschlägige Arbeiten veröffentlicht, beispielsweise folgende Bände: den von Thomas Schlemmer herausgegebenen Band *„Die Italiener an der Ostfront 1942/43. Dokumente zu Mussolinis Krieg gegen die Sowjetunion.“* (München 2005), die von Bogdan Musial herausgegebene Dokumentation *„Sowjetische Partisanen in Weißrußland. Innenansichten aus dem Gebiet Baranoviči.“* (München 2004) oder auch die von Johannes Hürter und Jürgen Zarusky publizierten Studien *„Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden.“* (München 2008).

Zudem veranstaltete das Institut gemeinsam mit anderen Institutionen mehrere Kolloquien, so z. B. mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung eine Konferenz mit dem Titel *„Verbrechen der Wehrmacht“* in Hamburg 2004 (publiziert unter dem Titel *„Verbrechen der Wehrmacht. Ergebnisse und Kontroversen der Forschung“*, herausgegeben von Christian Hartmann, Johannes Hürter und Ulrike Jureit, München 2005) oder auch Kolloquien am Institut für Zeitgeschichte, die in zwei Bänden der Reihe *„Zeitgeschichte im Gespräch“* unter dem Titel *„Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung“*, herausgegeben von Dietmar Süß, München 2007, sowie *„Von Feldherren und Gefreiten. Zur biographischen Dimension des Zweiten Weltkriegs“*, herausgegeben von Christian Hartmann, München 2008, publiziert wurden, und schließlich die Tagungen *„Die ‚Achse‘ im Krieg. Politik, Ideologie und Kriegführung 1939–1945“* mit dem Deutschen Historischen Institut in Rom 2005 und *„Massen oder Menschen? Militärische Biographien im Zeitalter der Weltkriege“* mit dem Deutschen Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges im Institut für Zeitgeschichte in München 2006.

Das Institut für Zeitgeschichte hat sich auf diese Weise nicht allein an den öffentlichen Debatten beteiligt, sondern in den letzten zehn Jahren einen eigenen großen Forschungsschwerpunkt zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs begründet. Dabei war es trotz der zum Teil unsachlich geführten Debatten während der 1990er Jahre zu keinem Zeitpunkt zweifelhaft, daß die Monströsität des Zweiten Weltkriegs singulär ist (vgl. dazu Horst Möller, *Die Weltkriege des 20. Jahrhunderts in militärischer Sicht*, in: *Historie und Leben. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag*, herausgegeben von Dieter Hein, Klaus Hildebrand und Andreas Schulz, München 2006, S. 547–559) und daß er unter vielfachem Bruch des Kriegsvölkerrechts vom nationalsozialistischen Deutschland, vor allem gegen die Sowjetunion, als „rassenideologischer Vernichtungskrieg“ geführt wurde, wie das Andreas Hillgruber schon 1965 in seinem fundamentalen Werk *„Hitlers Strategie“* herausgearbeitet hat. Zahlreiche Studien haben seitdem immer wieder für unterschiedliche Kriegsschauplätze und unterschiedliche Orte die Entgrenzung der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und den damit verbundenen millionenfachen Mord herausgearbeitet. Seit den Nürnberger Prozessen, in den zwei führende Militärs, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel und Generaloberst Alfred Jodl, zum Tode verurteilt wurden, unterlag es keinem Zweifel, daß Teile der Wehrmacht so-

wie ihre Führung eine große Verantwortung für diese Kriegsverbrechen trugen bzw. sich selbst in erschreckendem Maße daran beteiligten. Trotz dieses Befundes sind Pauschalurteile wissenschaftlich inakzeptabel. Auch darf die wechselseitige Steigerung von Massenverbrechen – durch feindliche Armeen, darunter auch die Rote Armee – aus dem Gesamtbild nicht ausgeblendet werden. Keines der begangenen Verbrechen rechtfertigt ein anderes.

Mit dem Abschluß dieses Projekts wird das Institut für Zeitgeschichte seine einschlägigen Forschungen nicht einstellen, da gerade die Erträge der hier erarbeiteten Studien immer wieder zeigen, wie groß die Lücken unserer Kenntnisse noch sind – Forschungslücken jedoch, die die Gesamtbewertung nicht grundsätzlich verändern werden. Der Dank gilt nicht allein allen Wissenschaftlern und sonstigen Mitarbeitern in diesem Projekt, sondern auch der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst, die die Realisierung ermöglicht haben.

München, im Juli 2009

Horst Möller
Direktor des Instituts für Zeitgeschichte
München – Berlin

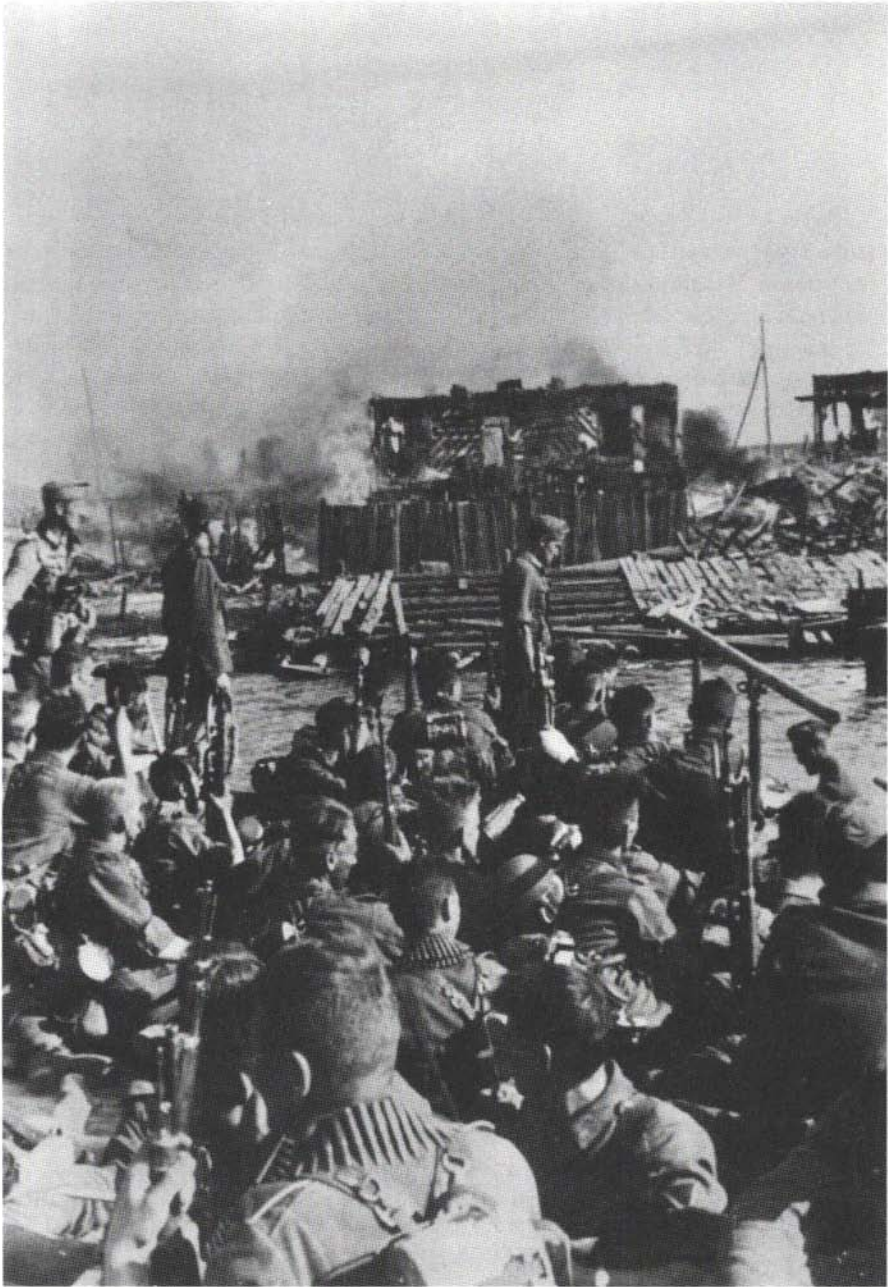
Vorwort

Große Fragen erfordern viele Antworten. Zur Frage nach der Verantwortung der Wehrmacht und ihrer Angehörigen für Krieg und Verbrechen hat das Projekt „Wehrmacht in der NS-Diktatur“ am Institut für Zeitgeschichte vier umfassende und sich gegenseitig ergänzende Monografien vorgelegt, die sich aus verschiedenen Perspektiven mit dem deutsch-sowjetischen Krieg 1941–1944 sowie, im Vergleich dazu, mit dem Krieg im Westen 1943/44 beschäftigen. Hierbei handelt es sich um Überblicksdarstellungen zu zentralen Aspekten des Geschehens. Doch selbst diese „dicken“ Bände von jeweils mehreren hundert Seiten präsentieren nur Teilergebnisse. Angesichts der Fülle von Ereignissen, Personen, Schauplätzen und damit auch Quellen erscheint es sinnvoll, die wichtigsten unserer kleineren Studien zum Ostkrieg nochmals in einer zusammengefassten Form zu präsentieren. Sie dokumentieren nicht nur ein Stück Wissenschaftsgeschichte, sondern vermitteln auch eine Vorstellung von der Vielfalt des Themas und zugleich von nicht weniger vielfältigen Möglichkeiten des wissenschaftlichen Zugangs. Schon die Quellen, auf denen die hier versammelten Aufsätze basieren, können das veranschaulichen: Neben die persönlichen Tagebücher und Briefe von Offizieren tritt die dienstliche Berichterstattung der militärischen Kommandobehörden. Thematisch reicht der Bogen von Teilbilanzen über Fallbeispiele bis hin zu Detailfragen wie der Authentizität einer einzelnen Quelle.

Während der Debatte um die Wehrmacht wurde immer wieder die Frage nach „der“ Meinung des Instituts für Zeitgeschichte gestellt. Auch unsere „kleinen“ Beiträge sind ein Beleg dafür, dass es diese eine Meinung nicht gibt und auch nicht geben kann. Unsere Forschungen sind Ausdruck eines pluralistischen Wissenschaftsverständnisses, das gerade bei einem solch komplexen und sensiblen Thema die Voraussetzung der notwendigen Multiperspektivität ist. Der Leser wird uns schwer erkennen, dass jeder der vier Autoren sein eigenes Bild von der Wehrmacht entwickelt und zu eigenständigen Ergebnissen gelangt, die nicht immer mit den Interpretationen seiner Projektkollegen übereinstimmen. Zugleich aber hat – wie wir hoffen – das Bemühen um wissenschaftliche Redlichkeit zu einer so differenzierten Darstellung geführt, dass es Mühe bereitet, die Autoren in irgendwelche Schubladen einzuordnen. Wenn wir dadurch zur Versachlichung der Debatte und zur Präzisierung des Geschichtsbilds beigetragen hätten, dann wäre die gemeinsame Arbeit in unserem Projekt nicht umsonst gewesen.

München, im Juni 2009

Christian Hartmann, Johannes Hürter,
Peter Lieb, Dieter Pohl



Deutsche Infanterie setzt über den Don, 1. August 1942
(Quelle: IfZ-Archiv)

Christian Hartmann

Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht?

Überlegungen zur Struktur des deutschen Ostheeres

Die Wehrmacht steht noch immer im Feuer. Doch geht es weder um einen militärischen Konflikt, noch ist sie einer der Kontrahenten – diese Auseinandersetzung ist anderer Natur. Eine Ausstellung ist durch Deutschland gezogen, und mit ihr ist eine Welle von Podiumsdiskussionen und Tagungen, von Traktaten und Leserbriefen, von Darstellungen und Erlebnisberichten über ein Land hinweggerollt, in dem ein zentraler Aspekt seiner Zeitgeschichte kaum noch der Erinnerung wert schien: dass sie eine überaus kriegerische gewesen ist und dass die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ohne den ausschlaggebenden Faktor des Krieges nur schwer verständlich bleibt.

In ihrem Umfang und in ihrer Aufgeregtheit hat jene Debatte, die in den letzten Jahren über die Wehrmacht geführt wurde, vielleicht aber den Blick dafür verstellt, dass sie im Grunde nur um eine einzige Frage kreiste: Handelte es sich bei der Wehrmacht um eine verbrecherische Organisation? Eine so intensive Auseinandersetzung über etwas längst Vergangenes, das nach Einschätzung des Bundesverteidigungsministeriums nicht einmal mehr zur Traditionsbildung taugt¹, bedarf der Erklärung. Denn zumindest als Institution ist die Wehrmacht für eine Gesellschaft, die sich vornehmlich als eine zivile definiert, doch ziemlich bedeutungslos geworden.

Nicht ganz so bedeutungslos sind für die deutsche Gesellschaft freilich die Menschen, die dieser Armee angehörten, die lebenden und die toten. 17 oder 18 Millionen Soldaten² sind keine Randgruppe. Thema der öffentlichen Diskussion war also kaum eine Streitmacht, über welche die Geschichte hinweggegangen ist und über die sie ihr Urteil längst gesprochen hat. Thema waren vielmehr jene unzähligen Beziehungen und Bindungen, die zu den Angehörigen der Wehrmacht bestanden und immer noch bestehen. Unter diesem Aspekt ist die Kernfrage der

¹ Vgl. Punkt 6 der Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr vom 20. 9. 1982, in dem es u. a. heißt: „Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen.“ Ferner Generalinspekteur Klaus Naumann, *Erinnern, lernen – nichts kopieren*, in: *Gehorsam bis zum Mord? ZEIT-Punkte* 3 (1995), S. 87–90; Bundesverteidigungsminister Volker Rühe, in: *DIE ZEIT* vom 1. 12. 1996, „Die Wehrmacht ist kein Vorbild“.

² Vgl. Burkhard Müller-Hillebrand, *Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaus*, Bd. 3, Frankfurt a. M. 1969, S. 253: 17,9 Mio.; Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999, S. 215: 17,3 Mio.

Wehrmachts-Diskussion zu präzisieren: Wie haben sich jene, die wir als *unsere* Angehörige bezeichnen, als Angehörige der Wehrmacht verhalten? Haben sie gegen das damals herrschende Kriegsrecht verstoßen oder zumindest doch gegen die ungeschriebenen Gebote von Anstand und Moral? Spricht statistisch viel dafür oder wenig, dass sie im letzten großen Krieg zu Kriegsverbrechern geworden sind?

Ein so großes und komplexes Thema auf seinen kleinsten Nenner zu bringen, ist alles andere als einfach. Das wenigstens hat die Debatte bewiesen. Ging der Organisator der ersten Wehrmachtsausstellung, Hannes Heer, noch großzügig davon aus, dass sich an der Ostfront mindestens 60–80 Prozent der Wehrmachtsangehörigen irgendwie an Kriegs- oder NS-Verbrechen beteiligt hätten³, so bezifferte Rolf-Dieter Müller, ein Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Potsdam, diese Quote auf unter 5 Prozent⁴. 60–80 Prozent oder 5 Prozent: Die Spanne zwischen diesen beiden Zahlen könnte kaum größer sein! Auch in dieser Hinsicht ist die neue Wehrmachtsausstellung ungleich besser und ehrlicher⁵; sie hat von vorneherein darauf verzichtet, sich auf eine Ziffer festzulegen. Das ist nicht ohne Konsequenz. Allerdings steht jene große und sperrige Frage, so wie sie die erste Ausstellung aufgeworfen hat, damit noch immer im Raum. Denn die Forschung ist noch längst nicht in der Lage, das Verhalten von Millionen von Soldaten zu quantifizieren. Angesichts der Größe des Themas, der lückenhaften Überlieferung und der Tatsache, dass nichts so schwierig zu dokumentieren ist wie ein Verbrechen, wird das flächendeckend wohl auch niemals möglich sein.

Doch geht es bei der Debatte wirklich um exakte Zahlen, um eine Quantifizierung in Ziffern vor oder gar nach dem Komma? Die Frage, welche Öffentlichkeit wie Wissenschaft bewegt, klingt gröber, einfacher und ist doch grundsätzlicher: Waren es viele oder wenige? Haben sich große, ja überwiegende Teile der Wehr-

³ Vgl. „Abrechnung mit Hitlers Generälen“, in: Spiegel Online vom 27. 11. 2001. Ferner Frankfurter Rundschau vom 11. 9. 1995, „Wehrmachtsoffiziere verteidigt“: „Demgegenüber meint das von Jan Philipp Reemtsma unterhaltene Institut, 70 Prozent der Soldaten an der Ostfront seien auf die eine oder andere Weise an den Verbrechen beteiligt gewesen, die zwischen 1941 und 1944 [...] unter Ein-schluss der Wehrmacht begangen wurden.“ Stuttgarter Zeitung vom 25. 9. 1995, „Die Legende von der unschuldigen Wehrmacht ist absurd“: „Den Vorwurf, die Ausstellung verallgemeinere in ‚un-zulässiger Weise, indem sie alle Wehrmachtsangehörigen zu Verbrechern stempelt‘, wies Ausstel-lungsleiter Heer zurück: rund achtzig Prozent aller Soldaten seien an den NS-Verbrechen beteiligt gewesen, eine Zahl, die der Historiker Herbert als ‚einigermaßen absurd‘ bezeichnete.“ Schon diese Zitate belegen, wie leichtfertig mit jenen Zahlen umgegangen wurde. Allerdings hat Heer schon vor Ende der ersten Ausstellung versucht, sich davon zu distanzieren. Vgl. etwa Birgitta Nedelmann, Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ und die Kon-struktion öffentlicher Diskurse, in: Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstel-lung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, Hrsg. vom Hamburger Insti-tut für Sozialforschung, Hamburg 1999, S. 230–261, insbes. S. 237 ff. Wirklich widerlegt werden Berichte wie die oben zitierten hier aber nicht. In einem Brief an das Institut für Zeitgeschichte vom 15. 7. 2002 schreibt Heer selbst, „das mir zugeschriebene Zitat stammt nicht von mir“.

Es ist müßig, darüber zu streiten, ob diese Äußerungen so gefallen sind oder nicht. Immerhin kön-nen sich Organe wie die oben genannten solche Falschmeldungen wohl kaum leisten. Wichtiger er-scheint aber in dem Zusammenhang die Überlegung, dass die alte Wehrmachtsausstellung so ange-legt war, dass sie eben diesen Eindruck zu vermitteln suchte.

⁴ Vgl. „Gegen Kritik immun“. Der Potsdamer Historiker Rolf-Dieter Müller über die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und die Thesen des Hamburger Instituts für Sozialforschung“, in: Der Spie-gel 23 (1999), S. 60–62.

⁵ Vgl. Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Ausstellungskatalog. Hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002.

macht direkt oder doch indirekt an NS- und Kriegsverbrechen⁶ beteiligt? Oder steht das Kriminelle letzten Endes doch nur für eine Minderheit? Das eigentlich sind die beiden sehr grundsätzlichen Positionen, die hinter den Einschätzungen von Heer und Müller stehen. Diese eine Ausgangsfrage: Waren es viele oder waren es wenige?, hat mittlerweile für die Bewertung der Wehrmacht fast schon paradigmatische Bedeutung erlangt. An ihr wird sich entscheiden, wie sich unsere Gesellschaft künftig an einen Krieg und an seine Teilnehmer erinnern wird, der den Rahmen alles bisher Bekannten sprengte. Der „Abschied von den Kriegsteilnehmern“ – so der Titel eines Romans von Hanns-Josef Ortheil⁷ – ist schon lange im Gange. Wie werden wir uns ihrer erinnern? Nur noch im Negativen? Oder wird man diese Generation, die nun langsam verschwindet, ganz einfach vergessen und künftig totschweigen?

* * *

Für eine Armee wie die deutsche, die noch bis 1933 über lediglich 115 000 Mann verfügte, waren die Einsatzräume, die sich ihr sechs Jahre später eröffneten, unermesslich groß. Sie erstreckten sich über fast ganz Europa, konnten aber auch – wie im Falle des Seekriegs – weit darüber hinaus reichen. Dennoch soll unsere Ausgangsfrage lediglich am Beispiel eines einzigen Kriegsschauplatzes diskutiert werden, am Beispiel der Ostfront und am Beispiel einer Teilstreitkraft, dem Heer. Die Ostfront war nicht irgendeine Front, so wie das Ostheer nicht irgendein Heer war. Vielmehr stand der deutsch-sowjetische Krieg über Jahre im Zentrum jener großen globalen Auseinandersetzung der Jahre 1939 bis 1945. Der Krieg im Osten war freilich auch – um eine Formulierung von Andreas Hillgruber aufzugreifen – das „Kernstück“⁸ jenes großen nationalsozialistischen Eroberungsprogramms, das vielleicht auf die ganze Welt, auf jeden Fall aber auf den gesamten europäischen Kontinent zielte⁹.

Daher waren an der Ostfront die meisten deutschen Soldaten eingesetzt: Betrug die Gesamtstärke des deutschen *Feldheeres* im Juni 1941 3,8 Millionen Soldaten, von denen zunächst 3,3 Millionen gegen die Sowjetunion kämpften, also 87 Prozent, so sank dieser Anteil 1942 auf 72 Prozent und schließlich 64 Prozent im Jahr 1943¹⁰. Das heißt, dass aber selbst dann noch knapp zwei Drittel der mit Abstand

⁶ Das Verbrecherische definiert sich in diesem Fall über das damals herrschende Völkerrecht. Schon mit Blick auf seine Grauzonen sollten freilich seine aktuellen Regeln, die nicht selten auf den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs basieren, ebenso wenig aus dem Blickfeld geraten wie das individuelle moralische Empfinden. Die entsprechende Kennzeichnung dieser unterschiedlichen Kategorien ist dann ein Gebot der historiographischen Redlichkeit. Vgl. hierzu auch Handbuch des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten. Hrsg. von Dieter Fleck, München 1994; Heinz Artzt, Zur Abgrenzung von Kriegsverbrechen und NS-Verbrechen, in: NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten – Grenzen – Ergebnisse. Hrsg. von Adalbert Rückerl, Karlsruhe 1971, S. 163–194.

⁷ Roman, München 1992, ungek. Taschenbuchausgabe, München 1999.

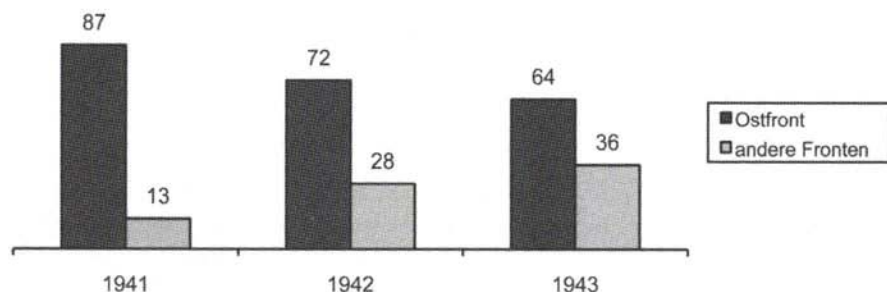
⁸ So Andreas Hillgruber, Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: VfZ 20 (1972), S. 133–153.

⁹ Vgl. hierzu Jochen Thies, Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers, Düsseldorf 1976.

¹⁰ Vgl. Müller-Hillebrand, Heer, Bd. 3, S. 65 f., 217. In Finnland waren weitere 150 000 deutsche Soldaten eingesetzt. Weitere Angaben bei Ernst Klink, Die militärische Konzeption des Krieges gegen die Sowjetunion, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (künftig: DRZW), Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 190–277, hier S. 270. Zahlen über die damals an der Ostfront eingesetzten Angehörigen von Luftwaffe und Kriegsmarine sind hier nicht angegeben.

größten deutschen Teilstreitkraft im Osten gebunden waren. Wenn der General Walter Warlimont, seinerzeit zweiter Mann im Wehrmachtführungsstab, rückblickend schrieb, der Angriff auf die Sowjetunion sei zur „Schicksalssendung der deutschen Wehrmacht“¹¹ geworden, so ist dieses altertümliche Urteil immer noch gültig – nun sogar in einem erweiterten Sinne: in einem militärischen wie auch in einem ethischen.

Eingesetzte Soldaten des deutschen Feldheeres 1941–1943 (in Prozent)



Angaben nach: Müller-Hillebrand, Heer, Bd. III, S. 65f., 217.

Aber selbst unter diesen beiden Prämissen eines einzigen Kriegsschauplatzes und einer einzigen Teilstreitkraft scheint ein skizzenhafter Überblick schwierig. Denn es geht letzten Endes nicht um das Verhalten einer einzigen Institution, sondern um das ihrer Millionen Angehörigen. Insgesamt waren wohl rund 10 Millionen Deutsche in den Weiten der Sowjetunion im Einsatz¹². Lässt sich deren Verhalten auf wenigen Seiten zusammenfassen? Oder sind mit dem Stand unseres jetzigen Wissens wenigstens einzelne Strukturen zu erkennen, mit denen sich unsere Ausgangsfrage beantworten ließe? Versuchen wir uns einer Antwort in sieben Thesen zu nähern:

1. Die Dominanz des Militärischen

Der Angriff auf die Sowjetunion konfrontierte die Wehrmacht mit einer Aufgabe, die ihre Kräfte und Möglichkeiten weit überstieg. An der Ostfront wurde sie erstmals vernichtend geschlagen, hier sind die deutschen Streitkräfte verblutet. Die permanente militärische Überforderung hat den Einsatz des deutschen Ostheers von Anfang an geprägt. Jene 3,3 Millionen Soldaten, die am 22. Juni 1941 in drei

¹¹ Walter Warlimont, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39–45. Grundlagen, Formen, Gestalten, München 1978, S. 133.

¹² Rolf-Dieter Müller, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt a.M. 1991, S. 2. Eine differenzierende Aufteilung nach Teilstreitkräften oder Organisationen war nicht zu ermitteln.

Heeresgruppen und zwölf Armeen zu einem Blitzfeldzug antreten sollten¹³, reichten eigentlich nur für große Durchbruchsschlachten im Grenzraum. Eine einzige Armee – das war damals die gesamte operative Reserve des Ostheers! Dass die Differenz zwischen den deutschen Absichten und Möglichkeiten immer größer wurde, dass der Sieg in immer weitere Ferne rückte, bis sich im Winter 1941 eine Wende vollzog, ist oft geschildert worden. Ursache dafür war nicht allein das Klima. Es gab Faktoren, die dem deutschen Konzept von Anfang zugegen liefen wie der unerwartet harte, in seiner Intensität nicht nachlassende sowjetische Widerstand, die deutschen Verluste, die schon im Sommer 1941 einen Höchststand erreichten, und nicht zuletzt der Raum, der sich mit dem deutschen Vormarsch wie ein Trichter erweiterte. Seit Dezember 1941 reduzierte sich die deutsche Führungskraft mehr und mehr darauf, die weit überdehnten Frontlinien mit all ihren Ausbuchtungen und Kesseln einigermaßen engmaschig zu besetzen. Damit lässt sich bereits ein simples, für die Geschichte und Struktur des deutschen Ostheers jedoch grundlegendes Faktum konstatieren: Die meisten deutschen Soldaten waren während des gesamten Ostkriegs an der Front eingesetzt und nicht in den rückwärtigen Gebieten. Es war die Front, die bis Sommer 1944 hielt, während große Teile des Hinterlands den deutschen Besatzern schon viel früher entglitten.

Der Faktor Raum! Ohne ihn lässt sich der Krieg, den die Wehrmacht in der Sowjetunion führte, nicht wirklich verstehen. Das gilt für seinen militärischen Verlauf wie auch für jene zentrale Frage, wie die Deutschen die eroberten sowjetischen Territorien zu beherrschen suchten. Knapp zwei Millionen Quadratkilometer waren ihnen bis zum Ende des Jahres 1942, zum Zeitpunkt ihres größten Ausgreifens, in die Hände gefallen¹⁴. Doch schon bald, ab Juli 1941, musste die Wehrmacht ihre gewaltige Beute teilen. Im Sommer 1942 waren die beiden Reichskommissariate „Ostland“ (400 000 qkm) und „Ukraine“ (533 000 qkm), die im Rücken ihres Hoheitsgebiets entstanden waren, fast genau so groß wie das Militärverwaltungsgebiet (1 000 000 qkm). Als eigentlicher „Hoheitssträger des Reichs“¹⁵ fungierte ein Reichskommissar mit einer Zivilverwaltung, während hier das Militär nur noch mit je einem Wehrmachtbefehlshaber präsent war, deren Streitmacht sich auf *zusammen* 100 000 Soldaten beschränkte¹⁶. Schon allein dies

¹³ Vgl. Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941*, Frankfurt a.M. 1965/31993, S. 504; Klink, *Konzeption*, in: DRZW, Bd. 4, S. 242 ff.; Karl-Heinz Frieser, *Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940*, München 21996, S. 437 ff.

¹⁴ Angaben nach: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945). Hrsg. vom Bundesarchiv, Bd. 8: Analysen, Quellen, Register. Zusammengestellt u. eingel. von Werner Röhr, Heidelberg 1996, S. 91. Geringere Angaben (1,5 Mio. qkm) in: Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew. Hrsg. u. eingel. von Rolf-Dieter Müller, Boppard a. Rh. 1991, S. 301.

¹⁵ Vgl. Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958, S. 103.

¹⁶ Dem Wehrmachtbefehlshaber Ostland unterstanden am 1. 11. 1943 53 896, dem Wehrmachtbefehlshaber Ukraine 49 243 Mann. Vgl. Bernhard R. Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, Bevölkerungverteilung und personelle Rüstung in der zweiten Kriegshälfte (1942–1944), in: DRZW, Bd. 5/2: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45, Stuttgart 1999, S. 777–1001, hier S. 976.

Zu ihren Aufgaben vgl. den Erlaß Hitlers vom 25. 6. 1941, in: „Führer-Erlasse“ 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Be-



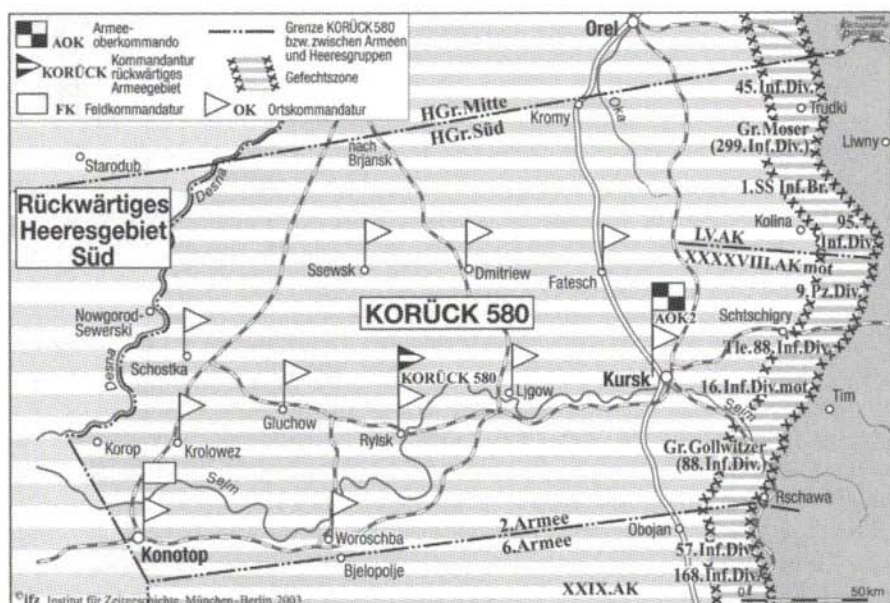
Die besetzten Gebiete der Sowjetunion – Stand Herbst 1942

war für die Militärs eine empfindliche politische Niederlage, selbst wenn sie sich etwas anderes einzureden versuchten¹⁷. Ihren traditionellen besatzungspolitischen Auftrag hatte man ihnen abgesprochen oder zumindest doch stark beschnitten, und zwar – dies ließ diesen Fall besonders eklatant werden – erstmals vor Ende eines noch laufenden Feldzugs. Ganz offensichtlich hielten Hitler und seine Entourage die Armee für unfähig, die eroberten Gebiete im Sinne der NS-Ideologie umzustrukturieren und politisch zu beherrschen¹⁸.

satzungspolitik und Militärverwaltung. Zs.gest. u. eingel. von Martin Moll, Stuttgart 1997, Dok. 92.

¹⁷ Wenn der Generalquartiermeister Wagner am 20. 9. 1941 nach Hause schrieb, er sei froh, „dass wir diesmal mit den ganzen politischen Dingen nichts zu tun haben“, so wird darin die Mitschuld der Heeresführung an ihrer politischen und auch moralischen Entmachtung sichtbar. Vgl. Eduard Wagner, Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres. Hrsg. von Elisabeth Wagner, München 1963, S. 201.

¹⁸ Vgl. hierzu Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945. Hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1962, passim; Gerhard Engel, Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Hrsg. und kommentiert von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1974. Obwohl es sich bei den Tagebüchern Engels vermutlich größtenteils um eine retrospektive Quelle handelt, vermittelt sie doch eine recht gute Vorstellung über Hitlers Einschätzung der Wehrmacht.



Frontabschnitt der 2. Armee mit Hinterland – Mai 1942

Wenn die Wehrmacht für die andere Hälfte des eroberten sowjetischen Landes weiterhin verantwortlich war, so war das allein darin begründet, dass dieser Krieg ganz anders verlief, als ursprünglich erwartet. Erst das machte aus einem Provisorium allmählich einen Dauerzustand und ließ die Wehrmacht auch in der Sowjetunion zu einem der wichtigsten Träger der deutschen Besatzungsherrschaft werden. Doch war sie selbst in ihrem Hoheitsgebiet, den Militärverwaltungsgebieten, nicht wirklich flächendeckend präsent. Vielmehr hatte sie dieses Areal in drei Zonen parzelliert, mit denen sich ihre Einsatzräume recht genau erfassen lassen. Im eigentlichen Sinne massiert war das deutsche Ostheer nur am östlichsten Rand des deutschen Herrschaftsgebiets, in der *Gefechtszone*, die sich als schmales Band von Stellungen, Gräben und Unterständen von den finnischen Urwäldern bis zum Schwarzen Meer erstreckte. Breiter als zwanzig Kilometer war es nur selten¹⁹. Das unmittelbar dahinterliegende *Rückwärtige Armeegebiet*, gewöhnlich bis zu 50 Kilometer tief, diente dieser Front dann meist als Etappe²⁰. Im weitaus größten Teil des Militärverwaltungsgebiets, den *Rückwärtigen Heeresgebieten*, traf man nur noch auf wenige deutsche Soldaten. In diesem, nun recht breiten Streifen zwischen den Reichskommissariaten einerseits und Front und Etappe andererseits

¹⁹ Vgl. Heeresdruckvorschrift, g. 90: Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938, S. 21. Ferner Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 6/257: Weisung des OKW/WFSt/Qu. Nr. 005598/43 g. vom 24. 2. 1943, mit der Keitel noch einmal die Tiefe der Operationszone auf maximal zwanzig Kilometer festlegte.

²⁰ Vgl. Theo J. Schulte, *The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia*, Oxford 1989, S. 55.

war die Wehrmacht mit Abstand am schwächsten. Die Dichte des deutschen Aufmarschs stand also in einem umgekehrten Verhältnis zur Größe des Raums²¹.

Wie groß dieses Gefälle zwischen vorne und hinten ausfiel, kann eine Statistik vom Oktober 1943 verdeutlichen, aus einer Zeit, als der Partisanenkrieg schon ganze Regionen des Hinterlands beherrschte. Damals bestand das deutsche *Ostheer* aus ungefähr 2,5 Millionen Mann²², von ihnen besetzten 1,9 Millionen die Gefechtszone. Weitere 500 000 Mann unterstützten sie unmittelbar, ihr Einsatzraum reichte meist bis ins Rückwärtige Armeegebiet, war also maximal 70 Kilometer von den ersten Stellungen der Hauptkampflinie entfernt. Der größte Streifen aber, die dahinter liegenden Rückwärtigen Heeresgebiete, wurde nur noch von 100 000 Soldaten gesichert. Natürlich veränderten sich während des Ostkriegs der von den Deutschen beherrschte Raum wie auch die Dislozierung der Wehrmacht ständig, doch veranschaulicht schon dieses ein Beispiel, wie die Relationen auf diesem Kriegsschauplatz aussahen²³. Allein die militärischen Notwendigkeiten sorgten dafür, dass die meisten Angehörigen des deutschen Ostheers diesen Krieg an der Front erlebten – und nicht im Hinterland.

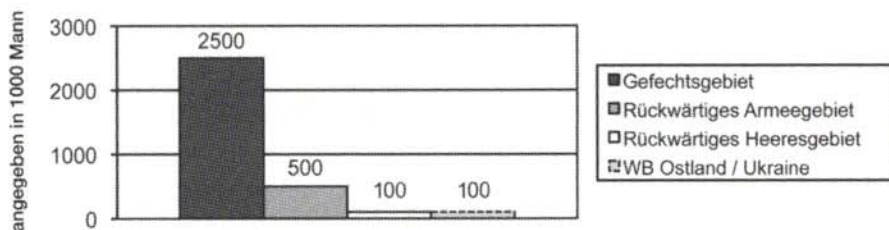
Zwei weitere Faktoren förderten diese Entwicklung: Eine der Stärken, aber auch Schwächen der deutschen militärischen Führung war, dass sie primär in operativen Entscheidungen dachte. Die operativ-taktische Planung und Führung besaß im Verständnis der meisten deutschen Generäle absolute Priorität. Alles andere: Versorgung, Ausrüstung oder Technik, hatte sich der „Kriegskunst“ unterzuordnen. Entsprechend spartanisch war die Logistik des deutschen Ostheers; den Anforderungen eines Millionenheers konnte sie bestenfalls knapp genügen, wie die immer wiederkehrenden Krisen bei der Treibstoff- oder Munitionsversorgung wie überhaupt in ihrem Transportsystem belegen²⁴. Wenn das Verhältnis von

²¹ Eine Folge der chronischen Unterschätzung der Militärgeschichte ist auch, dass derjenige Abschnitt, in dem sich die meisten deutschen Soldaten aufhielten, das mit Abstand am schlechtesten erforschte Gebiet dieses Krieges ist.

²² Vgl. Müller-Hillebrand, *Heer*, Bd. 3, S. 217. Die Angabe bezieht sich auf den Stand vom 1. 10. 1943. Die Kopfstärke des Feldheeres im Osten am 1. 7. 1942 unterschied sich nicht signifikant von der am 1. 7. 1943; sie betrug am 1. 7. 1942: 2 847 000 Mann, am 1. 7. 1943: 3 115 000 Mann. Vgl. ebenda, S. 124. Ähnliche Angaben bei Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 964 und 979, der freilich die Verwendungsarten des gesamten Feldheeres stärker spezifiziert. Überträgt man die Kategorien seiner Quelle auf das hier präsentierte Modell, so sind dem Gefechtsgebiet zuzuordnen: Fechtende Truppen, Fechtende Heerestruppen und Versorgungsgruppen *in* den Verbänden; den Kommandanturen des Rückwärtigen Armeegebiets (Korücks) die übrigen Versorgungsgruppen; dem Rückwärtigen Heeresgebiet die Sicherungstruppen und die bodenständigen Einrichtungen. Zur Entwicklung der „Ist-Stärke“ des Ostheers vgl. ebenda, S. 955.

²³ Ein weiteres Beispiel: Das OKH setzte bis Mitte Juli 1941 145 Divisionen an der Ostfront ein, davon neun reine Sicherungsdivisionen. Mitunter konnten auch einzelne schwache Infanteriedivisionen, wie etwa die 707., für Sicherungsaufgaben im Hinterland herangezogen werden, doch gab es auch den umgekehrten Fall, dass während der zahllosen militärischen Krisen immer wieder Sicherungsdivisionen an der Front eingesetzt wurden, wie etwa die 221. im Winter 1941/42. Vgl. Alfred Philippi/Ferdinand Heim, *Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941 bis 1945. Ein operativer Überblick*, Stuttgart 1962, S. 52; Burkhart Müller-Hillebrand, *Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaus*, Bd. 2: *Die Blitzfeldzüge 1939–1941*, Frankfurt a.M. 1956, S. 111; Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 882.

²⁴ Vgl. hierzu Klaus A. Friedrich Schüler, *Logistik im Rußlandfeldzug. Die Rolle der Eisenbahn bei Planung, Vorbereitung und Durchführung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion bis zur Krise vor Moskau im Winter 1941/42*, Frankfurt a.M. 1987.

Verteilung des deutschen Ostheeres, Oktober 1943

Angaben nach Müller-Hillebrand, *Heer*, Bd. III, S. 217 und Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 976.

Kampf- und Versorgungstruppen bei der US-Army des Zweiten Weltkriegs bei 57 zu 43 Prozent lag, bei der Wehrmacht dagegen bei 85 zu 15 Prozent²⁵, so wird deutlich, mit welcher Entschlossenheit die Wehrmachtsführung, der schon der Begriff der Etappe als anrühlich galt²⁶, diese Etappe leergeräumt hat²⁷ und während des Krieges dann noch weiter ausdünnete²⁸. Statt dessen schickte sie „mit großer Systematik und Stetigkeit [die] besten Männer nach vorn an die Front und schwächte dadurch bewußt und mit voller Absicht das Hinterland²⁹“.

Dieser Entwicklung konnten sich die Landser nur schwer entziehen. Zwar suchten viele, je länger der Krieg dauerte, der Todeszone der Front zu entkommen. Doch gelang es der Wehrmacht mit Hilfe einer drakonischen Militärjustiz³⁰ und anderer rigider Sicherungsmittel wie Feldgendarmarie³¹, Geheimer Feldpolizei³² oder eigens eingesetzter „Kommandeure für die Urlaubsüberwachung“ die

²⁵ Vgl. Martin van Creveld, *Kampfkraft. Militärische Organisation und militärische Leistung 1939–1945*, Freiburg i. Br. 1989, S. 69 ff. Creveld benützt den Begriff der „Unterstützungstruppen“, wobei hier nicht der moderne Fachbegriff gemeint ist (Artillerie, Pioniere, Fla-Truppe usw.), sondern primär die mit logistischen Aufgaben betreuten Truppenteile.

²⁶ Vgl. Bernhard R. Kroener, „Frontochsen“ und „Etappenbulen“. Zur Ideologisierung militärischer Organisationsstrukturen im Zweiten Weltkrieg, in: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 371–384.

²⁷ Vgl. Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 958 ff. Kroener bedient sich der beiden zeitgenössischen Termini „Versorgungstruppe“ und „Trosse“. Bei beiden handelte es sich um logistische Einheiten, die einen aber im frontfernen, die anderen im frontnahen Bereich.

²⁸ Vgl. Christoph Rass, „Menschenmaterial“: Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939–1945, Paderborn 2003, S. 67.

²⁹ Creveld, *Kampfkraft*, S. 204.

³⁰ Vgl. hierzu Manfred Messerschmidt/Fritz Wüllner, *Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende*, Baden-Baden 1987; Fritz Wüllner, *Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung. Ein grundlegender Forschungsbericht*, Baden-Baden 1991; Detlef Garbe, *Im Namen des Volkes?! Die rechtlichen Grundlagen der Militärjustiz im NS-Staat und ihre „Bewältigung“ nach 1945*, in: Fietje Ausländer (Hrsg.), *Verräter oder Vorbilder? Deserteure und ungehorsame Soldaten im Nationalsozialismus*, Bremen 1990, S. 90–129; Franz W. Seidler, *Die Militärgerichtsbarkeit der Deutschen Wehrmacht 1939–1945. Rechtsprechung und Strafvollzug*, München 1991; Norbert Haase (Hrsg.), *Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Katalog zur Sonderausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand*, Berlin 1993.

³¹ Vgl. Karlheinz Böckle, *Feldgendarmen. Feldjäger. Militärpolizisten. Ihre Geschichte bis heute*, Stuttgart 1987, S. 158 ff.

³² Vgl. Klaus Geßner, *Geheime Feldpolizei. Zur Funktion und Organisation des geheimpolizeilichen Exekutivorgans der faschistischen Wehrmacht*, Berlin (Ost) 1986.

Masse des deutschen Ostheers bis 1944 dorthin zu dirigieren, wo es ihrer Meinung nach hin gehörte: an die Front! Desertion oder Unerlaubte Entfernung waren denn auch im Osten verhältnismäßig selten, bestenfalls gelang es einigen, sich irgendwie eine zeitlang hinter den Hauptkampflinien herumzudrücken; die Erinnerungen eines Otl Aicher oder Erich Kuby mögen eindrucksvoll sein, typisch für diesen Kriegsschauplatz sind ihre Fälle indes nicht³³.

2. Topographie des Terrors

Der deutsch-sowjetische Krieg besaß nicht nur eine militärische Topographie, er besaß auch eine Topographie des Terrors. Von den großen Verbrechenskomplexen eines Unternehmens, das die Deutschen von Anfang an als rassenideologischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg angelegt hatten, lassen sich zumindest vier seinem Hinterland zuordnen.

Am eindeutigsten ist dies bei der Bekämpfung der *Partisanen*, die ja nicht nur diese traf, sondern weit mehr noch die Zivilbevölkerung – jene, welche auf Seiten der Partisanen standen, genau so wie jene, die mit ihnen nichts zu tun haben wollten. Schwerpunkte der irregulären Kriegführung gegen die deutschen Besatzer bildeten sich vor allem in Rußland und Weißrußland, kleinere in der Ukraine, den ehemals polnischen Gebieten und auf der Krim³⁴, meist aber erst dann, wenn die deutsche Front weitergezogen und nur noch mit ihren rückwärtigen Kräften präsent war. Mit diesem Untergrund hatten sich dann naturgemäß die Besatzungseinheiten auseinanderzusetzen. Die Hitlersche Weisung vom August 1942, die aus der Bekämpfung der sog. Banden eine „Führungsangelegenheit“ machte und diese damit von den Stäben der Etappe auf die der Front übertrug³⁵, konnte an dieser Praxis ebenso wenig ändern wie seine Weisung vom April 1943, mit der er die Partisanenbekämpfung zur „Front-Kampfhandlung“ zu stilisieren suchte³⁶. Reguläre Kampfeinheiten kamen mit den Partisanen gewöhnlich nur dann in Berührung, wenn sie bei den wenigen, zeitlich und räumlich begrenzten Großunternehmen hinten zum Einsatz kamen, oder wenn sie während der Rückzüge der Jahre 1943/44 deren Gebiete durchqueren mussten.

Auch bei der systematischen Unterversorgung der sowjetischen *Kriegsgefangenen* handelte es sich um ein Verbrechen, das sich in der Regel weit hinter den Kampfzonen dieses Krieges abspielte. Zwar gab es Erschießungen unmittelbar nach der Gefangennahme oder während der langen Elendsmärsche, deren Zahl

³³ Vgl. Erich Kuby, *Mein Krieg. Aufzeichnung aus 2129 Tagen*, München 1975; otl aicher, *innen-seiten des kriegs*, frankfurt a. m. 1985. Ähnliches gilt auch für andere Fronten, über die andere prominente Deserteure geschrieben haben: Alfred Andersch, *Flucht in Etrurien*, Zürich 1981; Gerhard Zwerenz, „Soldaten sind Mörder“. *Die Deutschen und der Krieg*, München 1988.

³⁴ Vgl. mit der eindrucksvollen Graphik in: *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 458.

³⁵ Weisung Nr. 46 vom 18. 8. 1942, Druck: *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht*. Hrsg. von Walther Hubatsch, München 21983, S. 201–205.

³⁶ Vgl. Hans Umbreit, *Das unbewältigte Problem. Der Partisanenkrieg im Rücken der Ostfront*, in: *Stalingrad. Ereignis – Wirkung – Symbol*. Hrsg. von Jürgen Förster, München 1992, S. 130–150, hier S. 135.

wir nicht kennen³⁷. Doch sind von den vermutlich 3 Millionen Rotarmisten³⁸, die im deutschen Gewahrsam umkamen, die meisten elendiglich in den Lagern gestorben, die sich vom Militärverwaltungsgebiet (ca. 845 000 Tote) über die Reichskommissariate (ca. 1 200 000 Tote), das Generalgouvernement (ca. 500 000 Tote) bis ins Reich (360 000 bis 400 000 Tote) erstreckten³⁹. In den Lagern war die Verweildauer am längsten, hier forderten Hunger, Kälte und Seuchen die meisten Opfer. Selbst wenn diese Zahlen zum Teil vorsichtige Schätzungen sind, so lassen sie doch rasch erkennen, dass der Schwerpunkt dieses Verbrechens sicherlich nicht auf dem Schlachtfeld lag.

Die rassistische *Mordpolitik des SS- und Polizeiapparats*, das dritte Großverbrechen, ist schwerer zu verorten⁴⁰. Laut Befehl sollte die Masse von Himmlers Verbänden: die Einsatzkommandos und Polizei-Bataillone sowie die Brigaden der Waffen-SS in den rückwärtigen Heeresgebieten im Einsatz sein, oder gar noch davor, in den Reichskommissariaten. Den frontnahen rückwärtigen Armeegebieten waren dagegen nur die Sonderkommandos zugeordnet. Trotzdem kam es gerade am Anfang immer wieder vor, dass sich Himmlers Leute noch weiter nach vorne wagten⁴¹. Doch handelte es sich hier – eigenen Bekundungen zufolge – um nicht mehr als um kleine „Teiltrupps“, die einzelne Objekte sichern, „Zerstörungen von Material durch die Sowjets“ verhindern⁴², aber auch einzelne Funktionäre „erfassen“ sollten⁴³. Wenn der Führer der Einsatzgruppe B, Arthur Nebe, jedoch berichtete, dass diese „naturgemäß ihre Hauptaufgabe im rückwärtigen Heeresgebiet“ fände⁴⁴, so wird deutlich, wo das Zentrum der deutschen Vernichtungspoli-

³⁷ Die katastrophalen Bedingungen während des Transports sind vielfach belegt, jedoch auch die deutschen Gegenbefehle, welche die – häufig überforderten – Wachmannschaften zu zügeln versuchten. Vgl. hierzu Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Neuausgabe Bonn 1997, S. 162 ff. Dagegen erkennt Gerlach in den Transportbedingungen einen Teil einer systematischen Vernichtungsstrategie. Vgl. Gerlach, *Morde*, S. 843 ff.

³⁸ Zur Berechnung der Opferzahl vgl. Anm. 85 und 287.

³⁹ Angaben nach der Aufstellung des OKW vom 1. 5. 1944 mit Ergänzungen bis zum 31. 12. 1944, in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 364 ff.; für Weißrußland: Gerlach, *Morde*, S. 855 ff.; für Polen: Czesław Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*, Berlin (Ost) 1987, S. 385; Czesław Łuczak, *Polska i Polacy w drugiej wojny światowej* [Polen und polnische Bürger im Zweiten Weltkrieg], Poznań 1993, S. 137 f. (Dieter Pohl danke ich herzlich für die beiden zuletzt genannten Hinweise).

Reinhard Otto, *Sowjetische Kriegsgefangene. Neue Quellen und Erkenntnisse*, in: Babette Quinkert (Hrsg.), „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S. 124–135, hier S. 128.

⁴⁰ Vgl. Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, Stuttgart 1981, S. 173 ff., 209 ff.; Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998, S. 321 ff.

⁴¹ Befehl des OKH über die Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei und dem SD vom 28. 4. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“, S. 303 f.; Longerich, *Politik*, S. 302 ff.

⁴² Aus dem Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B vom 14. 7. 1941 sowie dem Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 1 des Chefs der SiPo und des SD vom 31. 7. 1941, Druck: Peter Klein (Hrsg.), *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD*, Berlin 1997, S. 375–386, hier S. 380; S. 112–133, hier S. 113.

⁴³ Vgl. Krausnick/Wilhelm, *Truppe*, S. 210.

⁴⁴ Aus dem Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B vom 14. 7. 1941, Druck: Klein (Hrsg.), *Einsatzgruppen*, S. 375–386, hier S. 381.

tik lag: in den rückwärts gelegenen Besatzungsgebieten. Insgesamt wurden in den Zivilverwaltungsgebieten wohl mindestens 1,7 Millionen Juden ermordet, in den Militärverwaltungsgebieten wohl an die 500 000⁴⁵. Doch war es selbst hier ein Kennzeichen der deutschen Vernichtungspolitik, dass sie sich schrittweise entwickelte. Nach den Terrorwellen der ersten Wochen gingen SS und Polizei erst ab August 1941 dazu über, alle Juden zu töten⁴⁶. Je mehr Menschen den deutschen Blutorgien zum Opfer fielen, desto größer wurde die Distanz zur Front. Die Berührungspunkte zwischen der Fechtenden Truppe und dem Holocaust waren daher in den ersten Wochen des Krieges am größten, in der Zeit der Pogrome und ersten Massenerschießungen. Das aber änderte sich rasch. In den Militärverwaltungsgebieten, deren Administration zahllose antijüdische Erlasse zu verantworten hat⁴⁷, stand das Gros der deutschen Militärmaschinerie gewöhnlich schon weiter östlich, wenn dort eine Politik groß angelegter „ethnischer Säuberungen“ begann⁴⁸; konfrontiert wurde damit meist die Nachhut, die Ortskommandanturen, Baubataillone oder Landeschützenregimenter sowie die Stäbe, aber kaum die Soldaten in den Hauptkampflinien.

Die vierte große Verbrechenstypologie, die *Ausbeutung* der besetzten sowjetischen Gebiete, betraf ebenfalls nicht allein das Hinterland. Geplündert wurde im Grunde überall, denn für die deutschen Besatzer war es ein vorrangiges Ziel, „die deutschen Truppen restlos aus den besetzten Gebieten“ zu verpflegen⁴⁹. Dies war an sich nicht illegal, erlaubte doch die Haager Landkriegsordnung die Ernährung eines Heeres aus dem besetzten Lande, falls diese – und das war ein entscheidender Punkt – in einem angemessenen „Verhältnis zu den Hilfsquellen“ des okkupierten Landes stand⁵⁰. Schon die wilden Plünderungen durch die Truppe konnten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit weit überschreiten; dort, wo sich die deutschen Einheiten konzentrierten, entstanden dann rasch „Kahlfraßzonen“⁵¹. Allerdings ist niemand diesem wilden Raubbau so entschieden entgegengetreten wie eben die deutschen Kommandobehörden. Gerade weil man den Osten als kolonialen Ergänzungsraum betrachtete, gerade weil man wirklich alles: Lebensmittel,

⁴⁵ Angaben nach Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 618 ff. Vgl. Dieter Pohl, Die Wehrmacht und der Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden. Hrsg. von Wolf Kaiser, Berlin 2002, S. 39–53, hier S. 47.

⁴⁶ Vgl. hierzu eingehend Longerich, Politik, S. 293 ff., 414 ff. Ferner Klaus-Michael Mallmann, Der qualitative Sprung im Vernichtungsprozeß. Das Massaker von Kamenez-Podolsk Ende August 1941, in: Jahrbuch für Antisemitismus-Forschung 10 (2001), S. 239–264.

⁴⁷ Vgl. Andrej Angrick, Zur Rolle der Militärverwaltung bei der Ermordung der sowjetischen Juden, in: Quinkert (Hrsg.), Herren, S. 104–123, insbes. S. 112 ff.

⁴⁸ Vgl. hierzu Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 173 ff.; Longerich, Politik, S. 321 ff.; DRZW, Bd. 4; Kartenband; Martin Gilbert, Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 64 ff.

⁴⁹ Aus den Richtlinien des Wirtschaftsstabes Ost vom Juni 1941, in: Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41). Ausgew. u. eingel. von Erhard Moritz, Berlin (Ost) 1970, S. 363–399, hier S. 366.

⁵⁰ Art. 52 Haager Landkriegsordnung (künftig: HLKO) in der Fassung vom 18. 10. 1907. Druck: Kodifiziertes internationales Deutsches Kriegsrecht in seinem Wortlaut und Geltungsbereich gegenüber dem Ausland. Zusammenge stellt von Ernst Lodemann, Berlin 1937, S. 65.

⁵¹ Welche Folgen dies für einen Landstrich haben konnte, verdeutlicht Johannes Hürter, Die Wehrmacht vor Leningrad 1941/42. Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42, in: VfZ 49 (2001), S. 377–440, insbes. S. 404 ff.

Bodenschätze und zunehmend auch Arbeitskraft, dem Ostheer wie *auch* dem Reich nutzbar zu machen suchte, hatte man das an Spezialisten delegiert. Die Wirtschaftsorganisation Ost, eine kleine, aber recht effiziente zivil-militärische Mischbehörde, trägt hier die größte Verantwortung. Ihre Angehörigen konnten mit kleinen „Erkundungs- und Bergungstrupps“ oder einzelnen „Technischen Bataillonen“ im Gefechtsgebiet unterwegs sein⁵², gewöhnlich aber fuhren sie dem Krieg hinterher⁵³. Das Ostheer war zweifellos Nutznießer einer solchen „Ökonomie“, die freilich über Stellen abgewickelt wurde, die in ihrer Zahl überschaubar sind: die Armeewirtschaftsführer der Armeeoberkommandos etwa, die Feldkommandanturen des Rückwärtigen Armeegebiets oder die Sicherungsdivisionen des Rückwärtigen Heeresgebiets – über Dienststellen, die meist weit ab vom Schuß saßen⁵⁴. Das galt auch dann, wenn diese Kooperation direkt über die Versorgungsoffiziere der Truppe lief. Schon die niedrigste logistische Führungsinstanz, der Ib einer Division, war in der Regel „15 bis 20 Kilometer hinter der Front“ im Einsatz⁵⁵.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Als Institution hatte die Wehrmacht bei allen vier Großverbrechen ihre Hände mit im Spiel, die zynische Preisgabe der sowjetischen Kriegsgefangenen fällt sogar fast ausschließlich in ihre Verantwortlichkeit. Dies wird im einzelnen noch genauer aufzufächern sein; erst dann lässt sich die Frage nach der personellen Dimension dieser Schuld einkreisen. Doch sind davor, zum Verständnis des gesamten Geschehens, noch ein paar Faktoren mehr zu berücksichtigen.

3. Die Wehrmacht als reduzierte Besatzungsmacht

Die Arbeitsteilung zwischen den militärischen und den nichtmilitärischen Organisationen blieb, allen Überschneidungen zum Trotz, ein weiteres Strukturmerkmal des Unternehmens „Barbarossa“. Aus Sicht der NS-Führung hatte man bereits in der ersten wirklichen Bewährungsprobe, in Polen, keine guten Erfahrungen mit der Wehrmacht gemacht⁵⁶. Dieser Eindruck war prägend! Hitler befahl daher schon im März 1941, „das Operationsgebiet des Heeres der Tiefe nach so weit als möglich zu beschränken“⁵⁷. Die Wehrmacht sollte sich im Feldzug gegen

⁵² Vgl. Wehrmachtsverbrechen. Dokumente aus sowjetischen Archiven. Zusammengestellt von G. F. Sastawenko, Köln 1997, Dok. 2. Dort eine Auflistung derjenigen Einheiten, die „mit der Truppe mitgehen“ sollten. Die Behauptung in der Einleitung (S. 15), dass für die Opfer die Frage „nach der Urheberschaft der Verbrechen [...] nicht von Belang“ sei, ist Ausdruck eines bemerkenswerten Rechtsverständnisses.

⁵³ Vgl. auch mit den Aufzeichnungen des Technischen Kriegsverwaltungsinspektors Edwin Grütznern vom Rüstungskommando Kiew 1941–1943, in: Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 589–645, hier S. 589: „Vor uns tobte der Krieg. Wir fuhren hinter ihm her.“

⁵⁴ Vgl. Besondere Anordnungen Nr. 1 zur Weisung Nr. 21 vom 19. 5. 1941, Druck: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“, S. 310ff. sowie den Schaubildern vom 6. 1. 1943 und ohne Datum, in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 291f.

⁵⁵ Vgl. Alex Buchner, Das Handbuch der deutschen Infanterie 1939–1945, Friedberg/Hessen 1987, S. 90.

⁵⁶ Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, Stuttgart 1969, S. 422ff.

⁵⁷ Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 vom 13. 3. 1941, Druck: Hitlers Weisungen,

die Sowjetunion auf ihr eigentliches Kerngeschäft, auf die Kriegführung, beschränken – und selbst hier sollte ihre Führung dann zunehmend an Autonomie verlieren⁵⁸.

Noch stärker reduziert war freilich ihre Funktion als Besatzungsmacht. Das zeigt sich nicht nur an den Reichskommissariaten, die man schon ab Juli 1941 aus dem Militärverwaltungsgebiet herauszulösen begann⁵⁹. Auch in jenen Gebieten, die der Wehrmacht noch geblieben waren, war ihre „vollziehende Gewalt“ eingeschränkt. Bereits vor Angriffsbeginn hatte Hitler entschieden, die Besatzungspolitik in der Sowjetunion „vier miteinander konkurrierenden Gewalten“⁶⁰ zu übertragen: dem Heer, Görings Vierjahrsplan, dem Reichsführer SS und eben dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Die Aufgaben dieser verschiedenartigen Organisationen faßte ein Generalstabsoffizier im OKH in wenigen Stichworten zusammen: „Wehrmacht: Niederringen des Feindes; Reichsführer SS: Politisch-polizeiliche Bekämpfung des Feindes; Reichsmarschall: Wirtschaft; Rosenberg: Polit[ischer] Neuaufbau“⁶¹. In der Theorie klang dies klar und effizient. Allein die Rivalitäten und Grabenkämpfe der beteiligten Institutionen waren freilich dafür verantwortlich, dass „das Ergebnis ein nicht mehr beherrschbares Chaos [war], das nicht einmal versuchsweise behoben, sondern durch das Schaffen weiterer Zuständigkeiten noch vergrößert wurde“⁶². Hitler, der die Richtlinien seiner Ostpolitik niemals schriftlich fixierte, suchte auch hier eine Entscheidung zu vermeiden; er allein blieb auch hier die letzte und höchste Führungsinstanz. Wenn schon im Deutschen Reich die Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen unübersichtlich und kontraproduktiv waren, dann musste das erst recht für ein Provisorium wie den deutschen „Lebensraum im Osten“ gelten⁶³. „Hier wird lustig drauflos regiert, meistens einer gegen den anderen, ohne dass eine klare Linie vorherrschte,“ meinte Goebbels⁶⁴. Er wusste, wovon er sprach.

Dieses unentwirrbare Kompetenzknäuel aus Instanzen, Grenzen und Führungsrechten sorgte dafür, dass sich die von der politischen Führung intendierte Aufgabentrennung im Kriegsalltag nicht so einfach verwirklichen ließ. Die Forschung hat das im vergangenen Jahrzehnt in immer neuen Varianten bestätigt⁶⁵; in

S. 88–91, hier S. 89. Laut Reichsverteidigungsgesetz vom 4. 9. 1938 konnte Hitler als Oberbefehlshaber der Wehrmacht den Umfang des Operationsgebiets festlegen. IMT, Bd. 29, S. 319 ff.; Dok. PS-2194. Neue Quellen zum Entscheidungsprozeß bei Angrick, Militärverwaltung, S. 106 ff.

⁵⁸ Vgl. hierzu Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn 1991, S. 271 ff.

⁵⁹ Erlaß Hitlers vom 17. 7. 1941, in: „Führer-Erlasse“, Dok. 99. Dort auch Verweis auf die Folge-dokumente. Zum zeitlichen Ablauf vgl. ferner DRZW, Bd. IV, Kartenband, Karte 27.

⁶⁰ Vgl. Hans Umbreit, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: DRZW, Bd. 5/1: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und Personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 3–345, hier S. 79.

⁶¹ Aufzeichnung des Majors i. G. Hans Georg Schmidt von Altenstadt, zit. bei: Jürgen Förster, Die Sicherung des Lebensraumes, in: DRZW, Bd. 4, S. 1030–1078, hier S. 1071.

⁶² Hans Umbreit, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, in: DRZW, Bd. 5/2, S. 4–272, hier S. 39.

⁶³ Vgl. Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989, S. 309 ff.

⁶⁴ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 4: April–Juni 1942. Bearb. von Elke Fröhlich, München 1995, S. 449 (5. 6. 1942).

⁶⁵ Verwiesen sei etwa auf die Arbeiten von Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens,

der Wehrmacht fanden sich viel zu viele, die mit mehr oder weniger stark ausgeprägtem Eifer anderen zugearbeitet haben: der SS, der Polizei und sogar den „braunen Bürokraten“⁶⁶ aus der verachteten Zivilverwaltung. Das konnte auch durchaus aus ideologischer Übereinstimmung geschehen. Häufiger aber waren es militärischer Utilitarismus, politischer Opportunismus oder die pure Not, die diese rivalisierenden Institutionen dazu brachte, ihren ausgeprägten Futterneid zu überwinden und sich mit den Grenzen der eigenen Macht abzufinden. Die Tatsache, dass diese Arbeitsteilung an ihren Rändern auffaserte, ist immer wieder als Beweis dafür angeführt worden, dass sie in der Wirklichkeit dieses Krieges mehr und mehr an Bedeutung verlor. Aber beweist dies nicht gerade das Gegenteil? Das funktionale Zusammenspiel dieser vier Träger der deutschen Besatzungsherrschaft musste zwangsläufig Punkte, zuweilen auch ganze Flächen der Berührung schaffen; eins griff ins andere hinüber, wobei die *Verantwortung* für das Funktionieren dieses arbeitsteiligen Prozesses in erster Linie bei den Führungszentren lag, kaum aber bei der Basis, die davon eben nur partiell betroffen war. Um es noch einmal hervorzuheben: Die Schnittstellen zwischen den Trägern des deutschen Okkupationsregimes im Osten sprechen nicht gegen, sie sprechen vielmehr für eine solche Arbeitsteilung. Diese hat den Charakter des deutsch-sowjetischen Krieges ganz entscheidend geprägt. Was es bedeutete, wenn sich das Militär nicht allein auf seinen militärischen Auftrag beschränkte, lässt sich am Beispiel des deutschen Bundesgenossen Rumänien ermesen, dessen Soldaten sich ungleich stärker an den Massakern der ersten Wochen beteiligten, denen allein in Bessarabien und der Bukowina bis August 1941 bis zu 60 000 Juden zum Opfer fielen⁶⁷.

Dass die Organisationen, die das Deutsche Reich in der Sowjetunion einsetzte, unterschiedliche Aufgaben wahrnahmen, dass es einen Unterschied machte, ob die Feldfrauen ihren Hoheitsadler auf der Brust (wie bei der Wehrmacht) oder auf dem Ärmel (wie bei der SS) trugen, wußte natürlich keiner besser als die dortige Bevölkerung. Nach 1945 legte die Harvard University einer Gruppe von 1000 sowjetischen Emigranten die Frage vor: „Wer von den Deutschen hat sich nach Ihrer Meinung am besten benommen?“ 545 nannten die Fronttruppen, 162 die Zivilverwaltung und 69 die Truppen in den rückwärtigen Gebieten. Auf SS, Sicherheitspolizei und Feldgendarmarie verwiesen dagegen gerade mal 10⁶⁸.

München 1997; Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*, Düsseldorf 1998; Gerlach, *Morde*; Thomas Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996.

⁶⁶ Grützner, in: *Die deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 616.

⁶⁷ Vgl. Jean Ancel, *The Romanian way of solving the „Jewish Problem“ in Bessarabia and Bukovina, June–July 1941*, in: *Yad Vashem Studies* 19 (1988), S. 187–232; Matatias Carp, *Holocaust in Rumania. Facts and documents on the annihilation of Rumania's Jews 1940–1944*, Budapest 1994, S. 121 ff.; *The Destruction of Romanian and Ukrainian Jews during the Antonescu era*. Ed. by Randolph L. Braham, New York 1997; Andrej Angrick, *The Escalation of German-Rumanian Anti-Jewish Policy after the Attack on the Soviet Union*, in: *Yad Vashem Studies* 26 (1998), S. 203–238; Radu Ioanid, *The Holocaust in Romania. The Destruction of Jews and Gypsies under the Antonescu Regime, 1940–1944*, Chicago 2000, S. 62 ff., 289.

⁶⁸ Vgl. Dallin, *Deutsche Herrschaft*, S. 85, Anm. 1.

4. Verluste und Einsatzzeiten

Unabdingbar für den Nachweis einer Tatbeteiligung sind der Ort, aber auch die Zeit. Drei Jahre blieb das deutsche Ostheer in der Sowjetunion, aber nur wenige seiner Angehörigen. Denn die Verluste des Ostheeres waren exorbitant, kein Kriegsschauplatz forderte von der Wehrmacht so hohe Opfer wie der Osten. 2,7 Millionen deutsche Soldaten sind dort wohl gefallen oder gelten als vermißt, also jeder zweite deutsche Kriegstote⁶⁹. Noch größer waren die personellen Ausfälle infolge von Verwundung oder Gefangennahme. „Ein Heer, wie das bis Juni 1941, wird uns künftig nicht mehr zur Verfügung stehen“, resümierte der Generalstabschef Halder bereits im November 1941⁷⁰. Bis zum März 1942 hatte der Krieg dann bereits ein Drittel des Ostheeres verschluckt; seine Gesamtverluste: Tote, Vermißte, Verwundete oder Gefangene, waren nun auf über eine Million gestiegen⁷¹! Und doch war das erst der Anfang. Bis Ende März 1945 kletterte diese Zahl schließlich auf 6 172 373 Mann⁷². Das war ziemlich genau das Doppelte dessen, was das Ostheer einst im Juni 1941 gewesen war. Rechnet man die Abgänge oder Abwesenheiten aufgrund von Versetzungen, Kommandierungen, Urlauben, Lehrgängen und vor allem Genesungszeiten hinzu, dann lässt sich ermesen, wie groß die Fluktuation im Ostheer gewesen ist⁷³. Vor allem aber war sein Alltag in einer ganz unvorstellbaren Weise geprägt von der Erfahrung von Tod und Vernichtung. Nur die wenigsten dürften den Krieg im Osten durchgehend erlebt haben, bis Juni 1944 oder gar bis Mai 1945.

All das musste für das soziale Gefüge dieses Heeres gravierende Folgen haben, nicht minder für seine Organisation, seine Erfahrung und seine Leistungsfähigkeit⁷⁴ und schließlich auch für jene zentrale Frage, wie viele seiner Angehörigen überhaupt Zeit und Gelegenheit fanden, sich an den Verbrechen dieses Krieges zu beteiligen. Es gab Verbände, die sich während dieses Krieges personell mehrfach erneuerten. Am schlimmsten traf es die Front! Gerade die Kampftruppen konnten so schnell zusammenschmelzen, dass von einer organisatorischen und personellen Identität nicht mehr die Rede sein konnte. Dass Kampfkompanien „im Durchschnitt alle ein bis zwei Wochen einen neuen Chef“ erhielten⁷⁵, war keine Ausnahme. „Statistisch hatte damals ein Zugführer der Panzergrenadiere ganze sieben Tage als Frontkämpfer zu leben. Ein Kompanieführer erreichte nach der Statistik 21 Tage und ein Bataillonskommandeur 30 Tage. Danach waren sie, statistisch ge-

⁶⁹ Vgl. Overmans, Verluste, S. 210, 265. Ferner: DRZW, Bd. 5/1 und 5/2 (Beiträge Kroener).

⁷⁰ [Franz] Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, Bd. III: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad (22. 6. 1941–24. 9. 1942). Bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1964, S. 306 (23. 11. 1941).

⁷¹ Angabe nach: Halder, Kriegstagebuch, Bd. III, S. 418 (25. 3. 1942).

⁷² Angabe nach: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. IV: 1. Januar 1944–22. Mai 1945, 2. Halbbd., Frankfurt a. M. 1961, S. 1508 ff., Zahl S. 1515.

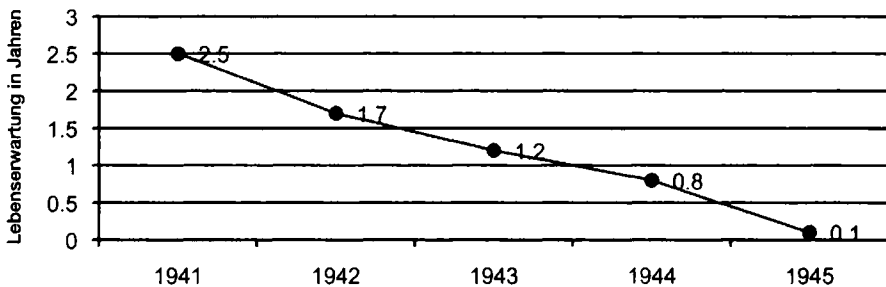
⁷³ Vgl. hierzu auch Rass, „Menschenmaterial“, S. 73 ff.

⁷⁴ Hierzu eingehend Omer Bartov, Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 51 ff., selbst wenn Bartovs Thesen nicht immer schlüssig und häufig überzogen sind. Kritik an Bartovs Interpretation der deutschen Verluste bei Overmans, Verluste, S. 297 f.

⁷⁵ Bartov, Hitlers Wehrmacht, S. 88.

sehen, tot.“⁷⁶ Bei den Mannschaften waren die blutigen Verluste während der „heißen Phasen“ – und derer gab es viele – gewöhnlich noch höher; gleichzeitig sank die Überlebensquote der Zugänge rapide. Hatte ein Rekrut des deutschen Heeres 1941 noch eine Lebenserwartung von 2,5 Jahren, so lag diese 1942 bei 1,7, 1943 bei 1,2, 1944 bei 0,8 und 1945 schließlich bei 0,1 Jahren⁷⁷. Natürlich sind Berechnungen wie diese Durchschnittswerte, die Wirklichkeit war vielschichtiger: es gab „alte Hasen“, die sich gegenüber dem Frontalltag als recht zäh erwiesen⁷⁸, während gerade die jungen oder neu versetzten Soldaten schon wegen einer ständig schlechter werdenden Ausbildung schnell „verheizt“ wurden.

Lebenserwartung von Rekruten des deutschen Heeres 1941–1945



Angaben nach: Overmans, Verluste, S. 250.

Ein Beispiel soll das illustrieren: Das Infanterieregiment 121 kämpfte im November 1943 auf der Krim, seine Verluste waren entsprechend. Deshalb bekam es Ersatz aus Frankreich, darunter auch den Obergefreiten Heinrich Böll⁷⁹. Am 11. November 1943 wurde Böll, der der Wehrmacht immerhin schon über vier Jahre angehörte, auf die Halbinsel Kertsch geflogen, neun Tage später wurde er hier zum ersten-, nach weiteren 12 Tagen zum zweitenmal verwundet, so schwer, dass er dieses Schlachtfeld bereits am 6. Dezember 1943 wieder verließ. Was folgte, waren langwierige Lazarettaufenthalte. Im Mai 1944 sollte er die Ostfront nochmals kennenlernen, die sich nun durch Rumänien zog. Am 30. Mai, einen Tag nach seiner Ankunft, trafen ihn wieder Granatsplitter, es folgte eine zweite Odyssee durch die Welt der militärischen Lazarette⁸⁰.

Diese eine Beispiel zeigt, dass dem Einsatz der deutschen Soldaten an der Ostfront Grenzen gesetzt waren – zeitliche, aber auch räumliche. Dabei stehen

⁷⁶ Manfred Dörr, *Die Träger der Nahkampfspange in Gold. Heer – Luftwaffe – Waffen-SS 1943–1945*, Osnabrück ³1996, S. XV.

⁷⁷ Overmans, *Verluste*, S. 250.

⁷⁸ So auch Rass, „Menschenmaterial“, S. 192ff., der in diesem Zusammenhang die Thesen Bartovs ebenfalls revidiert.

⁷⁹ Vgl. Heinrich Böll, *Briefe aus dem Krieg 1939–1945*. Hrsg. u. kommentiert von Jochen Schubert. Mit einem Vorwort von Annemarie Böll und einem Nachwort von James H. Reid, 2 Bde., Köln 2001.

⁸⁰ Dass Odysseen wie diese nicht untypisch waren, zeigt Rass, „Menschenmaterial“, S. 148ff.

Schicksale wie diese für viele. Bei den Besatzungsverbänden war die Verweildauer gewöhnlich noch am längsten. Das aber waren nur *verhältnismäßig* wenige. Die Zeit, den die anderen an der Ostfront verbrachten, war gewöhnlich kürzer oder sie war zumindest doch häufig unterbrochen.

Vor allem aber: Je mehr sich die deutschen Soldaten dem Krieg näherten, desto weniger Zeit blieb ihnen, etwas anderes zu tun, als auf diesen zu reagieren.

5. Institutionelle und persönliche Verantwortlichkeiten

Erst Rahmenbedingungen wie die bisher geschilderten lassen den Einsatz der Wehrmacht in diesem Krieg wirklich verständlich werden. Sie auszusparen, wie dies häufig geschieht, heißt, anderen Aspekten wie eben den Kriegs- oder NS-Verbrechen eine Bedeutung zu verleihen, die sie zumindest im Leben der meisten dieser Soldaten niemals besaßen. Dies aber verweist auf ein methodisches Problem der deutschen Militärgeschichtsschreibung, auf ihre fast schon neurotische Furcht vor dem im eigentlichen Sinne Kriegerischen: „Noch immer sind die Schlachtfelder des Zweiten Weltkrieges [...] für die deutsche Universitätsgeschichtsschreibung zumeist Orte, von denen man sich tunlichst fernhält oder allenfalls aus dem Blickwinkel des ‚einfachen‘ Soldaten nähert⁸¹.“ Solche Einseitigkeiten und Verkürzungen müssen dann zwangsläufig den Eindruck erwecken, *allein* das Kriminelle sei Aufgabe, ja letzten Endes Zweck dieses Millionenheers gewesen.

Der Alltag der deutschen Landser sah in der Mehrzahl der Fälle anders aus. Der weit überwiegende Teil des Ostheers war an der Front gebunden, und seine Angehörigen waren mit militärischen Aufgaben „nach Beginn des Feldzugs weiß Gott ausreichend beschäftigt“⁸². Darauf musste sich ihr Handeln und Denken konzentrieren. Und es prägte ihr Verständnis dieser erbitterten Auseinandersetzung: „Wir sehen nur unseren kleinen Frontabschnitt und kennen die Absichten nicht, die im großen vorbereitet werden“, schrieb ein Obergefreiter im Januar 1943 nach Hause⁸³. Dass es sich hier um ein Unternehmen handelte, das von vorneherein unter dem Vorzeichen einer unmenschlichen Ideologie und des konsequenten Rechtsbruchs geführt wurde, dürfte in dieser Form nur wenigen aufgegangen sein. Uns stehen dagegen die Ergebnisse einer jahrzehntelangen Forschung zur Verfügung, wir sind mittlerweile über die Genese dieses großwahn sinnigen Projekts in all seinen Details ebenso gut informiert wie über die ideologischen, strategischen und wirtschaftlichen Motive, die Hitler und die deutsche Führung damit verfolgten. All das blieb damals den meisten deutschen Soldaten verschlossen. Denn jener dreifache Käfig aus Armee, Diktatur und Krieg begrenzte nicht nur deren Handlungsspielräume, er musste schon innerhalb des militärischen

⁸¹ Bernd Wegner, Wozu Operationsgeschichte?, in: Was ist Militärgeschichte? Hrsg. von Thomas Kühne/Benjamin Ziemann, Paderborn 2000, S. 105–113, hier S. 109; ferner Sönke Neitzel, Des Forschens noch wert? Anmerkungen zur Operationsgeschichte der Waffen-SS, in: MGZ 61 (2002), S. 403–429.

⁸² Hermann Graml, Die Wehrmacht im Dritten Reich, in: VfZ 45 (1997), S. 365–384, hier S. 376.

⁸³ Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939–1945. Hrsg. von Ortwin Buchbender und Reinhold Sterz, München 1982, S. 151 (Brief vom 24. 1. 1943).

Hoheitsgebiets den Informationsfluß immer wieder unterbinden oder zumindest doch beeinflussen. Die Propagandalüge vom Präventivkrieg dürfte vielen Soldaten plausibel gewesen sein. Zwar merkten viele sehr schnell, dass dieser Krieg (und dieser Gegner) „anders“ war, sie hörten mal hier oder dort von einzelnen Verbrechen. Aber das dahinter liegende Konzept in seiner kriminellen Monstrosität musste den meisten doch verschlossen bleiben.

Das lag schon allein daran, dass die meisten Soldaten nur selten von der Front fort kamen. Die meisten lernten das Hinterland und mit ihm die deutsche Besatzungspolitik nur flüchtig kennen – auf dem Durchmarsch, bei kurzfristigen Kommandierungen oder als Verwundete. Aber gerade dieses Hinterland war vorzugsweise Tatort jener vier Großverbrechen, bei denen – trotz aller Übergänge – eine Arbeitsteilung zwischen militärischen und nichtmilitärischen Organisationen bestand. Wie groß war nun die Verantwortung der Wehrmacht in diesen vier Fällen – ihre institutionelle wie auch die persönliche Verantwortung ihrer Angehörigen?

Kriegsgefangene

Fast ausschließlich⁸⁴ verantwortlich war die Wehrmacht, dass etwa drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene⁸⁵ verhungerten, erfroren, ermordet wurden oder an Seuchen starben. Die Hauptschuld tragen hier zweifellos jene Funktionäre, die in OKW und OKH als Schnittstelle zwischen Politik und Militär fungierten. Sie waren es, welche die berüchtigte Wendung Hitlers, dass dieser Gegner „vorher und nachher kein Kamerad“ sei⁸⁶, in handfeste Befehle umsetzten⁸⁷, die dem damals geltenden Völkerrecht⁸⁸ Hohn sprachen. Dabei wurde nur ein kleiner Teil der Gefangenen explizit zum Tode verurteilt: die jüdischen etwa, die man als „untragbare Elemente“ stigmatisierte, oder die Kommissare⁸⁹. Ungleich folgenreicher war freilich die völlig unzureichende Versorgung, Unterbringung und Betreuung aller Gefangenen sowie die Hetz-Befehle, mit denen die Wachmannschaften zu „rück-

⁸⁴ Der SS- und Polizeiapparat hat sich auch an diesem Großverbrechen beteiligt. Es gab Kriegsgefangenenlager der Waffen-SS, Einsatzkommandos der SiPo und des SD übernahmen die Selektionen in den Lagern, und schließlich wurde dem Reichsführer SS das gesamte Kriegsgefangenenwesen am 25. 9. 1944 übertragen. Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 217 ff., 289 ff. sowie Reinhard Otto, *Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42*, München 1998.

⁸⁵ Die von Streit errechnete Zahl ist vermutlich *etwas* niedriger anzusetzen; vgl. dazu Anm. 287. Damit scheinen sich die relativ frühen Schätzungen Datners (2,8 bis 3 Millionen Opfer) und Dallins (bis zu 3 Millionen Opfer) zu bestätigen. Vgl. Szymon Datner, *Crimes against POWs. Responsibility of the Wehrmacht*, Warszawa 1964, S. 225 f.; Dallin, *Deutsche Herrschaft*, S. 439.

⁸⁶ So Hitler in seiner Ansprache vom 30. 3. 1941. [Franz] Halder, *Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942*, Bd. 2: *Von der geplanten Landung in England bis zum Beginn des Ostfeldzuges* (1. 7. 1940–21. 6. 1941). Bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1963, S. 336 (30. 3. 1941).

⁸⁷ Vgl. Alfred Streim, *Die Behandlung Sowjetischer Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg. Berichte und Dokumente 1941–1945*, Heidelberg 1982, S. 313 ff.; Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“, S. 346 ff.

⁸⁸ Art. 4–20 HLKO, Druck: Lodemann, *Kriegsrecht*, S. 26 ff.; Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. 7. 1929. Druck: ebenda, S. 84 ff. Ferner Alfred Streim, *Das Völkerrecht und die sowjetischen Kriegsgefangenen*, in: *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum „Unternehmen Barbarossa“*. Hrsg. von Bernd Wegner, München 1991, S. 291–308.

⁸⁹ Erforscht sind diese Morde bislang nur fürs Reichsgebiet; vgl. Otto, *Wehrmacht*.

sichtslosem Durchgreifen“ ermahnt wurden⁹⁰; dies hat mit Abstand am meisten Opfer gefordert. Schuld an diesen Weichenstellungen trugen vor allem zwei Abteilungen der Obersten Kommandobehörden: die Abteilung Kriegsgefangene im Allgemeinen Wehrmachtsamt des OKW und die Abteilung Kriegsverwaltung beim Generalquartiermeister des Heeres⁹¹, die im Auftrag der Herren Keitel, von Brauchitsch, Halder, Reinecke oder Wagner den Tod von Millionen wehrloser Kriegsgefangener in ihr Kalkül zogen⁹². Dieser kleine Kreis militärischer Funktionäre hat eines der größten und grausamsten Verbrechen der Wehrmacht initiiert.

Aber wer war „die“ Wehrmacht? Die unermesslich große Zahl an Opfern mag den Blick dafür verstellen, dass es sich bei der deutschen Kriegsgefangenenorganisation letzten Endes um einen doch kleinen Apparat handelte. Am eindrucksvollsten erscheint noch die Zahl der Lager: 81 waren im zweiten Halbjahr 1941 über das deutsche Operationsgebiet in der Sowjetunion verteilt⁹³; für die gesamte Zeit des Krieges lassen sich insgesamt 245 Kriegsgefangenenlager ermitteln, in denen Rotarmisten untergebracht waren⁹⁴, wohl 120 befanden sich – ganz oder zeitweise – auf ehemals sowjetischem Boden⁹⁵. Die Zahl der deutschen Bewacher blieb allerdings begrenzt: Es gab in jedem Lager eine Lagerverwaltung von gut 100 Mann, und es gab Wacheinheiten, deren Stärke sich laut Vorschrift auf ein Bataillon, in der Praxis aber häufig auf eine einzige Kompanie beschränkte⁹⁶, so dass auch hier zunehmend einheimische Kräfte, meist Ukrainer oder Balten, als „Lagerpolizei“ verpflichtet wurden⁹⁷. Diese Relation zwischen Bewachern und Bewachten galt selbst für große Lager wie dem berüchtigten in Minsk. Hier waren im Sommer 1941 100 000 Kriegsgefangene und 40 000 Zivilisten auf engstem Raum zusammengepfercht, die aber nur „von einem Kommando aktiver Soldaten in Kompaniestärke“ bewacht wurden⁹⁸. Ein sog. Kriegsgefangenenlazarett der

⁹⁰ Vgl. Ueberschär/Wette, „Unternehmen Barbarossa“, S. 349 ff., 363; Wehrmachtsverbrechen, Dok. 65, 72.

⁹¹ Vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 67 ff., 76 ff.

⁹² Auf die Motive kann hier nicht näher eingegangen werden; vgl. hierzu Streit, Keine Kameraden, S. 9 ff., 59 ff., 296 ff.; Gerlach, Morde, S. 781 ff.; Christian Hartmann, Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“. Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 97–158, hier S. 126 ff.

⁹³ Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation, Heidelberg 1981, S. 241.

⁹⁴ Ermittelt werden konnten: 160 Stamm-, 63 Durchgangs- und 22 Offizierslager. Vgl. mit der Übersicht von G[ianfranco] Mattiello/W[olfgang] Vogt, Deutsche Kriegsgefangenen- und Internierten-Einrichtungen 1939–1945. Handbuch und Katalog: Lagergeschichte und Lagerzensurstempel. 2 Bde., Koblenz 1986/87. Ergänzend: Tessin, Verbände, Bd. 16/3, Osnabrück 1996 sowie http://www.moosburg.org/info/stalag/Erfassungskriterien_für_diese_Zählung_waren_Nationalität_der_Gefangenen,_aber_auch_Standort_des_Lagers. Da einzelne Lager organisatorisch in anderen aufgingen, sind hier Mehrfachnennungen möglich. Auch handelt es sich hier eher um eine organisatorische als um eine regionale Erfassung. Es gab Lager, die sich praktisch in Form mehrerer Einzelobjekte über eine Stadt oder ein Gebiet verteilen konnten.

⁹⁵ 57 Stamm- und 63 Durchgangslager.

⁹⁶ Vgl. Otto, Wehrmacht, S. 32; Hartmann, Massensterben, S. 112 f.; Rolf-Dieter Müller, Das Scheitern der wirtschaftlichen „Blitzkriegstrategie“, S. 936–1022, hier S. 994 sowie Jens Nagel/Jörg Osterloh, Wachmannschaften in Lagern für sowjetische Kriegsgefangene (1941–1945). Eine Annäherung, in: „Durchschnittstäter“. Handeln und Motivation, Berlin 2000, S. 73–93, hier S. 76.

⁹⁷ Müller, Scheitern, in: DRZW, Bd. 4, S. 1016.

⁹⁸ Aus einem Bericht des Ministerialrats Dorsch vom 10. 7. 1941, in: Wehrmachtsverbrechen, Dok. 64. Ferner Müller, Scheitern, in: DRZW, Bd. 4, S. 994.

221. Sicherungsdivision überließ man sich selbst, Wachtposten konnten nicht mehr gestellt werden⁹⁹. Selbst in den Lagern im Reich bestanden ähnliche Relationen: Im sächsischen Zeithain kamen im Sommer/Herbst 1941 auf 32000 Gefangene gerade mal 160 Mann Wachpersonal, im westfälischen Hemer Anfang 1944 auf etwa 100000 Gefangene knapp 400 deutsche Soldaten¹⁰⁰.

Allerdings galt auch außerhalb der düsteren Welt der Lager das Leben eines gefangenen Russen nicht viel. Es kam immer wieder vor, dass man gar keine Gefangenen machte, dass man sie unmittelbar nach ihrer Gefangennahme oder – vermutlich noch häufiger – während der nicht enden wollenden Elendsmärschen in die rückwärtigen Gebiete ermordete. Hierfür verantwortlich waren in erster Linie die Fronttruppen. Besonders schlimm scheinen hier die ersten Wochen des Krieges gewesen zu sein¹⁰¹, in denen *beide* Seiten, die deutsche wie auch die sowjetische, zu Exzessen neigten und sich gegenseitig radikalisierten¹⁰². Allerdings gab es schon damals Vorgesetzte, die „eine Gefahr für die Disziplin darin [sahen], wenn unsere Leute anfangen, auf eigene Faust ‚umzulegen‘“¹⁰³. Überhaupt spricht viel dafür, dass schon nach einigen Wochen diese anfängliche Erregung abzuflauen begann¹⁰⁴. Der Krieg erhielt wieder einen professionelleren Charakter, den freilich militärische Krisen immer wieder in Frage stellen konnten. Noch übler als diese Verbrechen des Schlachtfelds – in denen man sowohl eine Folge der NS-Ideologie als auch ein Ergebnis der besonderen Bedingungen dieses Krieges sehen kann – waren indes die Folgen, die sich aus dem völkerrechtswidrigen Befehl des OKH vom 25. Juli 1941 ergaben, der allen versprengten sowjetischen Soldaten befahl, „sich sofort bei der nächsten deutschen Wehrmachtsdienststelle zu melden. Geschieht das nicht, sind sie von einem gebietsweise festzusetzenden Zeitpunkt ab als Freischärler anzusehen und entsprechend zu behandeln“¹⁰⁵. Wenn daraufhin

⁹⁹ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), MA 1662: Dulag 220, Bericht an die 221. Sich. Div. vom 25. 9. 1941.

¹⁰⁰ Nagel/Osterloh, Wachmannschaften, S. 79f.; Stalag VI A Hemer. Kriegsgefangenenlager 1939–1945. Eine Dokumentation. Hrsg. von Hans-Hermann Stopsack und Eberhard Thomas, Hemer 1995, S. 62ff., 82ff.

¹⁰¹ Vgl. Gerlach, Morde, S. 774ff.; Streit, Kameraden, S. 106ff. Beispiele bei Gerlach, Verbrechen deutscher Fronttruppen in Weißrußland 1941–1944. Eine Annäherung, in: Karl Heinrich Pohl (Hrsg.), Wehrmacht und Vernichtungspolitik. Militär im nationalsozialistischen System, Göttingen 1999, S. 89–114, hier S. 92ff.; Johannes Hürter, Ein deutscher General an der Ostfront. Die Briefe und Tagebücher des Gotthard Heinrici 1941/42, Erfurt 2001, S. 62f. (Eintrag vom 23. 6. 1941); Klaus-Michael Mallmann (u.a. Hrsg.), Deutscher Osten 1939–1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten, Darmstadt 2003, S. 23.

¹⁰² Vgl. hierzu Alfred M. de Zayas, Die Wehrmachtuntersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München 1979, S. 273ff.; Joachim Hoffmann, Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion, in: DRZW, Bd. 4, S. 713–809, insbes. S. 783ff.; Rass, „Menschenmaterial“, S. 334; Franz W. Seidler (Hrsg.), Verbrechen an der Wehrmacht. Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42, Selent³1998. An der Substanz der von Seidler präsentierten Fälle besteht kein Zweifel. Skandalös ist jedoch, wenn Seidler auch den Kannibalismus unter sowjetischen Kriegsgefangenen zu diesen Fällen rechnet.

¹⁰³ Zit. nach Ulrich Heinemann, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli 1944, Berlin 1990 (Tagebucheintrag vom 28. 6. 1941).

¹⁰⁴ Während der Jahre 1941/42 sollen allerdings 90–95% der deutschen Soldaten, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten sind, verstorben sein. Vgl. Kurt Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz. (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. 7), München 1966, S. 110.

¹⁰⁵ Druck: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“, S. 349f. sowie Gerlach, Morde, S. 875ff. Auch zum Folgenden.

allein im Rückwärtigen Gebiet Mitte von Juli bis September 1941 monatlich rund 8000 sog. Partisanen umgebracht wurden, dann spricht schon dies für „eine hohe fünfstellige, wenn nicht sechsstellige Zahl von Opfern“¹⁰⁶. außerhalb der Lagerwelt.

Gleichwohl fällt auf, dass das Verhalten der Kämpfenden Truppe in diesem Fall sehr disparat gewesen ist. Es finden sich Befehle wie den der 257. Infanteriedivision vom April 1943, der daran erinnerte: „Wenn auch im Winterfeldzug wieder Fälle von Erschießungen deutscher Kriegsgefangener festgestellt wurden, so sind doch die gefangenen Rotarmisten in einer dem deutschen Soldaten würdigen Form zu behandeln.“¹⁰⁷ Und es finden sich Zeugnisse, die das glatte Gegenteil belegen: Ende Dezember 1941 erhielten etwa einige Pioniere einer Panzerdivision den Auftrag, sowjetische Kriegsgefangene nach hinten abzutransportieren. „Wie wir später anfragen, was die [Gefangenen] ausgesagt hätten, sagt man uns, man habe die alle umgelegt – es mögen so 30 Mann gewesen sein –; der Weg zur Sammelstelle sei zu weit gewesen. Es ist ein fast tierisches Lachen, das ich höre, wie man das uns mitteilt; wie ist es doch um uns bestellt! Das hätte man vor fünf Monaten einmal sagen oder wagen sollen!“¹⁰⁸ Allein diese beiden Beispiele vermitteln sowohl eine Vorstellung von der Spannbreite des deutschen Verhaltens wie auch davon, dass der Tatort dieses Vergehens bis in die vordersten Zonen des Krieges reichen konnte. Allerdings war hier die Aufenthaltsdauer der Gefangenen mit Abstand am kürzesten. Mit wenigen Ausnahmen¹⁰⁹ war das Interesse der Kämpfenden Truppe primär darauf gerichtet, diese Leute so schnell wie möglich nach hinten abzuschieben. Hier aber wartete die Hölle der Lager, und erst sie sorgte dafür, dass daraus ein Verbrechen dieser Dimension wurde.

Partisanenkrieg

Neben dem grausamen Sterben der sowjetischen Kriegsgefangenen gehört das, was gewöhnlich unter den Begriff Partisanenkrieg fällt, zu den größten Verbrechen „der“ Wehrmacht¹¹⁰. Es charakterisiert ihre Strategie, dass sie nicht adäquat

¹⁰⁶ So die Schätzung von Streit (Kameraden, S. 107). Noch höher die Schätzung bei G[rigori] F. Kriwosheev (Ed.), *Soviet Casualties and Combat Losses in the Twentieth Century*, London 1997, S. 236. Er geht von 500 000 Rotarmisten aus, die nach ihrer Gefangennahme nicht in den Lagern angekommen wären. Hier sind freilich auch ganz andere Abgänge möglich etwa jene, die als „Hilwis“ bei den Einheiten blieben, denen die Flucht gelang oder die von den Deutschen entlassen wurden.

¹⁰⁷ BA-MA, RH 26–257/48: 257. Inf. Div., Abt. Ic, Nr. 1551/43/geh. vom 13. 4. 1943.

¹⁰⁸ BA-MA, MSg 1/3276: Tagebuch F.F. vom 30. 12. 1941.

¹⁰⁹ Zur Ausbeutung der Kriegsgefangenen durch die Truppe vgl. unten.

¹¹⁰ Vgl. hierzu Edgar M. Howell, *The Soviet Partisan Movement 1941–1944*, Washington 1956; J. A. Armstrong (Hrsg.), *Soviet Partisans in World War II*. Madison/Wisc., 1964; Erich Hesse, *Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle*, Göttingen 1969/21993; Matthew Cooper, *The Phantom War. The German Struggle against Soviet Partisans 1941–1944*, London 1979; Witalij Wilenchik, *Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941–1944*, in: *Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte* 34 (1984), S. 129–297; Bernd Bonwetsch, *Sowjetische Partisanen 1941–1944. Legende und Wirklichkeit des „allgemeinen Volkskrieges“*, in: Gerhard Schulz (Hrsg.), *Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1985, S. 92–124; Bernd Wegner, *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43*, in: *DRZW*, Bd. 6, S. 761–1102, hier S. 911 ff.; Ruth Bettina Birn, *Zweierlei Wirklichkeit? Fallbeispiele zur Partisanenbekämpfung im Osten*, in: *Zwei Wege nach Moskau* (1991), S. 275–290;

auf diesen Krieg mit seinen höchst komplizierten Frontverläufen reagierte. Anstelle des eigentlichen Gegners trafen ihre Gegenschläge ungleich häufiger eine verängstigte Zivilbevölkerung, die zunächst vor allem mit der kümmerlichen Sicherung ihres Überlebens beschäftigt war. Allein in Weißrußland, dem unbestrittenen Zentrum des Partisanenkriegs, sollen ihm 345 000 Menschen zum Opfer gefallen sein¹¹¹, in der gesamten Sowjetunion waren es etwa eine halbe Million. Ob es sich bei ihnen tatsächlich um Partisanen handelte, interessierte die deutschen Besatzer meist wenig. Terror hieß das Allheilmittel¹¹². Schon im September 1941 hielt der Chef des OKW Wilhelm Keitel „als Sühne für ein deutsches Soldatenleben [...] die Todesstrafe für 50–100 Kommunisten als angemessen“¹¹³. So war es denn kein Wunder, wenn bei den „Säuberungsaktionen“ die Zahl der ermordeten Zivilisten jene der getöteten Partisanen weit überstieg¹¹⁴. Ab Frühjahr 1942 wurde die Vergeltung der deutschen Okkupanten noch verheerender; diese gingen nun dazu über, systematisch menschenleeres Gebiet zu schaffen, mit Hilfe von Zwangsumsiedlungen, Massenerschießungen und später auch Verschleppungen. Die berüchtigten „toten Zonen“ entstanden. Reaktionen dieser Art auf eine zweifellos existente Bedrohung der deutschen Besatzungsherrschaft ließen sich noch nicht einmal militärisch rechtfertigen und schon gar nicht rechtlich oder gar psychologisch. Zwar erlaubte das damalige Völkerrecht Repressalien, doch nur solche, bei denen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewahrt blieb. Damit allein ist das Problematische des deutschen Verhaltens aber noch nicht erklärt. Bereits vor Kriegsbeginn hatte Hitler und mit ihm die Wehrmachtsführung festgelegt, dass in der Besatzungspolitik das traditionelle Prinzip der Fürsorge ersetzt werden sollte durch das Prinzip des blanken Terrors. Noch deutlicher wurde Hitler im Juli 1941, als er unumwunden zugab, dass der Partisanenkrieg „uns die Möglichkeit [gibt] auszurotten, was sich gegen uns stellt“¹¹⁵ – wobei die nationalsozialistische

Kenneth D. Slepyan, „The people's avengers“: Soviet partisans, Stalinist society and the politics of resistance, 1941–1944, Univ. of Michigan 1994; Umbreit, Das unbewältigte Problem, in: Förster (Hrsg.), Stalingrad; Arno Lustiger, Zum Kampf auf Leben und Tod. Vom Widerstand der Juden 1933–1945, Köln 1994, S. 259ff.; Timm C. Richter, „Herrenmensch“ und „Bandit“. Deutsche Kriegführung und Besatzungspolitik als Kontext des Partisanenkriegs (1941–1944), Münster 1998; Leonid Grenkevich, The Soviet Partisan Movement 1941–1944. A Critical Historiographical Analysis, London 1999; Gerlach, Morde, S. 859ff.; Philip W. Blood, Bandenbekämpfung: Nazi occupation security in Eastern Europe and Soviet Russia 1942–45, Diss., Cranfield 2001; Ben Shepherd, Hawks, Doves and Tote Zonen: A Wehrmacht Security Division in Central Russia, 1943, in: Journal of Contemporary History 37 (2002), S. 349–369.

¹¹¹ Angabe nach Gerlach, Morde, S. 955 ff., 1158.

¹¹² Vgl. etwa Okkupation, Raub, Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischen Territorium 1941 bis 1944. Hrsg. von Norbert Müller, Berlin (Ost) 1980, Dok. 33, 34, 52, 53, 56, 57, 63 und 64. Wehrmachtsverbrechen, Dok. 19, 20, 22–30, 45.

¹¹³ Chef OKW, Erlass vom 16. 9. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“, S. 359f.

¹¹⁴ Gerlach (Morde, S. 907) schätzt, dass „etwa 10 bis 15 Prozent der Opfer der deutschen Aktionen Partisanen“ waren. Röhr (Forschungsprobleme, S. 203) veranschlagt sie sogar auf nur 5 Prozent. Wirklich klären lässt sich diese Zahl wohl nie. Allerdings ist es zu einfach, über die Zahl der Beutewaffen die der Partisanen zu erschließen. Für viele Funktionen wie Späher, Melder, Versorger oder Pioniere waren keine Waffen nötig. Ganz davon abgesehen, waren Waffen bei den Partisanen so hochbegehrt, dass sie die ihrer gefallenen Kameraden sofort übernahmen. Wenn überhaupt, dann sind also die deutschen Berichte über Beutewaffen nur ein sehr grober Anhaltspunkt für die Relation von Partisanen und Nicht-Partisanen. Vgl. mit der Einschränkung bei Gerlach, Morde, S. 958.

¹¹⁵ Aktenvermerk vom 16. 7. 1941, in: IMT, 221-L, Bd. 38, S. 86–94, hier S. 88. Vgl. auch Der Dienst-

Definition des Gegnerischen bekanntermaßen sehr weit ausfiel¹¹⁶. Die Grenzen zwischen militärisch begründeten Gegenmaßnahmen und einer rein rassenideologisch motivierten „Flurbereinigung“ begannen sich daher schon bald aufzulösen.

Wer aber hatte diese unbarmherzige Strategie umzusetzen? In den *Zivilverwaltungsgebieten*, immerhin der Hälfte des deutschen Besatzungsgebiets, war der Kampf gegen die Partisanen¹¹⁷ eine Aufgabe der Höheren SS- und Polizeiführer¹¹⁸, so dass bei den Unternehmungen selbst die „Wehrmacht eine eher periphere Rolle“ spielte¹¹⁹. Ganz anders war dies in den *Militärverwaltungsgebieten*; hier waren es vor allem die Befehlshaber der Rückwärtigen Heeres- und Armeegebiete, seit Sommer 1942 auch zunehmend die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen, die diese „Gewaltorgie im Hinterland“¹²⁰ zu verantworten hatten. Die Zahl ihrer wirklichen Exekutivkräfte war indes beschränkt¹²¹: neun ausgedünnte¹²² Sicherungsdivisionen, die man bis 1944 auf elf erweiterte¹²³. Dass sie „allein [...] nicht für die großen Räume“ genügen konnten, musste sich der Generalstabschef Halder bereits im Juli 1941 eingestehen¹²⁴. Die wenigen gelichteten Infanteriedivisionen, die für die Front nicht mehr taugten¹²⁵, konnten diese Lücken ebenso wenig füllen, wie die wenigen Ausbildungs- und Ersatzverbände, die man seit 1942 ins Hinterland zu legen begann¹²⁶. Auch im Hoheitsgebiet der Wehrmacht kam daher alles gegen die Partisanen zum Einsatz, was gerade zu greifen war: Polizei- oder Landesschützenbataillone, Brigaden der Waffen-SS, einheimische Schutzmannschaften oder verbündete Kräfte. Solche Improvisationen sind allerdings nur ein weiteres Indiz dafür, dass lediglich ein Bruchteil des deutschen

kalender Heinrich Himmlers 1941/42. Bearb., komm. u. eingel. von Peter Witte u.a., Hamburg 1999, S. 294 (18. 12. 1941).

¹¹⁶ Gerlach (Morde, S. 913) schätzt, dass 5–10% der Opfer der Partisanenbekämpfung Juden gewesen sind.

¹¹⁷ Hierzu Richter, „Herrenmensch“, S. 57 ff.

¹¹⁸ Erlaß Hitlers vom 17. 7. 1941, in: „Führer-Erlasse“, Dok. 100. Weisung Nr. 46 des OKW vom 18. 8. 1942, in: Hubatsch, Hitlers Weisungen, S. 201–206.

¹¹⁹ Vgl. Ruth Bettina Birn, „Zaunkönig“ an „Uhrmacher“. Große Partisanenaktionen 1942/43 am Beispiel des „Unternehmens Winterzauber“, in: MGZ 60 (2001), S. 99–118, hier S. 118; ferner Peter Lieb, Täter aus Überzeugung? Oberst Carl von Andrian und die Judenmorde der 707. Infanteriedivision 1941/42, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 523–557, hier S. 551.

¹²⁰ Müller, Wehrmacht, S. 12. Dass es auch Unterschiede gab, belegt Shepherd, Hawks, passim.

¹²¹ Hierzu Hesse, Partisanenkrieg, S. 80 ff. Festzustellen ist im Übrigen auch die umgekehrte Entwicklung: Selbst die Sicherungsdivisionen waren zum Teil monatelang an der Front.

¹²² Die Stärke einer Sicherungsdivision betrug „höchstens 8000–9000 Mann“, in der Praxis sogar oft noch weniger. Vgl. Hesse, Partisanenkrieg, S. 186 f. Ferner Lieb, Täter, S. 531. Dagegen belief sich die Sollstärke einer vollausgerüsteten Infanteriedivision auf über 16860 Mann. Vgl. Buchner, Handbuch, S. 9.

¹²³ Vgl. Müller-Hillebrand, Heer, Bd. 3, S. 148.

¹²⁴ Halder, Kriegstagebuch, Bd. III, S. 32 (Eintrag vom 1. 7. 1941).

¹²⁵ Vgl. hierzu die Kriegsgliederungen und Lagekarten in: Die Geheimen Tagesberichte der Deutschen Wehrmachtführung im Zweiten Weltkrieg 1939–1945. Hrsg. von Kurt Mehner, Bd. 3–10, Osnabrück 1985–1992. Diesen Übersichten, die gewöhnlich alle zwei Wochen erstellt wurden, ist zu entnehmen, dass es nur sehr wenige Felddivisionen waren, die in den Rückwärtigen Heeresgebieten längere Zeit neben den Sicherungsdivisionen stationiert waren. Auch in dieser Hinsicht blieben die 707. oder die 339. ID eine Ausnahme!

¹²⁶ Zugeteilt wurden schließlich nur zwei Feldausbildungsdivisionen. Vgl. Wegner, Krieg gegen die Sowjetunion, S. 919. Außerdem waren bei den beiden Wehrmachtbefehlshabern je zwei Reserve-divisionen stationiert; Wm. BfH Ostland: 141. und 151. RD, Wm. BfH Ukraine: 143. und 147. RD. Vgl. Georg Tessin, Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, Bd. 7: Die Landstreitkräfte 131–200, Osnabrück 1973, S. 43 ff.

Ostheers hinter der Front agierte¹²⁷. An regulären Sicherungstruppen hatte die Wehrmacht hier vermutlich nie mehr als 90 000 bis 100 000 Mann eingesetzt¹²⁸, die Sicherung dieser Räume blieb ihre Achillesferse: Die 221. Sicherungsdivision beispielsweise hatte im Sommer 1941 ein Gebiet von 35 000, die 707. Infanteriedivision gar eines von 60 000 Quadratkilometern zu überwachen. Und auch im rückwärtigen Armeegebiet war es nicht sehr viel besser; beim Korück 532 kamen beispielsweise ganze 114 Mann auf eine Fläche von 1000 Quadratkilometern¹²⁹. Nur bei den sog. „Großunternehmen“ wurden einzelne vollwertige Kampfregimenter aus der Front herausgelöst und kurzfristig im Hinterland eingesetzt. Für die Zeit von Februar 1942 bis Juni 1944 sind insgesamt 68 solcher Großunternehmen bekannt geworden¹³⁰; an 33, etwa der Hälfte, hat sich die Wehrmacht beteiligt, aber nur an dreizehn sicher mit einzelnen Fronteinheiten¹³¹.

Auch im unmittelbaren Hinterland der Front kam es zu Anti-Partisanen-Aktionen. Doch lag es in der Natur der Sache, dass die Partisanen selbst jene Zonen mieden, in denen sich die deutschen Truppen massierten; für diesen Kleinkrieg reichten daher schwache Formationen: Trupps der Feldgendarmarie, Ost-Truppen oder einzelne „Jagd-Kommandos“¹³². Eskalationen wie die in Evpatorija blieben dagegen die Ausnahme. In diesem Hafenstädtchen auf der Krim waren im Januar 1942 sowjetische Einheiten gelandet, ein Teil der Bevölkerung hatte sie dabei unterstützt. Die deutsche Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Unter Leitung der Einsatzgruppe D wurden 1184 Männer von 90 Flaksoldaten exekutiert¹³³; es „hätte trotzdem eine genauere Überprüfung der zum Erschießen Verurteilten erfolgen sollen“, hieß es im Abschlußbericht der zuständigen Ortskommandantur.

Die großen „Bandengebiete“ lernten die meisten Frontsoldaten erst während der großen Rückzüge kennen. Zwar suchten die Partisanen auch in dieser Phase die direkte Konfrontation noch immer zu vermeiden, doch entwickelten sie sich zu einer permanenten Bedrohung für die angeschlagenen deutschen Frontverbände. Nicht selten versuchten diese wiederum mit den Mitteln des Terrors jener Gefährdung in ihrem Rücken entgegenzuwirken¹³⁴. Dass die Front nun eine ganz neue „Dimension der Tiefe“¹³⁵ erhielt, konnten sie damit aber nicht verhindern.

¹²⁷ Vgl. auch mit dem Urteil von Wegner, Krieg gegen die Sowjetunion, in: DRZW, Bd. 6, S. 925.

¹²⁸ Vgl. Grenkevich, Partisan Movement, S. 158; Müller-Hillebrand, Heer, Bd. 3, S. 217.

¹²⁹ Förster, Sicherung, in: DRZW, Bd. 4, S. 1057; Gerlach, Morde, S. 215 f.; Schulte, German Army, S. 78.

¹³⁰ Vgl. die Übersichten bei Röhr, Forschungsprobleme, in: Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 8, S. 202 f.; Hesse, Partisanenkrieg, S. 319 ff.; Gerlach, Morde, S. 899 f. Weitere Angaben in: Christopher Chant, The Encyclopedia of Codenames of World War II, London 1986; Werner Uhlich, Deutsche Decknamen des Zweiten Weltkrieges. Decknamen deutscher Planungen, Vorbereitungen und Unternehmen des Zweiten Weltkrieges, Berg am See 1987.

¹³¹ Weitere dreizehn mal ist allgemein von „Heeresverbänden“ die Rede, wobei hier nicht zu erkennen ist, ob sie von der Front oder aus den rückwärtigen Gebieten kamen.

¹³² Vgl. Rass, „Menschenmaterial“, S. 352, 354, 372; Alfred Mann, Die Ost-Reiterschwadron 299. Ein Studenten-Tagebuch berichtet, ergänzt aus den Akten des Bundesarchiv-Militärarchivs, Ulm 2003, passim.

¹³³ Krausnick, Truppe, S. 266 f. Auch zum Folgenden.

¹³⁴ Vgl. Gerlach, Morde, S. 1092 f.

¹³⁵ Hesse, Partisanenkrieg, S. 238. Ferner Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944). Dokumentenauswahl und Einleitung von Norbert Müller. (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945), Bd. 5), Berlin 1991, Dok. 232, insbes. S. 513.

Welche Brisanz in dieser Entwicklung steckte, verdeutlicht schließlich der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944: Von den 350 000 Landsern, die damals das Ostheer verlor, sollen allein 32 000 von Partisanen getötet oder gefangen genommen worden sein¹³⁶. Insgesamt werden die Verluste der deutschen Seite im Partisanenkrieg auf bis zu 50 000 Mann geschätzt¹³⁷. Sollte die Schätzung von 50 000 sowjetischen Opfern zutreffen¹³⁸, so würde das ungefähr auf eine Gefallenenrelation von 10:1 hinauslaufen. Dieses Mißverhältnis, das sich im Übrigen nicht nur für den Partisanenkrieg, sondern mehr oder weniger für viele Kampfhandlungen des deutsch-sowjetischen Krieges konstatieren lässt, begründet sich *nicht nur* ideologisch. Es hatte auch militärische Ursachen. Denn unter den sowjetischen Opfern befanden sich nicht allein Zivilisten. Nur anfangs waren die Deutschen ihren irregulären Gegnern deutlich überlegen, zumindest dann, wenn es zu einer direkten Auseinandersetzung kam. Mit den Rückschlägen an der Front begann die Lage in ihrem Rücken immer gefährlicher zu werden. Seit Sommer 1943 waren die Partisanen für das Ostheer jedenfalls mehr als nur eine psychische Bedrohung oder gar ein Phantom¹³⁹. Sie wurden nun zu einem, wohlgemerkt: *einem* militärischen Faktor.

Angesichts einer solcher Entwicklung wird man zumindest den Angehörigen des Ostheers nur schwer ein existentielles Bedürfnis absprechen können, sich gegenüber diesen Angriffen aus dem Hinterhalt zu wehren. Natürlich waren es die deutsche Besatzungspolitik, die ideologischen Vorbehalte und die militärischen Prämissen, die den bewaffneten Widerstand in der Sowjetunion erst provozierten. Hierauf hatten die meisten deutschen Besatzungssoldaten jedoch keinen Einfluß. Sie wurden, ob sie es wollten oder nicht, mit einem Krieg konfrontiert, dem zwangsläufig stets „ein Element der Heimtücke innewohnt“¹⁴⁰ und der „ohne jedes Erbarmen von beiden Seiten“ geführt wurde, so die Erkenntnis des damaligen Generalmajors Hellmuth Stieff¹⁴¹. Dass das auf dem Rücken der Zivilbevölkerung geschah, hatten nicht allein die Deutschen zu verantworten. Immerhin schien ihnen mit der Zeit wenigstens zum Teil aufzugehen, wie kontraproduktiv ihre „Strategie der Friedhofsruhe“ war. Verschärfend kam hinzu, dass das damals herrschende Kriegerrecht einem solchen Krieg auch nicht ansatzweise gerecht

¹³⁶ Vgl. Timothy P. Mulligan, *Reckoning the Cost of People's War: The German Experience in the Central USSR*, in: *Russian History* 9 (1982), S. 27–48, hier S. 45.

¹³⁷ Ebenda, S. 45. Mulligan geht von 52 300 Mann Verlusten der deutschen Seite aus sowie von 5000 toten Kollaborateuren. Vgl. auch Cooper, *Phantom War*, S. IX, basierend auf einer Einschätzung Jodls. Ungleich ungünstiger die Relationen in der Anfangsphase des Krieges. Vgl. hierzu Wegner, *Krieg gegen die Sowjetunion*, S. 917.

¹³⁸ Die hier genannte Zahl ist eine relativ hohe Schätzung. Etwas niedriger die Vermutung Mulligans (S. 45), der die Zahl der sowjetischen Opfer für den Bereich der Heeresgruppe Mitte mit knapp 300 000 Menschen angibt.

¹³⁹ Der Behauptung Heers, der einen „Partisanenkampf ohne Partisanen“ postulierte, hat bereits Gerlach widersprochen; hiervon könne „zu keiner Zeit die Rede sein“. Vgl. Hannes Heer, *Die Logik des Vernichtungskrieges*, in: Ders./Klaus Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht*, Hamburg 1995, S. 104–138, hier S. 107; Gerlach, *Morde*, S. 861.

¹⁴⁰ Graml, *Wehrmacht*, S. 381. Zur Theorie des Partisanenkrieges: Carl Schmitt, *Theorie des Partisanen*. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, Berlin 1963; Schulz, *Partisanen und Volkskrieg*; Herfried Münkler, *Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt*, Opladen 1990.

¹⁴¹ Hellmuth Stieff, *Briefe*. Hrsg. u. eingel. von Horst Mühleisen, Berlin 1991, S. 153 (Brief vom 20. 2. 1942).

wurde¹⁴². Zentrale Fragen blieben ungeklärt: Durften irreguläre Einheiten, selbst wenn sie den Status von Kombattanten für sich beanspruchen konnten, im Rücken des Gegners operieren? Wie ließ sich dieser Kombattantenstatus überhaupt verifizieren? Wann waren Repressalien verhältnismäßig und wann nicht? Auch hier waren es nicht allein die Deutschen, die sich für solche Fragen nur wenig interessierten. Zwar handelte es sich bei den Partisanen – politisch, ethnisch und sozial – um extrem heterogene Formationen, doch ging es den meisten anfangs vor allem ums Überleben, um Freiräume. Erst als im Mai 1942 ein zentraler Stab die Führung der roten Untergrundkämpfer übernahm, wurden aus diesen langsam professionelle Kampfeinheiten¹⁴³. Es ist wohl kein Zufall, wenn ab Sommer 1943 *beide* Seiten allmählich dazu übergingen, ergriffene Gegner nicht sofort zu töten¹⁴⁴, selbst wenn das weniger aus humanitären als aus politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen geschah.

All das macht ein Urteil über die Rolle des Ostheers im Partisanenkrieg nicht einfacher. Ein nachvollziehbares militärisches Sicherheitsbedürfnis, das sich wenigstens zum Teil noch völkerrechtlich begründen ließ, vermischte sich schon bald mit den Ideologemen einer barbarischen Besatzungspolitik, die in allem Fremden bereits den Feind witterte. Diese Gemengelage, in der Recht und Moral immer schwerer zu erkennen waren, kann die Reaktionen vieler deutscher Soldaten erklären, aber wohl kaum rechtfertigen. Die moralische Ambivalenz, die dem Partisanenkrieg stets anhaftet, ändert aber nichts daran, dass Teile des Ostheers zum Exekutor eines rassenideologischen Vernichtungsprogramms wurden, dessen Leidtragender in erster Linie eine eingeschüchterte Zivilbevölkerung war. Auch hier liegt die Hauptverantwortung bei den Oberbefehlshabern und ihren Stäben, die diese unmenschliche Strategie akzeptierten und nicht selten sogar noch verschärften. Deren Umsetzung lag primär in den Händen einer kleinen Besatzungstruppe. Alle übrigen deutschen Soldaten haben zwar viel von den Partisanen gehört, wurden aber selten direkt mit ihnen konfrontiert. Gegen sie eingesetzt waren schließlich nur die wenigsten.

¹⁴² Zur rechtlichen Problematik vgl. Jürg H. Schmid, *Die völkerrechtliche Stellung der Partisanen im Kriege*, Zürich 1956; Hans-Joachim Jentsch, *Die Beurteilung summarischer Exekutionen durch das Völkerrecht*, Marburg (Diss. jur.) 1966; Geisel- und Partisanentötungen im Zweiten Weltkrieg. Hinweise zur rechtlichen Beurteilung. Hrsg. von d. Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen, Masch. Manuskript, Ludwigsburg 1968.

¹⁴³ Vgl. John A. Armstrong u. a., *Organization and Control of the Partisan Movement*, in: Ders. (Hrsg.), *Soviet Partisans in World War II*, Madison 1964, S. 73–139, hier S. 98 ff. Vgl. auch mit dem Urteil von Peter Klein, *Zwischen den Fronten. Die Zivilbevölkerung Weißrusslands und der Krieg der Wehrmacht gegen die Partisanen*, in: Quinkert (Hrsg.), *Herren*, S. 82–103, hier S. 91.

¹⁴⁴ Vgl. Alexander Dallin u. a., *Partisan Psychological Warfare and Popular Attitudes*, in: *Soviet Partisans*, S. 197–337, hier S. 222 f.; Gerlach, *Morde*, S. 998 ff. Druck des OKH-Befehls vom 1. 7. 1943, in: Ortwin Buchbender, *Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1978, S. 328 f. Einzelne Verbände wie die 221. Sich. Div. oder die 339. Inf. Div. gingen schon früher dazu über, gefangene Partisanen nicht mehr zu erschießen. Vgl. Shephard, *Hawks*, S. 354 f.; Lieb, *Täter*, S. 553.

Völkermord

Der Mord an den Juden ist das größte Massenverbrechen des Nationalsozialismus. Daher stand die Frage nach den Berührungspunkten zwischen Wehrmacht und Holocaust immer wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit¹⁴⁵. Diese Berührungspunkte gab es in der Tat. Ohne die logistische und administrative Zuarbeit der Wehrmacht wäre ein Genozid dieses Ausmaßes niemals möglich gewesen¹⁴⁶! Denn *alle* Oberbefehlshaber des Ostheers haben die Mordaktionen des SS- und Polizeiapparats entweder offen unterstützt – wie im Falle Reichenaus¹⁴⁷ – oder zumindest doch resigniert hingenommen – wie etwa Leeb¹⁴⁸ –, nachdem das OKH noch vor Feldzugsbeginn den SS- und Polizeieinheiten die Möglichkeit für „Sonderaufgaben im Auftrage des Führers“ eingeräumt hatte¹⁴⁹. Die institutionelle Mitverantwortung eines hierarchisch organisierten Systems wie dem der Wehrmacht ist also auch in diesem Fall sehr hoch; Helmut Krausnick spricht von „einer weitgehenden, in ihrem Ausmaß erschreckenden Integration des Heeres in das Vernichtungsprogramm und die Vernichtungspolitik Hitlers“¹⁵⁰. Dies gilt besonders für die Oberbefehlshaber und ihre Stäbe, allen voran die I-c-Abteilungen, oder auch die Militärverwaltung. Wie weit gilt dieses Diktum aber für die Millionen Angehörigen des Ostheers?

Keine Frage: Bei den Soldaten, die den Juden, aber auch anderen „unerwünschten“ Gruppen alles raubten: die Freiheit, den Besitz, die Gesundheit, die Ehre und schließlich das Leben, handelte es sich nicht nur um Einzeltäter. Schuldig werden

¹⁴⁵ Generell hierzu: Krausnick/Wilhelm, Truppe; Förster, Sicherung, in: DRZW, Bd. 4, S. 1030 ff.; Jürgen Förster, Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: Müller/Volkman (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, S. 948–963; Manfred Messerschmidt, Harte Sühne am Judentum. Befehlswege und Wissen in der deutschen Wehrmacht, in: Jörg Wollenberg (Hrsg.), „Niemand war dabei und keiner hat's gewußt“. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945, München 1989, S. 113–128; Wolfgang Petter, Wehrmacht und Judenverfolgung, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenvernichtung im Dritten Reich, Hamburg 1992, S. 161–178; Hannes Heer, Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust, in: Vernichtungskrieg, S. 57–77; Christian Gerlach, Die Ausweitung der deutschen Massenmorde in den besetzten sowjetischen Gebieten im Herbst 1941. Überlegungen zur Vernichtungspolitik gegen Juden und sowjetische Kriegsgefangene, in: Ders., Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 10–84; Ders., Morde, S. 503 ff.; Longerich, Politik, S. 405 ff.; Dieter Pohl, Schauplatz Ukraine: Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941–1943, in: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik. Hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Norbert Frei u. a., München 2000, S. 135–173; Pohl, Die Wehrmacht und der Mord, in: Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg; Pohl, Das deutsche Militär und die Verbrechen an den Juden im Zweiten Weltkrieg, in: Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand. Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg. Hrsg. von Clemens Vollnhals, Dresden 2003, S. 45–61; Lieb, Täter, S. 523–557.

¹⁴⁶ Zum Umfang der institutionellen Unterstützung am Beispiel Galiziens vgl. Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 45 ff.; Sandkühler, „Endlösung“, S. 114 ff.

¹⁴⁷ Am bekanntesten sein Befehl zum „Verhalten der Truppe im Ostraum“ vom 10. 10. 1941, Druck: Ueberschär/Wette, „Unternehmen Barbarossa“, S. 339 f.; weitere Belege bei Longerich, Politik, S. 405 f.

¹⁴⁸ Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb. Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Hrsg. von Georg Meyer, Stuttgart 1976, S. 62 ff., 288 (Tagebucheintrag vom 8. 7. 1941).

¹⁴⁹ Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 vom 13. 3. 1941, Druck: Hitlers Weisungen, S. 89 sowie Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 107 ff.

¹⁵⁰ Ebenda, S. 278.

konnten auch ganze Formationen, die im Falle der berüchtigten 707. Infanteriedivision sogar die Stärke eines ganzen, wenngleich schwachen Verbands erreichten¹⁵¹. Doch blieb diese Division eine Ausnahme. Insgesamt waren es auffallend wenig Soldaten, die *aktiv* bei den Morden mitmachten. So waren es etwa unter den *ukrainischen* Juden wohl „einige Tausend“ (bei einer Gesamtzahl von 1,4 Millionen jüdischen Opfern), die von deutschen Soldaten umgebracht wurden¹⁵²; die Einsatzgruppe A wiederum, die im Baltikum und in Weißrußland bis Januar 1942 33 0000 Juden ermordete¹⁵³, schätzte, dass „von der Wehrmacht bis Dezember 1941 ungefähr 19 000 Partisanen und Verbrecher, das heißt also in der Mehrzahl Juden, erschossen worden“ sind¹⁵⁴. Es wäre jedoch auch hier falsch, von der Zahl der Opfer einfach auf die der Täter zu schließen. Insgesamt, also für die gesamte Zeit des deutsch-sowjetischen Krieges, „wird man wohl auf einige Zehntausend“ Wehrmachtsangehörige kommen, „die an Selektion, Organisation, Durchführung, Absperrung bei Erschießungen oder Abgabe an die Sicherheitspolizei tätig waren“¹⁵⁵. Die Weisungen der militärischen Elite mögen sich häufig an einer selbstgeschaffenen Logik von perversierten Sicherheitsinteressen und wirtschaftlichen „Sachzwängen“ orientiert haben¹⁵⁶, die Truppe selbst wollte man aber gewöhnlich aus dem systematischen Völkermord heraushalten¹⁵⁷. „Lynchjustiz gegenüber Juden und andere Terrorakte sind mit allen Mitteln zu verhindern“, befahl etwa die 454. Sicherungsdivision im August 1941¹⁵⁸. Es waren daher – die Ereignismeldungen belegen es wieder und wieder¹⁵⁹ – ganz bestimmte Teile des Ostheers: Geheime Feldpolizei, Feldgendarmarie, Orts- und Feldkommandanturen oder einzelne Sicherungsverbände, die in der Praxis des Mordens systematisch mit Himmlers Leuten kooperierten. Weder von ihrer Größe noch von ihrer institutionellen Bedeutung waren sie aber repräsentativ für das Ostheer¹⁶⁰! Ein so bekannter Fall wie Babij Jar, „Symbol für den Judenmord der SS auf dem Boden der

¹⁵¹ Ihre Stärke belief sich im Mai 1942 mit knapp 5000 Mann auf ein Drittel einer durchschnittlichen Infanteriedivision. Vgl. Lieb, Täter, S. 531.

Zur Bewertung der Rolle der 707. ID vgl. ebenda, S. 536; Gerlach, Morde, S. 620. Dagegen nun Hannes Heer, *Extreme Normalität*. Generalmajor Gustav Freiherr von Mauchenheim gen. Bechtolsheim. Umfeld, Motive und Entschlußbildung eines Holocaust-Täters, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), S. 729–753, hier S. 750. Seine These von der „extremen Normalität“ scheint allerdings genau so abwegig wie seine Behauptung, Lieb habe die Absicht, „seinen Protagonisten Andrian zu entlasten“.

¹⁵² Vgl. Pohl, Schauplatz Ukraine, in: Norbert Frei u.a. (Hrsg.), *Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit*, S. 151 und 169ff.

¹⁵³ Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 608f.

¹⁵⁴ Undatierter Geheimbericht über die Morde der Einsatzgruppe A, in: IMT, Bd. 30, Dok. 2273-PS, S. 71–80, hier S. 79.

¹⁵⁵ Pohl, *Die Wehrmacht und der Mord*, in: Kaiser (Hrsg.), *Täter im Vernichtungskrieg*, S. 50.

¹⁵⁶ So etwa Gerlach, *Ausbeutung*, in: Ders., *Krieg, Ernährung, Völkermord*, S. 10–84.

¹⁵⁷ Hierzu Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, S. 232ff.

¹⁵⁸ Müller (Hrsg.), *Okkupation*, Dok. 10, ferner Dok. 25 und 30. Ferner Krausnick/Wilhelm, *Truppe*, S. 229f., 240.

¹⁵⁹ Vgl. IfZ-Archiv, MA 91/1-4: Einsatzgruppen, Ereignismeldungen UdSSR Nr. 1–66; 67–117; 118–167; 168–195. Ferner Müller (Hrsg.), *Okkupation*, Dok. 26, 27, 28 und 46.

¹⁶⁰ Die gesamte Geheime Feldpolizei beim Feldheer umfaßte 1941 4085, 1942/43 7885 Mann, die an allen Fronten im Einsatz waren. Vgl. Klaus Gießner, *Geheime Feldpolizei – die Gestapo der Wehrmacht*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 343–358, hier S. 346. Zur Zahl ihrer Opfer vgl. Gerlach, *Morde*, S. 873.

Sowjetunion“¹⁶¹, wird immer wieder als Beispiel für die hohe Mitverantwortung „der“ Wehrmacht angeführt. Das mag für einen eng gezogenen Kreis von Generälen und Stabsoffizieren gelten. Darüber hinaus aber sind auch hier die Dimensionen im Blick zu behalten. Denn die Zahl der militärischen Helfershelfer vor Ort beschränkte sich auf einige Hundert – und das, obwohl es sich hier selbst nach damaligen Vorstellungen um ein ungewöhnlich großes Massaker¹⁶² handelte, das im gesamten Bereich der 6. Armee seinesgleichen suchte. Diese aber bestand damals nicht aus wenigen Hundert, sondern aus insgesamt 220 000 Soldaten¹⁶³.

Es ist aufschlußreich, wenn schon die vier Einsatzgruppen, selbst nicht mehr als 3200 Mann¹⁶⁴, Zehntausende einheimischer Hilfskräfte für ihr Vernichtungswerk rekrutieren mussten. Warum war dies eigentlich nötig, wenn sich angeblich „die Mannschaftsgrade [sic!] der Wehrmacht [...] nicht mehr von der Mentalität [sic!] der Himmlertruppe“ unterschieden haben sollen, so die (bereits sprachlich unbeholfene) These der alten Wehrmachtsausstellung¹⁶⁵? Hätte es sich unter solchen Voraussetzungen nicht angeboten, noch stärker auf deutsches Militär zurückzugreifen?

Das verweist auf einen weiteren Aspekt, der nicht mehr eine Minderheit des Ostheers betrifft, sondern seine Mehrheit: Wie haben die deutschen Soldaten auf den Völkermord reagiert, der sich vor ihren Augen abspielte? Forschung und Publizistik haben gerade in den vergangenen Jahren sehr stark die Übereinstimmungen von Wehrmachts-, Polizei- und SS-Einheiten herausgestellt; Unterschiede in der Mentalität ihrer Angehörigen schienen demnach nur noch schwer erkennbar.

Dagegen vermitteln die überlieferten Zeugnisse in ihrer Gesamtheit ein Bild, das ungleich disparater ist¹⁶⁶. Zweifellos war die Wehrmacht als Wehrpflichtarmee nichts anderes als ein Querschnitt der deutschen Gesellschaft. Wenn diese mehr und mehr von einem Antisemitismus, wie ihn die NS-Ideologie propagierte, durchdrungen wurde, dann war davon zwangsläufig auch die Wehrmacht betroffen. Wenn man will, so lassen sich hier aber auch andere Traditionen aufspüren. Noch beim Einmarsch in Österreich hatte ein neutraler Beobachter wie der US-

¹⁶¹ Förster, Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: Müller/Volkman (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, S. 956.

¹⁶² Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 189 f., 235; Erhard R. Wiehn (Hrsg.), Die Schoah von Babij Jar. Die Massaker deutscher Sonderkommandos an der jüdischen Bevölkerung von Kiew 1941 fünfzig Jahre danach zum Gedenken, Konstanz 1991; Hartmut Rüd, Wer war verantwortlich für das Massaker von Babij Jar, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57 (1998), S. 483–508; Klaus Jochen Arnold, Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew durch die Wehrmacht im September 1941: Zur Radikalisierung der Besatzungspolitik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 58 (1999), S. 23–63; Verbrechen der Wehrmacht, S. 160 ff.

¹⁶³ BA-MA, RH 20–6/711: Armeeoberkommando (AOK) 6, Abt. IIa: Ist-Stärke vom 13. 7. 1941.

¹⁶⁴ Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 145 ff., 287; weitere Angaben bei Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen. Insgesamt waren in den rückwärtigen Gebieten etwa 35 000 Mann von Polizei und SS im Einsatz. Vgl. Konrad Kwiet, Auftakt zum Holocaust. Ein Polizeibataillon im Osteinsatz, in: Wolfgang Benz/Hans Buchheim/Hans Mommsen (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft, Frankfurt a. M. 1993, S. 191–208, hier S. 193.

¹⁶⁵ Hannes Heer/Klaus Naumann, Einleitung, in: Vernichtungskrieg, S. 25–36, hier S. 30.

¹⁶⁶ Vgl. dagegen Walter Manoschek (Hrsg.), „Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung“. Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939–1944, Hamburg 1995. Angesichts des Umfangs der von Manoschek herangezogenen Sammlung an Feldpostbriefen (ca. 50 000 Stück) sind seine 103 Belege, die teilweise von denselben Autoren stammen, kein Beweis für die Verbreitung des Antisemitismus' in der Wehrmacht.

Militärattaché in Wien konstatiert, dass das Verhalten der deutschen Soldaten „in jeder Weise tadellos“ sei¹⁶⁷: „Ich erfuhr von etlichen Fällen, wo deutsche Offiziere gegen besonders offensichtliche Juden-Mißhandlungen einschritten und die betreffenden Juden vor rachsüchtigen Parteifunktionären gerettet haben.“ Es ist die Frage, ob sich eine solche Einstellung innerhalb weniger Jahre völlig verlor, selbst wenn es diesmal gegen den „jüdischen Bolschewismus“ im Osten ging. „In den letzten Wochen spielen sich im gesamten Bereich des rückw[ärtigen] H[eer]es- g[ebiets] in Litauen u[nd] Lettland durch den ‚Selbstschutz‘ Vorgänge ab, die nicht nur eine unaufhörliche Folge von Recht- und Gesetzlosigkeiten schlimmster Art, sondern auch eine ununterbrochene Reihe von schwersten Eingriffen in die Hoheitsrechte des derzeitigen einzigen Macht- und Hoheitsträgers dieser Gebiete, der deutschen Wehrmacht, darstellen. Trotzdem werden diese zahllosen Mordtaten und sonstigen Rechtseingriffe dieses Gesindels von den machtragenden Stellen stillschweigend geduldet. Ein solcher Zustand muß sich nach meiner Überzeugung nicht nur in seinen Auswirkungen an den deutschen Belangen rächen, sondern ist auch der gesamten Wehrmacht unwürdig u[nd] für keinen deutschen Offizier auf die Dauer tragbar, ohne dass er sich daran mitschuldig macht“, berichtete der Hauptmann Theodor Mayer, Ib der 281. Sicherungsdivision, Anfang August 1941 seinem Kommandeur¹⁶⁸. Aufschlussreich ist auch Mayers Schlussfolgerung; er bitte um eine „Versetzung in einen Bereich außerhalb dieses Zustands“, also um eine „Wiederverwendung in einer *Front*division“¹⁶⁹. Auch dort waren die „Massenschlachtungen an Menschen“, um in der Diktion eines empörten Offiziers zu bleiben¹⁷⁰, ein Thema. Einem bekannten Eintrag vom Dezember 1941 aus dem Kriegstagebuch der Heeresgruppe Mitte, der größten deutschen Heeresgruppe, zufolge wurde dort „die Erschießung der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierskorps abgelehnt“¹⁷¹.

Doch sind auch ganz andere Stimmen überliefert. So berichtete ein SS-Offizier im Juli 1941, dass die Pogrome im Baltikum „von den dort eingesetzten Dienststellen der Wehrmacht und Sicherheitspolizei geduldet“ würden¹⁷². Im November 1941 hielt der Ic der 6. Armee, Erfassung, Festnahme „und weitere Behandlung“ aller Juden, Kommissare, politisch Verdächtigen und aller nicht Ortsansässigen in Charkow durch den SD, für „I-c-mäßig erwünscht“ und auch „für durchführbar“¹⁷³. Ein Unteroffizier eines Landeschützen-Bataillons glaubte, erst im Osten „die ganze Gefährlichkeit der Juden erkannt [zu] haben. Die Ausrottung und Ver-

¹⁶⁷ Zit. bei: Erwin A. Schmidl, *Der „Anschluß“ Österreichs. Der deutsche Einmarsch im März 1938*, Bonn 1994, S. 207, auch zum Folgenden.

¹⁶⁸ Nachlass Theodor Mayer, Eingabe an den Kdr. der 281. Sich. Div. vom 5. 8. 1941. Für den Zugang zu diesem Nachlass bin ich Klaus Mayer zu großem Dank verpflichtet. Zur Reaktion des Divisionskommandeurs, der seine Offiziere ermahnte, „daß sich jeder Soldat einer Kritik und Stellungnahme diesen Dingen gegenüber zu enthalten habe“, vgl. Krausnick, *Truppe*, S. 227.

¹⁶⁹ Hervorhebung durch den Verfasser.

¹⁷⁰ *Wehrmachtsverbrechen*, Dok. 33.

¹⁷¹ IfZ-Archiv, FD 600/1: HGr. Mitte, Abt. Ia, Kriegstagebuch Nr. 1, Eintrag vom 9. 12. 1941.

¹⁷² Zit. bei: Longerich, *Politik*, S. 367.

¹⁷³ Vgl. *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 179 ff., Zitat S. 182.

nichtung ist das einzige am Platze.“¹⁷⁴ Oder es gab jenen Obergefreiten (im Zivilleben SS-Mann aus Saarbrücken), der seinen Kameraden voller Befriedigung eröffnete: „Morgen ist wieder Schlachtfest“, weil tags darauf, es war im März 1942, 180 Juden in Demidow ermordet werden sollten¹⁷⁵. Zumindest in der Schreibstube, der er diese Nachricht verkündete, sorgte er damit eher für Verständnis als für Aufregung.

Die moralische Ambivalenz ihrer militärischen Komplizen hat niemand schärfer erfaßt als die Mörder selbst: dass „die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht ausgezeichnet“ sei, berichteten die Einsatzgruppen, aber doch auch, dass man „lediglich in der Judenfrage“ – dem Hauptziel der Mordeinheiten – „bis in die jüngste Zeit kein restloses Verständnis bei den nachgeordneten Wehrmachtsdienststellen“ finde¹⁷⁶. Aufs Ganze gesehen bestätigt es sich aber wohl auch in diesem Fall, dass die Wehrmacht Teil einer Gesellschaft war, in die sich „das Gift des Antisemitismus [...] schon zu tief eingefressen“ hatte¹⁷⁷. Hinweise auf Widerstand von Wehrmachtsangehörigen gegenüber dem Holocaust sind dünn gesät¹⁷⁸. Häufiger finden sich Zustimmung oder doch stille „Genugtuung“¹⁷⁹ unter den freilich wenigen persönlichen Aufzeichnungen, die zugänglich sind. Überblickt man diese, dann scheint aber eine Gruppe dominierend gewesen zu sein, das indifferente, das „stille“ Mittelfeld, das zwischen diesen beiden Extremen angesiedelt war und das – je nach Situation, oder genauer: Deklaration – mal abgestoßen und angewidert, mal zustimmend auf den Völkermord reagierte, ohne dass dies für das eigene Verhalten Folgen gehabt hätte¹⁸⁰. Selbst hier sind freilich noch gewisse charakteristische Abstufungen zu erkennen; paradigmatisch ist hier möglicherweise der Fall des Oberst Carl von Andrian, als Offizier jener berüchtigten 707. Infanteriedivision selbst tief in den Judenmord verstrickt¹⁸¹. Unter dem Eindruck der NS-Propagandaformel vom Juden als Helfershelfer des Partisanen¹⁸², wurde er rasch zum Befürworter einer rassistischen „Säuberungs“- und Geiselpolitik, während er dem anlaßlosen Massenmord, auch an Frauen und Kindern, der nicht mehr militärisch, sondern nur noch rassistisch „begründet“ wurde, bestenfalls verständnislos gegenüberstand. Noch deutlicher waren seine Vorbehalte gegenüber den Massakern an reichsdeutschen Juden, die man hierzu eigens in die besetzten sowjetischen Gebiete transportierte. Dass diese dreifach abgestufte Reaktion auf den Holocaust nicht nur für diesen einen Wehrmachtsoffizier charakteristisch war, sondern möglicherweise für große Teile seines militärischen Umfelds,

¹⁷⁴ Aus einem Brief des Unteroffiziers H. vom 2. 9. 1942, zit. in: Manoschek, *Judentum*, S. 62. Antisemitische Stereotypen auch in: Buchbender/Sterz, *Gesicht*, S. 71 ff.

¹⁷⁵ Vgl. Kuby, *Mein Krieg*, S. 228 f. (Tagebucheintrag vom 25. 3. 1942).

¹⁷⁶ Aus dem Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 1 des Chefs der SiPo und des SD vom 31. 7. 1941, Druck: Klein (Hrsg.), *Einsatzgruppen*, S. 112–133, hier S. 113.

¹⁷⁷ Peter Bamm, *Die unsichtbare Flagge. Erlebnisse aus dem Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1952, S. 75.

¹⁷⁸ Vgl. hierzu Krausnick/Wilhelm, *Truppe*, S. 255 ff.; Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Hrsg. von Wolfram Wette, Frankfurt a. M. 2002.

¹⁷⁹ Vgl. etwa Krausnick/Wilhelm, *Truppe*, S. 243; Europa unterm Hakenkreuz, Bd. V, Dok. 69.

¹⁸⁰ Symptomatisch der Feldpostbrief vom 10. 11. 1941, in: *Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente. Daten zum Dritten Reich*. Hrsg. von Horst Möller, Volker Dahm und Hartmut Mehringer, München 32001, S. 243.

¹⁸¹ Vgl. Lieb, *Täter*.

¹⁸² Vgl. Krausnick/Wilhelm, *Truppe*, S. 248.

verdeutlicht auch der folgende Eintrag aus dem Kriegstagebuch der Heeresgruppe Mitte: „OB/HGr. Mitte erfährt mündlich, dass der für die Angriffsvorbereitungen notwendigste Zulauf für die Heeresgruppe wieder sichergestellt werden soll. Fast gleichzeitig geht die Meldung ein, dass mehrere Züge mit Juden aus der Heimat in das rückwärtige Gebiet der Heeresgruppe geführt werden sollen. OB/HGr. Mitte protestiert auf das allerschärfste und beauftragt den Chef/HGr. Mitte, dem Gen-Oberst Halder zu melden, dass dies unter allen Umständen verhindert würde, da durch das Hereinführen der Judenzüge [sic] die entsprechende Zahl für die Operation lebensnotwendiger Züge ausfallen müsste.“¹⁸³

Ohne die funktionale Mitwirkung der Wehrmacht wäre der Völkermord im Osten niemals in dieser Form möglich gewesen. Viele Soldaten haben diese Entwicklung hingenommen, manche haben sie auch dezidiert gebilligt. Doch waren die meisten dieser Soldaten – wenn überhaupt – nicht mehr als Zeugen des Holocaust. Die Zahl der Komplizen scheint dagegen sehr klein geblieben zu sein, noch kleiner aber die der Täter selbst.

Ausbeutung

Kein Teil der deutschen Besatzungsherrschaft hatte für die sowjetische Gesellschaft insgesamt so furchtbare Folgen wie der gnadenlose wirtschaftliche Raubbau der deutschen Besatzer¹⁸⁴. Schon vor Feldzugsbeginn war von den deutschen Wirtschaftsexperten der Hungertod von „zig Millionen Menschen“ mit einem stupenden Gleichmut ins Kalkül gezogen worden¹⁸⁵. Von diesem unmenschlichen Ausbeutungsprogramm haben alle Angehörigen des deutschen Ostheers profitiert. Trotzdem wäre es entschieden zu einfach, diese Soldaten dafür verantwortlich zu machen, dass sie das aufgegessen und verbraucht haben, was eigentlich den Einheimischen zugestanden hätte. Denn es gehörte zu den traditionellen, völkerrechtlich fixierten Ansprüchen einer Besatzungsmacht, dass sie die wirtschaftlichen „Hilfsquellen“ eines okkupierten Landes für sich in Anspruch nehmen konnte, allerdings nur so weit, wie es der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieses Landes entsprach¹⁸⁶. Auch Plünderungen waren „ausdrücklich untersagt“, Requisitionen sollten in geordneten Bahnen ablaufen. Über völkerrechtliche Spielregeln dieser Art wollten sich die Deutschen aber von vornherein hinwegsetzen, ja schlimmer noch: die Ausbeutung des besetzten Landes verfolgte mehr oder

¹⁸³ BA-MA, RH 19 II/121: HGr. Mitte, Abt. Ia, Kriegstagebuch, Eintrag vom 12. 11. 1941. Vgl. hierzu auch Dallin, *Deutsche Herrschaft*, S. 220.

¹⁸⁴ Vgl. hierzu Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, 3 Bde., Berlin (Ost) 1971–1996; Roswitha Czollek, *Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken während des zweiten Weltkrieges*, Berlin (Ost) 1974; Rolf-Dieter Müller, *Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg*, in: DRZW, Bd. 4, S. 98–189; Ders., *Scheitern*, in: ebenda; Ders., *Hitlers Ostkrieg*; Ders., *Das „Unternehmen Barbarossa“ als wirtschaftlicher Raubkrieg*, in: „Unternehmen Barbarossa“, S. 173–196; *Die deutsche Wirtschaftspolitik*; Josef Werpup, *Ziele und Praxis der deutschen Kriegswirtschaft in der Sowjetunion, 1941 bis 1944*, dargestellt an einzelnen Industriezweigen, Diss., Bremen 1992; Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord*; Ders., *Morde*, S. 231 ff.

¹⁸⁵ Aus der Aktennotiz der Staatssekretärsbesprechung über Barbarossa vom 2. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette, *Unternehmen Barbarossa*, S. 377.

¹⁸⁶ Artikel 52 und 47 der Haager Landkriegsordnung, Druck: Lodemann, *Kriegsrecht*, S. 64 f.

weniger offen auch das Ziel, die dort ansässige Bevölkerung „auszudünnen“¹⁸⁷. Solche Intentionen ändern indes nichts daran, dass die im Osten eingesetzten deutschen Soldaten einen Anspruch auf Versorgung besaßen, einen existentiellen wie auch einen rechtlichen¹⁸⁸. Nicht die Requisition an und für sich war problematisch, problematisch war vielmehr deren Umfang und deren Umsetzung.

Diese Umsetzung lag nur zum Teil in den Händen der deutschen Soldaten, wahrscheinlich sogar nur zu einem geringen. Plünderung oder Vandalismus wurden noch am ehesten durch den Kriegsbeginn und das Chaos der Rückzüge begünstigt¹⁸⁹. „Durchziehende Truppen haben die Kühe auf der Weide erschossen. Statt Geld geben die Soldaten den Bauern Zigarettenschecks oder Zettel, auf denen steht geschrieben: ‚Der liebe Gott bezahlt’s‘ oder ‚Leck mich am Arsch!‘“¹⁹⁰, berichtete ein Augenzeuge. Ein General schrieb im Juni kurz und bündig nach Hause: „Hühner, Schweine und Kälber lassen in reichlichem Maße ihr Leben.“¹⁹¹ Allerdings wurde schon damals vom OKW darauf hingewiesen, dass an dieser Art der Selbstversorgung „überwiegend die rückwärtigen Dienste und die nichtmilitärischen Organisationen beteiligt“ seien. „Die kämpfende Truppe hat hierzu weder Zeit noch Gelegenheit.“¹⁹² Ökonomisch konnte dies jedenfalls nicht lange gutgehen; bald „wird das Land wohl schwer ausgesogen sein“, erkannte man schon im Juli 1941¹⁹³. Da aber niemand ein so großes Interesse an einer möglichst effizienten wirtschaftlichen Ausbeutung hatte wie eben die deutsche Besatzungsmacht, wollte sie dieses aufwendige, schwierige und nicht selten verführerische Geschäft keinesfalls dem gemeinen Mann überlassen¹⁹⁴. *Wilde* Plünderungen sollten – so die Richtlinien des OKW – „mit den schwersten Strafen geahndet“ werden¹⁹⁵.

Um das Ostheer so weit wie möglich aus dem Lande zu versorgen, gab es erfolgversprechendere Verfahren. Hierzu hatte die Wirtschaftsorganisation Ost, eine zivil-militärische Mischbehörde, knapp 20000 Fachleute (Dezember 1942), die sich zur einen Hälfte aus der Wehrmacht rekrutierten, zur anderen aus zivilen Behörden oder der Wirtschaft, über das gesamte Militärverwaltungsgebiet verteilt. Diese Spezialisten waren es, die das eroberte Wirtschaftspotential „sicherstellen“¹⁹⁶ soll-

¹⁸⁷ Hierzu vor allem Gerlach, Morde, S. 231 ff., 1127 ff.

¹⁸⁸ Vgl. Wörterbuch des Völkerrechts. Hrsg. von Hans-Jürgen Schlochauer u.a., Bd. 1, Berlin 1960, S. 195 ff.

¹⁸⁹ Vgl. Gerlach, Morde, S. 260 ff., S. 376 f. Zum Vandalismus vgl. bspw. den Reisebericht des Majors von Payr vom 21. 7. 1941, in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 294 sowie Wehrmachtsverbrechen, Dok. 126.

¹⁹⁰ Grützner, in: Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 595.

¹⁹¹ Hürter, General, Dok. 15 (Bericht vom 24. 6. 1941).

¹⁹² Schreiben des OKW vom 17. 8. 1941, in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 295.

¹⁹³ Hürter, General, Dok. 16 (Bericht vom 4. 7. 1941).

¹⁹⁴ So auch Gerlach, Morde, S. 253.

¹⁹⁵ Richtlinien des Chefs OKW für das Verhalten der deutschen Truppen in der Sowjetunion vom 19. 5. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 318 f., hier S. 319. Diesen Rahmenbefehl hat dann die Truppe entsprechend umgesetzt; vgl. etwa BA-MA, RH 24-34/39: XXXIV. AK, Abt. IIa, Befehl vom 3. 8. 1941: „Es ist sofort allen Uffz. und Mannschaften erneut und mit allem Nachdruck durch die Führer der Einheiten bekannt zu geben, daß eigenmächtige Aneignungen und Beitreibungen Plünderungen bedeuten und als solche nicht nur nach den Militärstrafgesetzen mit den schwersten Strafen geahndet werden, sondern auch mit der Würde des deutschen Soldaten unvereinbar sind.“

¹⁹⁶ So das Kriegstagebuch des Wirtschaftskommandos Charkow vom 18. 11. 1941, in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 339.

ten. Allerdings hat das Ostheer aufs engste, wenn auch nicht reibungslos¹⁹⁷, mit diesem Ausbeutungsapparat zusammengearbeitet. Als Bindeglied reichten anfangs einige Dutzend Wirtschaftsoffiziere, die man in den Stäben der Armeeoberkommandos, Feldkommandanturen und Sicherungsdivisionen installiert hatte¹⁹⁸. Wenn es diese dann bis 1943 auf allen höheren Kommandoebenen des Ostheers bis hinab zu den Divisionen gab¹⁹⁹, so wird deutlich, dass sich die Kooperation dieser beiden Institutionen mehr und mehr verzahnte. Hinter diesen Verbindungsoffizieren standen wiederum die Quartier- und Oberquartiermeisterabteilungen. Alles zusammengenommen bildeten diese Versorgungsoffiziere aber nur einen Teil der militärischen Führungsspitze, während es vom gesamten Ostheer nur ein Bruchteil war, der sich konkret mit den Inspektionen und Kommandos der Wirtschaftsorganisation Ost abstimmte.

Für diese erhielt die materielle Unterstützung des Ostheers erst allmählich höchste Priorität²⁰⁰. Gerade am Beginn dieses Krieges oder in seiner Endphase war die Truppenführung daher gezwungen, für sich selbst zu sorgen. Doch galt auch hier, was etwa die 4. Panzerdivision im September 1941 angeordnet hatte²⁰¹: „Die Ausnutzung der besetzten Gebiete für die Versorgung der Truppe obliegt allein den hiermit beauftragten Dienststellen.“ Wer war das? Auf allen höheren Führungsebenen des Ostheers gab es logistische Leitinstanzen: den Ib bei den Divisionen, die Quartiermeisterabteilungen bei den Korps und schließlich die Oberquartiermeisterabteilungen bei den Armeen und später auch Heeresgruppen. Da man den Versorgungsapparat des Ostheers aufs Notwendigste reduziert hatte²⁰², blieb auch die Zahl derer, die ihn dirigierten, begrenzt. Auf der Führungsebene der Division war beispielsweise ein einziger Generalstabsoffizier für die Versorgung von anfangs knapp 17 000, später 13 500 Mann verantwortlich²⁰³. In seinem Stab unterstützten ihn 58 Soldaten direkt²⁰⁴. Größer waren dagegen die Versorgungstruppe und die Trosse einer Division: 2000 bzw. 2800, später dann 1800 bzw. 2600 Mann²⁰⁵. Doch waren es nur Teile dieser hochspezialisierten Waffengattung²⁰⁶: das Verpflegungsamt, eine Bäckerei- und Schlächtereikompa-

¹⁹⁷ Vgl. etwa Hürter, Leningrad, S. 388.

¹⁹⁸ Vgl. mit den Besonderen Anordnungen Nr. 1 zur Weisung Nr. 21 vom 19. 5. 1941, Druck: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“, S. 310 ff. Im November 1941 wurden die Wirtschaftsinspektionen den Heeresgruppen angegliedert. Vgl. Müller, Scheitern, in: DRZW, Bd. 4, S. 958.

¹⁹⁹ Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 55. Ferner IfZ-Archiv, Da 40.01: Zwei Jahre Kriegswirtschaft im russischen Nordraum. Ein Tätigkeits- und Leistungs-Bericht der Wirtschaftsinspektion Nord, Pleskau 1943, S. 4.

²⁰⁰ Müller, Scheitern, in: DRZW, Bd. 4, S. 946.

²⁰¹ BA-MA, RH 27-4/165: 4. Pz. Div., Abt. Qu: Besondere Anordnungen für die Versorgung Nr. 115 vom 28. 9. 1941. Wer diese Wege nicht einhielt, sollte – so eine „Führungs-Anordnung“ der 294. Infanteriedivision vom 14. 8. 1941 – „unnachlässiglich zur Verantwortung gezogen“ werden. IfZ-Archiv, NOKW 1877.

²⁰² Hierzu IfZ-Archiv, MA 1564/34: H.Dv. 90: Versorgung des Feldheeres, I. Teil, Berlin 1938 (NOKW 2708).

²⁰³ Vgl. Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 960.

²⁰⁴ Elf Offiziere, acht Beamte sowie 39 Unteroffiziere und Mannschaften. Vgl. Buchner, Handbuch, S. 88.

²⁰⁵ Vgl. Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 960. Von diesen gehörten innerhalb einer Division allein etwa 600 Mann zur Sanitäts- und 250 Mann zur Veterinärtruppe. Vgl. Buchner, Handbuch, S. 76 ff.

²⁰⁶ Zu Organisation und Aufgaben vgl. Georg Tessin, Verbände und Truppen der deutschen Wehr-

nie²⁰⁷, die aufgrund ihrer Funktion mit jenen Aufgaben befaßt waren, die sich – je nach Situation – mit Begriffen wie Requirieren, Organisieren, Beitreiben oder Plündern beschreiben lassen²⁰⁸. Der Rest der Truppe hatte sich laut einer Verfügung des OKW ganz auf ihren militärischen Auftrag zu konzentrieren²⁰⁹.

Es war die deutsche Seite, die mit ihrem Überfall auf die Sowjetunion die wirtschaftlichen Zwangslagen dieses Krieges geschaffen hatte. Einsichtig ist freilich auch, dass einem Heer, das diesen Krieg mit nur 20 Tagessätzen Verpflegung eröffnet hatte²¹⁰, nicht mehr als das Prinzip der Selbsthilfe blieb, wenn es nicht verhungern und verkommen wollte. Die deutschen Planer waren ursprünglich von einer Besatzungsarmee ausgegangen, deren Stärke sich zwischen 50 und 60 Divisionen bewegen sollte²¹¹. Tatsächlich aber standen während der Jahre 1941 bis 1944 zwischen 149 und 186 deutsche Divisionen im Osten und mussten täglich versorgt werden²¹². Diese ungebetenen, aber anspruchsvollen Gäste verbrauchten gewaltige Mengen; allein beim Rückwärtigen Heeresgebiet A waren dies in nur zehn Wochen 187 000 Rinder und 434 000 Schafe²¹³. Gleichwohl wäre es höchst einseitig, bei der Schilderung der materiellen Situation des Ostheers sich allein auf die Phasen des Überflusses zu konzentrieren²¹⁴. Nicht weniger häufig waren jene Zeiten, in denen die deutschen Regimenter mehr schlecht als recht „von der Hand in den Mund“²¹⁵ lebten. Schon ab Herbst 1941 „litt die Fronttruppe zeitweilig Not“²¹⁶. Spätestens im Winter 1941/42 zeigte es sich dann endgültig, dass es sich auch beim Konzept des „Lebens aus dem Lande“ um eine Illusion handelte. Je schwieriger die militärische Lage wurde, desto häufiger wurde der Hunger zum Begleiter der deutschen Einheiten. Angehörige der 252. Infanteriedivision meldeten sich im Sommer 1942 (!) krank, um sich auf dem Verbands-Platz mal wieder satt essen zu können²¹⁷. Zur selben Zeit begann sich die Versorgung der 6. Armee (über deren Schicksal wir ungewöhnlich gut informiert sind) ständig zu verschlechtern; wohlgemerkt: zu einer Zeit *vor* ihrer Einkesselung²¹⁸.

macht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, Bd. I: Die Waffengattungen – Gesamtübersicht, Osnabrück 1977, S. 255 ff.; Erhard Haak, Die Geschichte der deutschen Instandsetzungstruppe. Organisationsgeschichtlicher Überblick vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Osnabrück 1986, S. 81 ff.

²⁰⁷ Vgl. Buchner, Handbuch, S. 72 f. Ab 1943 wurde die Kooperation noch durch das Amt eines Landwirtschaftsoffiziers weiter verzahnt. Vgl. Rass, „Menschenmaterial“, S. 356 f.

²⁰⁸ Freilich finden sich auch Befehle wie den des Korück 580 vom 13. 7. 1941, in dem es hieß: „Die Entnahme von Vorräten, Gegenständen aller Art und Tieren aus dem Lande ist bis zum Betrage von 1000,- RM bar zu bezahlen.“ IfZ-Archiv, MA 885.

²⁰⁹ Vgl. Wehrmachtsverbrechen, Dok. 6. Ferner: Verbrechen der Wehrmacht, S. 338: Dort ist das Beispiel der 57. Inf. Div. angeführt, die im November 1941 ein Bataillon zum Erfassen der Lebensmittel eingesetzt hatte.

²¹⁰ Müller, Scheitern, in: DRZW, Bd. 4, S. 991.

²¹¹ Vgl. Fall Barbarossa, Dok. 103, 106.

²¹² Vgl. Müller-Hillebrand, Das Heer, Bd. 3, S. 123.

²¹³ Vgl. Europa unterm Hakenkreuz, Bd. V, S. 62.

²¹⁴ So etwa Gerlach, Morde, S. 262 f., 303 f.

²¹⁵ Müller, Scheitern, in: DRZW, Bd. 4, S. 999.

²¹⁶ Ebenda, S. 998, S. 973. Auch zum Folgenden. Ferner Wegner, Krieg gegen die Sowjetunion, in: DRZW, Bd. 6, S. 1130.

²¹⁷ Vgl. Detlef Bald, Die „Weiße Rose“. Von der Front in den Widerstand, Berlin 2003, S. 86 ff.

²¹⁸ Vgl. Rolf-Dieter Müller, „Was wir an Hunger ausstehen müssen, könnt Ihr Euch gar nicht denken“. Eine Armee verhungert, in: Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht. Hrsg. von

Doch ging es nicht nur um Proviant. „Wir haben in den unscheinbarsten Dingen (Flickzeug, Öl, Nägel usw.) eine Armeleutewirtschaft, die in keinem Verhältnis steht zu der Größe unseres militärischen Programms“, befand man im Dezember 1941 im Stab der 251. Infanteriedivision²¹⁹; und auch bei der 3. Panzerarmee konstatierte man noch im November 1942: „Alles fehlt.“²²⁰ Das XX. Armee-korps etwa war daher im Juni 1943 gezwungen, ein „Auskämmen der Zivilbevölkerung nach Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken“ anzuordnen²²¹. Noch dürtiger war die Lage im Winter 1941/42, wie beispielsweise ein Befehl der 4. Panzerdivision illustriert²²²: „Der Moskauer Pressefunk hat bekannt gegeben, daß deutsche Gefangene, bei denen russische Bekleidungsstücke vorgefunden werden, als Plünderer angesehen und dementsprechend behandelt werden. Über das Schicksal dieser Soldaten dürfte nach allen bisherigen Erfahrungen kaum Zweifel bestehen. Um diese Gefahr auszuschalten, ist es erforderlich – da auf Beutekleidung aus verschiedenen Gründen nicht verzichtet werden kann –, daß die in vorderster Linie eingesetzten Truppen nur mit deutschen Bekleidungsstücken ausgestattet sind.“

Um es noch einmal zusammenfassen: Das mehr oder weniger kriminelle Versorgungsprinzip der deutschen Besatzer manifestierte sich auf drei Ebenen. Neben den wilden Plünderungen an der Basis, denen man freilich von oben entgegenzusteuern suchte, mal mehr, mal weniger, gab es – zweitens – die organisierte Ausbeutung durch die Truppenführung, die von wenigen initiiert und von Teilen der Versorgungstruppe umgesetzt wurde²²³. Diese betraf vor allem das Gefechtsgebiet, das sich schon bald in eine „Kahlfräßzone“ verwandelte²²⁴. Belegt ist allerdings auch, dass die Fronttruppen gegenüber der ortsansässige Bevölkerung häufig „eine großzügigere Einstellung“ zeigten²²⁵. Am wichtigsten für die Versorgung des Ostheers war schließlich die Kooperation mit der Wirtschaftsorganisation Ost; sie eigentlich war, wie ein „Führerprotokoll“ vom April 1941 festlegte, für die „gesamte Wirtschaft“ des okkupierten Landes zuständig²²⁶. Kontakt zu diesen professionellen Ausbeutern hielten insgesamt einige Hundert Stabsoffiziere.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Verantwortung „des“ Ostheers für die wirtschaftliche Verelendung der okkupierten Gebiete und ihrer Bewohner nur schwer mit einem einzigen Begriff umschreiben. Schon die völkerrechtliche und moralische Bewertung ist nicht einfach. Während wilde Plünderungen phasenweise häufig vorkamen, auch deshalb, weil dem Landser schnell aufgegangen war,

Wolfram Wette und Gerd R. Ueberschär, Frankfurt a.M. 1992, S. 131–145, hier S. 133f. Ferner Peter P. Koch, *Das Bild des russischen Feindes*, in: ebenda, S. 160–67, hier S. 160f.

²¹⁹ Hans Meier-Welcker, *Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers 1939–1942*, Freiburg i.Br. 1982, S. 142 (Tagebuch vom 1. 12. 1941).

²²⁰ Zit. bei: Bald, „Weiße Rose“, S. 91.

²²¹ BA-MA, RH 24-20: XX. AK, Abt. Qu., Kriegstagebuch, Eintrag vom 3. 6. 1943.

²²² BA-MA, RH 27-4: 4. Pz. Div., Abt. Qu., *Besondere Anordnungen für die Versorgung* Nr. 160 vom 12. 12. 1941.

²²³ Hierzu ist auch die frontnahe Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Anlagen und Werkstätten oder die sog. „Druschaktion“ zu rechnen. Solche Maßnahmen waren aber meist zeitlich begrenzt. Vgl. dazu auch Grützner, in: *Die deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 624.

²²⁴ Vgl. Gerlach, *Morde*, S. 155f. Auch Hüter, *General*, Dok. 78 (Tagebuch vom 4. 12. 1941).

²²⁵ *Die deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 90, Anm. 95. Ferner Müller, *Scheitern*, in: DRZW, Bd. 4, S. 1009.

²²⁶ Vgl. *Wehrmachtsverbrechen*, Dok. 2.

„dass das ‚Organisieren‘ hier fast zum Überleben gehörte“²²⁷, sind für den kolonialen Raubbau großen Stils nur eine begrenzte Zahl von Spezialisten verantwortlich zu machen. Aber gerade diese Form der Ausplünderung hatte die mit Abstand weitreichendsten Folgen. Darunter mussten viele leiden, sogar die deutsche Front. Denn die Relation zwischen der geringen Größe des Besatzungsgebiets und der Zahl der eingesetzten Soldaten war für diese hier am ungünstigsten. Auch waren diese gewöhnlich mit ganz anderen Aufgaben beschäftigt, die großen Depots in der Etappe waren in der Regel weit von ihren Schützenlöchern entfernt. Im Tagebuch eines Artillerieoffiziers der 296. Infanteriedivision ist hierzu überliefert²²⁸: „Und dieses Jahr [1942] können wir uns nicht auf die eingebrachte Ernte der Bauern stützen, denn hier vorne im evakuierten Gebiet [der Hauptkampflinie] gibt es keine solchen Vorräte und hinten im Raum der Troßstellungen müssen die Bauern so viel an die Kreislandwirtschaftsführer und wie diese Einrichtungen sonst noch alle heißen, abgeben, daß ihnen selbst gerade nur das Notwendigste bleibt, das zu nehmen noch als Plünderung erklärt worden ist.“ Es sei „genau so wie im letzten Jahr: Daß alles gute Ratschläge gibt, die theoretisch sich ganz nett anhören, praktisch aber kaum auswertbar sind. Bitte ein Beispiel: Befehl: Es ist zu organisieren, was zu organisieren geht. Zweiter Befehl: Felder, die den Bauern gehören, bzw. von Bauern bewirtschaftet werden, dürfen auf keinen Fall abgeerntet werden, Sabotage! Dritter Befehl: Sämtliche Felder im Umkreis einer Ortschaft werden von Bauern bewirtschaftet und stehen unter der Kontrolle der Landwirtschaftsoffiziere.“

Die Beteiligung „des“ Ostheers an der „wirtschaftlichen Neuordnung“ der besetzten Gebiete beschränkte sich freilich nicht auf die materielle Ausplünderung. Die Mitverantwortung des Militärs an einer rein parasitären Wirtschaftspolitik, die nach der Einschätzung Görings „das größte Sterben seit dem Dreißigjährigen Kriege“ zur Folge haben sollte²²⁹, lässt sich noch auf zwei weiteren Handlungsfeldern festmachen: bei der Verwaltung der besetzten Gebiete und bei der Rekrutierung von Arbeitskräften.

Als Träger der territorialen Hoheitsgewalt war die Wehrmacht zwangsläufig auch für die dort lebenden Menschen verantwortlich. Zweifellos war deren Elend immer auch ein Ergebnis des Krieges; auch dürften die zuständigen deutschen Behörden nicht selten überfordert gewesen sein²³⁰. Viel wichtiger war aber, dass die Wehrmachtsführung vom Prinzip der Fürsorgepflicht, das laut Völkerrecht maßgeblich sein sollte²³¹, nichts wissen wollte. Für sie war diese anonyme Masse gewöhnlich nicht mehr als „Beute, mit der nach Belieben verfahren werden konnte, für die aber kaum Interesse bestand“²³². Zwar gab es „einzelne Befehlshaber, die sich für die Ernährung der Zivilbevölkerung in ihrem Verantwortungsbereich ein-

²²⁷ Grützner, in: Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 623.

²²⁸ BA-MA, MSg 2/5322: H. R., Tagebuch, Eintrag vom 24. 8. 1942.

²²⁹ Am 8. 11. 1941, zit. bei: Müller, Scheitern, in: DRZW, Bd. 4, S. 1007.

²³⁰ Vgl. hierzu Chiari, Alltag, S. 72 ff.

²³¹ Vgl. Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. I, S. 195 ff.; Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. 2: Kriege, München 1962, S. 122 ff.

²³² Rolf-Dieter Müller, Menschenjagd. Die Rekrutierung von Zwangsarbeitern in der besetzten Sowjetunion, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 92–103, hier S. 93.

setzten“²³³. Auch häuften sich – wie der Generalquartiermeister Wagner im Sommer 1942 bilanzierte – die „Anträge der A[rmee]O[ber]K[ommandos] und der B[e]f[e]hlshaber in den [Rückwärtigen] H[eer]es[Geb]ieten, Lebensmittel aus Heeresbeständen für die Zivilbevölkerung freizugeben“²³⁴. Doch änderte das nichts am Prinzip der Willkür, die in den Militärverwaltungsgebieten herrschte²³⁵. Die Zivilbevölkerung rangierte am unteren Ende der deutschen Ernährungsskala, ihre Entlohnung war genau so wenig angemessen wie das bisschen an medizinischer Versorgung, was man ihr zugestand. Dazu kamen weitere Schikanen wie „Wanderverbot, Meldegesetze, Restriktionen gegen die Bauernmärkte und Arbeitsbelastung“²³⁶, später auch Zwangsaussiedlungen. Die systematische Verelendung dieser Menschen war nur eine Frage der Zeit. Zwar blieb jene ganz große Hungerkatastrophe aus, welche die deutschen Planer in ihr Kalkül gezogen hatten, doch war die Not immer noch schlimm genug. Am härtesten traf es die Städte; allein im ukrainischen Charkow registrierte man bis August 1942 über 11 000 Hungertote²³⁷. Diese systematische Unterversorgung der ortsansässigen Bevölkerung, der man erst ab 1943 vorsichtig entgegenzusteuern suchte, war in erster Linie das Werk der dort eingesetzten Militärverwaltungsbehörden, der Feld- und Ortskommandanturen und der wenigen, ihnen beigegebenen Einheiten; sie hatten die menschenverachtenden Weisungen der obersten Führung umzusetzen, sie waren es, die über Millionen von Menschen „regierten“. Doch gilt es auch hier die Relationen im Auge zu behalten: Das gesamte Rückwärtige Heeresgebiet Mitte wurde beispielsweise im September 1941 von sechs Feldkommandanturen verwaltet²³⁸, ihre Stärke umfaßte jeweils zwischen 50 und 150 Mann, diesen unterstanden wiederum 27 Ortskommandanturen, deren Stärke zwischen 15 und 25 Mann schwankte²³⁹. Dazu kamen hier drei schwache Sicherungsdivisionen, die ab Herbst zunehmend dazu übergingen, den Krieg gegen die Partisanen mit einer „Erfassung der Landeserzeugnisse“ zu verbinden²⁴⁰. Verglichen mit den insgesamt 20 Millionen Menschen, die im Militärverwaltungsgebiet lebten²⁴¹, war jedoch die Zahl jener, die über sie herrschten, verschwindend gering. Es gab kaum einen Teil des deutschen Besatzungsapparats, dessen Machtfülle und Unabhängigkeit so groß war wie im Falle dieser kleinen Provinzfürsten. Ihre geringe Zahl steht in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer politischen und moralischen Verantwortung.

²³³ Müller, Scheitern, in: DRZW, Bd. 4, S. 1004; Hürter, Leningrad, S. 413 f., 416, 440; Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 5, S. 48.

²³⁴ Schreiben des Generalquartiermeisters Wagner an den Wirtschaftsführungsstab vom 3. 8. 1942, in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 305.

²³⁵ Hierzu eingehend Gerlach, Morde, S. 273 ff.

²³⁶ Ebenda, S. 289. Zu den Repressalien vgl. Wehrmachtsverbrechen, Dok. 20, 23, 24, 26, 27, 30.

²³⁷ Gerlach, Morde, S. 290.

²³⁸ Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), Abt. IV, HS 2843: Befehlshaber Rückwärtiges Heeresgebiet Mitte, Karte vom 1. 9. 1941.

²³⁹ Stärkeangaben nach Gerlach, Morde, S. 138 f. sowie Schulte, German Army, S. 66. Einen Überblick über alle Kommandanturen, die in der Sowjetunion eingesetzt waren, bei: Tessin, Verbände und Truppen, Bd. 16, Teil 3, Osnabrück 1996, S. 201 ff.

²⁴⁰ Hierzu eingehend Gerlach, Morde, S. 975 ff. Ferner Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 50, 70 und 72.

²⁴¹ Zahl nach Röhr, Forschungsprobleme, in: Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 8, S. 91.

Noch ein Aspekt, ein dritter, war Teil der wirtschaftlichen Ausbeutungspolitik, die zwangsweise Rekrutierung und Ausbeutung von Arbeitskräften²⁴². Diese Praxis widersprach nicht nur der Haager Landkriegsordnung, zumindest dann, wenn diese Ausbeutung militärischen Zwecken diene. Auch die Genfer Kriegsgefangenenkonvention von 1929 sowie die Deklaration des Völkerbunds zur „Ächtung der Sklaverei“ von 1926²⁴³ untersagten dies ausdrücklich. Den wirtschaftlichen Interessen der Deutschen hatten nicht allein sowjetische Kriegsgefangene zu dienen, sondern mehr noch die ortsansässige Bevölkerung. Deren Inanspruchnahme zu Zwangsarbeiten, die „schon während des Vormarsches“ erfolgen sollte²⁴⁴, besaß viele Facetten. Ohne diese Unterstützung wäre die deutsche Offensivkraft jedenfalls rasch erlahmt. Im Hoheitsgebiet der Wehrmacht sei „der Russe [...] vornehmlich beim Straßen- und Eisenbahnbau, bei Aufräumarbeiten, Minenräumen und beim Anlegen von Flugplätzen zu beschäftigen“, lautete eine Weisung Görings vom November 1941²⁴⁵. All das waren primär Aufgaben der rückwärtigen Kräfte, selbst im Bereich der Front²⁴⁶. Der Ausbau von Stellungen wurde dort ab Winter 1941/42 vordringlich. Erst ab Sommer 1942 ging das Ostheer dann aber auf ganzer Front dazu über, sein stützpunktartiges Verteidigungssystem durch ein durchgehendes zu ersetzen²⁴⁷. Dementsprechend wird der Bedarf der Front an Zwangsarbeitern gestiegen sein, bis in der Endphase des Krieges, als ständig neue Stellungen gebraucht wurden, den Frontverbänden ganze Arbeitskolonnen aus Zivilisten zugeteilt wurden²⁴⁸. Davor behelf man sich an der Front vor allem mit kriegsgefangenen Rotarmisten, die man nicht nach hinten abgeschoben hatte und die dort allmählich so wichtig wurden, dass man sie ab Herbst 1943 zum festen Personalbestand dieser Verbände zählte²⁴⁹.

Allerdings waren Sozialstruktur und Aufgaben dieser Gefangenen höchst unterschiedlich. Ganz unten standen jene Arbeitskolonnen, die unter mörderischen Arbeitsbedingungen wie etwa beim Minenräumen förmlich verschlissen wur-

²⁴² Vgl. hierzu Dallin, *Deutsche Herrschaft*, S. 441 ff.; Edward L. Homze, *Foreign Labor in Nazi Germany*, Princeton 1967, S. 67 ff.; Hans Pfahmann, *Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Darmstadt 1968, S. 44 ff.; Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs*, Bonn 1985/1999 (Neuauf.).; Rolf-Dieter Müller, *Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft*, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 234–250; Müller, *Menschenjagd*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 92–103; Marc Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa, Stuttgart 2001.

²⁴³ Art. 6, 52 HLKO, in: Lodemann, *Kriegsrecht*, S. 52 f., 65; Art. 27–34 Genfer Konvention, in: ebenda, S. 96 ff. Dem Übereinkommen des Völkerbunds über die Sklaverei von 1926 trat das Deutsche Reich am 14. 1. 1929 bei. Druck: RGBI 1929, II, S. 63 ff.

²⁴⁴ So die Richtlinien des Wirtschaftsführungsstabes Ost (Grüne Mappe), in: Fall Barbarossa, S. 363 ff., hier S. 384.

²⁴⁵ Müller (Hrsg.), *Okkupation*, Dok. 113.

²⁴⁶ So dezidiert Rass, „Menschenmaterial“, S. 375: „Die Soldaten, die mit der Durchsetzung dieser Zwangsmaßnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung befaßt waren, waren meist und in der Mehrzahl Angehörige der rückwärtigen Dienste“.

²⁴⁷ Vgl. Reiner Lidschun/Günter Wollert, *Enzyklopädie der Infanteriewaffen 1918 bis 1945*, Augsburg 1998, Bd. I, S. 21.

²⁴⁸ Vgl. Gerlach, *Morde*, S. 496; *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 406, 408.

²⁴⁹ Vgl. Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 961.

den²⁵⁰. Innerhalb der deutschen Verbände bildeten sie meist kleine, abgesonderte Einheiten. Ungleich besser erging es in der Regel den Hilswilligen, den „Hiwis“, von denen man allein 1943 an die 400 000 Mann zählte²⁵¹. Als Gespannfahrer, Ordonnanzen oder Dolmetscher waren sie ungleich stärker in „ihre“ Einheiten integriert, vermutlich noch stärker als die eigentlichen „Osttruppen“, die hierarchisch doch eigentlich an der Spitze dieser einheimischen Hilfsformationen standen. Denn sie waren bewaffnet und in eigenständigen Einheiten zusammengefaßt, deren Versorgung und Ausstattung derjenigen der Deutschen weitgehend angeglichen war²⁵². So unterschiedlich wie Stellung und Funktion, so unterschiedlich war auch die Motivation dieser „Kollaborateure“²⁵³. Die zwangsverpflichteten Zivilisten und Kriegsgefangenen waren für die Truppe nicht mehr als billige Arbeitsklaven, die ganz der deutschen Willkür ausgeliefert waren. „Ich erlebe z. Zt. schreckliche Tage. Jeden Tag sterben 30 meiner Gefangenen, oder ich muß sie erschießen lassen. Es ist bestimmt ein Bild des Grauens“, berichtete ein Leutnant einer Eisenbahn-Bau-Kompanie im Oktober 1942²⁵⁴. Dagegen war es bei den „Hiwis“ und den Osttruppen nicht allein die Furcht – vor den deutschen wie auch vor den sowjetischen Repressalien –, die sie bei der Fahne hielt. In der Not des Krieges konnte der Dienst für die Deutschen reale Überlebenschancen bieten. Ganz davon abgesehen, glaubte ein gewisser, nur schwer zu bestimmender Anteil dieser Menschen fest an die deutsche Sache, oder zumindest doch an die deutsche Wehrmacht²⁵⁵.

Im Gegensatz zum Hinterland des *militärischen* Besatzungsgebiets waren die Spielarten dieser völkerrechtswidrigen Kollaboration an der Front größer. Aufs Ganze gesehen gab es vorne wohl mehr Freiwilligkeit und mehr Versuche, durch eine Politik begrenzter Zugeständnisse einheimische Kräfte auf die Seite zu ziehen. Wenn die Integrationskraft der Frontverbände größer war, so auch deshalb, weil nicht sie für die flächendeckende wirtschaftliche Ausbeutung der indigenen Bevölkerung zu sorgen hatten. Dies war primär eine Aufgabe des Hinterlands, dort bestand ab Februar 1943 generelle Arbeitspflicht²⁵⁶. Im Auftrag der Wehr-

²⁵⁰ Vgl. Rass, „Menschenmaterial“, S. 274 f., 339, 362 f.; Johannes Hürter, Nachrichten aus dem „Zweiten Krimkrieg“ (1941/42). Werner Otto v. Hentig als Vertreter des Auswärtigen Amts bei der 11. Armee, in: Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Wolfgang Elz und Sönke Neitzel, Paderborn 2003, S. 361–387, hier S. 362.

²⁵¹ Vgl. Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 988 f. Auch zum Folgenden.

²⁵² Vgl. Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. VI: 19. Dezember 1941 bis 9. Mai 1945, Boppard a. Rh. 1995, S. 363; Rass, „Menschenmaterial“, S. 363 f.

²⁵³ Generell hierzu Patrick von zur Mühlen, Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern. Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1971; Joachim Hoffmann, Deutsche und Kalmyken 1942–1945, Freiburg i. Br. 1977; Ders., Die Ostlegionen 1941–1943. Turkotaren, Kaukasier und Wolgafinnen im Deutschen Heer, Freiburg i. Br. 1976; Ders., Die Geschichte der Wlassow-Armee, Freiburg i. Br. 1984; Jürgen Thorwald, Die Illusion. Rotarmisten in Hitlers Heeren, München 1976; Alex Alexiew, Soviet Nationalities in German Wartime Strategy, Santa Monica/Ca. 1982; J. Lee Ready, The forgotten Axis. Germany's Partners and Foreign Volunteers in World War II, Jefferson, NC, 1987.

²⁵⁴ Zit. bei Buchbender/Sterz (Hrsg.), Gesicht, S. 150 f.

²⁵⁵ Der Generalmajor Ralph von Heygendorff meinte hierzu nach dem Krieg, „dass ein Fünftel der Freiwilligen gut war, ein Fünftel schlecht und drei Fünftel labil“. Zit. in dem tendenziösen, aber materialreichen Buch von Hans Werner Neulen, An deutscher Seite. Internationale Freiwillige von Wehrmacht und Waffen-SS, München 1985, S. 327.

²⁵⁶ Vgl. die Verordnung in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 365.

macht mussten dort an die 600 000 Menschen in unzähligen Werkstätten, Soldatenheimen, Dienststellen, ja selbst in Bordellen arbeiten²⁵⁷.

Verantwortlich war das Ostheer aber nicht nur für diese Gruppe. Von den 2,8 Millionen Zwangsarbeitern, die man bis Juni 1944 aus den besetzten sowjetischen Gebieten ins Reich transportierte²⁵⁸, wurden rund die Hälfte von Wehrmachts-Einheiten „aufgebracht“, die meisten in der Ukraine²⁵⁹. Weder die Arbeitsverwaltung noch die nicht minder dürftige Organisation des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz waren dazu allein in der Lage, so dass die Wehrmacht hier aushelfen musste²⁶⁰. Da die Fronteinheiten gewöhnlich nur in einem Bruchteil des deutschen Besatzungsgebiets im Einsatz waren, handelte es sich auch bei den groß angelegten Razzien, die zunehmend reinen Sklavenjagden ähnelten²⁶¹, zwangsläufig um eine Aufgabe der rückwärtigen Kräfte, insbesondere der Feld- und Ortskommandanturen, die auch hier eine Schlüsselrolle spielten²⁶².

Trotz aller Befehle standen die deutschen Militärs dieser Variante der wirtschaftlichen Ausbeutung gewöhnlich höchst skeptisch gegenüber²⁶³. Man brauchte die Arbeitskräfte selbst, auch wollte man jede Beunruhigung der Besatzungsgebiete vermeiden. So befahl beispielsweise die Feldkommandantur 774 im Juli 1942, „daß jeder Zwang bei der Anwerbung von Arbeitskräften für das Reich grundsätzlich unerwünscht ist und zu unterbleiben habe“²⁶⁴. Ob diese Skepsis mehr gewesen ist als nur politisches oder wirtschaftliches Kalkül, sei dahingestellt. Im März 1943 registrierte jedenfalls die Wirtschaftsorganisation Ost, dass „zur Zeit alle militärischen Dienststellen der Werbung wenn nicht [...] ablehnend, so doch verständnislos“ gegenüberstünden. Grund dafür seien die ungeschickten Werbemethoden²⁶⁵, die man im OKH sogar als „Schandmethoden“ bezeichnete²⁶⁶. Einen moralisch wie rechtlich fragwürdigen Ausweg sah man in der Verbindung des Partisanenkrieges mit der Zwangsrekrutierung²⁶⁷. Immerhin hatte diese Veränderung zur Folge, dass viele Gefangene erst einmal mit dem Leben davon kamen. Auch diesen Teil des deutschen Deportationsprogramms hatten vor allem die Sicherungsverbände im Hinterland zu verantworten. In einem größeren Umfang wurden darin die Fronteinheiten erst während der großen Rückzüge in-

²⁵⁷ Zahl bei Müller, *Menschenjagd*, S. 97. Zur Zwangsprostitution vgl. Birgit Beck, *Vergewaltigungen. Sexualdelikte von Soldaten vor Militärgerichten der deutschen Wehrmacht 1939–1944*, in: Karen Hagemann (u. a. Hrsg.), *Heimat-Front. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege*, Frankfurt a. M. 2002, S. 258–274, insbes. S. 269 f.

²⁵⁸ Vgl. Dallin, *Deutsche Herrschaft*, S. 444, 465; Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 314 ff.; Spoerer, *Zwangsarbeit*, S. 222 f.; Ders., *NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken*, in: *VFZ* 49 (2001), S. 665–684.

²⁵⁹ Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 549 f.; Müller, *Rekrutierung*, in: Herbert (Hrsg.), *Europa und der Reichseinsatz*, S. 236. Dort auch eine detaillierte Aufschlüsselung nach Regionen.

²⁶⁰ Vgl. Müller (Hrsg.), *Okkupation*, Dok. 118.

²⁶¹ Vgl. Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 256 f.; Gerlach, S. 469; Grützner, in: *Die deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 626, 353.

²⁶² Vgl. Müller (Hrsg.), *Okkupation*, Dok. 120–122, 125, 130, 131; *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 370 f.; *Wehrmachtsverbrechen*, Dok. 102; *Europa unterm Hakenkreuz*, Bd. 5, Dok. 96.

²⁶³ Vgl. *Die deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 322 f. und 328.

²⁶⁴ BA-MA, RH 22/100: Feldkommandantur 774, Abt. VII, Lagebericht vom 23. 7. 1942.

²⁶⁵ Müller (Hrsg.), *Okkupation*, Dok. 125.

²⁶⁶ Aus einem Stimmungsbericht des OKH vom 11. 4. 1943, in: *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 383.

²⁶⁷ Ebenda, S. 384 ff., 416 ff.; ferner *Wehrmachtsverbrechen*, Dok. 114.

volviert, als sie immer häufiger dazu übergingen, das ansässige Arbeitskräftepotential ganz einfach mit sich zu führen²⁶⁸.

Aufs Ganze gesehen dürfte für die Zwangsarbeit dasselbe gelten wie für die Zwangsrequirierung. Unter militärischen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie diesen wäre es absurd, für dieses Vergehen ausschließlich jene verantwortlich zu machen, die aufgrund ihrer Dienststellung damit beauftragt waren. Die Ausbeutung der dort lebenden Menschen hat ohne jede Zweifel weite Kreise gezogen, sie lief nicht allein über Institutionen, sondern immer auch über Personen; selbst einfache Soldaten konnten sich hier als Herrenmenschen und Sklavenhalter aufspielen. Die Väter der Haager Landkriegsordnung hatten gewußt, warum sie beides, die Inanspruchnahme von Natural- und Dienstleistungen mit ein- und demselben Artikel (52) zu limitieren suchten²⁶⁹. Allerdings war es in erster Linie der militärische Apparat und seine Führung, welche die sowjetische Zivilbevölkerung dazu zwang, „an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen“²⁷⁰. Das widersprach der Intention dieses Artikels am stärksten. Auch waren es die militärischen Besatzungs- und Kommandobehörden, welche die elenden Arbeitsbedingungen diktierten, wie sie uns aus den Quellen bekannt sind. Vor allem aber war der Umfang dieser von oben angeordneten Zwangsarbeiten wohl mit Abstand am größten. All das lässt ihre Schuld in einem ungleich schärferen Licht erscheinen als die jener Soldaten, die persönlichen Nutzen aus diesem System der Ausbeutung zogen.

6. Die Verbrechen der Front

Der Weltanschauungskrieg endete nicht in der Etappe, er erreichte immer auch die Front. Alle vier großen Verbrechensgruppen, von denen bisher die Rede war, lassen sich auch bei Fronteinheiten nachweisen, doch war hier ihre Bedeutung entschieden geringer. Am stärksten beteiligt waren die Fronttruppen wohl noch an der wirtschaftlichen Ausbeutung, schon deutlich weniger an den Verbrechen an den Kriegsgefangenen, während die Tatbestände des Partisanenkriegs und des Holocaust primär rückwärts zu verorten sind. Insgesamt sind diese vier kriminellen Handlungsfelder eher den rückwärtigen Gebieten zuzuordnen. Daneben aber gab es noch weitere vier Verbrechen, deren Tatort stärker in den östlichen Rand des militärischen Hoheitsgebiets fällt.

Kommissarbefehl

Am deutlichsten lässt sich die Schuld der Fronteinheiten bei der Ermordung der sowjetischen Kommissare und Funktionäre fassen²⁷¹. Sie erfolgte häufig unmittel-

²⁶⁸ Vgl. unten.

²⁶⁹ Lodemann, *Kriegsrecht*, S. 52, auch zum Folgenden.

²⁷⁰ Dass die rein formaljuristische Argumentation ihre Grenzen hat, zeigt etwa das Beispiel der Baltischen Staaten, deren Einwohner wenig Veranlassung hatten, sich als Einwohner der UdSSR zu betrachten.

²⁷¹ Vgl. hierzu Hans-Adolf Jacobsen, *Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegs-*

bar nach deren Gefangennahme. Die verfahrenslose Liquidierung sei „kein Problem für die Truppe“²⁷², hieß es in einem Tätigkeitsbericht der Panzergruppe 3, was wohl nicht nur für diesen Verband galt²⁷³. Genaue Angaben über die Gesamtzahl der ermordeten sowjetischen Kommissare sind immer noch nicht bekannt²⁷⁴. Die Zahl aller Politischen Kader der Roten Armee lag im Mai 1940 wohl bei etwa 61 400²⁷⁵, nur ein Teil, vermutlich ein kleiner, dürfte im ersten Jahr des Ostfeldzugs den Deutschen lebend in die Hände gefallen sein. Allerdings neigte ein Teil der deutschen Einheiten dazu, diesen Befehl exzessiv auszulegen; erschossen werden konnten nicht nur politische Offiziere oder solche, die man dafür hielt, sondern auch diejenigen Gefangenen, die man als „untragbar“ erachtete. Gerade hier tritt das Verbrecherische im Handeln der deutschen Seite besonders klar zutage. Dieser Vorwurf trifft zunächst die Kämpfende Truppe, wenn auch mit zwei Einschränkungen: Zwar lässt sich sicher nachweisen, dass „der Kommissarerlaß [...] in einem größeren Umfang vom Heer durchgeführt worden [ist], als Truppenführer nach dem Krieg zugeben wollten“²⁷⁶. Belegt ist aber auch, dass bereits der Befehl dort Unbehagen, ja Unruhe ausgelöst hat²⁷⁷. Schon ab Spätsommer 1941 wurde denn auch „von Befehlshabern, Kommandeuren und aus der Truppe“²⁷⁸ immer wieder die Forderung erhoben, den Kommissarbefehl aufzuheben. Ob diesen Initiativen von unten humanitäre Überlegungen zugrunde gelegen haben oder nur pragmatische, ist schwer zu entscheiden. In einer Diktatur wie der nationalsozialistischen verraten die dienstlichen Akten nur wenig von den wahren Intentionen ihrer Autoren. Wenn ein deutscher General, der sich Monate später auf dem Balkan über die rüden Methoden der deutschen Kriegführung beschwerte, seinem Tagebuch anvertraute, dass „die Sache so stilisiert sein“ müsse, „daß irgendwelche ethische Momente nicht zum Vorschein“ kämen, dann gilt dies wohl nicht nur für

gefangener, in: *Anatomie des SS-Staates*, München 1979, S. 137–232; Förster, *Sicherung*, in: DRZW, Bd. 4, S. 1062 ff.; Streit, *Keine Kameraden*, S. 44 ff., 83 ff.; Streim, *Behandlung*, S. 33 ff.; Horst Rohde, *Politische Indoktrination in höheren Stäben und in der Truppe – untersucht am Beispiel des Kommissarbefehls*, in: *Die Soldaten der Wehrmacht*. Hrsg. von H. Poeppl u.a., München 1999, S. 124–158; Gerlach, *Morde*, S. 834 ff.

²⁷² Aus einem Tätigkeitsbericht der Panzergruppe 3, Abt. Ic, vom 19. 8. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“, S. 338. Ferner *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 235.

²⁷³ Rohde, der sich auf die Beweisführung des Unbeweisbaren einlässt, kann letzten Endes nur belegen, dass große Teile der Truppe den Kommissarbefehl befolgt haben. Belege auch bei: Gerlach, *Morde*, S. 835; Förster, *Sicherung*, in: DRZW, Bd. 4, S. 1064 ff.; Stieff, *Briefe*, S. 140 (Brief vom 7. 12. 1941); Buchbender/Sterz, *Gesicht*, S. 105 (Brief vom 16. 7. 1941).

²⁷⁴ Gerlach (*Morde*, S. 836) schätzt, dass im Bereich der Heeresgruppe Mitte zwischen 3000 und 5000 Kommissare umgebracht wurden.

²⁷⁵ Vgl. Harald Moldenhauer, *Die Reorganisation der Roten Armee von der „Großen Säuberung“ bis zum deutschen Angriff auf die UdSSR (1938–1941)*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 55 (1996), S. 131–164, hier S. 143 f. mit Anm. 118. Moldenhauer zitiert eine interne sowjetische Statistik, der zufolge der Fehlbestand bei den Politischen Kadern der Roten Armee am 1. 5. 1940 bei 3850 Personen, bzw. 5,9% gelegen habe. Diese Gruppe wurde natürlich bei Kriegsbeginn nochmals ausgebaut. Vgl. ferner Buchbender, *Erz*, S. 158 ff. Höher dagegen die Schätzungen Gerlachs, S. 839 mit Anm. 355.

²⁷⁶ Förster, *Sicherung*, in: DRZW, Bd. 4, S. 1069.

²⁷⁷ Vgl. *Die Hassell-Tagebücher. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland*. Hrsg. von Friedrich Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 260 (Eintrag vom 13. 7. 1941); Rudolf-Christoph Frhr. von Gersdorff, *Soldat im Untergang*, Frankfurt a. M. 1977, S. 86 ff.

²⁷⁸ So der General z.b.V. beim ObdH, General Müller, in einer zusammenfassenden Meldung an das OKW vom 23. 9. 1941, in: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 2, Dok. 22. Auch zum Folgenden.

diese Situation und für diesen Kriegsschauplatz²⁷⁹. Jedenfalls ist es bemerkenswert, dass es in diesem einen Fall „der“ Wehrmacht doch gelang, eine inhumane Weisung der politischen Führung zu revidieren. Am 6. Mai 1942 hob Hitler den Kommissarbefehl schließlich auf – „zunächst versuchsweise“²⁸⁰, wie er selbst einschränkte, um ihn dann aber nie mehr einzuführen²⁸¹.

Doch wurden schon davor nicht alle gefangengenommenen Kommissare dort „erledigt“, wo dies eigentlich geschehen sollte – auf dem Gefechtsfeld. Vielmehr lässt sich weiter hinten eine zweite Tötungswelle feststellen²⁸², weil die Kommissare „zum größten Teil erst in den Gefangenenlagern festgestellt“ wurden, so eine Beobachtung des Generalstabschefs Halder²⁸³. Dieser „Aussonderung untragbarer Elemente“, die anfangs die Wehrmacht, ab Oktober 1941 dann SD und Polizei „in eigener Verantwortlichkeit“, wenngleich in Absprache mit den Lagerverwaltungen vornahm²⁸⁴, sind bis Mitte 1942, als dies Verfahren formal eingestellt wurde, „wenigstens 40 000 sowjetische Soldaten“ zum Opfer gefallen²⁸⁵. Darunter waren vermutlich nicht wenige Kommissare. Doch entzieht es sich unserer Kenntnis, warum sie so lange unbehelligt geblieben waren; konnten oder wollten sie die Fronteinheiten nicht als solche identifizieren – und dies, obwohl ein Abschieben nach hinten doch ausdrücklich verboten worden war²⁸⁶? Schon allein eine Zahl wie diese spricht dafür, dass auch in diesem speziellen Fall das Verhalten der Truppe vielfältig gewesen ist, als es auf den ersten Blick scheinen mag²⁸⁷.

²⁷⁹ Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau. Eingel. u. hrsg. von Peter Broucek, Bd. 3, Wien 1988, S. 292f. Dort weiter: „Denn dann würde man dergleichen Beschwerden auf jeden Fall mit dem schwersten Vorwurf, der einem im Dritten Reich treffen kann, dem von zu geringer ‚Härte‘ oder gar von ‚Weichheit‘, in den Papierkorb werfen.“ Anders dagegen Gerlach, Morde, S. 837.

²⁸⁰ Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. 2: 1. Januar 1942–31. Dezember 1942, 1. Halbbd., Frankfurt a.M. 1963, S. 341.

²⁸¹ Dass die Erschießungen damit nicht aufhörten, belegt Gerlach, Morde, S. 837. Ferner Hürter, Krimkrieg, S. 383. Allerdings dürfte ihr Umfang entschieden geringer gewesen sein.

²⁸² Vgl. den Erlaß des OKH vom 7. 10. 1941, der mit Schnellbrief Heydrichs vom 29. 10. weitergeleitet wurde. Druck: Streim, Behandlung, S. 324ff.

²⁸³ Halder, Kriegstagebuch, Bd. III, S. 139 (1. 8. 1941). Vgl. auch seinen Eintrag vom 21. 9. 1941 (ebenda, S. 243), dass bei der Truppe Kommissare nicht erschossen würden. Ferner die Bewertung von Helmuth Krausnick, Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa“ in neuer Sicht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 682–738, hier S. 736, und Pohl, Schauplatz Ukraine, in: Norbert Frei u.a. (Hrsg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit, S. 138.

²⁸⁴ Hierzu Otto, Wehrmacht.

²⁸⁵ Bei dieser Gruppe handelte es sich nicht nur um Kommissare oder Politruks, sondern um Gefangene, die von deutscher Seite als „politisch nicht tragbar“ angesehen wurden. Vgl. Otto, Wehrmacht, S. 63ff., 263ff.; Zahl Ders., Sowjetische Kriegsgefangene, in: Quinkert (Hrsg.), Herren, S. 133.

²⁸⁶ Eine Vortragsnotiz des Wehrmachtführungsstabs vom 12. 5. 1941 deutet darauf hin, dass man auch oben dazu tendierte, die Verantwortung möglichst ins rückwärtige Gebiet abzuschieben. „Planmäßige Such- und Säuberungsaktionen“ durch die Truppe hätten zu unterbleiben, „Funktionäre, die sich keiner feindlichen Handlung schuldig machen, werden zunächst unbehelligt bleiben“; man könne „der Truppe kaum zumuten“, hier zu selektieren. Vgl. Jacobsen, Kommissarbefehl, Dok. 7.

²⁸⁷ Die Schätzung Streits (Keine Kameraden, S. 105), die Wehrmacht habe 580 000 bis 600 000 Gefangene an den SD zur Exekution übergeben, ist zu hoch. Der Kritik von Joachim Hoffmann (Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion, in: DRZW, S. 713–809, hier 730f., Anm. 70f.) gesteht Streit in der dritten Auflage seines Buchs „eine gewisse Berechtigung“ zu. Streim (Behandlung, S. 244) errechnet wiederum eine Opferzahl von „mindestens 120 000 sowjetischer Kriegsgefangener im OKW-Bereich und wenigstens 20 000 im Operationsgebiet“ – eine Schätzung, die Gerlach (Morde, S. 839 mit Anm. 353f.) mit weiteren Dokumenten belegen kann.

Zivilbevölkerung

Der Krieg, den die Wehrmacht in die Sowjetunion brachte, traf nicht nur die Träger des sowjetischen Systems. Ungleich verheerender war dieser Krieg, der die Grenzen zwischen Zivilem und Militärischen so sehr ignorierte, für die sowjetische Zivilbevölkerung.

Im Vergleich zu Mitteleuropa war die Sowjetunion ein dünn besiedeltes Land. Selbst in der Ukraine, wo die Bevölkerungsdichte am größten war, kamen 1939 auf einen Quadratkilometer durchschnittlich 69 Menschen; noch weniger waren es in der Weißrussischen (44 Menschen) oder gar der Russischen Sowjetrepublik²⁸⁸. Ein weiteres Charakteristikum dieses Riesenreichs war seine ethnische Vielfalt; in ihm lebten damals „etwa 60 mehr oder weniger große Völker und über 100 kleine Stämme“²⁸⁹. Nur die wenigsten verdienten nach den Prinzipien der deutschen Rassendoktrin eine einigermaßen humane Behandlung, die Balten etwa, die Völker des Kaukasus, in Grenzen auch die Ukrainer²⁹⁰. Alle übrigen dagegen galten nur als anonyme Verfügungsmasse deutscher Interessen.

Zumindest die Fechtende Truppe kam anfangs mit diesen Menschen nur flüchtig in Berührung, bis Spätherbst 1941 blieb dieser Krieg ein Bewegungskrieg. Kam es zu solchen Begegnungen, dann wurden diese ersten Vorboten einer neuen Macht meist abwartend, in der Ukraine oder im Baltikum aber häufig auch als Befreier begrüßt²⁹¹. Schon damals aber konnte diese neue Herrschaft sehr rasch ihr wahres Gesicht zeigen. Gerade in der aufgeladenen Stimmung der ersten Wochen haben auch Fronteinheiten Exzesse verübt, nicht selten in Kooperation mit selbsternannten einheimischen Kollaborateuren; Opfer waren meist Juden, Kommunisten oder Freischärler, tatsächliche oder vermeintliche²⁹². Solche Vorkommnisse sind etwa aus Bialystok überliefert, aus Brest-Litowsk, Dubno, Lemberg, Libau, Mogilew, Shitomir oder Tarnopol, aus der rumänischen Grenzstadt Iași, später auch aus Kiew oder Uman²⁹³. Die örtlichen Militärkommandanturen reagierten

²⁸⁸ Im Deutschen Reich kamen 1933 auf 1 qkm 131 Einwohner. In der Ukrainischen SSR 68,5, in der Weißrussischen SSR 44,2 und in der Russischen SSR 6,5, wobei gerade die dichter besiedelten Westgebiete von der Wehrmacht besetzt waren. Angaben nach: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1938, S. 7; Werner Leimbach, Die Sowjetunion. Natur, Volk und Wirtschaft, Stuttgart 1950, S. 164 ff., 218 f., 231.

²⁸⁹ Ebenda, S. 170.

²⁹⁰ Aufschlußreich die Richtlinien zur „regionalen Behandlung“ des Wirtschaftsführungsstabes Ost (Grüne Mappe), in: Fall Barbarossa, S. 363 ff., hier S. 387 f.

²⁹¹ Vgl. etwa Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 449; Hürter, General, Dok. 56 (Bericht vom 23. 10. 1941).

²⁹² Vgl. etwa Mulligan, People's War, S. 27; Mallmann, Deutscher Osten, S. 25.

²⁹³ Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 228 ff., 234 ff., 238 f., 241; Verbrechen der Wehrmacht, S. 123 ff., 150 ff.; Bogdan Musial, „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen“. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges 1941, Berlin 2000, S. 178 ff., 186 ff.; Mallmann u. a., Deutscher Osten, S. 59 ff.; Wassili Grossmann/Ilja Ehrenburg (Hrsg.), Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden. Dt. Ausg. hrsg. von Arno Lustiger, Hamburg 1994; Margers Vestermanis, Ortskommandantur Libau. Zwei Monate deutscher Besatzung im Sommer 1941, in: Heer/Nauermann, Vernichtungskrieg, S. 241–259; Pohl Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 54 ff.; Hannes Heer, Einübung in den Holocaust: Lemberg Juni/Juli 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 409–427; Bernd Boll, Zloczow, Juli 1941: Die Wehrmacht und der Beginn des Holocaust in Galizien, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 899–917; Arnold, Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew, S. 23–63; Longerich, Politik, S. 321 ff., 405 ff.; Angrick, Militärverwaltung, S. 115 f.

höchst unterschiedlich: Zum Teil förderten sie diese Verbrechen, zum Teil suchten sie diese zu ignorieren, zum Teil waren sie aber auch über diese Exzesse empört²⁹⁴ und es gelang ihnen, diese rasch zu unterbinden. Aufs ganze gesehen beschränkte sich der Terror der ersten Wochen auf einzelne Orte, insbesondere im Baltikum und der Ukraine, so dass schon deshalb die Zahl der Frontsoldaten, die sich daran beteiligten²⁹⁵, begrenzt geblieben sein dürften.

Das Verhältnis zwischen den Frontverbänden des Ostheers und den Landeseinwohnern änderte sich, wenn sich der Bewegungskrieg festzufressen begann. Gesah das im Bereich großer Städte wie beispielsweise in Leningrad, Tula, Sewastopol oder Stalingrad, so betraf das naturgemäß viele Menschen. Über deren Schicksal ist wenig bekannt. Meist lebten sie kärglich am Rande des Gefechtsfelds²⁹⁶. Aus Sicht der militärisch Verantwortlichen schien dieser „Ballast“ den Krieg nur zu behindern, so dass man ihn meist möglichst schnell los zu werden suchte. Dabei konnte man sich mit einer frappierenden Gleichgültigkeit über die einfachsten Lebensinteressen „der Russen“ hinwegsetzen²⁹⁷. Im November 1941 erwog man beispielsweise im AOK 17, ob es „möglich wäre, die nicht benötigten Bevölkerungsmassen in das sogenannte Niemandsland abzuschieben“²⁹⁸. Nicht selten wurde die Feldgendarmarie oder der regionale Ordnungsdienst für solch ungeliebte Aufgaben eingespannt²⁹⁹. Dass die wehrfähigen Männer beim Einmarsch zeitweilig interniert wurden, entsprach dagegen dem international praktizierten militärischen Gewohnheitsrecht³⁰⁰, nicht aber die Bedingungen, unter denen dies geschah. Denn den Zivilgefangenen ging es selten besser als den Kriegsgefangenen.

Die Verantwortung für Maßnahmen dieser Art liegt vor allem bei „der“ militärischen Führung, die in diesem Fall weit in die eigentliche Truppenführung hineinreicht. Bereits jeder Bataillonskommandeur konnte „kollektive Gewaltmaßnahmen“ gegen ganze Ortschaften anordnen³⁰¹. So sind denn auch genügend einschlägige Befehle überliefert, welche die Truppe nachdrücklich darauf hinwiesen, dass ihre Sicherheit „allem vorzugehen hat, daß Rücksichtnahme und Weichheit gegenüber der Zivilbevölkerung fehl am Platze ist“³⁰². Allerdings lassen sich solche Befehle auch anders lesen, als Indiz für eine gewisse Resistenz an der Basis gegenüber den weltanschaulichen Prämissen dieser Führung.

²⁹⁴ Vgl. Philipp-Christian Wachs, *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt a. M. 2000, S. 69 ff., insbes. S. 86 f.; Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung*, S. 65 f.; Musial, „Konterrevolutionäre Elemente“, S. 191, 247 f.

²⁹⁵ Vgl. die Einschätzung bei Gerlach, *Verbrechen deutscher Fronttruppen*, S. 100 f.

²⁹⁶ Vgl. Dieter Pohl, *Rückblick auf das „Unternehmen Barbarossa“*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 42 (1994), H. 1, S. 77–94, hier S. 92. Nicholas G. Bohatiuk, *The Economy of Kiev under Foreign Conquerors, 1941–1944*, in: *Ukrainian Quarterly* 42 (1986), H. 1/2, S. 35–58; Gerlach, *Morde*, S. 385 ff.

²⁹⁷ Vgl. etwa Müller (Hrsg.), *Okkupation*, Dok. 10, 23, 41, 43, 47, 55, 60, 61–64.

²⁹⁸ Müller, *Hitlers Ostkrieg*, Dok. 18. Ferner Müller (Hrsg.), *Okkupation*, Dok. 136.

²⁹⁹ Vgl. etwa: *Fahrtberichte aus der Zeit des deutsch-sowjetischen Krieges 1941: Protokolle des Begleitoffiziers des Kommandierenden Generals LIII. Armeekorps*. Eingel. u. hrsg. von Walther Lammers, Boppard a. Rh. 1988, S. 67.

³⁰⁰ Vgl. Umbreit, *Kontinentalherrschaft*, in: *DRZW*, Bd. 5/1, S. 186.

³⁰¹ *Kriegsgerichtsbarkeitserlaß „Barbarossa“ vom 13. 5. 1941*, in: *Ueberschär/Wette, „Unternehmen Barbarossa“*, S. 306 f., hier S. 306.

³⁰² Aus einem Befehl des AOK 18 vom 29. 11. 1941, zit. bei: Hürter, *Leningrad*, S. 417 mit Anm. 180. Hierzu auch Rass, *„Menschenmaterial“*, S. 342 f.

Doch gab es auch Vorgesetzte, die sehr gut wußten, dass „die beste Sicherungsmaßnahme [...] in einer gerechten Behandlung der Zivilbevölkerung“ besteht³⁰³. Noch eine Front im Rücken konnte man sich eigentlich nicht leisten. Mit Teilen der Einheimischen suchte man daher zu kooperieren, mal mehr, mal weniger erfolgreich, und selbst die unerwünschten Ethnien galten nicht immer als rechtlose „Untermenschen“. So bemühte sich der 1. Generalstabsoffizier der 251. Infanteriedivision, „die Russen anständig [zu] behandeln“³⁰⁴, beim XXXIV. Armeekorps verlangte man „straffste Disziplin, [...] um das Vertrauen der Zivilbevölkerung zur deutschen Wehrmacht aufrecht zu erhalten“³⁰⁵, während man im LIII. Armeekorps bemerkte, dass sich die „Bevölkerung [...] der Truppe gegenüber sehr freundlich“ verhalte, vermutlich auch deshalb, weil man hier immer wieder deren „korrektes Betragen“ einforderte³⁰⁶. All das sind Stimmen aus dem Jahr 1941. Der Stellungskrieg, der an vielen Frontabschnitten während der Jahre 1942 und auch noch 1943 das Geschehen bestimmte, wurde dagegen meist im „Sperrgebiet“ geführt. Die einheimische Bevölkerung kam in diesem Gürtel von 20 bis 30 Kilometer Tiefe nur noch am Rande vor, so dass für die meisten deutschen Frontsoldaten der militärische Mikrokosmos ihrer Einheit der mit Abstand wichtigste soziale Bezugspunkt blieb.

Das änderte sich dann mit den Rückzügen. Nun begann der Druck auf die Fronteinheiten zu steigen – nicht nur der von der anderen Seite. Partisanengebiete mussten passiert werden, was das Verhältnis zu den dort lebenden Menschen kaum verbesserte³⁰⁷. Noch gravierender war für das Ostheer, dass Verteidigungsstellungen fehlten, so dass man rigoros auf die einheimische Bevölkerung zurückgriff. Ende 1943 rechnete die Wehrmacht bereits mit 265 000 Zivilarbeitern für den Stellungsbau³⁰⁸. Wie wir gesehen haben, war auch das ein Bruch der Haager Landkriegsordnung³⁰⁹. Zugunsten der deutschen Seite ließen sich die militärischen Zwangslagen anführen, die Alternativen kaum zuließen. Doch rechtfertigt das nicht die Arbeitsbedingungen, welche die Deutschen häufig, wenn auch nicht immer³¹⁰ diktierten: „Mindestarbeitszeit 9 Stunden ohne Anrechnung der Arbeitspausen. Wer sich weigert oder die Arbeit sabotiert, ist zu erhängen“, befahl etwa das XXIX. Armeekorps im Januar 1943³¹¹. „Akkordarbeit“ war „Grundsatz“³¹².

³⁰³ IfZ-Archiv, MA 895/2: Korück 580, Abt. Qu., Besondere Anordnungen für die Versorgung im Operationsgebiet vom 14. 6. 1942. Die ganze Passage lautet: „Die beste Sicherungsmaßnahme besteht in einer gerechten Behandlung der Zivilbevölkerung. Widerstand ist mit den schärfsten Mitteln zu brechen, loyale Haltung jedoch anzuerkennen und durch Erleichterungen zu belohnen; gegen Übergriffe der Truppe ist mit allen Mitteln einzuschreiten.“ [Hervorhebung im Original].

³⁰⁴ Meier-Welcker, Aufzeichnungen, S. 144 (Brief vom 8. 12. 1941).

³⁰⁵ BA-MA, RH 24-34/33: XXXIV. AK, Abt. Ia, Kriegstagebuch, Eintrag vom 3. 8. 1941.

³⁰⁶ „Fahrtberichte“, 1. Zitat: S. 251 (Fahrtbericht vom 18. 8. 1941), 2. Zitat: S. 289 (18. 9. 1941); ferner Nr. 47 (13. 9. 1941), Nr. 49 (19. 9. 1941.)

³⁰⁷ Vgl. oben.

³⁰⁸ Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 309.

³⁰⁹ Vgl. S. 42.

³¹⁰ Vgl. BA-MA, MSg 2/5326: AOK 9, Abt. Ic, Protokoll einer I-c-Besprechung vom 24./25. 4. 1944. Mit Blick auf die Zivilarbeiter legte man dort fest, dass „eine gute Betreuung eine absolute Notwendigkeit“ sei. „Ebenso wichtig ist die gesundheitliche Betreuung durch den Arzt.“

³¹¹ Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 123; Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 5, Dok. 235.

³¹² Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 314.

Ein solches Programm, das selbst die Deutschen „infolge der Härten, die diese Sache nun einmal mit sich bringt“, als wenig „angenehm“ empfanden³¹³, lag zunächst in den Händen der „rückwärtigen Dienste“³¹⁴, der militärischen wie der zivilen. Aufgrund der Menschenleere in den Gefechtszonen hatten in erster Linie die Feld- und Ortskommandanturen, die Arbeitsverwaltung und die Wirtschaftsorganisation Ost für Arbeitskräfte zu sorgen³¹⁵, mit zunehmender Dauer des Krieges dann aber auch die Divisionen selbst³¹⁶. Ähnliches galt für den eigentlichen Prozeß der Ausbeutung. Diese Aufgabe hatten sich zivile Organisationen wie etwa die Organisation Todt³¹⁷ oder der Reichsarbeitsdienst, die beide freilich zum Wehrmachtsgefolge zählten³¹⁸, mit rückwärtigen Einrichtungen der Wehrmacht zu teilen, mit Festungspionierstäben³¹⁹ oder Baukompanien. Je schneller und improvisierter sich die deutschen Verbände freilich zurückziehen mussten, desto häufiger verlagerte sich dieses Ausbeutungsprogramm dann in die vorderen Linien. 1943/44 wurde es zunehmend zu einer Aufgabe von Kampfverbänden, „die Arbeitskräfte aus den im Div[isions]bereich liegenden Ortschaften vollzählig heranzuziehen“³²⁰. Doch gab es auch hier eine Arbeitsteilung: Lag die Aushebung selbst bei der Feldgendarmarie³²¹ und nur in Ausnahmefällen bei der Fechtenden Truppe, so organisierten die Pioniere wiederum die Ausbeutung selbst³²². „Gefangenen-K[om]p[anie]n sowie K[om]p[anie]n aus russischen Zivilisten sind von den Pi[onier]-Einheiten der Div[isionen] aufzustellen und durch diese zu betreuen“, legte etwa das XXIV. Panzer-Korps bereits im April 1942 fest³²³. Auch hier sind die Relationen zu beachten. Von den 13 500 Mann einer Infanteriedivision gehörten etwa 550 Mann, also ein Bataillon, zu den Pionieren³²⁴.

Vorkommnisse wie diese verweisen auf einen weiteren zentralen Aspekt dieses Krieges, auf einen Rahmenbefehl, den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß Barbarossa. Es hat wohl nichts gegeben, was das Verhalten des Ostheers und in Sonderheit seiner Fronttruppe so nachhaltig beeinflusst haben dürfte. Dieser Erlaß war der große Freibrief für die in der Sowjetunion eingesetzten deutschen Soldaten, weil Hitler und die militärische Führung mit diesem scheinbar spröden Dokument, dessen Bedeutung die Nachwelt lange unterschätzt hat, zwei Weichenstellungen vorgenommen hatten: Sie entzogen die sowjetische Zivilbevölkerung der ordentlichen Kriegsgerichtsbarkeit und stellten sie dem Gutdünken der Truppe anheim und

³¹³ Schreiben der Standortkommandantur 282 vom 20. 1. 1944, in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 405. Positiver dagegen die geschönte Darstellung in: Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 311 ff.

³¹⁴ So Hitler in seinem Operationsbefehl Nr. 1 vom 14. 10. 1942, in: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. II: 1. Januar 1942–31. Dezember 1942, 2. Halbbd., Frankfurt a. M. 1963, Dok. 26.

³¹⁵ Vgl. Verbrechen der Wehrmacht, S. 398.

³¹⁶ Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 329.

³¹⁷ Vgl. Gerlach Morde, S. 417. Zu deren militärischen Einsatz: Franz W. Seidler, Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht 1938–1945, Koblenz 1987, S. 88 ff.

³¹⁸ Zum rechtlichen Status vgl. die Definition bei Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. V: 1. September 1939 bis 18. Dezember 1941, Boppard a. Rh. 1988, S. 239 f.

³¹⁹ Vgl. Verbrechen der Wehrmacht, S. 406; Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 58.

³²⁰ Aus einem Befehl des LIII. Armeekorps' vom 14. 10. 1943, in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 403.

³²¹ Vgl. Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 150.

³²² Vgl. Verbrechen der Wehrmacht, S. 408; Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 128, 132, 133.

³²³ Ba-MA, RH 24-24/172: Gen.Kdo. XXIV. Pz.Korps, Ia, Befehl Nr. 321/42 geh. vom 5. 4. 1942.

³²⁴ Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 960 f.; Horst Riebenstahl, Deutsche Pioniere im Einsatz 1935–1945, Wölfersheim 1996.

hoben – zweitens – den „Verfolgungszwang“ für alle Straftaten auf, die Wehrmachtsangehörigen „gegen feindliche [!] Zivilpersonen begehen“³²⁵. Kurz zusammengefasst hieß das, dass „praktisch jedem Soldaten das Recht“ eingeräumt wurde, „auf jeden Russen, den er für einen Freischärler hält – oder zu halten vorgibt – von vorne oder von hinten zu schießen“ – so eine mißvergnügte Bewertung des Generalfeldmarschalls von Bock³²⁶. Doch war es zugleich Ausdruck der vielen Widersprüchlichkeiten, denen sich die Wehrmacht damals ausgesetzt sah, wenn derselbe Erlaß, der das Töten und anderes mehr erlaubte, aber nicht ausdrücklich befahl, gleichzeitig an „die Aufrechterhaltung der Manneszucht“ erinnerte und Strafverfolgung für jene Wehrmachtsverbrechen androhte, die sich nicht allein militärisch oder ideologisch legitimieren ließen.

Die Spielräume, die diese Weisung den disziplinarischen Vorgesetzten bot, waren also beträchtlich. Es ist aufschlußreich, wenn bereits die Drahtzieher in den obersten deutschen Kommandobehörden ihre Zweifel daran hatten, ob „die“ Truppe so darauf reagieren würde, wie sie sich das vorstellten. „Die Maßnahmen [im Sinne des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses], die der Truppe zugemutet werden“ – so resümierten die Rechtsexperten im OKW noch im Mai 1941³²⁷ –, „ließen sich im Verlauf der Kampfhandlungen und bis zur ersten Befriedung von der Truppe durchführen. Schon für diese Zeit sei es wahrscheinlich, dass die Offiziere viel weniger scharf sein würden als die an Härte bei Urteilsprüchen gewöhnten Richter. Nach dem Abschluß von Kampfhandlungen und in etwas ruhigeren Verhältnissen sei die Truppe an solche Maßnahmen überhaupt nicht mehr heranzubekommen. [...] Bemerkenswert ist, daß auch General Jeschonnek meinte, die Truppe werde ziemlich viele Leute laufen lassen, die an sich eine andere Behandlung verdient hätten.“ Auch nach Kriegsbeginn waren die Scharfmacher mit dem Verhalten der Truppe nicht immer zufrieden. Der berüchtigte, oft zitierte Befehl des Generalfeldmarschalls von Reichenau vom 10. Oktober 1941 etwa, der die ideologisch noch immer „unklaren Vorstellungen“ seiner Soldaten kritisierte und ihnen erklärte, sie seien nicht nur „Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee“, war mitnichten „die Summe dessen, was seine 6. Armee seit dem 22. Juni 1941 praktiziert hatte“, wie noch in der alten Wehrmachtsausstellung zu lesen war³²⁸. Der Umstand, dass Reichenau Anfang November einen weiteren Befehl veröffentlichen musste, weil er „durch Truppenbesuche“ den Eindruck gewonnen habe, „daß meine Verfügung vom 10. 10. 1941 über das Verhalten der Truppe im Ostraum den Mannschaften noch nicht genügend klargemacht wurde“³²⁹, ist wohl kaum ein Beweis für deren ideologische Zuverlässigkeit.

Es spricht für sich, wenn sich für beide Verhaltensformen Beispiele anführen lassen – für ein systemkonformes Verhalten, das dem „Appell des Nationalsozialismus an den inneren Schweinehund“ (Kurt Schumacher) reichlich Rechnung

³²⁵ Druck: Ueberschär/Wette, „Unternehmen Barbarossa“, S. 305 ff.

³²⁶ Fedor von Bock. Zwischen Pflicht und Verweigerung. Das Kriegstagebuch. Hrsg. von Klaus Gerbet, München 1995, S. 190 (Eintrag vom 4. 6. 1941).

³²⁷ BA-MA, RW 4/v. 577: OKW/WR (32/41), Schreiben an Chef WFSt vom 9. 5. 1941.

³²⁸ Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 1996, S. 80.

³²⁹ Vgl. Förster, Sicherung, in: DRZW, Bd. 4, S. 1051; Verbrechen der Wehrmacht, S. 335.

trug, aber auch solche, die dafür sprechen, dass das traditionelle soldatische Ethos, die Prinzipien von Ritterlichkeit, Fairneß und auch christliche Wertvorstellungen in der Wehrmacht noch nicht ganz verschwunden waren. Denn das, was dieser Erlaß eigentlich abschaffen sollte, das alte Rechtssystem, scheint selbst im Ostkrieg noch in Teilen funktioniert zu haben: in einer Infanteriedivision bestrafte man einen Plünderer so hart, dass er sich „durch Selbstmord der Strafe“ entzog³³⁰, ein Ortskommandant, der untätig zusah, wie vier russische Zivilgefangene gefoltert und gelyncht wurden, weil man sie (fälschlich) beschuldigte, sie hätten deutsche Verwundete verstümmelt, wurde degradiert und zu einer „schweren Freiheitsstrafe“ verurteilt³³¹, bestraft wurde ein Obergefreiter, der von einer Jüdin eine goldene Uhr erpreßt hatte³³², das Kriegsgericht des XXXXVII. Panzerarmee Korps verurteilte im Februar 1942 zwei Angehörige einer Nachschubeinheit „wegen Mordes an einem Russen“ zum Tode³³³ und ein Feldgericht der Feldkommandantur 183 einen Angehörigen der Organisation Todt (die zum Wehrmachtgefolge zählte) „wegen Amtsanmaßung“ zu drei Monaten Gefängnis, weil er zwei Jüdinnen erschossen hatte³³⁴. Hitler höchstselbst beklagte sich im Dezember 1942, ihm lägen Meldungen vor, „dass einzelne in der Bandenbekämpfung eingesetzte Angehörige der Wehrmacht wegen ihres Verhaltens im Kampf nachträglich zur Rechenschaft gezogen worden sind“³³⁵.

Viel zahlreicher sind indes die Gegenbeispiele: „Leute, die sonst im Leben kaum etwas zu sagen haben, entdecken hier ihr Talent, den rücksichtlosen Herr[n] zu spielen“, befand der Koch eines Durchgangslagers³³⁶. Wenn sich ein deutscher General noch im Juli 1941 darüber beschwerte, „dass nicht an allen Stellen mit der erforderlichen Härte durchgegriffen“ werde³³⁷, so scheint das geändert zu haben: in dem ukrainischen Städtchen Myrhorod etwa, wo die 62. Infanteriedivision im Oktober 1941 den Tod zweier deutscher Soldaten mit der Erschießung von über 200 Menschen, darunter 168 Juden, „rächte“³³⁸; beim XXXXI. Armeekorps, das im Dezember 1941 anordnete, „im Gefechtsgebiet auf sämtliche sich außerhalb geschlossener Ortschaften befindlichen Personen ohne Rücksicht auf Alter und

³³⁰ 251. Inf. Div., Abt. Ia, Tagesbefehl vom 21. 11. 1942, in: Meier-Welcker, Aufzeichnungen, S. 228: Anl. 13. Vgl. auch dort S. 224: Anl. 11.

³³¹ BayHStA, Abt. IV, HS 2644: BRück Mitte, „Sonder-Korpstagesbefehl Nr. 25“ vom 5. 9. 1941.

³³² BA ZNS, RH 23-G, Gericht Korück 580, Nr. 47/42: Strafsache gegen den Obergefreiten B. Wegen diesem und wegen eines anderen Delikts wurde B. zu immerhin 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Ein juristischer Gutachter einer anderen Einheit meinte hierzu, dieses Urteil sei „keinesfalls zu streng, eher zu milde“ (!) ausgefallen. Vgl. hierzu auch Rass, „Menschenmaterial“, S. 286 ff.

³³³ IfZ-Archiv, MA 1582: 4. Pz. Div., Ia, Schreiben an das XXXXVII. Pz. A.K. vom 7. 3. 1942.

³³⁴ Vgl. Konrad Kwiet, Judenmord als Amtsanmaßung. Das Feldurteil vom 12. März 1943 gegen Johann Meißlein, in: Dachauer Hefte 16 (2000), S. 125–135. Vgl. ferner „Fahrtberichte“, S. 233; Messerschmidt, Harte Sühne, in: Wollenberg (Hrsg.), „Niemand war dabei“, S. 125 f.; Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Hrsg. von Ilse Staff, Frankfurt a.M. 1964, S. 248 ff. sowie Beck, Vergewaltigungen, in: Hagemann u.a. (Hrsg.), Heimat-Front, S. 264 ff.

³³⁵ Weisung des OKW vom 16. 12. 1942, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 53; Hierzu auch Klein, Fronten, in: Quinkert (Hrsg.), Herren, S. 98 f.

³³⁶ Tagebuch von Franz H., Koch des Dulag 150 (18. 10. 1941), zit. in: Deutscher Osten, S. 164.

³³⁷ So der General z.b.V. beim ObdH Müller in einer Weisung an die BRücks vom 15. 7. 1941, zit. in: Klein, Zivilbevölkerung, in: Quinkert (Hrsg.), Herren, S. 87.

³³⁸ Vgl. Truman O. Anderson, The Conduct of Reprisals by the German Army of Occupation in the Southern USSR, 1941–1943, Diss. Univ. Chicago 1995, S. 269 ff.

Geschlecht und ohne jede Warnung zu schießen“³³⁹; bei jenen „Sühnemaßnahmen“, von denen ein junger Soldat Anfang 1942 nach Hause berichtete: „In Partisanengegenden müssen Kinder und Frauen, die in dem Verdacht stehen, Partisanen mit Lebensmitteln zu versorgen, durch Genickschüsse erledigt werden“³⁴⁰. Bei jenem Leutnant aus der 342. Infanteriedivision, der im März 1942 seinen Angehörigen gegenüber durchblicken ließ, dass Marodieren und Mordbrennen für ihn zu einem alltäglichen Geschäft geworden sei³⁴¹. Oder bei der 78. Sturmdivision, die im Januar 1944 „sämtlichen Ortseinwohnern (einschl. Frauen und Kindern)“ befahl, die von Partisanen verminten Wege abzutrameln³⁴².

Das alles sind nicht mehr als Schlaglichter, die sich zwar beliebig fortsetzen lassen, die aber vorerst nur eines beweisen: wie schwierig es ist, das Verhalten „der“ Wehrmacht gegenüber „der“ sowjetischen Zivilbevölkerung auf einen Nenner zu bringen. Die völker- und kriegsrechtlichen Bindungen hatte man außer Kraft gesetzt, aber nicht ganz, und eben diese Ambivalenz führte „zu einem oft unkoordinierten, nicht selten bizarren Nebeneinander von maßlos brutalem und vergleichsweise rücksichtsvollem Herrschaftshandeln“³⁴³. Im Grunde konnte jede Einheit den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß so auslegen, wie sie das für richtig hielt. Hier waren nicht allein die mittlere Truppenführung oder die wenigen Kriegsgerichtsräte gefordert, sondern im Grunde jeder Offizier und Unteroffizier. Ihre Handlungsspielräume definierten sich nicht nur über Dienstrang und Dienststellung, in der informellen Hierarchie der Front zählten auch Kampferfahrung und persönliche Autorität. Doch gab es noch mehr Faktoren, welche die Ermessensspielräume an der Basis des Ostheers fördern mussten: das traditionelle deutsche Führungsprinzip der Auftragstaktik, die Tatsache, dass viele Einheiten fern der Heimat ganz auf sich gestellt waren, und schließlich der Umstand, dass der politisch-ideologische Transformationsprozeß der Wehrmacht im Sinne der NS-Machthaber noch längst nicht abgeschlossen war³⁴⁴.

Es lässt sich daher noch nicht einmal sicher sagen, in welcher Phase des Krieges die Wirkung dieser präventiven Amnestie am größten war. Argumentieren lässt sich mit einer kontinuierlichen Verrohung im Laufe des Krieges, mit den Zwangslagen der militärischen Defensive, der langsamen Gewöhnung an das Verbrechen oder der zunehmenden Verachtung der deutschen Soldaten gegenüber einem Staat und einer Gesellschaft, denen sie sich zivilisatorisch und ideologisch weit über-

³³⁹ Zit. bei: Krausnick, Truppe, S. 266.

³⁴⁰ Zit. bei: Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer, München 1976, S. 791.

³⁴¹ Zit. bei: Gennadij Bordjugov, Terror der Wehrmacht gegenüber der russischen Zivilbevölkerung, in: Gabriele Gorzka und Knut Stang (Hrsg.), Der Vernichtungskrieg im Osten. Verbrechen der Wehrmacht in der Sowjetunion – aus Sicht russischer Historiker, Kassel 1999, S. 53–68, hier S. 67 f. Eine 312. ID, wie B. behauptet, hat es nie gegeben. Die Umstände sprechen aber für die 342. ID.

³⁴² Zit. bei: Gerlach, Verbrechen deutscher Fronttruppen, S. 102; dass dies kein Einzelfall war, belegt Mann, Ost-Reiterschwadron 299, S. 341 f. (Tagebucheintrag vom 18. 8. 1943). Ferner Gerlach, Morde, S. 969 f.

³⁴³ Wegner, Krieg gegen die Sowjetunion S. 925; eine ganz ähnliche Bewertung bei Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 83, 308.

³⁴⁴ Vgl. hierzu Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969; Bernard R. Kroener, Strukturelle Veränderungen in der Militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches, in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 267–298; Arne W. G. Zöpf, Wehrmacht zwischen Tradition und Ideologie. Der NS-Führungsoffizier im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1988.

legen fühlten. Andererseits lassen sich auch ganz entgegengesetzte Entwicklungen konstatieren: Je länger der Krieg dauerte, desto besser lernten die deutschen Landsleute den Osten kennen, desto stärker wurde die Kollaboration zwischen Besatzer und Besetzten, desto geringer war die Erwartungshaltung der militärischen Vorgesetzten, die angesichts der Kriegslage mehr und mehr zu resignieren begannen, und desto stärker wuchs bei vielen möglicherweise die Einsicht, dass die Allüren des Herrenmenschen die eigenen Überlebenschancen nicht unbedingt verbessern mussten.

Es gab wohl kaum einen Befehl, der so sehr zur Radikalisierung des Ostkriegs beigetragen hat wie der Kriegsgerichtsbarkeitserlaß Barbarossa. Mit einer solchen allgemeinen Feststellung ist aber noch nicht die Frage beantwortet, wie die Truppe diese Weisung dann wirklich umgesetzt hat, im Grunde ist sie erst gestellt. Die Widersprüchlichkeiten des Erlasses in Theorie und Praxis sind ein Beleg dafür, dass der Forschungsbedarf hier nach wie vor am größten ist.

Verbrecherische Kriegführung

Hitler und mit ihm die militärische Führung wollten sogar die operative Kriegführung für die NS-Ideologie instrumentalisieren. Das gelang ihnen in einem Fall, bei der Belagerung Leningrads. Hier handelte es sich um eine Operation, die sich nicht allein militärisch rechtfertigte. Vielmehr hatte die deutsche Führung die Offensive der Heeresgruppe Nord mutwillig angehalten, um eigene Kräfte zu schonen und die drei Millionen Bewohner der Newa-Metropole langsam verhungern zu lassen³⁴⁵. Als Mittel der taktischen Kriegführung war die Aushungerung damals nicht verboten³⁴⁶, doch ging es hier um mehr: Hier verbanden sich militärische Überlegungen mit einer bewußten Ideologie des Genozids. „Wahrscheinlich etwa eine Million Menschen“ kostete diese Belagerung von knapp 900 Tagen das Leben³⁴⁷. Schuld an dieser Weichenstellung tragen in erster Linie Hitler und die militärische Führung, die „Petersburg schmoren lassen“ wollten – so eine launige Bemerkung des Generalquartiermeisters Wagner³⁴⁸. Zum „Handlanger und Vollstrecker dieser verbrecherischen Kriegführung“³⁴⁹ wurde aber die hier eingesetzte, freilich schwache Armee, die 18. Wie weit dies ihren Angehörigen wirklich klar wurde, ist eine offene Frage. Diese Soldaten wurden im Rahmen einer großangelegten Operation eingesetzt, die nach außen eine rein militärische zu sein schien. In den deutschen Akten ist denn auch mehrfach davon die Rede, dass es

³⁴⁵ Hierzu Leon Goure, *The Siege of Leningrad*, Stanford/Ca. 1962; Dimitrij W. Pavlov, *Leningrad 1941. The Blockade*, Chicago 1965; Harrison E. Salisbury, *900 Tage. Die Belagerung von Leningrad*, Frankfurt a. M. 1970; David M. Glantz, *The siege of Leningrad 1941–1944. 900 days of terror*, Osceola 2001; Hürter, *Leningrad*; David M. Glantz, *The battle for Leningrad 1941–1944*, Lawrence/Kan. 2002; Jörg Ganzenmüller, „... die Stadt dem Erdboden gleichmachen“, in: *St. Petersburg – Leningrad – St. Petersburg. Eine Stadt im Spiegel der Zeit*, Stuttgart 1993, S. 179–195.

³⁴⁶ Vgl. Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. 1, S. 166 f.

³⁴⁷ Vgl. Hürter, *Leningrad*, S. 404 mit Anm. 115; Gerhart Hass, *Leben, Sterben und Überleben im belagerten Leningrad (1941–1944)*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 50 (2002), S. 1080–1098, hier S. 1080.

³⁴⁸ Aus einem Brief Wagners an seine Frau vom 9. 9. 1941, zit. nach: Hartmann, Halder, S. 286, Anm. 69.

³⁴⁹ Vgl. Hürter, *Leningrad*, S. 399.

für die Truppe eine unerträgliche Zumutung sein würde, „bei wiederholten Ausbrüchen immer wieder auf Frauen und Kinder und wehrlose alte Männer zu schießen“³⁵⁰. Diese letzte Steigerung einer Kriegführung, die sich nicht mehr gegen den militärischen Gegner richtete, blieb den hier eingesetzten Soldaten jedoch erspart. Dabei sollte Leningrad eigentlich kein Einzelfall bleiben. Schon im Juli 1941 kündigte Hitler an, auch Moskau „dem Erdboden gleich zu machen“ und seine Bewohner durch Aushungern und Artillerie zu dezimieren³⁵¹. Ähnliches plante er mit Stalingrad³⁵², und es war nur die militärische Entwicklung, die verhinderte, dass selbst der militärische Kernbereich, die operative Führung, auch in diesen beiden Fällen in einem solchen Sinne ideologisch mißbraucht wurde.

Rückzug

Es gab vermutlich kein Verbrechen der Wehrmacht im Ostkrieg, mit dem so viele Frontsoldaten in Berührung kamen, wie mit jenen, die während der deutschen Rückzüge verübt wurden. Die Fechtende Truppe war naturgemäß der Teil des deutschen Besatzungsapparats, der das Land als letzter verließ. Sie hinterließ dabei Räume, die nun noch einmal verwüstet und ausgeplündert wurden, und zwar so gründlich, wie das in diesen langen Kriegsjahren noch nie geschehen war.

Das Kriegsgewohnheitsrecht hatte diese barbarische Form der Kriegführung schon lange geächtet³⁵³. Artikel 22 der Haager Landkriegsordnung bestimmte dann definitiv, dass „die Kriegführenden [...] kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes“ haben³⁵⁴. Prinzipiell galt: Der militärische Nutzen solcher Zerstörungen sollte in einem vernünftigen Verhältnis stehen zu den Leiden der dort lebenden Menschen. Auf diesem Grundsatz basierten eine ganze Reihe weiterer Artikel, die den verschiedenen Spielarten der Devastation einen Riegel vorzuschieben suchten. Wenn diese dennoch relativ früh im deutsch-sowjetischen Krieg zum Einsatz kam, so lag dies nicht allein an dessen ideologischen Prämissen. Auch die räumlichen, klimatischen und militärischen Bedingungen dieses Kriegsschauplatzes förderten den Einsatz einer solchen Strategie. Bekanntermaßen war es die sowjetische Seite, die als erste zu diesem letzten verzweifelten Mittel griff³⁵⁵. In seiner bekannten Rundfunkrede vom 3. Juli 1941 kündigte Stalin an, alles zu vernichten, was nicht abtransportiert werden könne³⁵⁶; „in den okkupierten Gebieten müssen für den Feind und alle seine Helfershelfer

³⁵⁰ BA-MA, RH 19 III/168: HGr. Nord, Abt. I a, Kriegstagebuch, Eintrag vom 24. 10. 1941; Hürter, Leningrad, S. 399 ff.; Leeb, Tagebuch, S. 373 f. mit Anm. 484.

³⁵¹ Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. III, S. 53 (Eintrag vom 8. 7. 1941).

³⁵² Vgl. ebenda, S. 514 (Eintrag vom 31. 8. 1942). Ferner Wehrmachtsverbrechen, Dok. 129, sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 5: Juli–September 1942. Bearb. von Angela Stüber, München 1995, S. 353 (20. 8. 1942).

³⁵³ Vgl. Wörterbuch des Völkerrechts., Bd. 1, S. 355 ff.

³⁵⁴ Druck: Lodemann, Kriegsrecht, S. 58. Vgl. ferner Art. 23, 25–28, 46, 47, 51–56.

³⁵⁵ Vgl. Hoffmann, Kriegführung, in: DRZW, Bd. 4, S. 732 ff.; John Barber/Mark Harrison, The Soviet Home Front, 1941–1945: A social and economic history of the USSR in World War II, New York 1991, S. 29, 127 ff.; Klaus Segbers, Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941–1943, München 1987, S. 90 ff.

³⁵⁶ Druck: Ueberschär/Wette, „Unternehmen Barbarossa“, S. 326–329, hier S. 328.

unerträgliche Bedingungen geschaffen werden, [...]“ Moralisch ist dies – aus verschiedenen Gründen – anders zu bewerten als das Vernichtungswerk der deutschen Invasoren. Doch ändert dies nichts daran, dass die Zivilbevölkerung bereits unter den sowjetischen Zerstörungen und Evakuierungen zu leiden hatte und dass auch dies bei vielen Wehrmachtsangehörigen die Vorstellung fördern musste, dass es sich hier nicht mehr um einen Krieg in der hergebrachten Form handelte.

Im Winter 1941/42 wendete sich das Blatt. Schon bei ihren ersten Rückzügen versuchten auch die Deutschen, eine Zone der Verwüstung zu hinterlassen. Allerdings unterscheiden sich diese ersten Zerstörungswellen der Jahre 1941/42 in drei entscheidenden Punkten von der Strategie der „Verbrannten Erde“ späterer Jahre. Damals ging es noch um räumlich begrenzte Absetzbewegungen und damit um vergleichsweise schmale Gebiete, die von der Wehrmacht verwüstet wurden. Auch suchte man noch nicht alle Arbeitskräfte mit sich zu führen – im Gegenteil: Verbände wie die 253. Infanteriedivision trieben die ortsansässige Bevölkerung ins Niemandsland zwischen den Fronten, um auf diese Weise den sowjetischen Vormarsch zu verzögern³⁵⁷. Und schließlich zielten diese ersten systematischen Zerstörungen weniger auf eine langfristige wirtschaftliche Schädigung³⁵⁸; vielmehr suchte man mit diesen taktischen Maßnahmen die eigene militärische Unterlegenheit in der Krise dieses Winters irgendwie zu kompensieren.

Militärisch hatte dies tatsächlich einen gewissen Effekt. Immer wieder berichteten Gefangene, die von der Wehrmacht „geschaffene Wüstenzone sei ihnen sehr unangenehm“³⁵⁹. Es spricht für sich, wenn diese ersten Devastationen noch nicht flächendeckend umgesetzt wurden; es gab Fälle wie den der 7. Panzerdivision, die ein restloses Abbrennen *aller* Ortschaften forderte: „Es kommt darauf an, dass der Feind nicht mehr ein einziges Haus vorfindet, in dem er Stäbe oder Truppen unterbringen kann.“³⁶⁰ Andere wie etwa das XXIV. Panzerkorps entschieden, die deutschfreundliche Zivilbevölkerung nach Westen mitzuführen³⁶¹ und die übrigen Menschen „in weniger wichtige Ortschaften“ zu verlegen. „Diese Ortschaften sind nicht zu zerstören.“

Doch war das alles nur ein Vorspiel. Seit dem Winter 1942/43 geriet die Wehrmacht endgültig in die Defensive, bis sie sich schließlich im Lauf des Sommers 1944 in ihren ursprünglichen Ausgangsstellungen wiederfand. Diese zweite Phase des Ostkriegs war von ganz unterschiedlichen Typen von Rückzugsbewegungen geprägt: Zusammenbrüche ganzer Frontabschnitte, bei denen den deutschen Besatzern nur noch die überstürzte Flucht blieb, wechselten ab mit einigen systematischen, gut vorbereiteten Absetzbewegungen. Am häufigsten war freilich das kurzfristig improvisierte, schrittweise Ausweichen vor den überlegenen sowjetischen Verbänden, wobei Hitlers eigensinnige wie kontraproduktive Strategie des „Haltens um jeden Preis“ die Handlungsspielräume des Ostheers noch zusätzlich einschränkte.

³⁵⁷ Vgl. Rass, „Menschenmaterial“, S. 380.

³⁵⁸ Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 372.

³⁵⁹ BA-MA, RH 24-35/96: 262. Inf. Div., Abt. Ic, Bericht vom 9. 1. 1942. Vgl. auch Rass, „Menschenmaterial“, S. 380.

³⁶⁰ Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 138.

³⁶¹ BA-MA, RH 24-24/167: XXIV. Panzerkorps, Abt. Ia, Befehl Nr. 225/42 g. Kdos. vom 18. 3. 1942.

Gerade in dieser Phase des Krieges wurde wieder sein ideologischer Einfluß spürbar. Bereits im Dezember 1941 hatte er befohlen, man solle „alle aufgegebenen Gehöfte niederbrennen“ sowie „Gefangene und Einwohner rücksichtslos von Winterbekleidung entblößen“³⁶². Je unausweichlicher die Niederlage wurde, desto mehr wuchs bei diesem „Führer“ die Bereitschaft, nun auch den Gegner so weit wie möglich mit in den eigenen Untergang zu reißen und gleichzeitig mit der grenzenlosen Vereinnahmung von dessen Ressourcen die eigene Niederlage möglichst lange hinauszuzögern. Noch im Februar 1943 beschwerte sich Hitler darüber, „daß beim Rückzug zu wenig zerstört worden ist“³⁶³. Entsprechend akribisch wurden nun seine Weisungen. Als der Kuban-Brückenkopf im September 1943 geräumt wurde, befahl er persönlich, selbst die Knüppeldämme zu zerstören³⁶⁴. „Der Gegner muß ein auf lange Zeit voll unbrauchbares, unbewohnbares, wüstes Land, wo noch monatelang Minensprengungen vorkommen, übernehmen.“

Die deutschen Besatzer gewannen denn auch schnell Erfahrung in der Strategie der „Verbrannten Erde“. Ihr einstiger „Lebensraum“ wurde von ihnen immer gründlicher in Schutt und Asche gelegt. Dabei hinterließen sie nicht nur brennende Dörfer und Städte, gesprengte Brücken, aufgerissene Eisenbahnlinien, vergiftete Brunnen oder zerstörte Industrie- oder Energieanlagen; die Deutschen nahmen auch all das mit, was sich irgendwie mitnehmen ließ, nicht nur die Ressourcen und Produkte aus Industrie und Landwirtschaft, sondern auch die menschliche Arbeitskraft ihres einstigen Besatzungsgebiets. Zu den ersten größeren Deportationen kam es im Winter 1942/43 nach den deutschen Niederlagen in Stalingrad und im Kaukasus; *systematisch* erfaßt und zwangsumgesiedelt wurde die ortsansässige Zivilbevölkerung jedoch erstmals während der sog. „Büffel-Bewegung“, als die Wehrmacht im März 1943 den weit vorgeschobenen Frontbogen um Rshew und Wjasma räumte und dabei 190 000 Menschen aus diesem vergleichsweise kleinen Gebiet mit sich führte³⁶⁵. Wurden allein in Weißrußland eine Million Personen in irgendein Nirgendwo getrieben³⁶⁶, so waren es in der gesamten Sowjetunion schließlich an die drei Millionen Menschen, die nun ihren letzten Besitz und ihr Heim verloren³⁶⁷.

Ein Teil dieser erschöpften und verängstigten Menschenmassen folgte allerdings freiwillig den deutschen Rückzugskolonnen, mehr oder weniger; als sich die Wehrmacht im Winter 1942/43 aus dem Kaukasus und dem Don-Gebiet zurückzog, wurden „100 000 Menschen unter Steuerung durch die Arbeitseinsatz- und La[ndwirtschafts]-Dienststellen in Marsch“ gesetzt³⁶⁸. „Aus Angst vor den Sow-

³⁶² Fernschreiben des WFSt vom 21. 12. 1941, in: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. I: 1. August 1940–31. Dezember 1941, Frankfurt a.M. 1965, Dok. 111.

³⁶³ Aus einem Vermerk des Wehrwirtschaftsamts im OKW vom 19. 2. 1943, in: Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 5, Dok.158.

³⁶⁴ So Hitler in seiner Weisung vom 4. 9. 1943, in: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. III: 1. Januar 1943–31. Dezember 1943, 2. Halbbd., Frankfurt a.M. 1963, S. 1455 f.

³⁶⁵ Vgl. Verbrechen der Wehrmacht, S. 387; Rass, „Menschenmaterial“, S. 381 f.

³⁶⁶ Vgl. Gerlach, Morde, S. 501.

³⁶⁷ Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 325 ff. Dort differenzierte Zahlenangaben. Vgl. auch die Übersichten in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 387 ff.

³⁶⁸ Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 326.

jets setzten sich selbst, ohne Steuerung durch deutsche Dienststellen, etwa noch weitere 50 000 Menschen in Bewegung.“ Allerdings dürfte die Bereitschaft der Zivilbevölkerung, die Deutschen auf ihrem Weg in den Untergang zu begleiten, mit zunehmender Kriegsdauer abgenommen haben³⁶⁹. Um so rigider reagierten diese wiederum, wenn es darum ging, diese Menschen für sich zu behalten. Selbst jene, die auf deutscher Seite als „nutzlose Esser“ galten³⁷⁰, erwartete oft ein grausames Schicksal. Nicht selten pferchte man die Alten, Krüppel, Frauen und Kinder nach langen, strapaziösen Elendsmärschen in Internierungslagern zusammen. Hier herrschten in der Regel schlimme Verhältnisse³⁷¹. Nicht selten überließ man sie dort bis zur ihrer Befreiung durch die Rote Armee ganz einfach ihrem Schicksal.

Noch einmal, ein letztes Mal stellt sich die Frage nach der Verantwortung: Für die Zwangsdeportationen liegt sie formal bei den Arbeitsdienststellen der Zivilverwaltung. Praktisch aber waren diese mit solch gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen völlig überfordert, so dass man sie „in engster Verbindung mit den Divisionen und Armeen [d. h. ihren Stäben], den Kriegsgefangenen-Einrichtungen und Versorgungstruppen“ verwirklichte, so der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost³⁷². Gewöhnlich hatten die weiter vorne gelegenen Einheiten für den ersten Teil der „Evakuierung“ zu sorgen³⁷³. In einer Zeit, wo die Überlebensaussicht ganzer Frontabschnitte immer mehr von der Frage abhing, wie weit es gelang, die eigenen Stellungen einigermaßen dicht zu besetzen, konnten es sich allerdings die wenigsten Divisionen leisten, das Gros ihrer Kampftruppen auf zweitaufwändige Evakuierungsmärsche nach hinten zu schicken³⁷⁴. Daher wurden Organisation und Durchführung häufig zu einer Aufgabe derjenigen Kräfte, die man vorn am wenigsten brauchte, der Feldgendarmarie, der frontnahen Feld- und Ortskommandanturen und deren Hilfstruppen. Hinten angekommen, übernahmen dann die rückwärtigen Truppen den weiteren Abtransport dieser Menschen³⁷⁵.

Überhaupt scheint sich das Interesse der Front an diesem Teil der Verbrannten-Erde-Strategie in Grenzen gehalten zu haben. Man wollte den Gegner aufhalten, und man wollte im Chaos der Rückzüge auch die eigenen wirtschaftlichen Interessen so gut wie möglich befriedigen. Dazu gehörte auch, dass die Kämpfende Truppe einen gewissen Anteil an einheimischen Arbeitskräften mit sich führte, de-

³⁶⁹ Im September 1943 rechnete man auf deutscher Seite nur noch mit einer Freiwilligkeit von 10%. Vgl. Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 5, Dok. 208; Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 373.

³⁷⁰ Aus einem Befehl des AOK 2 vom 28. 6. 1944, zit. in: Gerlach, Morde, S. 1097.

³⁷¹ Beispiele bei ebenda, S. 1095 ff. sowie Rass, „Menschenmaterial“, S. 377 ff. Allerdings räumt Gerlach ein, dass der von ihm geschilderte Fall Osaritschi einen „Extremfall“ darstelle.

³⁷² Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 325 f., Zitat S. 329.

³⁷³ Vgl. etwa Rass, „Menschenmaterial“, S. 368 f.

³⁷⁴ Vgl. den Bericht der Propagandakompanie K, o.D., in: Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 157: „Die direkte Evakuierung obliegt den einzelnen Divisionen, welche dann die einzelnen Trupps mit kleinen Begleitkommandos zu den bestimmten Übergabepunkten an die Zivilverwaltung senden.“ Vgl. ferner Dok. 159.

³⁷⁵ Vgl. Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 140, 145–147, 150 f., 159. Ferner, Rass, „Menschenmaterial“, S. 369. Eingehend dazu der Befehl der Heeresgruppe Süd vom 22. 8. 1943 (Dok. 145): „Für die Rückführung sind die Kgf.-Einheiten, frei werdende Kommandanturen, insbesondere aber deutsche und einheimische Polizeikräfte sowie deutsche Wirtschaftsdienststellen (Landwirtschaftsführer, Wirtschafts-Ko[m]mando), Arbeitsämter, die Beauftragten des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz) heranzuziehen, soweit nicht militärische Kräfte zur Verfügung gestellt werden können.“

ren Zahl freilich „auf ein Mindestmaß“ beschränkt werden sollte³⁷⁶. Mit Zwangsdeportationen mussten dagegen nicht nur die eigenen Bewegungen verlangsamen (was in dieser Phase des Krieges tödlich sein konnte). Sie sorgten auch für die „Beunruhigung“ einer Bevölkerung, auf deren Unterstützung oder zumindest doch Stillhalten man sich immer weniger verlassen konnte. Es kam daher sogar vor, dass die Truppenführung die Deportationen „behinderte“³⁷⁷. Doch haben die meisten deutschen Soldaten das Deportationsprogramm unterstützt oder hingenommen, wenn auch ohne jede Begeisterung³⁷⁸. Ein Offizier der 4. Panzerdivision schrieb in sein Tagebuch, „es ist nicht schön, solche Befehle geben zu müssen, aber es darf doch nicht alles in Feindeshand fallen“³⁷⁹, während ein anderer aus der 296. Infanteriedivision meinte: „Es ist schwer, sich einfach darüber hinwegsetzen zu müssen und nicht helfen zu können.“³⁸⁰ Einträge dieser Art dürften der allgemeinen Stimmung ziemlich genau entsprochen haben.

Im Gegensatz dazu haben sich wahrscheinlich sehr viel mehr Frontsoldaten an den groß angelegten Zerstörungs- und Ausplünderungsmaßnahmen beteiligt. Zwar war auch deren Planung und Vorbereitung eigentlich eine Aufgabe der Wirtschaftsorganisation Ost³⁸¹. Doch war für die Umsetzung im *Operationsgebiet* der militärische Apparat verantwortlich³⁸². Da die Verwüstungen „von langer Hand vorbereitet und planmäßig durchgeführt“ sein sollten³⁸³, hatten die rückwärtigen Dienste des Ostheers sie gewöhnlich vorzubereiten, während die kämpfende Truppe, insbesondere die Pioniere³⁸⁴, dann für die Ausführung zu sorgen hatten³⁸⁵. Hier ging es um mehr als nur um den Einsatz einiger „Brand- und Vernichtungstrupps“. Die Befehle waren weitgehender: „Jeder einzelne hat die Pflicht dafür zu sorgen, daß das dem Feind überlassene Gebiet für jede militärische und landwirtschaftliche Nutzung auf absehbare Zeit hinaus ausfällt“³⁸⁶. Ob dann wirklich *alle* hierzu Zeit und Gelegenheit fanden, ob es in der oft öden Gefechtszone überhaupt noch etwas zu zerstören gab außer ein paar Unterständen und Stellungen, ist eine andere Frage. Aufs Ganze gesehen waren es vermutlich doch viele Soldaten, die – in welcher Form auch immer – bei den Zerstörungen und Plünderungen dieses letzten Akts mitgemacht haben. Dabei war es nicht nur die Strategie der „Verbrannten Erde“, die den Gegner militärisch oder wirtschaft-

³⁷⁶ Aus einem Befehl des BRück Nord vom 21. 9. 1943, in: Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 5, Dok. 210.

³⁷⁷ Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 328. Ferner Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 156.

³⁷⁸ Vgl. etwa Udo von Alvensleben, Lauter Abschiede. Tagebuch im Kriege. Hrsg. von Harald von Koenigswald, Darmstadt 1972. (Tagebucheintrag vom 3. 11. 1942).

³⁷⁹ BA-MA, MSg 1/3289: F. F., Tagebuch, Eintrag vom 28. 7. 1944.

³⁸⁰ BA-MA, MSg 2/5323, H. R., Tagebuch, Eintrag vom 9. 8. 1943. Vgl. auch Bartov, Hitlers Wehrmacht, S. 126.

³⁸¹ Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 59. Weitere Belege bei Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 141, 144, 148, 150–152, 154, 163, 167.

³⁸² Vgl. Anlage 76, in: Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 560–576. Vgl. ferner Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 170.

³⁸³ HGr. Süd, Befehl vom 22. 8. 1943, in: ebenda, Dok. 145 sowie Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 375.

³⁸⁴ Vgl. Müller (Hrsg.), Okkupation, Dok. 138, 142, 162.

³⁸⁵ So dezidiert nochmals bei ebenda, Dok. 150.

³⁸⁶ Vgl. Eine Schuld, die nicht erlischt. Dokumente über deutsche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, Köln 1987, Dok. 141. Vgl. ferner mit den Beispielen bei Bartov, Hitlers Wehrmacht, S. 125 ff.

lich traf. Die Rückzüge des Ostheers waren geprägt von einer allgemeinen Untergangsstimmung. Jeder spürte „den Beginn einer Auflösung“³⁸⁷, die nicht selten auch eine Auflösung von Disziplin und Moral war. Unter dem Druck der militärischen Ereignisse begannen nun die Grenzen zwischen dem befohlenen und dem individuell motivierten Kriegsverbrechen zu verschwimmen; Raubzüge und Vandalismus einzelner Soldaten oder ganzer Trupps waren zumindest in dieser Phase des Krieges nicht selten³⁸⁸. Angesichts der zusammenbrechenden Strukturen des deutschen Ostheers, auch seiner logistischen, gab es freilich für viele auch gar keine andere Möglichkeit, um das eigene Überleben irgendwie zu sichern. Trotzdem wäre es falsch, den Radikalisierungsschub, der mit dem Rückzug des Ostheers einhergegangen ist, zu unterschätzen. Ein Augenzeuge bezeichnete denn auch die Strategie der „Verbrannten Erde“ als „die verhängnisvollste Maßnahme“, die er im Osten in zwei Jahren erlebt habe³⁸⁹.

7. Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht?

Die Wehrmacht hat viel zu verantworten. Völkerrechtswidrig war bereits die Art und Weise, wie sie den Krieg gegen die Sowjetunion eröffnete, als Überraschungsschlag ohne jede Kriegserklärung, ja ohne die geringste Vorwarnung. Am Ende dieser beispiellosen Auseinandersetzung stand ein Trümmerfeld: In der Sowjetunion lagen 1945 insgesamt 1710 Städte und etwa 70000 Dörfer in Schutt und Asche³⁹⁰. Jüngsten demographischen Berechnungen zufolge wurden insgesamt 26,6 Millionen Menschen Opfer des Großen Vaterländischen Krieges. Und es gibt Schätzungen, die noch höher liegen³⁹¹. Schon im Januar 1942 bezeichnete einer der führenden Köpfe des deutschen Widerstands den Ostkrieg als „ein gigantisches Verbrechen“³⁹².

All das ist nicht neu, selbst wenn das Ausmaß der Verluste und Zerstörungen in all seinen Details noch längst nicht erforscht ist. Bereits in den alliierten Nach-

³⁸⁷ Grützner, in: Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 640. Vgl. ferner Rass, „Menschenmaterial“, S. 384. Generell hierzu Hans von Hentig, Die Besiegten. Zur Psychologie der Masse beim Rückzug, München 1966.

³⁸⁸ Vgl. etwa Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 377; Rass, „Menschenmaterial“, S. 384.

³⁸⁹ Brief des Militärverwaltungsrats W. Schumann vom 7. 3. 1944, in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 391.

³⁹⁰ Barber/Harrison, Soviet Home Front, S. 42 f. Auch zum Folgenden.

³⁹¹ Von diesen sollen etwa 11 400 000 als Angehörige der sowjetischen Streitkräfte an den Folgen der Kampfhandlungen gestorben sein. Das Problem dieser Zahlen ist freilich, dass sie die Todesursache nur teilweise erkennen lassen. Es lässt sich daher nur schwer entscheiden, inwieweit diese Toten Opfer des Krieges oder deutscher oder auch sowjetischer Verbrechen waren. Vgl. Krivosheev (Ed.), Soviet Casualties, S. 83 ff.; John Erickson, Soviet War Losses. Calculations and Controversies, in: Ders. (Ed.), Barbarossa. The Axis and the Allies, Edinburgh 1994, S. 256; B.V. Sokolov, The Cost of War. Human Losses in the USSR and Germany 1939–1945, in: Journal of Slavic Military Studies 9 (1996), S. 152–193; V. E. Korol, The Price of Victory. Myths and Realities, in: ebenda, S. 417–426; Elena Zubkova, Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 363–383, hier S. 365; Richard Overly, Rußlands Krieg 1941–1945, Reinbek 2003, S. 435 ff.

³⁹² Helmuth James von Moltke, Briefe an Freya 1939–1945. Hrsg. von Beate Ruhm von Oppen, München 1988, S. 340 (Brief vom 6. 1. 1942).

kriegsprozessen ist eine erdrückende Fülle von Belegen aufgeführt worden, aus denen recht schnell deutlich wird, wie groß die Schuld der Wehrmacht war³⁹³. Mit ihrer Hilfe ist ein beträchtlicher Teil der deutschen Ausrottungs- und Ausbeutungspolitik verwirklicht worden.

Am Beginn dieses Beitrags stand indes nicht die Frage nach einer Institution. Sie ist längst beantwortet. Ausgangspunkt war vielmehr die Frage, wie weit auch deren Angehörige schuldig geworden sind – eine Frage, die kaum beantwortbar scheint, schon weil in diesem Fall alles so unermesslich groß ist: der Raum, die Zeit und erst recht die Zahl der Akteure und Opfer. Lassen sich dennoch Strukturen erkennen? Ist es schon jetzt möglich und angemessen, so etwas wie eine Zwischenbilanz zu wagen?

Die Dimension der erwähnten Faktoren zwingt jedenfalls dazu, jene Forderung ernst zu nehmen, die während der Debatte um die alte Wehrmachtsausstellung oft zu hören war, die aber erst jetzt mit der neuen Ausstellung wirklich eingelöst wurde: die Forderung nach Differenzierung. Selbst wenn „die“ Wehrmacht als Institution bei allen Verbrechen dieses Krieges ihre Finger mit im Spiel hatte, so muß das nicht zwangsläufig für ihre Millionen Angehörigen gelten. Was also lässt sich über diese sagen? Waren sie alle Verbrecher oder waren sie das zumindest in ihrer Mehrheit? Und wenn sich eine Beteiligung feststellen lässt, jene immer wieder bemühte „Verstrickung“, wie stellte sich diese dann dar? Galt sie für die gesamte Zeit des Ostkriegs? Oder gab es „Stufen der Verantwortung“, wie sie „zwischen Aktion und Reaktion, Alleinverantwortung und Mitverantwortung, Befehlsgewalt und mit drakonischen Mitteln erzwungenem Gehorsam, zwischen Tätern, Mitläufern und Unbeteiligten“³⁹⁴ bestehen?

Sicher ist, dass schon allein die organisatorischen Unterschiede eines Millionenapparates wie dem des Ostheers beträchtlich waren, selbst wenn sich dieser nach außen als ein uniformierter präsentierte. Seine Bezeichnung ist denn auch nicht mehr als ein Sammelbegriff. Zwar hatten seine Angehörigen eine ähnliche Ausbildung durchlaufen, waren einheitlichen Befehlen unterworfen und kämpften gegen einen gemeinsamen Gegner. Das aber vollzog sich dann in so heterogenen Formationen, mit so unterschiedlichen Aufgabenstellungen, Unterstellungsverhältnissen und Einsatzorten, dass sich dieses Heer im Alltag dieses Krieges organisatorisch, soziologisch und wohl auch ideologisch ungleich vielfältiger darstellte, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Gerade diese Strukturen sind es aber, die zur Beantwortung unserer Ausgangsfrage beitragen können. Mit Hilfe der Faktoren Raum und Zeit lässt sich durchaus feststellen, wo die Masse der deutschen Soldaten stand, was diese dort hauptsächlich taten und wie lange das gewöhnlich dauerte. Schon mit wenigen Hinweisen auf den Faktor Organisation lässt sich zeigen, wie groß oder wie begrenzt der Handlungsspielraum des Einzelnen innerhalb des militärischen Systems war und welche Bedeutung dieses wiederum im Rahmen des deutschen Besatzungsapparats oder gar in der Verfassungswirklichkeit des Dritten Reiches hatte. Erst in die-

³⁹³ Vgl. Bernd Boll, Wehrmacht vor Gericht. Kriegsverbrecherprozesse der Vier Mächte nach 1945, in: GuG 24 (1998), S. 570–594.

³⁹⁴ Müller, Wehrmacht, in: Ders./Volkman (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, S. 22.

sem Kontext lassen sich sowohl Umfang wie auch Stellenwert des Kriminellen einigermaßen abschätzen.

Fassen wir also zusammen: An acht Großverbrechen hat sich „das“ Ostheer beteiligt. Zweifellos werden sich noch mehr Einzelverbrechen finden, auch gab es zwischen diesen acht Gruppen fließende Übergänge. Dennoch erfaßt diese Einteilung unter dem Aspekt der Verletzung von Kriegs- und Völkerrecht alle zentralen Handlungsfelder des Ostheers. Von diesen acht Verbrechensgruppen lassen sich typologisch wiederum jeweils vier *eher* dem Hinterland zuordnen, während die anderen vier *eher* in den Frontbereich gehören. Selbstverständlich gab es auch hier viele Abstufungen, Übergänge und Ausnahmen. Aber im Grunde bestätigen sie letzten Endes nur diese Topographie.

Gerade die ganz großen Verbrechen, die gemeinhin mit dem nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg in Verbindung gebracht werden: die Massaker von SS und Polizei, die systematische Unterversorgung der Kriegsgefangenen, der unterschiedslose Partisanenkrieg oder die koloniale Ausbeutung, hatten ihren Tatort meist hinter der Front, in der Regel sogar weit dahinter. Das ist kein Zufall. Die politisch-ideologischen Vorstellungen der deutschen Besatzer waren meist langfristig angelegt und ließen sich erst *nach* der militärischen Eroberung der sowjetischen Gebiete verwirklichen. Je mehr Zeit die neuen Herren hatten, desto umfassender konnten sie ein Konzept umsetzen, das auf Vernichtung oder Vertreibung, auf Versklavung und Ausbeutung der indigenen Bevölkerung zielte. Wenn ungezählte deutsche Veteranen immer wieder behaupteten, sie hätten davon bestenfalls unklare Vorstellungen gehabt³⁹⁵, so ist das kein nachträglicher Verdrängungsprozeß, wie immer wieder unterstellt wurde³⁹⁶. Das „Unternehmen Barbarossa“ war ein arbeitsteiliger Prozeß. Die Wehrmacht sollte den Lebensraum im Osten erobern, vielleicht noch sichern, aber nicht mehr gestalten. Politisch trauten Hitler und seine Entourage den Militärs von jeher wenig zu. Warum hätten sie ausgerechnet hier, beim Kernstück ihrer ideologischen Ambitionen, eine Ausnahme machen sollen?

Die Dimension dieser Verbrechen im Hinterland steht in einem auffälligen Kontrast zur geringen Stärke der dort stationierten Besatzungsverbände. Schon ihre geringe Zahl verschaffte diesem Teil des Ostheers häufig Schlüsselpositionen,

³⁹⁵ Stellvertretend für viele: Erich Kosthorst, *Die Geburt der Tragödie aus dem Geist des Gehorsams. Deutschlands Generäle und Hitler – Erfahrungen und Reflexionen eines Frontoffiziers*, Bonn 1998, S. 15 f.

³⁹⁶ Höchst aufschlußreich ist ein Interview, das die ZEIT (vom 27. 5. 1999, „Am Abgrund der Erinnerung“) mit den Organisatoren der ersten Wehrmachtsausstellung führte: „Heer: ‚Ich habe bei Durchsicht der Interviews, die wir gemacht haben, selber einen Lernprozeß vollzogen. Es wurden keine Kriegsanekdoten erzählt, sondern Geschichten, die für den Einzelnen fast unaussprechlich waren. Es ist zunächst oft die Geschichte eines Verbrechens, an dem der Erzähler selber beteiligt war. Und dann gibt es eine Art von Zwillingsgeschichte, die ihn in demselben Verbrechenszusammenhang zeigt als denjenigen, der ganz anders gehandelt hat. [...] Früher hätte ich gesagt: ‚Die lügen immer noch.‘ Ich habe mittlerweile einen völlig anderen Standpunkt. Ich meine, mit ihren Geschichten bestätigen sie zum einen, dass diese Verbrechen, wie sie in der Ausstellung gezeigt werden, alle begangen worden sind. Und es zeigt zum zweiten, dass die betreffende Person daran beteiligt gewesen ist, sonst wüßte sie nicht so genau, wie es abgelaufen ist. Und zum dritten bedauert diese Person heute, dass es so gewesen ist, und erfindet sich eine Geschichte, in der sie damals so agiert, wie sie sich heute wünscht, dass sie damals agiert hätte.‘ Reemtsma: ‚Wobei in dem einen oder anderen Fall die Geschichte auch stimmen kann.‘“

ihre Angehörigen waren in einer ganz unvorstellbaren Weise Herren über Leben und Tod. Erinnert sei an die Rolle der Lagerverwaltungen, an die der Ortskommandanturen oder an die „Befriedungs“-Maßnahmen der Sicherungskräfte. Diese Einheiten, die doch von ihrem Prestige ganz unten im Ostheer rangierten, verfügten über viel Verantwortung. Schon ein kleiner Unteroffizier konnte entscheiden, ob er seine Befehle stumpf und erbarmungslos exekutierte oder ob er nicht doch einmal ein Auge zudrückte.

Das Stichwort Hinterland bedeutet indes nicht, dass für diese Räume lediglich die Befehlshaber und Stabsoffiziere der Rückwärtigen Heeres- und Armeegebiete verantwortlich waren. Erst an der Front, bei den Stäben der Oberbefehlshaber der (1941) zwölf Armeen und drei Heeresgruppen liefen wirklich alle Fäden zusammen. Diese verhältnismäßig kleine Führungsspitze von einigen Tausend Offizieren war der mit Abstand mächtigste Teil der deutschen Streit- und Besatzungsmacht im Osten. Aller individuellen und situativen Abweichungen zum Trotz hat diese kleine militärische Elite die unmenschlichen Vorgaben der obersten politischen und militärischen Führung mit einer Bereitschaft akzeptiert, die in der Rückschau frappiert, selbst wenn die Motive höchst unterschiedlich gewesen sein mögen. Kein deutscher Soldat hatte auf diesem Kriegsschauplatz so große Ermessensspielräume, trug so viel Verantwortung wie diese verhältnismäßig wenigen militärischen Profis. Doch gab es Grenzen. Eine Minderheit, weniger die Generale als ihre Stabsoffiziere, Persönlichkeiten von dem Schlage eines Henning von Tresckow oder Rudolf Freiherr von Gersdorff, waren bereit, diese zu überschreiten und sich den persönlichen, politischen und militärischen Konsequenzen zu stellen, die sich zwangsläufig daraus ergeben mussten. Vergewagt man sich die Rahmenbedingungen für das Handeln dieser sehr kleinen Auslese, die unerbittlichen Mahlsteine *zweier* monströser Diktaturen, in die sie unweigerlich geriet, so verdient ihr Entschluß und ihr Handeln nach wie vor größten Respekt³⁹⁷. Denn selbst die Führungsspitze des Ostheers agierte nicht in einem luftleeren Raum.

Vielmehr war gerade sie in einem extremen Maß abhängig vom Geschehen an der Front. Auch dieses Gebiet war nicht frei von Verbrechen. Es gibt kein Massenverbrechen des Hinterlands, dessen Ausläufer nicht bis in die vordersten Stellungen gereicht hätten, andere Formen der Kriminalität wie die Ermordung der gefangenen Kommissare oder die Rückzugsverbrechen sind teilweise oder weitgehend den Fronteinheiten anzulasten. Und auch die kollektive Amnestie des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses musste vor allem die Front betreffen, weil hier die meisten Soldaten im Einsatz waren. Trotzdem war der Kontext der Kriminalität an der Front ein anderer als im Hinterland. Hinten ging es um die Ausübung von Besatzungsherrschaft; sieht man einmal vom Partisanenkrieg ab, so lag deren Gestaltung weitgehend in den Händen der deutschen Okkupanten. Vorne ging es dagegen um etwas ganz anderes, es ging um das Herbeiführen einer militärischen Entscheidung, also um einen Prozeß, der ungleich stärker von externen Faktoren

³⁹⁷ Dagegen Gerlach, Morde, S. 1104 ff.; Ders., Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Vernichtungskrieg, S. 427–446; Ders., Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte und die „verbrecherischen Befehle“, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 62–76.

bestimmt wurde. Natürlich waren die Verwerfungen des Krieges nicht allein für rechtswidriges Handeln verantwortlich, doch bedarf es keiner langen Begründung, dass die existentielle Not der Soldaten an der Front ungleich größer und drängender war als in den Rückwärtigen Gebieten. Es waren daher nicht allein die weltanschaulichen Vorgaben der obersten Führung oder die politische Indoktrination der Truppe, die dafür verantwortlich waren, wenn es auch im Frontbereich zu Exzessen kam. Mindestens genau so bestimmend waren die situativen Faktoren des Krieges.

Das soll nicht heißen, dass die NS-Ideologie die vordersten Zonen des deutschen Machtbereichs nicht erreicht hätte. Die kriminelle Energie dieser Weltanschauung ist auch im Frontbereich deutlich zu erkennen. Sogar den militärischen Kernbereich, die operativ-taktische Kriegführung versuchten Hitler und seine Führungsriege in den Dienst der nationalsozialistischen Weltanschauung zu stellen. Vor Leningrad war ihnen das gelungen, selbst wenn das Regelwidrige dieses Falls den wenigsten der hier eingesetzten Soldaten bewußt worden sein dürfte. Ähnliches begann sich für Moskau und Stalingrad abzuzeichnen, doch blieben das Pläne. Die Operationsführung war ein relativ autonomer Bereich. Trotz der wachsenden Emanzipation Hitlers als Feldherr wurde das eigentliche militärische Geschehen immer noch von den Regeln der klassischen Kriegskunst bestimmt und weniger von den Prinzipien der NS-Ideologie.

Viel verhängnisvoller war freilich, dass diese Ideologie auch an der Front auf Dauer das Empfinden für Recht und Moral einzuebnen begann. Was andere Armeen als Ausnahme erkannten und in der Regel auch sanktionierten, konnte auf diesem Kriegsschauplatz zur Normalität werden. Wohlgermerkt: konnte, musste aber nicht, die Bandbreite des Verhaltens war groß. Gerade dort, wo die Wehrmacht wirklich „in ihrem Element“ war, stellt sich immer wieder der Eindruck ein, dass ihr sozialer, organisatorischer und politischer Transformationsprozeß, so wie die Nationalsozialisten ihn anstrebten, noch längst nicht abgeschlossen war.

So gesehen war die Front mehr als nur Einsatzraum der Wehrmacht. In ihrem Chaos wie in ihren ganz eigenen Mechanismen bot sie mehr Handlungsspielräume, als jene Zonen, wo die Politik ohne die Störungen und Interventionen des Krieges über die Armee bestimmen konnte. Und: Vorne scheint man eher bereit gewesen zu sein, diese Handlungsspielräume auch auszuschöpfen. Für eine solche Vermutung spricht etwa der Vollzug der beiden großen verbrecherischen Befehle, des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses und des Kommissarbefehls, selbst wenn das flächendeckend noch nicht erforscht ist. Immerhin war es in erster Linie die Truppenführung, die es fertig brachte, dass wenigstens der Kommissarbefehl von Hitler sistiert wurde. Vielleicht war dieses Mehr an Handlungsfreiheit, das die Gefechtszone auszeichnete, auch darin begründet, dass Selbstbewußtsein und Autonomie der Militärs vorne größer waren als im besetzten Hinterland. Das lag nicht allein daran, dass sich Front- und Etappenverbände in ihrem Sozialprofil und in ihrer corporate identity gehörig unterschieden. Auch die Erfahrung des Krieges tat dazu das Ihre: In den Hauptkampflinien praktizierte man die Gewalt, aber man stellte sich ihr auch. Die Gewalt gegen Wehrlose hingegen musste in einer Welt, zu deren Leitbildern die Figur des Kriegers gehörte, wenig Anziehungskraft besitzen. Sogar den Opfern fiel auf, dass „die SS hinter der Front im Paradiese

lebte“, während sie „den Ruhm des Heldentodes [...] den Wehrmachtssoldaten“³⁹⁸ überließ. Solche Erfahrungen sorgten dort für ein anderes Selbstbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl, kurz für eine Mentalität, die zur politischen wie zur militärischen Etappe, zu deren Lebensstil und Vorstellungen zunehmend auf Distanz gehen musste.

Dies ist nicht zwangsläufig mit einer Distanz zum Nationalsozialismus gleichzusetzen. Auch konnte ein militärischer Professionalismus, selbst wenn er sich dezidiert als „unpolitisch“ verstand, höchst inhumane Folgen haben. Gleichwohl sind den Folgen, welche der Krieg für die Mentalität der deutschen Streitkräfte hatte, bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Ein so zentrales Geschehen musste zwangsläufig das vielschichtige Verhältnis zwischen Wehrmacht und Nationalsozialismus verändern³⁹⁹. Natürlich bestanden zwischen beiden eine ganze Reihe handfester Gemeinsamkeiten. Auch gab es nur wenige Unternehmen, deren Sinn Millionen von Wehrmachtsangehörigen so einzuleuchten schien wie der Feldzug gegen die Sowjetunion. Andererseits sind den Nationalsozialisten wesentliche Elemente der preußisch-deutschen Militärtradition fremd geblieben⁴⁰⁰, etwa die, dass mit ihr allmählich, aller Brüche und Rückschläge zum Trotz, eine Kultivierung und vor allem Domestizierung der Gewalt einhergegangen war. Obwohl es den Nationalsozialisten erstaunlich rasch gelang, die Streitkräfte „gleichzuschalten“ und sie für ihre Ziele zu instrumentalisieren, konnten sie, eigenen Eingeständnissen zufolge, diesen Prozeß nie wirklich abschließen. Die NS-Führung hat daher den Krieg gegen die Sowjetunion immer auch als Erziehungsprozeß verstanden, in der Hoffnung, dass dieser die Streitkräfte in ihrem Sinne radikalisierte würde⁴⁰¹. Dies blieb freilich nicht die einzige Illusion, die sich an dieses Unternehmen knüpfte. Denn den Kriegern bot der Krieg selbst genügend Anschauungsmaterial. Dazu gehörte auch die immer drängendere Erfahrung, dass die deutsche Propaganda mit ihren hochtönenden Verheißungen und Deutungen dieser Wirklichkeit immer weniger gerecht wurde. Nur ganz wenigen, wie etwa den militärischen Angehörigen der Weißen Rose oder einigen Stabsoffizieren bot sich überhaupt eine Gelegenheit, daraus Konsequenzen zu ziehen. Der Rest blieb gefangen in der Welt des militärischen Apparates und in Begriffen wie Kameradschaft, Tapferkeit und Vaterland.

Vor allem aber blieben diese Männer Gefangene des Krieges. Seine Gesetze haben ihr Handeln in einem hohen Maße bestimmt. Selbst ein so hochgradig ideologischer Konflikt wie der deutsch-sowjetische war in seinem Kern doch eine militärische Auseinandersetzung. Die Front bestimmte das Geschehen, sie bildete jene Achse, um die alles übrige kreiste. Zwar lässt sich das schmale Band der Hauptkampflinie nicht einfach aus seinen politischen Zusammenhängen herauslösen. Doch dominierte hier die Welt des Militärischen mit seinen Vorstellungen und Eigengesetzlichkeiten. Das ließ diesen Krieg für die dort eingesetzten Soldaten (beider Seiten), und das waren mit Abstand die meisten, nicht viel erträglicher

³⁹⁸ So Jeanette Wolff, *Sadismus oder Wahnsinn*, Greiz 1946, S. 93.

³⁹⁹ Eine der wenigen Studien, die dies untersucht – gerade auch im Hinblick auf die Schnittstelle von Wehrmacht und Widerstand – ist die Untersuchung von Bald, „Weiße Rose“.

⁴⁰⁰ Vgl. Manfred Messerschmidt, *Wehrmacht im NS-Staat*, passim.

⁴⁰¹ Vgl. Longerich, *Politik*, S. 297f.

werden. Verdreht, überanstrengt und gehorsam erlebten sie ihn gewöhnlich als eine nicht enden wollende Kette von Entbehrungen, Grausamkeiten und Tod. Das allein war aber noch kein Bruch des Völker- und Kriegsrechts. Es hatte für das Kriegsgeschehen selbst Spielregeln abgesteckt, die weit bemessen oder zumindest doch nicht immer klar definiert waren. An diese Usancen konnte man sich getrost halten, auch wenn man im Anschluß daran plante, den Gegner auszulöschen. Schlagworte wie Vernichtungskrieg, Kreuzzug oder Weltanschauungskonflikt haben denn auch den Blick dafür verstellt, dass ihn *beide* Kontrahenten wenigstens im Bereich der Front über weite Strecken als konventionelle Auseinandersetzung geführt haben⁴⁰²; schon allein die immer wieder aufflammenden Diskussionen über den Einsatz von Kampfgas machen dies deutlich⁴⁰³.

Nicht allein die Führung suchte die Funktion der Wehrmacht auf das Militärische zu beschränken, auch der Krieg tat dazu das Seine. Die dramatischen militärischen Ereignisse mussten so gut wie das gesamte Ostheer in Beschlag nehmen. Das galt nicht nur für den zähen Überlebenskampf während der Defensive; es galt nicht minder für die hektischen Wochen des scheinbar unaufhaltsamen Vormarsches, als die Deutschen einen Blitzsieg unter größtem Zeitdruck und wider alle Vernunft zu erzwingen suchten. Vor diesem Hintergrund lässt sich ernsthaft über die Frage diskutieren, wie weit sich diese *Front* von den übrigen des Zweiten Weltkriegs eigentlich unterschieden hat. Es ist bezeichnend, wenn sich erst mit zunehmender Entfernung vom militärischen Geschehen zeigte, dass es sich beim Ostkrieg um etwas grundlegend anderes handelte. Erst in dieser Distanz wurden die Auswirkungen einer Ideologie wirklich sichtbar, deren „Gestaltungswille“ sich vorerst vor allem auf die Zerstörung alles Bestehenden beschränkte.

Diese Interdependenz von Kriegführung, Raum, militärischer Dislokation, Besatzungsstrukturen und Verbrechen ist wohl ein Schlüssel zur Beantwortung jener Kardinalfrage, in welchem Ausmaß die Angehörigen des Ostheers zu Exekutoren des deutschen Vernichtungs- und Ausbeutungsprogramms geworden sind. Selbst wenn das Hinterland bislang ungleich besser erforscht ist als die Front, scheinen Umfang und Bedeutung der Verbrechen im Hinterland deutlich größer gewesen zu sein. Fast hat es den Eindruck, als ob Dichte des deutschen Aufmarsches und Verbrechensdichte in einem umgekehrt reziproken Verhältnis stünden. Im Hinterland, dem Einsatzraum von verhältnismäßig wenigen Soldaten, war die Verbrechensdichte ungleich höher, hier bot sich viel häufiger die Gelegenheit, kriminell zu werden als im schmalen Streifen der Front, wo doch die meisten Soldaten kämpften. Viele haben wenig, und wenige haben viel zu verantworten. Dies quantifizieren zu wollen, wäre vermessen. Allerdings scheint dies umgekehrt reziproke Verhältnis doch so groß gewesen zu sein, dass die anfangs zitierte These von Rolf-Dieter Müller sehr viel realistischer erscheint als diejenige von Hannes Heer. Vielleicht sollte man sich nicht auf einige dürre Zahlen festlegen; diese sind ja letz-

⁴⁰² Dagegen Rass, „Menschenmaterial“, S. 331 ff., wobei es das besondere Problem dieser Studie ist, dass sie den eigentlichen Aspekt des Krieges weitgehend ausblendet.

⁴⁰³ Vgl. Günther W. Gellermann, *Der Krieg, der nicht stattfand. Möglichkeiten, Überlegungen und Entscheidungen der deutschen Obersten Führung zur Verwendung chemischer Kampfstoffe im Zweiten Weltkrieg*, Koblenz 1986, insbes. S. 143 ff.; Rolf-Dieter Müller, *Die deutschen Gaskriegsvorbereitungen 1919–1945. Mit Giftgas zur Weltmacht?*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 27 (1/1980), S. 25–54, insbes. S. 42 ff.

ten Endes nicht mehr als Metaphern. Aber dass der Anteil an wirklich kriminellen Tätern im Ostheer verhältnismäßig gering war, lässt sich doch mit ziemlicher Sicherheit feststellen.

Anders verhält es sich, wenn es um absolute Zahlen geht. Angenommen die geschätzte Täterquote von 5 Prozent würde zutreffen, dann hieße das, dass bei einer Gesamtzahl von vermutlich 10 Millionen Soldaten, die an der Ostfront eingesetzt waren, immerhin eine halbe Million gegen Recht und Sitte verstoßen hätten. Das sind nicht wenige. Zu bedenken ist ferner, dass ihre Verbrechen in ihrem institutionellen wie in ihrem persönlichen Umfeld weite Kreise gezogen haben. Vor allem aber haben diese *verhältnismäßig* wenigen Täter viel bewirkt; auch das ist ein Strukturmerkmal dieses Krieges, dieser Armee und dieses politischen Systems. Trotzdem: Im gesamten Ostheer befanden sie sich eindeutig in der Minderheit.

So viel Aufwand, für ein so vages Ergebnis? Lohnt sich das? Vermutlich schon. Die eingangs zitierten Einschätzungen über die Kriminalitätsquote der Wehrmacht bzw. des Ostheers sind ein Beleg dafür, wie sehr die Bewertung einer Organisation und eines Ereignisses immer noch schwankt, die doch eigentlich zu den zentralen Themen der deutschen Zeitgeschichte gehören. Es spricht für sich, wenn es häufig Verallgemeinerungen waren, welche die Debatte der vergangenen Jahre prägten, Verallgemeinerungen des persönlich Erlebten oder des wissenschaftlich Erarbeiteten. Nach der Repräsentativität solcher Erkenntnisse wurde dagegen nur selten gefragt. Dabei hatte Bernd Wegner doch schon vor Jahren genau auf dieses methodische Problem aufmerksam gemacht, auf die Notwendigkeit einer quantifizierenden Militärgeschichtsschreibung, auf die – wie er es nannte – „Kliometrie des Krieges“⁴⁰⁴. Dass seine Forderungen wenig Gehör gefunden haben, hat die Debatte um die Wehrmachtsausstellung nachdrücklich gezeigt. Das Problem der Quantifizierung entwickelte sich rasch zum Kern der ganzen Auseinandersetzung, ohne dass diese selbst auch nur entfernt eine wirklich schlüssige Antwort geboten hätte.

Doch dürfte schon lange vor diesem wissenschaftlichen, politischen und schließlich auch gesellschaftlichen „event“ für die deutsche Öffentlichkeit, zumindest für die historisch interessierte, außer Frage gestanden haben, dass sich die Geschichte „der“ Wehrmacht in Teilen ganz entschieden außerhalb der Kriegskonventionen und moralischen Standards ihrer Zeit bewegt hatte. Die Formel vom rassenideologischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg hatte Andreas Hillgruber bereits in den sechziger Jahren geprägt⁴⁰⁵. Das hat die deutsche Gesellschaft genauso wenig beunruhigt wie jene Ausstellung, die Reinhard Rürup 50 Jahre nach Beginn des deutschen Angriffs in Berlin präsentierte⁴⁰⁶; alle wesent-

⁴⁰⁴ Vgl. Kliometrie des Krieges? Ein Plädoyer für eine quantifizierende Militärgeschichte in vergleichender Absicht, in: Militärgeschichte. Probleme – Thesen – Wege. Im Auftrag des MGFA aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens ausgew. und zusammengestellt von Manfred Messerschmidt u.a., Stuttgart 1982, S. 60–78.

⁴⁰⁵ Vgl. Hillgruber, Hitlers Strategie, S. 516 ff.; Andreas Hillgruber, Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: VfZ 20 (1972), S. 133–153. Zu Recht betont Hillgruber die Bedeutung von Hitlers Ansprache am 30. 3. 1941, für ihn die „Schicksalsstunde des deutschen Heeres“ (Hitlers Strategie, S. 527).

⁴⁰⁶ Vgl. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Eine Dokumentation zum 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1991.

lichen Verbrechen dieses Krieges wurden hier dargestellt und die Verantwortung der Wehrmacht klar benannt⁴⁰⁷. „Im Kern war die Geschichte bekannt“, lautete denn auch das Fazit des Hamburger Instituts, „seit Anfang der achtziger Jahre [habe man sie] in Fachpublikationen dargestellt“⁴⁰⁸.

Unerforscht waren dagegen die „Dimensionen des Vernichtungskriegs“. Mit ihrem Titel hat die neue Ausstellung den eigentlichen Kern des Problems fokussiert. Im kollektiven Bewußtsein der Deutschen galt es lange Zeit als sicher, dass zumindest in der Wehrmacht das Verbrecherische nicht die Regel gewesen sei, sondern doch die Ausnahme. Nun schien diese Gewißheit auf einmal gründlich in Frage gestellt, und zwar für drei zentrale Einsatzräume dieser Armee: die Front im Osten, in Italien und auf dem Balkan. Dieser Vorwurf musste naturgemäß viele treffen, an diesen drei Fronten hatte die weit überwiegende Mehrheit der deutschen Soldaten den Krieg erlebt. Für die alte These der deutschen Kollektivschuld, zuletzt wiederbelebt durch den Bestseller Goldhagens⁴⁰⁹, schien nun endlich die passende Organisation gefunden. Bei der Wehrmacht handelte es sich nicht nur um eine der größten staatlichen Institutionen der NS-Diktatur⁴¹⁰. Als das mit Abstand wichtigste Exekutivorgan staatlicher Gewalt war sie immer auch befaßt mit den zentralen weltanschaulichen Anliegen des Regimes. Die Frage, wie weit sich das eigentlich aufs Militärische beschränkte, ist alt und wurde schon oft gestellt. Noch nie ist sie jedoch in einer solchen Schärfe und mit einer solchen Breitenwirkung diskutiert worden.

Dabei ging es längst nicht mehr um das Tabu von der „sauberen“ Wehrmacht. Diese hatte ihre Unschuld schon in der Nachkriegszeit verloren – nicht nur vor Gericht. Auch Literatur und Publizistik haben das Problematische, das dieser Institution anhaftete, immer wieder eindrucksvoll beschrieben⁴¹¹. Die Ziele der ersten Ausstellung waren hingegen ehrgeiziger, ihre Organisatoren wollten einen sehr viel grundsätzlicheren Paradigmenwechsel: Das Bild von der „sauberen“

⁴⁰⁷ Selbst das Herzstück der alten Ausstellung, die erschütternden Beweisfotos aus den Sammlungen der sowjetischen Justiz, waren nicht wirklich unbekannt. Teile von ihnen hatte man bereits 1988 und vor allem 1989 veröffentlicht. Vgl. Ernst Klee/Willi Drexler/Volker Rieß (Hrsg.), „Schöne Zeiten“. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt a.M. 1988; Ernst Klee/Willi Drexler (Hrsg.), „Gott mit uns“. Der deutsche Vernichtungskrieg 1939–1945, Frankfurt a.M. 1989.

⁴⁰⁸ Bernd Greiner, Bruch-Stücke. Sechs westdeutsche Beobachtungen nebst unfertigen Deutungen, in: Eine Ausstellung und ihre Folgen, S. 15–86, hier S. 62.

⁴⁰⁹ Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

⁴¹⁰ Noch größer war lediglich die Deutsche Arbeitsfront, die 1939 über 22,1 Mio. und 1940 schließlich über 25,1 Mio. Mitglieder verfügte. Die Schnittstelle zwischen ihrer Tätigkeit und den Verbrechen des Regimes gestaltet sich aber zwangsläufig sehr viel kleiner. Vgl. Partei-Statistik. Hrsg. vom Organisationsleiter der NSDAP, Bd. IV: Die Deutsche Arbeitsfront, Berlin 1939, S. 76 ff., 86. Deutlich kleiner dagegen die übrigen NS-Organisationen: NSDAP 2,5 Mio. (1935), SA 4,5 Mio. (Juni 1934), NS-Frauenschaft: 6 Mio. (1941) und Hitler-Jugend: 8,7 Mio. (1938).

⁴¹¹ Vgl. hierzu Hans Wagner, Soldaten zwischen Gehorsam und Gewissen. Kriegsromane und -tagebücher, in: Ders. (Hrsg.), Gegenwartsliteratur und Drittes Reich. Deutsche Autoren in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Stuttgart 1977, S. 241–264; Jochen Pfeifer, Der deutsche Kriegsroman 1945–1960. Ein Versuch zur Vermittlung von Literatur und Sozialgeschichte, Königstein/Ts. 1981; Michael Kumpfmüller, Die Schlacht von Stalingrad. Metamorphose eines deutschen Mythos, München 1995; Schuld und Sühne? Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in deutschen Medien der Nachkriegszeit (1945–1961). Hrsg. von Ursula Heulenkamp, 2 Bde., Amsterdam 2001.

Wehrmacht sollte ersetzt werden durch ein nicht weniger holzschnittartiges, das von der verbrecherischen⁴¹². Dieses Diktum traf nicht nur die Organisation, es musste *zwangsläufig* ihre Millionen Angehörigen treffen.

Natürlich haben das die Verantwortlichen wortreich in Abrede gestellt. Die Ausstellung wolle „kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen“, hieß es beschwichtigend im Vorwort zum Katalog der ersten Ausstellung⁴¹³. Doch genau das hat sie getan. Bereits im Semantischen lässt sich ablesen, dass die Öffentlichkeit, brav und um politische Korrektheit bemüht, eben jene Bewegung mitmachte, die ihr die Ausstellung vorgezeichnet hatte: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, lautete ihr offizieller Titel. Ein Aspekt ihrer Geschichte sollte präsentiert werden – zweifellos ein zentraler, aber eben doch nur einer. Das verkürzte sich dann schnell auf den Begriff „Wehrmachtsausstellung“, so als ob sich dieser Abschnitt deutscher Militärgeschichte mit seinen Biographien von Millionen Kriegsteilnehmern allein mit den Kategorien von Verbrechen und Schuld beschreiben ließe⁴¹⁴. Ein wirklich umfassendes Schlachtenpanorama der Jahre 1939 bis 1945 hätte aber vermutlich anders auszusehen. Die Entwicklung hat Bernd Wegner schon einmal Recht gegeben, als er – lange vor der Wehrmachtsausstellung – seine Forderung nach einer quantifizierenden Militärgeschichtsforschung erhob. Wenn er nun von eben dieser Forschung verlangt, sie habe jetzt auch einmal den Faktor des genuin Militärischen wirklich ernst zu nehmen⁴¹⁵, so sprechen auch hierfür viele Gründe.

Vorerst aber wird der Eindruck, für den die alte Wehrmachtsausstellung gesorgt hat, noch lange nachwirken. Dieses Bild hat mit deren Schließung im November 1999 nichts von seiner dunklen Faszinationskraft verloren. So war es denn nur konsequent, wenn *Die Zeit* die Überschrift fand, „Das Bild wird düsterer“⁴¹⁶, als man in Hamburg im November 2000 die Konzeption der neuen Ausstellung präsentierte. Aber muß das Fazit der neuen Ausstellung wirklich so lauten? Und weiter: Muß das, was bislang erarbeitet wurde – und das ist nicht wenig, der Zweite Weltkrieg war ein monumentales Ereignis –, muß das nach nunmehr zwei Ausstellungen wirklich umgeschrieben und neu bewertet werden? Auf jeden Fall erweist sich die Reaktion der Presse als ein recht zuverlässiger Seismograph: Vielleicht hatten die Organisatoren und Befürworter der alten Ausstellung ja doch Erfolg mit jenem Paradigmenwechsel, den sie förmlich erzwingen wollten.

Sicher ist, dass sie mit etwas anderem auf alle Fälle Erfolg hatten, mit der Behauptung, erst jetzt, mit der Ausstellung sei eine wirklich kritische Debatte über

⁴¹² Vgl. Müller, Wehrmacht, in: Ders./Volkman (Hrsg.), *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, S. 30.

⁴¹³ Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog*, Hamburg 1996, S. 7.

⁴¹⁴ Kein geringerer als der Staatsminister für Kulturelle Angelegenheiten, Michael Naumann, konnte im Februar 1999 eine quasi regierungsamtliche Bilanz ziehen: die Wehrmacht sei – so meinte er in einem Interview mit der „Sunday Times“ – nichts anderes gewesen als ein „marschierendes Schlachthaus“. Vgl. Welt am Sonntag vom 14. 2. 1999, „Staatsminister Naumann: Wehrmacht war eine ‚Tötungsmaschine‘“.

⁴¹⁵ Vgl. Wegner, *Wozu Operationsgeschichte*, S. 105.

⁴¹⁶ DIE ZEIT vom 30. 11. 2000, „Das Bild wird düsterer“.

jenen Teil der deutschen Vergangenheit eröffnet worden. Das ist partiell sicher richtig. Doch war es auch ein Kennzeichen dieses Streits, dass ihm zunächst ein wirklich fachliches *und* intellektuelles Widerlager fehlte. Wenn es in einer Forschungslandschaft wie der deutschen zwei osteuropäischen Nachwuchshistorikern und einem deutschen Außenseiter vorbehalten blieb⁴¹⁷, jene Entwicklung anzustoßen, die dann zu einem ziemlich raschen Ende der alten Ausstellung führte⁴¹⁸, dann muss das viele Fragen aufwerfen. Doch nicht allein das, auch die ganz anders angelegte Konzeption der Folgeausstellung sind ein Indiz dafür, wieviel Diskussionsbedarf es in Wahrheit gegeben hätte und nach wie vor gibt.

Vor diesem Hintergrund bleibt ein ungutes Gefühl, das die Frage evoziert, ob diese Debatte über die Wehrmacht einem Thema von dieser Dimension wirklich gerecht geworden ist oder ob sie nicht weit hinter jene historiographischen, juristischen und schlichtweg auch menschlichen Standards zurückgefallen ist, die sich bei uns schon lange eingebürgert haben – für die Rekonstruktion von Vergangenheit wie auch für die Ermittlung von Schuld. Gewiß provozieren Umfang und Bestialität der deutschen Verbrechen viele unbequeme Fragen, sie haben eine umfassende Erforschung und Klärung verdient. Sie rechtfertigen aber nicht eine so leichtfertige und pauschale Schuldzuweisung, wie das hier häufig der Fall war. Von den vielen alten Männern, mit denen damals wenig verständnisvoll umgesprungen wurde, sei einer für alle genannt, ein ehemaliger Oberleutnant der Flakartillerie, der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt. Wenn Heer diesem nach einer Diskussion attestierte, er habe sich „für die Kriegszeit als Augenzeuge“ abgemeldet⁴¹⁹, so ist dies angesichts der Biographie Schmidts nicht nur verletzend. Es zeugt auch von einer befremdlichen Arroganz gegenüber jeder Form der persönlichen historischen Erfahrung.

Infamien dieser Art waren wohl der Preis für den Ertrag, den die Forschung schließlich doch gemacht hat. Man mag das als Fortschritt betrachten, als „glorreiche Provokation“⁴²⁰. Aber war es wirklich ein Erfolg⁴²¹?

⁴¹⁷ Bogdan Musiał, Bilder einer Ausstellung. Kritische Anmerkungen zur Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, in: VfZ 47 (1999), S. 563–591; Krisztián Ungváry, Echte Bilder – problematische Aussagen. Eine quantitative und qualitative Analyse des Bildmaterials der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 50 (1999), S. 584–595; Dieter Schmidt-Neuhaus, Die Tarnopol-Stellwand der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Eine Falluntersuchung zur Verwendung von Bildquellen, in: ebenda, S. 596–603. Zusammenfassend: Horst Möller, Eine Blamage, keine Pionierleistung, in: FAZ vom 3. 1. 2000.

⁴¹⁸ Vgl. hierzu Omer Bartov, Cornelia Brink, Gerhard Hirschfeld, Friedrich P. Kahlenberg, Manfred Messerschmidt, Reinhard Rürup, Christian Streit, Hans-Ulrich Thamer, Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, o. O. November 2000. Bemerkenswert die ganz unterschiedliche Reaktion der Medien auf diesen Bericht: FAZ vom 16. 11. 2000, „Kritik an der Ausstellung über Wehrmacht ‚in Teilen berechtigt‘“, SZ vom 16. 11. 2000, „Historiker entlasten Wehrmachtsausstellung“.

⁴¹⁹ Hannes Heer, Bittere Pflicht. Der Rassenkrieg der Wehrmacht und seine Voraussetzungen, in: Mittelweg 36 1995 (4), S. 65–80, hier S. 65. Die Diskussion selbst („Wir hatten geglaubt, wir könnten anständig bleiben“) in: ZEIT-Punkte 3 (1995), S. 70–86, insbes. S. 84.

⁴²⁰ So Johannes Willms in der Süddeutschen Zeitung vom 22. 11. 2000, „Die glorreiche Provokation“.

⁴²¹ Mein Dank für die Unterstützung beim Schreiben dieses Beitrags gilt: Johannes Hürter, Peter Lieb, Dieter Pohl und Hans Woller, Martina Seewald und Judith Schneider. Ihr alle wißt, wofür. Gewidmet sei dieser Aufsatz Karl Christ, schon weil er mich beides lehrte, die Geschichte wie auch diese.



General der Artillerie Eduard Wagner, Generalquartiermeister des Heeres und damit zuständig für die militärische Besatzungspolitik in der Sowjetunion
(Quelle: Bundesarchiv Bild 146/81/41/16A)

Dieter Pohl

Die deutsche Militärbesatzung und die Eskalation der Gewalt in der Sowjetunion

Ende September, Anfang Oktober 1941 erreichten die nationalsozialistischen Massenmorde in der besetzten Sowjetunion ihren ersten Höhepunkt. Die SS- und Polizeieinheiten begannen damit, in neu eroberten Städten die Angehörigen der jüdischen Gemeinden restlos zu ermorden, in den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht setzte ein Massensterben ein, dem bis Frühjahr 1942 fast zwei Millionen Rotarmisten zum Opfer fielen, und den ersten Akten von Widerstand wurde durch Polizei und Wehrmacht mit der Erschießung von Zehntausenden Zivilisten begegnet. Nur sechs Wochen später wurden die ersten Hungertoten unter den zivilen Einwohner frontnaher Gebiete, besonders in Städten, registriert. Wie kam es zu dieser Eskalation der Verbrechen und welche Rolle spielte dabei die Wehrmacht?

Diese Fragen haben die internationale Historiographie seit den 1960er Jahren interessiert. Mit besonderer Intensität wird daran in den letzten zwanzig Jahren geforscht. Einigkeit besteht dabei nur an zwei Punkten: der überragenden Rolle Adolf Hitlers bei der Eskalation der Gewaltpolitik und der Weichenstellung durch die sogenannten „verbrecherischen Befehle“ vom Mai und Juni 1941¹. Damit ist schon das klassische Interpretationsmodell benannt. Erst in den letzten Jahrzehnten wurde diese Argumentation erheblich erweitert: Zunächst betonte man die Vorbildfunktion des Polenkrieges 1939, dann aber wurden die komplexen Zusammenhänge zwischen der strategisch-wirtschaftlichen Feldzugsplanung seit Ende 1940 und der verbrecherischen Kriegsführung offengelegt². Die neuere Forschung hat gezeigt, dass erhebliche Teile der Wehrmacht, nicht nur das kleine Oberkommando der Wehrmacht, an der Organisation und Ausführung der Verbrechen beteiligt waren bzw. diese in Eigenverantwortung vorantrieben³. Anscheinend war der zentrale Teil der Verbrechen, der Mord an den Juden, bei Feldzugsbeginn noch gar nicht entschieden, sondern auch dieser eskalierte in den Monaten des Sommers und Herbst 1941⁴. Als dürrftig haben sich hingegen neuere

¹ Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941*, Frankfurt a.M. 1965, bes. S. 516 ff.; Hans Buchheim u. a., *Anatomie des SS-Staates*, München 1967, Band 2.

² Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland*, Hamburg 1999.

³ Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Stuttgart 1978; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Band 4: *Der Angriff auf die Sowjetunion*. Von Horst Boog u. a., Stuttgart 1983; Omer Bartov, *The Eastern Front 1941–45. German Troops and the Barbarisation of Warfare*, London 1986.

⁴ Ralf Ogorreck, *Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD im Rahmen der „Genesis der*

Versuche erwiesen, das Heer von dieser Verantwortung weitgehend auszunehmen und die Schuld für die Radikalisierung sogar zu erheblichen Teilen der sowjetischen Seite zuzuweisen⁵. Inzwischen ist die Historiographie zur Wehrmacht in der besetzten Sowjetunion kaum mehr zu überblicken; es liegt eine Vielzahl von Studien zu einzelnen Armeen, Divisionen oder Besatzungsgebieten in diesem Raum vor⁶. Eine Zusammenfassung bzw. Verdichtung dieser Ergebnisse wird in zwei neueren Untersuchungen versucht⁷.

Wo nun sind die Wurzeln für diesen präzedenzlosen Vernichtungskrieg, der wohl sogar das Vorgehen der kaiserlichen japanischen Armee in Ostasien seit 1931/37 in den Schatten stellte⁸, zu suchen?

1. Der Weg in den Vernichtungskrieg bis zum 22. Juni 1941

Lange Zeit galt die unausgesprochene Prämisse, dass die Wehrmacht im Frühjahr 1941 eine Säule des Staates darstellte, die von der nationalsozialistischen Diktatur und deren verbrecherischer Politik vergleichsweise wenig berührt war. Insbesondere die deutsche Militärelite erschien als homogen deutsch-national, aber kaum nationalsozialistisch und deshalb wenig ideologisiert. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die Ideologisierung dieses Milieus weit zurückreicht, in Teilen sogar bis in die radikale antibolschewistische (und meist antisemitische) Ära der Freikorps 1919/20. Hitlers Machtergreifung 1933 wurde im Offizierskorps zumeist willkommen geheißen, die Gewalttaten des Regimes nach der Machtergreifung hingenommen oder gar begrüßt. Die kleine aber bedeutsame Militäropposition, die sich von Herbst 1938 bis Anfang 1940 regte, war gegen die riskante Außenpolitik, aber kaum gegen die Gewalt im Innern gerichtet. Schon der Krieg gegen Polen zeigte das rassistische Gewaltpotential, das in der Armee steckte, wenn sie kriegesrisch in Osteuropa operierte. Zwar meldeten viele Armeeführer Proteste gegen die Massenmorde von SS und Polizei an, doch zugleich verübten Heeresseinheiten etwa die Hälfte aller Verbrechen während des Feldzuges⁹. Nach der erfolgreichen Beendigung des Krieges in Westeuropa war nicht nur die Militäropposition verschwunden, sondern auch die Kritik an den Besatzungsregimes. Gerade die Unterdrückung und Beraubung der Juden wurde unter Militärbesatzung, so in Belgien-Nordfrankreich, von der Wehrmacht selbst angeleitet. Eine neue Welle an

Endlösung“, Diss. phil. TU Berlin 1992; die publizierte Fassung ist stark gekürzt: ders., *Die Einsatzgruppen und die Genesis der „Endlösung“*, Berlin 1996.

⁵ Klaus Jochen Arnold, *Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion: Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“*, Berlin 2005.

⁶ Zuletzt: Jörn Hasenclever, *Die Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete in den besetzten Gebieten der Sowjetunion 1941–1943: Max von Schenckendorff, Karl von Roques, Franz von Roques, Erich Friderici und die deutsche Besatzungspolitik*, Paderborn 2009.

⁷ Johannes Hürter, *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42*, München 2006; Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, München 2008.

⁸ Vgl. Jean-Louis Margolin, *L'armée de l'Empereur. Violences et crimes du Japon en guerre, 1937–1945*, 2007.

⁹ Jochen Böhrer, *Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939*, Frankfurt a.M. 2006.

rassistischer Gewalt und Verfolgung brachten der Krieg und die Besatzung der Wehrmacht auf dem Balkan ab April 1941, die in einigen Fällen bereits das Regime in der besetzten Sowjetunion vorwegnahmen¹⁰.

Der Feldzug gegen die Sowjetunion stand seit Juni 1940 auf der Tagesordnung der nationalsozialistischen Führung. Mit den Vorbereitungen wurde im Spätherbst begonnen, die konkrete Entscheidung für den Krieg fiel im November/Dezember 1940. Dabei war von Anfang an klar, dass es sich um ein militärisch durchaus hochriskantes Unternehmen handelte, welches sich gegen den ideologischen Todfeind richtete und diesen zertrümmern sollte. Aus diesen Prämissen entwickelte sich die konkrete Feldzugsplanung, die vor allem auf die Monate Januar bis Juni 1941 zu datieren ist. Die einzelnen Teile dieser Planung – politisch, ökonomisch, militärisch – waren eng aufeinander bezogen und müssen auch so interpretiert werden.

Obwohl der Kampfwert der Roten Armee als gering eingestuft wurde, sahen sich Hitler und die Militärs doch einer zahlenmäßig überlegenen Streitmacht, vor allem aber einem riesigen Raum gegenüber, den sie erobern wollten. So sollte das Konzept eines Blitzkrieges, wie es seit den 1920er Jahren bereits diskutiert worden war, verwirklicht werden. Die bisherigen Feldzüge waren – entgegen verbreiteten Annahmen – keineswegs so geplant gewesen, sondern hatten sich durch die deutschen Erfolge erst *im Nachhinein* als Blitzkriege herausgestellt. Für den Angriff auf die Sowjetunion wurde projektiert, die Verbände der Roten Armee durch Panzertruppen zu durchstoßen und von hinten einzukesseln. Infanterie würde die Kessel dann „räumen“. Diese Projektion kalkulierte mit der Eroberung riesiger Territorien und der Gefangennahme vieler Millionen Rotarmisten. Das erstere hatte zur Folge, dass bei der hohen Geschwindigkeit des Vormarsches eine Versorgung der Verbände nur bis zu einer Reichweite von 500 km möglich erschien und eine flächendeckende Sicherung des besetzten Gebietes durch deutsche Truppen kaum zu erwarten. Nach Erreichen der 500 km-Linie war die gesamte Lebensmittelversorgung den Einheimischen wegzunehmen. Eine ausreichende Unterbringung und Versorgung der Kriegsgefangenen wurde nicht geplant, die Gefangenen nach den ersten Schlachten sollten ins Reich transportiert werden, die später in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten für die Wehrmacht vor Ort arbeiten.

Die Planungen zur Entnahme der Lebensmittel wurden durch den stellvertretenden Ernährungsminister Backe noch verschärft. Dieser forderte eine weitestgehende Versorgung des Ostheeres aus dem Lande, zusätzlich jedoch den Abtransport vieler Güter ins Reich, um dort das Versorgungsniveau hoch zu halten und die deutsche Bevölkerung bei Laune zu halten. Zu diesem Zweck entwickelte er ein gigantisches Hungerszenario: Die Bevölkerung der östlichen Städte und in den Gebieten der Russischen Föderation sollte weitgehend von der Zufuhr von Nahrungsmitteln, also vor allem dem südlichen Schwarzerde-Gebiet, abgekoppelt werden. Der dadurch projektierte „Überschuss“ würde an die Wehrmacht und an

¹⁰ Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei!“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993, S. 35 ff.; Marlen von Xylander, Die deutsche Besatzungsherrschaft auf Kreta 1941–1945, Freiburg i. Br. 1989, S. 28–33.

die Deutschen im Reich abgeben. Die verantwortlichen Militärs, Wirtschaftschef Georg Thomas und Generalquartiermeister des Heeres Eduard Wagner, übernahmen diese Berechnungen zwar nur teilweise. Doch seit Mai 1941 sprachen die Beteiligten von „zig Millionen“ Menschen, die entweder an Hunger sterben oder flüchten würden. Die rassistische Konstruktion, dass Einheimische verhungern müssten, wenn der Nachschub bei der Wehrmacht knapp würde, war also frühzeitig Gemeingut bei den verantwortlichen Funktionären.

Diese brutale Konstruktion hatte aber auch organisatorische Folgen: Die Ausbeutung des Landes sollte nicht mehr vom Heer und seiner Beuteorganisation übernommen werden, sondern von einer eigens geschaffenen Wirtschaftsorganisation Ost. Sie war an der Spitze, dem sogenannten Wirtschaftsführungsstab Ost, eine zivil-militärische Mischkonstruktion unter Göring; der Wirtschaftsstab Ost und seine Dienststellen in den besetzten Gebieten gehörten jedoch zur Wehrmacht. Durch diese Trennung sollten Einwände des Heeres gegen eine zu radikale Ausbeutungspolitik und einen Abtransport ins Reich a priori verhindert werden. Zugleich hätte die extreme Ausbeutung mancher Landstriche aber ein erhöhtes Maß an Besatzungstruppen erfordert, da man Hungerunruhen und das Entstehen einer Widerstandsbewegung befürchtete. Die Wehrmachtführung forderte deshalb 360 000 Mann für die Besatzung, erhielt aber zunächst nur etwa 60 000. Dies war einer der Gründe, warum der massive Einsatz von SS- und Polizeitruppen von Seiten des Heeres begrüßt wurde. Zudem würde das Heer von der Aufgabe der „politischen Säuberung“, d.h. Massenerschießungen wie es sie schon im Polenfeldzug gegeben hatte, weitgehend entlastet.

Über solche Erschießungen wurde intern seit etwa Februar 1941 diskutiert. Dabei bestand offensichtlich Konsens zwischen der Wehrmachtführung und Hitler, dass die bolschewistische Elite größtenteils zu ermorden sei. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS, die schon seit 1938 bei den meisten deutschen Expansionsunternehmen dabei gewesen waren, sollten unter der Hoheit des Heeres nach vorne marschieren und diese brutalen Aufgaben erledigen. Dabei hatten sie in den weiter vorne gelegenen Armeegebieten, die direkt den Oberbefehlshabern unterstanden, nur eingeschränkte Kompetenzen gegenüber dem Heer. Dahinter, weiter westlich, wurden jedoch eigens für den Sowjetunion-Feldzug neue große militärische Besatzungsräume, die drei Heeresgebiete (Nord, Mitte und Süd) geschaffen, in denen die Sicherheitspolizei über erheblich mehr Rechte verfügte¹¹.

Die genaue Planung der Tötungen lässt sich nicht mehr im einzelnen rekonstruieren, da die meisten einschlägigen Dokumente später absichtsvoll vernichtet wurden. Frühzeitig machten diese Informationen jedoch schon die Runde, wie selbst der Deutsche General in Kroatien notierte: „Befehle sollen ausgegeben sein, nach welchen bei einem Krieg mit Rußland jeder kommunistische Amtswalter, der gefaßt wird, rücksichtslos niederzuknallen sei. Über sie habe ich schon vor meiner Abreise nach Agram [17. 4. 1941] erfahren. Die SS wird es diesmal nicht allein

¹¹ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 46–93; Christoph Dieckmann, *Deutsche Besatzungspolitik und Massenverbrechen in Litauen 1941–1944: Täter, Zuschauer, Opfer*. Diss. phil. Univ. Freiburg 2002, Kap. B.4 (Druck in Vorbereitung).

machen können, die Armee soll mithelfen.“¹² Vorgesehen war also eine Arbeitsteilung: Die Einsatzgruppen würden die zivilen Funktionäre von Kommunistischer Partei und Sowjetstaat ermorden, die Wehrmacht die Politfunktionäre der Roten Armee. Dazu erließ das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) am 6. Juni 1941 den sogenannten „Kommissarbefehl“¹³. Zeitweise war sogar im Gespräch, dass auch Wehrmachteinheiten im Gebiet nahe der Front *zivile* kommunistische Amtsträger erschießen sollten, eine solche generelle Weisung unterblieb jedoch. Doch selbst der Kommissarbefehl, der noch in den letzten Tagen vor Kriegsbeginn bis an die Kompanien weitergegeben wurde, zielte letztendlich auf ein groß angelegtes Mordprogramm. Dabei spielte eine nicht unerhebliche Rolle, dass man unter den „Kommissaren“ eine große Zahl von Juden vermutete, was sich später aber als falsch herausstellte¹⁴. Einzelne Frontverbände trafen schon vor Beginn des Feldzuges Absprachen zur besonderen Behandlung jüdischer Kriegsgefangener¹⁵. Gemessen an der Zahl der Gefangenen, die erwartet wurde, konnte die Zahl der dabei entdeckten Politfunktionäre in die Zehntausende gehen. Zudem war davon auszugehen, dass die SS- und Polizeieinheiten einen Massenmord planten, der in seinen Dimensionen über die Vorgänge in Polen 1939 deutlich hinausging¹⁶. Dass dies den Militärspitzen nicht verborgen blieb, zeigt eine Anfrage der Heeresgruppe Mitte bei „ihrer“ Einsatzgruppe B *zehn Tage vor dem Einmarsch*, dass nicht „sämtliche Eisenbahnbeamte beseitigt oder in Lager verbracht“ werden sollten¹⁷.

Die deutschen Planungen gegenüber den sowjetischen Juden sind bisher nicht eindeutig geklärt, weil kaum Dokumente aus der Zeit vor dem Angriff existieren. Ohne Zweifel waren die Einsatzgruppen darauf vorbereitet, eine vermeintlich „jüdisch-bolschewistische Intelligenz“ zu ermorden, vermutlich die meisten jüdischen Männer im wehrfähigen Alter. Innerhalb der Wehrmacht richteten sich solche Vorüberlegungen vor allem gegen jüdische Kriegsgefangene, besonders wenn sie als „politisch verdächtig“ galten. Man kann darüber hinaus annehmen, dass die Militärverwaltung die Enteignung, Isolierung und Unterdrückung der Juden, wie sie bereits in Polen und ansatzweise in Serbien betrieben wurde, auch gegenüber den sowjetischen Juden für angebracht hielt, zumal diese als besonders gefährlich

¹² Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau. Hrsg. von Peter Broucek. Band 3, Wien 1988, S. 101 (basiert auf zeitgenössischen Aufzeichnungen).

¹³ Verbrechen der Wehrmacht: Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Katalog zur Ausstellung. Hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002, S. 52 f.

¹⁴ Tatsächlich waren 1929 9% der Politarbeiter jüdischer Herkunft, 1938 etwa 20%, 1941 vermutlich wieder etwas weniger. Alec Nove, J. A. Newth, *The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns*, in: Lionel Kochan (ed.), *The Jews in Soviet Russia Since 1917*, Oxford u.a. 1978, S. 132–167, hier 165; Paweł Wiecezorkiewicz, *Łancuch Śmierci. Czystka w Armii Czerwonej 1937–1939*, Warszawa 2001, S. 896 f.

¹⁵ Bundesarchiv, Abt. Militärarchiv Freiburg i. Br. (BA-MA), RH 26-22/67, 22. Infanteriedivision, Ic-Offizier, 20. 6. 1941.

¹⁶ 1940 gab es in der Roten Armee 61 000 Politarbeiter, die etwa 1% der Personalstärke ausmachten. In Gefangenschaft geriet 1941/42 wohl ein geringerer Anteil, geschätzt etwa 20 000–40 000 der bis Frühjahr 1942 in kriegsgefangenen etwa vier Mio. Rotarmisten. Höhere Zahlen bei Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 839.

¹⁷ BA-MA WF-03/9121 (= Zentralarchiv des Russischen Verteidigungsministeriums F.500, op. 12454, d. 209, Bl. 121, Bl. 46), Heeresgruppe B, Generalstabschef, an Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet 102, 11. 6. 1941 (Entwurf). Zu diesem Zeitpunkt hieß die Heeresgruppe noch B und die Einsatzgruppe C.

eingestuft wurden. Auf jeden Fall war die Wehrmacht, insbesondere der militärische Geheimdienst, an den Vorbereitungen zur Auslösung antijüdischer Pogrome beteiligt, die dann in den ersten Tagen des Feldzuges von einheimischen rechts-extremen Untergrundgruppen organisiert werden sollten¹⁸.

Für das Verhalten von Fronttruppe und Militärverwaltung war jedoch von entscheidender Bedeutung, dass der völkerrechtliche Schutz für die einheimische Bevölkerung komplett aufgehoben wurde und zugleich deutsche Soldaten bei Gewalttaten gegen Einheimische weitgehende Straffreiheit erwarten konnten, sofern nicht die „Manneszucht“, d. h. die militärische Disziplin dabei verletzt wurde. Dies regelte der sogenannte Gerichtsbarkeitserlass des OKW vom 13. Mai 1941¹⁹. Dieser bestimmte zugleich, wie bei der Bekämpfung jeglichen Widerstandes vorzugehen war, nämlich mit äußerster Brutalität und ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Verfahrensweisen. Intern wurde vorgeschlagen, für jeden Beschuss von Soldaten aus dem Hinterhalt 30 Einwohner zu erschießen, im bereits besetzten Serbien wurde zur gleichen Zeit für diesen Fall die Erschießung von 100 Personen angedroht²⁰. Damit zeichnete sich bereits ab, dass die Schwelle von klassischen Repressalien hin zum Massenmord überschritten werden sollte.

Neben dieser verbrecherischen Befehlsgebung ist in Rechnung zu stellen, dass die Wehrmacht Mitte 1941 bereits deutliche Zeichen der Nazifizierung trug, bestand sie doch aus einem relativ repräsentativen Sample deutscher Männer im Alter zwischen 18 und 40 Jahren. Nach acht Jahren NS-Herrschaft hatten sich die Gewaltbereitschaft und der Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft deutlich erhöht. Dies galt selbst für die Österreicher oder die Sudetendeutschen unter den Soldaten, die erst seit kurzem Bewohner des Reiches waren. Inzwischen strömten die Jahrgänge zu den Streitkräften, die bereits durch Hitler-Jugend und Regime sozialisiert waren. Nicht wenige Einheiten waren schon 1939 in Polen oder im Frühjahr 1941 auf dem Balkan im Einsatz gewesen, viele der Männer hatten sich bereits dort an Ausschreitungen beteiligt. Diese strukturellen Überlegungen lassen sich bisher noch wenig empirisch unterfüttern, doch zeigt das Verhalten mancher Soldaten beim Aufmarsch in Polen für das „Unternehmen Barbarossa“, dass Ausschreitungen gegen die einheimische Bevölkerung nicht selten waren. So erschlugen Luftwaffensoldaten in der polnischen Kleinstadt Siedlce fünf Juden und verletzten weitere 150; viele Schaulustige zog es in die Ghettos in Polen, in denen schon entsetzliche Bedingungen herrschten²¹.

Noch deutlicher wird der rassistische „Zeitgeist“ beim Militär, wenn man zum Vergleich die verbündeten Truppen heranzieht, die zusammen mit der Wehrmacht die Sowjetunion eroberten. Ungarische Einheiten hatten sich bereits 1940/41

¹⁸ Kalis Kangeris, Die nationalsozialistischen Pläne und Propagandamassnahmen im Generalbezirk Lettland 1941–1942, in: David Gaunt, Paul A. Levine, Laura Palosuo (Hrsg.), *Collaboration and Resistance during the Holocaust*, Bern u. a. 2004, S. 161–186, hier 169.

¹⁹ Verbrechen der Wehrmacht, S. 46–48.

²⁰ BA-MA RH 20-11/334, Armee-Oberkommando 11, Ic, Vortragsnotiz über die Besprechung am 16. 5. 1941 beim Generalquartiermeister in Wünsdorf, o. D.; Manoschek, „Serbien ist judenfrei!“, S. 31 f.

²¹ Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), MA 679/2, fr. 900, Monatsbericht Oberfeldkommandantur 393 (Warschau) für 16. 3.–15. 4. 1941, 25. 3. 1941; vgl. Zygmunt Klukowski, *Diary From the Years of Occupation 1939–44*, Urbana u. a. 1993, S. 141–160.

während der Annexionen in Rumänien und Jugoslawien gewalttätig gegenüber der Zivilbevölkerung verhalten, rumänische Soldaten beim Rückzug aus Bessarabien Mitte 1940.

Halten wir kurz vor dem 22. Juni 1941 noch einmal inne und ziehen ein kurzes Resümee über die Vorstrukturierung der Gewalt: 1. Für die sowjetische Bevölkerung war eine völlige Entrechtung vorgesehen; 2. gleichzeitig sollte vielen Gebieten die Nahrungsgrundlage allmählich entzogen werden; 3. sollte der Feldzug länger als die erwarteten etwa zehn Wochen dauern, so würde sich die Ausbeutung deutlich verschärfen; 4. Angehörige der sowjetischen Funktionseliten, insbesondere soweit es sich um Juden handelte, sollten weitgehend ermordet werden; 5. den sowjetischen Juden drohte mindestens dasselbe Schicksal wie den Juden Polens, d.h. totale Entrechtung und Aushungerung; 6. Kriegsgefangene, die als politisch verdächtig galten, insbesondere wenn sie jüdischer Herkunft waren, sollten ermordet werden; 7. für die erwarteten großen Zahlen an Kriegsgefangenen waren keine völkerrechtlich angemessenen Vorbereitungen getroffen; 8. jegliche Widerstandsregung sollte man brachialer Gewalt, d.h. mit Massenerschießungen unter der Bevölkerung bekämpft werden.

Die Erwartungen der Wehrmachtführung zielten auf einen kurzen Feldzug und die baldige Übergabe der meisten Gebiete an eine Zivilverwaltung. Auf eine zweieinhalbjährige Militärherrschaft, wie sie sich in vielen Gebieten dann entwickelte, waren die allerwenigsten vorbereitet, auf eine kurze Phase mit maximaler Gewalt an der Front und im Hinterland hingegen schon. Die Ermordung der Eliten wie auch der sowjetischen Truppenkommissare wurden als Mittel erachtet, den Widerstand des Gegners sobald als möglich zu brechen, indem man die vermeintlich wichtigsten Funktionsträger tötete. Die Terrorisierung des Hinterlandes sollte einen Ersatz für den Mangel an ausreichenden Sicherungstruppen schaffen, jegliche Widerstandsregung im Keim ersticken und somit die anvisierte maximale Ausbeutung flankieren. Angesichts der hochriskanten, im Grunde abenteuerlichen Feldzugsplanung lag eine Eskalation der Gewalt somit in der Logik der deutschen Kriegsführung. Die Massenverbrechen stellten bald alles bisher Dagewesene in den Schatten.

2. Die Entfesselung der Gewalt Juni–September 1941

Mit dem ersten Tag des Krieges gegen die Sowjetunion begannen auch die deutschen Kriegsverbrechen. Drei Typen von völkerrechtswidriger Gewalt traten bis Juli 1941 zutage: die Erschießungen gemäß dem „Kommissarbefehl“, die pauschale Erschießung von Kriegsgefangenen und die Tötung von Zivilisten als vermeintliche Repressalie.

Entgegen mancher Nachkriegslegende wurde der Kommissarbefehl flächendeckend an die Truppen weitergegeben und vielfach auch befolgt. Zwar gab es vielfach Kritik an dieser schriftlich fixierten Form der Kriegsverbrechen, doch von einer systematischen Sabotage des Befehls, wie manche Veteranen nach dem Krieg behaupteten, kann keine Rede sein. Vielmehr lässt sich in den ersten Wochen des Feldzuges eine großzügige Definition des Begriffs „Kommissar“ und

eine Ausdehnung der Opferkategorien feststellen. Zunächst stellte sich das Problem der Identifizierung von Kommissaren unter den Kriegsgefangenen. Die eigentliche Funktion des Truppenkommissars wurde in der Roten Armee erst am 15. Juli 1941 wieder eingeführt, existierte also während der ersten drei Wochen des Krieges formal gar nicht. Trotzdem meldeten einzelne Divisionen bereits in dieser Phase, sie hätten „Kommissare“ erschossen. So versuchten deutsche Offiziere, die Delinquenten an Hand von Äußerlichkeiten oder Verhören zu identifizieren. Nicht selten wurden schlichtweg gefangene Offiziere pauschal erschossen. Frühzeitig dehnte man die Morde auch auf niedrigere Ränge unter den Politfunktionären der Roten Armee aus, die sogenannten Politruks. Die Wehrmachtführung begrüßte und forcierte dieses Vorgehen. Dennoch wurde die Mehrzahl der gefangenen Politfunktionäre nicht sofort erschossen, sondern gelangte zunächst in Kriegsgefangenenlager. Ob dies an der Zurückhaltung vieler deutscher Frontoffiziere lag oder daran, dass die Rotarmisten ihre Funktion nach der Gefangennahme verschleiern konnten, lässt sich schwer sagen²². Immerhin wurde in mindestens 60% aller deutschen Divisionen die Durchführung des „Kommissarbefehls“ gemeldet, die Zahl der Opfer bewegt sich zwischen 5000–10000 Personen²³. Mindestens 42000 Politoffiziere hat die Rote Armee bis 1945 als vermisst gemeldet, die Mehrzahl von ihnen ist in deutscher Gefangenschaft ermordet worden. Bereits einige Wochen nach Eröffnung der Kampfhandlungen wurden den deutschen Militärs klar, dass diese Morde innerhalb der Roten Armee bekannt geworden waren und zur Versteifung von deren militärischem Widerstand führten. Deshalb setzte ab September 1941 eine breitere Diskussion über die Zweckmäßigkeit dieser Verbrechen ein, an deren Ende im Mai 1942 die Suspendierung des Befehls stand²⁴.

Doch nicht nur politisch verdächtige Kriegsgefangene wurden ermordet. Es gibt deutliche Indizien dafür, dass einzelne deutsche Einheiten ihre Kriegsgefangenen seit den ersten Tagen des Feldzuges pauschal erschossen, so besonders nach harten Kämpfen mit hohen Verlustzahlen. Möglicherweise haben einzelne Offiziere entsprechende Weisungen erteilt. So erging die Anweisung der 4. Armee, alle kriegsgefangenen Frauen sofort umzubringen. Allerdings erzwang das Oberkommando des Heeres die Rücknahme dieses Befehls²⁵. Bei den pauschalen Morden an Kriegsgefangenen kam nach einiger Zeit ins Spiel, dass Kriegsverbrechen der Roten Armee an den vergleichsweise wenigen Deutschen, die in ihre Gefangenschaft gerieten, bekannt wurden. Hierbei lässt sich, im Gegensatz zu den anderen Verbrechenskomplexen, tatsächlich von einer gegenseitigen Radikalisierung von deutscher und sowjetischer Seite sprechen. Freilich machten die Opfer der deutschen Verbrechen ein Vielfaches der entsprechenden Zahl auf sowjetischer Seite aus.

²² Robert Bernheim, *The Commissar Order and the 17th German Army*. Diss. phil. McGill University Montreal 2005.

²³ So die neuesten Forschungsergebnisse von Felix Römer, *Der Kommissarbefehl. „... sind sofort mit der Waffe zu erledigen.“ Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42*, Paderborn u.a. 2008.

²⁴ *Rossija i SSSR v vojnach XX veka. Statističeskoe issledovanie*. Red. G. F. Krivošeev, Moskva 2001, S. 434 (wahrscheinlich umfasst diese Zahl nicht alle Politfunktionäre).

²⁵ Hürter, *Hitlers Heerführer*, S. 365 f.

Wenn auch die ganze Dimension kaum mehr zu rekonstruieren ist, so steht außer Zweifel, dass deutsche Truppen seit den ersten Kriegstagen auch einheimische Zivilisten erschossen haben. Dabei handelte es sich zum Teil um willkürliche Ausschreitungen einzelner Soldaten, oftmals aber um Massentötungen als Repressalie bei echtem oder vermeintlichem Beschuss aus Dörfern usw. Nicht selten wurden Juden massenhaft Opfer solcher Erschießungen, da man sie aus rassistischen Motiven bevorzugt als „Geiseln“ wählte²⁶.

In einem etwas anderen Kontext steht die Welle von Pogromen, die Ende Juni/Anfang Juli 1941 über die Juden in Litauen, der Westukraine und Bessarabien hereinbrach. Grundsätzlich war in der Wehrmachtführung bekannt, dass diese Gewaltaktionen von der Sicherheitspolizei „spurlos ausgelöst“ werden sollten. Radikalisiert wurde diese Planung jedoch durch die Aufdeckung stalinistischer Verbrechen. Die sowjetische Geheimpolizei NKVD hatte unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch bei der Räumung ihrer Gefängnisse einen großen Teil ihrer politischen Häftlinge erschossen. Deutsche Propaganda und einheimische Rechtsextremisten erklärten für diese Verbrechen die jüdische Minderheit verantwortlich, die angeblich das Personal des NKVD dominieren würde. Die Fronttruppen nahmen hierzu keine einheitliche Haltung ein. Einige Generäle forcierten die Pogrome, wollten sie jedoch als Abrechnung unter Einheimischen begrenzt sehen. Die Teilnahme vieler deutscher Soldaten an dieser Ausschreitungen war im Hinterland jedoch nicht erwünscht. Nach einigen Tagen wurden auch die Morde der einheimischen Milizen deshalb eingeschränkt²⁷.

Deutlich andere Dimensionen nahmen die Massenverbrechen der SS- und Polizeitruppen an, die um den 25. Juni begannen. Einsatzgruppen, Polizeibataillone und SS-Brigaden erschossen bald systematisch die meisten jüdischen Männer im Alter zwischen etwa 17 und 60 Jahren. Bereits in den ersten Julitagen 1941 zeichnete sich ab, dass hier ein Völkermord in präzedenzlosem Ausmaß in Gang war. Davon war die Wehrmacht nicht im Vorhinein, d. h. vor Beginn des Feldzuges, unterrichtet worden. Immerhin erhielten die Oberkommandos jedoch seit Anfang Juli regelmäßig Berichte mit Tötungsmeldungen von den Einsatzgruppen, schriftlich und mündlich. Trotzdem haben viele Einheiten und Dienststellen der Wehrmacht auch bei diesen Verbrechen mitgeholfen. So gestattete die Heeresorganisation der Sicherheitspolizei von Anfang an, quasi präventiv in Lagern internierte wehrfähige Männer nach „Verdächtigen“ abzusuchen und diese zu ermorden²⁸. Eine geregelte „Amtshilfe“ für die Sicherheitspolizei spielte sich alsbald ein und wurde intern damit begründet, bei den Morden handle es sich um Repressalaktionen, die Juden würden die Sicherheit gefährden oder man wolle „unnütze Esser“ nicht ernähren, sondern lieber ermorden. Der Weg zur Totalvernichtung

²⁶ Christian Gerlach, Verbrechen deutscher Fronttruppen in Weißrußland 1941–1944. Eine Annäherung, in: Karl-Heinrich Pohl (Hrsg.), Wehrmacht und Vernichtungspolitik, Göttingen 1999, S. 89–114; Hannes Heer, „Hitler war's“. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit. Berlin 2005, S. 266 ff.; Römer, Kommissarbefehl.

²⁷ Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, S. 54 ff.

²⁸ Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 503 ff.; im Süden: IfZ NOKW-2595, Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Süd, 24. 8. 1941.

der sowjetischen Juden unter Aufsicht der Wehrmacht war damit bereits frühzeitig geegnet.

In der zweiten Hälfte des Juli 1941 sahen sich die deutschen Militärs erstmals mit vereinzelt Widerstandakten im Hinterland konfrontiert, insbesondere bei den Heeresgruppen Mitte und Nord. Als die Zahl bewaffneter Attacken auf Soldaten und Einrichtungen der Armee im August zunahm, griffen die Militärs zu den Mitteln, die ihnen der „Kriegsgerichtsbarkeitserlass“ an die Hand gegeben hatte, zu kollektiven Erschießungen. Da es den Besatzungsfunktionären nicht gelang, die einheimischen Widerständler zu identifizieren, richteten sie ihre Gewaltpolitik vor allem gegen Gruppen, die als besonders verdächtig galten: das waren neben den Juden die ethnischen Russen, aber auch versprengte Rotarmisten oder generell Personen, die sich fern von ihren Heimatorten aufhielten, sogenannte „Ortsfremde“. Diese mussten sich registrieren lassen, wurden oftmals unter erbärmlichen Bedingungen interniert oder gar erschossen²⁹.

Betrachtet man die ersten zehn bis zwölf Wochen des Feldzuges, so lässt sich die volle Entfaltung des Weltanschauungskrieges bereits nachverfolgen. Nach den Planungen hätte dieser Zeitraum ausreichen sollen, um die Sowjetunion militärisch niederzuwerfen. Tatsächlich stand die Wehrmacht tief im Land, auf einer Linie von Leningrad bis Kiew, doch war ein entscheidender strategischer Erfolg nicht errungen worden. Nur die wenigsten hatten erkannt, dass der deutsche Fahrplan bereits Ende Juli ins Stocken geraten war. Im allgemeinen herrschte noch großer Optimismus vor, und zugleich ungehemmte ideologische Gewaltentfaltung. Die deutsche Expansion war noch nicht an ihre Grenzen gestoßen, weder durch die logistischen Schwierigkeiten, die man erwartete, noch durch einheimischen Widerstand, der militärisch noch völlig bedeutungslos blieb. In dieser Phase entfaltete die Wehrmacht nicht nur das Programm von Entrechtung und Gefangenemord, sie öffnete dem SS- und Polizeiapparat auch weit die Türen. Von einer Distanzierung gegenüber diesen Massenmördern, wie noch 1939 in Polen, ist wenig zu spüren. Vielmehr gingen die Militärs sogar über ursprüngliche Vereinbarungen hinaus und ließen die Mordkommandos in den frontnahen Gebieten agieren, bisweilen sogar in den Durchgangslagern für Kriegsgefangene, die eigentlich für die Sicherheitspolizei noch tabu waren. Die Handlungsspielräume, die die Wehrmacht besaß, nutzte sie also eher zugunsten von SS und Polizei aus.

3. Totaler Massenmord ab Oktober 1941

Mit dem Angriff auf Moskau, der am 2. Oktober 1941 aufgenommen wurde, setzte die Wehrmacht zum zweiten Mal an, um der Roten Armee den entscheidenden Schlag zu versetzen. Parallel dazu verschärfte sich der Vernichtungskrieg gegen Bevölkerung und Kriegsgefangene in erheblichem Maße. Nun zeigten sich die Folgen der riskanten Feldzugsplanung und der bereits mehrere Monate andauernden brutalen Besatzungs- und Ausbeutungspolitik. Zugleich verschärfte die na-

²⁹ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 870 ff.; Alexander Hill, *War Behind the Eastern Front. Soviet Partisans in North-West Russia*, London 2005, S. 86.

tionalsozialistische Führung die Massenmorde an den Juden. Nicht ohne Grund koppelte Hitler in seinem Aufruf an die Truppen zum Beginn der Offensive Kriegführung und Antisemitismus in seiner Charakterisierung des Feindes: „Dies ist das Ergebnis einer nunmehr bald 25jährigen jüdischen Herrschaft, die als Bolschewismus im tiefsten Grund nur der allgemeinsten Form des Kapitalismus gleicht. Die Träger dieses Systems sind aber auch in beiden Fällen die gleichen: Juden und nur Juden.“³⁰

Bis September 1941 hatte sich das Hungerkalkül, wie es in der Feldzugsplanung entwickelt worden war, noch kaum in der Bevölkerung ausgewirkt. Zwar waren die Ernährungssätze für die Stadtbevölkerung und besonders für die Kriegsgefangenen recht niedrig angesetzt, angesichts der guten Ernte 1941 konnten diese jedoch noch einigermaßen gepflegt werden. Seit September war jedoch eine Verschärfung der Landwirtschaftspolitik in der Diskussion: Das Reich verlangte höhere Abgaben, zugleich war es in den seit August neu eroberten Gebieten den sowjetischen Behörden gelungen, Vorräte und Agrartechnik zu evakuieren oder zu zerstören. Der Vormarsch der Wehrmacht gelangte an einen Punkt, wo die reibungslose Versorgung über lange Transportwege kaum mehr möglich erschien. Deshalb wurden in Berlin eine Senkung der Rationssätze durchgesetzt und den Armeen im Osten die rücksichtslose Plünderung ihrer Operationsgebiete als „Kahlfraßzonen“ gestattet³¹.

Schon im Laufe des September verschlechterte sich die Lage der Kriegsgefangenen drastisch. Nicht nur die allgemeine Behandlung war schlecht; beim Abmarsch der langen Kolonnen wurden Tausende von Gefangenen erschossen, weil kein Eisenbahntransport zur Verfügung gestellt wurde und viele körperlich nicht mehr mithalten konnten. In den Lagern, sowohl im Reich, in Polen, als auch in den sowjetischen Gebieten waren Unterbringung und Versorgung erbärmlich, für Verwundete völlig unzureichend. So begann in einzelnen Lagern wie Molodečno bereits im September das Massensterben, in vielen dann im Oktober. In dieser Situation setzten Ernährungsdictator Backe und das Kriegsgefangenenwesen der Wehrmacht die Rationen für alle solchen Gefangenen herunter, die nicht im Arbeitseinsatz standen. Dies traf jedoch einen großen Teil der Rotarmisten. Im Oktober gelangten wieder große Massen an sowjetischen Soldaten in die Lager. Obwohl die Temperaturen drastisch fielen, wurden sie noch zu erheblichen Teilen unter freiem Himmel dem Wetter schutzlos ausgesetzt. Seuchen verbreiteten sich in Windeseile, um die Jahreswende erreichten die Todesfälle enorme Quoten, an einigen Tagen bis zu 2000 Menschen. Im Frühjahr 1942 waren etwa zwei Millionen Kriegsgefangene tot.

Während der Generalquartiermeister des Heeres die Hungerpolitik in den Lagern verteidigte, forderten zahlreiche Offiziere eine bessere Versorgung der Gefangenen, um nicht Arbeitskräfte zu verlieren. Die Lagerfunktionäre hatten nur begrenzte Spielräume bei der Beschaffung zusätzlicher Lebensmittel. Aber offensichtlich nutzten die meisten nicht einmal diese und verhinderten sogar Hilfsak-

³⁰ BA-MA RH 26-56/21a, Oberkommando der Wehrmacht, Propagandaaufruf „Soldaten der Ostfront“, 2. 10. 1941.

³¹ Christian Gerlach, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 33 ff.

tionen der benachbarten Einheimischen: „In der Mehrzahl der Fälle haben jedoch die Lagerkommandanten es der Zivilbevölkerung untersagt, den Kriegsgefangenen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen und sie lieber dem Hungertode ausgeliefert.“³² Stimmen im Militär für eine richtig völkerrechtskonforme Behandlung der sowjetischen Gefangenen, wie etwa Helmuth James Graf von Moltke, blieben ohnehin seltene Ausnahmen. Lediglich unter ethnischen Kriterien konnten Gefangene entlassen werden, vor allem Sowjetdeutsche, Balten und Ukrainer. Doch selbst diese Entlassungen wurden mitten in der schrecklichsten Phase des Massensterbens eingeschränkt; man fürchtete ein Überlaufen der Entlassenen zu den Partisanen und eine Ausbreitung der Seuchen, die in den Lagern grassierten.

Erheblich mehr Konsens bestand in der Militärverwaltung über die negative Selektierung bestimmter Gruppen von Rotarmisten, der politisch Verdächtigen, der Juden, und anfangs auch der Gefangenen mit asiatischem Aussehen. Seit Oktober 1941 konnten die Kommandos der Sicherheitspolizei nicht nur die Lager weiter westlich im Zivilgebiet offiziell betreten, sondern auch im Operationsgebiet, um die Selektierten abzuholen und zu erschießen. Nicht selten übernahmen die Wachmannschaften selbst diese Aufgabe; sie ermordeten gelegentlich auch invalide Gefangene. Offensichtlich fanden aber die meisten dieser Erschießungen nicht in den Durchgangslagern des Operationsgebietes, sondern erst in den Stammlagern in den sowjetischen und polnischen Gebieten unter Zivilverwaltung statt, wo die Verbrechen frühzeitig zwischen Wehrmacht und Polizei geregelt worden waren. Nicht allein politische und rassistische Verdachtsmomente spielten eine Rolle für die Auswahl der Todeskandidaten, sondern mehr und mehr die Absicht, geschwächte Gefangene möglichst schnell zu beseitigen. Die Ordnungspolizei erschoss vom 21. bis 28. September bei Biała Podlaska im Generalgouvernement mindestens 5000 sowjetische Kriegsgefangene. Auf dem Reichsgebiet wurden solche Gefangenen ebenso an die Polizei ausgeliefert, kamen dann jedoch in die Konzentrationslager. Rotarmisten aus dem Lager Lamsdorf in Niederschlesien gehörten zu den ersten Opfern, die Anfang September 1941 im KZ Auschwitz durch das Giftgas Zyklon B zu Tode kamen. Diese Verbrechen, die alle unter Ägide der Wehrmacht verübt wurden, kosteten mindestens 150000 Menschen das Leben³³.

Nicht Kriegsgefangene, sondern in einzelnen besetzten Regionen litten auch Zivilisten seit Spätherbst 1941 immer mehr an Hunger. Besonders Gebiete mit überwiegend ethnisch russischer Bevölkerung und größere Städte waren davon betroffen. Anfang November 1941 senkte die Besatzungsmacht die Rationen für Stadtbewohner; zu diesem Zeitpunkt herrschte im Vorfeld von Leningrad bereits massenhafter Hunger, um die Jahreswende 1941/42 wurden die ersten Hungertoten in ostukrainischen Großstädten und auf der Krim registriert. In Charkow, der vermutlich am schwersten betroffenen Stadt, verhungerten bis 1943 zwischen

³² Brief Rosenberg an Keitel, 28. 2. 1942, in: Gerd R. Ueberschär, Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn u. a. 1984, S. 399.

³³ Streit, Keine Kameraden; Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation, Heidelberg, Karlsruhe 1981.

20 000 und 30 000 Einwohner³⁴. Nach den Richtlinien der Besatzung vom 4. November 1941 sollten nur solche Bewohner ernährt werden, die für deutsche Interessen arbeiteten. Als sich das Massensterben unter den Zivilisten abzeichnete, verlangten die Militärstellen zunächst nicht etwa ausreichende Hilfsmaßnahmen, sondern vielmehr eine Vertreibung der Stadtbewohner aufs Land. Doch wurde Anfang 1942 bald erkannt, dass die Hungersnot im Hinterland für die Kriegsführung auch negative Folgen haben könnte, und im Frühjahr 1942 Gegenmaßnahmen diskutiert. Diese kamen jedoch über Ansätze nicht hinaus. Erst die Jahreszeit und die Ernte konnten die Katastrophe eindämmen.

Eine deutliche Radikalisierung erfuhr im September/Oktober 1941 auch die Verfolgung der Juden³⁵. Bereits im August waren einzelne SS- und Polizeieinheiten dazu übergegangen, nicht nur jüdische Männer, sondern auch Frauen und Kinder zu erschießen. Das schrecklichste Massaker dieser Zeit fand am 27. bis 29. August in der ukrainischen Stadt Kamjanec Podil's'kyj statt. Dort forderte die Feldkommandantur den Abtransport jüdischer Flüchtlinge, die von ungarischen Behörden in die Stadt abgeschoben worden waren. Der Höhere SS- und Polizeiführer vereinbarte schließlich mit dem Generalquartiermeister, die meisten Juden der Stadt zu ermorden; 23 600 Menschen starben. Ab Mitte September 1941 wiederholten sich diese extremen Massaker, in neu eroberten Gebieten ermordete die Polizei nahezu alle Juden binnen weniger Tage. Das größte dieser Verbrechen spielte sich vom 27. bis 29. September in Kiew in der sogenannten Babi-Jar-Mulde ab, wo 33 400 Menschen erschossen wurden³⁶.

Das Gros der Militärverwaltung kooperierte, wie in Kiew so auch andernorts unverdrossen weiter bei der Vorbereitung, manchmal auch bei der Durchführung der Massaker. Die Militärverwaltung sorgte für gesonderte Registrierung und Versammlung der Juden, stellte oft Transportmittel, der Generalquartiermeister lieferte Munition. Gelegentlich kamen aus der Wehrmacht Forderungen nach Beschleunigung der Massenmorde, so auf der Krim³⁷. Immerhin ein Teil der jüdischen Arbeiter sollte am Leben bleiben, wie ein Beobachter des Auswärtigen Amtes im Oktober notierte: „Eine rücksichtslose Vertilgung der Juden ist gegenwärtig der Wehrmacht *noch* unerwünscht, da jede Arbeitskraft gebraucht wird und die Juden zu Aufräums- und Straßenbauarbeiten herangezogen werden.“³⁸ In manchen Fronteinheiten meldete sich hingegen erste Kritik, vor allem an der Ermordung von Frauen und Kindern. Vermutlich waren diese Verbrechen

³⁴ Johannes Hürter, Die Wehrmacht vor Leningrad. Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42, in diesem Band; A. V. Skorobohatov, Charkiv u časi nimeckoi okupacii (1941–1943), Charkiv 2004, S. 277 ff.

³⁵ Vgl. Dieter Pohl, Die Wehrmacht und der Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin, München 2002, S. 39–53.

³⁶ Pohl, Herrschaft der Wehrmacht, S. 259–261.

³⁷ Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942, Köln 2004; Andrej Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003.

³⁸ Reisebericht eines Vertreters des Auswärtigen Amtes, 20. 10. 1941, zit. nach: Martin Vogt (Hrsg.), Herbst 1941 im „Führerhauptquartier“: Berichte Werner Koepkens an seinen Minister Alfred Rosenberg, Koblenz 2002, S. 59, die Aussage bezog sich anscheinend auf den September 1941. Hervorhebung vom Autor.

auch Anstoß zur Bildung einer Oppositionsgruppe im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte³⁹. Um jeglicher Kritik zu begegnen, erließen die Oberbefehlshaber der Armeen im Süden, in deren Gebiete die meisten dieser Verbrechen stattfanden, im Oktober und November Befehle zur Rechtfertigung des Völkermordes. Den bekanntesten dieser Aufrufe, dem schließlich Vorbildcharakter zukam, erließ der Oberbefehlshaber der 6. Armee, Walther von Reichenau am 10. Oktober⁴⁰. Die Militärverwaltung war vor allem bestrebt, ihr jeweiliges Herrschaftsgebiet so schnell wie möglich als „judenfrei“ zu melden. Seit den ersten Tagen des Feldzuges verbreitete die Wehrmacht konstant antisemitische Propaganda in Flugblättern, Broschüren und Zeitungen für Einheimische, die nun zur Begleitmusik beim Massenmord avancierte⁴¹. Auch bei der Jagd nach den letzten, noch versteckten Juden war das Militär behilflich. Niemand sollte überleben. Selbst noch nach der Ermordung aller Juden im Militärgebiet steigerte die Wehrmachtpropaganda ihre antijüdischen Hassparolen⁴². Unter Zivilverwaltung, vor allem im Zentrum von Weißrussland, vollzog die Wehrmacht hingegen eigenständig einen Teil des Judenmordes. Die als Besatzungsverband eingesetzte 707. Infanteriedivision ermordete, zusammen mit unterstellten Einheiten, im ländlichen Raum um Minsk etwa 19000 Juden. Damit hatte sie die Funktion des SS- und Polizeiapparates weitgehend übernommen⁴³.

Eine erhebliche Rolle spielte das Militär bei den Verbrechen an den Roma und den Anstaltsinsassen in den besetzten Gebieten. Da für diese Gruppen offensichtlich keine zentralen Befehle erlassen worden waren, regelten die Stellen im Besatzungsgebiet das Vorgehen selbst. Zwar wurden in den Heeresgebieten Mitte und Nord Order gegeben, ansässige Roma zu verschonen. Im Frühjahr 1942 begannen Sicherheitspolizei und Militär jedoch mit der systematischen Ermordung der Roma⁴⁴. Das Schicksal der Insassen psychiatrischen Anstalten entschied sich von Fall zu Fall in Absprache zwischen Militärs und der Sicherheitspolizei. Das Interesse einzelner Dienststellen an den Räumlichkeiten konnte tödliche Folgen haben. Oft wandte sich die zugehörige Militäreinheit dann an das nächste Sonderkommando mit der Bitte, die Insassen umzubringen. Während im Reich die sogenannte „Euthanasie“ Ende August 1941 vorläufig gestoppt wurde, begannen diese

³⁹ Johannes Hürter, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 527–562.

⁴⁰ Timm C. Richter, Handlungsspielräume am Beispiel der 6. Armee, in: Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Eine Bilanz, München 2005, S. 60–68.

⁴¹ Daniel Uziel, The Propaganda Warriors. The Wehrmacht and the Consolidation of the German Home Front, Oxford u. a. 2008, S. 284 ff.

⁴² Jürgen Förster, Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 948–963, hier S. 962.

⁴³ Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt a.M. 1992, S. 76–79; Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 609–622.

⁴⁴ Michael Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 1996; die grundlegende Erforschung und Neubewertung verdanken wir Martin Holler: Gutachten über den nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma am Beispiel der deutsch besetzten Sowjetunion, Berlin 2009 (Veröff. in Vorb.). Ich danke Herrn Holler für die Überlassung des Manuskripts.

Verbrechen gerade ab Ende August/September 1941 unter Militärverwaltung in der Sowjetunion⁴⁵.

Auch gegenüber der allgemeinen nichtjüdischen Bevölkerung wurden die Gewaltakte seit September/Okttober 1941 massiv verschärft, sofern sie in sogenannten Partisanengebieten lebte. Einzelne Oberkommandos ordneten explizit an, auch Kinder zu erschießen, wenn sie unter die inkriminierte Gruppe fielen⁴⁶. Täglich erschossen Einheiten der Wehrmacht oder der Polizei „Partisanenverdächtige“, insbesondere im Raum der Heeresgruppe Mitte. Vermutlich fielen bis Februar 1942 diesen Massenmorden über 80 000 Menschen zum Opfer. Die kleinen Untergrundgruppen, die für die deutsche Kriegsführung kaum ins Gewicht fielen, wurden tatsächlich um die Jahreswende 1941/42 größtenteils zerschlagen, doch nicht allein wegen des Besatzungsterrors, sondern auch wegen organisatorischer Schwierigkeiten und wegen des einsetzenden Winters⁴⁷.

In der Phase von Ende September 1941 bis Frühjahr 1942 wurde die Wehrmacht am meisten in die genozidale Praxis des NS-Regimes integriert. Dafür war nicht nur die strategische Anlage des Sowjetunion-Krieges, die Ausbeutungs- und Entrechtungskonzeption, verantwortlich, sondern auch die zunehmende ideologische Integration in den Vernichtungskrieg. In der Selbstwahrnehmung schwand die Spielräume, man sah sich selbst als Opfer militärischer Widrigkeiten und Versorgungsprobleme. In Wirklichkeit hatte man selbst alle Weichen dafür gestellt. Ein Vergleich mit anderen Besatzungsgebieten zeigt, dass die spezifische militärische Situation an der Ostfront jedoch nur einen Teil der Erklärung liefern kann. Überall verschärften die militärischen Besatzungsverwaltungen ihre Politik, vor allem gegenüber den Juden. Dies wird besonders an den Massenmorden in Serbien, aber auch am Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich, Tausende Kilometer von der Front entfernt, deutlich.

4. Partisanenkrieg und Besatzungs-Debatten 1942/43

Das Jahr 1942 war für die Wehrmacht vor allem durch die Sommeroffensive nach Stalingrad und auf den Kaukasus bestimmt. Nun hoffte man im dritten Anlauf auf den Sieg, nach dem Feldzugsbeginn und der Offensive auf Moskau. Verglichen mit der vorangegangenen Phase war eine Steigerung des Vernichtungskrieges kaum noch denkbar. Die meisten Juden in den Militärgebieten waren bis März 1942 ermordet worden, auf den neu eroberten Territorien im südlichen Russland wurde diese Praxis im August/September 1942 fortgesetzt, wieder mit tatkräftiger Unterstützung der Militärverwaltung⁴⁸.

Bezüglich der Bevölkerung entwickelte sich die Besatzungspolitik in zwei Richtungen: zwar lässt sich eine gewisse Entideologisierung der Politik beobachten; rassistische Massenmorde an Juden oder an Kriegsgefangenen spielten nicht mehr die Rolle wie noch im Jahr zuvor, die Kollaboration Einheimischer bei

⁴⁵ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 1067 ff.; Pohl, *Herrschaft der Wehrmacht*, S. 274–276.

⁴⁶ BA-MA, RH 26-454/7, Befehl Armeeoberkommando 6, Quartiermeister 2, 21. 8. 1941.

⁴⁷ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 875 ff.; Hill, *War Behind the Eastern Front*, S. 84.

⁴⁸ Angrick, *Besatzungspolitik und Massenmord*, S. 560 ff.

Wehrmacht und Polizei wurde erheblich ausgedehnt. Gleichzeitig veränderten sich die Formen der Gewalt: nun rückte eine systematisierte Bekämpfung der Partisanen und die Rekrutierung von Arbeitern für das Reich in den Vordergrund. Die Ursachen sind in einer verstärkten Ökonomisierung der militärischen Besatzungspolitik zu suchen. Einerseits erlitt das Ostheer größere Personalverluste, die durch die Rekrutierung von immer mehr Arbeitskräften aus Deutschland ausgeglichen werden sollten. Um diese wiederum zu ersetzen, wurden Einheimische aus der Sowjetunion ins Reich geholt. Andererseits schränkte der wieder auflebende Widerstand ab Mitte 1942 zusehends den deutschen Zugriff auf Agrarflächen ein, insbesondere im Mittelabschnitt der besetzten Gebiete.

Seit März 1942 traten neben die alltägliche Gewalt zur Bekämpfung der Partisanen große kombinierte Anti-Partisanen-Unternehmen von Wehrmacht und Polizei. Die Konzeption dieser Unternehmen ging größtenteils auf das Heer zurück, die Durchführung teilten sich Wehrmacht und SS/Polizei. Dabei wirkte sich keineswegs hemmend aus, dass die Partisanenbekämpfung ab August 1942 nicht mehr Aufgabe des Generalquartiermeisters war, der die Besatzungspolitik anleitete, sondern an die Operationsabteilung überging. Im Operationsgebiet wurden die meisten der großen Anti-Partisanenunternehmen von Militärs geleitet. Massenmorde waren bei der engen Zusammenarbeit wieder vorprogrammiert. SS und Polizeitruppen wie Wehrmachteinheiten kreisten Partisanengebiete ein und gingen dann konzentrisch an den Landstraßen nach innen. Dabei wurden aufgegriffene Partisanen, meist jedoch „Verdächtige“ erschossen. Die SS-Verbände massakrierten kollektiv die Einwohnerschaft ganzer Dörfer; gelegentlich verhielten sich Heereseinheiten ähnlich.

Obwohl der militärische Erfolg dieser Aktionen in der Regel gering ausfiel, wurden sie bis zum Ende der Besatzung mit äußerster Brutalität weitergeführt. Ab Anfang 1943 koppelte man die Partisanenbekämpfung an die Rekrutierung der Zwangsarbeiter, d.h. aufgegriffene Zivilisten wurden meist nicht mehr erschossen, sondern auf Arbeitsfähigkeit untersucht und ins Reich deportiert. Selbst bewaffnete Partisanen, die in Gefangenschaft gerieten, landeten so oftmals als Zwangsarbeiter in Deutschland. Da die meisten der „Partisanengebiete“ auf Dauer für die Besatzungsherrschaft verloren gingen, versuchte diese, möglichst alle Wirtschaftsgüter, vor allem das Vieh, aus diesen zu evakuieren. Ab Mitte 1943 entwickelte sich die Taktik der „toten Zonen“, Gebieten, die komplett von Menschen und Wirtschaftsgütern geräumt wurden. Wer danach noch an seinen Heimatort zurückkehrte, dem drohte Erschießung. Damit war die deutsche Militärherrschaft in der Sowjetunion im Grunde an ihrem äußersten Punkt angelangt⁴⁹.

Eine neue Form der Eskalation trat Anfang 1942 mit der Jagd nach Zwangsarbeitern auf. Zunächst setzte man auf „freiwillige“ Werbung unter den Einheimischen. Es meldeten sich vor allem Einwohner aus Hungergebieten, die der Not zu entfliehen suchten. Freiwillig war die Arbeit im Reich ohnehin nicht, weil dort die „Ostarbeiter“ am schlechtesten behandelt wurden und eine Rückkehr meist aus-

⁴⁹ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 884 ff.; militärgeschichtlich: Antonio Munoz, Oleg V. Romanko, *Hitler's White Russians. Collaboration, Extermination and Anti-Partisan Warfare in Byelorussia, 1941–1944*, Bayside, NY 2003, S. 197 ff., 321 ff.

geschlossen blieb. So stießen die Werbungskampagnen im Mai/Juni 1942 an ihre Grenzen, und die Wehrmacht wurde nun verstärkt in die Zwangsrekrutierung eingeschaltet. Während des Sommer 1942 wurden die größte Zahl von Menschen nach Deutschland verschleppt, meist Jugendliche oder junge Erwachsene. Danach brachte die Sommeroffensive neue Zwangsarbeiter in deutsche Hand, ab 1943 begann die jahrgangsweise Totalerfassung und die Deportation aus Partisanengebieten, dann auch unter den Zwangsevakuierten, die bei den Rückzügen mitgenommen wurden⁵⁰.

Mit dem Stocken des deutschen Feldzuges Ende Juli, Anfang August 1941 erhoben sich auch die ersten Stimmen in der Wehrmacht, die für eine leichte Kurskorrektur gegenüber der Bevölkerung plädierten. Es verwundert kaum, dass solche Stellungnahmen sich seit der Schlacht von Moskau im Dezember 1941 häuften, da der Krieg nun auf unabsehbare Zeit fort dauern würde. Die Diskussion, die sich im Frühjahr 1942 entwickelte, drehte sich im Kern um vier Punkte: eine verstärkte propagandistische Beeinflussung der Bevölkerung, eine graduelle Erhöhung der Ernährung für Kriegsgefangene und Stadtbevölkerung, die Rückgabe des verstaatlichten landwirtschaftlichen Eigentums und schließlich die Trennung der Bevölkerung in Bolschewisten und Nicht-Bolschewisten bzw. deren unterschiedliche Behandlung. Angesichts des in weite Ferne gerückten militärischen Sieges, ab November 1942 des beginnenden Rückzuges, und angesichts der Zunahme des Widerstandes, plädierten besonders viele Heeresführer für leichte Zugeständnisse. Freilich war dabei nicht an eine Behandlung gedacht, wie sie die Westeuropäer unter deutscher Herrschaft erfuhren. Zwar wurde der Kommissarbefehl im Mai 1942 vorläufig aufgehoben, die Übergabe von Kriegsgefangenen, insbesondere Juden, an die Sicherheitspolizei lief jedoch auf niedrigerem Niveau weiter. Ein massenhaftes Hungersterben wie im Winter 1941/42 wurde zwar vermieden. Dies lag jedoch auch an den deutlich niedrigeren Gefangenenzahlen. Auch im Winter 1942/43 starben Zehntausende Rotarmisten in deutscher Hand, ebenso wie in vielen Städten wieder der Hunger grassierte. Eher von kosmetischer Natur blieb die „Neue Agrarordnung“, die Umwandlung der Kolchosen in sogenannte Landbaugenossenschaften. Sie beschränkte sich weitgehend auf die weniger fruchtbaren Abschnitte im Zentrum und im Norden des Besatzungsgebietes. Zudem bestand die Ablieferungspflicht weiter, allein das private Hofland wurde etwas ausgedehnt⁵¹. Eine ganz eingeschränkte politische Autonomie wurde lediglich, wie schon 1941 den Esten, ab Herbst 1942 den Kosaken und einigen Völkern auf dem Nordkaukasus gewährt. Diese blieben auch weitgehend von den Zwangsarbeiter-Deportationen verschont. Alle dieser zaghaften Versuche blieben jedoch im Ansatz stecken. Hitler untersagte alle weitergehenden Zugeständnisse. Aber auch die Militärführung blieb in ihrem rassistischen Denken verhaftet. Die Massenmorde an Juden, aber auch an politisch „Verdächtigen“ wurden unverändert

⁵⁰ Rolf-Dieter Müller, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 234–250; Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 459 ff.

⁵¹ Christian Gerlach, Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: *Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa*. Von Christian Gerlach u. a., Berlin, Göttingen 1995, S. 9–60

weitergetrieben. Eine umfassende Verbesserung der Lage der Bevölkerungsmehrheit, d. h. vor allem der Russen, kam nicht in Frage. Schließlich wurde die deutsche Herrschaft im Kaukasus binnen kurzer Zeit wieder abgebrochen, weil im Januar 1943 der Rückzug anstand⁵².

Somit zeigte die militärische Besatzungspolitik im Jahre 1942 deutlich, dass sie zu einem grundlegenden Wandel nicht fähig war. Zwar wurde ein Massensterben der Kriegsgefangenen, wie es bis Mai 1942 herrschte, im folgenden Winter verhindert. Die Massaker an den Juden verloren aber nur deshalb an Bedeutung, weil kaum ein Angehöriger der Minderheit mehr unter Militärherrschaft lebte. Zu beobachten war sowohl eine stärkere Ökonomisierung der Besatzungspolitik als auch eine regionale Differenzierung, mit der Besserstellung der Esten und einiger Ethnien auf dem Kaukasus, aber mit einer deutlichen Verschlechterung der Überlebenschancen in den Partisanengebieten, vor allem im Raum der Heeresgruppe Mitte.

5. Eskalation im Rückzug

Nach der Schlacht von Stalingrad, schließlich nach der Niederlage bei Kursk im Juli 1943 wurden die Zukunftsaussichten der Wehrmacht endgültig zunichte gemacht. Zwar griff man nun verstärkt zur propagandistischen Bearbeitung der Einheimischen, zur Schaffung von Anreizen für die Kollaboration. Die Lage der Einheimischen blieb jedoch konstant schlecht, ja verschlimmerte sich regional noch. Statt die Ernährung der Stadtbevölkerung zu verbessern, stellte die Wirtschaftsverwaltung die Rationierung um und koppelte sie an die Arbeitsplätze oder an die Musterung von Arbeitskräften. Die Razzien auf Zwangsarbeiter verschärften sich, immer jüngere Jahrgänge gerieten ins Visier der Suchtrupps. Zusätzlich wurden bei den Heeresgruppen Mitte und Nord Zwangsarbeitskolonnen, sogenannte Zivilarbeiterabteilungen, gebildet. Die dort eingesetzten Menschen hatte man von ihren Kindern getrennt, die man nicht selten in eigene Kinderlager steckte, und sie selbst wurden völlig unzureichend behandelt. Mit dem Herannahen der Roten Armee mobilisierte das deutsche Militär die letzten Arbeitskräfte, vor allem Frauen; Zehntausende mussten bis zur Erschöpfung Verteidigungsanlagen um die großen Städte ausheben⁵³.

In eine verzweifelte Lage gerieten nun die Evakuierten. Seit Dezember 1941 hatte die Wehrmacht immer wieder Bevölkerungsteile bei Rückzügen zwangsevakuiert, oft auch zur breiten Räumung des Gefechtsfeldes. Seit Frühjahr 1943 war die Besatzungsmacht bestrebt, möglichst alle potenziellen Arbeitskräfte, unter Umständen sogar die ganze Bevölkerung mitzunehmen. Wieder taten sich hier die Heeresgruppen Nord und Mitte hervor. Etwa 2,5 Mio. Menschen wurden aus ihren Wohnungen getrieben und mussten unter erbärmlichen Bedingungen Richtung Westen marschieren. Wer sich weigerte mitzukommen, dem drohte

⁵² Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 591 ff.; Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül, S. 259 ff.

⁵³ Nicholas Terry, *The German Army Group Center and the Soviet Civil Population 1942–1944*, Diss. phil. Univ. London 2005.

unter Umständen die Ermordung. Sie wurden weder unterwegs noch an den Aufangorten richtig ernährt. Vielen suchten deshalb die Flucht aus den Trecks, die oftmals gelang, weil die Wehrmacht zu wenig Bewacher aufbieten konnte. Doch auch wer zurückblieb, geriet in eine ausweglose Lage, da die Wehrmacht beim Rückzug systematisch die ganze Infrastruktur zerstörte und Vorräte mitnahm. Bisweilen wurden ganze Ortschaften verbrannt, um nichts in die Hände der Roten Armee fallen zu lassen⁵⁴. In mindestens einem Fall, im weißrussischen Osariči, richtete die Wehrmacht ein Evakuiertenlager ein, in dem die Verschleppten zu Tausenden zugrunde gingen, viele sogar erschossen wurden⁵⁵.

Während also der Ausbau der militärischen Kollaboration auf Hochtouren lief, bedeutete die Rückzug der Wehrmacht für die meisten Einwohner weiteres Leid. Wie schon 1941 wiederholte sich der Mechanismus, dass die Wehrmacht, wenn sie sich in Schwierigkeiten wähnte, diese gewalttätig auf die Einheimischen abzuwälzen suchte. Deshalb war die Mehrheit der Bevölkerung erleichtert darüber, von der Roten Armee befreit zu werden, wenn dies auch die Rückkehr des Stalinismus bedeutete.

Als Resümee dieser kursorischen Darlegungen lässt sich also feststellen:

1. Die militärische Führung akzeptierte frühzeitig ein Mordprogramm, das aus mehreren Elementen bestand: der eigenständigen Tötung bestimmter Kriegsgefangener, der Tötung von bestimmten Gruppen von Zivilisten durch SS und Polizei, und massiver Repressalien im Falle jeglichen Widerstands. Während letzteres sich bereits im Polenfeldzug, noch konkreter im Balkanfeldzug abgezeichnet hatte, stellten die gezielt geplanten Tötungen ein Novum dar.

2. In den ersten Wochen des Feldzuges differenzierten sich diese Planungen in der Praxis, oben bei der Führung wie unten bei der Truppe, mit ideologisch bestimmten Repressalien, einer Ausweitung der Opfergruppen unter den Kriegsgefangenen und einer deutlichen Radikalisierung auf Seiten der Polizei. Diese wurde von weiten Teilen der Militärführung mitgetragen.

3. Der entscheidende Wendepunkt kam dann im September/Oktober 1941. Als der Feldzug nicht mehr nach Plan verlief, wurde die ohnehin erbärmliche Lage der Kriegsgefangenen noch einmal verschlechtert. Alltägliche Gewalt, Massenmorde beim Transport, mangelhafte Unterbringung und schließlich die Senkung der Rationen für die „Nicht-arbeitsfähigen“ führten binnen kurzem zum Tod der meisten Gefangenen. Im Herbst/Winter 1941 verschärfte sich auch das Vorgehen der Fronttruppen gegen die Bevölkerung, zumal in den Gebieten, in denen Widerstand spürbar wurde und dort, wo die Front zum Stillstand kam⁵⁶. Der Großteil der Militärverwaltung unterstützte die Ausdehnung der Massenmorde auf jüdische Frauen und Kinder, ebenso wie die Auslieferung von Kriegsgefangenen zum Zwecke der Erschießung systematisiert wurde. Kritische Stimmen, die nun auftauchten, kamen kaum zur Geltung.

⁵⁴ Rolf-Dieter Müller, Es begann am Kuban. Flucht- und Deportationsbewegungen in Osteuropa während des Rückzugs der deutschen Wehrmacht 1943/44, in: Robert Streibel (Hrsg.), *Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung*, Wien 1994, S. 42–76.

⁵⁵ Christoph Rass, „Menschenmaterial“: Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939–1945, Paderborn u. a. 2003, S. 386–402; G. D. Knat'ko u. a. (Hrsg.), *Založniki vermachta (Ozariči – lager' smerti)*. Dokumenty i materialy, Minsk 1999.

⁵⁶ Vgl. Rass, „Menschenmaterial“, S. 348 ff.

4. Zwar ist die Radikalisierung der Wehrmacht vor dem Hintergrund des unvorhergesehenen Kriegsverlaufs zu sehen, jedoch weniger in Zusammenhang mit anderen exogenen Faktoren wie etwa den Verbrechen des NKVD oder einer *militärischen* Bedrohung durch Partisanen. Wollte man den riskanten Blitzkrieg schon von Anfang an mit maximaler Gewalt führen, so verschärfte sich diese Einstellung nach dessen vorläufigem Scheitern zunächst noch einmal bei den meisten Einheiten.

5. Erst als sich im November/Dezember 1941 abzeichnete, dass der Krieg auf unbestimmte Zeit andauern würde, setzten die Überlegungen zu einer grundsätzlichen Modifizierung der Gesamtstrategie ein. Freilich konzentrierten sich diese auf die Kriegsgefangenen und die nichtrussische Zivilbevölkerung. Ein grundlegender Wandel trat nicht ein, und der Mord an den Juden wurde unvermindert weiter unterstützt.

6. In den Jahren 1942/43 veränderte sich vor allem die Gewalt bei der Partisanenbekämpfung, insbesondere bei den „Großunternehmen“ im Mittelabschnitt und angrenzenden Gebieten. Die Rekrutierung von Arbeitskräften trat immer mehr in den Vordergrund. Mit den Rückzügen ab Frühjahr 1943, besonders ab 1944 verschärfte sich die Gewalt gegen die verbliebene Bevölkerung noch einmal deutlich. Unter Militärverwaltung starben in der Sowjetunion mindestens eine Million Zivilisten, zudem zeichnet das deutsche Militär für den Tod von etwa drei Millionen sowjetischer Kriegsgefangener verantwortlich.

Die Rolle der Wehrmacht bei dieser Eskalation der Gewalt ist nicht durchweg eindeutig zu bestimmen, zu schlecht ist oft die Quellenüberlieferung, zu komplex die Zusammenhänge. Das Militär stellte auch 1941 noch den letzten Machtfaktor neben dem NS-Apparat; freilich hat es sich diesem weitgehend angeschlossen; interne Kritik war zwischen Juni 1940 und August 1941 kaum zu spüren. Zu differenzieren ist zwischen den verschiedenen Funktionsbereichen: der Militärverwaltung samt Sicherungstruppen, den Fronttruppen und der Wirtschaftsorganisation. Die Funktionen waren unterschiedlich, die politische Sozialisation und Einstellung des Personals dieser Bereiche aber doch recht ähnlich. Innerhalb der Wehrmacht herrschte ein hohes rassistisches und antikommunistisches Gewaltpotential, das freilich einer starken hierarchischen Steuerung und Disziplinierung unterworfen war. Erst die entscheidende Impulse der Spitzenbehörden, z.T. auch der Oberkommandos, öffneten den Weg zu eigenständigen Massenmorden und zur systematischen Zusammenarbeit mit dem SS- und Polizeiapparat. Über ein bestimmtes Ausmaß an Gewalt gegen Zivilisten herrschte in der Armee Konsens, insbesondere über die Bereitschaft zur Verübung von exorbitanten Massakern für geringste Widersetzlichkeiten, und über die bevorzugte Auswahl von Juden und Russen als Repressalopfer. In größerer Perspektive gesehen, hat es den Anschein, als ob die Wehrmacht einige der Gewaltstrukturen übernahm, die im Polenfeldzug noch bei SS und Polizei vorgeherrscht hatten. Erst spät und inkonsequent wurde seit Ende 1941 eine Eindämmung der Massenmorde an Kriegsgefangenen und nichtjüdischen Zivilisten diskutiert, zunächst mit wirtschaftlichen, dann mit politisch-strategischen Argumenten. Weiterhin galt ein Auseinanderdriften von offiziellen Verhaltensmaßregeln und tatsächlicher Gewalt, die insbesondere bei Auftreten der – selbst produzierten – „bitteren Notwendigkeiten“ weiter betrie-

ben wurde. Für jede Gewaltmaßnahme war auch gleich eine Legitimierungsstrategie parat, ob präventive Sicherheit, Repressalie oder Engpass in der Versorgung. Als sich 1944/45 die Niederlage abzeichnete, konnte dann aus diesen internen Diskussionen das Bild einer „sauberen“ Wehrmacht konstruiert werden⁵⁷.

⁵⁷ Einen guten Überblick über das tatsächliche Meinungsspektrum in der Generalität vermitteln die britischen Abhöprotokolle: Sönke Neitzel (Hrsg.), *Abgehört. Deutsche Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942–1945*, München 2005; für die Soldaten generell: Rafael A. Zagovec, *Gespräche mit der „Volksgemeinschaft“*. Die deutsche Kriegsgesellschaft im Spiegel westallierter Frontverhöre, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Band 9/2, München 2005, S. 289–381.



Generaloberst Georg von Küchler und Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb auf vorgeschobenem Beobachtungsposten vor Leningrad, Oktober 1941

(Quelle: Bundesarchiv Bild 183-2007-0316-504)

Johannes Hürter

Die Wehrmacht vor Leningrad

Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42

Kaum war die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der Zweite Weltkrieg, beendet, begann die bis heute währende Debatte um Anteil und Schuld der Wehrmacht an dieser Katastrophe. Das Urteil irrlichterte von Anfang an zwischen den Extremen der „sauberen Wehrmacht“ und der „verbrecherischen Wehrmacht“ hin und her. Die Vermittlung eines differenzierten Geschichtsbilds in der Öffentlichkeit ist nach wie vor schwierig. Und selbst bei Historikern besteht eine große Unsicherheit über die Einordnung der Wehrmacht in Krieg und Diktatur. Die Schwierigkeiten der Deutung fangen meist schon bei der Frage an, wer „die Wehrmacht“ überhaupt war. Ist damit zuerst die oberste militärische Führung, also Hitler und das Oberkommando der Wehrmacht (OKW), gemeint oder die Spitze der einzelnen Wehrmachtsteile, d.h. das Oberkommando des Heeres (OKH), die Luftwaffenführung und das Oberkommando der Kriegsmarine (OKM)? Spricht man vorrangig die obere Truppenführung an, im Heer also die Generalität vom Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe bis zum Kommandeur einer Division? Oder bezieht sich der Begriff vor allem auf die „einfachen Soldaten“, die Truppe? Inwieweit wird durch ihn auch die Luftwaffe, die Marine, die Waffen-SS bezeichnet? Viele sehen in der Wehrmacht die Gesamtorganisation vom Obersten Befehlshaber Hitler bis zum Gefreiten. Doch wie sind „das“ Denken und „das“ Handeln dieser insgesamt 18 Millionen Soldaten zu fassen? Wie ansteigend schwer ist es schon, von „der“ Wehrmachtsführung, „der“ Generalität, „dem“ Generalstab, „dem“ Offizierskorps und „der“ Truppe zu sprechen. Natürlich muss der Historiker generalisieren. Doch kann das nichts daran ändern, dass es „die Wehrmacht“ als geschlossenen, leicht zu fassenden Block nie gab und dass unter diesem Sammelbegriff meist ganz unterschiedliche Teile des militärischen Apparats gemeint werden.

Dieser Beitrag greift aus dem fast unüberschaubaren Geflecht von Institutionen und Persönlichkeiten einen Ausschnitt heraus und konzentriert sich außerdem auf den sowjetischen Kriegsschauplatz. Am Beispiel der 18. Armee vor Leningrad von September 1941 bis Januar 1942 soll untersucht werden, wie sich ein Großverband der Wehrmacht abseits des Gefechts gegenüber Zivilisten und Kriegsgefangenen verhielt¹. Damit gerät die Frage der Ernährung, besser gesagt der Nicht-

¹ Die Eckdaten des Zeitausschnitts sind einmal der Übergang der 18. Armee zum Stellungs- und Be-

ernährung und des Hungers², in den Mittelpunkt, denn in den hier behandelten Monaten wurde diese Frage für die 18. Armee zur Wegscheide zwischen einer „normalen“ und einer „verbrecherischen“ Besatzungspolitik. Die Pläne für die 3-Millionen-Stadt Leningrad sowie die Behandlung der Bevölkerung und der Kriegsgefangenen im Armeegebiet erhielten symptomatische Bedeutung. Dabei wurde das Verhalten der Wehrmachtseinheiten maßgeblich vom Armeeoberkommando bestimmt. Daher muss zunächst die Zusammensetzung und Funktion dieser maßgeblichen Kommandobehörde erläutert werden, bevor ihr Handeln analysiert werden kann. Die „Politik“ der Armee bzw. ihres Oberkommandos war auch von den Vorgaben der vorgesetzten politischen und militärischen Instanzen abhängig. Eine wichtige Frage wird daher sein, wie das Verhältnis von Erwartungen, Plänen und Befehlen der obersten Führung auf der einen Seite und von Handlungsspielräumen, Notlagen und Aushilfen der Armee vor Ort auf der anderen Seite war. Die folgende Fallstudie wird das historiographische Problem der Standortbestimmung der Wehrmacht zwischen Kriegführung und Verbrechen nicht lösen können. Vielleicht vermag sie aber einige Anregungen dafür zu geben, dass man über die Untersuchung einer Armee und dann – als nächsten Schritt – den Vergleich mehrerer Armeen der Klärung dieses Problems erheblich näher käme³.

1. Armee und Armeeoberkommando

Die Armee war ein eigentümliches, fast amorphes Gebilde. Ständig wurden Stäbe verlegt oder ausgetauscht, Divisionen herausgezogen oder zugeführt, Frontabschnitte von Nachbararmeen übernommen oder an sie abgegeben, so dass die Zusammensetzung der Armee dauernd im Fluss war. Selbst für die 18. Armee, die von September 1941 bis Januar 1944 ohne große Bewegungen im Gebiet vor Leningrad verharnte, sind diese Veränderungen Monat für Monat in ihrer Gliederung erkennbar⁴. In ihrer Leningrader Zeit bestand die Armee aus insgesamt 10 verschiedenen Korps und 47 verschiedenen Divisionen. Diese Zahl war noch gering im Vergleich zu den Armeen in den bewegteren Bereichen der Heeresgruppen Mitte und Süd, zeigt aber, wie wenig von einem einheitlichen Großverband die Rede sein kann. Immerhin standen von den drei Korps und zehn Divisionen, mit denen die 18. Armee am 22. Juni 1941 zum Ostfeldzug antrat, ein Jahr später

lagerungskrieg vor Leningrad Mitte September 1941, zum anderen das Revirement in der Besetzung des Armeeoberkommandos Mitte Januar 1942.

² Auf die Bedeutung der Ernährung für die deutsche Besatzungspolitik im Osten hat – am Beispiel Weißrusslands und in Anknüpfung an die Forschungen Rolf-Dieters Müllers – Christian Gerlach eindringlich, wenn auch teilweise zugespitzt hingewiesen. Vgl. ders., *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999. Dabei behandelt Gerlach die Verhältnisse in den Armeebereichen aber nur am Rande.

³ Wissenschaftliche Beschäftigungen mit den Armeen fehlen bisher. Einzige Ausnahme ist der anfechtbare Aufsatz von Bernd Boll/Hans Safrian, *Auf dem Weg nach Stalingrad. Die 6. Armee 1941/42*, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*, Hamburg 1995, S. 260–296.

⁴ Vgl. Georg Tessin, *Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945*, Bd. 4: *Die Landstreitkräfte 15–30*, Frankfurt a.M. [o.J.], S. 80–83.

wieder alle Korps und acht Divisionen unter dem Befehl der 18. Armee, nachdem dieser Stamm zwischendurch auf ein Korps und vier Divisionen abgesunken war. Die Anzahl der Divisionen schwankte aber allein im ersten Jahr zwischen nur fünf Divisionen am 7. August 1941 und fünfundzwanzig Divisionen am 11. Mai 1942. Noch verwirrender wird es, wenn man die Zusammensetzung der Armeekorps verfolgen will. Die einem Korps unterstellten Verbände wechselten noch häufiger als die der Armee, nur der Stab, das Generalkommando, blieb. Doch auch bei der Armee war die eigentliche Konstante nicht die Truppe, sondern – unterstützt durch wenige Nachschub-, Nachrichten- und Sicherungseinheiten – das Oberkommando, das sich meist über Monate, manchmal über Jahre hinweg personell wenig veränderte. Die Heeresgruppe, die Armee, das Armeekorps und auch die leitenden Dienststellen in den rückwärtigen Heeres- und Armeegebieten waren eher Stäbe und Abschnitte als Verbände. Erst die Division bildete eine relativ geschlossene Kampfeinheit und damit den Bezugspunkt für den Frontsoldaten, während sich der Generalstabsoffizier stärker an den höheren Stäben der Heeresgruppen, Armeen und Korps orientierte.

Unter diesen höheren Stäben war das Armeeoberkommando für einen ehrgeizigen Offizier der bei weitem attraktivste. Von diesem Einsatzort aus konnte man unmittelbar am Kriegsgeschehen teilnehmen und dennoch die Gesamtlage im Auge behalten. Zu den höchsten Instanzen war eine direkte Verbindung möglich, und dennoch bot der räumliche Abstand zu ihnen genügend Spielraum und Profilierungschancen. Während das Oberkommando der Heeresgruppe durch seine operative Fixierung auf einen verhältnismäßig großen Raum dem Front- und Besatzungsalltag schon stark entrückt war und das Generalkommando eines Armeekorps hauptsächlich auf die taktische Führung in einem relativ kleinen Gefechtsgebiet beschränkt blieb, war beim Armeeoberkommando das Verhältnis von Nähe und Ferne sowohl zur Front als auch zu den grundsätzlichen Entscheidungen am grünen Tisch so ausgewogen, dass nach beiden Seiten ein gewisses Maß an Kompetenz und Freiheit gewahrt werden konnte. Das Armeeoberkommando besetzte damit eine Schlüsselstellung zwischen den Befehlen und Weisungen aus dem Führerhauptquartier, dem Oberkommando des Heeres und der Heeresgruppe einerseits und der Umsetzung dieser Vorgaben vor Ort andererseits. Es gebot über Einsatz und Schicksal von durchschnittlich etwa 200 000 Soldaten, Hunderttausenden Zivilisten und Zehntausenden Kriegsgefangenen; in ihm liefen alle Fäden von oben und unten zusammen; sein Befehlsbereich war wie ein Mikrokosmos des Krieges, in dem sich alle Probleme der deutschen Kriegführung bündelten: Gesamtstrategie, Operation, Taktik, Logistik, Besatzungspolitik.

Um so erstaunlicher ist es, dass diese wichtige Institution bisher in der Literatur kaum und nur nebenbei beschrieben wurde⁵. Man muss schon auf die Wehrmachtsdruckschriften oder Archivmaterial zurückgreifen, um über Aufbau und Funktion eines Armeeoberkommandos genau informiert zu werden. Die Grundsätze und Gliederungen der oberen Führung waren dem Wehrmachtsoffizier na-

⁵ Selbst Rudolf Absolon, *Die Wehrmacht im Dritten Reich*, Bd. 1–6, Boppard a. Rh. 1969–1995, geht auf die Befehlsbefugnisse und Gliederung der Armeeoberkommandos nicht näher ein. Am besten noch: Burkhart Müller-Hillebrandt, *Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues*, Bd. 1: *Das Heer bis zum Kriegsbeginn*, Darmstadt 1954, S. 84–92.

türlich vertraut, während sie heute selbst vielen Spezialisten fremd zu sein scheinen. Nach der maßgeblichen Heeresdruckvorschrift (H.Dv.) 300/1 „Truppenführung“ vom 17. Oktober 1933 waren die Heeresgruppen, Armeen, Korps und Divisionen gemischte Verbände, die über die Mittel zur selbständigen Durchführung von Gefechtsaufgaben und zur eigenen Versorgung verfügten⁶. Die Führung dieser Verbände wurde als „obere Führung“ bezeichnet und von der „unteren Führung“ der Regimenter, Bataillone und Kompanien abgegrenzt. Der oberen Führung übergeordnet waren die oberste Führung, also Hitler als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht und das OKW, sowie die Heeresführung, d.h. der Oberbefehlshaber des Heeres und das OKH. Das wichtigste Instrument der oberen Führung waren die den genannten Verbänden vorangestellten Stäbe, die „Kommandobehörden“. Wie der Name schon nahelegt, ähnelten diese militärischen Dienststellen eher zivilen Behörden als dem Klischee eines kleinen Stabes auf dem Feldherrnhügel. Entsprechend war ihr Dienst genau geregelt. Die wichtigste Vorschrift war der „Rote Esel“, wie das „Handbuch für den Generalstabdienst im Kriege“ vom 1. August 1939 wegen seines roten Einbands genannt wurde⁷. Die oberen Führer und ihre Gehilfen verwendeten diese „Bibel“ der Generalstabsoffiziere als ständiges Nachschlagewerk.

Während das Divisionskommando, das Generalkommando eines Armee-korps und zunächst auch das Oberkommando einer Heeresgruppe⁸ in ihrer Organisation und personellen Stärke noch recht überschaubar waren, glich das Armeeoberkommando einem kleinen Ministerium. Im Oberkommando der 18. Armee (AOK 18) arbeiteten bis an die 100 Offiziere, 130 Unteroffiziere, 25 Beamte und einige hundert weitere Wehrmachtsangehörige, vom Fahrer über den Koch bis zum Flaksoldaten. An der Spitze trug der Armeeoberbefehlshaber wie ein Minister die alleinige Verantwortung. Ihm unterstanden der Chef des Generalstabs wie ein Staatssekretär und die Leiter der einzelnen Abteilungen wie Ministerialdirektoren, denen wiederum mehrere Referate und Referenten unterstellt waren. In den ersten vier Monaten des deutsch-sowjetischen Krieges war das AOK 18 eine mobile Behörde, die in der Phase des Vormarsches zehnmal das Quartier wechselte und ihren Geschäftsbetrieb häufig improvisieren musste⁹. Doch am 20. September 1941, als das Hauptquartier in den Gebäuden eines Lungensanatoriums in Bol'shevo nahe Staro Siverskaja (heute: Siverskij) 45 km südlich der Hauptkampflinie seinen festen Standort fand¹⁰, wurde es gewissermaßen zum stationären

⁶ H.Dv. 300/1: Truppenführung, Teil 1, Berlin 1936, S. 6–8.

⁷ H.Dv.g 92: Handbuch für den Generalstabdienst im Kriege, Teil 1, Berlin 1939. Für den Quartiermeisterdienst außerdem wichtig: H.Dv.g 90: Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diese Heeresdruckvorschriften und auf die Akten der 18. Armee, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA), RH 20-18.

⁸ Die Oberkommandos der Heeresgruppen erhielten erst 1942 eigene Oberquartiermeisterabteilungen, die Heeresgruppe Nord im März, die Heeresgruppe Mitte erst im September. Zuvor waren die Fragen der Logistik und Besatzungspolitik vorwiegend von den Außenstellen des Generalquartiermeisters und den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete bearbeitet worden, so dass die Oberkommandos der Heeresgruppen fast rein operative Stäbe waren. Vgl. auch Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 152f.

⁹ Die Standorte des Hauptquartiers sind den Kriegstagebüchern (KTB) der Abt. Ia zu entnehmen, in: BA-MA, RH 20-18.

¹⁰ Vgl. auch das KTB Ia der Panzergruppe 4, 3. 9. 1941, deren Kommando vor dem AOK 18 in diesen Räumlichkeiten Quartier machte, in: BA-MA, RH 21-4/14: „Der Stab ist in einer ehemaligen Lun-

Kriegs- und Besatzungsministerium des nun für mehr als zwei Jahre von der Armee kontrollierten Gebiets vor Leningrad.

Die Organisation eines Armeeoberkommandos soll am Beispiel der 18. Armee etwas näher beschrieben werden. Der Oberbefehlshaber der 18. Armee war Generaloberst Georg von Küchler¹¹, ein erfahrener Artillerist alter Schule, der in seinem 61. Lebensjahr stand. Nach den Dienstvorschriften lag bei ihm als „oberem Führer“ die alleinige Entscheidung und Verantwortung in seinem Befehlsbereich¹². Die Offiziere und Beamten des Stabs waren lediglich seine „Gehilfen“, an ihrer Spitze der Chef des Generalstabs, Oberst i.G. Wilhelm Hasse¹³, der „auf allen Gebieten der erste Berater des oberen Führers“ war¹⁴. Er konnte den Oberbefehlshaber bei Abwesenheit vertreten, was aber an dessen alleinigen Verantwortung nichts änderte. Der Chef des Generalstabs war verpflichtet, „dem oberen Führer von allen dienstlichen Angelegenheiten Kenntnis zu geben, die für ihn von Bedeutung sind“¹⁵. Diese Bestimmung war allerdings recht vage gehalten und zeigt den in der modernen Bürokratie evidenten Widerspruch zwischen der Verantwortung des Behördenleiters und einem reibungslosen Geschäftsbetrieb, der gerade bei einer militärischen Behörde im Krieg unerlässlich war.

Natürlich konnte der Armeeoberbefehlshaber nicht über alle Vorgänge in seinem Befehlsbereich informiert sein und nicht über alles entscheiden. Sein Stab und besonders sein Stabschef sollten ihn daher von allen Angelegenheiten geringerer Bedeutung entlasten, damit er sich auf die großen Entscheidungen konzentrieren konnte – und die betrafen in einem Feldzug in erster Linie die militärischen Operationen. Welche Vorgänge unterhalb der rein militärischen Ebene dem Oberbefehlshaber zur Kenntnis gebracht oder sogar zur Entscheidung vorgelegt wurden, war letztlich Ermessenssache. Der Oberbefehlshaber musste seinem „Chef“, bei dem die gesamte Tätigkeit des Stabs zusammenlief, in dieser Hinsicht blind vertrauen¹⁶. Ihrer „Ehe“ kam somit große Bedeutung zu. Der obere Führer war der Generalist, der im zunehmend spezialisierten und immer weitere Bereiche umfassenden Kriegshandwerk auf die Hilfe vieler Spezialisten angewiesen war. Deren Arbeit wurde durch den Chef des Generalstabs organisiert, so dass nur ein ständiger vertrauensvoller Gedankenaustausch mit diesem wichtigsten Berater gewährleisten konnte, dass der Oberbefehlshaber einen gewissen Überblick über seinen Befehlsbereich behielt. Dass dabei vieles informell, nebenbei und mündlich

genheilanstalt untergebracht, mit fließendem Wasser und Zentralheizung. Ein ganz ungewohntes Quartier.“

¹¹ Georg von Küchler (1881–1968), Generaloberst, November 1938–Januar 1942 Oberbefehlshaber der 18. Armee, Januar 1942–Januar 1944 der Heeresgruppe Nord (8. 7. 1942 Generalfeldmarschall). Vgl. John McCannon, Generalfeldmarschall Georg von Küchler, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Hitlers militärische Elite*, Bd. 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998, S. 138–145.

¹² Vgl. H.D.v.g 92, S. 14–18, besonders S. 14 f.

¹³ Wilhelm Hasse (1894–1945), Oberst i.G., Dezember 1940–Januar 1942 Chef des Generalstabs der 18. Armee, Januar 1942–Januar 1944 der Heeresgruppe Nord, zuletzt Oberbefehlshaber der 17. Armee (General der Infanterie).

¹⁴ H.D.v.g 92, S. 14.

¹⁵ Ebenda, S. 15.

¹⁶ Vgl. auch ebenda, S. 14 f.: „Enges Vertrauensverhältnis zwischen beiden ist als dauerhafte Grundlage für die gedeihliche Arbeit der Kommandobehörde unentbehrlich.“

entschieden wurde, macht es nicht einfacher, das Verhältnis von formaler Verantwortung und tatsächlicher Verantwortlichkeit zu bestimmen.

Es ist interessant, dass der Widerspruch zwischen der Last der Verantwortung und dem Zwang zur Delegation in der modernen arbeitsteiligen Welt später der Selbstrechtfertigung der Generäle diene. Die Befehlshaber behaupteten nach dem Krieg, über viele – und natürlich gerade die unangenehmen – Ereignisse in ihrem Befehlsbereich nicht informiert gewesen zu sein, und die Generalstabschefs verwiesen auf die alleinige Verantwortung der Befehlshaber, so dass am Ende alle ihre Hände in Unschuld wuschen. Eine solch stereotype Argumentation brachte die Richter und Anklagevertreter der Nürnberger Nachkriegsprozesse schier zur Verzweiflung, zumal sie schwer zu widerlegen war. Auch der im „OKW-Prozess“ gegen führende Generäle angeklagte Kuchler betonte nachdrücklich, dass er nicht über alle Vorkommnisse orientiert sein konnte¹⁷: „Meine Hauptaufgabe war ja die Führung des Kampfes, und ich war viel draussen bei der Truppe, sodass auch schon aus diesem Grunde viele laufende Aufgaben vom Chef oder vom Oberquartiermeister erledigt werden mussten, ohne dass sie mir vorgetragen wurden. Es war Krieg und besondere Verhältnisse, die mit Friedenszeiten nicht zu vergleichen sind.“

Tatsächlich war der Armeeoberbefehlshaber überwiegend mit der Leitung der Operationen ausgelastet und hielt sich häufiger bei den unterstellten Korps und Divisionen auf als der Generalstabschef, der vornehmlich mit den Stabsgeschäften befasst war und neben den operativen Maßnahmen auch die Verwaltungs- und Versorgungsangelegenheiten im Armeebereich überblicken musste. Allerdings führte die Konzentration auf den Kampf nur selten so weit, dass sich der Armeeoberbefehlshaber überhaupt nicht mehr mit anderen Belangen beschäftigen konnte. Wie noch zu zeigen ist, wurde Kuchler bei wichtigen Entscheidungen, die sich auf die Behandlung der Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen oder andere Vorgänge im Gebiet rückwärts der Hauptkampflinie bezogen, immer wieder auch persönlich von seinen „Gehilfen“ in die Verantwortung genommen, so dass die nachträglichen Entlastungsversuche durch eine eigentümliche Mischung aus Dichtung und Wahrheit gekennzeichnet sind. Letztlich war und blieb der Oberbefehlshaber die verantwortliche und ausschlaggebende Instanz im Armeeoberkommando.

Nach den Generalisten, dem Oberbefehlshaber und seinem „Chef“, kamen die Spezialisten, die Abteilungsleiter und ihre Mitarbeiter. Es zeigt die Bedeutung eines Armeeoberkommandos, dass ihm neben dem Chef des Generalstabs allein sechs weitere Generalstabsoffiziere angehörten. Diese gezielt für den oberen Stabsdienst ausgebildeten, mit dem stolzen Zusatz „i.G.“ (im Generalstab) versehenen und durch karmesinrote doppelte Hosenstreifen und Kragenspiegel gekennzeichneten Offiziere galten als Elite des Offizierskorps und erste Anwärter

¹⁷ Records of the United States Nuernberg War Crimes Trials, Case XII, Verhandlung vom 29. 4. 1948, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), MB 31, Bd. 37, S. 2946f. Vgl. auch die Verhandlung vom 27. 4. 1948, in: Ebenda, S. 2830: Die „eigentliche einzige Aufgabe, die ich hatte, war der Kampf, und an dieser Kampffront, da brannte es allenthalben“. Daher sei es selbstverständlich gewesen, „dass man für die Geschehnisse, die weiter ab lagen, die hinten lagen, die man eigentlich in guten Händen wusste, in Händen wusste, die die Sache schon nach richtigen Gesichtspunkten handhaben würden, dass man sich um die wenig kümmerte“.

auf die höchsten Stellungen im Heer. Der dritte Mann in der Hierarchie des Armeeoberkommandos war der 1. Generalstabsoffizier (Ia)¹⁸. Er leitete die Führungsabteilung, in der die Angelegenheiten der Truppenführung bearbeitet wurden. Seine Zuständigkeit für operative und taktische Fragen machte ihn zum nach dem Chef engsten Mitarbeiter des oberen Führers. Ihm assistierte der 3. Generalstabsoffizier (Ic)¹⁹, der die Unterabteilung für Feindnachrichten führte und täglich über das durch die Aufklärung gewonnene Feindbild vortragen musste. Dagegen hatte der dem Nachrichtenoffizier unterstellte Abwehroffizier (Ic/AO) nur selten direkten Zugang zum Oberbefehlshaber²⁰, obwohl sein Tätigkeitsbereich für die Gestaltung der Besatzungspolitik von einiger Bedeutung war: Spionage- und Sabotageabwehr, Propaganda, Presse, Zensur, politische Fragen. Doch mit solchen abseits der Operationsführung liegenden Fragen sollte der Oberbefehlshaber so wenig wie möglich belastet werden.

Das galt auch für den Komplex Nachschub, Versorgung und Besatzung, für den die Oberquartiermeisterabteilung zuständig war. Diese Abteilung war die weit größte des Armeeoberkommandos und stand in ihrem Prestige dennoch deutlich im Schatten der Führungsabteilung. Sie war räumlich von den anderen Abteilungen getrennt und hatte ihr eigenes Quartier in Novo Siverskaja, einige Kilometer von Bol'shevo entfernt. Der Oberquartiermeister (O.Qu.), Oberst i.G. Wolfgang Bucher²¹, musste dem Oberbefehlshaber oder dem Generalstabschef regelmäßig Vortrag über die Versorgungslage halten, hatte aber in seinem Bereich recht große Freiheiten und stand in direkter Verbindung zum Generalquartiermeister, besaß also Immediatstellung zum OKH. Doch auch hier bedurften alle wichtigen Entscheidungen der Zustimmung des Armeeoberbefehlshabers. Die maßgeblichen Mitarbeiter des Oberquartiermeisters und Leiter der wichtigsten Unterabteilungen waren der 2. Generalstabsoffizier, der Quartiermeister 1 (Qu. 1), und der 5. Generalstabsoffizier, der Quartiermeister 2 (Qu. 2)²². Der Quartiermeister 1 organisierte die Versorgung der Armee und den Einsatz der Nachschubdienste, der Quartiermeister 2 war für die Sicherung des Armeegebiets (gemeinsam mit dem Ic/AO), den Einsatz der Ordnungs- und Straßenbaudienste, die Fragen der vollziehenden Gewalt, die Ausnutzung des Landes und das Gefangenwesen zuständig. Er saß damit an einer Schaltstelle der Besatzungspolitik²³.

Auf die zahlreichen weiteren Teile des Armeeoberkommandos – die Waffenoffiziere (Armeenachrichtenfürher, Armeepionierführer, Bevollmächtigter Transportoffizier u. a.), die Adjutantur, der Kommandant des Hauptquartiers, der Ver-

¹⁸ Mauritz Freiherr von Strachwitz (1898–1953), Oberstleutnant i.G., Oktober 1940–Januar 1942 Ia der 18. Armee, zuletzt Divisionskommandeur (Generalleutnant).

¹⁹ Werner Richter (*1906), Major i.G., Juli 1940–Dezember 1942 Ic der 18. Armee, zuletzt Ia der Heeresgruppe Nord (Oberst).

²⁰ Der Abwehroffizier war kein Generalstäbler. Der 4. Generalstabsoffizier (Id) war in der Führungsabteilung mit Ausbildungs- und Organisationsfragen betraut. Die übrigen drei Generalstabsoffiziere arbeiteten in der Oberquartiermeisterabteilung.

²¹ Wolfgang Bucher (1898–1944, gefallen), Oberst i.G., September 1940–Februar 1942 Oberquartiermeister der 18. Armee, zuletzt Regimentskommandeur.

²² Major i.G. Pitschmann, bei Abwesenheit vertreten von Major d.R. Konstanz Jaraczewski.

²³ Unterstützt wurden die Quartiermeister vom Armeointendanten (IVa) und seinen Beamten, die sich um die Verpflegung und Verwaltung sowie den Einsatz der Verwaltungsdienste zu kümmern hatten. Außerdem bearbeitete ein Wirtschaftsoffizier (IV Wi) die wehrwirtschaftlichen Fragen.

treter des Auswärtigen Amts, die Ordonnanzen, Propagandaoffiziere, Justizbeamten, Ärzte, Veterinäre, Geistlichen, Feldpostmeister und viele mehr – kann nicht näher eingegangen werden. Sie spielten für die hier zu untersuchenden Fragen höchstens eine untergeordnete Rolle. Die Tätigkeitsbeschreibung der beiden größten Abteilungen hat gezeigt, mit welchen Aufgaben das Armeeoberkommando vorrangig beschäftigt war. Vor allem hatte es nach den Weisungen und Befehlen der obersten Führung und der Heeresgruppe²⁴ die gesamte Kriegführung in seinem Bereich zu leiten und zu organisieren. Zur Kriegführung im Zeitalter des „totalen Krieges“ gehörten neben den klassischen Feldern Operation, Feindaufklärung und Logistik stärker als zuvor auch die Verwaltung, Sicherung und Ausbeutung des besetzten Gebiets. In diesem den meisten Offizieren eher lästigen, ja fremden Grenzbereich zwischen Militär, Politik und Wirtschaft erhielt die Armee in ihrem Operationsgebiet Aufgaben, die eine gefährliche Verbindung zu den Zielen der nationalsozialistischen Kriegspolitik herstellten und deshalb für die retrospektive Beurteilung der Wehrmacht von großer Bedeutung sind. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass diese heute so kontrovers diskutierten Probleme der Besatzungspolitik für die Mehrheit der in einem Armeeoberkommando tätigen Offiziere eher zweitrangig waren.

Die Organisation des militärischen Besatzungssystems in der Sowjetunion und die Kompetenzen der Armeen wurden in den Monaten vor Feldzugsbeginn festgelegt. Die neuen Bestimmungen stützten sich auf die älteren Anordnungen²⁵ über die Befehlsgewalt im Operationsgebiet und ergänzten sie zugleich in einigen wesentlichen Punkten. Bereits am 3. April 1941 wurde grundsätzlich befohlen²⁶: „Im *Armeegebiet* üben die Oberbefehlshaber der Armeen vollziehende Gewalt aus und sind für Sicherung und Ausnutzung des Landes verantwortlich.“ Das *Armeegebiet* war in Gefechtsgebiet und rückwärtiges *Armeegebiet* unterteilt, wobei das Gefechtsgebiet möglichst klein gehalten und „im allgemeinen auf den Bereich der am Feinde befindlichen Divisionen und *Armeekorps*“ beschränkt werden sollte²⁷. Bei der Belagerung Leningrads bestand das Gefechtsgebiet der 18. Armee aus einem recht schmalen Streifen an der Hauptkampflinie (HKL) von nicht mehr als 10 bis 15 Kilometern Tiefe, in dem die Kampf- und Versorgungstruppen der Divisionen sowie die Stäbe der *Armeekorps* lagen. Hier hatten die Kommandierenden Generäle für die Durchsetzung der vollziehenden Gewalt Sorge zu tragen.

Im rückwärtigen *Armeegebiet*, dem anschließenden Gelände von etwa 50 Kilometern Tiefe, waren vor allem der Großteil der rückwärtigen Dienste der Armee (Nachschub-, Verwaltungs-, Sanitäts-, Veterinär-, Ordnungs-, Straßenbau- und Feldpostdienste), das Armeeoberkommando, die Kriegsgefangenenlager sowie

²⁴ In unserem Fall der Heeresgruppe Nord (Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb) mit Hauptquartier in Pleskau.

²⁵ Vgl. vor allem die H.D.v.g 90: Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938, S. 21–35.

²⁶ Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (Besondere Anordnungen für die Versorgung, Anl. 6, Teil C), 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), ausgewählt u. eingel. v. Erhard Moritz, Berlin [Ost] 1970, S. 299–304, hier S. 299. Vgl. auch Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (künftig: DRZW), hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 5/1: Bernhard R. Kroener u. a., Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 80f. (Beitrag Umbreit).

²⁷ H.D.v.g 90, S. 21.

verschiedene Sicherungs- und Polizeikräfte stationiert. In diesem Abschnitt hatte Generalmajor Hans Knuth²⁸ als Kommandant des rückwärtigen Armeegebiets der 18. Armee (Korück 583) die militärische Besatzung nach den Befehlen des Armeeoberkommandos durchzuführen. Dem Korück und seinem Stab standen für seinen Auftrag ständig wechselnde Sicherungstruppen zur Verfügung, Teile von Sicherungsdivisionen, Polizeiverbände, Landeschützenbataillone etc. Außerdem wurden an den wichtigsten Verkehrspunkten Feld- und Ortskommandanturen eingesetzt²⁹. Der Einsatz dieser verschiedenen Verbände erforderte die Zusammenarbeit besonders mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets³⁰, dem u. a. die Sicherungsdivisionen unterstanden, und teilweise auch mit dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) im Bereich der Heeresgruppe Nord³¹.

Die am 3. April 1941 den Armeeoberbefehlshabern aufgetragene Sicherung und Ausnutzung des besetzten Gebiets bezog sich ausdrücklich auf die erste „Sicherung der großen Verkehrswege und die Ausnutzung des Landes für die Bedürfnisse der Truppe zur Entlastung des Nachschubs“³². Die „planmäßige Verwaltung und Ausnutzung des Landes“ sollte dann später nicht durch die Wehrmacht, sondern durch eine Zivilverwaltung erfolgen³³, die allerdings in weiten Gebieten wie etwa dem Raum zwischen dem Peipussee und Leningrad nie eingesetzt wurde. Die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf den Armeeoberbefehlshaber sollte der Armee die Erfüllung dieser Aufträge und Beherrschung des Landes ermöglichen.

Allerdings wurde die vollziehende Gewalt vor Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges eingeschränkt. Umfasste sie nach den älteren Bestimmungen noch die gesamte Staatsgewalt bis auf die Judikative³⁴, kündigte der Befehl vom 3. April 1941 Sonderregelungen für den sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Sektor an³⁵. Bereits am 28. April 1941 erging der Befehl über die „Regelung des Ein-

²⁸ Hans Knuth (1875–1945), Generalmajor z.V., Januar 1941–Juni 1943 Korück 583.

²⁹ Im Bereich der 18. Armee waren dies Ende Dezember 1941 die Feldkommandantur Narva sowie die Ortskommandanturen Narva, Krasnogvardejsk, Siverskaja, Vyrica, Tosno und Ljuban’.

³⁰ Das rückwärtige Heeresgebiet Nord (General der Infanterie Franz von Roques, Hauptquartier Werro) umfasste den Bereich zwischen der Westgrenze der rückwärtigen Armeegebiete der 16. und 18. Armee sowie der Ostgrenze des Reichskommissariats Ostland. Eine Sonderregelung bestand in Estland, das seit dem 5. 12. 1941 von dem Reichskommissariat und der Heeresgruppe gemeinsam verwaltet wurde.

³¹ Bis Ende Oktober 1941 der HSSPF Nordost, Generalleutnant der Polizei Hans-Adolf Prützmann, dann der HSSPF Russland-Nord und Ostland, General der Polizei Friedrich Jeckeln.

³² Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (Besondere Anordnungen für die Versorgung, Anl. 6, Teil C), 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299.

³³ Ebenda.

³⁴ Vgl. H.D.v.g 90, S. 21 f.: „Vollziehende Gewalt umfaßt die gesamte Staatsgewalt unbeschadet der Unabhängigkeit der Rechtsprechung. (D. h. auf die Entscheidung des Richters kann kein Einfluß genommen werden.) Die Inhaber der vollziehenden Gewalt können in ihrem Befehlsbereich Rechtsverordnungen erlassen, die von den bestehenden Gesetzen abweichen. Sie können allen Behörden, soweit sie nicht oberste Reichsbehörden oder oberste preußische Landesbehörden sind, sowie den Dienststellen der NSDAP Weisungen erteilen.“ Die weitgehende Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit über die Zivilbevölkerung durch den Kriegsgerichtsbarkeitserlass vom 13. 5. 1941 schränkte die Unabhängigkeit der Rechtsprechung erheblich ein, indem sie den Offizier statt den Richter zum Herrn über Leben und Tod machte.

³⁵ Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (Besondere Anordnungen für die Versorgung, Anl. 6, Teil C), 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 302.

satzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbands des Heeres“³⁶. Danach sollten im rückwärtigen Armeegebiet zur „Durchführung besonderer sicherheitspolizeilicher Aufgaben außerhalb der Truppe“ Sonderkommandos eingesetzt werden, die ihre fachlichen Weisungen vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD erhielten und den Armeen lediglich „hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung“ unterstellt waren. Sie konnten ihre Aufgaben, die noch recht unbestimmt als Sicherstellung wichtiger Objekte und Einzelpersonen bezeichnet wurden, „in eigener Verantwortlichkeit“ durchführen, waren also der Befehlsgewalt des Armeeoberkommandos entzogen, auch wenn sie zur engen Zusammenarbeit mit dem Ic und dem Abwehroffizier angehalten wurden. Die eigene Verantwortung umfasste ausdrücklich auch Exekutivmaßnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung. Der Armeeoberbefehlshaber konnte nur eingreifen, wenn die Maßnahmen der Sonderkommandos die Operationen zu stören drohten. Obwohl das Armeeoberkommando mit der Geheimen Feldpolizei (dem Ic/AO unterstellt) und der Feldgendarmarie (dem Qu. 2 unterstellt) ihre eigene Sicherheits- und Ordnungspolizei hatte, musste sie es dulden, dass im Armeegebiet eine SS- und Polizeiformation auf eigene Faust operieren konnte, die sich bald als Mordkommando entpuppte³⁷.

Weiter eingeschränkt wurde die vollziehende Gewalt durch die Wirtschaftsorganisation im Osten, die Göring als Beauftragter des Vierjahresplans leitete. Die Wirtschaftsdienststellen waren im Operationsgebiet den Kommandobehörden des Heeres militärisch unterstellt, erhielten aber ihre fachlichen Weisungen vom Wirtschaftsstab Ost³⁸. Diese neu eingerichtete Zentralbehörde wurde militärisch geführt und stand in enger Verbindung zum OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt sowie zum OKH/Generalquartiermeister, war jedoch keine reine Wehrmachtseinrichtung, sondern – wie die Wirtschaftsorganisation Ost überhaupt – ein weitgehend eigenständiges zivil-militärisches Mischgebilde, das sich etwa zur Hälfte aus Fachleuten der zivilen Reichsbehörden und der Wirtschaft rekrutierte. Ihr nachgeordnet waren die drei Wirtschaftsinspektionen, jeweils eine für jede Heeresgruppe, sowie die Wirtschaftskommandos und die Gruppen IV Wi bei den Armeen und Feldkommandanturen. Im Armeegebiet dienten die Wirtschaftsdienststellen der „Unterstützung der Sachbearbeiter des AOK bei der Versorgung der Truppe aus dem Lande“, der „Vorbereitung der späteren allgemeinen wirtschaftlichen Ausnutzung für den Vierjahresplan“ und der Bearbeitung der rüs-

³⁶ Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres, 28. 4. 1941, in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 303 f.

³⁷ Bei der 18. Armee in diesen Monaten das Einsatzkommando 1b (SS-Obersturmbannführer Dr. Erich Ehrlinger) der Einsatzgruppe A (SS-Brigadeführer Dr. Walther Stahlecker). Vgl. Hans-Heinrich Wilhelm, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, Frankfurt a. M. u. a. 1996, S. 255–257.

³⁸ Vgl. den Befehl des OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt „Gliederung und Aufgaben der im Raum ‚Barbarossa‘ einzusetzenden Wirtschaftsorganisation“, 8. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 310–312. Vgl. auch DRZW, Bd. 4: Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 129–135 (Beitrag Müller). Soweit für die Durchführung dieser fachlichen Weisungen „ihre Weitergabe“ an die Truppe oder „der Einsatz des Inhabers der vollziehenden Gewalt“ notwendig waren, mussten sie über den Generalquartiermeister (OKH) erteilt werden.

tungswirtschaftlichen Angelegenheiten³⁹. Für diese Aufgabe war den Oberquartiermeisterabteilungen ein Wirtschaftsoffizier (IV Wi) zugeteilt, bei der 18. Armee Kapitän zur See Angermann, der zugleich der Verbindungsoffizier zum Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW war. Außerdem musste die Armee mit der Wirtschaftsinspektion Nord in Fellin (Vizeadmiral Ancker) und dem für Leningrad vorgesehenen Wirtschaftskommando z.b.V. „Görlitz“ in Pleskau (Oberstleutnant Becker) zusammenarbeiten⁴⁰. Anfang Januar 1942 übernahm das Wirtschaftskommando Pleskau die Geschäfte der Wirtschaftsinspektion Nord, während für das Gebiet der 18. Armee ein eigenes Wirtschaftskommando in Krasnogvardejsk (Fregattenkapitän Rons) eingerichtet wurde.

Dieser von vornherein komplizierte, im Verlauf des Feldzugs immer verworrenere Aufbau der Wirtschaftsorganisation führte zu einem heillosen Neben-, Mit- und Gegeneinander unterschiedlicher Dienststellen, unklarer Kompetenzen und missverständlicher Unterstellungsverhältnisse. Für das Armeegebiet bedeutete dies, dass sich die Versorgungsdienste der Armee und die von ihr weitgehend selbständigen Offiziere, Beamten und Sonderführer der Wirtschaftsdienststellen in die Quere zu kommen drohten, zumal die Selbstversorgung der Truppe nicht selten mit der Vorbereitung einer systematischen wehrwirtschaftlichen Ausnutzung des Landes kollidierte. Die Wirtschaftsleute wurden von der Truppe als lästige Fremdkörper gesehen, die man gerne ignorierte⁴¹. Letztlich verhinderte ihre Arbeit die – in den Wehrmachtsvorschriften eigentlich festgelegte⁴² – einheitliche Besatzungsverwaltung der Armee in dem von ihr besetzten Gebiet.

Die Beschneidungen der vollziehenden Gewalt in den Ressorts Polizei und Wirtschaft waren für viele Generäle in der Nachkriegszeit ein willkommenes Argument, die Verantwortung für bestimmte Vorgänge in ihrem Befehlsbereich abzuwälzen. In Nürnberg verblüffte Küchler das Gericht mit der Behauptung, er habe als Armeeoberbefehlshaber eigentlich gar keine richtige vollziehende Gewalt besessen⁴³. Doch auch hier kann der Kern Wahrheit nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Oberbefehlshaber in seinem Bereich immer noch über beträchtliche Befehlsgewalt verfügte. Berlin war weit entfernt, und wenn ihm in seinem

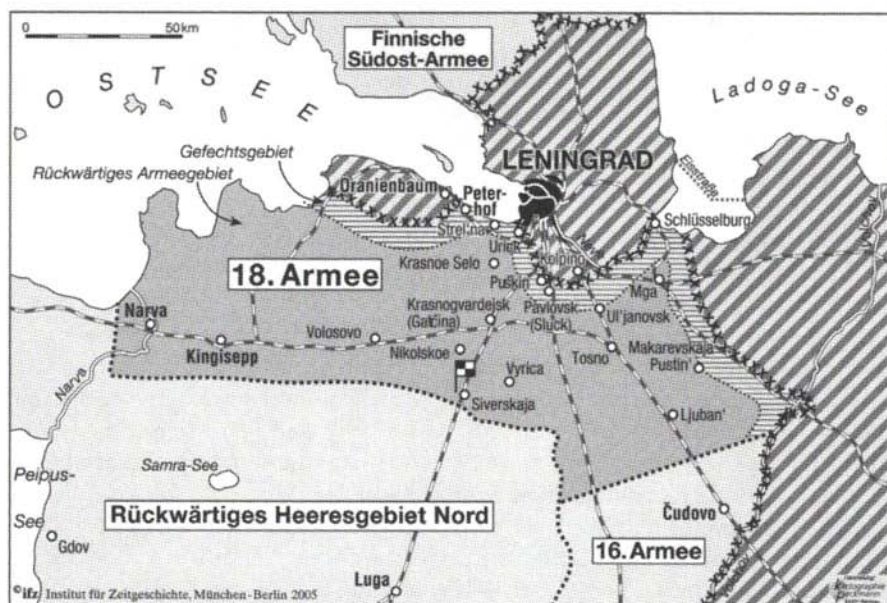
³⁹ Befehl des OKW/WiRüAmt, 8. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 311.

⁴⁰ Zum Aufbau der Wirtschaftsorganisation bei der Heeresgruppe Nord vgl. Zwei Jahre Kriegswirtschaft im russischen Nordraum. Ein Tätigkeits- und Leistungs-Bericht der Wirtschaftsinspektion Nord, Pleskau 1. 9. 1943, in: IfZ-Archiv, Druckschriftensammlung, Da 40.01, besonders S. 4–8.

⁴¹ Vgl. auch Küchlers Aussage im OKW-Prozeß, in: Records of the United States Nuernberg War Crimes Trials, Case XII, Verhandlung vom 27. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31, Bd. 37, S. 2833. Die Truppe habe die Wirtschaftsdienststellen nicht respektiert. „Es war natürlich ein Fremdkörper und war ihr lästig.“

⁴² Vgl. H.D.v.g 90: Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938, S. 25: „Die gesamte Verwaltung des Armeegebiets leitet das Armeeoberkommando (O.Qu.) in eigener Zuständigkeit. Militärische Gesichtspunkte stehen im Vordergrund.“

⁴³ Records of the United States Nuernberg War Crimes Trials, Case XII, Verhandlung vom 29. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31, Bd. 37, S. 2948 f.: „Aber darf ich hier mal eines sagen: Mit der vollziehenden Gewalt war das eine ausserordentliche Durchlöcherung. Ich erinnere mich [...], im Jahre 1914, da war der General Bissing Generalgouverneur in Belgien, und hatte damals die vollziehende Gewalt, d.h. er hatte alles, er hatte die Legislative und die Executive.“ Hitler habe aber „wesentliche Teile der vollziehenden Gewalt abgespalten. Es war gar keine vollziehende Gewalt. Das auf dem Polizeiweg, die Sauckel-Geschichte, die Wirtschaftssachen, alle diese Sachen, die eigentlich zur vollziehenden Gewalt gehört hätten, die waren den Oberbefehlshabern genommen.“



Das Operationsgebiet der 18. Armee, Ende Dezember 1941

Armeegebiet etwas nicht passte, dann hatte er Möglichkeiten, seinen Willen durchzusetzen – vor allem mit dem Hinweis auf militärische Notwendigkeiten. Wenn das in den Bereichen Polizei, Wirtschaft und später auch Arbeitseinsatz so selten geschah, dann war das weniger eine Frage des Könnens als des Willens. Der Armeeoberbefehlshaber war trotz der Einschränkung seiner Rechte in der Besatzungspolitik faktisch ein kleiner Territorialfürst in einem Gebiet, das bei der 18. Armee im Dezember 1941 immerhin ca. 12 000 Quadratkilometer umfasste.

Die Beschreibung der Befehls- und Kompetenzverhältnisse in einem Armeegebiet verdeutlicht, wie kompliziert das deutsche Herrschaftssystem in der besetzten Sowjetunion war. Im Befehlsbereich der 18. Armee, während der Belagerung Leningrads ein Landstrich etwa halb so groß wie das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, kämpften, arbeiteten, verwalteten und organisierten die unterschiedlichsten Kampfeinheiten, Sicherungstruppen, Versorgungsdienste und Stäbe der Wehrmacht, dazu Polizeiverbände, Wirtschaftsdienststellen und zahlreiche andere Einrichtungen wie die Organisation Todt und die Arbeitsämter. Die Organisation der militärischen Zentraldienststellen, des Ersatzheeres, der Heeresgruppen, aber auch der Korps und Divisionen war nicht weniger vielschichtig, so dass ein Bild von verwirrender Vielfalt entsteht, denen die häufig zu einfachen Erklärungsmustern über „die“ Wehrmacht kaum gerecht werden. Dennoch ist es notwendig, eine Bresche durch das Gestrüpp von Institutionen und Funktionen zu schlagen. Dabei kommt dem Historiker entgegen, dass die Wehrmacht durch einen hierarchischen Aufbau strukturiert war, besonders im Operationsgebiet des Heeres. An der Spitze des Kampfes und der Herrschaft im Armeegebiet stand der

Oberbefehlshaber mit seinen „Gehilfen“ im Armeeoberkommando. Trotz aller beschriebenen Abzweigungen und Seitenstränge seiner Befehlsgewalt lässt sich an diesem Orientierungspunkt die Verantwortung der Wehrmacht für bestimmte Vorgänge im besetzten Gebiet noch am besten untersuchen. Nach der notwendigen Erläuterung der Strukturen soll dies nun am Beispiel der 18. Armee gezeigt werden.

2. Leningrad

Am 22. Juni 1941 überschritt die Heeresgruppe Nord unter Führung Generalfeldmarschall Ritter von Leeb die ostpreussisch-litauische Grenze⁴⁴. Während die Panzergruppe 4 wie ein Stoßkeil die sowjetischen Linien durchbrach und in einem wilden Panzer-Raid nach Nordosten vorpreschte, sicherten die nachkommenden zwei infanteristischen Armeen den Rücken und die Flanken, die 18. Armee links entlang der Ostseeküste, die 16. Armee auf der rechten Seite. Das Ziel war Leningrad, dessen Eroberung bereits in Hitlers Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa“ vom 18. Dezember 1940 gefordert worden war⁴⁵. Die Einnahme der Neva-Stadt sollte nicht nur einen bedeutenden Industriestandort, Verkehrsknoten und Marinestützpunkt ausschalten, sondern nach der Besetzung des Baltikums den letzten Eckpfeiler der sowjetischen Macht im Ostseeraum herausbrechen. Diese strategische Bedeutung wurde noch durch den politischen Symbolwert der Stadt ergänzt: St. Petersburg/Leningrad war sowohl die Bastion einer nach Norden und Westen expandierenden zaristischen Großmachtspolitik als auch der Ausgangspunkt der bolschewistischen Revolution. So wundert es nicht, dass die Stadt Lenins in den Eroberungs- und Zerstörungsplänen Hitlers eine besondere Rolle spielte, zeitweise sogar eine größere als Moskau, das für den Generalstab das vorrangige Angriffsziel blieb. Die lähmende Unklarheit und Diskussion darüber, ob der Schwerpunkt bei der Heeresgruppe Nord in Leningrad, bei der Heeresgruppe Mitte in Moskau oder bei der Heeresgruppe Süd in den Industrie- und Erdölgebieten der Ukraine und des Kaukasus zu liegen habe, war dann bekanntlich ein schwere Hypothek für die deutsche Kriegführung⁴⁶.

Die Vorstellungen der obersten Führung über die Behandlung Leningrads wiesen einige Schwankungen auf. Ihr zerstörerischer Charakter blieb aber zumindest bei Hitler konstant⁴⁷. Schon bald nach Feldzugsbeginn teilte er nicht nur seinen

⁴⁴ Zu den Operationen der Heeresgruppe Nord und der 18. Armee vgl. vor allem DRZW, Bd. 4, S. 462–469, 540–559 (Beitrag Klink). Vgl. auch Alfred Philippi/Ferdinand Heim, *Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941 bis 1945. Ein operativer Überblick*, Stuttgart 1962, passim; Werner Haupt, *Heeresgruppe Nord 1941–1945*, Bad Nauheim 1966, S. 25–105; ders., *Leningrad. Die 900-Tage-Schlacht, 1941–1944*, Friedberg 1980, S. 54–109; Gerd R. Ueberschär, *Der Angriff auf Leningrad und die Blockade der Stadt durch die deutsche Wehrmacht. Leningrad als Operationsziel beim „Unternehmen Barbarossa“*, in: *Blockade. Leningrad 1941–1944. Dokumente und Essays von Russen und Deutschen*, Hamburg 1992, S. 94–105.

⁴⁵ Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. *Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht*, hrsg. v. Walther Hubatsch, Frankfurt a. M. 1962, S. 84–88, hier S. 86.

⁴⁶ Vgl. dazu etwa DRZW, Bd. 4, S. 489–496, 503–507 (Beitrag Klink); Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn u. a. 1991, S. 278–284.

⁴⁷ Zur Diskussion über das Vorgehen gegen Leningrad vgl. Leon Gource, *The Siege of Leningrad*,

engsten Vertrauten⁴⁸, sondern auch der militärischen Führung seinen „feststehenden Entschluß“ mit, „Moskau und Leningrad dem Erdboden gleich zu machen, um zu verhindern, daß Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müßten“⁴⁹. Wie dieses Ziel erreicht werden sollte, ob der Zerstörung die Einnahme der Stadt vorauszugehen habe oder ob sie durch Belagerung, Aushungerung, Luftangriffe und Artilleriebeschuss zu vollziehen sei, war jedoch noch nicht entschieden. Für Hitler war die Besetzung Leningrads zunächst eines der Hauptziele der deutschen Kriegführung. In den ersten beiden Monaten forderte er mehrmals die Inbesitznahme der Stadt und seiner Industrie, nachdrücklich etwa am 21. Juli⁵⁰ und – wenn auch weniger eindeutig – sogar noch am 22. August⁵¹. Es ist interessant, dass Hitler die notwendige Verlegung von starken Panzerkräften vom Mittelabschnitt nach Norden gegen Generalstabschef Halder und das OKH nicht durchsetzen konnte. Für sie war der nördliche Frontabschnitt nur ein Nebenkriegsschauplatz, in den nicht zu viel Kraft zu Lasten des entscheidenden Schlages in der Mitte investiert werden sollte. Nachdem der Angriff der Panzergruppe 4, die am 10. Juli bereits die Linie Pleskau (Pskov) – Opočka erreicht und damit zwei Drittel ihres Weges nach Leningrad zurückgelegt hatte, Mitte Juli im sumpfigen Waldgelände des altrussischen Gebiets östlich des Peipussees stecken geblieben und die handstreichartige Besetzung der Stadt verpasst war, bevorzugte der Generalstab eine Abschließung Leningrads statt einer kräfteraubenden Schlacht um ihren Besitz⁵². Die Widersprüche der Ansichten Hitlers und Halders

Stanford/Cal. 1962, S. 13–19, 82–89; DRZW, Bd. 4, S. 462–469, 540–559, besonders S. 551–554 (Beitrag Klink), S. 1012f. (Beitrag Müller); Ueberschär, Angriff, besonders S. 99–102; Klaus Jochen Arnold, Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew durch die Wehrmacht im September 1941: Zur Radikalisierung der Besatzungspolitik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 58 (1999), S. 23–63, hier S. 25–27; Jörg Ganzenmüller, „... die Stadt dem Erdboden gleichmachen“. Zielsetzung und Motive der deutschen Blockade Leningrads, in: St. Petersburg – Leningrad – St. Petersburg, hrsg. v. Stefan Creuzberger u. a., Stuttgart 2000, S. 179–195. Diese Literatur berücksichtigt die 18. Armee und deren – z.T. noch in den USA befindlichen – Akten höchstens ganz am Rande. So wird z. B. das KTB Ia des AOK 18 von ihr nicht benutzt, was zu einer Überbewertung des Hitler-Befehls vom 7. 10. 1941 führt. – Nachtrag: Vgl. inzwischen – allerdings ohne wesentliche neue Erkenntnisse für die deutsche Seite – Jörg Ganzenmüller, Das belagerte Leningrad 1941–1944. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern, Paderborn 2005.

⁴⁸ Vgl. Ueberschär, Angriff, S. 96, über Äußerungen Hitlers gegenüber Bormann (16. 7. 1941) und Goebbels (18. 8. 1941). Vgl. auch ebenda, S. 101 f., die späteren Belege für Hitlers Vernichtungsabsichten.

⁴⁹ Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad (22. 6. 1941–24. 9. 1942), bearb. v. Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1964, S. 53 (8. 7. 1941). Halder zitiert Hitler mit dem Satz: „Volkskatastrophe, die nicht nur den Bolschewismus, sondern auch das Moskwitertum der Zentren beraubt.“ Vgl. auch Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab), Bd. 1: 1. August 1940–31. Dezember 1941, zusammengestellt u. erläutert v. Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt a.M. 1965 (künftig: KTB/OKW), S. 1021 (Sonderakte, 8. 7. 1941).

⁵⁰ Vgl. die Aufzeichnung über einen Besuch Hitlers bei der Heeresgruppe Nord am 21. 7. 1941, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 1029f. Gegenüber der Bedeutung Leningrads war Moskau für Hitler „nur ein geographischer Begriff“.

⁵¹ Operative Gedanken und Weisungen Hitlers, 21. 8. 1941, in: Ebenda, S. 1061 f. Die Denkschrift forderte, dass „die Inbesitznahme des Industriegebietes von Leningrad und die Eroberung des ukrainischen Industrie- und Rohstoffgebietes der Wegnahme des Gebietes um Moskau voranzugehen habe“.

⁵² Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 80 (15. 7. 1941), über ein Gespräch mit dem Generalstabschef der Heeresgruppe Nord, General Brennecke: „Die H.Gr. hat nicht den Auftrag, Leningrad wegzunehmen, sondern zunächst nur es abzuschließen.“ Generalfeldmarschall Ritter von Leeb, Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus dem Nachlass hrsg.

wurden zunächst nicht gelöst. Auch hier ließ man die Dinge lange treiben, zumal sich die Aufmerksamkeit bald stärker den Operationen im Süden (Kiew) zuwandte. Ende August war die Frage des Angriffs auf Leningrad „immer noch offen“⁵³.

Jetzt musste die Diskussion über die Behandlung Leningrads von ihrem bisherigen Schwebezustand in eine Phase klarer Entscheidungen übergehen. Am 10. August hatte die Heeresgruppe Nord ihre Offensive mit begrenzten Mitteln wiederaufgenommen und noch einmal einen erstaunlichen Erfolg erzielt. Die 18. Armee eroberte mit Estland die linke Flanke, die Panzergruppe 4 schob sich im Zentrum an Leningrad heran, und auf dem rechten Flügel unterbrach die 16. Armee am 20. August die Bahnverbindung nach Moskau in Čudovo. Zehn Tage später erreichten die Panzerverbände die Neva und eroberten am 8. September Schlüsselburg (Šlüssel'burg) am Ladogasee. Damit war Leningrad auf dem Landweg abgeschnitten und weiträumig eingeschlossen. Drei deutsche Großverbände bewegten sich immer weiter auf Leningrad zu, von Westen die 18. Armee aus Estland und von Süden bzw. Südosten die Panzergruppe 4 und die 16. Armee. Unterstützung erhielten sie von den nördlich der Stadt vorrückenden Finnen. Auch wenn sich der Vormarsch wegen des immer heftigeren Widerstands und notwendiger Frontbereinigungen (baltische Inseln) verlangsamte, erschien die Eroberung Leningrads Anfang September 1941 nur noch als eine Frage der Zeit.

In diesem Augenblick fiel eine Entscheidung von weitreichender Bedeutung für den Feldzugsverlauf. Hitler stellte sein Interesse an Leningrad unvermittelt zurück und machte sich die Auffassung des OKH über den „Nebenkriegsschauplatz“ im Norden zu eigen⁵⁴. Am 6. September gab er dem Drängen des Generalstabs nach und befahl die Vorbereitung des Angriffs gegen Moskau, für den alle entbehrlichen Kräfte von den Flügeln abgezogen werden sollten⁵⁵. Für die Heeresgruppe Nord bedeutete dies, dass sie Leningrad möglichst eng einschließen und bis zum 15. September die meisten ihrer schnellen Verbände und das VIII. Fliegerkorps an die Heeresgruppe Mitte abgeben musste. Ein solcher Aderlass machte eine Fortsetzung der Offensive über dieses Datum hinaus nahezu unmöglich und widersprach damit Hitlers früherem Wunsch einer Eroberung Leningrads. Auch eine Realisierung seiner Zerstörungspläne war in weite Ferne gerückt. Nach der Verlegung des Schwerpunkts war die militärische Führung weniger denn je bereit, den hohen materiellen und personellen Aufwand einer Zerstörung Leningrads durch Luftwaffe und Artillerie oder einer Besetzung zu betreiben.

An dieser Front sollte nun mit möglichst geringen Mitteln möglichst großer Schaden angerichtet werden. Für die geschwächte Heeresgruppe Nord zeichnete sich jetzt mehr und mehr der Auftrag ab: Einschließung und Belagerung mit we-

u. mit einem Lebensabriss versehen v. Georg Meyer, Stuttgart 1976, S. 308 (26. 7. 1941), über eine Mitteilung Brennekes nach einer Besprechung im OKH: „Leningrad soll nicht genommen, sondern nur abgeschlossen werden.“ Noch am 7. 7. 1941 hatte Brauchitsch von Leeb gefordert (ebenda, S. 287): „H.Gr. Nord soll Petersburg wegnehmen.“

⁵³ Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 209 (31. 8. 1941).

⁵⁴ Ebenda, S. 215 (5. 9. 1941).

⁵⁵ Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen, S. 150–153 (Weisung Nr. 35).

nigen Kräften⁵⁶, also Aushungerung der Stadt. Halder setzte auf den „Hunger als Bundesgenosse[n]“⁵⁷, und auch der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe begann allmählich seine Hoffnung darauf zu verlegen, dass Leningrad „letzten Endes durch Aushungerung zur Übergabe gezwungen wird“⁵⁸. Doch während das für Leeb wohl vor allem das herkömmliche Mittel zum Zweck der Inbesitznahme einer belagerten Stadt war, verband sich im OKW und OKH der Belagerungsplan mit Überlegungen, auch nach dem Fall Leningrads die Stadtbevölkerung verhungern zu lassen. Keitel hatte schon Ende August – sicher in Absprache mit Hitler – die Auffassung vertreten, „daß man die Bevölkerung dieser Stadt nicht ernähren könne und deshalb vertreiben müsse“⁵⁹. Der für diese Frage zuständige Generalquartiermeister Wagner äußerte am 9. September ähnliche Gedanken⁶⁰. Damit knüpfte man an die bereits vor dem Feldzug ausgearbeiteten Richtlinien für die Wirtschaftspolitik in den besetzten Ostgebieten an, die ein Verhungern weiter Teile der Zivilbevölkerung einkalkulierten und für das „sehr schwierig zu verpflegende Leningrad“ besondere Maßnahmen ankündigten⁶¹. Es war kein Zufall, wenn Göring ausgerechnet jetzt bestätigte, dass die Eroberung und Besetzung von Großstädten wirtschaftlich unerwünscht sei⁶². Bei der Planung einer Hungerblockade gegen Leningrad gingen militärische, wirtschaftliche und ideologische Motive eine neue Verbindung ein.

Von solchen erschreckend weitgehenden Plänen wusste die 18. Armee im September 1941 zunächst nichts. Ob die Stadt erobert oder belagert, besetzt oder ausgehungert, bewahrt oder zerstört werden sollte, war für sie und auch für die Heeresgruppe Nord eine prinzipiell noch offene Frage. Allerdings drohten durch die Truppenverlegungen zur Heeresgruppe Mitte die Kräfte für eine erfolgreiche Weiterführung des Angriffs und die Besetzung der Stadt auszugehen. Enttäuschung machte sich breit. Leeb beklagte den „Krieg des armen Mannes“, den er zu führen gezwungen sei⁶³, und Küchler wies nachdrücklich auf „das bittere Gefühl“ hin, „das ein Führer haben muss, der seiner Truppe, die das Letzte hergegeben hat

⁵⁶ Die Entscheidung Hitlers, die Panzergruppe 4 abzuziehen und den Angriff auf Leningrad anzuhalten, wurde der Heeresgruppe Nord am 6. 9. 1941 telefonisch von Halder mitgeteilt. Vgl. Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 6. 9. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/167. Vgl. ebenda: „Der derzeitige äußere Ring von Leningrad sei mit einem Mindestmaß an inf[anteristischen] Kräften abzuschließen.“

⁵⁷ Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 239 (18. 9. 1941).

⁵⁸ Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 347 (2. 9. 1941).

⁵⁹ Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 209 (31. 8. 1941).

⁶⁰ Vgl. Wagners Brief an seine Frau, 9. 9. 1941, in: BA-MA, N 510/48, zit. nach: Hartmann, Halder, S. 286: „Zunächst muß man sie in Petersburg schmoren lassen, was sollen wir mit einer 3½ Mill. Stadt, die sich nur auf unser Verpflegungsportemonnaie legt. Sentimentalitäten gibt's dabei nicht.“ Vgl. auch die Mitteilung des OKH an den Vertreter des Auswärtigen Amts am 6. 9. 1941, dass man auch nach dem Fall der Stadt zur Lösung des Ernährungsproblems nichts beitragen könne, in: Ebenda.

⁶¹ Vgl. Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches/Wirtschafts-Führungsstab Ost, Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten (Grüne Mappe), Teil I: Aufgaben und Organisation der Wirtschaft, Berlin Juni 1941, in: Fall Barbarossa, S. 363–399, hier S. 387. Vgl. auch Wirtschaftsstab Ost/Gruppe La, Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landesverteidigung, 23. 5. 1941, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (künftig: IMT), Bd. 36, Berlin 1949, S. 135–157. Auf dieses Hungerkalkül wird später noch näher einzugehen sein.

⁶² DRZW, Bd. 4, S. 1013 (Beitrag Müller), nach einem Bericht des Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium Backe vom 16. 9. 1941.

⁶³ Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 352 (8. 9. 1941).

und nun das lang erstrebte Ziel vor Augen sieht, sagen muss – jetzt dürft ihr nicht weiter“⁶⁴. Es besteht kein Zweifel, dass die höchsten Truppenführer an der Leningrader Front die vor ihnen liegende Stadt erobern wollten und nun fürchteten, um die Früchte des Sieges betrogen zu werden. Es blieb aber nichts anderes übrig, als die wenigen Tage bis zur Ablösung der Panzertruppen für letzte Vorstöße zu nutzen und die Übernahme der Leningrader Front durch die 18. Armee vorzubereiten. Immerhin gelang es noch, die Front vorzuschieben und die Stadt von der Kronstädter Bucht bis zum Ladogasee abzuschließen. Doch am 17. September übergab die Panzergruppe 4 ihre Infanterieverbände vor Leningrad (XXVIII. und L. Armeekorps) an die 18. Armee, und bis zum 20. September waren alle ihre schnellen Truppen verlegt. Bereits am 15. September hatte das AOK 18 von der Heeresgruppe den Befehl erhalten, alle mit der Besetzung der Stadt zusammenhängenden Fragen verantwortlich zu bearbeiten⁶⁵. Damit begann für die 18. Armee nach den Monaten des Vormarschs die lange Zeit als Belagerungsarmee vor Leningrad.

Trotz der entscheidenden Schwächung durch den Aderlass an Menschen und Material hoffte die Truppenführung vor Leningrad zunächst weiter auf einen erfolgreichen Abschluss der Operationen und spekulierte auf eine Kapitulation der bedrängten Stadt. In den wenigen Tagen vom 11. bis 22. September entwickelte sich zwischen den deutschen Kommandobehörden ein intensiver Gedankenaustausch über die Behandlung Leningrads, der sehr bezeichnend war für das Verhältnis von Kriegführung, Ideologie und Verbrechen. Noch bevor die 18. Armee Mitte September die Verantwortung über die Leningrader Front übernahm, begann das Armeekommando mit den Vorbereitungen der Besetzung⁶⁶ und meldete bei der Heeresgruppe seinen Anspruch an, dass es „darüber im Bilde sein muß, was mit der Stadt beabsichtigt sei“⁶⁷. Das AOK 18 sah sich unvermittelt mit Problemen konfrontiert, über die bisher keine klaren Entscheidungen vorlagen. Das einzige, was es bisher in den Händen hielt, waren unverbindliche „Gedanken“ und „Anhaltspunkte“ der Heeresgruppe, die für den Fall der Kapitulation vorschlug, alle wehrfähigen Männer von 18 bis 55 Jahren in die Gefangenschaft abzuführen⁶⁸. Die Einwände gegen diese Maßnahme, die in Leningrad die „Fortführung der Betriebe“ und die Verwaltung zu gefährden drohte, und der Wunsch, möglichst bald durch einen Zivilgouverneur sowie durch SS und Polizei entlastet zu werden, zeigen, wie fest die Armee immer noch mit einer Besetzung der Stadt rechnete. Das änderte sich offenbar auch nicht, als bereits am 12. September die

⁶⁴ Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 12. 9. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/167.

⁶⁵ AOK 18, KTB Ia, 15. 9. 1941, 21.30 Uhr, in: National Archives, Washington D.C. (künftig: NA), T 312/782.

⁶⁶ AOK 18, KTB O.Qu., 11. 9. 1941, 11.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1203: „Besprechung O.Qu., Qu. 2, Ic über wirtschaftliche Erfassung und Sicherung in Leningrad.“

⁶⁷ AOK 18, KTB Ia, 11. 9. 1941, 18.10 Uhr (Ferngespräch Ia/Ia der Heeresgruppe), in: NA, T 312/782.

⁶⁸ Ebenda, und AOK 18, KTB O.Qu., 11. 9. 1941, 11.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1203. Vgl. auch Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 349 (5. 9. 1941): „Bezüglich der Behandlung der Stadt Leningrad ist vorgesehen, daß Leningrad nicht weggenommen, sondern nur eingeschlossen werden soll. Ich habe die Ansicht geäußert, daß, wenn Leningrad sich vielleicht etwa vom Hunger getrieben, übergeben sollte, es sich wenigstens nicht erneut wehren kann, d.h. es müssen alle Soldaten und Wehrpflichtigen in die Kriegsgefangenschaft abgeführt und alle Waffen abgeliefert werden.“

überraschende Information eintraf, es sei ein Befehl zu erwarten, „daß die Armee nicht nach Leningrad hineingehen soll“⁶⁹. Diese Nachricht war nicht verbindlich genug, um die Vorbereitungen des Armeeoberkommandos stoppen zu können.

Die Planungen für Leningrad liefen unvermindert weiter und konzentrierten sich auf die zunächst wichtigsten Komplexe Verwaltung, Sicherung und Versorgung. Die Verwaltung bereitete man in enger Abstimmung mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets vor, der die Feld- und Ortskommandanturen für die Stadt benannte und einen früheren Mitarbeiter der OKH-Abteilung „Fremde Heere Ost“, Oberst Lieser, als Fachmann zur Verfügung stellte⁷⁰. Für die Besetzung der Stadt wurden bereits das L. Armeekorps und die SS-Polizei-Division bestimmt, denen weitere Polizei- und SD-Einheiten folgen sollten; als Stadtkommandant war der Kommandierende General des L. Armeekorps, General Lindemann, vorgesehen⁷¹. Generalstabschef Hasse beabsichtigte, „zunächst mit möglichst starken Kräften auf möglichst vielen Straßen in die Stadt einzurücken, die Truppe sofort zur Unterstützung der Pol[izei]-Kräfte zu systematischen Säuberungsaktionen einzusetzen und erst dann nach und nach Kräfte wieder herauszuziehen“⁷². Am 15. September lag ein Merkblatt zur „Behandlung der Petersburger Bevölkerung“ vor, das die Festsetzung aller Rotarmisten, Polizisten, Kommunisten, Kommissare, Juden und „verdächtigen Elemente“ in Gefangenen- und Konzentrationslagern behandelte⁷³. Darüber hinaus wurde geplant, die gesamte männliche Bevölkerung zu registrieren, „da mit feindlichen Terrorakten jederart bestimmt zu rechnen ist“⁷⁴.

Das Armeeoberkommando musste sich aber ebenso Gedanken machen, wie man dem „gutwilligen“ Teil der Bevölkerung Vertrauen zeigen könnte⁷⁵. Die Ernährung der schlecht versorgten, teilweise schon hungerleidenden Stadt wurde dabei von vornherein als ein zentrales, die Befriedung und Sicherung wesentlich beeinflussendes Problem erkannt. Oberbefehlshaber Küchler und sein Chef Hasse betonten am 11. September ausdrücklich die „Notwendigkeit der Versorgung der ausgehungerten Bevölkerung Leningrads durch A.O.K. mit einfachsten Mitteln“⁷⁶. Als die Armee jedoch wenige Stunden später bei der Heeresgruppe

⁶⁹ AOK 18, KTB Ia, 12. 9. 1941, 12.20 Uhr, in: NA, T 312/782.

⁷⁰ AOK 18, KTB O.Qu., 13. 9. 1941, 9.00 Uhr, und 16. 9. 1941, 15.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1203.

⁷¹ Vgl. den Bericht über die Fahrt Küchlers zum L. A.K. am 17. 9. 1941, in: NA, T 312/799. Vgl. auch AOK 18, KTB Ia, 18. 9. 1941, 19.15 Uhr (Ferngespräch Leeb/Küchler), in: NA, T 312/782.

⁷² AOK 18, KTB Ia, 13. 9. 1941, 24.00 Uhr, in: NA, T 312/782. Vgl. auch ebenda, 14. 9. 1941, 17.15 Uhr (Besprechung Ia/Ia der Heeresgruppe).

⁷³ Merkblatt vom 15. 9. 1941, vermutlich aus der Abt. Ic/AO, mit dem Vermerk „Chef hat Abdruck“, in: IfZ-Archiv, MA 1564, Nürnberger Dokumente, NOKW-1571. Welche Folgen diese Maßnahmen besonders für die ca. 200 000 Leningrader Juden gehabt hätten, kann man sich ausdenken.

⁷⁴ Bericht über die Fahrt Küchlers zum L. A.K. am 17. 9. 1941, in: NA, T 312/799. Vgl. ebenda: „Jeder Mann erhält alsdann zur leichteren Kontrolle für die Posten ein sichtbares Abzeichen.“

⁷⁵ So betonte auch Oberst Lieser gegenüber Oberquartiermeister Bucher: „Die Mehrzahl der Bevölkerung wird nach Entfernung der Aktivisten der kommunistischen Partei willig mitarbeiten, wenn ihr Vertrauen geschenkt wird.“ AOK 18, KTB O.Qu., 16. 9. 1941, 15.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1203.

⁷⁶ Ebenda, 11. 9. 1941, 12.00 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef und O.B.). Die Berechnungen des Oberquartiermeisters – „bei 100 gr. Mehl für Mehlsuppe sind dies 500 to Mehl täglich“ – gingen allerdings von völlig unzureichenden Mengen aus.

wegen der Verpflegung Leningrads nachfragte, erhielt sie die unverblünte Auskunft, „dies sei gar nicht vorgesehen. Es liege der H.Gr. daran, nicht die ganze Stadt über den Winter durchfüttern zu müssen. Die Entscheidung liegt aber höheren Orts.“⁷⁷ Auch die Heeresgruppe begann sich mit dem Gedanken einer Hungerstrategie gegen das belagerte *und* das besetzte Leningrad anzufreunden. Damit näherte sie sich den Vorstellungen der obersten Führung und entfernte sich zugleich vom traditionellen Verantwortungsbewusstsein einer Besatzungsmacht.

Das Armeeoberkommando ließ diese wichtige Frage nicht auf sich beruhen und beantragte noch am selben Abend, „falls A.O.K. 18 mit Versorgung der Zivilbevölkerung von Leningrad beauftragt wird“, die Zuführung des berühmten Hilfszugs „Bayern“ und zehn weiterer Züge „mit minderwertiger Verpflegung“⁷⁸. Als sich bestätigte, dass die Heeresgruppe keine Lebensmittel für Leningrad bereitstellen wollte, wurde der Antrag dem Generalquartiermeister zur Entscheidung vorgelegt⁷⁹. Die Antwort Wagners, die schließlich am 18. September eintraf, konnte den Kenner der Stimmungslage in den zuständigen Abteilungen des OKH kaum überraschen⁸⁰: „A.O.K. 18 hat keine Vorbereitung zur Versorgung der Bevölkerung Leningrads zu treffen.“ Der 18. Armee musste es freilich ein Rätsel bleiben, wie sich der Besatzungsalltag in einer verhungernenden Millionenstadt gestalten sollte. Es zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die Zentralinstanzen die Besetzung Leningrads gar nicht mehr wollten.

So spielten sich all die beschriebenen Vorbereitungen der 18. Armee in den Tagen nach dem 11. September, ohne dass es der Truppenführung vor Ort bewusst war, im luftleeren Raum ab. Die schon sehr konkreten Planungen der Armee standen im Widerspruch zu den noch vagen Äußerungen der obersten Führung. Dieser unhaltbare Zustand veranlasste den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe am 15. September endlich, von sich aus eine Entscheidung herbeizuführen und das OKH um eine Weisung über die Behandlung Leningrads zu bitten⁸¹. Leeb selbst bezeichnete dabei nach wie vor die Besetzung der Stadt als beste Lösung⁸². Er hoffte immer noch, trotz der Abgabe seiner schlagkräftigsten Verbände „rasch in Richtung Leningrad vordringen zu können“⁸³, und war mit Küchler einer Meinung, dass der Angriff auf Leningrad nach wie vor die vordringliche Aufgabe

⁷⁷ AOK 18, KTB Ia, 11. 9. 1941, 18.10 Uhr (Ferngespräch Ia/Ia der Heeresgruppe), in: NA, T 312/782.

⁷⁸ AOK 18, KTB O.Qu., 11. 9. 1941, 23.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1203. Der Hilfszug „Bayern“, ein Verpflegungszug, hatte die Teilnehmer der Nürnberger Parteitage versorgt.

⁷⁹ Ebenda, 14. 9. 1941, 9.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef). Bereits am 13. 9. 1941 hatte Wagner eine Bereitstellung des Hilfszugs „Bayern“ kategorisch abgelehnt. Es kämen höchstens Züge „mit Gütern aus dem Lande, wie Hirse oder ähnl.“ in Frage. Mit dieser vagen ersten Antwort war wenig anzufangen. Vgl. Befehlsstelle Nord des Generalquartiermeisters, KTB, 13. 9. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/776, Bl. 110.

⁸⁰ AOK 18, KTB O.Qu., 18. 9. 1941, 9.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef und O.B.), in: BA-MA, RH 20-18/1203. Vgl. auch Wagners Äußerung vom 9. 9. 1941, oben Anm. 60.

⁸¹ Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 15. 9. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 333.

⁸² Vgl. ebenda: „Eine mil. Besetzung würde die klarsten Verhältnisse bringen [...] und ist auch aus wehrwirtschaftlichen Gründen dringend geboten, und die Masse der 18. Armee würde freiwerden.“

⁸³ Ebenda, 17. 9. 1941. Er spekulierte dabei auf einen baldigen Zusammenbruch der Verteidigung aus Hunger und Not: „Leningrad selbst soll mit Flüchtlingen aus Krasnogwardisk, Krasnoje Selo und Kolpino überfüllt sein. Die Brotrationen scheinen schon herabgesetzt zu sein.“

sei⁸⁴. Um so mehr beklagte er, dass Hitler immer noch nicht entschieden habe, „wie die Stadt selbst zu behandeln sein wird, ob eine etwaige Übergabe anzunehmen ist, ob sie zusammenzuschießen ist, oder ob sie auszuhungern ist“⁸⁵.

Weder Leeb noch Küchler wollten offenbar erkennen, dass mit der Verlegung der Panzertruppen und anderer Divisionen, des VIII. Fliegerkorps und eines Großteils der schweren Artillerie gerade in diesen Tagen eine Entscheidung schon gefallen war. Außerdem unterschätzten sie die Widerstandskraft Leningrads. Ebenso erstaunlich ist es, dass weder Hitler und das OKW noch Brauchitsch, Halder und das OKH sich beeilten, ihren Truppenführern im Norden reinen Wein einzuschenken. Zögernd und eher unverbindlich kamen die ersten Antworten auf die Eingabe Leeb's. Am 18. September teilte Halder der Heeresgruppe telefonisch mit, er und Brauchitsch glaubten „an die Bereinigung Leningrads nur durch den Hunger, nicht durch Waffengewalt“⁸⁶. Und am selben Tag verwies Keitel darauf, dass Hitler seine Befehle über das Schicksal Leningrads „erst im Eintrittsfall“ der Übergabe bekannt geben wolle⁸⁷. Die Heeresgruppe und die 18. Armee wurden angewiesen, eine Kapitulation nicht selbständig anzunehmen, sondern zunächst an OKH und OKW weiterzuleiten⁸⁸. Immerhin wurde ein Angriff auf die enge Einschließungslinie in Aussicht gestellt⁸⁹.

Die gewünschte Entscheidung war damit noch ausgeblieben. Das war für die 18. Armee um so unbefriedigender, als sich ihre Infanterie gerade in diesen Tagen der Stadt immer weiter näherte und sich nahezu stündlich eine Gelegenheit hätte bieten können, in ihr Zentrum vorzustoßen. Besonders Generalstabschef Hasse drängte daher auf klare Verhältnisse und wollte den Angriff nach Leningrad hineintreiben⁹⁰. Sein Oberbefehlshaber wurde jetzt aber vorsichtiger. Nachdem das Hauptquartier des Armeeoberkommandos am 20. September vom estnischen Narva nach Bol'sevo näher an die Front verlegt worden war, erkannte Küchler, dass seine zehn erschöpften Infanteriedivisionen für die Eroberung Leningrads nicht mehr ausreichten. Noch am späten Nachmittag desselben Tages musste er Leeb mitteilen, dass seine Truppen sehr geschwächt und vermutlich zu einem er-

⁸⁴ Vgl. AOK 18, KTB Ia, 18. 9. 1941, 19.15 Uhr (Ferngespräch Leeb/Küchler), in: NA, T 312/782.

⁸⁵ Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 17. 9. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 333.

⁸⁶ Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 18. 9. 1941, 11.25 Uhr, in: BA-MA, RH 19 III/167. Außerdem empfahl Halder, „sich in der Einschließungslinie mit allen Mitteln zur Abwehr von Ausbruchversuchen einzurichten (Minen, Sperrungen)“.

⁸⁷ Ebenda, 19.10 Uhr, über ein Gespräch Leeb/Keitel um 11.00 Uhr.

⁸⁸ Ebenda, auch abgedruckt in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 333.

⁸⁹ AOK 18, KTB Ia, 18. 9. 1941, 19.15 Uhr (Ferngespräch Leeb/Küchler), in: NA, T 312/782. Vgl. ebenda: „Nach Erreichen dieser entscheidet der Führer, ob eine Belagerung und Beschießung der Stadt oder ein sofortiger allgemeiner Angriff erfolgen soll.“

⁹⁰ Ebenda, 19.15 Uhr (Ferngespräch Küchler/Hasse): „[Hasse:] Es muß dann aber auch bald weiter in die Stadt angegriffen werden, ein Stehenbleiben in der engen Linie ist nicht möglich, da sie geländemäßig ungünstig ist und man schon zu nahe in den Vorstädten drin sitzt. O.B. erklärt, daß man dann wohl die Stadt in Trümmer schießen will. Chef weist darauf hin, daß eine Entscheidung darüber jetzt gefallen sein müsse, da die Lage, wenn man erst mal in der engen Linie steht, keine Verzögerungen duldet.“ Vgl. auch Hasses Ferngespräch mit dem Generalstabschef der Heeresgruppe, Generalmajor i.G. Brennecke, in: Ebenda, 20.00 Uhr: „[Hasse] hält es für richtiger, sobald wie möglich anzugreifen.“

folgreichen Angriff auf die enge Einschließungslinie nicht mehr fähig seien⁹¹. Das kam einem Offenbarungseid gleich. Kurz zuvor hatte Keitel der Heeresgruppe eröffnet, „dass wir die Stadt nicht betreten und dass wir die Stadt nicht ernähren können“⁹². So zerschlugen sich an diesem Tag alle Hoffnungen, Leningrad doch noch in die Hand zu bekommen. Zwei Tage später besuchte Leeb die 18. Armee, um mit Küchler die neue Lage zu erörtern. Dabei legte er nach den Vorgaben der obersten Führung fest⁹³: „Petersburg soll nicht angegriffen und nicht besetzt werden. Nur abschließen, durch Art.-Feuer und Fliegerangriffe vernichten. Alle Vorbereitungen zum Besetzen und Ausnutzen der Stadt können eingestellt werden.“ Wenige Tage darauf wurde an der gesamten Leningrader Front zur Abwehr übergegangen. In den nächsten Monaten und Jahren konnten lediglich noch kleinere Verbesserungen des äußeren Einschließungsringes erreicht werden. So entstand eine starre Front mit Schützengraben, die an den Ersten Weltkrieg erinnerte.

Wie man sich im OKW die Zukunft Leningrads vorstellte, war bereits am 21. September schriftlich niedergelegt worden: erst hermetische Abschließung sowie Zermürbung durch Hunger, Artillerie und Luftwaffe, dann Entvölkerung durch Vertreibung und Gefangennahme der überlebenden Einwohner, schließlich vollständige Zerstörung der Stadt und Übergabe an den finnischen Bundesgenossen⁹⁴. Hier verbanden sich Ideologie und Kalkül, der Vernichtungswillen Hitlers und die Abneigung der militärischen Zentralstellen, die knappen Ressourcen an Menschen, Material und Verpflegung an Leningrad zu verschwenden, zu einem Plan von erschreckenden Ausmaßen. Und ausgerechnet die 18. Armee, die zuerst durchaus die Rolle einer „normalen“ Eroberungs- und Besatzungsarmee spielen wollte, sollte nach der definitiven Entscheidung vom 22. September 1941 Handlanger und Vollstrecker dieser verbrecherischen Kriegführung sein. Dieser Plan wurde bekräftigt, als die sowjetischen Fernsprengungen im besetzten Kiev Hitler einen willkommenen Anlass boten, am 7. Oktober erneut zu entscheiden, „daß eine Kapitulation von Leningrad oder später von Moskau nicht anzunehmen ist“⁹⁵. Kein deutscher Soldat dürfe diese Städte betreten und niemand aus ihnen durch die deutschen Linien herausgelassen werden. Es sei außerdem nicht zu verantworten, die „Bevölkerung auf Kosten der deutschen Heimat zu ernähren“. Der Befehl, der über die Heeresgruppe und das AOK 18 bis an die Truppe weitergege-

⁹¹ Ebenda, 20. 9. 1941, 17.15 Uhr (Ferngespräch Leeb/Küchler). Vgl. auch Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 20. 9. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/167.

⁹² Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 20. 9. 1941, 12.00 Uhr (Ferngespräch Keitel/Brennecke), in: Ebenda.

⁹³ AOK 18, KTB Ia, 22. 9. 1941 (Notiz Küchlers über seine Besprechung mit Leeb), in: NA, T 312/782.

⁹⁴ „Vortragsnotiz Leningrad“ der Abteilung L. im OKW/WFSt., 21. 9. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 333f. Dass in dieser Notiz die offizielle Richtlinie des OKW formuliert wurde, beweist nicht nur die Mitteilung an Leeb, sondern auch ein Brief Keitels an den finnischen Oberbefehlshaber Mannerheim vom 22. 9. 1941, in dem genau diese Vorgehensweise angekündigt wurde. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 843 (Beitrag Ueberschär). Auf das Verhalten der Finnen, die Leningrad weiträumig von Norden her abschlossen, kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. ebenda, S. 842–845.

⁹⁵ Schreiben Jodls an Brauchitsch, 7. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 334f. „Kleinere, nicht gesperrte Lücken, die ein Herausströmen der Bevölkerung nach Innerrußland ermöglichen“, seien aber zu begrüßen. Zu den Ereignissen in Kiev vgl. Arnold, Eroberung.

ben wurde⁹⁶, war lediglich eine Bestätigung der bis zum 22. September bekannt gegebenen Absichten. Dabei blieb es trotz der Bedenken der Heeresgruppe Nord gegen das Verbot einer Kapitulationsannahme⁹⁷.

Die 18. Armee hatte jetzt den Auftrag, Leningrad hermetisch abzuschließen und durch Artilleriebeschuss sowie Bombardierung aus der Luft möglichst großen Schaden anzurichten. Dass letzteres nach dem Abzug fast der gesamten schweren Artillerie und starker Fliegerkräfte, nach dem Stehenbleiben in der äußeren Einschließungslinie und bei der wirksamen sowjetischen Flugabwehr unmöglich war, erkannte keiner besser als der erfahrene Artillerist Küchler⁹⁸. Das OKH wollte jeden größeren Materialeinsatz an dieser Front vermeiden. Daran konnte auch Hitler nichts ändern, der an dem Plan der Zerstörung durch Artillerie und Luftwaffe festhielt⁹⁹. So blieb der 18. Armee als militärische Aufgabe die dauernde Abschließung der Stadt. Dies bedeutete vor allem die Abwehr der fortan beinahe täglichen Angriffe der Roten Armee, daneben aber auch – und das musste jedem Soldaten besonders unangenehm sein – die Abriegelung der deutschen Linien gegen Ausbruchsversuche hungernder Zivilisten. In diesem Punkt verfolgte das Armeeoberkommando von vornherein und bereits vor den Entscheidungen der obersten Führung einen harten Kurs. Als der Ic-Offizier am 13. September meldete, „dass Flüchtlinge aus Leningrad auf die vordere Linie zuströmen“¹⁰⁰, wurde sofort befohlen, das „unter allen Umständen, notfalls mit Waffengewalt, zu verhindern“¹⁰¹. Generaloberst Küchler klärte das ihm neu unterstellte Generalkommando des L. Armeekorps einige Tage später sogar persönlich darüber auf, dass die Truppe „ein Abfließen von Flüchtlingen verhindern und rücksichtslos von der Waffe Gebrauch machen“ müsse¹⁰². Der Befehl, auf Frauen und Kinder zu schießen, kam den Anweisungen einer dauernden hermetischen Einschließung zuvor. Auch wenn das Armeeoberkommando zu diesem Zeitpunkt noch auf eine Besetzung Leningrads spekulierte und daher in seinem Schießbefehl vermutlich

⁹⁶ Vgl. Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 12. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 335; AOK 18, KTB Ia, 18. 10. 1941, 17.45 Uhr, in: NA, T 312/782; Berichte über die Fahrten Küchlers zum L. A.K. am 20. und 23. 10. 1941, in: NA, T 312/799. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das Verbot eigenmächtiger Kapitulationsverhandlungen wiederholt.

⁹⁷ Die Heeresgruppe gab dem OKH zu Bedenken, ob man nicht wenigstens die sowjetischen Truppen in die Kriegsgefangenschaft führen sollte, um einen Verzweiflungskampf zu vermeiden. Das OKH antwortete, dass die oberste Stelle eine Entscheidung treffen werde, „falls die roten Truppen in Leningrad eine Kapitulation anbieten“. Vgl. Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 12. 10. bzw. 17. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 335. Diese eher unbestimmte Ankündigung bezog sich aber nur auf eine Gefangennahme der Truppen und nicht auf die Behandlung der Stadt, so dass von einer „deutliche[n] Einschränkung der erklärten Absicht Hitlers“ (so Arnold, Eroberung, S. 27) keine Rede sein kann.

⁹⁸ Vgl. etwa Küchlers Lagebeurteilung vom 6. 10. 1941, in: NA, T 312/782.

⁹⁹ Vgl. Heeresgruppe Nord (Ia, Nr. 7146/41) an AOK 18, 30. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/119.

¹⁰⁰ AOK 18, KTB O.Qu., 13. 9. 1941, 9.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1203.

¹⁰¹ AOK 18 (Ia, Nr. 2737/41 geh.) an XXVI. und XXXVIII. A.K., 13. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/113.

¹⁰² Bericht über die Fahrt Küchlers zum L. A.K. am 17. 9. 1941, in: NA, T 312/799. Vgl. ebenda: „Während der Einschließung von Petersburg besteht die Möglichkeit, daß die Zivilbevölkerung, in erster Linie Frauen und Kinder, herausgeschickt werden bzw. flüchten, um dem Hunger und Elend zu entgehen. Diese Flüchtlinge bedeuten eine große Gefahr für die Truppe. Sie verlängern durch ihr Abströmen die Ernährungsbasis von Petersburg und öffnen dem Agentenwesen Tor und Tür.“

nur eine vorübergehende Zwangsmaßnahme sah, so ist diese „rücksichtslose“ Haltung doch bemerkenswert.

In den nächsten Monaten kam es offenbar an keiner Stelle zu den befürchteten Ausbruchversuchen größerer Zivilistengruppen aus dem hungernden Leningrad¹⁰³. Dennoch blieben die Anordnung von Gewaltmaßnahmen gegen wehrlose Zivilisten und überhaupt die weitere Entwicklung der Belagerung eine ständige Belastung für die Truppe. Als der Ia der Heeresgruppe Nord am 24. Oktober die vor Leningrad liegenden Divisionen besuchte, stieß er überall auf die Frage, „wie man sich zu verhalten hat, wenn die Stadt Leningrad ihre Übergabe anbietet und wie man sich gegenüber der aus der Stadt herausströmenden hungernden Bevölkerung verhalten soll. Es entstand der Eindruck, daß die Truppe vor diesem Augenblick große Sorgen hat.“¹⁰⁴ Der Kommandeur der 58. Infanteriedivision machte kein Hehl daraus, dass seine Leute und er vor der Aussicht, „immer wieder auf Frauen und Kinder und wehrlose alte Männer zu schießen“, mehr Angst hätten als vor der angespannten militärischen Lage in ihrem Bereich. Am folgenden Tag äußerte auch Generalstabschef Hasse seine Befürchtungen, das geplante Verhalten gegen die Leningrader Bevölkerung könne „schlechte Auswirkung auf die Stimmung der Truppe“ haben¹⁰⁵.

Bei Generalfeldmarschall von Leeb verstärkten sich jetzt die moralischen Skrupel, selbst nach der Kapitulation der sowjetischen Truppen die Stadt weiter abzuschließen und verhungern zu lassen. Auf seine Eingabe beim OKH und offenbar auch bei Hitler¹⁰⁶ kam jedoch lediglich der Vorschlag Brauchitschs, vor den eigenen Linien Minenfelder anzulegen, „um der Truppe den unmittelbaren Kampf gegen die Zivilbevölkerung zu ersparen“¹⁰⁷. Leeb war dagegen der Ansicht, man solle nach dem Fall Leningrads die Einschließung aufheben oder zumindest die Bevölkerung in das sowjetische Gebiet abschieben¹⁰⁸. Doch als er Küchler vorschlug, bei einer Kapitulation und Gefangennahme der Rotarmisten den Ring für die Zivilbevölkerung zu öffnen, meldete der Oberbefehlshaber der 18. Armee Bedenken an, „da eine Trennung zwischen Militär und Zivilbevölkerung schwer durchführbar ist, sich die Bevölkerung, vielleicht mit Waffen über das Land ergießt und dann schwer zu kontrollieren ist; es kann zu Verzweiflungstaten kom-

¹⁰³ Jedoch wurden wiederholt einzelne Zivilisten, die sich den deutschen Linien näherten, erschossen. Vgl. etwa IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2362 (15. 11. 1941, L. A.K., „einige Zivilisten“), und NOKW-2290 (24. 11. 1941, 269 I.D., „2 Zivilisten“).

¹⁰⁴ Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 24. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 335.

¹⁰⁵ AOK 18, KTB Ia, 25. 10. 1941 (Besprechung mit dem Ia der Heeresgruppe), in: NA, T 312/782.

¹⁰⁶ Ebenda: „Obstl. Herrmann erklärt, daß diese Fragen schon durch die H.Gr. bis zum Führer vorgebracht seien.“

¹⁰⁷ Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 27. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 336. Vgl. ebenda: „Die Frage Leningrad und besonders der dortigen Zivilbevölkerung beschäftigt O.B. [Leeb] in starkem Maße.“ Leebs Aussagen im Nürnberger OKW-Prozeß geben einen Nachklang seiner Bedenken und Gewissensbisse, was gewiss nicht nur gespielt war. Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 358f., Anm. 420; Jörg Friedrich, Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941–1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht, München 1993, S. 384–395.

¹⁰⁸ Heeresgruppe Nord, KTB Ia, 27. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 336. „Auch dann wird ein großer Teil der Bevölkerung zu Grunde gehen, aber doch wenigstens nicht unmittelbar vor unseren Augen.“

men.“¹⁰⁹ Küchler verfolgte in dieser Frage eine harte Linie, nachdem er sich damit abgefunden hatte, dass Leningrad weder besetzt noch ernährt werden sollte. Leeb blieb angesichts der starren Haltung sowohl der obersten Führung als auch Küchlers zunächst nichts anderes übrig, als den Ausbau der Minenfelder anzuordnen.

Die befürchteten Horrorszenarien einer unmittelbaren Konfrontation mit drei Millionen dem Hungertod preisgegebenen Menschen verwirklichten sich nicht. Die belagerte Stadt zeigte eine größere Widerstandskraft und innere Geschlossenheit als erwartet. Weder der Bombardements- noch der Aushungerungsplan konnten wirksam umgesetzt werden, solange auf deutscher Seite das Kriegsmaterial fehlte und die Verbindung über den Ladogasee offen blieb. So kam es zu einem Belagerungsalltag, in dem die Frage der Behandlung Leningrads kaum noch erörtert wurde, weil man zunächst nicht mehr mit dem Fall der Stadt rechnete. Die Aufgabe der 18. Armee blieb darauf beschränkt, den Ring zu halten und „unter allen Umständen gegen jeden Verkehr fest zu schließen“¹¹⁰. Dass Leningrad aber weiter ein schreckliches Schicksal zugebracht war, wurde dem Armeeoberkommando immer wieder bestätigt, etwa von Generalquartiermeister Wagner, der am 13. November 1941 auf der großen Generalstabsbesprechung in Orša betonte¹¹¹: „Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß insbesondere Leningrad verhungern muß, denn es ist nicht möglich, diese Stadt zu ernähren. Aufgabe der Führung kann es nur sein, die Truppe hiervon und von den damit verbundenen Erscheinungen fern zu halten.“

Die Diskussion um die Behandlung der Stadt Leningrad und die aus ihr hervorgehenden Entscheidungen sind geradezu ein Lehrstück der Mechanismen der deutschen Befehlsgebung und Kriegführung im Osten. Hitler wollte sein ideologisches Hassobjekt Leningrad erst erobern, dann dem Erdboden gleichmachen und fand für seinen Vernichtungswillen im OKW (Keitel) willige Helfer. Die Heeresführung um Brauchitsch und Halder war ganz auf den Angriff auf Moskau fixiert und keineswegs bereit, für die Eroberung und Zerstörung Leningrads den erforderlichen personellen und materiellen Einsatz zu zahlen. Die Wirtschaftsdienststellen und der für die Heeresversorgung zuständige Generalquartiermeis-

¹⁰⁹ AOK 18, KTB Ia, 27. 10. 1941, 18.30 Uhr (Ferngespräch Leeb/Küchler), in: NA, T 312/782. Vgl. auch die Denkschrift des AOK 18, 4. 11. 1941, in: Okkupation, Raub, Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941 bis 1944, hrsg. v. Norbert Müller, Berlin [Ost] 1980, S. 75–77.

¹¹⁰ Besprechung Hasses mit den Korps-Chefs, 1. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/139. Vgl. ebenda: „Der Chef der Armee glaubt vorläufig nicht an einen Zusammenbruch.“

¹¹¹ Aufzeichnung Hasses „Merkmale aus der Chefbesprechung in Orscha am 13. 11. 1941“, gesehen von Küchler (17. 11. 1941) und Oberquartiermeister Bucher (18. 11. 1941), in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1535. Vgl. auch die Äußerung Buchers gegenüber dem Ib der 212. I.D.; AOK 18, KTB O.Qu., 14. 11. 1941, 10.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204: „Abwehr der Flüchtlinge aus Oranienbaum und Petersburg durch Feuer notwendig (auf weite Entfernung), da Ernährung nicht in Frage kommt. In Frage steht nur wo, nicht ob, Zivilisten verhungern.“ Generalquartiermeister Wagner erwies sich in dieser Frage auch weiterhin als der Hardliner im OKH. So kann es nicht verwundern, dass ausgerechnet in seiner Dienststelle im Dezember 1941 der Vorschlag ausgearbeitet wurde, Leningrad durch einen flächendeckenden Giftgasangriff zu vernichten. Vgl. Günther W. Gellermann, Der Krieg, der nicht stattfand. Möglichkeiten, Überlegungen und Entscheidungen der deutschen Obersten Führung zur Verwendung chemischer Kampfstoffe im Zweiten Weltkrieg, Koblenz 1986, S. 146–149. Zu späteren Plänen, die Stadt doch noch zu erobern und zu zerstören, vgl. Andreas Hillgruber, „Nordlicht“ – Die deutschen Pläne zur Eroberung Leningrads im Jahre 1942, in: Festschrift Percy Ernst Schramm, Wiesbaden 1964, S. 269–287.

ter Wagner im OKH sahen in der Verpflegung einer Millionenstadt eine zu große Hypothek für die angespannte deutsche Ernährungslage und Logistik und zogen daher den Hungertod der Bevölkerung in ihr Kalkül.

Zwischen diesen unterschiedlichen, teils ideologisch¹¹², teils militärisch, teils wirtschaftlich motivierten Erwägungen wurde ein Kompromiss gefunden, indem im September 1941 beschlossen wurde, Leningrad mit so wenig Kräften wie möglich zu zernieren und verhungern zu lassen, ohne in die Stadt hineinzugehen. Diese Aufgabe wurde der 18. Armee zugedacht. Die beiden höchsten Kommandobehörden vor Ort, die Oberkommandos der Heeresgruppe Nord und der 18. Armee, wollten dagegen die vor ihnen liegende Stadt besetzen lassen, mit allen Konsequenzen einer geregelten Besatzung. Die zentralen Instanzen ließen sie über ihre wirklichen Absichten lange im Unklaren, stellten sie aber mit der Schwächung ihrer Verbände vor vollendete Tatsachen. Schließlich fielen sie ihnen endgültig in den Arm und verdarben ihnen den Triumph eines spektakulären militärischen Erfolgs. Statt dessen sahen sich Heeresgruppe und Armee unmittelbar mit verbrecherischen Kriegszielen konfrontiert und in die Rolle des Vollstreckers einer verbrecherischen Kriegsführung gedrängt. Selbst das traditionelle Vorrecht des Heerführers, über die Kapitulation zu verhandeln und zu entscheiden, wurde ihnen aus der Hand genommen und dem „Führer“ reserviert. Es ist bezeichnend, auf wie wenig Widerstand all diese Zumutungen stießen.

Die Oberbefehlshaber Leeb und Küchler konnten über diese Entwicklung enttäuscht sein, nicht aber wirklich überrascht. Beide Generäle hatten am 30. März 1941 an der berühmt-berüchtigten Versammlung in der Reichskanzlei teilgenommen, in der Hitler den für das „Unternehmen Barbarossa“ vorgesehenen höchsten Befehlshabern den wahren Charakter dieses „Vernichtungskampfes“ offenbarte¹¹³. Hatte er nicht ausdrücklich von ihnen das Opfer verlangt, die Bedenken gegen eine den herkömmlichen Rahmen sprengende Kriegsführung zu überwinden? Und hatte nicht gerade Küchler einen Monat darauf seinen Divisionskommandeuren die Gedanken Hitlers in einem ausführlichen Vortrag nahezu ohne Einschränkungen vermittelt und die Vernichtung nicht nur des Bolschewismus, sondern des europäischen Russland propagiert¹¹⁴? Schon damals akzeptierte selbst ein traditionsbewusster und nationalkonservativ gesinnter General wie Georg von Küchler die Spielregeln Hitlers, die er dann in der Kriegswirklichkeit der Leningrader Front hinnahm.

Niemand kann mit Sicherheit sagen, wie sich die deutsche Seite nach einem Übergabeangebot Leningrads verhalten hätte. Wäre es tatsächlich zu einer Verwirklichung der brutalen Hunger- und Zerstörungspläne gekommen? Die Beispiele Warschau und Kiev zeigen, dass Hitlers Mord- und Vernichtungsphan-

¹¹² Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die ideologischen Raster die Richtung des pragmatischen Denkens und Handelns bestimmten. Eine deutsche Kriegsführung und Besatzungspolitik wie in der Sowjetunion wäre in Frankreich oder Norwegen kaum vorstellbar gewesen.

¹¹³ Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2: Von der geplanten Landung in England bis zum Beginn des Ostfeldzuges (1. 7. 1940–21. 6. 1941), bearb. v. Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1963, S. 335–337.

¹¹⁴ Eigenhändige Notizen Küchlers für eine Kommandeursbesprechung am 25. 4. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/71; die wesentlichen Auszüge in: Hans-Heinrich Wilhelm, Rassenpolitik und Kriegsführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und in der Sowjetunion 1939–1942, Passau 1991, S. 133–139.

tasien nicht in jedem Fall umgesetzt wurden. Die von der 18. Armee vorbereitete Besetzung der Stadt hätte allerdings kaum zu einem „normalen“ Besatzungsalltag geführt. Aller Voraussicht nach wäre das deutsch besetzte, von 200 000 Juden und tausenden bolschewistischen Funktionären bewohnte Leningrad zu einem Ort des Schreckens geworden, nicht vergleichbar mit dem besetzten Paris und schlimmer als das besetzte Warschau. Doch solche Überlegungen sind spekulativ, da die Stadt trotz der schrecklich hohen Opferzahlen¹¹⁵ bis zuletzt standhielt und alle deutschen Absichten auf dem Papier blieben. Statt mit drei Millionen Leningrader musste sich die 18. Armee nur mit wenigen Hunderttausenden Zivilisten in ihrem Operationsgebiet befassen. Das war ihre Besatzungswirklichkeit.

3. Besatzungspolitik

Die Lage der 18. Armee war seit Mitte September 1941 nicht beneidenswert. Nach dem militärischen Erfolg der Eroberung fast der gesamten Küste zwischen Memel und Leningrad lag sichtbar, greifbar und doch nicht erreichbar eine Stadt von drei Millionen Einwohnern vor ihr, deren Besetzung der krönende Abschluss des Marsches durch die Ostseeländer sein sollte. Doch statt am Winterpalais zu biwakieren, saß man in armseligen Dörfern und zerstörten Kleinstädten im wald- und wasserreichen, teilweise sumpfigen Vorgelände dieser Stadt, musste die dünne Belagerungslinie in ständigem Kampf mühsam behaupten und hatte zudem die Probleme der Verwaltung eines rückständigen Gebiets sowie die hier verbliebene Zivilbevölkerung am Hals. Dabei hatten sich die überbeanspruchten Infanterieverbände schon auf eine „Auffrischung“ in der Heimat nach dem Fall der Neva-Metropole gefreut. Und auch das Armeeoberkommando konnte sich reizvollere Aufgaben vorstellen, als einen zähen Stellungskrieg zu organisieren und dauerhaft mit lästigen Besatzungsaufgaben befasst zu sein.

Die Gestaltung dieser Aufgaben wurde sowohl durch ideologische als auch durch pragmatische Motive bestimmt. Dabei erhielten vor Leningrad die wirtschaftlichen Ziele des Ostfeldzugs einen hohen Stellenwert. Bei der Planung der Wirtschaftsorganisation für den „Fall Barbarossa“ hatten sich die zuständigen zivilen und militärischen Zentralbehörden im Frühjahr 1941 grundsätzlich auf eine rücksichtslose Ausbeutungspolitik geeinigt, um erstens die gesamte Wehrmacht aus den eroberten Ostgebieten ernähren und zweitens dem Reich die zur Versorgung der Truppe nicht gebrauchten Überschüsse an Ölsaaten, Getreide und Fleisch zuführen zu können¹¹⁶. Dadurch sollten die Ernährungsbilanz des Deut-

¹¹⁵ Nach offiziellen sowjetischen Angaben lebten im September 1941 innerhalb des Blockaderings 2 887 000 Menschen, von denen während der Belagerung 632 000 in Folge von Hunger und Kälte starben. Vgl. Dimitrij W. Pawlow, *Die Blockade von Leningrad 1941*, Frauenfeld/Stuttgart 1967. Westliche Autoren halten diese Zahlen für zu niedrig und gehen von über 1 000 000 Zivilopfer aus. Vgl. Goure, *Siege*; Harrison E. Salisbury, *900 Tage. Die Belagerung von Leningrad*, Frankfurt a. M. 1970.

¹¹⁶ Zu den wirtschaftspolitischen Planungen vor Feldzugsbeginn nach wie vor grundlegend DRZW, Bd. 4, S. 113–157 (Beitrag Müller). Vgl. auch Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 46–76. Frühe Fixierung der wirtschaftlichen Ziele in der Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre vom 2. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), *Unternehmen Barbarossa*, S. 377.

schen Reichs entlastet und weitere Rationierungen vermieden werden. Als Folge der Abschöpfung von Lebensmitteln für die Truppe und die Heimat nahm man den Hungertod von „zig Millionen“ Russen von vornherein bewusst in Kauf. Eine im Osten gewonnene wirtschaftliche Autarkie galt als unabdingbare Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes gegen England und die USA. Dieser maßgeblich vom Reichsernährungsministerium (Staatssekretär Backe) und OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt (General Thomas) ausgearbeitete Plan eines beispiellosen „kolonialen Ausbeutungskriegs“¹¹⁷ wurde am 23. Mai 1941 in „Wirtschaftspolitische Richtlinien“ des Wirtschaftsstabs Ost gefasst¹¹⁸. Sie teilten die europäische Sowjetunion in zwei landwirtschaftliche Großräume, einmal die Überschussgebiete, die „Schwarzerdegebiete“ im Süden (Ukraine), Südosten und im Kaukasus, dann die Zuschussgebiete, die „Waldzone“ von Weißrussland bis zum Ural einschließlich der Zentren Leningrad und Moskau, aber mit Ausnahme des Baltikums. Die Überschussgebiete sollten zu Gunsten der Wehrmacht, Deutschlands und Europas von den Zuschussgebieten abgeriegelt werden. Dass dies „zwangsläufig ein Absterben sowohl der Industrie wie eines großen Teils der Menschen in den bisherigen Zuschussgebieten“ nach sich ziehen musste, wurde ausdrücklich einkalkuliert¹¹⁹.

Dieses Wirtschaftsprogramm, das „die Billigung der höchsten Stellen“ erfuhr, da es mit dem politischen Ziel der „Zurückdrängung des Großrussentums“ korrespondierte¹²⁰, wird in der Literatur als „Hungerpolitik“ und „Hungerstrategie“ bezeichnet¹²¹. Es sollte aber besser von einem „Hungerkalkül“ gesprochen werden, denn der Hunger wurde – mit Ausnahme der Belagerung Leningrads – nicht als Waffe oder als Mittel zum Ziel der Ausnutzung des besetzten Landes eingesetzt, sondern als „zwangsläufige“ Folge einer wirtschaftlichen Besserstellung von Truppe und Heimat gesehen. Die deutsche Politik kennzeichnete nicht eine gezielte Vernichtung durch Hunger, sondern eine eher planlose Inkaufnahme des Hungers und seiner Folgen. Die verbrecherischen Konsequenzen dieser Politik, in der sich militärstrategisches und wirtschaftliches Kalkül mit der nationalsozialistischen Rassen- und Lebensraumideologie verband, werden dadurch freilich nicht relativiert.

Inwieweit erfuhr die Truppe von solchen Überlegungen? Die Richtlinien vom 23. Mai 1941 waren ein internes Papier, das wohl lediglich in den Führungsstellen des Wirtschaftsstabs Ost kursierte. Immerhin wurde ein Teil der Richtlinien in die

¹¹⁷ DRZW, Bd. 4, S. 98.

¹¹⁸ Wirtschaftsstab Ost, Gruppe La, Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 135–157.

¹¹⁹ Ebenda, S. 156. Vgl. auch S. 144 f.: Die deutsche Verwaltung könne wohl bestrebt sein, „die Folgen der zweifellos eintretenden Hungersnot zu mildern und den Naturalisierungsprozeß zu beschleunigen“. „Die Hungersnot ist dadurch dort nicht zu bannen. Viele 10 Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen.“ Dieses Schicksal drohte vor allem der Stadtbevölkerung (S. 141).

¹²⁰ Ebenda, S. 140.

¹²¹ Diese Begriffe wurden von Rolf-Dieter Müller geprägt, in: DRZW, Bd. 4, passim. Gerlach, Kalkulierte Morde, spricht sogar von einem „Völkermordplan“ (S. 48), ja vom „größte[n] Massenmordplan der Geschichte“ (S. 1128). Auch wenn Gerlach in seiner zugespitzten These von einem alles bestimmenden und allgegenwärtigen „Hungerplan“ zu weit geht, kann über die erschreckend kriminellen Ausmaße dieser Planungen kein Zweifel bestehen.

Kreislandwirtschaftsführer-Mappe („Gelbe Mappe“) vom 1. Juni 1941 übernommen, doch auch deren Verbreitung blieb auf die Wirtschaftsdienststellen, hier die Landwirtschaftsführer, beschränkt¹²². Dagegen war der in hoher Auflage gedruckte erste Teil der „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ des Wirtschaftsführungstabs Ost vom Juni 1941, die sogenannte „Grüne Mappe“, für den Dienstgebrauch nicht nur der Wirtschaftsdienststellen, sondern auch der Truppenführung bestimmt¹²³. Dieses „grundlegende Wirtschafts-Handbuch im Osten“¹²⁴ diente auch den Quartiermeisterabteilungen der Kommandobehörden vor Ort zur Orientierung.

In der „Grünen Mappe“ wurde das Hungerkalkül weniger unverblümt und eher zwischen den Zeilen formuliert, doch auch sie ließ keinen Zweifel an den „Hauptaufgaben“ der „restlosen“ Verpflegung der Truppe aus dem Lande sowie der maximalen Ausnutzung der besetzten Gebiete für Deutschland und ließ die schrecklichen Folgen durchblicken¹²⁵: „Nur diejenigen Gebiete werden wirtschaftlich gefördert und vordringlich in Ordnung gehalten werden müssen, in denen bedeutende Ernährungs- und Mineralölreserven für uns erschlossen werden können. In anderen Landesteilen, die sich nicht selbst ernähren können – also in großen Teilen Nord- und Mittelußlands –, muß sich die Wirtschaftsführung auf die Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte beschränken.“ Diese radikale wirtschaftspolitische Grundlinie wurde von den Zentralbehörden bis zuletzt verfolgt und gerade in den ersten Monaten des Ostfeldzugs mehrmals von den Verantwortlichen – Göring, Backe, Thomas – bekräftigt¹²⁶. So legte der „Reichsmarschall“ etwa am 16. September 1941 nochmals die „Abstufung in der Ernährung“ fest: 1. die Truppe, 2. die deutsche Zivilbevölkerung, 3. der für die Deutschen arbeitende Teil der Bevölkerung in den besetzten Gebieten¹²⁷.

Zur selben Zeit bezog die 18. Armee ihre Dauerstellung im Vorgelände Leningrads und wurde zur Besatzungsmacht in einem für über zwei Jahre gehaltenen Raum. Die Front begann an der Küste bei Strel'na unmittelbar vor Leningrad, verlief in südöstlicher Richtung zwischen den größeren Vorstädten Puškin und Kolpino durch Sumpf, Wald, Zaren Schlösser, Arbeiterwohnsilos und Holzhütten, um sich dann bis zum Ladogasee nach Nordosten an die Neva anzulehnen. Östlich von Schlüsselburg wurde ein nur 10 km breiter Abschnitt des Seeufers gehalten.

¹²² Vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 48, Anm. 69.

¹²³ Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches/Wirtschafts-Führungstab Ost, Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten (Grüne Mappe), Teil I: Aufgaben und Organisation der Wirtschaft, Berlin Juni 1941, in: Fall Barbarossa, S. 363–399. Die 1. Auflage wurde in 1000, die 2. Auflage vom Juli 1941 sogar in 2000 Ausfertigungen bis zu den Divisionen und Feldkommandanturen verteilt, in: IfZ-Archiv, MA 1563/18, NG-1409. Die „Grüne Mappe“ wurde mit einem Begleitschreiben Keitels vom 16. 6. 1941 (OKW/WFSt/WiRüAmt/Stab Ia, Nr. 119/41) versandt (ebenda). Keitel befahl, auch „alle Truppenteile [...] auf die hohe Bedeutung einer vernünftigen Ausnutzung der Ostgebiete für die Weiterführung des Krieges hinzuweisen“.

¹²⁴ Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, hrsg. u. eingel. v. Rolf-Dieter Müller, Boppard a.Rh. 1991, S. 35 (Abschlußbericht Nagels, 1944).

¹²⁵ Fall Barbarossa, S. 366.

¹²⁶ Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 989–1015 (Beitrag Müller).

¹²⁷ Aufzeichnung Nagels, Verbindungstab des OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall, 16. 9. 1941, über eine Besprechung bei Göring, in: IMT, Bd. 36, S. 105–109, hier S. 107.

ten, bevor die Frontlinie südöstlich zum Volchov abfiel. Den berüchtigten „Flaschenhals“ von Schlüsselburg übernahm die 18. Armee erst am 1. Dezember von der 16. Armee, ebenso am 3. Dezember den nördlichen Abschnitt der Volchov-Front (I. Armeekorps). Die 18. Armee war außerdem mit dem Brückenkopf bei Oranienbaum an der Kronstädter Bucht belastet, den die sowjetische 8. Armee unter Ausnutzung der Küstenbefestigungen bis 1944 erbittert gegen das XXVI. Armeekorps verteidigte.

Das Armeegebiet reichte vom estnischen Narva im Südwesten bis zu den Leningrader Vororten an der Neva im Nordosten und dem Armeehauptquartier bei Siverskaja im Süden. Dieser Landstrich von durchschnittlich etwa 200 km Breite und 50 km Tiefe bildete den nördlichen Teil des landwirtschaftlich armen altrussischen Gebiets zwischen dem Peipussee, dem Ilmensee und Leningrad, einem der ärmsten der europäischen Sowjetunion¹²⁸. Große Kiefern- und Fichtenwälder, Sümpfe und Moore sowie zahlreiche Wasserläufe und Seen durchziehen das Land, das 1941 nur etwa zu einem Fünftel Nutzfläche aufwies. Neben geringer Viehwirtschaft und dem vereinzelt Anbau von Roggen und Gemüse prägten vor allem riesige Flachsfelder die Landwirtschaft. Die Abwanderung vieler Landbewohner in das Leningrader Industriegebiet und die chronischen Probleme des sowjetischen Agrarsystems hatten bereits vor dem deutschen Einmarsch dazu geführt, dass weite Teile des Ackerbodens nicht bearbeitet wurden. Außer der kargen Landwirtschaft gab es nur vereinzelt größere Betriebe, vor allem in Narva (Textilindustrie) und den Leningrader Vorstädten.

Der Raum südlich von Leningrad war immer Zuschussgebiet gewesen, das sich nicht selbst ernähren konnte und von einer überwiegend armen Bevölkerung bewohnt wurde. Und jetzt hinterließen die Kämpfe, die abziehende Rote Armee und die „Erstversorgung“ der Wehrmacht ein wirtschaftliches Chaos, das der Besatzungspolitik erhebliche Probleme machen musste. Das trostlose Bild unbestellter Felder, leerer Ställe und zerstörter Betriebe wurde ergänzt durch eine schwerwiegende Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Die 18. Armee traf im September 1941 von den zuvor über 500 000 Einwohnern noch etwa 350 000 Menschen an, überwiegend Frauen, Kinder und alte Männer. Die wehrfähigen Männer dienten größtenteils in der Roten Armee oder waren als wertvolle Arbeitskräfte evakuiert worden. Außerdem hatte der Krieg in den größeren, teilweise hart umkämpften Orten vor Leningrad wie Strel'na, Krasnoe Selo, Krasnogvardejsk (Gatčina), Puškin, Pavlovsk (Sluck), Krasnyj Bor, Ul'janovsk, Tosno und Mga eine Stadtflucht verursacht, die zusätzlich die wirtschaftliche Lage belastete.

In diesem wirtschaftlichen Notstandsgebiet, dem das grausame Schicksal der „Waldzone“ zugebracht war, sollte sich die 18. Armee nach den Wirtschaftsrichtlinien aus dem Lande versorgen und die Ernährung der Bevölkerung dieser selbst überlassen. Die Wirtschaftsdienststellen in ihrem Gefolge hatten den Auftrag, die Landwirtschaft „zuvörderst der unmittelbaren Truppenversorgung dienstbar zu machen und hierdurch die Heimat und ganz Europa versorgungsmäßig zu entlas-

¹²⁸ Zu den folgenden Angaben vgl. den detaillierten, 164 Seiten starken Rechenschaftsbericht der Wirtschaftsinspektion Nord: Zwei Jahre Kriegswirtschaft, in: IfZ-Archiv, Da 40.01. Vgl. auch Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 252–254.

ten“¹²⁹ sowie in diesem traditionellen Flachsgebiet „die anstehende Flachsernte restlos den deutschen Zwecken zuzuführen, und zwar nicht nur die Faser, sondern auch den Samen (Oelfrucht)“¹³⁰. Die für den Leningrader Raum geplante Ausbeutungs- und Raubpolitik musste jedoch hier wie anderswo auf Schwierigkeiten stoßen. Zum einen war eine vollständige Verpflegung der Truppe aus den kärglichen landwirtschaftlichen Erträgen Nordrusslands unmöglich, so dass ständige Nahrungsmittel – vor allem aus dem Baltikum – nachgeführt werden mussten¹³¹. Zum anderen wurde eine Umsetzung dieser Politik vor Ort nicht nur zu einem moralischen, sondern auch zu einem Sicherheitsproblem und störte außerdem den notwendigen Zwangsarbeitseinsatz der Zivilbevölkerung. Manche Militärdienststellen an der Ostfront nutzten daher die Freiräume in ihrem Befehlsbereich zu einem pragmatischen Verhalten, das den Vorgaben der Zentralbehörden widersprach¹³². Wie gestalteten sich aber die Verhältnisse bei der 18. Armee?

Die bisher noch weitgehend unbeachtete¹³³ Besatzungspolitik dieser Armee vor Leningrad ist geradezu ein Musterbeispiel für das Spannungsfeld von Ideologie, Wirtschaftspolitik und Kriegführung sowie für die Haltung der Kommandobehörden. Nach den älteren Wehrmachtsvorschriften gehörte die Versorgung der Zivilbevölkerung neben ihrer Überwachung und Beschäftigung noch zu den selbstverständlichen Verwaltungsaufgaben der Armee im von ihr besetzten Gebiet¹³⁴. Die traditionelle Verantwortung der Besatzungsmacht für die fremde Bevölkerung fand in den grundlegenden Befehlen für den „Fall Barbarossa“ jedoch keine Beachtung mehr. Die Bevölkerung war nach dem berüchtigten Kriegsgerechtigkeitserlass vom 13. Mai 1941 rechtlos und nach den beschriebenen Wirtschaftsrichtlinien zumindest in der „Waldzone“ und in den Großstädten dem Hunger ausgeliefert. Allerdings war das Hungerkalkül im AOK 18 noch nicht zum Allgemeingut geworden, obwohl dem Oberquartiermeister die „Grüne Mappe“ vorlag. Doch wollte oder konnte man den Charakter dieser Richtlinien nicht verstehen, jedenfalls ging man zunächst wie selbstverständlich von der Verpflegung der Zivilbevölkerung sowohl in Leningrad als auch im Umland aus. Offenbar erschien die Absicht, vor den Augen der eigenen Truppen Zivilisten verhungern zu lassen, als so ungeheuerlich und praxisfremd, dass man sie zunächst verdrängte. Generalstabschef Hasse wies Oberquartiermeister Bucher bereits am 3. September auf die Ernährung der Bevölkerung hin und nannte sie „nur eine Organisationsfrage“, bei der keine Fehler gemacht werden sollten¹³⁵. Auch Küchler sah in dieser Frage erst kein größeres Problem. Als Bucher ihm am 24. September den Abschied von Zivilisten aus dem Gefechtsgebiet vorschlug, „um die Bevölke-

¹²⁹ Zwei Jahre Kriegswirtschaft, S. 19, in: IfZ-Archiv, Da 40.01.

¹³⁰ Wirtschaftsstab Ost, Gruppe La, Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 141.

¹³¹ Vgl. auch DRZW, Bd. 4, S. 1001 (Beitrag Müller).

¹³² Vgl. die Beispiele, in: Ebenda, S. 1002–1015; Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 265–278.

¹³³ Ganz knappe Hinweise lediglich in DRZW, Bd. 4, S. 1014. Zur Tätigkeit der Sicherheitspolizei und des SD in diesem Gebiet vgl. Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 252–307. Blockade, S. 43–45, druckt Auszüge aus dem KTB O.Qu. der 18. Armee ab, ohne diese wichtige Quelle auszuwerten. Für den hier behandelten Zeitraum unergiebig: M. N. Nikitin/P. I. Vagin, *The Crimes of the German Fascists in the Leningrad Region. Materials and Documents*, London u.a. 1943.

¹³⁴ Vgl. etwa die H.D.v.g 90: Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938, S. 25.

¹³⁵ AOK 18, KTB Ia, 3. 9. 1941, 12.40 Uhr, in: NA, T 312/782.

„nung nicht ernähren zu müssen“, entgegnete der Oberbefehlshaber erstaunt, „daß die Ernährung doch keine Rolle spielen könne, wenn andere Armeen 300 000 Gefangene machten“¹³⁶.

Bucher hatte dagegen inzwischen erkannt, dass nicht einmal die eigenen Truppen aus dem Land verpflegt werden konnten und ein Heranführen von Lebensmitteln für die Bevölkerung auf Schwierigkeiten stoßen würde¹³⁷. Das hatte ihm die Entscheidung über das künftige Schicksal Leningrads unmittelbar zuvor deutlich vor Augen geführt. So konnte der Oberquartiermeister die Ernährungsfrage in und vor Leningrad jetzt zu einem Junktim verbinden. Am 3. Oktober erhielt das XXXVIII. Armeekorps auf die Frage nach der Ernährung der hungernden Zivilisten in seinem Gefechtsbereich den Hinweis, dass Generalquartiermeister Wagner „für Petersburg alle vorbereitenden Maßnahmen zur Versorgung der Zivilbevölkerung abgelehnt“ habe¹³⁸. Daher galt nun auch für das Vorgelände: „Jeder Verpfl[egungs]-Zug aus der Heimat verknappt dort die Lebensmittel. Besser ist, unsere Angehörigen haben etwas und die Russen hungern. Auch Zuführung von Lebensmitteln z. B. aus der Ukraine ist gesperrt.“

Die Entscheidung für die Nichternährung Leningrads beeinflusste also auch die Haltung der Armee vor der Stadt. Nachdem sich das Armeeoberkommando erstmals mit dem Ernährungsproblem konfrontiert sah und das Verhungern von Zivilisten als Kalkül der höchsten Stellen hinnehmen musste, fand es sich schnell dazu bereit, auch die Bevölkerung im Operationsgebiet entsprechend zu behandeln. Treibende Kraft war dabei Oberquartiermeister Bucher, während Küchler und Hasse zunächst noch zögerten. Küchler machte Heeresgruppen-Oberbefehlshaber Leeb am 5. Oktober auf das Problem der hungernden Bevölkerung aufmerksam und schlug vor, „die Bevölkerung in Regie zu übernehmen, um nach Möglichkeit die Nahrungsmittel gleichmäßig zu verteilen, da sonst Unruhen und Schädigungen unserer Verpflegungsbasis nicht ausbleiben“¹³⁹. Den Vorschlag Leeb's, die Zivilisten nach Leningrad oder auf das Land abzuschieben, lehnte er dagegen als unausführbar ab. Auch sein Generalstabschef hielt es am selben Tag immer noch für möglich, die Bevölkerung „in gewissem Umfange“ zu ernähren¹⁴⁰. Hasse drängte auf eine grundsätzliche Klärung und befahl dem Oberquartiermeister eine Stellungnahme. Buchers Haltung gegen eine Verpflegung blieb aber unverändert. Ohne die Besprechung mit dem Chef abzuwarten, unterrichtete er am Abend des 5. Oktober das L. Armeekorps in diesem Sinne¹⁴¹. Inzwischen hatte sich auch Hasse durch eine Fahrt ins Gefechtsgebiet von dem Wunsch der Truppe überzeugt, „die gesamte Bevölkerung zu evakuieren. Die Bevölkerung hungert, es werden 14 Tage alte Pferde[kadaver] zerschnitten und gegessen.“¹⁴² Statt einer

¹³⁶ AOK 18, KTB O.Qu., 24. 9. 1941, 13.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1203.

¹³⁷ Vgl. ebenda: „O.Qu. erwidert, daß die Verpflegung aus der Heimat beschafft werden muß und dieser verloren geht.“

¹³⁸ AOK 18, KTB O.Qu., 3. 10. 1941, 19.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204.

¹³⁹ AOK 18, KTB Ia, 5. 10. 1941, 10.30 Uhr, in: NA, T 312/782.

¹⁴⁰ Ebenda, 5. 10. 1941, 11.50 Uhr (Ferngespräch mit Ia und O.Qu.).

¹⁴¹ AOK 18, KTB O.Qu., 5. 10. 1941, 21.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204

¹⁴² AOK 18, KTB Ia, 5. 10. 1941, 16.20 Uhr (Orientierungsfahrt Hasses zur 58. I.D.), in: NA, T 312/782.

Ernährung der Zivilisten zeichneten sich immer mehr ihre Trennung von der Truppe und Evakuierung ab.

Diese Lösung wurde am 7. Oktober zwischen Hasse und Bucher grundsätzlich vereinbart¹⁴³. Der Oberquartiermeister setzte sich mit seinem Standpunkt durch, dass die hungernde Bevölkerung nur auf Kosten der Heimat ernährt werden könne und dies abzulehnen sei. Lediglich die Zivilisten, die für die Wehrmacht arbeiteten, müssten „einigermaßen“ versorgt werden. Die restliche Bevölkerung sollte nach und nach aus dem Gefechtsgebiet in ein nicht von der Truppe belegtes Gebiet abgeschoben und sich selbst überlassen werden. „Alle aus dem Gebiet herausführenden Straßen werden überwacht. Also Bildung eines großen Ghetto. Am Rande des Gebiets Ortskommandanturen, die Streifendienst ausüben.“¹⁴⁴ Welche Zustände in solch einem abgeriegelten, sich selbst überlassenen und ertragslosen, von Flüchtlingen und Evakuierten überfüllten „Ghetto“ herrschen würden, konnte man sich ohne große Phantasie ausmalen. Dennoch stieß der Plan des Oberquartiermeisters, im rückwärtigen Armee- und Heeresgebiet ein Hungerreservat zu bilden, nicht mehr auf den Widerspruch Hasses. Auch er hielt es nun „in jedem Fall für am besten“, „wenn die Zivilbevölkerung aus dem Bereich der Truppe entfernt wird“¹⁴⁵.

Bei dieser Grundsatzentscheidung blieb es. So wurden Ende September und Anfang Oktober 1941 in wenigen Wochen erst über die Behandlung der Bevölkerung Leningrads und dann der Zivilisten im Operationsgebiet vor der Stadt Entscheidungen getroffen, die ganz auf der Linie der vor dem Feldzug in den Zentralbehörden vereinbarten Wirtschaftspolitik lagen. Obwohl das Armeeoberkommando sich zunächst durchaus dafür ausgesprochen hatte, alle Zivilisten in seinem Befehlsbereich zu ernähren, fügte es sich ohne großen Widerstand dem Hungerkalkül der obersten Führung gegen Leningrad. Während die Einnahme der Neva-Metropole jedoch bloße Theorie blieb, wurde der Hunger im Operationsgebiet der Armee zu einem sehr gegenwärtigen Problem. Und hier entschied sich das AOK 18, beeinflusst durch die Beschlüsse über Leningrad, aber letztlich aus eigenem Antrieb und ohne sich nachhaltig bei der Heeresgruppe oder dem OKH um eine andere Lösung zu bemühen, ebenfalls für eine Nichtversorgung der Bevölkerung. Man ging bewusst den Weg der geringsten Probleme und des vorausseilenden Gehorsams, da die Ernährung der Zivilisten die größten logistischen wie wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verursachen und auf die Ablehnung der vorgeetzten Stellen zu stoßen drohte.

Nun galt es diese harte Entscheidung umzusetzen. Die Zeit drängte, da fast täglich die Hilferufe der Fronttruppen eintrafen. Der Hunger erfasste zuerst die frontnahen Leningrader Vororte im Gefechtsgebiet, die vorwiegend von Arbeiterfamilien bewohnt wurden, dann die übrigen größeren Orte im Armeegebiet und zuletzt das Land. Unerträglich wurden die Verhältnisse zuerst in der Stadt Puškin, die direkt an der Hauptkampflinie des L. Armeekorps lag. Hier hausten 20000 hungernde Zivilisten, ganz überwiegend Frauen und Kinder, ohne Verpflegung in

¹⁴³ Vgl. AOK 18, KTB O.Qu., 7. 10. 1941, 10.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef, da O.B. im Gelände), in: BA-MA, RH 20-18/1204; KTB Ia, 7. 10. 1941, 12.10 Uhr, in: NA, T 312/782.

¹⁴⁴ AOK 18, KTB O.Qu., 7. 10. 1941, 10.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204.

¹⁴⁵ AOK 18, KTB Ia, 7. 10. 1941, 12.10 Uhr, in: NA, T 312/782.

zerstörten Wohnungen und Kellern. Auf dringenden Antrag des Korps – „Zustand für Truppe untragbar, Seuchengefahr“ – befahl Küchler am 8. Oktober den Abschub dieser ersten größeren Bevölkerungsgruppe ins rückwärtige Armeegebiet¹⁴⁶. Die wehrfähigen Männer sollten zunächst in Gefangenenlager abgeführt, die Frauen und Kinder auf die Dörfer südlich von Volosovo verteilt werden¹⁴⁷. Am selben Tag besprach Bucher mit den wichtigsten Versorgungs- und Wirtschaftsoffizieren die Evakuierungspläne, die zwar auf die Bedenken des Wirtschaftskommandos Görlitz, nicht aber auf grundsätzlichen Widerstand stießen¹⁴⁸.

In den nächsten Wochen und Monaten wurden Zehntausende hungernde Zivilisten aus dem Gefechtsgebiet der 18. Armee abgeschoben, auf ihrem Marsch und Transport notdürftig versorgt und dann in den Flüchtlingsgebieten auf die Dörfer verteilt und ihrem Schicksal überlassen. Bis zum 20. Oktober waren bereits 14 000 Personen evakuiert¹⁴⁹, am 21. Oktober verfügte die Heeresgruppe auf Bitte des AOK 18, 10 000 Flüchtlinge im rückwärtigen Heeresgebiet unterzubringen¹⁵⁰, und bis zum 12. November wurden 34 000 Zivilisten weggeschafft, davon 31 000 in das rückwärtige Armeegebiet und 3000 in das rückwärtige Heeresgebiet¹⁵¹. Da sich aber immer noch 50 000 Zivilisten im Gefechtsgebiet befanden, „die sich nicht mehr ernähren können und mitten unter den Truppen langsam aber sicher verhungern“, und die Aufnahmefähigkeit des Armeegebiets erschöpft war, beantragte Küchler am 13. November bei der Heeresgruppe den Abschub von weiteren 43 000 Zivilisten in das rückwärtige Heeresgebiet¹⁵². Die Heeresgruppe Nord gestand schließlich die Aufnahme von 35 000 Flüchtlingen zu, von denen 15 000 vom XXVIII. Armeekorps an den Samra-See und 20 000 nach Sebeß gebracht wer-

¹⁴⁶ AOK 18, KTB O.Qu., 8. 10. 1941, 9.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim O.B. und Chef), in: BA-MA, RH 20-18/1204.

¹⁴⁷ Vgl. die Ausführungsbestimmungen Buchers (Abt. O.Qu./Qu. 2) vom 9. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/122. Bereits am 28. 9. 1941 hatte Küchler den Korps angeboten, die wehrfähige Bevölkerung (15–55 Jahre) der vordersten Kampfzone in Zivilgefangenenlager abzuführen und zur Arbeit einzusetzen. Befehl Küchlers, 28. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/118. Daran hielt Küchler auch fest, als die Heeresgruppe Einwände erhob und den Abschub auf Leningrad forderte. Vgl. Heeresgruppenkommando Nord/Ib, 28. 9. 1941, und Randvermerk Küchlers, in: Ebenda. Da diese Zivilgefangenen versorgt werden mussten, wurden sie allerdings bis Dezember 1941 größtenteils wieder zu ihren Familien entlassen.

¹⁴⁸ AOK 18, KTB O.Qu., 8. 10. 1941, 18.00 Uhr (Besprechung O.Qu. mit Ib/Hgr. Nord Hauptmann v. Bonin, Wi.Kdo. Görlitz Oberstleutnant Becker und IV Wi Kapitän Angermann), in: BA-MA, RH 20-18/1204. „Evakuierung der hungernden Frauen und Kinder aus dem Gefechtsgebiet. Zustand für Truppe untragbar, Ernährung nicht möglich, ebenso Abschub nach Petersburg. Also fort. Im Konzentrationslager muß Verpflg. übernommen werden. Ansiedlung zwischen beiden Bahnlinien von Krasnogwardisk nach Pleskau. Vergrößerung der Partisanengefahr in diesem Gebiet möglich. [...] Zunächst wird Puschkin geräumt. Ansiedlung beschränkt sich auf r[ückwärtiges] A[rmee]G[ebiet]“ Oberstleutnant Becker befürchtete, „daß Evakuierte Saatgetreide und letztes Vieh aufessen und das Gebiet dann für die Landwirtschaft ausfällt“. Dies wurde aber von der Armee in Kauf genommen.

¹⁴⁹ AOK 18, KTB O.Qu., 20. 10. 1941, 12.00 Uhr, in: Ebenda.

¹⁵⁰ Heeresgruppenkommando Nord (Ib, Nr. 7991/41 geh.) an Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Nord, 21. 10. 1941, in: BA-MA, RH 22/255.

¹⁵¹ Küchler (O.Qu./Qu. 2, Nr. 2146/41 geh.) an das Heeresgruppenkommando Nord, 13. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1209. Davon 8000 in die Gegend von Volosovo, 3500 in die von Kingisepp und 19500 in das sumpfige Gebiet des Samra-Sees, das nun auch zum rückwärtigen Heeresgebiet geschlagen wurde. Dazu kamen 2000 „wilde“ Flüchtlinge um Volosovo.

¹⁵² Ebenda. „Hierdurch entstehen Bilder und Verhältnisse, die für die Disziplin und Moral der Truppe untragbar sind. Die verhungerende Zivilbevölkerung muss von den Truppen getrennt werden.“

den sollten¹⁵³. Sie betonte dabei, dies erfolge „*nur im Interesse der Truppe*, nicht etwa der Bevölkerung zu helfen. Die Gebiete um den Samra-See und um Sebesh werden voraussichtlich Hungergebiete werden.“¹⁵⁴ Die angespannte Transportlage verzögerte die weiteren Evakuierungen zunächst bis ins Jahr 1942 und machte einige Improvisationen notwendig. Schließlich wurden bis Anfang März 26 500 Zivilisten bei Gdov und am Samra-See¹⁵⁵ sowie von Anfang April bis Ende Mai 1942 16 000 Personen bei Sebeš¹⁵⁶ aufgenommen. Damit waren von Oktober 1941 bis Mai 1942 über 75 000 Zivilisten¹⁵⁷ von der 18. Armee aus dem Raum vor Leningrad in karge Wald- und Sumpfigegenden evakuiert worden. Es entstanden die von Bucher geplanten ghettoähnlichen Flüchtlingsreservate.

Dass sich die Evakuierung über einen so langen Zeitraum hinzog, ließ die Probleme der Korps im Gefechtsgebiet zunächst kaum kleiner werden. Die Fronttruppen sahen sich in ihren Abschnitten und Quartieren noch viele Monate unmittelbar mit dem Elend der Zivilbevölkerung konfrontiert. Anders als das abgeschieden in einem ehemaligen Sanatorium residierende Armeeoberkommando musste die Truppe täglich den Anblick hungernder, abgemagerter und um ein Stückchen Brot bettelnder Frauen und Kinder ertragen. Lange hoffte man an der Front, dass wenigstens die noch nicht evakuierten Zivilisten vorübergehend durch die Wehrmacht ernährt werden könnten. Das XXVIII. Armeekorps etwa bat das AOK 18 Mitte Oktober um die Versorgung der noch 50 000 Zivilisten in seinem Bereich, „die sich seither kümmerlich von gefallenem Pferden, Kartoffeln und Kohl, die sie noch auf dem Felde vorfanden, und von der Truppe erbettelten Lebensmitteln ernährten“¹⁵⁸. Das Korps wollte auch eine erste abschlägige Antwort¹⁵⁹ nicht hinnehmen und machte die Armee Anfang November erneut auf die Notlage der Einwohner aufmerksam¹⁶⁰, jedoch wieder ohne Erfolg. Bald sah das Korps resignierend alle Bemühungen um Hilfe „durch eine höhere Stelle“ als ge-

¹⁵³ Vgl. ebenda, 17. 11. 1941, 10.00 Uhr; 20. 11. 1941, 17.00 Uhr. Der entsprechende Befehl durch: Heeresgruppenkommando Nord (Ib, Nr. 8690/41 geh.), 3. 12. 1941, in: BA-MA, RH 22/272.

¹⁵⁴ Ebenda. „Es ist erforderlich, diese Gebiete so klein wie möglich zu halten. Durch verstärkte Bewachung und ständigen Streifendienst [...] sind wilde Flüchtlingsbewegungen notfalls mit Waffengewalt zu verhindern.“

¹⁵⁵ Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet (Qu., Nr. 488/42) an AOK 18, 9. 3. 1942, in: BA-MA, RH 22/277. Davon 7733 bei Gdov (und zusätzlich 12000 „wilde“ Flüchtlinge), 16 840 am Samra-See,

¹⁵⁶ Aufzeichnung Berück Nord, 26. 5. 1942, in: BA-MA, RH 22/282, mit weiteren Unterlagen.

¹⁵⁷ Vgl. auch die Bemerkung des Wirtschaftsoffiziers der 18. Armee auf einer Besprechung beim Chef des OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, 29./30. 12. 1941, in: Norbert Müller (Hrsg.), *Okkupation*, S. 205: „Um die Gefechtszone von der Zivilbevölkerung freizumachen, sind bzw. werden noch rd. 80 000 Einwohner nach rückwärts abgeschoben.“

¹⁵⁸ XXVIII. A.K., Tätigkeitsbericht Abt. IVa, 14. 10. 1941, in: BA-MA, RH 24-28/194. „Mit Fortschreiten der kalten Witterung ist eine Entnahme von Lebensmitteln aus dem Lande nicht mehr möglich.“ Aber man ahnte: „Eine Regelung ist jedoch bisher nicht erfolgt und scheinbar auch nicht beabsichtigt.“

¹⁵⁹ AOK 18, KTB Ia, 29. 10. 1941, 10.15 Uhr (Ferngespräch Ia/Chef XXVIII. A.K.), in: NA, T 312/782: „Oberst von Vormann macht darauf aufmerksam, daß die Zivilbevölkerung in 14 Tagen nichts mehr zu essen hat; [...] Der Ia erwidert, daß irgendwelche Lebensmittel für die Zivilbevölkerung nicht zur Verfügung stehen und daß die Armee von sich aus keine Hilfe bringen kann.“

¹⁶⁰ Generalkommando XXVIII. A.K. (Vormann) an AOK 18, 3. 11. 1941, in: BA-MA, RH 24-28/110. Nach diesen Angaben befanden sich im Korpsbereich mit den Städten Krasnyj Bor, Pavlovsk und Ul'janovsk noch 40 000 Zivilisten, davon 30 000 Frauen und Kinder.

scheitert an¹⁶¹ und erkannte überdies den grundsätzlichen Missstand, dass es „über die Absichten der politischen Führung, betreffend die Zivilbevölkerung in den eroberten Gebieten, nicht unterrichtet ist“¹⁶².

Die Ziele einer Besatzungspolitik, die eine größtenteils „gutwillige“ Bevölkerung ins Elend stürzte und damit ein zusätzliches Sicherheitsrisiko schuf, mussten den Frontdienststellen ein Rätsel bleiben. Vielerorts bemühten sich die Soldaten daher eigenmächtig, die Not wenigstens etwas zu lindern. So wurden der Bevölkerung, „die in den gleichen Häusern teilweise wohnt und hungert wie die Truppe“¹⁶³, Lebensmittel aus der Truppenverpflegung abgegeben und Pferdekadaver überlassen. Ein solches Handeln aus Mitleid war nicht die Ausnahme, sondern offenbar die Regel, wie die zahlreichen Gegenbefehle¹⁶⁴ und die Reaktion des AOK 18 beweisen.

Nachdem sich das Armeeoberkommando einmal zum Import des Hungerkaliküls in seinen Befehlsbereich durchgerungen hatte, blieb seine Haltung hart und unbeweglich. Diese schwerwiegende besatzungspolitische Entscheidung wurde zusätzlich gefestigt, als Generaloberst von Küchler Ende Oktober persönlich vom Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord gemahnt wurde, dass keine aus der Heimat zugeführte Truppenverpflegung abgegeben werden dürfe und die Ernährung der Bevölkerung Sache der Wirtschaftsdienststellen sei¹⁶⁵. Kurz darauf verfügten Generalquartiermeister Wagner und der Wirtschaftsstab Ost, dass für die Ernährungsfrage im Operationsgebiet nicht die Truppe, sondern ausschließlich die Wirtschaftsstellen verantwortlich seien und weiterhin der Wehrmachtsbedarf und die Lieferungen an die Heimat Vorrang hätten¹⁶⁶. Jetzt konnte das AOK 18 die Verantwortung abwälzen, die es längst nicht mehr zu übernehmen bereit war. Auf Anfrage Buchers bestätigte der Wirtschaftsoffizier der Armee, Kapitän Angermann, dem Oberquartiermeister das, was dieser längst wusste und zur Richtschnur seines Handelns gemacht hatte: Aus den Mitteln des Landes konnten höchstens die von der Wehrmacht angestellten Zivilarbeiter notdürftig ernährt werden¹⁶⁷. Am 7. November wurde eine ernährungspolitische Dringlichkeitsliste aufgestellt, nach der zuerst die Zivilisten in Wehrmachtsdiensten, dann die arbei-

¹⁶¹ XXVIII. A.K., Tätigkeitsbericht Abt. IVa, 29. 11. 1941, in: BA-MA, RH 24-28/202.

¹⁶² Generalkommando XXVIII. A.K. (Ic/AO, Nr. 1293/41 geh.) an AOK 18, 15. 11. 1941, in: BA-MA, RH 24-28/110.

¹⁶³ AOK 18, KTB Ia, 6. 11. 1941, 10.00 Uhr (Vortrag Id über Fahrt zum XXVIII. A.K.), in: NA T 312/782.

¹⁶⁴ Vgl. etwa den Befehl der 122. Infanteriedivision (Ib), 23. 10. 1941, in: BA-MA, RH 26-122/45: „Eine Verpflegung oder etwa Massenspeisung von Zivilbevölkerung, die nicht arbeitet, aus Wohltätigkeit oder sonstigen Gründen kommt überhaupt nicht in Frage. Es ist nicht tragbar Zivilbevölkerung nur mit Arbeit zu beschäftigen, um Verpflegung zu rechtfertigen. [...] Die Verpflegung nichtarbeitender und somit hungernder Zivilbevölkerung ist nicht Sache der Truppe.“

¹⁶⁵ Leeb an Küchler, 31. 10. 1941, in: BA-MA, RW 46/299. „Es muß jedem einzelnen Soldaten klar werden, daß jetzige Ersparnisse dem Verbrauch im Winter zugute kommen und die Heimat entlasten.“

¹⁶⁶ Verfügung Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Nr. II/7732/41 geh.) „Ernährung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet“, 4. 11. 1941, mit Anlage: Wirtschaftsstab Ost, Besondere Anordnung Nr. 44, 4. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638, Bl. 57–59. Bucher setzte Generalstabschef Hasse am 9. 11. 1941 von diesen Bestimmungen in Kenntnis: AOK 18, KTB O.Qu., 11.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204.

¹⁶⁷ AOK 18, IV Wi an O.Qu., 8. 11. 1941, und die Anfrage Buchers mit Bezug auf das Schreiben Leebs, 6. 11. 1941, in: BA-MA, RW 46/299.

tenden Kriegsgefangenen, schließlich die nichtarbeitenden Kriegsgefangenen und zuletzt die Zivilbevölkerung gepflegt werden sollten¹⁶⁸. Zugleich wurde festgestellt, dass die Verpflegung nur für die erste Gruppe ausreiche. Aktive Maßnahmen gegen das Verhungern der Bevölkerung waren durch diese Regelung erneut abgelehnt worden.

Das Schreiben Leebs wird dazu beigetragen haben, dass sich der Armeeoberbefehlshaber jetzt persönlich der Aufgabe annahm, die chaotischen Zustände des Neben- und teilweise gar Miteinanders einer hungernden Bevölkerung und mitleidigen Truppe zu beenden. Solange dieses Problem, das durch das unkontrollierte Umherziehen nahrungssuchender Zivilisten noch verstärkt wurde, nicht durch die Evakuierungen vollständig gelöst war, sollte die Truppe strikt von der Bevölkerung getrennt und zu einer gleichgültigen Einstellung ihr gegenüber „diszipliniert“ werden. Außerdem konnte dadurch zusätzlicher Unterkunftsraum gewonnen werden, der in der kalten Jahreszeit immer wichtiger wurde. Auch die Fleckfieber-Prophylaxe wird eine Rolle gespielt haben¹⁶⁹. Am 6. November 1941 verfasste Küchler einen Befehl, der mit dem Hinweis auf die „Sicherheit der Truppe“ die Freizügigkeit der Bewohner aufhob und „eine scharfe Trennung zwischen Truppe und Zivilbevölkerung“ anordnete¹⁷⁰. Die Zivilisten mussten die gemeinsam mit Soldaten bewohnten Häuser räumen, durften aber andererseits ihre Wohnbezirke nicht mehr verlassen. Sie sollten in „bestimmte, aussen gekennzeichnete Häuser und Höfe“ zusammengedrängt werden, was ihre bedrückende Situation zusätzlich verschlechterte. Jeder nichtdienstliche Verkehr mit Wehrmachtsangehörigen war ihnen jetzt ausdrücklich verboten. Um die Wirkung seines Befehls zu verstärken, erinnerte Küchler alle Soldaten daran, „dass die Zivilbevölkerung in dem Raum, in dem wir Krieg führen, einer uns rassefremden, feindlich gesinnten Art angehört“.

Diese ideologische Argumentation war Küchler bereits vertraut. Schon zwei Monate vor dem Feldzug hatte er dem Krieg gegen die „drohende Gefahr aus dem Osten“ auch eine rassistische Komponente zugesprochen und sich den Auffassungen Hitlers über den besonderen Charakter des Feldzugs erheblich genähert¹⁷¹. Am „Barbarossa-Tag“ bekräftigte er diese Sicht, indem er vor seinen Mitarbeitern den gerade begonnenen Krieg als „die Fortsetzung eines seit Jahrhunderten durchgeführten Kampfes zwischen Germanentum und Slaventum“ be-

¹⁶⁸ AOK 18, KTB O.Qu., 7. 11. 1941, 12.20 (Besprechung O.Qu. mit IV Wi), in: BA-MA, RH 20-18/1204.

¹⁶⁹ Vgl. Karl-Heinz Leven, Fleckfieber beim deutschen Heer während des Krieges gegen die Sowjetunion, in: Sanitätswesen im Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Ekkehart Guth, Herford/Bonn 1990, S. 127–165. Das Fleckfieber wurde auch bei der 18. Armee zu einem Problem, allerdings mit 660 Krankheits- und 60 Todesfällen im Winter 1941/42 nicht in dem Umfang wie bei anderen Armeen (ebenda, S. 132).

¹⁷⁰ Befehl Küchlers (AOK 18, O.Qu./Qu. 2, Nr. 2078/41 geh.), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1209. Dass Küchler diesen Befehl persönlich ausarbeitete, belegt das KTB O.Qu., 6. 11. 1941, 11.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim O.B.), in: BA-MA, RH 20-18/1204.

¹⁷¹ Vgl. die bereits erwähnten handschriftlichen Notizen Küchlers für einen Vortrag vor seinen Divisionskommandeuren am 25. 4. 1941, in: Wilhelm, Rassenpolitik, S. 133–139, etwa S. 133: „Von Rußland trennt uns weltanschaulich und rassisch ein tiefer Abgrund. Rußland ist schon nach der Masse seines Landbesitzes ein asiatischer Staat.“ Ziel sei die Vernichtung des europäischen Russland, um Ruhe „vor der drohenden Gefahr aus dem Osten“ zu haben (S. 134).

zeichnete¹⁷²: „Seit Tschingis Khan suchen asiatische Horden gegen die rassisch höher stehenden Germanen vorzurücken und sie von ihrer angestammten Scholle zu vertreiben. Aber der jetzige Krieg ist nicht nur der Kampf zwischen zwei rassisch verschiedenen Völkern, er ist mehr als das, er ist der Kampf zwischen zwei Weltanschauungen, dem Nationalismus [!] und dem Bolschewismus.“

Auch für Küchler war dies kein „gewöhnlicher“ Krieg wie der im Westen, sondern ein „totaler“ Kampf auf Biegen und Brechen, in dem man die herkömmlichen Rücksichten auf die feindliche Bevölkerung fallen lassen konnte – um so mehr, da diese Bevölkerung angeblich auch rassisch nicht mit mittel- und westeuropäischen Maßstäben zu messen war¹⁷³. Küchler hatte nur drei Tage zuvor seinen Einheiten den berüchtigten „Reichenau-Befehl“ mit der Anweisung weitergegeben¹⁷⁴: „Da im Armeegebiet vielfach ähnliche Verhältnisse vorliegen, ist die Truppe entsprechend zu belehren.“ Dieser Befehl, der sich wie kein zweiter die hemmungslose Vernichtungsideologie der Nationalsozialisten zu eigen machte, prangerte u. a. das Verpflegen von Landeseinwohnern als „mißverständene Menschlichkeit“ an¹⁷⁵. Offenbar wurde Küchler auch durch das Vorbild Reichenaus inspiriert, als er sich zur harten Maßnahme seines Befehls vom 6. November entschloss.

Gegen den Absperungs- und Trennungsbefehl regte sich bei den Korps Widerstand¹⁷⁶. Doch der Armeeoberbefehlshaber hielt unbeirrbar an seiner Linie fest und überprüfte persönlich die Durchführung seiner Anordnungen. So überzeugte er sich bei der 122. Infanteriedivision, dass die Truppe in Krasnyj Bor „durch das Ziehen eines großen Stacheldrahtzaunes“ endgültig von der Bevölkerung getrennt wurde, „so daß die Soldaten auch nicht dauernd in die Versuchung kämen, den Einwohnern von ihren Lebensmitteln abzugeben“¹⁷⁷. Und bei einer Frontfahrt

¹⁷² Ansprache Küchlers, 22. 6. 1941, 7.30 Uhr an die Führungsabteilung, 9.00 Uhr an die O.Qu.-Abteilung, in: NA, T 312/799. Vgl. ebenda: „So ist der Krieg gegen das sowjetische Russland für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit, ein Kampf für seine Freiheit, für seine Größe und Stellung in der Welt; der Krieg ist eine geschichtliche Notwendigkeit, zu der unsere Generation berufen ist.“

¹⁷³ Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass man sich bald bemühte, den nichtrussischen Minderheiten im Bereich der 18. Armee bessere Lebensverhältnisse zu verschaffen. Seit Ende 1941 wurden zunächst die etwa 2000 „Volksdeutschen“ repatriert, dann die 11415 Esten und 64000 Finnen im Armeegebiet registriert und zum großen Teil umgesiedelt. Zu diesen vom AOK 18 unterstützten und vom SD durchgeführten Maßnahmen vgl. Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 208–213, 258 f.

¹⁷⁴ Befehl Küchlers (Ia, Nr. 5016/41 geh.), 3. 11. 1941, 18.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1209. Küchler gab dem Befehl lediglich zwei Zusätze. Einmal sollten alle Gebäude, die sich als Truppenunterkünfte eigneten, erhalten bleiben. Zum anderen seien die Zarenschlösser vor Leningrad „nicht Symbole der Bolschewistenherrschaft, sondern im Gegenteil Zeugen der unüberwindlichen Kraft deutscher Kultur mitten in einer rohen und feindlichen Umwelt“. Im OKW-Prozeß leugnete Küchler später, den Reichenau-Befehl weitergegeben zu haben. Vgl. Records of the United States Nuernberg War Crimes Trials, Case XII, Verhandlung vom 28. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31, Bd. 37, S. 2875.

¹⁷⁵ Armeebefehl Reichenaus „Verhalten der Truppe im Ostraum“, 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 339 f.

¹⁷⁶ Vgl. etwa den Einwand des XXVI. Armeekorps (Major Behle), in: AOK 18, KTB O.Qu., 13. 11. 1941, 22.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204: „Wenn die Leute aus ihren Häusern und Dörfern verdrängt würden und man sich garnicht um sie kümmere, würden sie den Partisanen geradezu zugetrieben [...]“

¹⁷⁷ Bericht über die Fahrt Küchlers am 9. 11. 1941, in: NA, T 312/799.

zur SS-Polizei-Division mahnte er¹⁷⁸: „An die Zivilbevölkerung dürfen unter keinen Umständen Lebensmittel abgegeben werden. Jeder Soldat muß sich darüber klar sein, daß letzten Endes diese Lebensmittel seinen Angehörigen in der Heimat entzogen werden.“ Es ist bemerkenswert, wie sehr Küchler nun die Argumentation der Zentralbehörden und seines Oberquartiermeisters übernommen hatte. Auf seinen Fahrten an die Front bemängelte er im November außerdem wiederholt, dass die Trennung von den Zivilisten noch nicht überall durchgeführt sei und immer noch viele Einwohner unkontrolliert umherwanderten¹⁷⁹. Diese Zustände veranlassten ihn am 29. November, seinen Befehl zu wiederholen und um den Zusatz zu ergänzen¹⁸⁰: „Immer wieder muß der deutsche Soldat darüber belehrt werden, daß die Sicherheit der Truppe allem vorzugehen hat, daß Rücksichtnahme und Weichheit gegenüber der Zivilbevölkerung fehl am Platze ist.“

Welche Wirkung solche Befehle ihres Oberbefehlshabers auf die Soldaten der Armee hatten, ist schwer abzuschätzen. Die durch sein persönliches Engagement noch verstärkten Appelle mussten wie ein Freibrief rücksichtslosen Verhaltens aufgefasst werden und sind gewiss nicht ohne Einfluss geblieben. Eine völlige Absperrung der Bevölkerung war allerdings ebenso wenig zu erreichen wie ein gänzlich Unterbinden der Wanderungen, das erkannte man schließlich auch im Armeeoberkommando¹⁸¹. Mit vermutlich mehr Erfolg bemühte es sich, die Verpflegung von Zivilisten durch die Truppe zu verhindern oder zumindest erheblich zu reduzieren. Am 31. Oktober wurde verfügt, verendete Pferde, „welcher sich sonst die Zivilbevölkerung als Leckerbissen bemächtigt“, an die Kriegsgefangenenlager abzugeben¹⁸². Bald darauf beklagte das XXVIII. Armeekorps, dass damit der Truppe „die letzte Möglichkeit“ genommen sei, „die Zivilbevölkerung, die nicht mehr das notwendigste zum Leben hat, wenigstens durch Zuweisung von Pferdefleisch zu unterstützen“¹⁸³. Diese Hilfe war beim Armeeoberkommando aber unerwünscht. Mitte November wurde die Verteilung eines „Merkblattes gegen Abgabe von Truppenverpflegung an Zivilbevölkerung“ geplant¹⁸⁴. Und Ende des Monats befahl Küchler, die Zahl der 7300 bei der Truppe beschäftigten Einwohner auf die Hälfte zu vermindern, da man im ganzen Armeegebiet keinesfalls mehr als 4000, möglichst nur 3000 Zivilisten verpflegen wollte¹⁸⁵. Damit wurden der

¹⁷⁸ Bericht über die Fahrt Küchlers am 20. 11. 1941, in: Ebenda. Diese an der Front eingesetzte Waffen-SS-Division hatte eineinhalb Monate zuvor Küchler berichtet, dass die Einwohner (hauptsächlich Finnen) sehr freundlich gesinnt seien und es der Truppe daher schwer falle, „zusehen zu müssen, daß die Bevölkerung Hunger leidet“. Vgl. den Bericht über die Fahrt Küchlers am 3. 10. 1941, in: Ebenda.

¹⁷⁹ Vgl. etwa den Bericht über die Fahrt Küchlers am 25. 11. 1941, in: Ebenda.

¹⁸⁰ Befehl Küchlers (Ia, Nr. 5835/41 geh.), 29. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1209.

¹⁸¹ Vgl. AOK 18, KTB O.Qu., 5. 12. 1941, 11.00 Uhr (Vortrag O.Qu. beim O.B. und Chef), in: BA-MA, RH 20-18/1205: „Das Land ist leergefressen, die Bevölkerung hungert und wandert deshalb in fettene Gegenden. Durch Befehle läßt sich dies nicht unterbinden, nur mit Waffengewalt.“ Dazu fehlten aber die Mittel. „Also ist es das Beste, nur Auswüchse in der Völkerwanderung zu verhindern, z. B. Straßen für Truppenbewegungen freizumachen.“

¹⁸² AOK 18, KTB O.Qu., 31. 10. 1941, 18.25 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204.

¹⁸³ XXVIII. A.K., Tätigkeitsbericht IVa, 4. 11. 1941, in: BA-MA, RH 24-28/202.

¹⁸⁴ AOK 18, KTB O.Qu., 13. 11. 1941, 13.00 Uhr (Besprechung O.Qu./Ic), in: BA-MA, RH 20-17/1204. „Vorschlag: Wettbewerb in den Komp[an]ie[n] zur Aufstellung eines zugkräftigen Aufrufs mit Preisverteilung, um zu erreichen, daß sich die Masse geistig mit diesen Fragen beschäftigt.“

¹⁸⁵ Befehl Küchlers (Ia, Nr. 5835/41 geh.), 29. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1209. Die zivilen Hilfskräfte sollten dabei nur „aus dem Lande“ und nicht durch Truppenverpflegung ernährt wer-

Truppe nach und nach alle Schlupflöcher geschlossen, wenigstens einem größeren Teil der Bevölkerung über die schwierigen Wintermonate zu helfen.

Diese unbarmherzige Besatzungspolitik des AOK 18, die das Hungern und sogar Verhungern von Teilen der Zivilbevölkerung in Kauf nahm, mehr noch: förderte, deckte sich mit den politischen und wirtschaftlichen Vorgaben der höchsten Instanzen¹⁸⁶. Doch auch wenn es einige Kommandeure gegeben haben mag, die solch harte Linie unterstützten, musste sie im Gefechtsgebiet überwiegend auf Unverständnis, ja Entsetzen stoßen. Alle Hinweise auf Sicherheitsbedürfnisse und Versorgungsengpässe konnten den Landser kaum überzeugend erklären, warum das mächtige Deutsche Reich einige tausend armselige Zivilisten, größtenteils Frauen und Kinder, vor seinen Augen verhungern und erfrieren ließ.

Auch hinter dem Gefechtsgebiet regte sich der Widerstand. Am 14. November 1941 berichtete Generalmajor Knuth, der Kommandant des rückwärtigen Armeegebiets, dem AOK von seiner Sorge über die Ernährungsverhältnisse in seinem Bereich und verwies besonders auf die 10000 Einwohner der Arbeitersiedlung Vyrica sowie das mit 8000 Evakuierten belastete Gebiet bei Volosovo¹⁸⁷. Die Beitreibungen der Wehrmacht und die Zwangsaufnahme von Flüchtlingen aus dem Gefechtsgebiet drohten im rückwärtigen Armeegebiet zu katastrophalen Zuständen zu führen. Bereits einen Tag später verschärfte Knuth seine Kritik zu einer Generalabrechnung mit der bisherigen Besatzungspolitik¹⁸⁸. Seine Denkschrift nennt die Gründe für den Stimmungswandel einer Bevölkerung, die zunächst „die einrückende Truppe freudig begrüßt“ habe: die „wilden Requisitionen“; die Entnahme von Rohfutter, so dass die „letzte Kuh“ nicht mehr ernährt werden könne; der Mangel an Unterkünften wegen der Überbelegung mit Soldaten und Evakuierten; die „Elendszüge der evakuierten Frauen, Kinder und Greise“; das Hungern und Sterben der Kriegsgefangenen. Aus diesen Kritikpunkten leitete Knuth mehrere Vorschläge¹⁸⁹ für eine positive Besatzungspolitik ab, die in der Forderung gipfelten: „Man gebe den Menschen zu essen, damit ist jede Frage gelöst. Versprechungen glaubt kein Mensch, Propaganda ist ihnen ein verlogener Ekel.“

Selbst diese Argumente konnten das Armeekommando nicht beeindrucken und von seiner Linie abbringen. Oberquartiermeister Bucher notierte unter die Denkschrift Knuths nur einen, aber einen sehr aufschlussreichen Satz: „Wir

den. Kapitän Angermann hatte bereits Anfang des Monats darauf hingewiesen, dass nur 4000 Zivilarbeiter versorgt werden könnten (IV Wi an O.Qu., 8. 11. 1941, in: BA-MA, RW 46/299), und dies am 26. 11. 1941 vor Küchler und Hasse bekräftigt, in: AOK 18, Tätigkeitsbericht IV Wi, in: BA-MA, RW 46/297.

¹⁸⁶ Diese Wirtschaftspolitik wurde weiterhin befolgt, auch wenn im OKH (Brauchitsch) Bedenken laut wurden. Am 7./8. 11. 1941 bestätigte Göring die ernährungspolitischen Richtlinien, und am 13. 11. 1941 erklärte Wagner den Generalstabschefs der Armeen in Orša, die katastrophale Ernährungslage der Bevölkerung sei kaum zu ändern, ja in den Großstädten unlösbar. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 1005–1009 (Beitrag Müller).

¹⁸⁷ Korück 583 (Qu., Nr. 13040) an AOK 18, 14. 11. 1941, mit Anlage: Bericht der Gruppe IV Wi über die Ernährungslage der Zivilbevölkerung, in: BA-MA, RH 20-18/1448. Selbst die Vorräte der Bauern reichten demnach nur noch bis einschließlich Januar 1942.

¹⁸⁸ Korück 583 (Kdt., Nr. 217 geh.) an AOK 18, 15. 11. 1941, in: Ebenda.

¹⁸⁹ Vor allem waren dies: Sicherung der „letzten Kuh“, Unterbindung von Beitreibungen, Zuteilung von Saatgetreide, Förderung der Religion, medizinische Versorgung, Eröffnung von Läden, Schonung kinderreicher Familien.

kämpfen mit 86 Millionen gegen 186 Millionen.“ Für diesen Generalstabsoffizier hatte das ressourcenschwache Deutsche Reich in diesem „Überlebenskampf“ keine andere Wahl, als gerade auch im wirtschaftlichen Bereich rücksichtslos Krieg zu führen. Eine solche Auffassung war symptomatisch für viele Offiziere, die auf diese Weise aus dem verlorenen Ersten Weltkrieg ihre Lehren zogen und durch die intensive militärtheoretische Diskussion der Nachkriegszeit über den „totalen Krieg“ bestärkt wurden. Bucher reagierte sofort auf die Kritik Knuths und zitierte in den nächsten Tagen zweimal dessen Quartiermeister zur Belehrung zu sich. Dabei stellte er vor allem klar, dass man keine Rücksichten auf die Bevölkerung nehmen dürfe, „wenn es sich um die Erhaltung der Kampfkraft der Truppe handelt“¹⁹⁰, und dass die Ortskommandanturen im rückwärtigen Armeegebiet „nicht Vertreter der Bevölkerung gegenüber der Truppe“, sondern für die Truppe da seien¹⁹¹. Mit dieser Zurechtweisung war die Kritik der rückwärtigen Dienste der Armee zunächst im Keim erstickt.

Zur selben Zeit wurde das Armeeoberkommando auch mit den Einwänden der zuständigen Wirtschaftsdienststellen – des Wirtschaftskommandos „Görlitz“ in Pleskau und seiner seit dem 25. Oktober bestehenden Außenstelle in Krasnogvardejsk – konfrontiert. Hier sah man vor allem das längerfristige Ziel eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus zur besseren Ausbeutung des Landes gefährdet. Am 14. November beklagte sich das Wirtschaftskommando bitter über die wilden Beitreibungen der Truppe, die „verschiedentlich geradezu devastiert“ habe, die katastrophale Dezimierung des Viehbestands und die gedrückte Stimmung der Bevölkerung¹⁹². Die Abwehr der Kritik überließ das AOK 18 seinem Wirtschafts-offizier, der für die Koordination von Armee- und Wirtschaftsstellen zuständig war. Kapitän Angermann schlug sich in dieser Auseinandersetzung zwischen langfristiger Ausnutzung des Landes und Sofortbedarf der Truppe eindeutig auf die Seite der Armee. Seine von Küchler, Hasse und Bucher abgezeichnete Stellungnahme war zugleich Zusammenfassung und Rechtfertigung der Besatzungspolitik des Armeeoberkommandos¹⁹³. Angermann beschrieb zunächst „dieses an sich arme und zudem ausgeplünderte Gebiet, das sich auch in normalen Zeiten nie selbst ernähren konnte“, in dem sich aber schon seit drei Monaten „2 deutsche Armeen mit rund 500 000 Köpfen und 100 000 Pferden“ aufhielten. Dann berief er sich ausdrücklich auf die „Grüne Mappe“ und forderte, dass die Sicherung der Truppenversorgung allen Maßnahmen der Erhaltung oder des Wiederaufbaus der

¹⁹⁰ AOK 18, KTB O.Qu., 17. 11. 1941, 11.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204. „Versorgung der Truppe mit Rauhfutter geht allen Belangen der Bevölkerung vor. [...] Nicht in Dinge hineinmischen und womöglich die Verantwortung übernehmen, die wir nicht meistern können.“

¹⁹¹ Ebenda, 19. 11. 1941, 12.00 Uhr. „Ernährung der Bevölkerung reicht nicht aus. Es kommt darauf an, Truppe vor hungernder Bevölkerung zu trennen. [...] Ortskommandanturen haben sich nicht um Ernährung der Bevölkerung zu kümmern. Das ist Sache der Ortsältesten mit Wi.-Dienststellen. Finger weg davon.“

¹⁹² Wirtschaftskommando Görlitz, Lagebericht Nr. 14 (1. 11.–13. 11. 1941), 14. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1448. „In Krasnoje Selo ist eine Feldküche bereits von Zivilisten überfallen und ausgeraubt worden.“ Der Bericht wurde Küchler (Sichtvermerk 29. 11.) und allen wichtigen Stabsoffizieren vorgelegt.

¹⁹³ Denkschrift Angermanns (O.Qu.-IV Wi/La, Nr. 2292/41), 4. 12. 1941, in: Ebenda. Bezeichnenderweise wurde diese Stellungnahme auch Generalmajor Knuth zur Kenntnis gegeben.

Wirtschaft vorgehen müsse¹⁹⁴. „So fremd einem der Gedanke zunächst erscheint, ist es daher für die Ernährung der Truppe und damit für die Fortführung des Krieges das Richtige, sämtliche noch vorhandenen Vorräte jeder Art von Nahrungsmitteln durch eine große Zahl von Erfassungsstäben der Truppe – und sei es auch mit Gewalt – einsammeln und in stark bewachten Vorratslagern einlagern zu lassen. Das Erliegen der Wirtschaft in der Waldzone sowie das Darben vielleicht sogar Verhungern der dort ansässigen Zivilbevölkerung muß in Kauf genommen werden.“

Dieses Plädoyer für eine kompromisslose Besatzung und Beitreibung zeigt, wie sehr sich das AOK 18 inzwischen die wirtschaftsegoistische Argumentation der Berliner Zentralstellen zu eigen gemacht hatte und bei Bedarf die entsprechenden Richtlinien nun sogar gegen die örtlichen Dienststellen der Wirtschaftsorganisation verwertete. Daran hielt man fest. Als es Mitte Dezember 1941 zu Engpässen in der Fleischversorgung kam, wurde für einige Tage im Armeegebiet Rindfleisch beigetrieben, obwohl das die „letzten Kühe der einzelnen Bauern“ traf¹⁹⁵. Die Bedenken des Wirtschaftskommandos beantwortete Angermann erneut mit dem Hinweis auf die Wirtschaftsrichtlinien, nach denen kein deutsches Interesse an der Erhaltung der Erzeugungskraft von Zuschussgebieten bestehe¹⁹⁶. Zur selben Zeit wurde auch begonnen, Filzstiefel und Winterbekleidung der Bevölkerung zu requirieren, jedoch mit wenig Erfolg, da der deutsche Soldat „hierzu nicht hart genug“ war, wie man im AOK 18 erkennen musste¹⁹⁷. Doch eine Revision dieser Art von Besatzungspolitik war noch nicht in Sicht, so dass sich die elende Lage der Zivilbevölkerung nicht besserte¹⁹⁸. Vor dem Revirement des Armeeoberkommandos am 18. Januar 1942 hatte eine Wandel kaum eine Chance. Zu stark hatten sich Küchler und seine Berater auf diese Linie festgelegt. So stand am Ende der „Ära Küchler“ das knappe Urteil eines Propagandaoffiziers über die Besatzungspolitik der 18. Armee¹⁹⁹: „Im Raum vor Leningrad geschieht für die Zivilbevölkerung im Augenblick so gut wie nichts.“

¹⁹⁴ Ebenda: „Dieses einzusehen wird den Wirtschaftsdienststellen leichter sein, wenn sie sich klarmachen, daß mit hungrigen Soldaten und entkräfteten Pferden eine Armee keine Armee ist und daß ohne Armee das eroberte Gebiet wieder verloren gehen muß.“

¹⁹⁵ AOK 18, KTB O.Qu., 10. 12. 1941, 16.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1205. Vgl. auch die Begründung dieser Maßnahme durch den Bericht der Gruppe IV Wi (Nr. 2376/41), 10. 12. 1941, in: BA-MA, RW 46/299. Danach waren im Armeegebiet nur noch 3387 Stück Rindvieh vorhanden.

¹⁹⁶ AOK 18, O.Qu.-IV Wi (Angermann) an das Wirtschaftskommando Görlitz, 14. 12. 1941, in: Ebenda.

¹⁹⁷ AOK 18, KTB O.Qu., 5. 1. 1942, 12.34 Uhr (Stellungnahme Qu. 1), in: BA-MA, RH 20-18/1279.

¹⁹⁸ Immer wieder wurde dem AOK 18 von der Hungersnot, ja dem Verhungern in den Leningrader Vororten berichtet, vgl. etwa KTB O.Qu., 25. 11. 1941, 9.25 Uhr; 29. 11. 1941, 9.40 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204; 2. 12. 1941, 10.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1205. Vgl. auch den Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Nord für die Zeit vom 1. 12.–15. 12. 1941, 18. 12. 1941, in: BA-MA, RW 31/585: „Die Masse der Bevölkerung [im Gefechtsgebiet der 18. Armee] hungert und kann teilweise vor Schwäche das Bett nicht verlassen. Es kam bereits zu drohender Haltung gegenüber der Truppe, sodass dringende Abhilfe durch Zufuhr von Verpflegung oder Evakuierung von Nöten ist.“ Zur zunehmenden Verbitterung der Bevölkerung vgl. auch den NKVD-Bericht über die Lage im Oblast Leningrad, 5. 11. 1941, in: O.B. Možochin/V.P. Jampol'skij, „Vlast' kotoraja grabit naselenie ...“ Germanskij okkupacionnyj režim na territorii Leningradskoj i Moskovskoj oblastej. Nojabr' 1941 g., in: Istoričeskij archiv 2000, H. 2, S. 131–144, hier S. 132–139.

¹⁹⁹ Stimmungsbericht zum Lagebericht Nr. 12 der Propaganda-Abteilung Ostland für die Zeit vom 10. 1.–25. 1. 1942, 31. 1. 1942, in: BA-MA, RH 22/272. Der Verfasser, Oberleutnant Knoth, glaubte zudem, man müsse der Bevölkerung über Hilfsmaßnahmen hinaus „auch irgend ein Ziel

Auch mit dem neuen Armeeeoberkommando unter General der Kavallerie Georg Lindemann änderten sich die trostlosen Verhältnisse zunächst nicht. Alle Berichte über die Zustände im Bereich der 18. Armee boten weiterhin erschütternde Bilder vom Elend der Zivilisten²⁰⁰. Noch für den April 1942 konstatierte die Wirtschaftsinspektion Nord in diesem Gebiet eine „immer katastrophaler werdende Ernährungslage“²⁰¹, wobei die Einwohner der größeren Orte nach wie vor mehr litten als die Landbevölkerung. Erst allmählich entspannte sich im Laufe des Jahres die Situation. Die wachsenden Sicherheitsprobleme mit einer hungernden und enttäuschten Bevölkerung bewogen die deutschen Besatzungsorgane teilweise zum Umdenken. Auch hier waren es wieder mehr die wirtschaftlichen als die militärischen Dienststellen, die sich um ein besseres Verhältnis zur Zivilbevölkerung bemühten. Endlich kam es zu Fürsorgemaßnahmen, etwa zu Lebensmittelzuteilungen an Flüchtlinge. Nach dem positiven Signal der Agrarreform²⁰² vom 16. Februar 1942 setzte die landwirtschaftliche Wiederaufbauarbeit der Wirtschaftsinspektion Nord ein, die schließlich zu einer recht guten Ernte im Herbst 1942 führte²⁰³.

Die Ansätze einer konstruktiven Besatzungspolitik verbesserten allerdings vorwiegend die Lage der Bauern und wurden durch die im März 1942 anlaufenden Werbungen, schließlich Zwangsrekrutierungen für den Arbeitseinsatz im Reich gestört. Die teils in ihren Orten verbliebene, teils aufs Land evakuierte oder geflüchtete Stadtbevölkerung blieb entrechtet, enttäuscht und feindselig. Bei ihr hatten die ersten Monate der deutschen Besatzung nicht mehr verheilende Wunden geschlagen. So wundert es nicht, dass das Vorgelände Leningrads zu einem der Brennpunkte des sowjetischen Partisanenkriegs wurde und die Partisanenbewegung gerade in den großen Flüchtlingsreservaten am Samra-See und bei Sebeš regen Zulauf erhielt²⁰⁴. Lediglich das seit Frühjahr 1942 weitgehend entvölkerte Gebiet unmittelbar hinter der Front blieb nahezu „partisanenfrei“, lediglich hier hatte die kompromisslose Politik des Armeeeoberkommandos zu einer Ruhe geführt, die man wohl nur als Friedhofsruhe bezeichnen kann. Die Folgen des Vorgehens der ersten Monate blieben jedoch für das Armeegebiet insgesamt – und darüber hinaus für Teile des rückwärtigen Heeresgebiets – katastrophal.

setzen. Es ist natürlich für den Russen kein erstrebenswertes Ziel, dass er selbst entweder über den Ural zurückgetrieben werden oder unter eine Fremdherrschaft gestellt werden soll. Das russische Volk von heute ist sicher nicht mehr das Volk von 1917, wie es von russischen Emigranten im Westen geschildert wurde. Es hat Selbstgefühl auch in seinen Massen gewonnen; bestimmt ist es ein gefährlicher Irrtum, anzunehmen, dass es als geborenes Knechtvolk mit einigen wirtschaftlichen Sanierungen sich zufrieden geben wird.“

²⁰⁰ Vgl. – jeweils für die 1. Hälfte 1942 – die Lageberichte der Abt. VII des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets Nord, in: BA-MA, RH 22/259; die Monatsberichte der Wirtschaftsinspektion Nord, in: BA-MA, RH 22/272, und NA, T 501/14; die Ereignismeldungen der Einsatzgruppen der Sipo und des SD, in: IfZ-Archiv, MA 91. Zu letzteren vgl. auch Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 303–307. Am erschütterndsten waren dabei die häufigen Beispiele des Wiederausgrabens Monate alter Pferdekadaver sowie des Handels mit Menschenfleisch und anderer Fälle von Kannibalismus.

²⁰¹ Monatsbericht für den April 1942, 1. 5. 1942, in: NA, T 501/14.

²⁰² Zur „Neuen Agrarordnung“ vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 342–371.

²⁰³ Vgl. dazu Zwei Jahre Kriegswirtschaft, in: IfZ-Archiv, Da 40.01.

²⁰⁴ Auf diesen Aspekt kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. neben den zahlreichen Hinweisen in den deutschen Akten das sowjetische Standardwerk über die Partisanenbewegung im Leningrader Oblast: I.P. Petrov, Partizanskoe dviženie v Leningradskoj oblasti, 1941–1944, Leningrad 1973.

Wie viele Menschen dem Hunger vor Leningrad zum Opfer fielen, ist bisher unbekannt. Allem Anschein nach waren es weniger als erwartet²⁰⁵. Auch hier zeigte sich wie in anderen Gebieten der besetzten Sowjetunion das Phänomen, dass die Menschen nicht so schnell verhungerten, wie das in den grausamen Plänen der deutschen obersten Führung einkalkuliert und wohl auch erhofft worden war²⁰⁶. Heimliche Reserven, Improvisation und Solidarität ließen die meisten der vom Hunger Bedrohten überleben. Ob auch die Hilfe deutscher Soldaten gegen die Befehle des AOK 18 dazu beitrug, ist nicht sicher, aber sehr wahrscheinlich. Häufig zeigten sich die Landser als Verderber und Wohltäter zugleich. Zuerst förderten sie durch wilde Requisitionen den Kahlfraß des Landes und das Elend der Bevölkerung, dann versuchten sie durch Abgaben von Truppenverpflegung und Speisungen aus Feldküchen die Not vor ihren Augen zu lindern. Schon die Aussicht, auf hungerflüchtige Frauen und Kinder aus Leningrad schießen zu müssen, war für den Frontsoldaten eine unerhörte Zumutung. Der tägliche Anblick hungriger, bittender und sterbender Zivilisten musste unerträglich sein. Die einfachen Soldaten und teilweise auch die Truppenführung unterhalb des Armeeoberkommandos trugen für dieses Elend noch die relativ geringste Verantwortung.

Ganz anders das Armeeoberkommando! Natürlich war es stark von den politischen und fachlichen Vorgaben der vorgesetzten Stellen abhängig, auf die es kaum Einfluss hatte: die ideologischen Vernichtungsabsichten Hitlers, das brutale wirtschaftliche Kalkül von Göring, Backe und Thomas, das militärische Zweckdenken Wagners und der Heeresgruppe. Auch war das Leningrader Vorgelände bereits beim Einrücken der 18. Armee weitgehend verwüstet und ausgeplündert. Außerdem müssen die großen Nachschubprobleme berücksichtigt werden, die schon bei der Truppenversorgung zu Engpässen führten²⁰⁷ und selbst bei gutem Willen die notwendige Verpflegung der Bevölkerung erheblich erschwert hätten. Doch alle Vorbehalte können das Armeeoberkommando nicht wesentlich von seiner großen Verantwortung für eine Gestaltung der Besatzungsherrschaft entlasten, in der die Übergänge von der oft beschworenen „Rücksichtslosigkeit“ zu einer verbrecherischen Behandlung der Bevölkerung fließend waren.

In ihrem Operationsgebiet besaß die Armee weit größeren Spielraum als bei den grundsätzlichen Entscheidungen über Leningrad. Die Millionenstadt an der Neva interessierte auch Hitler, das arme und eng begrenzte Armeegebiet vor Leningrad musste dagegen als marginal erscheinen. Dass dieser Handlungsspielraum vom AOK 18 nicht genutzt wurde, um die Überlebensbedingungen der Bevölkerung wenigstens in kleinen Schritten zu bessern und zu einem „normalen“ Zusammenleben, einer „normalen“ Besatzung zu gelangen, ist vor allem ihm selbst zuzuschreiben. Die traditionelle Fürsorgepflicht des Besatzers für die besetzten Landesbewohner wurde in den hier beschriebenen Monaten völlig ignoriert.

²⁰⁵ So war es auch der Einsatzgruppe A Anfang April 1942 „ein Rätsel, dass die Sterblichkeit infolge Hungers nicht noch grösser ist“. Ereignismeldung Nr. 190, 8. 4. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 91/4. Allerdings wurden nach diesem Bericht allein in Puškin noch 400 unbestattete Leichen registriert.

²⁰⁶ Vgl. auch das Beispiel Weißrussland bei Gerlach, *Kalkulierte Morde*, passim.

²⁰⁷ Zu den Versorgungsproblemen der Heeresgruppe Nord vgl. DRZW, Bd. 4, S. 965–967 (Beitrag Müller). Vgl. auch Klaus A. Friedrich Schüler, *Logistik im Rußlandfeldzug. Die Rolle der Eisenbahn bei Planung, Vorbereitung und Durchführung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion bis zur Krise vor Moskau im Winter 1941/42*, Frankfurt a. M. u. a. 1987.

Schlimmer noch: Nach anfänglichem Zögern zwar und erst nachdem das Verdikt über Leningrad die Richtung gewiesen hatte, dann aber mit um so größerer Konsequenz vertrat das Armeeoberkommando eine harte, ja destruktive Besatzungspolitik, die das Los der Zivilbevölkerung nicht milderte, sondern noch verschlechterte. Besatzungspolitik bedeutete in dieser Region viele Monate lang nur Hunger, Abschließung, Evakuierung und Ausbeutung. Armeeoberbefehlshaber Küchler und seine Gehilfen Hasse, Bucher und Angermann suchten die unterstellten Verbände in scharfen Befehlen und Belehrungen eine gleichgültige, ja unbarmherzige Haltung anzuerziehen und die Bedenken der erstaunlich moderaten Wirtschaftsdienststellen vor Ort mit deren eigenen Waffen, den Argumenten des Hungerkalküls aus wirtschaftlichem Egoismus, abzuweisen.

Der Traditionsbruch geschah keineswegs allein aus ideologischen Motiven, wenn diese auch die wesentliche Voraussetzung blieben. Die daneben – und darauf aufbauend – wichtigste Triebfeder war ein militärischer Utilitarismus, der den Erfolg auf diesem besonderen Kriegsschauplatz um jeden Preis und mit allen Mitteln wollte. Angesichts der Sorge um die Schlagkraft der Wehrmacht galt die Existenz der russischen Zivilbevölkerung zunächst nur als eine Quantité négligeable. Wie militärisch kurzsichtig ein solches Verständnis der Besatzungsaufgaben war und wie widersinnig der ständige Hinweis auf Sicherheitsbedürfnisse, zeigte sich erst, als die 18. Armee in diesem längerfristig besetzten Raum mit den Folgen des besatzungspolitischen Kahlschlags konfrontiert wurde. Doch da war es bereits zu spät, die Fehler der richtungsweisenden ersten Monate nachhaltig zu korrigieren.

4. Kriegsgefangene

Nach der Bevölkerung der Neva-Metropole und den Zivilisten im Operationsgebiet waren die sowjetischen Kriegsgefangenen die dritte große Gruppe, die im Leningrader Raum der Hunger traf. Die Katastrophe der Kriegsgefangenen, das Leid der Abertausenden verhungerten, erfrorenen, durch Seuchen umgekommenen und von den Deutschen erschossenen Rotarmisten ist eines der erschütterndsten Kapitel dieses Krieges, zugleich aber nach wie vor auch eines der umstrittensten. Die Ursachen dieser Tragödie werden teils in den „Sachzwängen“ einer schwierigen Versorgungslage sowie der deutschen Gleichgültigkeit und Härte gegenüber den Kriegsgefangenen gesehen²⁰⁸, teils als bewusst einkalkulierte Folge der beschriebenen Wirtschaftspolitik interpretiert²⁰⁹. Letzteres wurde jüngst zur These zugespitzt, die Gefangenenerlager der Wehrmacht hätten sich „faktisch zu Vernichtungsmaschinen, zu Instrumenten eines staatlich geplanten Massenverbrechens“ entwickelt, und zwar endgültig, nachdem im September 1941 „eine konkrete Strategie zur selektiven Vernichtung durch Unterversorgung“ beschlossen worden sei²¹⁰.

²⁰⁸ Besonders von Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation, Karlsruhe 1981; ders., Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg. Berichte und Dokumente 1941–1945, Heidelberg 1982.

²⁰⁹ Vgl. vor allem Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Neuausgabe Bonn 1991; DRZW, Bd. 4, S. 1015–1022 (Beitrag Müller).

²¹⁰ Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 774–859, Zitate S. 858f.

In der Vorbereitung des „Unternehmen Barbarossa“ sind „Hungermordpläne“ gegen die Kriegsgefangenen nicht nachzuweisen. Im Gegensatz zur sowjetischen Zivilbevölkerung wurde diese Gruppe auch nicht ausdrücklich in das Hungerkalkül der Wirtschaftsdienststellen einbezogen. Allerdings war von Anfang an klar, dass die gefangenen Rotarmisten anders, nämlich schlechter, behandelt werden würden als die Kriegsgefangenen im Westen. Die Äußerung Hitlers am 30. März 1941 vor den Oberbefehlshabern, der bolschewistische Feind sei „vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad“²¹¹, brachte das unmissverständlich zum Ausdruck. Die zentralen Anordnungen über das Kriegsgefangenenwesen legiti mierten eine entsprechend harte Behandlung der Kriegsgefangenen. So forderte der grundlegende OKW-Befehl vom 16. Juni 1941 „äußerste Zurückhaltung“, „schärfste Wachsamkeit“ sowie „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit“²¹². Der Appell zur Härte wurde am 8. September nicht nur wiederholt, sondern sogar erheblich verschärft²¹³. Dem Rotarmisten wurde jetzt wegen seiner Kampfweise „jeder Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen“ abgesprochen. Auch wenn die Wachmannschaften zu korrektem Verhalten angehalten wurden, erhielten sie doch einen Freibrief zu nahezu uneingeschränkter Gewalt: „Waffengebrauch gegenüber sowjet. Kr.Gef. gilt in der Regel als rechtmäßig.“

Anders als solche eindeutigen Aufforderungen zur Härte blieben die Bestimmungen über die Verpflegung der Kriegsgefangenen lange Zeit ungenau. Die Anordnung vom 3. April 1941, „willige[n] Arbeitsdienst durch ausreichende Verpflegung und gute Fürsorge zu belohnen“²¹⁴, war sehr vage und konnte unterschiedlich ausgelegt werden. Nach dem Genfer Abkommen hätten den Kriegsgefangenen dieselben Verpflegungssätze zugestanden wie dem deutschen Ersatzheer²¹⁵. Da die deutsche Kriegführung aber die Ernährungsinteressen der Truppe und der Heimat allem anderen überordnete, erhielten die sowjetischen Kriegsgefangenen von vornherein nur das, was übrig blieb, und das war häufig zu wenig. Das Fehlen von Richtlinien führte zu einer freien und sehr verschiedenen Interpretation der Fürsorgepflicht bei den örtlichen Wehrmachtsdienststellen. Als am 6. August 1941 endlich eine verbindliche Regelung getroffen wurde²¹⁶, brachte dies den Kriegsgefangenen keine Besserung. Die festgelegten Rationen waren zu niedrig, um eine Unter- und Mangelernährung zu verhindern, und die Maßgabe,

²¹¹ Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 336 (30. 3. 1941).

²¹² Befehl des OKW/Abt. Kriegsgefangene „Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa“, 16. 6. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen Barbarossa, S. 315.

²¹³ Befehl des OKW/Abt. Kriegsgefangene „Anordnungen über die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener in allen Kriegsgefangenenlagern“, 8. 9. 1941, in: Ebenda, S. 351–354.

²¹⁴ Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (Besondere Anordnungen für die Versorgung, Anl. 6, Teil C), 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299–304, hier S. 304.

²¹⁵ Der Befehl vom 16. 6. 1941 hatte das Genfer Abkommen vom 27. 7. 1929 als Grundlage der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen anerkannt, jedoch zehn Ausnahmen befohlen, von denen die siebte lautete: „Über die Verpflegung der Kriegsgefangenen ergeht Sonderbefehl.“

²¹⁶ Befehl des OKH/Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, 6. 8. 1941, in: NA, T 501/3. Vgl. auch den tabellarischen Vergleich der verschiedenen Ernährungsvorschriften bei Streit, Keine Kameraden, S. 138–140. Der Befehl vom 6. 8. 1941 betonte, Deutschland sei in der Ernährung der Kriegsgefangenen nicht an das Genfer Abkommen vom 27. 7. 1929 gebunden, da die Sowjetunion diese Konvention nicht unterschrieben habe.

die Ernährung der Truppe und der Heimat nicht zu belasten, erschwerte das Organisieren selbst dieser kargen Sätze. Nachdem Göring am 16. September 1941 die „Abstufung in der Ernährung“ (Truppe, Heimat, für die Deutschen arbeitende Sowjetbürger und Kriegsgefangene) bestätigt hatte, drängten das Reichsernährungsministerium und der Wirtschaftsstab Ost, die Gefangenenkost zugunsten der gefährdeten deutschen Ernährungsbilanz weiter einzuschränken²¹⁷. Dadurch wurden besonders die nichtarbeitenden Kriegsgefangenen dem Hungertod preisgegeben. Die entsprechende Senkung der Rationen erfolgte schließlich am 21. Oktober 1941 durch Befehl des Generalquartiermeisters²¹⁸.

Eine Wende zeichnete sich erst ab, als der Arbeitskräftebedarf an der Front und in der Heimat so evident wurde, dass man auf das billige Menschenreservoir der sowjetischen Kriegsgefangenen zurückgreifen wollte. Hitler selbst ordnete am 31. Oktober 1941 an, das Millionenheer der gefangenen Rotarmisten zur Arbeit einzusetzen und angemessen zu ernähren²¹⁹. Bestärkt wurde er dabei offenbar durch Beschwerden der Truppenführung über die grauenhaften Zustände im Gefangenwesen²²⁰. Im November wurden daraufhin vom OKW und OKH Maßnahmen befohlen, die verhungerten und entkräfteten Kriegsgefangenen am Leben zu erhalten und durch „Aufpäppelung“ arbeitsfähig zu machen. Diese Bemühungen führten am 2. Dezember 1941 zur Verfügung Wagners, die Rationen für alle sowjetischen Gefangenen, ausdrücklich auch die nichtarbeitenden, dauerhaft zu erhöhen²²¹. Das kam allerdings für sehr viele Gefangene zu spät. Zum einen waren auch die neuen Sätze noch zu niedrig, um stark entkräftete Menschen wieder auf die Beine zu bringen, zum anderen behinderte die katastrophale Transport- und Unterkunftslage im Winter die Linderung der Leiden. Die sichere Rettung vor Hunger und Erfrierung hätte noch größerer Anstrengungen bedurft. Dazu waren die deutschen Zentralbehörden aber nicht bereit, da für sie die Truppe und die Heimat eindeutigen Vorrang behielt und die Gefangenenvspflegung daher weiterhin ganz überwiegend „aus dem Lande“ erfolgen sollte. Auch wenn von einem einheitlichen Mordplan gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht gesprochen werden kann, so war diese Katastrophe mit ihren insgesamt ca. drei Millionen Opfern vom Standpunkt der Wirtschafts-, Wehrmachts- und

²¹⁷ Grundlegend hierzu und überhaupt zur Ernährungspolitik gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen Streit, *Keine Kameraden*, S. 137–162. Vgl. auch Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 796–829, mit der These des Übergangs von einer unspezifischen Unterversorgung und Vernachlässigung „zur gezielten, selektiven Ermordung der meisten Gefangenen durch Hunger“ als Teil eines umfassenden Mordplans im September 1941 (S. 797). Gerlach unterschätzt allerdings die Entscheidung für den Arbeitseinsatz, die tatsächlichen Versorgungsprobleme und die eigenständigen Bemühungen vieler Wehrmachtsdienststellen. Vgl. Christian Hartmann, *Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“*. Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: VfZ 49 (2001), S. 97–158.

²¹⁸ Verfügung Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu./IVa, Nr. I/23738/41 geh.), 21. 10. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638. Danach stellten diese Verpflegungssätze „das Höchste dar, was auf Grund der Ernährungslage im Reich und in den Ostgebieten als Dauerverpflegung abgegeben werden kann“.

²¹⁹ Streit, *Keine Kameraden*, S. 145; DRZW, Bd. 4, S. 1017 (Beitrag Müller), S. 1017.

²²⁰ Nach einem Bericht von General Thomas vom 31. 10. 1942 waren „die Oberbefehlshaber beim Führer vorstellig“ geworden – „wegen der Lage der russischen Kriegsgefangenen, da ungünstige Auswirkungen auf Stimmung der Truppe“. Zit. nach ebenda, S. 1017.

²²¹ Verfügung Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu./IVa, Nr. I/36761/41 geh.), 2. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638.

Heeresführung zumindest eine erst bewusst in Kauf genommene, dann nicht konsequent bekämpfte Folge des angeblichen Zwangs zur ökonomischen Rücksichtslosigkeit gegen die – auch rassenideologisch als minderwertig eingestuften – Menschen der besetzten Sowjetunion.

Vor dem Hintergrund der Kriegsgefangenenpolitik der obersten Führung muss nun der Blick auf die Behandlung der Gefangenfrage durch die 18. Armee gerichtet werden. In den ersten Monaten bekam die Armee vom bereits frühzeitig einsetzenden, dann ständig schlimmer werdenden Gefangenelend wenig mit. In der Phase des Vormarschs gerieten die Kriegsgefangenen in der Regel schnell aus den Augen und der Verantwortung der Armee, da sie entweder bald nach hinten abgeschoben wurden oder die Front sich von ihnen wegbewegte. Erst als die 18. Armee in der zweiten Septemberhälfte ihre Dauerstellung vor Leningrad eingenommen hatte, bekam diese Frage für das Oberkommando eine neue Bedeutung. Der bevorstehende Stützungs- und Belagerungskrieg in Herbst und Winter erforderte Arbeitskräfte für Schanz-, Räumungs-, Straßen- und Bauarbeiten, welche die Wehrmacht, der Reichsarbeitsdienst und die Organisation Todt allein nicht aufbringen konnten. So richtete man sich darauf ein, eine größere Zahl von Kriegsgefangenen im Operationsgebiet der Armee zurückzubehalten, zu verpflegen und zur Arbeit einzusetzen. Am 24. September erkannte das Armeeoberkommando deswegen und wegen der „Verpflichtung der Fürsorge“ die Notwendigkeit einer „planmäßigen Regelung“ und befahl den Verbleib von genügend Kriegsgefangenen zum Arbeitseinsatz im Winter²²². Bereits zwei Tage später folgte eine erste Quotierung. Von den 35 000 Kriegsgefangenen sollten 22 000 in den Gefangenensammelstellen und Durchgangslagern (Dulags) als „Arbeitskräfte für Straßeninstandhaltung und Unterkunftsbau“ zurückgehalten werden²²³. Außerdem wurde der Truppe freigestellt, „für eigene Zwecke Arbeitskommandos unter eigener Bewachung und wirtschaftl. Versorgung“ zu bilden.

Die Verpflegung und Unterkunft der großen Zahl von Kriegsgefangenen wurde offenbar zunächst nicht als Problem gesehen. Wir erinnern uns, dass sich das Armeeoberkommando zur selben Zeit auch über die Ernährung der Bevölkerung in und um Leningrad noch falsche Vorstellungen machte. Der Befehl vom 24. September ging wie selbstverständlich davon aus, dass die Gefangenenvspflegung „entsprechend den festgelegten Sätzen auf dem gleichen Wege wie die Truppenverpflegung anzufordern und zu empfangen“ sei. Da die Truppenverpflegung aber möglichst nicht belastet werden sollte und sich die Versorgungslage im Armeegebiet ohnehin immer schwieriger gestaltete, hielt auch in den Gefangenslagern der 18. Armee bald der Hunger Einzug. Der Kampf gegen die sich anbahnende Katastrophe wurde zusätzlich erschwert, als Generalquartiermeister Wagner am 21. Oktober 1941 die Rationen senkte und befahl, die Verpflegung „im Einvernehmen mit den Dienststellen des Wi Stab Ost dem Lande zu entnehmen“

²²² Befehl Buchers (AOK 18/Abt. O.Qu./Qu. 2) „Gefangenwesen“, 24. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/117. Als Arbeitsbereiche wurden genannt: Instandhalten der Straßen und Bahnen, Truppenunterkunftsbau, Arbeitsdienst in Versorgungseinrichtungen, Aufräumarbeiten, Beutebergung.

²²³ Befehl Buchers (AOK 18/Abt. O.Qu./Qu. 2) „Gefangenabschub“, 26. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/118.

und nur im Notfall die Verpflegungsstellen des Heeres einzuschalten bzw. auf Nachschubbestände zurückzugreifen²²⁴.

Das Gefangenwesen geriet nun in eine schwere Krise. Bereits am 27. Oktober warnte der Wirtschaftsoffizier der 18. Armee den Chef, „daß eine Sicherstellung der Verpflegung für die Gefangenen vordringlich ist, da aus dem Lande nicht mehr viel zu holen ist“²²⁵. Nur einen Tag darauf kapitulierten die Wirtschaftsdienststellen vor diesem Problem und machten unmissverständlich deutlich, dass die Ernährung der Kriegsgefangenen aus den geringen von der Truppe nicht requirierten Landesbeständen unmöglich sei²²⁶. Lediglich der Bedarf von 4000 für die Wehrmacht arbeitenden Zivilisten konnte vom Wirtschaftskommando „Görlitz“ gedeckt werden. Als Angermann am 7. November diesen Offenbarungseid der Wirtschaftsdienststellen an Oberquartiermeister Bucher weitergab²²⁷, kam das einem Todesurteil für sehr viele Kriegsgefangene gleich, denn an eine vollständige Verpflegung der Gefangenen aus Armee- und Nachschubbeständen war nach den Vorgaben Wagners und wegen der wachsenden logistischen Probleme kaum zu denken. Zugleich wurde von Bucher und Angermann die bereits erwähnte ernährungspolitische Dringlichkeitsliste aufgestellt: 1. Zivilisten in Wehrmachtsdiensten, 2. arbeitende Kriegsgefangene, 3. nichtarbeitende Kriegsgefangene, 4. die Zivilbevölkerung. Aber: „Tatsächlich reicht Verpf[legung] nur für Ziffer 1 [...]“

So setzte auch im Bereich der 18. Armee das Massensterben der Kriegsgefangenen ein. Die Gefangenenkost wurde immer karger, improvisierter, minderwertiger. Sogar auf verendete Pferde musste zurückgegriffen werden²²⁸. Anfang November erklärte die Oberquartiermeisterabteilung, dass die Gefangenenernährung „in keiner Weise“ ausreiche, „weil die Gefangenen völlig ausgehungert ankommen und wegen unzureichender Bekleidung und Unterkunft unter der Kälte zu leiden haben“²²⁹. Auch aus der Truppe mehrten sich die Notrufe, die das Armeeoberkommando vorerst nur mit dem Hinweis beantworten konnte, dass ihr die Verhältnisse bekannt seien, „eine Verbesserung der Ernährung für die Gefangenen jedoch kaum durchzuführen sei“²³⁰. Zugleich benötigte die Armee aber immer mehr Arbeitskräfte – auch zum Minenräumen²³¹ – und meldete bei der Heeresgruppe zusätzlich zu den 19000 Kriegsgefangenen und 5000 Zivilgefange-

²²⁴ Verfügung Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu./IVa, Nr. I/23738/41 geh.), 21. 10. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638.

²²⁵ AOK 18, KTB Ia, 27. 10. 1941, 12.05 Uhr (Besprechung Hasse/Angermann), in: NA, T 312/782.

²²⁶ Wirtschaftskommando Görlitz/Befehlsstelle Krasnogvardejsk an AOK 18/IV Wi, 28. 10. 1941, in: BA-MA, RW 46/299.

²²⁷ AOK 18, KTB O.Qu., 7. 11. 1941, 12.20 Uhr (Besprechung Bucher/Angermann), in: BA-MA, RH 20-18/1204. Vgl. auch das Schreiben Angermanns an Bucher, 8. 11. 1941, in: BA-MA, RW 46/299.

²²⁸ AOK 18, KTB O.Qu., 31. 10. 1941, 18.25 Uhr (Besprechung Bucher/Korück), in: BA-MA, RH 20-18/1204. Allerdings sei es „untunlich, (wegen der Gefahr des Ausnutzens durch die fdl. Propaganda) einen entsprechenden Befehl zu veröffentlichen“.

²²⁹ Ebenda, 3. 11. 1941, 22.00 Uhr. „Im Lager Siwerskaja sind in einer Nacht 10 Gefangene an Erschöpfung gestorben. Es ist angeordnet, daß alle toten Pferde den Dulags angeboten werden.“ Über diesen bedrohlichen Zustand wurde auch Generalstabschef Hasse unterrichtet. Vgl. AOK 18, KTB Ia, 4. 11. 1941, 10.55 Uhr (Besprechung Hasse/Bucher), in: NA, T 312/782; ebenda, 9. 11. 1941, 11.30 Uhr (Besprechung Hasse/Bucher). Ebenda beklagte Bucher, „daß die Gefangenenernährung so unzureichend ist, daß z.Zt. täglich 100 Mann sterben“.

²³⁰ Ebenda, 13. 11. 1941, 22.00 Uhr (Ferngespräch Ia/Chef XXVI. A.K.).

²³¹ AOK 18, KTB O.Qu., 4. 11. 1941, 11.50 Uhr (Bericht Qu. 2), in: BA-MA, RH 20-18/1204.

nen einen weiteren Bedarf von 27 000 Gefangenen an²³². Der Widerspruch zwischen dem Gefangenelend und dem Arbeitskräftebedarf führte zur paradoxen Situation, dass die Kriegsgefangenen einerseits nicht ausreichend ernährt, bekleidet und untergebracht werden konnten, andererseits aber noch durch die gewünschten Zugänge aus dem rückwärtigen Heeresgebiet und von der 16. Armee vermehrt wurden.

In den ersten acht Novembertagen starben 321 Kriegsgefangene der 18. Armee „den Erschöpfungstod“²³³, also in Folge von Hunger, Kälte und Überarbeitung. Die erschreckende Sterbequote veranlasste die Oberquartiermeisterabteilung endlich zum Handeln, auch wenn ihr Oberbefehlshaber diesem Problem gegenüber offenbar zunächst gleichgültig blieb. Noch am 3. November hatte Küchler den „Reichenau-Befehl“ vom 10. Oktober 1941 weitergegeben, in dem u. a. die Verpflegung nichtarbeitender Kriegsgefangener aus Truppenküchen als „mißverständene Menschlichkeit“ kritisiert wurde²³⁴. Oberquartiermeister Bucher aber gab Hasse für die Generalstabsbesprechung in Orša am 13. November eine Aufzeichnung mit den vier wichtigsten Monita in die Hand, von denen der Zustand der Kriegsgefangenen das dringendste war²³⁵: „*Gefangenenvverpflegung* nicht ausreichend, um Gefangene zur Arbeit leistungsfähig zu erhalten. Gefangene haben keine Winterbekleidung, Mäntel und schlechtes Schuhzeug. Ein großer Teil völlig erschöpft, ist nicht arbeitsfähig. Täglich Abgänge an Toten infolge Erschöpfung.“ In Orša reagierte Generalquartiermeister Wagner auf einen entsprechenden Vorstoß der Heeresgruppe Mitte mit der Erklärung, dass nichtarbeitende Kriegsgefangene zu verhungern hätten und arbeitende Gefangene nur in Einzelfällen, nicht generell aus Heeresbeständen ernährt werden könnten²³⁶.

Den Widerspruch dieser grausamen Richtlinien zum von Hitler geforderten Arbeitseinsatz und zur deutschen Propaganda in der Sowjetunion wollten viele Frontdienststellen nicht mehr länger hinnehmen. Das AOK 18 bemühte sich nun zunehmend, nicht nur die arbeitenden, sondern alle Kriegsgefangenen am Leben zu erhalten. Am 21. November wurden zwischen Oberquartiermeister Bucher und Generalstabschef Hasse Maßnahmen besprochen, „daß die Kriegsgefangenen die ihnen zustehenden knappen Sätze voll erhalten, daß sie für den Außendienst ausreichend bekleidet sind und daß sie während der Nacht in warmen Unterkünf-

²³² Ebenda, 3. 11. 1941, 22.00 Uhr; KTB Ia, 4. 11. 1941, 10.55 Uhr (Besprechung Hasse/Bucher), in: NA, T 312/782. Davon sollten 20 000 der Organisation Todt, 7000 der Schneeräumung dienen. Die Zugänge von der Leningrader Front waren jetzt so gering, dass sie kaum die Todesfälle ausglich.

²³³ AOK 18, KTB O.Qu., 13. 11. 1941, 12.00 Uhr (Vortrag O.Qu. beim O.B.), in: BA-MA, RH 20-18/1204.

²³⁴ Befehl Küchlers (Ia, Nr. 5016/41 geh.), 3. 11. 1941, mit dem „Reichenau-Befehl“ als Anlage, in: BA-MA, RH 20-18/1209.

²³⁵ Aufzeichnung Buchers „Besprechungspunkte für Chef des Generalstabes“, 9. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/132. Die anderen drei Probleme waren der Materialverschleiß, die Raufutterlage und die Trennung der Truppe von der verhungernenden Bevölkerung.

²³⁶ Aufzeichnung Hasses „Merkmale aus der Chefbesprechung in Orscha am 13. 11. 1941“, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1535. Während Rolf-Dieter Müller in der Äußerung Wagners „Hilflosigkeit“ erkennt (DRZW, Bd. 4, S. 1018), zeigt sich für Christian Gerlach hier „das eiskalte Kalkül eines Hauptverantwortlichen des Völkermordes“ (Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 801). Auf jeden Fall führte die Überbetonung vermeintlicher „Sachzwänge“ bei Wagner zu einer erschreckenden Gleichgültigkeit gegenüber der Mangelernährung der Kriegsgefangenen und den daraus resultierenden Folgen.

ten untergebracht sind“²³⁷. Die Bemühungen zur Rettung der Kriegsgefangenen stießen aber auf große Probleme, vor allem bei der Ernährung. Auch wenn jetzt verstärkt Lebensmittel aus den Armeeversorgungslagern ausgegeben wurden, waren im kargen Armeegebiet und bei der angespannten Nachschublage selbst die völlig unzureichenden Rationen der Wagner-Verordnung vom 21. Oktober 1941 kaum zu beschaffen.

Das Armeeoberkommando versuchte daher, die Zentralbehörden von den Mängeln der Kriegsgefangenenpolitik zu überzeugen. Den Anlass dazu bot ein Fragebogen des OKH zum Gefangenwesen, den die Oberquartiermeisterabteilung am 27. November 1941 beantwortete²³⁸. Diese ungeschminkte Bestandsaufnahme geriet zur eindeutigen Kritik am bisherigen Vorgehen. Das AOK 18 gab sich nicht mit der Feststellung zufrieden, dass die Bekleidung der ca. 23 000 Kriegsgefangenen²³⁹ im Armeegebiet schlecht sei und die befohlenen Verpflegungssätze wegen der „unzureichenden Beschaffung aus dem Lande bzw. aus den A.V.L. [Armeeversorgungslagern]“ nicht immer eingehalten werden könnten. Vielmehr wurden die von Wagner vorgeschriebenen Rationen überhaupt als nicht ausreichend erklärt: „Die von den Ernährungsphysiologen errechneten Verpflegungssätze für arbeitende und nicht arbeitende Kgf. treffen nur zu unter der Voraussetzung, dass gesunde und kräftige Männer unter normalen klimatischen Verhältnissen am Leben erhalten werden sollen. Diese Voraussetzungen entfallen für den überwiegenden Teil der Kgf.“ Der erbärmliche Zustand der Kriegsgefangenen, von denen nach Angaben der Denkschrift 2–5 Promille täglich starben, wurde vor allem dem OKH angelastet. Entsprechend ziehen sich die Vorschläge einer Erhöhung der Rationen wie ein roter Faden durch die Denkschrift²⁴⁰. Die Kriegsgefangenen wurden nun als nützliche, arbeitswillige und überwiegend nicht bolschewistisch eingestellte Kräfte gesehen, für die das AOK 18 zusammenfassend forderte: „Strenge aber *menschliche* Behandlung, wozu ausreichende Ernährung und warme Unterkunft gehört.“

Diese Forderung suchte man in der Armee durchzusetzen. Bereits einen Tag später, am 28. November, kam es zu einer grundsätzlichen Besprechung des Generalstabschefs mit den zuständigen Offizieren des Armeeoberkommandos über diese Aufgabe²⁴¹. Es herrschte Übereinstimmung, dass der Zustand der Gefangenen insgesamt schlecht, aber von Lager zu Lager sehr unterschiedlich sei. Neben der mangelnden Ernährung, Bekleidung und Unterkunft wurde dafür auch die

²³⁷ AOK 18, KTB O.Qu., 21. 11. 1941, 12.00 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef), in: BA-MA, RH 20-18/1204. „Erhaltung der Arbeitsfähigkeit liegt in unserem Interesse.“

²³⁸ Fragebogen: Befehl des OKH (Gen.St.d.H./Gen.Qu./IVa/IVb/Qu. 4/Kgf., Nr. II/7891/41 geh.), 9. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-11/407; Antwort: AOK 18 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 2310/41 geh., unterzeichnet vom Qu. 1 in Abwesenheit Buchers) an Heeresgruppe Nord, 27. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1448.

²³⁹ Stand am 15. 11. 1941: 19662 zur Arbeit eingesetzt, 1817 arbeitsfähig, aber ohne Arbeit, 1684 arbeitsunfähig, in: Ebenda.

²⁴⁰ Vgl. etwa ebenda: „Wesentlich ist zur Vorbereitung von schwererem Einsatz die Erhöhung der Grundration bei allen Gefangenen in der Annahme, dass Deutschland eine hohe Zahl arbeitsfähiger Gefangener benötigt.“ „Durchweg wird vorgeschlagen: Erhöhung der Verpflegungssätze, besonders für Fett, Fleisch und Brot, *ein Ruhetag wöchentlich*, Beschaffung von Beleuchtung und Heizmaterial, nicht zu enge Belegung, feste Gebäude oder Baracken für Unterbringung.“

²⁴¹ AOK 18, KTB Ia, 28. 11. 1941, 11.15 Uhr (Besprechung des Chefs mit dem Qu. 1, der den O.Qu. vertrat, Qu. 2, IV Wi, Ic und dem Dolmetscher Prof. Arsenjew), in: NA, T 312/783.

teilweise sehr schlechte Behandlung durch die Wachmannschaften verantwortlich gemacht²⁴². Die grundsätzlichen Befehle zur Härte gegen die gefangenen Rotarmisten hatten ihre Wirkung gezeigt. Am Ende der Besprechung wies Hasse „nachdrücklichst darauf hin, dass die Arbeitskraft der Kriegsgefangenen erhalten werden muß, da sonst nicht das Land in Ordnung zu bringen ist“. Eine bessere Behandlung der Gefangenen sollte durch Kontrollen überprüft werden. Zu ähnlichem Ergebnis wird auch die Besprechung Küchlers mit dem Kommandanten des rückwärtigen Armeegebiets am 30. November gekommen sein, in der die Einführung eines wöchentlichen Ruhetags für die Gefangenen beschlossen wurde²⁴³. Generalmajor Knuth hatte schon zwei Wochen zuvor „das traurige Los der Kriegsgefangenen“ und seine negative Wirkung auf das öffentliche Bild des Besatzers heftig kritisiert²⁴⁴.

Inzwischen hatte sich auch das OKH zu Rettungsmaßnahmen durchgerungen. Nachdem bereits am 16. November eine Zulage zur Gefangenenkost genehmigt worden war²⁴⁵, wurden die Verpflegungssätze durch die Verfügung Wagners vom 2. Dezember 1941 erhöht²⁴⁶. An dem Grundsatz, diese Lebensmittel „dem Lande zu entnehmen“ und nur „in einzelnen besonders gelagerten Notfällen“ auf Nachschubbestände zurückzugreifen, wurde aber ausdrücklich festgehalten. Das AOK 18 las daraus ein erneutes Verbot der Entnahme der Gefangenenverpflegung auch aus den Armeeversorgungslagern – und setzte sich darüber hinweg²⁴⁷. Doch das Gefangenensterben konnte zunächst nicht aufgehalten werden. Nur langsam griffen die Bemühungen der Armee, am ehesten noch im Unterkunftsbau, wesentlich schlechter bei der Ernährung und Bekleidung, die durch die „Sachzwänge“ der teilweise katastrophalen Transportlage im Winter erheblich erschwert wurden. Zu den anderen Unbilden kam nun noch das Fleckfieber. So erlagen in der Woche vom 5. zum 11. Dezember 1941 464 Gefangene dem „Erschöpfungstod“, in der Woche vom 19. bis 25. Dezember waren es immer noch 362 registrierte Tote²⁴⁸. Am 24. Dezember musste Oberquartiermeister Bucher seinem Oberbefehlshaber melden, dass trotz aller Anstrengungen nach wie vor täglich rund 100 Kriegsge-

²⁴² Ebenda: „Vielfach ist die Bewachung im Glauben, Härte üben zu müssen und behandelt deshalb die Gefangenen so schlecht.“ Interessant ist auch die Beobachtung, „daß überall da, wo Arbeits-einsatz und Fürsorge zusammenfallen, für die Gefangenen gesorgt wird. Wo das nicht der Fall ist, werden sie an der Arbeitsstelle ausgebeutet und die Fürsorgestelle hat kein Interesse an ihnen.“

²⁴³ AOK 18, KTB O.Qu., 30. 11. 1941, 11.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204. Neben der Behandlung der Kriegsgefangenen wurde die Entlassung der Zivilgefangenen besprochen. Bereits vorher waren die Entlassung der finnischen und baltischen sowie die Besserstellung der ukrainischen Kriegsgefangenen in die Wege geleitet worden.

²⁴⁴ Korück 583 (Kdt., Nr. 217 geh.) an AOK 18, 15. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1448. „Die Bevölkerung sieht das Elend der Gefangenen täglich, sieht sie halb verhungert im Ort arbeiten oder hinter dem Stacheldraht hinsterven.“

²⁴⁵ Befehl des OKH (Gen.St.d.H./Gen.Qu./Qu./IVa, Nr. 960/41), 16. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638.

²⁴⁶ Verfügung Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu./IVa, Nr. I/36761/41 geh.), 2. 12. 1941, in: Ebenda.

²⁴⁷ AOK 18, KTB O.Qu., 8. 12. 1941, 10.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef und O.B.), in: BA-MA, RH 20-18/1205: „Entnahme von Gefangenenkost aus den A.V.L.s bleibt aber ausdrücklich verboten, obwohl AOK gemeldet hat, daß dies im Armeegebiet nicht möglich ist. O.B. unterschreibt erneute Meldung an Gen.Qu., daß Armee aus A.V.L.s Verpflegung ausgibt.“

²⁴⁸ Ebenda, 14. 12. 1941, 23.40 Uhr; 28. 12. 1941, 13.00 Uhr.

fangene starben²⁴⁹. Nach Angabe des Armeearztes seien die „innere[n] Organe durch Erschöpfung so geschädigt, dass auch jetzt in diesem Zustand bessere Verpflegung nichts mehr nützt“.

Erst am Ende des hier behandelten Zeitraums begannen sich die Bemühungen um das Leben und die Arbeitskraft der Gefangenen auszuwirken. Der Vertreter des Quartiermeisters 2, Major d.R. Jaraczewski, stellte am 17. Januar 1942 fest, dass durch die „Erhöhung der Portionssätze, Verbesserung der Unterbringung und sorgfältige Betreuung“ bei den nunmehr 34 000 Kriegsgefangenen im Armeegebiet „im Allgemeinen heute schon eine Besserung eingetreten ist“²⁵⁰. Das Massensterben konnte zunächst verlangsamt und dann in der milderer Jahreszeit endlich gestoppt werden. Doch bis dahin vergingen noch einige Monate. So gehörten die Elendskolonnen der halbverhungerten, zu Tode erschöpften und sterbenden Kriegsgefangenen für die 18. Armee ebenso lange zum Alltagsbild wie die Nachbarschaft hungernder und ausgemergelter Zivilisten. Auch wenn die einigen tausend umgekommenen sowjetischen Gefangenen der 18. Armee nur einen Bruchteil der wohl allein bis zum Februar 1942 zwei Millionen Opfer bildeten, ist das Ergebnis der Kriegsgefangenenpolitik in diesem Armeebereich erschütternd genug. Für diese Katastrophe machte man im Armeeoberkommando vor allem die „geringe Bemessung der Verpflegungssätze“ sowie den „mancherorts missverständene[n] Befehl zur Härte gegen die Russen“ verantwortlich²⁵¹.

Tatsächlich hatte die Armee allen Grund, die Ursache des Gefangenelends vor allem in den Befehlen der Zentralbehörden zu suchen. Der rücksichtslose Wirtschaftsegoismus eines Göring, Backe, Thomas und Wagner traf neben der sowjetischen Zivilbevölkerung auch die Kriegsgefangenen. Das war offenbar nicht von vornherein geplant, sondern entwickelte sich aus teils eingebildeten, teils vorgeschobenen, teils tatsächlichen „Sachzwängen“, die eine Ernährung aller Gefangenen ohne Belastung der Truppe und der Heimat nicht zu ermöglichen schienen. Das Kalkül des Hungertods von Kriegsgefangenen fand – anders als das Hungern der Bevölkerung – keinen Eingang in die Wirtschaftsrichtlinien und widersprach dem sogar von Hitler erkannten Bedarf an billigen Arbeitskräften. Daher blieb der 18. Armee die Behandlung der Gefangenfrage unverständlich. Der Gedanke, Kriegsgefangene vorsätzlich verhungern zu lassen, lag ihr fern, meinte man doch, alle im Armeebereich verbliebenen Gefangenen zur Arbeit gebrauchen zu müssen. Falls bei Wagner und anderen eine gezielte Vernichtungsabsicht gegen sowjetische Kriegsgefangene bestanden haben sollte²⁵², so ist sie der Armee nicht vermittelt worden. Während das Armeeoberkommando die Argumente für eine Nichternährung der Bevölkerung in der „Waldzone“ nicht allein kannte und akzeptierte, sondern in eine harte Besatzungspolitik umsetzte, bemühte es sich – teilweise sogar gegen die Verordnungen – um den Erhalt von Leben und Arbeits-

²⁴⁹ Ebenda, 24. 12. 1941, 10.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef und O.B.).

²⁵⁰ Aufzeichnung Jaraczewskis „Die Kriegsgefangenen und die Deckung des Arbeitsbedarfs im Armeebereich“, 17. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20-18/1448. Die Erhöhung der Gefangenzahl erfolgte durch Zuführung aus dem rückwärtigen Heeresgebiet und von der 16. Armee. 23 000 Gefangene waren den Dulags, 11 000 direkt der Truppe unterstellt.

²⁵¹ Ebenda.

²⁵² Statt von einem konkreten „Mordplan“ (Christian Gerlach) sollte man besser von einer schwer zu bestimmenden Mischung aus Kalkül, Gleichgültigkeit und Überforderung sprechen.

kraft der Kriegsgefangenen. Das Verhältnis von Menschlichkeit und Nützlichkeitsabwägungen ist dabei ungewiss, aber letztlich nicht entscheidend. Dass man beim Organisieren der Gefangenenkost der hungernden Zivilbevölkerung zusätzlich Lebensmittel entzog, war die dunkle Kehrseite. Allerdings reichten alle Improvisationen nicht aus, um das Massensterben der Kriegsgefangenen zu verhindern. Es ist nicht zu übersehen, dass auch den Bemühungen der 18. Armee der bei dieser angespannten Lage unbedingt notwendige letzte Nachdruck fehlte. Zum einen war man in den Krisenmonaten des Winters 1941/42 stark mit den Problemen der eigenen Leute beschäftigt, zum anderen aber hatte die offizielle Ideologie und Politik bereits solche Spuren hinterlassen, dass dem Leben eines sowjetischen Kriegsgefangenen nicht viel Wert beigemessen wurde.

5. NS-Verbrechen

Die Behandlung der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen durch die Wehrmacht hatte eine starke ideologische Komponente. Diese bestand aus dem allgemeinen Antibolschewismus und vor allem aus einem rassistischen Überlegenheitsgefühl, das im Schlagwort vom „slawischen Untermenschen“ seine schärfste Ausprägung fand und selbst in den Ansprachen und Befehlen eines Armeeeoberbefehlshabers wie Generaloberst von Küchler Einzug hielt. Der Nationalsozialismus trug wesentlich zur Radikalisierung der rassistischen und antibolschewistischen Überzeugungen bei, nutzte sie aber eher, als dass er sie erzeugte. Dagegen lassen sich andere Vorgänge in diesem Krieg eindeutig und ausschließlich auf die nationalsozialistische Ideologie zurückführen. Die systematische Ermordung von Juden, Kommissaren, Kommunisten und psychisch Kranken ist ohne den Nationalsozialismus nicht vorstellbar. Für die NS-Verbrechen gegen aus ideologischen und politischen Gründen Verfolgte standen von vornherein die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD als „Truppe des Weltanschauungskrieges“ bereit²⁵³. In genau festgelegter Arbeitsteilung sollten sie der Wehrmacht die unangenehmen sicherheitspolizeilichen Aufgaben dieses Kampfes zweier Ideologien „außerhalb der Truppe“ abnehmen²⁵⁴.

Allerdings wurde der Wehrmacht durch den berüchtigten „Kommissarbefehl“ vom 6. Juni 1941 die „Erledigung“ der politischen Kommissare in der Roten Armee übertragen²⁵⁵. Dieser Mordbefehl wurde auch von Einheiten der 18. Armee durchgeführt. Selbst für die Monate vor Leningrad, in denen weitaus weniger Gefangene eingebracht wurden als zuvor, ist die Tötung von sowjetischen Truppenkommissaren – oder von Offizieren, die man dafür hielt – in zahlreichen Fällen belegt²⁵⁶. Auch wurden in den Gefangenenerlagern der Armee Kommissare ausge-

²⁵³ Vgl. Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, Stuttgart 1981.

²⁵⁴ Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres, 28. 4. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), *Unternehmen Barbarossa*, S. 303 f.

²⁵⁵ Ebenda, S. 313 f.

²⁵⁶ So dokumentierte die Nürnberger Anklagebehörde im Verfahren gegen Küchler mehrere Fälle für das XXVIII. A.K. im November und Dezember 1941 (IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1461, NOKW-3353) sowie für die 61 I.D. (XXXXII. A.K.) im Oktober 1941 (NOKW-2195).

sondert und entweder sofort erschossen oder dem SD übergeben²⁵⁷. Die Denkschrift der Oberquartiermeisterabteilung über die Gefangenensituation vom 27. November 1941 betonte die Notwendigkeit, alle Kommissare aus den Lagern zu „entfernen“²⁵⁸. Das Verbrechen an den Kommissaren wurde vom Armeeoberkommando gebilligt oder doch wenigstens hingenommen. Maßnahmen Küchlers und seiner Mitarbeiter gegen die Durchführung des Kommissarbefehls sind nicht überliefert.

Der Kommissarbefehl war den Wehrmachtsdienststellen aber zweifellos lästig. Um so leichter wird man sich mit der Regelung angefreundet haben, dass der Armee in ihrem Bereich andere vergleichbar unangenehme Aufgaben von den Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD abgenommen wurden. Im Armeegebiet vor Leningrad spielte die „Judenfrage“ dabei nur eine sehr untergeordnete Rolle. Der Großteil der in diesem Raum ohnehin nicht sehr zahlreichen Juden war vor den Deutschen nach Leningrad geflohen, so dass im Befehlsbereich der 18. Armee vermutlich nur wenige Menschen dem Judenmord zum Opfer fielen²⁵⁹. Der Anteil der Wehrmacht bestand offenbar darin, die Juden registrieren und kennzeichnen zu lassen²⁶⁰. Das im Herbst und Winter 1941/42 für das Gebiet der 18. Armee zuständige und der Einsatzgruppe A zugehörige Einsatzkommando 1b unter Leitung des SS-Obersturmbannführers Dr. Erich Ehrlinger, das nur 110 Mann zählte, war wesentlich stärker mit anderen Aufgaben befasst. Seine Tätigkeit, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann²⁶¹, umfasste die Partisanenbekämpfung, die Überprüfung der Bevölkerung und der Gefangenen, die Ermordung von kommunistischen Funktionären und Parteimitgliedern, von Juden, Zigeunern, Geisteskranken, die „Aussonderung“ von Kommissaren u. a. aus Kriegsgefangenenlagern, die Gegenspionage, den Agenteneinsatz, die Feindaufklärung gegen Leningrad sowie die Regelung der „Volkstumsfragen“ (Deutsche, Esten, Finnen). Die Bearbeitung dieser Aufgaben, die zu einigen tausend Exekutionen führte²⁶², war auf das Zusammenwirken mit den Ic/AO-Offizieren der Armee, der Korps und der Divisionen sowie teilweise auf die Unterstützung der Geheimen Feldpolizei

²⁵⁷ Vgl. ebenda, NOKW-2195, für die Gefangenensituation der 61 I.D. im Oktober 1941.

²⁵⁸ AOK 18 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 2310/41 geh.) an Heeresgruppe Nord, 27. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1448: „Es bestehen keine abwehrmässigen Bedenken gegen einen Arbeitseinsatz im Reich, wenn es gelingt, die letzten Kommissare zu entfernen, die sich bisher tarnen konnten.“

²⁵⁹ Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 258, schätzt die Opferzahl auf „nicht wesentlich über hundert“ im gesamten Gebiet zwischen dem Peipussee und Leningrad. Die Tatsache, dass 1939 im Leningrader Oblast außerhalb des Stadtgebiets ca. 13 000 Juden lebten (vgl. *Distribution of the Jewish Population of the USSR 1939*, ed. by Mordechai Altshuler, Jerusalem 1993, S. 30), lässt diese auf den deutschen Akten beruhende Schätzung allerdings trotz der Evakuierungen als zu niedrig und überprüfenswert erscheinen.

²⁶⁰ Nach der „Ereignismeldung UDSSR“ des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD Nr. 94 vom 25. 9. 1941 ordnete Küchler an, „daß Juden sich durch weiße Armbinden mit dem Davidstern auf beiden Armen zu kennzeichnen haben“. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 617.

²⁶¹ Grundlegend dazu die eingehende Darstellung von Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 252–307, die sich allerdings vorwiegend auf die Ereignismeldungen stützt. Neben dem Einsatzkommando 1b war noch das Einsatzkommando „Hamburg“ des Sonderkommandos Künsberg 1941–1943, Bremen 1997, der 18. Armee tätig, das im Auftrag des Auswärtigen Amts Schriftgut beschlagnahmte und in den wertvollen Bibliotheken der Zaren Schlösser vor Leningrad reiche Beute machte. Vgl. Ulrike Hartung, Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943, Bremen 1997.

²⁶² Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 262, geht für das „altrussische“ Gebiet zwischen Peipussee und Leningrad bis zum Frühjahr 1942 von einer Zahl von mindestens 4000 Exekutionen aus.

und Feldgendarmarie angewiesen. Die Zusammenarbeit zwischen Einsatzkommando und Wehrmachtsdienststellen funktionierte allem Anschein nach routiniert und reibungslos. Auch ließ Oberbefehlshaber Küchler dem Einsatzkommando offenbar recht große Freiheiten in der Durchführung seiner Aufgaben²⁶³ und legte seinem Treiben zu keiner Zeit Zügel an – was ihm mit dem Hinweis auf militärische Notwendigkeiten durchaus möglich gewesen wäre.

Das Armeeoberkommando scheint außerhalb der Gruppe Ic/AO von der Tätigkeit der Einsatzgruppe A oder des Einsatzkommandos Ib kaum Notiz genommen zu haben, obwohl der Stab der Einsatzgruppe seit dem 7. Oktober 1941 in Krasnogvardejsk lag. Die Kooperation spielte sich vorwiegend auf den unteren Ebenen ab. Nur an ganz wenigen Punkten ist ein direktes Interesse des Oberkommandos an diesem kleinen mörderischen Sonderverband und seinen „Dienstleistungen“ nachweisbar. Im Nürnberger Prozess gegen Küchler schockierte die amerikanische Anklagebehörde den Beklagten und die Öffentlichkeit mit dem Vorwurf, der Oberbefehlshaber der 18. Armee habe am 26. Dezember 1941 einem Antrag des XXVIII. Armeekorps zugestimmt, 230–240 geistesranke bzw. an Syphilis und Epilepsie erkrankte Frauen einer Anstalt in dem ehemaligen Kloster Makarevskaja Pustin' nahe Schlüsselburg durch das Einsatzkommando töten zu lassen²⁶⁴. Das Korps begründete seinen Antrag mit der Seuchengefahr und verwies im übrigen darauf, „daß die Insassen der Anstalt auch im Sinne deutscher Auffassung Objekte nicht mehr lebenswerten Lebens darstellen“. In Wirklichkeit ging es wohl vor allem um Unterkunftsraum für die Truppe, den man von der Sicherheitspolizei freimachen lassen wollte. In Nürnberg und später²⁶⁵ bestritt Küchler seine Einwilligung zu diesem Mord und vermutete einen Irrtum im Ic-Tätigkeitsbericht des Korps, in dem der Vorgang überliefert ist.

Eine ähnliche, im Nürnberger „OKW-Prozeß“ noch nicht bekannte Aktion gegen eine Anstalt führt aber eindeutig zu Küchler und erhöht die Plausibilität seiner Zustimmung im Makarevskaja-Fall. Sie wirft ein Schlaglicht auf die Beteiligung höchster Frontdienststellen an NS-Verbrechen. In dem Ort Nikolskoe südwestlich von Krasnogvardejsk befand sich eine große psychiatrische Anstalt, die Kaščenko-Klinik mit über tausend Patienten. Da die Verpflegung dieser Einrichtung für die Besatzer sehr bald zu einem Problem wurde, bat die Ortskommandantur Krasnogvardejsk (Land) am 11. Oktober 1941 das Armeeoberkommando „um Beseitigung der Irren durch S.D., der hierfür bereit sein soll“²⁶⁶. Oberquartiermeister Bucher lehnte den Antrag zunächst ab, da Küchler bereits entschieden hatte, die Verpflegung der Anstalt auf die Gemeinde Krasnogvardejsk abzuwälzen. Bei der zunehmend schlechten Ernährungslage der Bevölkerung war das jedoch nur schwer zu realisieren. Außerdem machte der Mangel an festen Unterkünften die Anstaltsgebäude für die Armee immer attraktiver. Daher wurde am 30. Oktober ein anderer Ausweg gesucht und bei der Heeresgruppe Nord bean-

²⁶³ Vgl. – für den Bereich des Abwehrdienstes – Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 456.

²⁶⁴ Zu diesem in IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2268 dokumentierten Fall vgl. ebenda, S. 269f.; Friedrich, Gesetz, S. 447–451. Diese Angelegenheit trug erheblich zu Küchlers Verurteilung zu 20 Jahren Haft am 27. 10. 1948 bei.

²⁶⁵ Vernehmung Küchlers im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Konstanz gegen Dr. Hubig, 23. 2. 1967, in: Bundesarchiv-Außenstelle Ludwigsburg, 207 AR 2142/66.

²⁶⁶ AOK 18, KTB O.Qu., 11. 10. 1941, 13.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204.

tragt, „den Abtransport von etwa 1000 Geisteskranken aus der Irrenanstalt Nikolskoje ins rückwärtige] H[eer]es-G[ebiet] zu verfügen, da ihre Verpflegung schwer durchführbar ist und weil die Räume für das in Nikolskoje liegende Kr[iegs]-L[azarett] gebraucht werden“²⁶⁷. Offenbar hoffte das Armeeoberkommando, durch einen Abs Schub der Patienten aus seinem Befehlsbereich die „Beseitigung der Irren durch S.D.“ zu umgehen oder doch wenigstens nichts mehr mit ihr zu tun zu haben. Man näherte sich aber immer mehr der schrecklichen Lösung, die von vornherein zur Diskussion stand. Denn dass die Übergabe dieses Falls an die Sicherheitspolizei den Vollzug der „Euthanasie“, also die „Beseitigung“ der Geisteskranken bedeutete, musste jedem klar sein.

Die Heeresgruppe verzögerte aber die Entscheidung über diese lästige Angelegenheit. Da sich die Zustände in Nikolskoje weiter verschlechterten, entschloss sich das Armeeoberkommando zum Handeln und rang sich am 15. November doch zu der Gewaltlösung durch, die es einen Monat zuvor noch abgelehnt hatte. Um 10.30 Uhr meldete der Oberquartiermeister dem Chef des Generalstabs, dass die „Ernährung der 1200 Irren in Nikolskoje nicht mehr möglich“ sei, und schlug die „Übergabe an S.D. zum Abtransport“ vor²⁶⁸. Dass der unverblümte Begriff „Beseitigung“ nun durch das unbestimmtere Wort „Abtransport“ ersetzt wurde, hatte rein kosmetische Bedeutung. Um 11.00 Uhr trug Bucher die Angelegenheit auch Kuchler vor und erhielt vom Oberbefehlshaber die „Genehmigung, die Irren in Nikolskoje dem S.D. zu übergeben“²⁶⁹. Damit war das Todesurteil über die psychisch kranken Menschen der Kaščenko-Klinik gesprochen. Bereits einen Tag später traf sich Bucher mit dem Leiter der Einsatzgruppe A, SS-Brigadeführer Stahlecker, vermutlich um die Einzelheiten zu besprechen²⁷⁰. Am 18. November informierte der Oberquartiermeister die zuständigen Sachbearbeiter über die „Durchführung der Aktion in Nikolskoje“ und den Anteil der Armee an ihr²⁷¹: „A[rmee]-Nachschub-F[ührer] stellt 5–6 Lkw. zum Transport. Teile Nachr[ichten]-Rgt. in Nikolskoje die äußere Absperrung. Sonst nichts.“

Als Oberbefehlshaber Kuchler wenige Tage später, am 24. November, das Kriegslazarett in Nikolskoje besichtigte²⁷², war das Mordwerk bereits getan. So konnte sich der Generaloberst mit eigenen Augen vom „Erfolg“ der von ihm genehmigten und verantworteten Aktion überzeugen. Nach sowjetischen Quellen wurden am 20. November 1941 etwa 850–900 Patienten der Kaščenko-Klinik von den Deutschen durch Giftinjektionen getötet und in einem Panzergraben bei einem nahegelegenen Dorf verscharrt²⁷³. Diese Zahl wird durch die Meldung der

²⁶⁷ Ebenda, 30. 10. 1941, 9.00 Uhr. Vgl. auch ebenda, 4. 11. 1941, 9.50 Uhr: „O.K. I 305 fragt an, wo für die Geisteskranken und ihre Wärter (i.Sa. 1700 Personen) in Nikolskoje Verpflegung zu empfangen sei. Entscheid: Truppenverpflegung ist lt. Verfügung O.K.H. hierfür nicht auszugeben, die Verpflegung ist aus Landesbeständen zu entnehmen. Im übrigen läuft ein Antrag des A.O.K. 18 bei der Heeresgruppe auf Abbeförderung der Geisteskranken, da Anstalt für Kriegslazarett gebraucht wird.“

²⁶⁸ Ebenda, 15. 11. 1941, 10.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef).

²⁶⁹ Ebenda, 15. 11. 1941, 11.00 Uhr (Vortrag O.Qu. beim O.B.).

²⁷⁰ Ebenda, 16. 11. 1941, 17.00 Uhr.

²⁷¹ Ebenda, 18. 11. 1941, 10.00 Uhr (Besprechung O.Qu. mit Qu. 2, Stabsarzt Dr. Wikulill und Hauptmann Blumschein).

²⁷² Ebenda, 24. 11. 1941, 10.15 Uhr.

²⁷³ Vgl. die Unterlagen der sowjetischen Staatlichen Sonderkommission zur Feststellung von Kriegs-

18. Armee an die Heeresgruppe Nord vom 13. Dezember 1941 bestätigt, dass sich „in der Irrenanstalt Nikolskoje mit Nebenanstalten“ von den ursprünglich wohl 1200 Patienten noch 310 Personen befänden²⁷⁴. Doch auch jene zunächst noch Verschonten werden den in diesem Fall von einem Armeeoberkommando nicht nur hingenommenen, sondern initiierten Export des „Euthanasie“-Mordes in den besetzten Teil der Sowjetunion letztlich zum Opfer gefallen sein²⁷⁵. Ausschlaggebend für den Anteil des AOK 18 an diesem Mord waren nicht nur ideologische Überlegungen über „unwertes Leben“, sondern vor allem Nützlichkeitsabwägungen. Man wollte sich auch in Nikolskoe nicht mit der Verpflegung von Zivilisten belasten, spekulierte auf die Steinbauten der Anstalt und hoffte sich mit Hilfe der Polizei und SS eines Problems entledigen zu können. Wieder spielten die Probleme der Ernährung und Unterkunft eine entscheidende Rolle für das Verhalten der Wehrmacht.

6. Schlussbetrachtung

Die Mitverantwortung des Oberkommandos der 18. Armee für die Ermordung psychisch Kranker war nur die schlimmste Ausprägung eines fast schrankenlosen militärischen Utilitarismus, der die Besatzungspolitik vor Leningrad im Herbst und Winter 1941/42 prägte. Anders als bei dieser Zusammenarbeit mit dem SS-Einsatzkommando kam der Tod aber sonst lautlos und schleichend in der Gestalt des Hungers und der Kälte über die Opfer. Was verursachte eine Besatzungsherrschaft, für die der Hunger zum Synonym wurde? Wie war das Verhältnis von Ideologie, Zweckdenken und Sachzwängen?

Die 18. Armee kam im September 1941 durchaus nicht als ideologisierte Mordmaschine vor die Tore Leningrads. Das Verhungernlassen der Neva-Metropole, der Zivilbevölkerung in ihrem Vorfeld und der Kriegsgefangenen war diesem Großverband nicht von vornherein einprogrammiert. Die auch strategisch und wirtschaftspolitisch motivierte, in dieser Radikalität aber nur durch den Zusatz der NS-Ideologie mögliche Entscheidung der obersten Führung, Leningrad durch Hunger zu vernichten, kam überraschend und durchkreuzte die Pläne des Armeeoberkommandos für eine Besetzung der Stadt. Der Entscheid über das künftige Schicksal Leningrads wurde zur Initialzündung für eine rücksichtslose Besat-

verbrechen, Akte Gatčina, ca. 1944, in: U.S. Holocaust Memorial Museum, Washington D.C., RG-22002M, reel 16. Den Hinweis auf diese Dokumente verdanke ich meinem Kollegen Dieter Pohl. Besonders tragisch ist, dass ein Brief der Anstaltsärztin Orlova an den Ortskommandanten vom 6. 11. 1941, in dem sie die elenden Lebensbedingungen der Patienten schilderte, vermutlich zum deutschen Entschluss zur Gewaltlösung beitrug. Angelika Ebbinghaus/Gerd Preissler, Die Ermordung psychisch kranker Menschen in der Sowjetunion. Dokumentation, in: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren, Berlin 1985, S. 75–107, hier S. 80, stützen sich ebenfalls auf sowjetische Unterlagen, geben aber für die Ermordung der Patienten ein falsches Datum (29. 11. statt richtig 20. 11. 1941) an.

²⁷⁴ AOK 18, KTB O.Qu., 13. 12. 1941, 23.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1205.

²⁷⁵ Nach den sowjetischen Angaben betrug die Gesamtzahl der Opfer der Kaščenko-Klinik 1300 Menschen. Im September/Oktober 1943 wurden die Leichen „enterdet“ und verbrannt, um die Spuren zu verwischen. Die zu dieser Arbeit eingesetzten sowjetischen Kriegsgefangenen wurden anschließend ermordet.

zungspolitik im Armeegebiet. Während das AOK 18 bis dahin eine eher an traditionellen Maßstäben orientierte Besatzung in Erwägung gezogen hatte, wurde nun die Fürsorgepflicht des Besatzers für die Bevölkerung des besetzten Gebiets weitgehend ignoriert. Warum sollte man sich auch um die wenigen hunderttausend Einwohner eines armseligen Landstreifens kümmern, wenn die vorgesetzten Stellen sogar eine Millionenstadt verhungern und verkommen lassen wollten? Das Armeeoberkommando legitimierte und förderte es von da an, dass viele tausend Zivilisten in seinem Befehlsbereich – besonders im Gefechtsgebiet – dem Hunger ausgeliefert, vor die Tür gesetzt und in die Kälte getrieben wurden.

Die erschreckende Behandlung der Zivilbevölkerung wurde mit den „Kriegsnotwendigkeiten“ gerechtfertigt. Die Truppe brauchte ausreichende Verpflegung und feste Unterkünfte, um ihre Kampfkraft zu bewahren. Auch der Heimat sollten keine Lebensmittel entzogen werden. Dass dies zu Lasten der sowjetischen Zivilisten und Kriegsgefangenen ging, wurde gerade von vielen verantwortlichen Offizieren als zwar bedauerliche, aber anscheinend unvermeidbare Begleiterscheinung hingenommen, die dem modernen Krieg immanent sei. Die Auswirkungen der Wirtschaftsblockade im Ersten Weltkrieg standen ihnen oft noch als eigene Erfahrung vor Augen. Die Ausbeutung der besetzten Sowjetunion sollte eine vergleichbare wirtschaftliche Schwächung diesmal vermeiden. Bereits vor 1939 hatte es in der militärischen Führung Überlegungen gegeben, in einem zukünftigen, langwierigen „totalen“ Krieg nach dem Motto „Not kennt kein Gebot“ zu verfahren²⁷⁶. Nach den ideologischen Vorgaben Hitlers für eine brutale Kriegführung im Osten waren dem militärischen Utilitarismus kaum mehr Grenzen gesetzt. Als dann diese Vorgaben durch die höchste Entscheidung über Leningrad bestätigt wurden, setzte sich auch bei den Kommandobehörden vor Ort die Vorstellung durch, dass auf diesem Kriegsschauplatz zugunsten der eigenen Sache nahezu alles erlaubt sei. Es ist bezeichnend, dass der Oberquartiermeister der 18. Armee die Kritik an der Besatzungspolitik mit dem Argument abwies: „Wir kämpfen mit 86 Millionen gegen 186 Millionen.“ Tatsächlich stellten die Transport- und Wetterverhältnisse im Herbst und Winter auch die 18. Armee vor erhebliche Ernährungs- und Unterkunftsprobleme. Sie waren allerdings zu keiner Zeit so groß, dass dieser Grad der Rücksichtslosigkeit gegen die Bevölkerung im wahrsten Sinne des Wortes „notwendig“ gewesen wäre. Die Schwelle der „Not“, die kein „Gebot“ mehr kannte, wurde von der Wehrmacht an der Ostfront sehr niedrig gesetzt.

Die Besatzungspolitik der 18. Armee vor Leningrad und überhaupt der Wehrmacht in der Sowjetunion passt nicht in das enge Korsett einer allmächtigen, übergreifenden und durchgehenden These²⁷⁷. Die Wirklichkeit war weitaus differen-

²⁷⁶ Vgl. etwa den Anhang „Was ist der Krieg der Zukunft?“ zur OKW-Denkschrift „Die Kriegführung als Problem der Organisation“ vom 19. 4. 1938, in: IMT, Bd. 38, Nürnberg 1949, S. 48–50, hier S. 49: „Der Krieg wird mit allen Mitteln geführt; nicht nur mit der Waffe, sondern auch mit den Mitteln der Propaganda und der Wirtschaft. Er richtet sich gegen die feindliche Wehrmacht, gegen die materiellen Kraftquellen des Feindes und seelischen Kräfte seines Volkes. Das Leitmotiv seiner Führung muß sein ‚Not kennt kein Gebot‘.“ Vgl. auch Gerhard Förster, *Totaler Krieg und Blitzkrieg. Die Theorie des Totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschlands am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Berlin [Ost] 1967, S. 67–83.

²⁷⁷ Vgl. dagegen den deterministischen Ansatz von Gerlach, *Kalkulierte Morde*.

zierter, als das manche kühnen gedanklichen Konstrukte rückschauender Betrachtung vermuten lassen. Das Hungerkalkül der wirtschaftlichen Raubpolitik im Osten lässt sich zwar gerade auch vor Leningrad nachweisen, war aber keineswegs von vornherein und immer präsent. Von einer einheitlichen Ausrichtung des gesamten deutschen Militärapparats auf einen gigantischen „Hungerplan“ gegen sowjetische Zivilisten und Kriegsgefangene kann keine Rede sein. Ausgerechnet die lokalen Wirtschaftsdienststellen plädierten im Bereich der 18. Armee für eine Unterstützung der hungernden Bevölkerung und wurden vom Armeeoberkommando mit den Argumenten der Wirtschaftsrichtlinien abgewiesen. Eine solche Argumentation gegen eine Besserstellung der Zivilbevölkerung war aber in diesem Fall eher die nachträgliche Rechtfertigung der Besatzungspolitik als deren Grundlage. Die Behandlung der Kriegsgefangenen bei der 18. Armee lässt sich noch schwieriger in die Theorie eines vorsätzlichen Verhungernlassens in Folge eines groß angelegten Völkermordplans pressen. Das Armeeoberkommando bemühte sich, wenn auch nicht mit dem nötigen Nachdruck, um den Lebenserhalt der Kriegsgefangenen, die man als Arbeitskräfte brauchte. Die Konstante der deutschen Kriegführung und Besatzungsherrschaft im Osten war ein von der NS-Ideologie entfesselter, aber eher unbestimmter und sich unterschiedlich auswirkender militärischer Utilitarismus, nicht ein von der obersten Führung festgelegter und die Wehrmacht festlegender Gesamtplan.

Die Widersprüche, Unterschiede und Verwerfungen der deutschen Besatzungspolitik waren genauso groß wie der Handlungsspielraum, den die Kommandostellen vor Ort trotz der Weisungen der Zentralbehörden besaßen. Dem Verhalten des Armeeoberkommandos kam dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Seine Ausrichtung bestimmte, wie die Vorgaben von oben im Operationsgebiet der Armee umgesetzt wurden. Bei anderen Armeen wurden die Freiräume in diesen Gebieten fernab der Heimat teilweise auch zugunsten der sowjetischen Bevölkerung genutzt. Häufig waren es auch eher die Wirtschaftsdienststellen als die Wehrmachtsdienststellen, die das Elend von Zivilisten und Kriegsgefangenen förderten. Dass die Verhältnisse bei der 18. Armee anders waren, kennzeichnet die hohe Verantwortung des Armeeoberkommandos unter Generaloberst Georg von Küchler. Diese Kommandobehörde setzte die Besatzungspolitik vor Leningrad auf ein Gleis, von dem sie später nur noch schwer zu entfernen war. Dabei wären die dem AOK 18 unterstellten Einheiten durchaus bereit gewesen, ja beantragten teilweise sogar, die Missstände vor ihren Augen zu ändern. Viele einfache Soldaten zeigten noch am ehesten die Menschlichkeit, die ihr Oberkommando, die Heeresleitung, die Wehrmachtsführung und Hitler zu verhindern suchten. Die militärische Hierarchie war hier gleichbedeutend mit der Abstufung von Verantwortung – der deutschen Verantwortung für die Brutalisierung dieses schrecklichen Krieges, der am 22. Juni 1941 begann.



Juden in Kamjanec Posyl'skyj werden zur Erschießung eskortiert, August 1941
(Quelle: United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.)

Dieter Pohl

Schauplatz Ukraine

Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941–1943¹

Als die Wehrmacht am 22. Juni 1941 in der Sowjetunion einmarschierte, war die jüdische Minderheit in der Ukrainischen Sowjetrepublik, die zahlenmäßig größte des gesamten Landes, vom Tode bedroht. In den folgenden 18 Monaten wurden fast alle Juden ermordet, denen nicht rechtzeitig die Flucht gelungen war. Während in jüngster Zeit die Judenverfolgung in den anderen besetzten sowjetischen Gebieten historiographisch untersucht wurde oder ihre Erforschung gerade im Gange ist, wurde die Verfolgungsgeschichte in den meisten Gebieten der Ukraine und der Russischen Föderation weitgehend vernachlässigt. Deshalb sollen im folgenden die Grundlinien des nationalsozialistischen Judenmordes in der Ukraine nachgezeichnet werden, ohne dass eine erschöpfende Behandlung beabsichtigt wäre. Aus analytischen Gründen müssen Ostgalizien, heute Teil der Westukraine, und Transnistrien unberücksichtigt bleiben. Ostgalizien wurde im August 1941 dem Generalgouvernement angeschlossen und fiel damit in den Zusammenhang der Verfolgungsmaßnahmen in Polen²; Transnistrien, das Gebiet um Odessa, kam unter rumänische Besatzungsherrschaft, wobei allerdings deutsche Einheiten die Ermordung der dortigen Juden entscheidend mitbestimmten³.

¹ Der Text wurde aktualisiert, vgl. die englische Ausgabe: *The Murder of Ukrainian Jews Under Military Administration and in the Reichskommissariat Ukraine*, in: Ray Brandon, Wendy Lower (Hrsg.), *The Shoah in Ukraine*, Bloomington 2008, S. 23–76. Für Hinweise danke ich Andrej Angrick, Christian Gerlach und Volker Rieß. Die Schreibung der Ortsnamen erfolgt nach den heutigen ukrainischen Bezeichnungen außer bei deutschen Dienststellen, Kiew und Charkow nach der gängigen Schreibweise.

² Vgl. Ja. S. Chonigsman, *Katastrofa evrejs'tva Zapadnoj Ukrainy*, L'vov 1998; Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1996; Thomas Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktionen von Berthold Beitz, Bonn 1996.

³ Radu Ioanid, *The Holocaust in Romania. The Destruction of Jews and Gypsies Under the Antonescu Regime, 1940–1944*, Chicago 2000; in rumänischer Sprache: Jean Ancel, *Transnistria*, 3 Bde., București 1998; idem, *The Romanian Campaigns of Mass Murder in Trans-Nistria, 1941–1942*, in: Randolph L. Braham (Hrsg.), *The Destruction of Romanian and Ukrainian Jews during the Antonescu Era*, New York 1997, S. 87–13; ders., *Contribuții la Istoria României. Problema Evreiască 1933–1944*, 3 Bde., Bukarest 2001–2003; ders., *The Economic Destruction of Romanian Jewry*, Jerusalem 2007; und seine Dokumentensammlung: *Transnistria 1941–1942. The Romanian Mass Murder Campaigns*, 3 Bde. Tel-Aviv 2003; vgl. Armin Heinen, *Rumänien, der Holocaust und die Logik der Gewalt*, München 2007; Wolfgang Benz, Brigitte Mihok (Hrsg.), *Holocaust an der Peripherie. Judenpolitik und Judenmord in Rumänien und Transnistrien 1940–1944*, Berlin 2009.

Über diese Sonderfälle hinaus ist der Forschungsstand zur Ermordung der ukrainischen Juden kaum befriedigend⁴, obwohl inzwischen auch in der unabhängigen Ukraine eine intensive Forschungstätigkeit eingesetzt hat⁵. Selbst die Besatzungspolitik im allgemeinen harrt noch intensiver Untersuchung⁶. Zwar wird die Ukraine in zwei neuen Gesamtdarstellungen zum Massenmord in der besetzten Sowjetunion behandelt⁷, lediglich zu einigen Regionen liegen substantielle Studien vor, insbesondere zu Volynien⁸ und zum Raum Žytomyr⁹. Eine wichtige Arbeit zur Einsatzgruppe D analysiert die Morde am Nordrand des Schwarzen Meeres¹⁰.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges zählte die jüdische Minderheit in der Ukrainischen Sowjetrepublik über 1,5 Millionen Personen, nach der Annexion Ostpolens (im ukrainischen Sprachgebrauch: Westukraine) in den Monaten nach Kriegsbeginn waren es etwa 2,35 Millionen¹¹. Somit stieg ihr Bevölkerungsanteil von 5 auf 6 Prozent. Die ukrainischen Juden wohnten zu über 85 Prozent in Städten, in der Zentral- und Ostukraine vor allem in Großstädten, westlich Kiew hingegen auch in vielen mittleren und kleineren Städten. In westlich gelegenen Oblasten (Verwaltungsregionen) wie Vinnycja, Žytomyr oder Kamjanec Podyl's'kyj gab es nicht wenige Kleinstädte, in denen Juden ein bis zwei Drittel der Einwohner stellten¹². Dort war die Assimilation vor allem gegenüber der – ebenfalls in der Minderheit befindlichen – russischen Bevölkerung recht gering; in der ukrainischen SSR (nach dem Stand von 1938) waren aber 17–18 Prozent der Juden

⁴ Erste Versuche einer Gesamtschau unternimmt Aleksandr I. Kruglov, *Cholokost na Ukraine 1941–1944* gg.: Monografija, MS. ca. 1993; ders., *Uničtoženie evrejskogo naselenija Ukrainy v 1941–1944* gg. *Chronika sobytij*, Mogilev Podol'skij 1997; idem, *Katastrofa ukrainskogo evrejstva 1941–1944* gg. *Enciklopedičeskij slovar*. Char'kov 2001. Vgl. *Katastrofa ta opir ukrains'koho jevrejstva (1941–1944)*. Red. S. Ja. Jelisavets'kyj. Kyiv 1999.

⁵ Vgl. besonders die Aktivitäten des „Ukrains'kyj centr vyvčennja istorii Holokostu“; zuletzt bes.: Babij Jar. Čelovek, vlast', istorija. Band 1: Istoričeskaja topografija. *Chronologija sobytij*. Bearb. von Tat'jana Evsta'eva, Vitalij Nachmanovič, Kiev 2004.

⁶ Vgl. den erschöpfenden Quellenbericht von Karel Berkhoff, *Ukraine Under Nazi Rule (1941–1944): Sources and Finding Aids*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 45 (1997), S. 84–103, 273–309.

⁷ Il'ja Al'tman, *Žertvy nenavisti. Cholokost v SSSR 1941–1945* gg., Moskva 2002; Yitzhak Arad, *Toledot has-Sho'a: Berit ham-Moa-sot we-has-setahim ha-mesuppahim*. 2 Bde., Yerushalayim 2004 (eine englische Übersetzung ist angekündigt).

⁸ Vgl. Shmuel Spector, *The Holocaust of Volhynian Jews 1941–1944*, Jerusalem 1990; Timothy Snyder, *The Life and Death of Western Volhynian Jewry, 1921–1945*, in: Brandon/Lower (Hrsg.), *Shoah in Ukraine*, S. 77–113; *Encyclopedia of Jewish Communities*. Poland, Band 5: Polesie-Volhynia, Jerusalem 1990 (hebräisch); Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland*, Hamburg 1999, untersucht auch das GK Wolhynien-Podolien, das weißrussische Gebiete umfasste.

⁹ Vgl. Martin Dean, *The German Gendarmerie, the Ukrainian Schutzmannschaften and the „Second Wave“ of Jewish Killings in Occupied Ukraine: German Policing at the Local Level in the Zhitomir Region, 1941–1944*, in: *German History* 14 (1996), S. 168–192; ders., *Collaboration in the Holocaust. Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941–44*, Houndsmills, London 2000; Wendy Lower, *Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine*, Chapel Hill 2005.

¹⁰ Andrej Angrick, *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943*, Hamburg 2003; vgl. ders., *Die Einsatzgruppe D*, in: Peter Klein (Hrsg.), *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42*, Berlin 1997, S. 88–110.

¹¹ Vgl. Mordechai Altshuler, *Distribution of the Jewish Population of the USSR 1939*, Jerusalem 1993, S. 9ff.; V. S. Kožurin, *O čislenosti naselenija SSSR nakanune Velikoj Otečestvennoj vojny*, in: *Voenno-istoričeskij žurnal* 1991, H. 2, S. 21–26.

¹² Ljubar 70 Prozent, Dunaivcy 68 Prozent; vgl. Altshuler, *Distribution*, S. 22f.

mit Nichtjuden verheiratet¹³. Vor allem in den Zentren Kiew, Odessa und in der Ostukraine nutzten viele Juden die Möglichkeiten, die die Emanzipation unter dem Sowjetregime mit sich gebracht hatte. Traditionelle Berufssparten wie Handwerk und Kleinhandel gab es nach den Verstaatlichungen nur noch in modifizierter Form. Statt dessen stand nun auch der Weg in Staatsverwaltung und Bildungswesen offen. Die Entfaltung einer eigenständigen Nationalkultur wurde jedoch Anfang der dreißiger Jahre immer weiter zurückgenommen. In der Schlussphase des „Großen Terrors“ 1938/39 verloren viele Juden ihre staatlichen Anstellungen, viele gar ihr Leben¹⁴.

Die Juden in der Westukraine erlebten die Sowjetisierung ab Ende 1939 quasi im „Schnelldurchlauf“. Dort herrschte noch in stärkerem Ausmaß die traditionelle Welt des Schtetls, die in den dreißiger Jahren durch die Wirtschaftskrise jedoch schwer in Mitleidenschaft gezogen worden war. Ein Teil der jüdischen Bevölkerung Ostpolens begrüßte den Einmarsch der Roten Armee im September 1939 und sah darin einen Schutz vor der deutschen Bedrohung. Hunderttausende Flüchtlinge aus den deutsch besetzten Gebieten Polens empfanden dies zunächst ähnlich. In den meisten ukrainischen Gebieten war die Bedrohung durch einen deutschen Angriff jedoch weniger präsent, als die Wehrmacht dann 1941 einmarschierte. In der Westukraine gelang nur einem geringen Teil der Juden die Flucht, da die Zeit zu kurz bemessen war und die sowjetischen Evakuierungsmaßnahmen noch nicht wirksam geworden waren. Man schätzt die Zahl der Geflüchteten auf etwa 40 000 bis 50 000, die zum Teil weiter östlich wieder von deutschen Truppen eingeholt wurden¹⁵. Anders hingegen die Situation in den Großstädten weiter östlich: Aus Żytomyr und Kiew entkamen über die Hälfte der Juden, weniger waren es in den Kleinstädten der Zentralukraine. Die große Fluchtbewegung setzte in den Gebieten östlich des Dnipro ein, die der Wehrmacht erst im September besetzt werden konnten. Dort verblieb nur ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung, meist ältere und allein stehende Personen. Genaue Zahlen liegen bis jetzt nicht vor; Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass mindestens jeder dritte ukrainische Jude den deutschen Einheiten entkam. Daraus ergibt sich, dass rund 1,5 Millionen Menschen jüdischer Herkunft unter die Besatzung fielen und damit vom Tode bedroht waren. Auf dem Territorium des späteren Reichskommissariats Ukraine (RKU) und der ostukrainischen Militärverwaltungsgebiete betraf dies etwa 650 000 Personen, deren Schicksal uns im folgenden beschäftigt wird¹⁶.

¹³ Mordechai Altshuler, *Unique Features of the Holocaust in the Soviet Union*, in: Yaakov Ro'i (Hrsg.), *Jews and Jewish Life in Russia and the Soviet Union*, Oxford 1995, S. 171–188, hier S. 180.

¹⁴ Vgl. Reuben Ainsztein, *Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastern Europe*, London 1974, S. 208 ff.; Matthias Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939*, Berlin, S. 324 ff.

¹⁵ Dov Levin, *The Fateful Decision. The Flight of the Jews into the Soviet Interior in the Summer of 1941*, in: *Yad Vashem Studies* 20 (1990), S. 115–142 (für die Westukraine); Mordechai Altshuler, *Escape and Evacuation of Soviet Jews at the Time of the Nazi Invasion*, in: Lucjan Dobroszycki/Jeffrey S. Gurock (Hrsg.), *The Holocaust in the Soviet Union*, Armonk/New York 1993, S. 77–104, hier S. 99; Wadim Dubson, *On the Problem of Evacuation of the Soviet Jews in 1941* (New Archival Sources), in: *Jews in Eastern Europe* 40 (1999), H. 3, S. 37–55.

¹⁶ In Ostgalizien verblieben etwa 530 000 Juden, in Transnistrien etwa 200 000. Shmuel Spector, *The Holocaust of Ukrainian Jews*, in: Zvi Gitelman (Hrsg.), *Bitter Legacy. Confronting the Holocaust in the USSR*, Bloomington/Indianapolis 1997, S. 43–50, hier S. 49, geht von über 1,5 Millionen

1. Die ersten Massenmorde

Für den Feldzug gegen die Sowjetunion hatten Wehrmacht und Polizei ein gestaffeltes „Sicherheitssystem“ entwickelt, das sich faktisch weitgehend mit der Ausrottung bestimmter Personengruppen beschäftigte. Die Offiziere der kämpfenden Einheiten hatten die Aufgabe, gefangene Kommissare der Roten Armee erschießen zu lassen, unter denen man einen hohen Anteil an Juden vermutete. Der Kommissarbefehl wurde von vielen Divisionen bereits seit den ersten Tagen des Feldzugs verwirklicht. Manche Einheitsführer gaben darüber hinaus die Anweisung, alle Gefangene zu erschießen¹⁷.

Den Divisionen der Wehrmacht folgten das Sonderkommando (Sk) 4a durch Volynien und das Sk 4b durch Ostgalizien und Podolien. Entgegen der ursprünglichen Vereinbarung, die Sonderkommandos im rückwärtigen Armeegebiet einzusetzen, wurden sie weiter vor an die Truppe gezogen. So erfolgte frühzeitig die Anbindung des Sk 4a an das Armee-Oberkommando (AOK) 6¹⁸, später geschah das gleiche im Fall des Sk 4b, das an das AOK 17 gebunden wurde. Die Zusammenarbeit des Panzer-AOK 1 mit den Sonderkommandos beschränkte sich auf Besuche der Kommandoführer beim Ic-Offizier¹⁹.

Dahinter, im rückwärtigen Heeresgebiet unter Karl von Roques²⁰, gab es eine Aufgabenteilung: Den stärker militärischen und verwaltungstechnischen Bereich überwachten die drei Sicherungsdivisionen des Heeres (213, 454, 444), die sich an den Hauptdurchgangsstraßen zu orientieren hatten. Daneben übernahm der Höhere SS- und Polizeiführer (HSSPF) die „Polizeiarbeit“ mit den Einsatzkommandos (Ek) 5 bzw. 6 und den Polizeibataillonen (Pol.bat.) 45, 303 und 314. Zusätzlich verfügte der HSSPF über mehrere Polizeibataillone (304, 315, 320), welche in Reserve gehalten wurden²¹. Erst in der Zentralukraine überschritten sich diese zwei Wellen von Sonderkommandos und Ordnungspolizei.

Die so genannte Polizeiarbeit erstreckte sich über mehrere Felder. Die Kommandos der Einsatzgruppe C sollten alle Funktionen einer Geheimpolizei übernehmen, darunter Ermittlungen von Feindmaterial und Gewinnung von Informationen, besonders durch Verhöre. Ihre „exekutive Tätigkeit“ bestand jedoch in der Ermordung von Personen, die in der Sowjetunion politische Funktionen ausgeübt

Juden aus; vgl. seine Berechnungen, die auf hebräisch in Shvut 12 (1987), S. 55–66, veröffentlicht sind.

¹⁷ Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978, S. 89, mit einer ersten Aktenauswertung; Bernd Boll/Hans Safrian, Auf dem Weg nach Stalingrad. Die 6. Armee 1941/42, in: Hannes Heer/Klaus Naumann, Vernichtungskrieg, Hamburg 1995, S. 260–296, hier S. 266f.; Pohl, Judenverfolgung, S. 73, für Juni 1941.

¹⁸ Vgl. ausführlich Boll/Safrian, Auf dem Weg nach Stalingrad, S. 269ff.

¹⁹ Fritz Braune, Leiter des Sk 4b, berichtete nach dem Kriege, sein Vorgänger Herrmann sei beim Ausscheiden von Generaloberst Hoth herzlich verabschiedet worden, Bundesarchiv Ludwigsburg (BAL), 208 AR-Z 6/60, Vernehmung 20. 3. 1964; zum PzAOK 1: Bundesarchiv, Abt. Militärarchiv (BA-MA), RH 21-1/470, Tätigkeitsbericht PzAOK 1/Ic, 19. 12. 1941.

²⁰ Das Heeresgebiet bestand seit 9. 7. 1941. Karl von Roques wurde ab 27. 10. 1941 zwei Monate lang von Erich Friderici vertreten.

²¹ Vgl. im einzelnen Stefan Klemp, „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz – ein Handbuch, Essen 2005; Wolfgang Curilla, Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944, Paderborn 2006, bes. S. 791–817.

hatten. Die Aufgaben der insgesamt neun Polizeibataillone, mit wenigen Ausnahmen allesamt Reservepolizeinheiten, waren anfangs noch nicht so klar umrissen. Da sie aber keine Ermittlungsarbeiten übernahmen und auch keine Polizeiverwaltungen aufbauen sollten, hing ihre Tätigkeit von den Weisungen des Höheren SS- und Polizeiführers ab. Klassisch wären hier beispielsweise Bewachungsfunktionen gewesen, wie sie auch zeitweise an der wichtigsten Nachschubstrecke, der Rollbahn Süd, übernommen wurden. Drei der Bataillone (82 und 311, 318) unterstanden direkt den Sicherungsdivisionen und sollten stärker zu militärischen Einsätzen herangezogen werden²².

Das Hauptziel des Russlandfeldzuges war allerdings nicht die Ausrottung größerer Bevölkerungsteile, sondern – im damaligen Jargon – die „Sicherung der besetzten Gebiete“, um diese dann maximal ausschachten zu können. Da kaum mit industrieller Beute gerechnet wurde, ging es aber vor allem um landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe. Seit Jahresbeginn 1941 arbeiteten mehrere Dienststellen an einer Planung, die die weitgehende Beschlagnahme der Ernte sowie der Lebensmittel vorsah und gleichzeitig in sämtlichen besetzten Gebieten 30 Millionen Menschen zum Hungertode verurteilten. Da man die Städte von jeder Versorgung abriegeln wollte, waren die sowjetischen Juden von vornherein zum Tod bestimmt, also lange bevor Entscheidungen über direkte Massenmorde getroffen wurden²³.

Demgegenüber erscheinen die konkreten Tötungsweisungen zunächst als Ausfluss eines antisemitischen und antikommunistischen Sicherheitsterrors, durch den alle potentiell gefährlichen Gegner ermordet werden sollten. Diese Tötungsbefehle waren aufgeteilt zwischen der Wehrmacht und dem SS- und Polizeiapparat. Mit dem Kommissarbefehl waren die Fronteinheiten angewiesen, Politoffiziere der Roten Armee nicht in reguläre Kriegsgefangenschaft zu nehmen, sondern sofort ausfindig zu machen und unter Leitung eines Offiziers erschießen zu lassen. Allerdings erfolgte die Aussortierung oftmals erst in den Durchgangslagern. Die Höheren SS- und Polizeiführer sowie die Einsatzgruppen sollten bestimmte Kreise sowjetischer Funktionäre, insbesondere aber alle Juden *unter ihnen* ermorden, d.h. anfangs nur einen kleinen Teil der jüdischen Bevölkerung.

Bereits in den ersten Feldzugstagen jedoch erweiterte sich der potentielle Opferkreis. Ein Grund dafür, wenn auch nicht der einzige, dürfte die Entdeckung der Massenmorde des NKVD in den Gefängnissen der Westukraine gewesen sein. Diese Verbrechen wurden von der einheimischen Bevölkerung wie auch von der Wehrmacht der jüdischen Minderheit angelastet. Nun nahm man in vielen Städten alle greifbaren jüdischen Männer im wehrfähigen Alter fest und internierte sie in provisorischen Lagern. Nicht mehr bestimmte Funktionsgruppen wurden von da an ausgesondert, sondern umkehrt alle Personen, die man als Handwerker, Ärzte oder Facharbeiter noch brauchte; die Verbleibenden wurden erschossen.

²² BA-MA, RH 22/12, Berück 103 an Sich.Div., 11. 6. 1941.

²³ Vgl. Christian Gerlach, Die Ausweitung der deutschen Massenmorde in den besetzten sowjetischen Gebieten im Herbst 1941, in: Ders., Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 10–84.

Schon in das Pogrom in Lemberg, das am 30. Juni 1941 einsetzte, waren zahlreiche deutsche Soldaten involviert²⁴. Offensichtlich hatte sich die Führung der 17. Armee, in deren Operationsgebiet Lemberg lag, selbst für die Inszenierung von Pogromen ausgesprochen, wie die Einsatzgruppe C meldete: „AOK 17 hat angeregt, zunächst die in den neu besetzten Gebieten wohnhaften anti-jüdisch und anti-kommunistisch eingestellten Polen zu Selbstreinigungsaktionen zu benutzen.“²⁵ Am 2. Juli beteiligte sich ein Zug Infanterie an der Massenerschießung von 1160 jüdischen Männern in Luck, bald danach in Dubne²⁶. Während die Morde einzelner Wehrmachteinheiten an entdeckten sowjetischen Armeekommissaren, die man meist mit Juden gleichsetzte, kontinuierlich weiterliefen, versuchte der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets (Berück) Süd, Karl von Roques, jegliche Teilnahme von Soldaten an Pogromen zu unterbinden²⁷.

In der zweiten Julihälfte 1941 verschärften sich die Weisungen zur Judenverfolgung. Der Reichsführer-SS Heinrich Himmler reiste am 21. Juli 1941 selbst in die Westukraine und besuchte u. a. den Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes²⁸. Sicherheitspolizeichef Reinhard Heydrich forderte nun, dass nicht nur Juden in kommunistischen Partei- und Staatsstellungen, sondern alle jüdischen Kriegs- und Zivilgefangenen, also meist Männer im Alter zwischen 17 und 45 Jahren, auszusortieren seien. Falls Kommandos der Sicherheitspolizei in der Nähe der Gefangenenlager waren, führten diese Selektionen zu Massenmorden²⁹. Darüber hinaus befahl der Höhere SS- und Polizeiführer Russland-Süd, alle Personen zu töten, die im Verdacht standen, „dem bolschewistischen System Vorschub“ geleistet zu haben³⁰.

Schließlich begannen einzelne Einheiten Ende Juli 1941 damit, auch jüdische Frauen und Kinder zu erschießen. Es ist bisher nicht eindeutig geklärt, ob dies auf eine zentrale Weisung hin erfolgte oder erst von den Polizisten an Ort und Stelle entschieden wurde. Die bis jetzt ermittelten Zusammenhänge deuten eher darauf hin, dass das Vorgehen eine Zeitlang recht unterschiedlich gehandhabt wurde. Dennoch nahm von Anfang Juli bis Anfang August 1941 die Zahl der Exekutionen in der Ukraine kaum zu, obwohl inzwischen eine weitere Mordeinheit dort operierte, die 1. SS-Brigade, ein Verband der Waffen-SS³¹. Die Gründe hierfür sind

²⁴ Vgl. Hannes Heer, Einübung in den Holocaust: Lemberg Juni/Juli 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 409–427.

²⁵ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BAB), R 58/214, Bl. 52, Ereignismeldung (EM) 10, 2. 7. 1941.

²⁶ Verbrechen der Wehrmacht: Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Katalog zur Ausstellung. Hrsg. vom Hamburger Institut fuer Sozialforschung. Hamburg 2002, S. 123–127.

²⁷ BA-MA, RH 22/170, Befehl des Berück Süd Abt. Ic, 29. 7. 1941.

²⁸ Pohl, Judenverfolgung, S. 65.

²⁹ Anlage zu Heydrichs Einsatzbefehl Nr. 8, 17. 7. 1941: Richtlinien für die in die Stalags abzustellenden Kommandos; abgedruckt in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 331–340. Die Richtlinien galten nicht nur für Stalags, die es in der besetzten Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt noch nicht gab, sondern auch für die Dulags, siehe ebenda S. 333. Die Richtlinien waren schon am 28. 6. 1941 fertiggestellt worden (Nürnberg. Dok. PS-78).

³⁰ Einsatzbefehl Jeckeln an 1. SS-Brigade, 25. 7. 1941, zitiert nach Einstellungsverfügung Staatsanwaltschaft München I 118 Js 12/71 ./Tzschoppe u. a., 5. 7. 1972. BAB, NS 19/2551, Kommando-Stab Reichsführer-SS (RFSS) Kommandosonderbefehl, 28. 7. 1941 betreff: Sumpfbgebiete.

³¹ Bernd Boll, „Aktionen nach Kriegsbrauch“. Wehrmacht und 1. SS-Infanteriebrigade 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 775–788; besonders: Martin Cüppers, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945, Darmstadt 2005, S. 165 ff.

wohl vor allem in der Ausdehnung des Operationsgebiets nach Osten zu suchen, aber auch in dem Umstand, dass östlich der alten polnisch-sowjetischen Grenze kaum mehr Anlässe gefunden wurden, große Repressalaktionen durchzuführen. In den ersten Augustwochen wurde allerdings den Kommandoführern innerhalb der Einsatzgruppe C mitgeteilt, dass *grundsätzlich* auch jüdische Frauen und Kinder erschossen werden sollten. Zum entscheidenden Motor der Massentötungen entwickelte sich nun der HSSPF Friedrich Jeckeln. Die ersten Massenexekutionen der Ordnungspolizei-Einheiten unter dem HSSPF Russland-Süd sind erst für die letzte Juliwoche 1941 nachweisbar, also später als im mittleren Frontabschnitt³². Ab dem 22. Juli 1941 führte das Polizeibataillon 314 seine Mordaufträge aus, nach dem 24. Juli das Polizeibataillon 45 in Šepetivka³³. Die ersten Morde von Ordnungspolizisten in der Ukraine waren bereits mit den Verbrechen der Einsatzgruppen zusammengefallen, weil der Einsatzgruppe C Anfang Juli 1941 eine Polizeikompanie beigegeben worden war³⁴.

Die 1. SS-Brigade operierte in der Nordukraine. Schon in den ersten vier Tagen ihres Einsatzes im Raum Zwiabel (Novohrad Volyn's'kyj) tötete sie „rund 800 Juden und Jüdinnen im Alter von 16–60 Jahren“, wie es in einem Tätigkeitsbericht heißt³⁵. Obwohl besonders das SS-Infantrieregiment 10 laufend Massaker verübte, beschwerte sich Himmler über die mangelnde „Aktivität“ der Brigade, so dass Jeckeln am 12. August zum Vortrag einbestellt wurde³⁶. Trotz der Kritik erhöhte sich die Mordtätigkeit der Einheit in diesen Wochen kaum, da sie unter dem Kommando von AOK 6 mit versprengten Resten der Roten Armee zu kämpfen hatte. Am 4. September allerdings ermordete die Brigade in Lelčicy in Weißrußland 686 Juden³⁷, ab 16. September wechselte sie nach Süden in den Dnipro-Bogen.

³² Vgl. zu Rußland-Mitte: Andrej Angrick u. a., „Da hätte man schon ein Tagebuch führen müssen.“ Das Polizeibataillon 322 und die Judenmorde im Bereich der Heeresgruppe Mitte während des Sommers und Herbstes 1941, in: Helge Grabitz/Klaus Bästlein/Johannes Tüchel (Hrsg.), *Die Normalität des Verbrechens*, Berlin 1994, S. 325–385, hier S. 331 ff.

³³ Peter Longerich, *Politik der Vernichtung*, München 1998, S. 385; Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die Endlösung in Polen*, Reinbek 1993, S. 38 f. Ob in Šepetivka tatsächlich der Befehl des Pol.Rgt. Süd bestand, auch Frauen und Kinder zu erschießen, ist nicht eindeutig geklärt. Zum Pol.bat. 45 vgl. die Mikrostudie Harald Welzer, *Täter: Wie aus normalen Menschen Massenmörder werden*, Frankfurt a. M. 2005.

³⁴ Zur ersten „Probeerschießung“ des Orpo-Zuges beim Sk 4a in Rivne vgl. Martin Wiedemann, *Führerwille und Eigeninitiative: Der Vernichtungskrieg in der Sowjetunion am Beispiel der Tätigkeit des Sonderkommandos 4a*, unveröffentlichte Magisterarbeit München 1990, S. 69.

³⁵ Tätigkeitsbericht 1. SS-Brigade für 27.–30. 7. 1941, „Unsere Ehre heißt Treue“. Kriegstagebuch des Kommandostabes RFSS. Tätigkeitsberichte der 1. und 2. SS-Infanterie-Brigade, der 1. SS-Kavallerie-Brigade und von Sonderkommandos der SS, herausgegeben von Fritz Baade u. a., Wien, Frankfurt a. M. 1965, S. 105 f. Insgesamt wurden bei diesen „Säuberungsaktionen“ 1658 Juden erschossen, Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, Stuttgart 1981, S. 222. Einstellungsverfügung Staatsanwaltschaft München I 118 Js 12/71 ./ Tzschoppe u. a., 5. 7. 1972, auch zum folgenden.

³⁶ Christian Gerlach, *Deutsche Wirtschaftsinteressen, Besatzungspolitik und der Mord an den Juden in Weißrußland*, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939 bis 1945*, Frankfurt a. M. 1998, S. 263–291, hier S. 278.

³⁷ „Unsere Ehre heißt Treue“, S. 35, 149.

2. Der Fall Kamjanec Podyl's'kyj³⁸

Die ukrainische Stadt Kamjanec Podyl's'kyj, ein regionales Verwaltungszentrum mit etwa 40 000 Einwohnern, das nahe an der alten polnisch-sowjetischen Grenze lag, war Anfang Juli 1941 von deutschen und ungarischen Truppen erobert worden. Ungarn war zu diesem Zeitpunkt deutscher Verbündeter und mit einem eigenen Korps in die Ukraine und auch in diese Stadt einmarschiert. In Kamjanec Podyl's'kyj bestand die Bevölkerung zu über einem Drittel aus Juden. Nur wenigen von ihnen war die Flucht gelungen, so dass die Truppen noch etwa 12 000 Menschen jüdischer Herkunft antrafen. Nach Kamjanec Podyl's'kyj kam von deutscher Seite ausschließlich die Wehrmacht, Einheiten der Einsatzgruppen jedoch nicht. Wie überall in den neu besetzten Gebieten, regelte die Wehrmacht die Verwaltung. Die Feldkommandantur 183 richtete eine Stadtverwaltung und eine ukrainische Miliz ein, sie regulierte die Versorgung der Bevölkerung und das gesamte öffentliche Leben. Gemäß den Militärverwaltungsanordnungen war es eine ihrer Aufgaben, die jüdische Bevölkerung gesondert zu registrieren, einen Judenrat zu ernennen und die Kennzeichnung der jüdischen Einwohner mit einer Armbinde oder dem so genannten Judenstern zu veranlassen. Dies gehörte zur normalen Tätigkeit der Militärverwaltung im Osten; die Abteilungen VII beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet, bei den Kommandanten rückwärtiges Armeegebiet und die zuständige Sicherungsdivision 454 verfügten über je einen Oberkriegsverwaltungsrat, der für „Judenfragen“ zuständig war³⁹.

Ende Juli jedoch geschah etwas Überraschendes: Auf Anordnung des ungarischen Verbündeten kamen zu Tausenden polnische, tschechoslowakische und ungarische Juden in die Altstadt von Kamjanec Podyl's'kyj. Ungarn hatte 1938/39, bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei deren östlichsten Landesteil annektiert, die so genannte Karpato-Ukraine. Dort gab es nicht nur große einheimische jüdische Gemeinden, dorthin waren auch zahlreiche Juden aus dem Deutschen Reich und aus Polen geflüchtet. Mit dem Einmarsch in die Sowjetunion sahen die ungarischen Behörden die Gelegenheit gekommen, diese – aus ihrer Sicht – zumeist ausländische und „unerwünschte“ Minderheit weiter nach Osten abzuschieben. Und die erste größere Stadt östlich der Karpato-Ukraine war Kamjanec Podyl's'kyj. Die deutsche Feldkommandantur 183 reagierte empört, noch Ende Juli 1941 meldete sie an ihre vorgesetzten Behörden: „Die zahlreichen Juden wurden vermehrt durch Zuzug der aus Ungarn ausgewiesenen Juden, von welchen etwa 3000 in den letzten Tagen hier ankamen. Ihre Ernährung stößt auf große Schwierigkeiten; auch besteht Seuchengefahr. Sofortiger Befehl über ihren Abtransport ist dringend erwünscht.“⁴⁰

³⁸ Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Der qualitative Sprung im Vernichtungsprozeß: das Massaker von Kamenez-Podolsk Ende August 1941, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 10 (2001), S. 239–264.

³⁹ BA-MA, RH 22/5, Befehle des Berück Süd, Abt. VII, Nr. 3/41 und Nr. 17/41, 12. und 21. 7. 1941; BA-MA, RH 22/203, Bericht über die verwaltungsmäßigen Verhältnisse im Befehlsbereich des Berück Süd, 28. 7. 1941; „Judenreferate“: BAB, R 94/26, Bl. 1–3, Richtlinien des Berück Süd zu Abt. VII, Sich. Div. 444, 454; Geschäftsverteilungsplan 454. Sich. Div./Abt. VII.

⁴⁰ United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C. (USHMM), RG-11001, reel 92

Schließlich gelangten weit über 10000 Juden aus der Karpato-Ukraine in die Stadt und die nähere Umgebung, wo sie nur ganz notdürftig untergebracht werden konnten. Der Versuch, die Ungarn auf diplomatischem Wege zur Rücknahme der abgeschobenen Menschen zu bewegen, scheiterte. In einer Besprechung des Oberkommandos des Heeres mit dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete vom 25. August, die eigentlich der Einrichtung der Zivilverwaltung diente, zeichnete sich eine fatale „Lösung“ des Problems ab: HSSPF Jeckeln habe bereits angekündigt, „die Liquidation dieser Juden bis zum 1. 9. 1941 durchgeführt zu haben.“⁴¹ Der 1. September war der Tag, an dem das Gebiet der Zivilverwaltung zu übergeben war. Die Vertreter von Zivilverwaltung und Wehrmacht nahmen dies zumindest zur Kenntnis, denn aus dem Militär war der Vorschlag zum Abtransport gekommen.

Die Einheiten der Einsatzgruppe C befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits weiter östlich. Deshalb ist unklar, ob Jeckeln von dort ein kleines Kommando anforderte⁴². Darüber hinaus verfügte Jeckeln über seinen eigenen Stab. Um aber einen Massenmord von solch riesigen Ausmaßen durchführen zu können, waren personalstarke Einheiten vonnöten. Deshalb setzte Jeckeln das Polizeibataillon 320 ein. Dieser Polizeiverband war erst ein Jahr zuvor, im August 1940 in Berlin aus Reservepolizisten aufgestellt worden. Im August 1941 lag er als eine Art Einsatzreserve des HSSPF in Proskuriv, etwa 90 Kilometer nördlich von Kamjanec Podyl's'kyj. Er wurde verstärkt durch die so genannte Ostlandkompanie, eine Einheit aus Lettlanddeutschen.

Man muss davon ausgehen, dass sich der HSSPF zunächst mit der Feldkommandantur in Verbindung setzte, bevor er eine so einschneidende Maßnahme an deren Sitz und unter deren Hoheit vornahm. Auf jeden Fall informierte Jeckeln auch ungarische Heeresdienststellen, die sich möglicherweise an der Absperrung beteiligten. Am 26. August, also vier Tage vor Übergabe der Stadt an die Zivilverwaltung, flog Jeckeln in Kamjanec Podyl's'kyj ein, um den Massenmord selbst zu leiten. Als Exekutionsstätte wurde ein ehemaliges Munitionsdepot der Roten Armee am Rande der Stadt ausgewählt und vorbereitet. Am ersten Tag wurden etwa 4200 Männer, Frauen und Kinder dorthin eskortiert und erschossen. Die Opfer mussten durch ein Spalier aus Ordnungspolizisten laufen und ihre Wertsachen abgeben, einige hatten sich auch auszuziehen. Anschließend mussten sie in Gräben klettern, sich auf den Boden bzw. auf Leichen legen und dann wurde ihnen von hinten in den Kopf geschossen.

Jeckeln stand in der Nähe auf einer Anhöhe und beobachtete das Geschehen offensichtlich in Begleitung mehrerer Wehrmacht-Offiziere, wie Augenzeugen berichten⁴³. Am zweiten Tag, als bereits 11 000 Opfer getötet wurden, kamen auch

(Original im ehemaligen Sonderarchiv Moskau, jetzt im Russischen Staatlichen Militärarchiv (RGVA), R-1275/3/667, Bl. 49), Feldkommandantur (FK) 183/1a an 444. Sich.Div., 31. 7. 1941.

⁴¹ Nürnberg. Dok. PS-197, Vermerk Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (gez. Labs), 27. 8. 1941.

⁴² Mallmann, Sprung, sieht keine Beteiligung der Einsatzgruppen; allerdings erwähnen Zeugen die Anwesenheit eines Sturmbannführer „Meyer“ in Kamjanec, möglicherweise der Leiter von Einsatzkommando 5, Verbrechen der Wehrmacht, S. 135.

⁴³ Andrej Angrick, *The Escalation of German-Rumanian Anti-Jewish Policy after the Attack on the Soviet Union*, in: *Yad Vashem Studies* 26 (1998), S. 203–238, hier S. 228 f.

Polizisten aus der 3. Kompanie des Polizeibataillons 320 als Mordschützen zum Einsatz. In Nachkriegsvernehmungen ist überliefert, dass es wegen des Massakers ein heftiges Wortgefecht von Jeckeln mit dem Bataillonskommandeur Dall gegeben habe⁴⁴. Ermordet wurden nicht nur die Juden aus der Karpato-Ukraine, sondern auch zwei Drittel der einheimischen Juden. Der Höhere SS- und Polizeiführer meldete schließlich den Mord an 23 600 Juden per Funk nach Berlin⁴⁵, etwa 14 000 davon kamen aus der Karpato-Ukraine. Anzumerken ist, dass der britische Geheimdienst den deutschen Polizeifunk abhörte und mit ziemlicher Sicherheit vom Massenmord Kenntnis erlangte. Auch das Kommando der Heeresgruppe Süd, die oberste Militärinstanz in der Ukraine, wurde über die Zahl der Opfer sofort informiert⁴⁶.

Erst nach dem Massaker wurde in Kamjanec Podyl's'kyj ein Ghetto für die übrigen 4800 verbliebenen Juden eingerichtet, die noch ein Jahr zu leben hatten. Zu diesem Zeitpunkt waren Ghettos in der Ukraine eher ungewöhnlich; die meisten wurden erst im Frühjahr 1942 errichtet⁴⁷. Ein Jahr später versuchten ungarische Stellen erneut, „unerwünschte“ Juden nach Osten abzuschieben. Diesmal aber schaltete sich Himmler sofort ein, so dass eine Wiederholung dieser Vorgänge unterblieb⁴⁸. Insgesamt war das Massaker in Kamjanec Podyl's'kyj Ende August 1941 noch das größte seiner Art. Es markierte einen Wendepunkt zum Völkermord in der Ukraine. Einen Monat später wurde es jedoch von den Ereignissen in Babij Jar (ukr. Babyn Jar) in Kiew in den Schatten gestellt.

3. Die Vernichtung der jüdischen Gemeinden

Alle SS- und Polizeieinheiten in der Ukraine erschossen bis zum Massaker von Kamjanec Podyl's'kyj etwa 40 000 Juden. Diese schon unvorstellbar hohe Zahl hatte dennoch andere Dimensionen als die, die danach folgten. In den fünf folgenden Wochen, zwischen dem 27. August und dem 30. September, belief sich die Zahl der Opfer auf über 100 000; Frauen und Kinder stellten nunmehr die Mehrheit unter ihnen.

Einer der Faktoren für diese Entwicklung war die Tatsache, dass auch die Einsatzgruppe D weiter südlich, am Nordrand des Schwarzen Meeres mit umfassenden Massenerschießungen begann⁴⁹. Entscheidend scheint jedoch zu sein, dass die SS- und Polizeieinheiten wieder in Großstädte vorstießen, und gleichzeitig dort,

⁴⁴ Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main, 4 Js 901/62, 4 Ks 1/71, Band 41, Bl. 7754–69, Vernehmung Ottmar L., 20. 4. 1961.

⁴⁵ Verbrechen der Wehrmacht, S. 134; ebenso BAB, R 58/217, Bl. 24, EM 80, 11. 9. 1941.

⁴⁶ Richard Breitman, Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert, München 1999, S. 89 f.; Nürnberg. Dok. NOKW-1554, Notiz über eine Besprechung bei der Heeresgruppe Süd am 2. 9. 1941.

⁴⁷ Eine generelle Regelung der Ghattobildung hatte das OKH am 19. 8. 1941 erlassen, der Berück Süd übrigens genau am 28. 8. 1941; vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 525.

⁴⁸ PA AA, Inland II g. 208, Bl. 89–93, Luther an Gesandtschaft Budapest, 24. 12. 1942. Einzelne ungarische Juden kamen auch nach dem Massaker nach Kamjanec; vgl. Yigal Zafoni, Bibliography on the Holocaust for those Regions of the Soviet Union Occupied by German Forces from June 1941, in: Journal of the Academic Proceedings of Soviet Jewry 1 (1986), S. 82–103, hier S. 88.

⁴⁹ Vgl. Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die Genesis der „Endlösung“, Berlin 1996, S. 204 ff.

wo sie waren, zur Ausrottung fast aller Juden übergingen. Noch im August 1941 hatte der Chef der Einsatzgruppe, Otto Rasch, darüber rasoniert, ob nicht die sogenannte „Vernichtung durch Arbeit“, also Zwangsarbeit bis zum Tod, das geeignete Mittel zur Ermordung der Juden sei⁵⁰. Nach dem Massaker in Kamjanec Podyl's'kyj, besonders aber nach dem 12./13. September 1941, holte der SS- und Polizeiapparat zur Vernichtung aller Juden aus. Der dortige Massenmord hatte gezeigt, dass die entscheidenden Organe der Wehrmacht nicht nur die Erschießung wehrfähiger jüdischer Männer, wie sie seit den ersten Feldzugstagen fast täglich geschah, tolerierten und förderten⁵¹, sondern dass die lokale Militärverwaltung auch beim Massenmord an *allen* Juden kooperierte.

Somit stellt sich also die Frage, ob der Übergang zur Totalvernichtung jüdischer Gemeinden zwischen Mitte August und Anfang Oktober 1941 nicht ein Prozess war, der nicht nur durch zentrale Weisungen, sondern auch durch die Einzelverhandlungen zwischen dem SS-Polizeiapparat und der Militärverwaltung vorangetrieben wurde. Bisher ging man davon aus, dass dieser Übergang allein auf einem Befehl Hitlers beruhte. Es finden sich aber für diese Zeit keine Dokumente, die auf einen solchen Befehl Bezug nehmen. Sicher dürfte lediglich sein, dass Himmler bei seiner Ukraine-Reise Anfang Oktober 1941 eine Forcierung des Mordens angeordnet hat⁵². Kurz danach listete die Einsatzgruppe C die Motive für die Massenerschießungen auf und verzeichnete als letzten Punkt „Juden allgemein“⁵³; gleichzeitig hieß es: „Die von den Kommandos neubesetzten Räume werden judenfrei gemacht.“⁵⁴

Warum aber zeigten sich die höheren Stäbe der Wehrmacht, vor allem die Armee-Oberkommandos und die Feldkommandanturen, bereit, zusammen mit der Polizei einen Völkermord zu organisieren? Die so genannte Sicherheitsfrage blieb in dieser Phase unverändert, man traf kaum auf Partisanen. Bereits seit Ende Juli zeichnete sich jedoch ab, dass der Feldzug nicht – wie erwartet – in kurzer Zeit gewonnen werden konnte. Somit veränderte sich die gesamten Koordinaten der Wirtschaftsplanung; die langfristig angelegte Hungerstrategie konnte noch nicht zum Tragen kommen. Stattdessen begann im September/Oktober 1941 das Massensterben unter den entkräfteten sowjetischen Kriegsgefangenen, denen die Rationen gekürzt wurden, wenn sie nicht arbeiten konnten. Ähnliches zeichnete sich auch bei den Juden ab, die völlig enteignet und ihrer Arbeit beraubt worden waren. Die erste Welle der Morde hatte oftmals gerade die in Arbeit stehenden Männer betroffen, deren Familien nunmehr unversorgt waren. Im September 1941 ist ein Wandel der Selektionskriterien zu beobachten: Nun wurden vor allem Frauen, Kinder und Alte erschossen. Je weiter die Wehrmacht nach Osten vordrang, desto weniger Industrie fand sie vor und desto weniger Arbeitskräfte wurden folglich gebraucht⁵⁵.

⁵⁰ BAB, R 58/216, EM 52, 14. 8. 1941; EM 81, 12. 9. 1941.

⁵¹ BAB, R 58/216, Bl. 105, EM 58, 20. 8. 1941.

⁵² Vgl. Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, herausgegeben von Peter Witte u. a., Hamburg 1999, S. 224f. (2.–4. 10. 1941).

⁵³ BAB, R 58/218, Bl. 148, EM 111, 12. 10. 1941.

⁵⁴ Klein, Einsatzgruppen, S. 232.

⁵⁵ Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 574 ff. Eine Ausnahme ist lediglich das Donec-Becken.

Dies waren die Voraussetzungen dafür, dass die Militärverwaltung, vor allem die Feldkommandanturen, die Morde der Polizei zur – so wörtlich – „Beseitigung eines Teiles z.T. überflüssiger Esser in den Städten“ bereitwillig akzeptierte, in Einzelfällen sogar verlangte⁵⁶. Dass die Stäbe der Wehrmacht die Massenmorde auch unterbinden konnten, wenn es militärisch zweckmäßig erschien, zeigen die Weisungen der 11. Armee an die Einsatzgruppe D bis Juli 1941, die gewissermaßen als Hilfstruppe verwendet wurde. Das AOK 17, das gelegentlich Massenerschießungen von Juden forderte, konnte aber genauso gut Anweisung geben, ein Massaker in Artemivsk einstweilen zu unterlassen⁵⁷.

Innerhalb des Offizierskorps waren die Massenmorde keineswegs unumstritten. Zwar gab es an den Massenerschießungen erwachsener jüdischer Männer kaum Kritik, sie galten im Rahmen von Repressalmaßnahmen vielmehr als legitimiert. Seit Ende Juli sprachen sich jedoch Wehrwirtschaftsstellen gegen die Ermordung jüdischer Arbeiter aus, die noch benötigt wurden. Für den August 1941 ist der berühmt-berüchtigte Fall einer Auseinandersetzung innerhalb der Wehrmacht überliefert, die sich um die Ermordung jüdischer Kinder in Bila Cerkva drehte. Nachdem die erwachsenen Männer und viele Frauen vom Sonderkommando 4a erschossen worden waren, wandten sich Wehrmachtspfarrrer wegen der übrigen Familienangehörigen an ihre Vorgesetzten. Der Feldkommandant Oberst Riedl hielt die Ermordung der jüdischen Frauen und Kinder für „dringend notwendig“ mit der Begründung, „diese Brut müsse ausgerottet werden“⁵⁸. Trotz zahlreicher Proteste entschied der Oberkommandierende der 6. Armee, Walter von Reichenau, alle übrigen Juden umbringen zu lassen. Dies geschah unmittelbar vor dem Massaker von Kamjanec Podyl's'kyj. Zwei Wochen später forderte der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm von Keitel, „ein rücksichtsloses und energisches Durchgreifen vor allem auch gegen Juden, die Hauptträger des Bolschewismus“, soweit sie nicht in Arbeitskolonnen Zwangsarbeit leisteten⁵⁹. Die Verwaltungsabteilung der 454. Sicherungsdivision kommentierte den Kindermord wie folgt: „Von einer Judenfrage kann kaum mehr gesprochen werden. An einigen Orten bereitete die Versorgung elternlos gewordener jüdischer Kinder und Säuglinge teilweise Schwierigkeiten; auch insoweit ist jedoch inzwischen durch den S.D. Abhilfe geschaffen worden.“⁶⁰

Als inzwischen immer mehr jüdische Gemeinden ausgerottet wurden, hob die Einsatzgruppe C die gute Zusammenarbeit mit den oberen Wehrmachtstäben her-

⁵⁶ Nürnberg. Dok. PS-2174, Bericht der Rüstungsinspektion Ukraine, 29. 11. 1941.

⁵⁷ AOK 17 Ic/AO, 22. 9. 1941: „SD-Kommando IVb wird um Repressalien gegen Kremenchuger Juden gebeten“; vgl. Krausnick/Wilhelm, *Truppe des Weltanschauungskrieges*, S. 221, 273; Breitsman, *Staatsgeheimnisse*, S. 133 f.; Manfred Oldenburg, *Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942*, Köln 2004, S. 25; wissenschaftlich unbrauchbar ist das Pamphlet von Barbara Koehn, Carl-Heinrich von Stülpnagel, *Offizier und Widerstandskämpfer. Eine Verteidigung*, Berlin 2008, wo auch höchst fragwürdige Urteile über die Juden in der Sowjetunion abgegeben werden. BA-MA, RH 26-97/100, Tätigkeitsbericht 97.ID/Ic, 13. 11. 1941.

⁵⁸ Helmuth Groscurth, *Tagebücher eines Abwehroffiziers*. Hrsg. von Helmut Krausnick u. a., Stuttgart 1970, S. 534–542.

⁵⁹ Erlaß des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), 12. 9. 1941; vgl. Norbert Müller (Hrsg.), *Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR*, Köln 1980, S. 72.

⁶⁰ BAB, R 94/26, Bl. 28–38, Abschrift Lagebericht 454. Sich.Div./VII, 23. 9. 1941 (gez. von Winterfeld).

vor, insbesondere im Bereich der 6. Armee. Deren Führung war anscheinend regelmäßig vorher über große Mordaktionen in Kenntnis gesetzt worden⁶¹. Gleichzeitig bemängelte die Einsatzgruppe C aber die Kooperation mit unteren Instanzen, so im Falle einiger Kriegsgefangenenlager, deren Leitung sich weigerte, jüdische Gefangene zur Erschießung auszuliefern: „Lediglich in der Judenfrage war bis in die jüngste Zeit kein restloses Verständnis bei den *nachgeordneten* Wehrmachtsdienststellen zu finden. [...] Nur zu oft mußten die Einsatzkommandos in mehr oder minder versteckter Form Vorwürfe über ihre konsequente Haltung in der Judenfrage über sich ergehen lassen.“⁶² In der Folge dieser Kritik und der Diskussionen im Offizierskorps erließen alle Wehrmachtspitzen in der Ukraine im Oktober und November 1941 Befehle, die den Völkermord an den Juden rechtfertigten⁶³. Am bekanntesten ist das Vorbild dieser Anordnungen, der Befehl des Oberkommandierenden der 6. Armee von Reichenau vom 10. Oktober 1941. Der Oberkommandierende der Heeresgruppe Süd, Gerd von Rundstedt, war über die Massenmorde im Bilde und zeigte sich „voll einverstanden“ mit einer solchen Legitimierung des Völkermords⁶⁴. Ebenso unterstützte der Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet die Ausführungen als „bindende Richtschnur“⁶⁵.

Bei fast allen großen Massakern seit Kamjanec Podyl's'kyj ist immer derselbe Mechanismus zu beobachten: Nach dem Einrücken in eine Stadt erschoss die Einsatzgruppe mehrere hundert jüdische Männer. Dann nahm die Militärverwaltung die Registrierung aller Juden vor. Nach Verhandlungen zwischen dem Höheren SS- und Polizeiführer oder der Einsatzgruppe mit dem zuständigen Feldkommandanten oder Armee-Oberkommando wurde dann die Mehrheit der jüdischen Einwohner erschossen, oft mit Hilfe der Wehrmacht, sei es durch die Gestellung von Fahrzeugen, Munition oder Absperrungspersonal. Dies lässt sich nachweisen für die Massenmorde in Żytomyr, für das berühmte Babij-Jar-Massaker in Kiew und für die Massenmorde in Charkow.

Żytomyr war von ungarischen Truppen erobert worden und seit 18./19. Juli 1941 Standort des Stabes der Einsatzgruppe C. Bereits am 11. Juli hatte die ukrainische Stadtverwaltung die Juden der Stadt zur Registrierung aufgerufen⁶⁶. Das Sk 4a und die 1. SS-Brigade ermordeten dort und in der Umgebung laufend jüdische Männer; in mehreren Fällen beteiligten sich daran Angehörige der Wehrmacht⁶⁷.

⁶¹ Tätigkeitsbericht Gruppe Ic/AO AOK 6, 2. 9. 1941, in: Krausnick/Wilhelm, Truppe des Weltanschauungskrieges, S. 243.

⁶² Hervorhebung durch den Verfasser.

⁶³ Armeebefehl des Oberbefehlshabers der 17. Armee, Hoth, betreff: Verhalten der Truppe im Ostraum, 17. 11. 1941, Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 341–343.

⁶⁴ Beispielsweise BAB, R 58/215, Bl. 235, EM 47, 9. 8. 1941 (darin Meldung des HSSPF an die Heeresgruppe über Massenerschießungen im Raum Šepetivka); Detlef Vogel, Generalfeldmarschall von Rundstedt, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite. Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn. Darmstadt 1998, S. 223–233, hier S. 229; dort auch weitere antisemitische Äußerungen von Rundstedts.

⁶⁵ Jürgen Förster, Die Sicherung des „Lebensraumes“, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 4, S. 1030–1078, hier S. 1051.

⁶⁶ Zentrales Staatliches Archiv der Obersten Organe der Ukraine, Kiew (Central'nyj Deržavnyj Archiv Vyščych Orhanov Ukraïny, CDAVO), R-3833/2/104, Bl. 6, Ukraïns'ka presovo služba, 30. 7. 1941.

⁶⁷ Krausnick/Wilhelm, Truppe des Weltanschauungskrieges, S. 234 f.

An den Ereignissen in Žytomyr lässt sich am deutlichsten der Übergang von einer selektiven Vernichtungspolitik zur totalen Ausrottung verfolgen. Erstmals teilte der Führer des Sk 4a, Paul Blobel, seinen Männern mit, dass er die Totalvernichtung der Juden der Stadt anstrebe⁶⁸. Hierzu kontaktierte Blobel die zuständige Feldkommandantur 197: „Es fand deshalb am 10. 9. 41 eine diesbezügliche Besprechung mit der Feldkommandantur statt, in deren Ergebnis *beschlossen* wurde, die Judenschaft endgültig und radikal zu liquidieren.“ Die Feldkommandantur stellte zudem noch einen Teil der benötigten Lastwagen zur Verfügung⁶⁹. Am 19. September erschoss das Sk 4a bei Žytomyr 3145 Juden. Blobels ursprüngliches Ziel, die ganze jüdische Gemeinde auszurotten, wurde jedoch nicht erreicht. Vermutlich auf Drängen der Militärverwaltung blieben 240 Juden am Leben⁷⁰.

Unterdessen wandte sich Jeckeln der nächsten großen jüdischen Gemeinde zu: Berdyčiv. Schon am 26. August war in der Stadt ein Ghetto errichtet worden, in dem etwa 20 000 Menschen leben mussten. Am 4. September meldete das Polizeiregiment Süd die Ermordung von 4144 Juden, zum großen Teil in Berdyčiv selbst⁷¹. Kurz darauf, in der Nacht vom 14. zum 15. September, umstellten Polizeiverbände das Ghetto und trieben die Juden heraus. Anschließend wurden 12 000 Juden, meist Frauen, Kinder und alte Personen, am Gelände des Flugplatzes vom Stab des HSSPF und dem Reservepolizeibataillon 45 erschossen. Auch hier überlebte ein Teil der jüdischen Gemeinde, insgesamt 2500 Arbeiter mit ihren Familien⁷².

Von Mitte September 1941 an überschritten sich die „Operationsgebiete“ der vorgezogenen Sonderkommandos und der nachrückenden Ordnungspolizei-Einheiten. Vor dem Babij Jar-Massaker, das hier nicht noch einmal ausführlich behandelt werden soll⁷³, wurde am 26. September eine Besprechung zwischen Jeckeln, dem Leiter des Sonderkommandos 4a und dem Stadtkommandanten Eberhard (FK 195) anberaunt. Möglicherweise wurde dabei die Zahl der Opfer festgelegt, die sich offensichtlich auch an der katastrophalen Ernährungs- und Wohnraumsituation in Kiew orientierte⁷⁴. Vier Tage später berichtete die Militärverwaltung dem Oberkommando des Heeres (OKH) verklausuliert: „Größere Maßnahmen

⁶⁸ Ogorreck, Einsatzgruppen, S. 202f.; Lower, Nazi Empire-Building, S. 67 ff.

⁶⁹ BAB, R 58/218, Bl. 68, EM 106, 7. 10. 1941 (Hervorhebung durch den Verfasser). BA-MA, RH 22/204, Lagebericht FK 197/VII, 20. 9. 1941.

⁷⁰ Vgl. Wila Orbach, The Destruction of the Jews in the Nazi-Occupied Territories of the USSR, in: Soviet Jewish Affairs 6 (1976), H. 2, S. 14–51, hier S. 51. Von weit höheren Zahlen und späteren Massenmorden sprechen: Spector, The Holocaust of Ukrainian Jews, S. 47, ferner Leni Yahil, The Holocaust, New York 1990, S. 272.

⁷¹ Browning, Ganz normale Männer, S. 38

⁷² Dieses Massaker wird nicht vollständig in den EM wiedergegeben. Ebenso geht die Staatsanwaltschaft Regensburg in ihrer Anklage I 4 Js 1495/65 ./.. Rosenbauer u.a., 2. 2. 1970, Bl. 39, von der Ermordung von 1000 bis 3000 Juden am 12. 9. 1941 aus. Dagegen Orbach, Destruction of the Jews, S. 32–36; Ilja Ehrenburg/Wassilij Grossman, Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, herausgegeben von Yitzhak Arad und Arno Lustiger. Reinbek 1994, S. 64–69; vgl. Breiman, Staatsgeheimnisse, S. 90f.; S. Ja. Elisavetskij, Berdičevskaja tragedija. Dokumental'noe povestvovanie, Kiev 1991.

⁷³ Dazu Hartmut Rüß, Wer war verantwortlich für das Massaker von Babij Jar? in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57, 1998, S. 483–508; Klaus Jochen Arnold, Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew durch die Wehrmacht im September 1941, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 58, 1999, S. 23–63.

⁷⁴ Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 646.

gegen unerwünschte Bevölkerungsteile werden sich jedoch als notwendig erweisen.“⁷⁵ Mit den „größeren Maßnahmen“ war wohl letztlich die Erschießung von 33 700 Menschen gemeint⁷⁶.

Schließlich lässt sich das enge Zusammenspiel zwischen Wehrmachtsstäben und SS-Polizeiapparat auch beim letzten Massenmord, der unter Militärverwaltung stattfand und ähnlich riesige Ausmaße hatte, nachweisen. In Charkow machte sich die Führung der 6. Armee nach der Einnahme der Stadt Sorgen um die Lebensmittelversorgung, die ganz an die Wehrmacht abgezweigt werden sollten, wie ein Offizier nach dem Krieg bestätigte: „Es mußte eine Lösung gefunden werden, was man mit diesen Leuten macht. Das war schon durch die Versorgungslage bedingt. Der Nachschub kam nicht mehr mit, und wir hatten enorme Verpflegungsschwierigkeiten. Ich war bei dieser Sitzung anwesend.“⁷⁷

Im November 1941 schlug der Ic-Offizier die Registrierung aller Juden und anderer Unerwünschter vor: „Festsetzen und weitere Behandlung dieser Elemente wäre Aufgabe des SD, der aber selbst zu schwach ist und deshalb der Unterstützung durch die Truppe bedarf.“⁷⁸ Eine erste Registrierung der jüdischen Bevölkerung ergab die Zahl von 10 271 Personen⁷⁹. Wieder herrschte Einvernehmen und enge Zusammenarbeit auch mit der Feldkommandantur: Der Stadtkommandant erließ einen Aufruf an die Juden, sich zu versammeln⁸⁰.

Die Organisierung eines derart großen Massakers war Aufgabe des HSSPF. In dieser Funktion war Jeckeln Anfang November von Hans Prützmann abgelöst worden. Gleichzeitig befand sich noch ein weiterer HSSPF in der Ukraine, nämlich der HSSPF z.b.V., Gerret Korsemann, der für die Eroberung des Kaukasus in Reserve gehalten wurde und sich deshalb „zur Einarbeitung“ in der Ukraine befand⁸¹. Ab dem 5. Januar 1942 wurde Prützmann als HSSPF Russland-Süd, also unter Militärverwaltung, von Korsemann vertreten⁸². Deshalb fuhr Korsemann mit seinem Stab nach Charkow, um dort die Ausrottung der Juden ins Werk zu setzen, die seit dem 16. Dezember in einem Traktorenwerk interniert waren. Etwa zehn Tage später begannen Sk 4a und Polizeibataillon 314 in der Drobyckij-

⁷⁵ BA-MA, RH 22/7, Berück Süd/Ia (gez. Roques) an OKH/Kriegsverwaltung, 30. 9. 1941. Andere Interpretation bei Arnold, Eroberung.

⁷⁶ Auch nach dem Massaker in Babij Jar wurden laufend Kiewer Juden ermordet. Insgesamt dürfte sich die Opferzahl auf 50 000 Menschen belaufen; vgl. Orbach, *Destruction of the Jews*, S. 39f. Die Volkszählung vom 1. 4. 1942 verzeichnete noch 20 Juden in der Stadt, A.L. Perkovskij, *Istočniki po nacional'nomu sostavu naselenija Ukrainy v 1939–1944 gg.*, in: *Ljudski poteri SSSR v period vtoroj mirovoj vojny*, S.-Peterburg 1995, S. 49–61, hier S. 56.

⁷⁷ Wiedemann, *Führerwille und Eigeninitiative*, S. 109f.

⁷⁸ BA-MA, RH 20-6/494, Ic/AO des AOK 6, 6. 11. 1941; zur Versorgung vgl. USHMM, RG-11 001, reel 92 (RGVA, R-1275/3/670, Bl. 9), Berück Süd an 444. Sich.Div., 25. 12. 1941.

⁷⁹ Komplette Volkszählungsakten in USHMM, RG-31 010M, reels 1–21 (*Deržavnyj Archiv Charkivs'koj Oblasti*, R-2982/4/52-129 und 2982/6/1-95); vgl. Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1992, S. 107, 308; Ju. M. Ljachovickij (Hg.), *Poprannaja mezuza. Kniga Drobyckogo Jara, Char'kov 1991*, S. 36 ff.; ders. (Hg.), *Cholokaust na Ukraine i antisemitizm v perspektive, Char'kov 1992*, S. 91–148; ders., *Pereživšie katastrofu. Spasšesja, spasiteli, kollaboranty, martirolog: svidetel'stva, fakty, dokumenty, Char'kov/Ierusalim 1996*.

⁸⁰ BAB, R 58/219, Bl. 190, 299, EM 156, 16. 1. 1942, EM 164, 4. 2. 1942.

⁸¹ Korsemann war vermutlich bei der Vorbereitung der Ermordung der Kiewer Juden beteiligt; vgl. Ogorreck, *Einsatzgruppen*, S. 321.

⁸² USHMM, RG-11 001, reel 80 (RGVA, R-1323/1/53, Bl. 65 f.), Rundschreiben HSSPF beim RKU, 5. 1. 1942.

Schlucht mit der Erschießung der 15 000 Juden, einige hundert wurden in Gaswagen ermordet. Dieser Massenmord zog sich bis in den Januar 1942 hin⁸³.

Der Zusammenhang zwischen dem Entzug der Nahrungsmittelversorgung durch die Wehrmacht und dem Massenmord an den Juden war in Charkow offensichtlich. Denn schon im Dezember 1941 breitete sich der Hungertod auch unter der nichtjüdischen Bevölkerung aus. Ab März 1942 verhungerten in der Stadt jeden Monat fast halb so viele Menschen wie im Warschauer Ghetto⁸⁴.

Für eine Reihe von Massenverbrechen ist die Zusammenarbeit der Militärverwaltung mit SS- und Polizeieinheiten noch nicht untersucht worden. Vermutlich eines der größten Massaker fand am 19./20. September 1941 an den Juden von Vinnycja statt. Hier differieren deutsche und sowjetische Ermittlungen über die Opferzahl jedoch erheblich. Ein Restkommando des EK 6 ermordete zusammen mit den Polizeibataillonen 45 und 314 wahrscheinlich 15 000 Menschen⁸⁵. Zehn Tage später verübte das Polizeibataillon 304 – vermutlich zusammen mit dem SK 4b – ein weiteres Massaker in Kirovohrad; ein Beteiligter vermerkte in seinem Tagebuch: „Durchsuchung in Kirowo und Erschießung von 4200 Juden, darunter 600 Kriegsgefangene“⁸⁶.

Das letzte große Massaker unter der Verantwortung Jeckelns in der Ukraine fand am 13./14. Oktober 1941 in Dnipropetrovsk statt. Es kam „ohne Kenntnis der Feldkommandantur“ 240 zustande. Hier wurde fast ausschließlich das Polizeibataillon 314 und ukrainische Hilfspolizei eingesetzt⁸⁷. Die Militärverwaltung war jedoch fünf Tage später im Bilde: „Die Judenfrage kann, soweit wenigstens die Stadt Dnjepropetrowsk in Frage kommt, im wesentlichen als gelöst angesehen werden. Zu Beginn der Besetzung waren etwa 35 000 Juden noch anwesend. Von den Maßnahmen des SD wurden etwa 15 000 Juden erfaßt, ein weiterer Teil von etwa 15 000 Juden flüchtete anlässlich dieser Maßnahmen und ein Rest von etwa 5000 Juden ist noch anwesend.“⁸⁸

Nach dem Massaker von Charkow im Januar 1942 lagen kaum noch große jüdische Gemeinden im Gebiet der Militärverwaltung. Allerdings hatte man Juden an vielen Orten im Donecbecken am Leben gelassen, vermutlich um die Arbeitskräfte zu verschonen. Die Mehrheit der Juden, denen die Flucht nicht gelungen

⁸³ Vgl. A. I. Kruglov, *Istreblenie evrejskogo naselenija na levoberežnoj*, in: *Katastrofa ta opir*, S. 172–201; Grossman/Ehrenburg, *Schwarzbuch*, S. 102 ff.; *Neizvestnaja Černaja Kniga*, Ierusalim/Moskva 1993, S. 86 ff. Dieses „Unbekannte Schwarzbuch“ enthält Materialien, die im Schwarzbuch nicht enthalten sind.

⁸⁴ Hilberg, *Täter*, S. 222; *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 328–346. Zum Hungersterben in Kiew vgl. Nicholas G. Bohatiuk, *The Economy of Kiev Under Foreign Conquerors, 1941–1944*, in: *Ukrainian Quarterly* 42 (1986), H. 1/2, S. 35–58.

⁸⁵ Der Massenmord wird in den EM nicht erwähnt; vgl. Dean, *German Gendarmerie*, S. 174; *Nazi Crimes in the Ukraine 1941–1944. Documents and Materials*, Kiev 1987, S. 149. BAB, NS 33/293, Bl. 58, HSSPF Rußland-Süd an Kdo.-Stab RFSS, 19. 9. 1941.

⁸⁶ USHMM, RG-31012, Tagebuchaufzeichnung in Vernehmung R.M., 9. 2. 1978, Verfahren Bezirksgericht Halle.

⁸⁷ USHMM, RG-11001, reel 92 (RGVA, R-1275/3/666), Bericht FK 240/VII, 19. 10. 1941; vgl. die Ausarbeitung der Zentralen Stelle Ludwigsburg, BAL, 114 AR-Z 67/67, NS-Verbrechen im ehemaligen Generalkommissariat Dnipropetrovsk, Band 1, S. 33 ff.

⁸⁸ Krausnick/Wilhelm, *Truppe des Weltanschauungskrieges*, S. 243 f. USHMM, RG-11001, reel 92 (RGVA, R-1275/2/661, Bl. 59), Lagebericht Dnipropetrovsk, 15. 11. 1941; vgl. Grossman/Ehrenburg, *Schwarzbuch*, S. 112 ff. Die genaue Zahl der Opfer lag bei 13 000. Auch ungarische Truppen waren informiert; vgl. Gerald Reitlinger, *Die Endlösung*, 5. Aufl. Berlin 1979, S. 265.

war, starb jedoch in den ersten Monaten des Jahres 1942, so bei Massakern am 9. Januar in Stalino (heute Doneck) und am 26. Januar in Kramatorsk. Die vom AOK 17 zunächst ausgesetzte Ermordung der Juden in Artemivsk fand zehn Wochen später doch statt. Das Sk 4b suchte zusammen mit dem Nachrichtenoffizier des XXXXIV. AK den Exekutionsort aus⁸⁹. Die letzte noch existente größere jüdische Gemeinde in der Ostukraine bestand in Zaporyžžja. Ihre 3700 Mitglieder wurden am 21. oder 24. März 1942 ermordet⁹⁰. Das Morden ging auch in diesem Gebiet weiter. So fielen Ende Mai 1942 die Bewohner der so genannten jüdischen landwirtschaftlichen Rajons den deutschen Kommandos zum Opfer⁹¹.

Seit Anfang 1942 war eine weitere Einheit der Sicherheitspolizei im rückwärtigen Heeresgebiet aktiv, das Sonderkommando Plath, benannt nach dem Leiter der Außenstelle der Sicherheitspolizei in Kremenčuk, das direkt dem HSSPF z.b.V. zugeteilt worden war und für Massenmorde im Raum Dnipropetrovsk verantwortlich zeichnete⁹². Noch im Mai 1942, als kaum mehr Juden unter Militärverwaltung lebten, erteilte der Berück eine – ideologisch verbrämte – Anweisung zur Ermordung: „Soweit festgestellt werden kann, dass Juden zum Partisanenkampf hetzen, mit ihnen in Berührung stehen oder gar sich aktiv betätigen, sind sie alsbald dem SD zu melden. Bei einer evtl. Liquidierung der Juden durch den SD. ist strengstens darauf zu achten, dass die Exekution nachts oder in den frühen Morgenstunden in der Weise erfolgt, dass die Bevölkerung hiervon nichts hört und sieht.“⁹³ So wandte sich die Feldkommandantur in Nježyn an die Polizei: Es „wird um möglichst baldige Regelung der dortigen Judenfrage gebeten“. Mit dem Massaker in Priluki war dieser Auftrag bis zum 15. Juni erledigt⁹⁴.

Am 1. August 1942 veränderte sich die Struktur der Militärverwaltung noch einmal in Folge der Sommeroffensive in Richtung Stalingrad. Das rückwärtige Heeresgebiet Süd wurde nun in die Heeresgebiete A und B geteilt, wobei ersteres die Südost- und letzteres u. a. die Nordostukraine umfasste. Zu diesem Zeitpunkt lebten dort nur noch wenige tausend jüdische Arbeiter, so etwa 1000 Männer in Dnipropetrovsk und noch 1038 Juden in Vorošilovhrad (heute Luhansk)⁹⁵.

Der neue Berück im Heeresgebiet B, Friderici, wies nachgeordnete Einheiten wie die Standortkommandantur in Valuiki an: „Banditen- und Judenfrage mit SD

⁸⁹ Urteil Landgericht (LG) Düsseldorf I 21/73 S. ./ Günther Herrmann u. a., 12. 1. 1973, Bl. 260; vgl. Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen für März 1942; abgedruckt in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 309.

⁹⁰ Nazi Crimes in Ukraine, S. 143; Zafoni, Bibliography on the Holocaust, S. 102 (nennen 24. 3.); USHMM, RG-22002M, reel 1, Bericht der Untersuchungskommission Zaporyžžja (nennt 21. 3.).

⁹¹ Orbach, Destruction of the Jews, S. 44.

⁹² Anweisung des Berück Süd, 20. 3. 1942; abgedruckt in: Müller, Deutsche Besatzungspolitik, S. 91; dort ist auch die Heranziehung von Wehrmacht zur Absperrung der Exekutionen vorgesehen; BAL, Abschlußbericht Exekutionen des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C, 30. 12. 1964, Bl. 104–107, 284–304, wo allein 38 Massenerschießungen dieser Einheit aufgelistet werden. Das Soko Plath war dem Berück gegenüber berichtspflichtig: BAB, R 70 SU/18, Bl. 104f., Soko an Berück B, 15. 8. 1942.

⁹³ BA-MA, RH 22/204, Berück Süd an FK 197, 10. 5. 1942.

⁹⁴ BA-MA, RH 22/204, Lagebericht FK 197/VII (in Nježyn), 20. 4. 1942 (Zitat); Lagebericht FK 197/VII, 19. 6. 1942; vgl. Orbach, Destruction of the Jews, S. 45. Insgesamt wurden – wahrscheinlich vom Soko Plath – rund 1200 Juden erschossen.

⁹⁵ CDAVO, R-3206/2/26, Bl. 27–42, Reisebericht Prof. Grünberg (RKU IIIg) vom 13. 8.–3. 9. 1942, 10. 9. 1942. BA-MA, RH 22/206, Lagebericht Oberfeldkommandantur Donez, 24. 9. 1942.

besprechen. [...] Juden erfaßt und werden festgehalten bis S.D. kommt [sic].“⁹⁶ Seit dem Sommer 1942 war auch die 403. Sicherungsdivision im rückwärtigen Heeresgebiet (zuerst Süd, dann B) eingesetzt. Sie schaltete sich sofort in die Verfolgung der letzten Juden in der Ostukraine ein, befahl den ukrainischen Bürgermeistern, die Flucht von Juden zu verhindern und meldete noch Opfer, die man „übersehen“ hatte⁹⁷. Bei der letzten Übergabe von Gebieten durch die Militärverwaltung an das Reichskommissariat im August 1942 konnte schließlich vermerkt werden: „Judenfrage bereinigt“⁹⁸.

Wie man sieht, war die Militärverwaltung vor allem dann an der Organisation des Völkermords beteiligt, wenn Großstädte bzw. große jüdische Gemeinden betroffen waren. In kleineren Städten oder auf dem Lande ermordeten SS und Polizei die jüdischen Einwohner ab Mitte August 1941 oft ohne vorherige Absprache. Die Ortskommandanturen, die den Feldkommandanturen unterstellt waren, traten auf den Plan, wenn nach der ersten Welle der Morde noch immer größere Teile der jüdischen Bevölkerung unter Militärverwaltung lebten⁹⁹. In Einzelfällen umgingen Kommandanturen aber die SS- und Polizeieinheiten und gaben Befehle zur Ermordung von Juden direkt an die ukrainische Hilfspolizei, so geschehen in Divak und Trojanov im Raum Żytomyr¹⁰⁰. Vor allem die Ortskommandanturen auf der Krim, die damals noch nicht zur Ukraine gehörte, haben bei der Ermordung der Juden nachweislich eng mit der Einsatzgruppe D zusammengearbeitet; Hinweise existieren aber auch im Bereich des Sk 4a¹⁰¹.

Wenn es sich vorgeblich um Repressalien handelte, ermordeten auch Einheiten der Wehrmacht in der Ukraine eigenständig Juden. Grundsätzlich galt die Weisung, dass bei Anschlägen auf die Wehrmacht oder auf Infrastruktureinrichtungen nur Juden und Russen als Geiseln zu nehmen waren, faktisch traf es jedoch meist Juden. Diese rassistische Geiselpolitik funktionierte ähnlich wie in Serbien, wo die Wehrmacht einen Teil der Juden unter dem Vorwand exzessiver Repressalien aussortete. Anders als in Serbien sind für die Ukraine aber einzelne Fälle überliefert, die zeigen, dass im Hinterland eingesetzte Einheiten nicht nur jüdische Männer, sondern auch Frauen und Kinder ermordeten¹⁰². So erschoss die 62. Infanterie-Division am 3. November 1941 168 Juden in Mirhorod. Belegt sind weitere Morde der Ersatzbrigade 202 sowie der Landesschützeneinheiten¹⁰³. In einem

⁹⁶ BA-MA, RH 22/98, Bl. 271–276, Besichtigungsreise des Berück im Einsatzraum der 403. Sich.Div., (15. 9. 1942); ebenda, Bl. 282–298, Besichtigungsreise des Berück, 6.–16. 9. 1942.

⁹⁷ BA-MA, RH 22/204, Lagebericht Sich.Div. 403/VII, 23. 10. 1942.

⁹⁸ BAB, R 6/302, Bl. 45, Übergabeverhandlung Berück/VII an RKU, 27. 8. 1942.

⁹⁹ USHMM, RG-11001, reel 92 (RGVA, R-1275/3/664), Bericht Ortskommandantur 829 Novo-Ukrainka, 14. 9. 1941, in dem eine „Bereinigung“ angekündigt wird; ebenso RH 22/201, Monatsbericht FK 239/VII, 16. 2. 1942: „Eine endgültige Lösung der Frage durch das Polizeibataillon in Mirgorod steht in Aussicht.“

¹⁰⁰ Dean, German Gendarmerie, S. 175.

¹⁰¹ BAB, R 58/217, Bl. 28, EM 80, 11. 9. 1941; BAB, R 58/219, Bl. 147, EM 135, 19. 11. 1941.

¹⁰² Vgl. Truman Oliver Anderson III, *The Conduct of Reprisals by the German Army of Occupation in Southern USSR, 1941–1943*. Diss. phil. Univ. of Chicago 1995, S. 227 ff.; ders., *Die 62. Infanterie-Division. Repressalien im Heeresgebiet Süd, Oktober bis Dezember 1941*, in: Heer/Naumann, *Vernichtungskrieg*, S. 297–314. Weitere Hinweise ergeben sich jetzt aus den Ablieferungen von Wertsachen durch die Kommandanturen nach den Morden, vgl. Martin C. Dean, *Jewish Property Seized in the Occupied Soviet Union in 1941 and 1942. The Records of the Reichshauptkasse Beuteestelle*, in: *Holocaust and Genocide Studies* (2000), S. 83–101.

¹⁰³ BA-MA, RH 22/203, Lagebericht FK 194, 11. 2. 1942 Novhorod Siverskij.

weiteren Bericht heißt es: „Die Feldgendarmarie exekutierte eine jüdische Familie, die *angeblich* Verbindung mit den Partisanen unterhielt“¹⁰⁴. Es existieren ebenso Hinweise auf Erschießungen unter Beteiligung ungarischer Sicherungsverbände¹⁰⁵. Schließlich ermordeten die zwölf Gruppen der Geheimen Feldpolizei in der Ukraine jeden Monat mehrere hundert Zivilisten, darunter auch Juden¹⁰⁶. Insgesamt dürfte die Zahl der Morde an Juden, die in der Ukraine von Wehrmachteinheiten in eigener Regie begangen wurden, bei einigen Tausend Opfern liegen. Damit hatten sie nicht das Ausmaß wie in Weißrussland, wo rückwärtige Verbände, insbesondere im Rahmen der 707. Infanteriedivision, etwa 19000 Juden umbrachten¹⁰⁷.

Die federführende Einheit beim Massenmord an den Juden war jedoch die Einsatzgruppe C¹⁰⁸, an erster Stelle das Sk 4a und das Ek 5. Blobels Sk 4a zog unter Jeckeln in Zusammenarbeit mit dem AOK 6 und der Militärverwaltung bei der 454. Sicherungsdivision von einer Großstadt zur nächsten, um Juden umzubringen. Das Ek 5 unter August Meier entfaltete seine volle Tätigkeit erst ab Ende August 1941 und ermordete allein in der Region Kiew etwa 10000 Juden¹⁰⁹. Danach bildete die Einheit den Nukleus für die stationäre Struktur der Sicherheitspolizei, die Kommandeure der Sicherheitspolizei. Die anderen beiden Kommandos der Einsatzgruppe, Sk 4b und Ek 6, mordeten ebenso; ihr Einsatz betraf die größten jüdischen Gemeinden aber nur am Rande.

Das „Fußvolk der Endlösung“¹¹⁰ waren die Ordnungspolizisten. Selbst die Polizeibataillone 82 und 311, die zu militärischen Zwecken unmittelbar den Sicherungsdivisionen unterstellt waren, also nichts direkt mit dem Höheren SS- und Polizeiführer zu tun hatten, führten zahlreiche Massenexekutionen durch¹¹¹. Die Bataillone beim HSSPF wurden – neben den Einsatzgruppen – jedoch zu entscheidenden Exekutoren des Massenmordes. Dies hatte vor allem zwei Gründe: 1. kamen die Einsatzgruppen nicht in alle Orte mit größeren jüdischen Gemeinden oder sie ließen bis Mitte September die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung am Leben und zogen dann weiter. 2. waren die Einsatzgruppen personell zu

¹⁰⁴ BA-MA, RH 22/204, Bericht FK 198 über Rajon Krasnokuck, 24. 2. 1942 (Hervorhebung durch den Verfasser).

¹⁰⁵ Vgl. Krisztian Ungvary, Ungarische Besatzungskräfte in der Ukraine 1941–1942, in: Ungarn-Jahrbuch 26 (2002/2003), S. 125–163; BA-MA, RH 22/3, Kriegstagebuch (KTB), Berück Süd, 22. 12. 1941.

¹⁰⁶ Vgl. Klaus Gessner, Geheime Feldpolizei. Berlin 1986, S. 83, 142 ff.; BAL, Ausarbeitung der Zentralen Stelle Ludwigsburg: Neue Erkenntnisse über die Geheime Feldpolizei – Einsatz Südrussland –, 13. 2. 1968 (GFP-Gruppen 1, 626, 647, 706, 708, 719, 720, 721, 725, 730, 739); besonders Anderson, Conduct of Reprisals, S. 221; Boll/Safrian, Auf dem Weg nach Stalingrad, S. 275; BA-MA, RH 22/204, Lagebericht FK 197/VII, 15. 12. 1941, Černyhyv.

¹⁰⁷ Vgl. Peter Lieb, Täter aus Überzeugung? Oberst Carl von Andrian und die Judenmorde der 707. Infanteriedivision 1941/42, in diesem Band.

¹⁰⁸ Vgl. Yaakov Lozowick, Rollbahn Mord. The Early Activities of Einsatzgruppe C, in: Holocaust and Genocide Studies 2 (1987), S. 221–242; Dieter Pohl, Die Einsatzgruppe C, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 71–87. Im Raum Černyhyv, im äußersten Nordosten der Ukraine gelegen, ermordete im September 1941 auch das Sk 7b der Einsatzgruppe B Juden, ebenda S. 230.

¹⁰⁹ Urteil LG Düsseldorf 8 I Ks 1/66 ./ Jung u. a., 5. 8. 1966.

¹¹⁰ So der Titel von Klaus-Michael Mallmann, Vom Fußvolk der „Endlösung“. Ordnungspolizei, Ostkrieg und Judenmord, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 26 (1997), S. 355–391.

¹¹¹ BA-MA, Film 59103, KTB 454. Sich.Div., 31. 8. 1941 (Erschießungen Pol.bat. 82 in Cervone); Urteil Bezirksgericht Neubrandenburg ./ Johannes P., 1981; BA-MA, RH 26-444/6 (Erschießungen Pol.bat. 311 im Raum Pavlograd); Verfahren Staatsanwaltschaft Stuttgart 84 Js 79/73.

schwach, um Massaker wie in Kamjanec Podyl's'kyj allein durchzuführen. Aus Sicht des Höheren SS- und Polizeiführers und des Hauptamtes Ordnungspolizei boten sich diese Einheiten geradezu an, zumal sie kaum zur Partisanenbekämpfung gebraucht wurden¹¹².

Die sechs Polizeibataillone unter dem Höheren SS- und Polizeiführer – drei bildeten das Polizeiregiment Süd, drei eine Art Reserve – haben allein 1941 erheblich mehr ukrainische Juden ermordet als die beiden Einsatzgruppen C und D. Fast alle Massaker, die mehr als 2000 bis 3000 Opfer forderten, wurden von Einsatzgruppe und Ordnungspolizei gemeinsam oder auch von den Bataillonen allein durchgeführt. Dabei stellten die Angehörigen der Einsatzgruppen meist die Schützen, die dann aber oftmals von Ordnungspolizisten abgelöst wurden.

4. Judenmord unter Zivilverwaltung

Mit der Bildung des Reichskommissariats Ukraine bestand seit dem 1. September 1941 eine zivile Besatzungsbehörde. Der kleine Stab des Reichskommissars Erich Koch richtete sich in Rivne ein; Koch selbst bevorzugte seine alte Residenz in Königsberg und kam nur selten in die Ukraine. Zahlreiche seiner Untergebenen gelangten aus der ostpreußischen Seilschaft ins ferne Rivne, vergleichbar mit dem nördlich gelegenen Reichskommissariat Ostland, das vorzugsweise mit den Männern des Gauleiters Lohse aus Schleswig-Holstein besetzt wurde¹¹³.

Innerhalb der Behörde des Reichskommissars Ukraine war die Hauptabteilung Politik unter Paul Dargel und darin die Abteilung IIa unter Paltzo für die Judenpolitik zuständig; als „Judenreferent“ fungierte ein gewisser Hentschell, der zuvor in Zichenau (poln. Ciechanów) für das Reichspropagandaamt Ostpreußen gearbeitet hatte¹¹⁴. Ähnlich waren die kleinen Behörden der sechs Generalkommissariate gegliedert¹¹⁵. Die tatsächliche Politik vor Ort betrieben aber die Gebietskommissare, die über riesige Territorien herrschten. Die generellen Anweisungen für die Zivilverwaltung sahen die Bestellung von Judenräten und die Bildung von Ghettos in solchen Städten vor, in denen mehr als 200 Juden lebten¹¹⁶. Innerhalb des RKU regelten nicht die Wirtschaftskommandos, sondern die Zivilverwaltung die Versorgung mit Nahrungsmitteln. Für Juden, sofern sie nicht in Arbeit standen, war generell die halbe Ration des niedrigsten Satzes vorgesehen¹¹⁷. In vielen Gebieten der Zentral- und Südukraine, die im Oktober/November 1941 von der Wehrmacht übernommen wurden, hatte die Zivilverwaltung kaum noch mit Ju-

¹¹² USHMM, RG-22002M (Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii R-7021/148/101, Bl. 75), Runderlass des Chefs der Ordnungspolizei, 13. 1. 1942.

¹¹³ Vgl. Wulf Pingel, Von Kiel nach Riga. Schleswig-Holsteiner in der deutschen Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland, in: Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte 122 (1997), S. 439–466.

¹¹⁴ CDAVO, R-3206/1/110, Bl. 1ff., Geschäftsverteilungsplan RKU zum 1. 1. 1942; CDAVO, R-3206/2/36, Bl. 18, Personalverzeichnis RKU, ohne Datum.

¹¹⁵ CDAVO, R-3206/1/72, Bl. 7, Besetzung der GK zum 15. 2. 1942.

¹¹⁶ CDAVO, R-3206/1/69, RKU/IIc an GK Wolhynien-Podolien, 5. 9. 1941; vgl. Sh. Spector, Getaot v Yudenratim b Shtahei HaKibush HaNazi b Brit HaMoazot (b Gvulot September 1939), in: Shevut 1991, S. 263–276.

¹¹⁷ CDAVO, R-3206/1/65, Rundschreiben RKU/III, 20. 2. 1942.

den zu tun. Östlich von Kiew waren die meisten jüdischen Gemeinden mit Ausnahme weniger Arbeiter schon restlos unter Militärverwaltung ausgerottet.

Mit der Bildung des RKU verloren die so genannten Reservats-Pläne in Süd-Weißrussland und in den Pripjat-Sümpfen an Bedeutung. Anscheinend nach dem Vorbild der polnischen Wojewodschaftsgrenzen schlug man diese Gebiete nämlich nicht dem Generalkommissariat (GK) Weißruthenien, sondern der besetzten Ukraine zu. Noch bis August 1941 war diskutiert worden, die Pripjat-Sümpfe dem Generalgouvernement anzugliedern¹¹⁸. Im Oktober 1941 war diese Pripjat-Planung jedoch definitiv ad acta gelegt worden. Während Reichsminister Rosenberg seinem Kollegen im Generalgouvernement Hans Frank mitteilte, dass eine Abschiebung polnischer Juden in die besetzten Ostgebiete vorläufig nicht in Frage komme, erwog Hitler gar, die Pripjat-Sümpfe als Übungsgelände für die Wehrmacht auszuweisen¹¹⁹.

Doch damit waren die Pläne zur Deportation europäischer Juden in die Ukraine noch nicht gänzlich erledigt. Heydrich selbst sprach am 10. Oktober noch von Lagern im Operationsgebiet bei Einsatzgruppenchef Rasch, wohin Juden deportiert werden könnten. Diesen Andeutungen ist bisher noch nicht nachgegangen worden, auch entsprechende Deportationen sind nicht bekannt¹²⁰. Tatsächlich wurde im Januar 1942 die Deportation deutscher Juden nach Šepetovka in Aussicht genommen, wo sie zu Straßenbauarbeiten herangezogen werden sollten. Das Vorhaben scheiterte jedoch offensichtlich am zuständigen Gebietskommissar¹²¹.

Zunächst aber drohte den einheimischen Juden der Tod. Der neue Chef der Einsatzgruppe C, Max Thomas, drängte auf die Ausdehnung des Vernichtungsprogramms auf die neuen Zivilverwaltungsgebiete: „Die unter den obwaltenden Umständen einzige Möglichkeit, dem Treiben der Juden in Wolhynien ein Ende zu machen und damit dem Bolschewismus seinen fruchtbarsten Nährboden zu entziehen, ist die vollständige Ausrottung der Juden, die als Arbeitskräfte fraglos weniger Nutzen bringen, als sie als ‚Bakterienträger‘ des Kommunismus Schaden

¹¹⁸ Vgl. Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien, S. 63 ff.

¹¹⁹ Vgl. Rosenbergs Mitteilungen vom 14. 10. 1941; abgedruckt in: Werner Präg/Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945*, Stuttgart 1975, S. 413; Hitler am 29. 10. 1941; abgedruckt in: Werner Jochmann (Hrsg.), *Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier*, Hamburg 1980, S. 113.

¹²⁰ Peter Longerich (Hrsg.), *Die Ermordung der europäischen Juden*, München/Zürich 1989, S. 173. Als vage Indizien kann man die Hinweise auf eine Vernichtungsstätte in Kiew deuten, die Henry Friedlander gefunden hat: *The Origins of Nazi Genocide: From Euthanasia to the Final Solution*, Chapel Hill 1995, S. 142. Im Frühjahr 1942 war ein KZ in Kiew in Planung: Pohl an Himmler, 30. 4. 1942; abgedruckt in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher (IMT)*, Band 38, Nürnberg 1949, S. 363–365. Zustandegekommen ist das Lager Syreck in Kiew, in dem vor allem Kriegsgefangene, aber auch Juden interniert waren. Für Mogilev in Weißrußland konnte eine entsprechende Lagerplanung inzwischen nachgewiesen werden: Christian Gerlach, *Failure of Plans for an SS Extermination Camp in Mogilev, Belorussia*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 11 (1997), H. 1, S. 60–78.

¹²¹ USHMM, *Deržavnyj Archiv Žytomyr'skoi Oblasti*, R-1151-1-137, Bl. 8, Runderlass RKU, 12. 1. 1942; BAL, II 204 AR-Z 21/58, Band IX, Bl. 219, Vernehmung Kurt Syplie, 27. 11. 1959. Für diese Hinweise danke ich Wendy Lower und Christian Gerlach. Ähnliche Gerüchte tauchten Ende 1941 in Lemberg auf; vgl. Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien, S. 156.

anrichten.“¹²² Anscheinend waren die Beamten des Reichskommissariats, das zunächst nur aus dem GK Wolhynien-Podolien bestand – ähnlich wie im Ostland – zunächst nicht bereit, alle Juden umbringen zu lassen, da sie einen Mangel an Arbeitskräften befürchteten.

Dennoch wurde noch im Herbst 1941 eine Welle von Massenmorden im GK Wolhynien-Podolien entfesselt. Schon am ersten Tag der Existenz des RKU, am 1. September, wurden in Ostroh 2500 Juden erschossen. Sechs Wochen später, am 15. Oktober, erfolgte die Auflösung des Ghettos; 3000 Menschen verloren dabei ihr Leben¹²³. Auffällig ist die Parallelität zu Vorgängen in anderen ostpolnischen Gebieten. So begann Anfang Oktober 1941 die Auflösung der Ghettos in West-Weißrussland, am 6. und 12. Oktober erfolgten die großen Massenerschießungen im Distrikt Galizien des Generalgouvernements¹²⁴. Eine zentrale Abstimmung dieser Mordaktionen ist also durchaus denkbar¹²⁵.

Doch die Organisation von Massenmorden in vergleichbar großen Ausmaßen wie in den Militärgebieten verzögerte sich. Sie sollte offensichtlich am Sitz des RKU, in Rivne erfolgen. Diese „Aktion“ war länger in Planung, sie dürfte in entscheidendem Maße auf die Zivilverwaltung und insbesondere Reichskommissar Koch zurückgehen. Am 5. November 1941 gab der Gebietskommissar, Dr. Beer, dem Judenrat in Rivne die Weisung, alle Juden zu registrieren, die keine Arbeitskarten hatten, also keine Beschäftigung vorweisen konnten. Da im Oktober 1941 zunächst ein kleines Außenkommando des EK 5 und noch keine Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) eingerichtet war, übernahm der Befehlshaber der Ordnungspolizei (BdO) Otto von Oelhafen die Aufgabe, in Rivne die Juden zu ermorden. Nach einer Absprache mit dem Gebietskommissar ließ er von Teilen der Polizeibataillone 69, 315 und 320, von der sogenannten Ostlandkompanie (später 1./Polizeibataillon 33) sowie vom Teilkommando des Ek 5 unter Sturmbannführer Dr. Ling die Erschießung von etwa 17 000 Juden bei dem Dorf Sosienki vornehmen¹²⁶. Wahrscheinlich spielte der neue Status von Rivne als Verwaltungszentrum eine wichtige Rolle für die Entscheidung zum Massenmord. Reichskommissar Koch wollte an seinem Amtssitz möglichst wenig Juden haben. Mehrere tausend jüdische Einwohner blieben nach der Mordaktion weiter in Rivne¹²⁷. Das dritte und vierte Massaker im GK Wolhynien fand ebenfalls unweit von Rivne, in Kostopil und in Proskuriv statt. Im Oktober/Novem-

¹²² BAB, R 58/219, Bl. 90, EM 132, 14. 11. 1941. Der Originalbericht der Einsatzgruppe C muß einige Tage vorher erfolgt sein.

¹²³ Vgl. Spector, Holocaust, S. 111 f.; Encyclopaedia Judaica, Jerusalem 1971, Band 12, Sp. 1513f.

¹²⁴ Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 585 ff.; Pohl, Judenverfolgung, S. 139 ff.

¹²⁵ Vgl. Gerlach, Wirtschaftsinteressen, S. 283.

¹²⁶ Spector, Holocaust, S. 113–115; BAB, R 58/219, EM 143, 8. 12. 1941; vgl. das Rivne-Verfahren BAL, 204 AR-Z 48/58 (ZSt Dortmund, 45 Js 7/61) ./ Wiemer u. a. Die Zahl der Opfer war schon Zeitgenossen bekannt; vgl. die Kriegsgefangenenvernehmung in: Grossman/Ehrenburg, Schwarzbuch, S. 1010. Bei der Exhumierung 1944 wurde die Zahl der Leichen in Sosienki auf 17 500 geschätzt; vgl. Nazi Crimes in Ukraine, S. 131.

¹²⁷ Institut für Zeitgeschichte (IfZ), Archiv, MA 1569/15, Vernehmung Otto Oelhafen, 7./28. 5. 1947; BAL, 204 AR-Z 48/58, Band I, S. 60–78, Vernehmung Hans P., 16. 3. 1959; Vernehmung Kristina Novakovska, die aus Sosienki flüchten konnte, 30. 11. 1944, Icchak Arad (Hrsg.), *Uničtoženie evreev v SSSR v gody nemeckoj okkupacii (1941–1944)*. Sbornik dokumentov i materialov, Ierusalem 1992, S. 151 f.; vgl. Barbara Baratz, *Flucht vor dem Schicksal. Holocaust-Erinnerungen aus der Ukraine 1941–1944*, Darmstadt 1984, S. 64 ff.

ber 1941 erschoss die 1. Kompanie des Polizeibataillon 320 in Kostopil mehrere hundert Frauen und Kinder, deren Männer bereits der ersten Welle von Morden zum Opfer gefallen waren¹²⁸.

Vermutlich wurden 1941 auf dem ukrainischen Gebiet des RKU und der östlich davon gelegenen Militärverwaltungsgebiete an die 300 000 Juden ermordet¹²⁹. Im RKU (ohne Polesien) lebten Anfang 1942 etwa noch ebenso viele Juden, die überwiegende Mehrzahl in den Generalkommissariaten Wolhynien und Shitomir. Unter Militärverwaltung blieben nur noch einige tausend Zwangsarbeiter am Leben, die Massenmorde an Juden nahmen dort Anfang 1942 unverändert ihren Fortgang und dauerten bis etwa Mai 1942 an.

Für die deutsche Verwaltung und die Wirtschaftsinspektionen stellte sich nur im Westen des RKU die Frage, ob man Juden als Arbeitskräfte am Leben lassen sollte. Gerade die erwachsenen Männer waren in den ersten Feldzugswochen – mit wenigen Ausnahmen – ermordet worden. Bekannt ist der Vermerk aus der Rüstungsinspektion, der bald nach dem Massaker in Rivne verfaßt wurde¹³⁰. Darin war ein bemerkenswertes Resümee des bisherigen Völkermords enthalten, das eine ausführliche Zitierung wert ist:

„Die jüdische Bevölkerung ist im unmittelbaren Anschluß an die Kampfhandlungen zunächst unbehelligt geblieben¹³¹. Erst Wochen, z.T. Monate später wurde eine planmäßige Erschießung durch dazu eigens abgestellte Formationen der Ordnungspolizei durchgeführt. Diese Aktion ging im wesentlichen von Osten nach Westen. Sie erfolgte durchaus öffentlich unter Hinzuziehung ukrainischer Miliz, vielfach leider auch unter freiwilliger Beteiligung von Wehrmachtangehörigen. Die Art der Durchführung der Aktionen, die sich auf Männer und Greise, Frauen und Kinder jedes Alters erstreckte, war grauenhaft. Die Aktion ist in der Massenhaftigkeit der Hinrichtungen so gigantisch wie bisher keine in der Sowjetunion vorgenommene Maßnahme. Insgesamt dürften bisher 150 000 bis 200 000 Juden aus dem zum RK. gehörigen Teil der Ukraine exekutiert worden sein. Erst bei den letzten Hinrichtungen wurde der ‚nützliche‘ Teil der jüdischen Bevölkerung (Handwerker) ausgesondert und nicht exekutiert, bisher wurde auf diese wirtschaftlichen Belange keine Rücksicht genommen.“

Zwar teilte das Reichministerium für die besetzten Ostgebiete unmittelbar darauf mit, dass wirtschaftliche Belange auch weiterhin keine Berücksichtigung finden sollten, in der Praxis setzte sich dies jedoch nicht durch¹³². Auf einer Besprechung des Ministeriums über die Arbeitskräftelage in der Ukraine am 10. März 1942 wurde die zeitweilige Belassung der jüdischen Handwerker und Facharbeiter bestätigt¹³³. Doch dies hatte keinerlei Auswirkung auf die Gebiete unter Mili-

¹²⁸ Spector, Holocaust, S. 112.

¹²⁹ Die Einsatzgruppe C, die fast ausschließlich in der Ukraine operierte, meldete etwa 108 000 Morde auf dem späteren Gebiet des RKU und der Ostukraine, die Einsatzgruppe D 75 000 bis 80 000. Dazu kamen mehrere Massaker der Ordnungspolizei, die in den EM nicht verzeichnet sind, mindestens 6000 Opfer der 1. SS-Brigade und Morde anderer Einheiten wie Heer und GFP.

¹³⁰ Nürnberg. Dok. PS-2174, Bericht Prof. Seraphim mit Anschreiben der Rüstungsinspektion Ukraine, 29. 11. und 2. 12. 1941 (verschmolzen in IMT, Band 32, S. 72–75).

¹³¹ Die Erschießungen jüdischer Männer nach dem Einmarsch werden hier nicht mehr erwähnt.

¹³² Bräutigam an Lohse, 18. 12. 1941; abgedruckt in: IMT, Band 32, S. 437 (PS-3666).

¹³³ BAB, R 6/69, Bl. 157–169.

tärverwaltung und bedeutete gleichzeitig, dass man an allen anderen Juden nicht interessiert sei.

Tatsächlich sollte es in der Ukraine nur wenige Zwangsarbeits-Projekte für Juden geben. Das größte von ihnen war die so genannte Durchgangsstraße IV. Die Hauptnachschubstrecke für die Heeresgruppe Süd war seit Feldzugsbeginn von besonderer Bedeutung. Zunächst war dort der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener zum Straßenbau vorgesehen. Doch schon bald setzte man Juden zu Ausbesserungsarbeiten ein, so in Vinnycja¹³⁴. Der Straßenbau lag eigentlich in Händen der Militärverwaltung, weiter westlich in der Kompetenz der Zivilverwaltung¹³⁵.

Zwischen Oktober 1941 und Februar 1942 änderte sich jedoch die ganze Organisation für die Durchgangsstraße. Schon im September 1941 übernahm der HSSPF Russland-Süd die Überwachung des Teilstücks zwischen Uman und Dnipropetrovsk¹³⁶. Kurz danach gelangte der Straßenbau im Distrikt Galizien ganz in die Hände des dortigen SS- und Polizeiführers (SSPF) Friedrich Katzmann, der fast ausschließlich Juden als Zwangsarbeiter einsetzte. Zum großen SS-Projekt wurde die Straße jedoch erst nach Himmlers Besuch in der Südostukraine zu Weihnachten 1941. Himmler wollte zuerst eine „Straße der SS“ von Rumänien bis ans Azovsche Meer¹³⁷.

Deshalb ließ der Reichsführer-SS im Februar 1942 eine Reihe neuer SS- und Polizeiführer ins rückwärtige Heeresgebiet versetzen. Nach Besprechungen im Februar 1942 projektierte man schließlich einen zentralen Straßenbau von Ostgalizien durch Podolien über Uman nach Dnipropetrovsk, eben die „Durchgangsstraße IV“¹³⁸. Nun richteten die Abschnittsführer in regelmäßigen Abständen Zwangsarbeitslager ein, für die aus den umliegenden Gemeinden jüdische Zwangsarbeiter rekrutiert wurden.

Neben der besonderen SS- und Polizeistruktur für die Durchgangsstraße IV etablierte sich zwischen September 1941 und Mai 1942 auch eine komplette Organisation der Polizeizweige im Reichskommissariat. Kern dieser Struktur war der Stab der Einsatzgruppe C und das Ek 5, das sich etwa im Oktober 1941 als KdS Kiew stationär niederließ. Von dort aus und mit Verstärkung aus dem Reich etablierten sich in den anderen vier Generalkommissariaten jeweils entsprechende KdS mit Außenstellen. Während sich Prützmann nun auf seine neue Funktion als HSSPF Ukraine konzentrierte, entwickelte sich, wie in vielen anderen Besatzungsgebieten, ein begrenzter Kompetenzkonflikt mit dem Reichskommissariat. Grundsätzlich aber verstanden sich Prützmann und Koch, die sich beide aus Königsberg kannten, gut. Nicht zuletzt deshalb trat Koch offiziell seine Kompetenz

¹³⁴ BA-MA, Film 59104, Befehl Berück Süd/Qu, ca. 19. 9. 1941; USHMM RG-11 001, reel 92 (RGVA R-1275/3/662), FK 675/VII an 444. Sich.Div., 11. 8. 1941.

¹³⁵ Die Zivilverwaltung schickte aber schon im September 1941 einen Landesoberbaurat nach Uman, um den weiteren Streckenverlauf zu übernehmen, CDAVO R-3206/2/164, Bl. 49, Bericht GK Brest/TV, 12. 9. 1941.

¹³⁶ BA-MA, RH 22/3, KTB Berück Süd, 18. 9. 1941.

¹³⁷ Vgl. Dienstkalender Himmlers, S. 298 (24.–26. 12. 1941).

¹³⁸ Dienstkalender Himmlers, S. 339 ff., 355 f. (7. und 19. 2. 1942). Hermann Kaienburg, Jüdische Arbeitslager an der „Straße der SS“, in: 1999, 11 (1996), H. 1, S. 13–39; Andrej Angrick, Annihilation and Labor: Jews and Thoroughfare IV in Central Ukraine, in: Brandon/Lower (Hrsg.), Shoah in Ukraine, S. 190–223; BAB, R 6/18, Bl. 67–68, Vermerk des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete (RMfBO), gez. Labs, 9. 3. 1942.

in „Judenfragen“ an den HSSPF ab¹³⁹. Prützmann wiederum hatte sie schon an die neue KdS-Struktur weiterdelegiert, also die Kerntuppe für die Massenmorde der folgenden Zeit¹⁴⁰. Himmler und Heydrich beanspruchten spätestens seit der Wannsee-Konferenz die „Federführung“ beim Völkermord auch in den Gebieten, die unter Zivilverwaltung standen¹⁴¹. Reichsminister Rosenberg pochte allerdings weiter darauf, dass er und seine Verwaltung die Oberhoheit in dieser Frage behielten. Die Sicherheitspolizei sah er vielmehr als Exekutor der Zivilverwaltung an¹⁴². Im Endeffekt kamen Zivilverwaltung und Sicherheitspolizei aber zu einer reibungslosen Zusammenarbeit beim Massenmord; Initiativen dazu gingen von beiden Seiten aus.

Die Behörde des Befehlshabers der Ordnungspolizei (BdO) organisierte den Einsatz der Ordnungspolizei-Truppen und der festen Dienststellen bei den Mordaktionen. Zuständig waren neben dem BdO von Oelhafen vor allem sein Stabschef Müller-Brunckhorst und der Ia-Offizier Major Engelhaupt¹⁴³. Von Oelhafen wie auch sein Nachfolger ab November 1942, Adolf von Bomhard, integrierten die Ordnungspolizei reibungslos in den Massenmord. Bomhard schrieb seinem Chef Daluge, ihm mache der „Bandenkampf der meiste Spaß“, also die Einsätze, bei denen manchmal Ghettos aufgelöst wurden¹⁴⁴.

Auch der Wehrmachtbefehlshaber Ukraine (WBU), Karl Kitzinger, setzte konsequent die rassistische Geiselpolitik des Berück Süd fort. So waren bei Sabotage an Nachrichtenanlagen Geiseln immer zur Hälfte von Juden zu stellen. Sollten die Schuldigen nicht innerhalb von 48 Stunden gefasst werden, waren die Geiseln zu erschießen¹⁴⁵. Von den großen Massakern wie in Rivne wurde der WBU im Vorhinein unterrichtet. Nachgeordnete Militärstellen im RKU beteiligten sich weiterhin an der Verfolgung und Ermordung der Juden. So ließ der Stadtkommandant von Kiew noch im Sommer 1942 nach Juden fahnden¹⁴⁶. Der WBU selbst forderte

¹³⁹ CDAVO, R-3206/2/14, Bl. 5–7, Runderlass des RKU über Polizeikompetenzen, 1. 3. 1942 (mit Bezug auf Erlaß HSSPF vom 31. 1. 1942); ukrainisch abgedruckt in: Nimec'ko-fašysts'kyj okupacijnyj režym na Ukraini (1941–1944). Zbyrnyk dokumentiv i materialiv, Kyiv 1963, S. 92–94.

¹⁴⁰ Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, FW 490, A 27, Bl. 2, BdS Ukraine an SSPF Shitomir, 2. 2. 1942 (10. 2. 1942 zur Kenntnisnahme an alle Gebietskommissare). Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Christian Gerlach.

¹⁴¹ Bundesarchiv Koblenz, ZSg. 144/2, Rundschreiben Heydrichs an alle BdS, 25. 1. 1942; vgl. die Debatte um die „Braune Mappe für die Ukraine“, Nürnberg. Dok. NO-4882, Heydrich an Rosenberg, 10. 1. 1942; Himmler an Rosenberg, (ca. 3. 2. 1942), zitiert bei Yitzhak Arad, Alfred Rosenberg and the „Final Solution“ in the Occupied Soviet Territories, in: Yad Vashem Studies 13 (1973), S. 263–286, hier S. 281 f.

¹⁴² BAB, R 43 II/684a, Bl. 139ff., Denkschrift Rosenbergs (ca. Mai 1942); Heydrich an Rosenberg, 17. 5. 1942; abgedruckt in: Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick (Hrsg.), Anatomie des SS-Staates, 2. Aufl. München 1979, Band 1, S. 87 f.

¹⁴³ CDAVO, R-3206/1/110, Bl. 5, Geschäftsverteilungsplan RKU zum 1. 1. 1942.

¹⁴⁴ Bomhard an Daluge 15. 12. 1942; vgl. Bernd Gottberg, Die höheren SS- und Polizeiführer im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion 1941 bis 1944, Diss., Berlin 1984, S. 72; vgl. Martin Hölzl, Grüner Rock und weiße Weste: Adolf von Bomhard und die Legende von der sauberen Ordnungspolizei, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 22–43.

¹⁴⁵ CDAVO, R-3206/1/2, Bl. 7–8, Befehl WBU/Ia, 10. 10. 1941; gleich am 17. 10. 1941 schloss sich der WBU dem Reichenau-Befehl an; vgl. Förster, Sicherung, S. 1051.

¹⁴⁶ Befehl des Stadtkommandanten in Kiew zur Ermittlung der Adressen von Juden, 1. 6. 1942, in: Nimec'ko-fašysts'kyj okupacijnyj režym, S. 104.

von der SS Kleidung ermordeter Juden an, um ukrainische Arbeiter damit auszustatten¹⁴⁷.

Zwischen Dezember 1941 und April 1942 begannen die Gebietskommissare mit der Bildung von Ghettos. Zwar waren einige schon im August/September 1941 unter Militärverwaltung errichtet worden. Dies blieben jedoch Einzelfälle, die oftmals zur Vorbereitung weiterer Massenmorde dienten. Seit Dezember 1941 waren die Gebietskommissare offiziell zur Einrichtung „jüdischer Wohnbezirke“ ermächtigt¹⁴⁸. Vor allem im März/April 1942 wurden die volynischen Juden auf diese Weise isoliert. Bei den Ghettos handelte es sich oftmals nicht um baulich geschlossene Stadtviertel, sondern meist um territorial abgegrenzte Straßenzüge, die unter Bewachung von ukrainischer Hilfspolizei standen und bei Androhung der Ermordung nicht verlassen werden durften.

Für die Zeit von Dezember 1941 bis Mitte Mai 1942 sind relativ wenige Massenmorde an Juden im RKU nachweisbar. Meist kamen diese auf lokale Initiative zustande. Der am besten dokumentierte Fall betraf die Gegend von Vinnycja, wo Hitlers neues Hauptquartier angelegt werden sollte. Im Januar 1942 hatten Einheiten der Organisation Todt und der Geheimen Feldpolizei 227 Juden, die in direkter Nähe des zukünftigen Quartiers wohnten, an die Sicherheitspolizei übergeben, die diese am 10. Januar erschoss. Weitere 8000 Juden ermordete die Sicherheitspolizei im nahegelegenen Chmel'nik am 9. und 16. Januar¹⁴⁹. Daraufhin bemühte sich der Reichssicherheitsdienst, der für Hitlers persönliche Sicherheit zuständig war und nicht mit dem Sicherheitsdienst zu verwechseln ist, um die Ermordung aller 5000 Juden in Vinnycja. Doch erst drei Monate später konnte Hitlers Leibwache melden: „Wie bereits gemeldet wurden am 16. 4. die in Winniza wohnhaft gewesenen Juden in Höhe zu 4800 umgelegt.“¹⁵⁰ Die letzten tausend Handwerker wurden im Juli 1942 auf Order des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD (BdS), Thomas, ermordet¹⁵¹.

Beim Drängen auf Ermordung der Juden im Raum Vinnycja hatte auch eine Rolle gespielt, dass in unmittelbarer Nähe, auf der rumänisch besetzten Seite, zur Jahreswende 1941/42 von den Rumänen 60000 Juden unter schrecklichsten Bedingungen interniert worden waren: „Tatsache aber ist, dass die rumänische Regierung die Juden dort dem Hungertod preisgibt, da sie vor einer Erschießung nach deutschem Muster zurückschrecke.“¹⁵² In Wirklichkeit hatten rumänische Polizei und das deutsche Sonderkommando R auf Weisung der rumänischen Regierung jedoch bereits begonnen, diese Juden zu ermorden¹⁵³.

Doch auch aus den anderen Gebieten des RKU kamen weiter Initiativen zum Massenmord. Im Februar/März 1942 kam es auf Veranlassung der Zivilverwal-

¹⁴⁷ BAB, NS 19/1798, Fernschreiben Krüger an Himmler, 9. 10. 1942.

¹⁴⁸ Verordnung über Meldepflichten und Aufenthaltsbeschränkungen in den besetzten Ostgebieten, 19. 12. 1941.

¹⁴⁹ Vgl. Grossman/Ehrenburg, Schwarzbuch, S. 81.

¹⁵⁰ CDAVO, R-3637/4/116, Bl. 28 ff. Reichssicherheitsdienst, Sicherungsgruppe Eichenhain an Rattenhuber, 12. 1. 1942, 16. 5. 1942 (Zitat). BAL, II 204a AR-Z 4/69 und Staatsanwaltschaft München I 111 Js 2/69.

¹⁵¹ CDAVO, R-3637/4/116, Bl. 56, KdS Shitomir an KdS-Außenstelle (ASt.) Winniza, 11. 7. 1942.

¹⁵² CDAVO, R-3637/4/116, Reichssicherheitsdienst, Sicherungsgruppe Eichenhain an Rattenhuber, ohne Datum (nach dem 12. 1. 1942).

¹⁵³ Ancel, Romanian Campaigns, S. 116 ff., der aber nur auf den rumänischen Tatanteil eingeht.

tung zur Ermordung der letzten Juden im GK Nikolajew. So wurden am 2. Februar 1942 202 Juden aus dem Ghetto Zlatopil „auf Anordnung des Gebietskommissars von der Miliz durch Vergasung mit Lorpicrin beseitigt. Die Beseitigung der Juden konnte ohne jede Störung und ohne groß Aufsehen zu erregen, durchgeführt werden.“¹⁵⁴ Bald konnte der Generalkommissar in Mykolaïv melden: „Seit 1. April 1942 gibt es im Generalbezirk Nikolajew keine Juden und Halbjuden mehr.“¹⁵⁵

Bisher ist nicht eindeutig geklärt, warum die Massenmorde im Reichskommissariat Ukraine im Mai 1942 wieder in großem Umfang aufgenommen wurden. Noch einen Monat zuvor, erklärte der BdS Ukraine, Missstände wie der Schwarzhandel aus den Ghettos seien inzwischen „durch scharfe staatspolizeiliche Maßnahmen abgeschafft.“¹⁵⁶ Im Mai galten jedoch offensichtlich schon neue Anweisungen. Auffällig ist dabei, dass dieser Zeitablauf fast wieder exakt den Vorgängen in anderen Gebieten unter Zivilverwaltung entspricht¹⁵⁷, was durchaus auf generelle Anordnungen zurückzuführen sein könnte¹⁵⁸. Im GK Weißruthenien, dem unter Zivilverwaltung stehenden größten Teil Weißrusslands, drängten Reichskommissar Lohse und Generalkommissar Kube seit Ende März 1942 auf die Fortsetzung der Massaker¹⁵⁹. Kaum anders, so ist anzunehmen, wird die Einstellung der Zivilverwaltung im RKU gewesen sein, die vor allem die Ermordung solcher Juden forderte, die nicht für deutsche Interessen arbeiteten¹⁶⁰.

Um den 20. Mai 1942 begann in den Generalkommissariaten Wolhynien-Podolien und Shitomir eine Welle neuer Massenmorde, die sich im Sommer dann zur Totalvernichtung aller Juden ausweitete. Die ersten Morde spielten sich im GK Wolhynien-Podolien vor allem in Dubne, in Korec und anderswo ab sowie in mehreren kleineren Städten des GK Shitomir. Im Juni folgten weitere Massenerschießungen in Kovel und Luck¹⁶¹. Bei allen diesen Morden wurden – gemäß einer Weisung Himmlers – die jüdischen Arbeiter im Alter von etwa 16 bis 32 Jahren ausgenommen¹⁶². Eine Minderheit wurde also noch am Leben gelassen.

Nach einer kurzen Unterbrechung wurden im Juli die Massenmorde erheblich

¹⁵⁴ CDAVO, R-3676/4/317, Bl. 71, Fragment Lagebericht BdO Ukraine (gez. Müller-Brunkhorst), ca. März 1942 (Titelseite fehlt); vgl. Zeuge I. Butoveckij: Arad, Uničtoženie, S. 246–249; zu Judenmorden des Gebietskommissars in Kamenka Anfang März 1942 vgl. Grossman/Ehrenburg, Schwarzbuch, S. 1044 f. Zlatopol lag in unmittelbarer Nachbarschaft von Kamenka.

¹⁵⁵ Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris (CDJC), CXLIV-474, Lagebericht GK Nikolajew für Februar 1942, 24. 2. 1942; Lagebericht GK Nikolajew für April 1942, ohne Datum (Zitat).

¹⁵⁶ BAB, R 58/221, Bl. 298, EM 191, 12. 4. 1942.

¹⁵⁷ Vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 206 ff.

¹⁵⁸ Zu Heydrichs Reise durch die Ostgebiete im April 1942 vgl. Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 406–408. Der Gestapo-Chef beim KdS Kiew ab November 1941, Hans Schumacher, sagte in einer Vernehmung am 7. 11. 1973 aus, BdS Thomas habe die Weisung zur Judenvernichtung von Heydrich erhalten: BAL, 213 AR-Z 370/59.

¹⁵⁹ Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 689.

¹⁶⁰ BAB, R 6/243, Bl. 9–12, Niederschrift Tagung HA III GK Wolhynien 27.–29. 3. 1942, 13. 4. 1942, bei der Generalkommissar Schoene über die „Judenfrage“ referierte.

¹⁶¹ Vgl. Spector, Holocaust, S. 180, 184; Encyclopedia Judaica, Band 6, Spalte 249–251, Band 10, Spalte 202 f.; Orbach, S. 47; Dean S. 182; BAB, R 6/310, Bl. 17, Lagebericht GK Shitomir, 3. 6. 1942. Encyclopedia Judaica, Band 10, Spalte 1228 f., datiert die Auflösung des Ghettos in Kovel auf den 22. 7. 1942. Aber: BAB, R 94/6, Lagebericht Stadtkommissar Brest, 12. 7. 1942.

¹⁶² Müller an KdS Litauen, 18. 5. 1942; abgedruckt in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 410 f.

ausgedehnt. Den Anfang machte wieder Rivne, inzwischen nicht mehr Hauptstadt des Reichskommissariats Ukraine, aber immer noch dessen Dienstsitz. Am 13./14. Juli 1942 ermordeten die Funktionäre des KdS Rowno zusammen mit der Hilfspolizei mit Hilfe der sogenannten Ostlandkompanie die 5000 noch lebenden Juden. Die zweite große Ghettoräumung in Volynien betraf am 27./28. Juli 5673 Juden aus Olyka und Umgebung, die allesamt erschossen wurden¹⁶³. Innerhalb des GK Shitomir ermordeten die Angehörigen der KdS-Außenstelle am 15./16. Juli 1942 die letzten Juden in Berdyčiv¹⁶⁴.

Auch der Übergang von der Selektion der Arbeiter zur Totalvernichtung entspricht in etwa den Vorgängen im Generalgouvernement, wo zwar seit März 1942 die Transporte in die Vernichtungslager rollten, jedoch erst ab 22. Juli die Ausrottung jüdischer Gemeinden begann. In den zwei Generalkommissariaten der Ukraine, in denen noch Juden lebten, waren die Ghettoräumungen jedoch noch nicht so systematisch angelegt.

Den Auftakt dazu machten Polizeieinheiten in Podolien, der Gegend um Kamjanec Podyl's'kyj. Von dort meldeten die Außenstellen des KdS ab 6. August nahezu täglich die Erschießung von Tausenden von Juden, in Kamjanec selbst, in Kremenec, Kamen Košyrskij und Bar¹⁶⁵. Allerdings brachten sie nicht alle Juden Podoliens um, weil dort die Durchgangsstraße IV verlief und noch zahlreiche Zwangsarbeiter gebraucht wurden.

Das vermutlich größte Massaker des Jahres 1942 organisierte der KdS in Luck, der Hauptstadt des GK Wolhynien-Podolien. Etwa 14 700 Juden wurden vom 19. bis 23. August aus der Stadt in die sogenannten Polanka-Hügel getrieben und dort erschossen. Danach lebten nur noch 500 jüdische Handwerker in der Stadt¹⁶⁶. Damit erfuhr das Morden in der zweiten Augushälfte 1942 noch einmal eine Beschleunigung. Nun drängte Reichskommissar Koch auf die baldige Ermordung aller Juden, um die Zahl der Nahrungsmittelverbraucher drastisch zu senken. Koch hatte in Berlin enorme Erhöhungen der Ablieferungskontingente auferlegt bekommen und wollte diese durch Massenmord erfüllen¹⁶⁷. Auf der Tagung der Gebietskommissare von 28. bis 31. August 1942 vereinbarte die Zivilverwaltung mit dem KdS Karl Pütz, innerhalb von fünf Wochen alle Juden mit Ausnahme von 500 Fachkräften umzubringen: „Auf der Gebietskommissartagung in Luzk 29.–31. 8. 1942 ist generell geklärt worden, dass grundsätzlich hundertprozentige Lösungen durchzuführen sind. Den Gebietskommissaren ist dabei durch den anwe-

¹⁶³ Vgl. Spector, Holocaust, S. 184 f.

¹⁶⁴ Urteil LG Berlin 3 PKs 1/57 ./ Knop u.a., 9. 3. 1960; abgedruckt in: Justiz und NS-Verbrechen, Band 16, Amsterdam 1979, Nr. 490; vgl. Michel Mazor, La fin de Berditschew, in: Monde Juif 25 (1969), H. 55, S. 21–25. Grossman/Ehrenburg, Schwarzbuch, S. 71, nennen das Datum 15. 6. 1942.

¹⁶⁵ Archiv der Hauptkommission zur Untersuchung der NS-Verbrechen, Warschau (AGK), Zbiór zespólów szczątkowych jednostek SS i policji, Nr. 77, Bl. 1–10, Meldungen KdS-ASt. Kamenez-Podolsk, 6. 8. 1942, KdS Rowno, 15. und 17. 8. 1942, ASt. Kamenez Podolsk, 13. 8. 1942, Meldung KdS Rowno, 20. 8. 1942; Gendarmerie Bar an KdS Rowno, 27. 8. 1942; Briefe des Gendarmen Jacob; abgedruckt in: Klee/Dreßen/Rieß, „Schöne Zeiten“, S. 149–151.

¹⁶⁶ Vgl. Encyclopedia Judaica, Band 11, Spalte 587–590; Spector, Holocaust, S. 177. Aus einigen Orten wurden die Juden sogar mit Zügen in die Gegend von Sarny an einen zentralen Exekutionsort gebracht und dort erschossen; vgl. Spector, Holocaust, S. 179.

¹⁶⁷ Vgl. Christian Gerlach, Die Bedeutung der deutschen Ernährungspolitik für die Beschleunigung des Mordes an den Juden 1942, in: Ders., Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 167–257, hier S. 240 ff.

senden Vertreter des Reichskommissars – Regierungspräsident Dargel – verkündet worden, dass diese hundertprozentigen Reinigungen auch nachdrücklicher Wunsch des Reichskommissars persönlich sind. [...] Vor Durchführung der Aktionen sind diese regelmäßig mit den Gebietskommissaren, nicht nur mit der Gendarmerie, zu besprechen und Einigung zu erzielen.“¹⁶⁸

Die Juden sollten zwar aus den kleineren in die zentralen Städte gebracht werden, um sie dann bei „Großaktionen“ zu ermorden. Tatsächlich wurden sie in allen Städten einer Region gleichzeitig getötet. Zur selben Zeit begann man, die einheimischen jüdischen Arbeiter an der Durchgangsstraße IV durch Juden aus Transnistrien und der Nordbukowina zu ersetzen¹⁶⁹. So begann ein 67 Tage lang währendes ununterbrochenes Morden an den Juden in Volynien, Podolien und im Raum Żytomyr, wo allerdings nur noch wenige Juden lebten¹⁷⁰. Der SSPF Wolhynien-Podolien kündigte an: „Die Aktionen werden so durchgeführt, dass die Umsiedlungen in den Kreisgebietshauptstädten und den Rayons möglichst gleichzeitig erfolgen. [...] Ich bemerke, dass bei dem Umfang der Großaktionen einige Zwischenfälle unvermeidlich sein werden und dass die gleichwohl erfolgte bisherige reibungslose Abwicklung umso beachtlicher erscheint.“¹⁷¹ Zunächst fuhren die Mörder durch Volynien und rotteten im September/Oktobre eine jüdische Gemeinde nach der anderen aus, offensichtlich von Süden nach Norden. Besonders viele Opfer forderte das Massaker an den Juden in Volodymyr Volyns'kyj, wo im Juli 1942 noch 15 000 Personen im Ghetto lebten, von denen etwa 13 500 Anfang September 1942 erschossen wurden¹⁷². Bei der Auflösung des Ghettos in Dubne am 5. Oktober starben 3 000 Menschen¹⁷³. Der letzte Massenmord an ukrainischen Juden, der solche Dimensionen annahm, spielte sich am 1./2. Oktober 1942 in Ljuboml ab. An diesen zwei Tagen wurden nicht weniger als 10 000 Juden erschossen¹⁷⁴.

Im November dehnten sich die Mordaktionen nach Norden, ins weißrussische Polesien, und wieder nach Süden aus. Nachdem am 12. Dezember die letzten jüdischen Zwangsarbeiter in Luck ermordet worden waren¹⁷⁵, erlitten bis Jahresende die Arbeiter in Podolien dasselbe Schicksal, 4 000 Opfer in Kamjanec Podyl's'kyj im November 1942 und genauso viele in Starokonstantinov am 29. Dezember 1942¹⁷⁶.

¹⁶⁸ BAB, R 6/243, Bl. 20–22, Niederschrift Tagung HA III GK Wolhynien 28.–31. 8. 42, 4. 9. 1942; AGK, Zbiór zespołów szczątkowych, Nr. 77, KdS Wolhynien-Podolien an KdS-ASt., 31. 8. 1942 (Zitat).

¹⁶⁹ AGK, Zbiór zespołów szczątkowych, Nr. 77, Bl. 7, GK Wolhynien an RKU, 25. 8. 1942.

¹⁷⁰ Vgl. Dean, German Gendarmerie, S. 184.

¹⁷¹ AGK, Zbiór zespołów szczątkowych, Nr. 77, Bl. 7, SSPF Wolhynien-Podolien an RKU, 31. 8. 1942.

¹⁷² BAB, R 58/222, Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 12, 17. 7. 1942; Enzyklopädie des Holocaust, Berlin 1992, S. 1611. Die Vorgänge um den 9. 9. 1942 im Ghetto der Kleinstadt Lokache (südöstlich Vladimir Volynskij) schildert detailliert Michael Diment, *The Lone Survivor. A Diary of Lukacz Ghetto and Svyntukhy, Ukraine*, New York 1992, S. 106–147.

¹⁷³ Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, S. 373; vgl. die Zeugenaussage von Hermann Graebe; abgedruckt in: Reitlinger, *Endlösung*, S. 231–233; Bericht des Rüstungskommandos in Luck; abgedruckt in: Hilberg, *Vernichtung*, S. 400.

¹⁷⁴ Vgl. *Encyclopedia Judaica*, Band 11, Sp. 628–630; Luboml, *The Memorial Book of a Vanished Shtetl*, Hoboken, New Jersey 1997.

¹⁷⁵ Spector, *Holocaust*, S. 186.

¹⁷⁶ *Nazi Crimes in Ukraine*, S. 135, 160.

Die Exekutionen wurden fast durchweg von den KdS bzw. ihren Außenstellen, von der Gendarmerie und der ukrainischen Hilfspolizei ausgeführt. Für die Koordinierung dieser Dienststellen waren die SS- und Polizeiführer in Luck und Żytomyr, Wappenhans und Hellwig, zuständig, denen wiederum die sogenannten SS- und Polizeistandortführer unterstanden, meist Offiziere der Ordnungspolizei. Die Zivilverwaltung gab nicht nur den entscheidenden Anstoß für eine kurzfristige Totalvernichtung, die Gebietskommissare hatten auch erheblichen Anteil an der Organisierung der einzelnen Massaker. Nicht gering ist schließlich der Anteil der Zivilbeamten einzuschätzen, die eigenhändig mordeten, so im Falle des Arbeitsamtsleiters in Kamjanec Podyl's'kyj: „Der Eindruck wurde durch eine Äußerung des Gebietskommissars bestätigt, der mir erzählte, dass er diesem Regierungsrat habe verbieten müssen, sich an den Judenaktionen aktiv zu beteiligen, d. h. also, die Juden selbst mit eigener Hand umzulegen (!).“¹⁷⁷ Tauchten nach den Ghettoräumungen geflüchtete Juden wieder auf, so wurden sie von der Zivilverwaltung der Polizei zur Ermordung übergeben¹⁷⁸. In der Endphase der Massenmorde bemühte sich Reichskommissar Koch schließlich, allen geraubten Besitz von Juden an die Zivilverwaltung zu ziehen¹⁷⁹.

Insgesamt fielen den Massakern von Polizei und Zivilverwaltung in Volynien zwischen Mai und Dezember 1942 etwa 160 000 Juden zum Opfer, im südlich anschließenden Podolien mindestens 35 000 und im GK Shitomir einige Tausend¹⁸⁰. Bis Jahresende lebten offiziell kaum mehr Juden im Reichskommissariat; so war in einem Bericht nachzulesen: „Judentum. Die Bereinigung des Gebietes steht vor dem Abschluß.“¹⁸¹ Lediglich einige tausend Fachkräfte, die als besonders kriegswichtig galten, waren noch übriggeblieben. Anfang April 1943 fragte der BdS bei allen KdS nach, wie viele Juden noch am Leben seien. Im rückwärtigen Heeresgebiet waren es noch einige Hundert, die daraufhin den Tod fanden¹⁸².

Die letzte große Opfergruppe unter den Juden in der Ukraine waren nicht einheimische, sondern aus Rumänien und Ungarn verschleppte Personen. Rumänische Juden waren vor allem aus der Nordbukowina oder via Transnistrien in das RKU gelangt und dort zu Zwangsarbeiten an der Durchgangsstraße IV verpflichtet worden. Im Zuge der Ghetto-Räumungen seit Sommer 1942 waren auch sie bedroht; so erschoss die Polizei am 14. September 1942 die Insassen des Arbeitslagers in Nemiriv. Die meisten dieser Zwangsarbeiter fielen aber den Massenmorden der so genannten Polizeisicherungsabteilung an den Lagerinsassen vom 2. bis 5. Februar 1943 zum Opfer. Offensichtlich spielte dabei eine Rolle, wie weit die

¹⁷⁷ BAB, R 6/70, Bl. 49, Beobachtungen bei den Gebietskommissaren in der westlichen Ukraine, 1. 9. 1942 (vermutlich von Bräutigam).

¹⁷⁸ BAB, 11.01/17, Bl. 6–7, 175, Lagebericht GK Nikolajew, 30. 10. 1942.

¹⁷⁹ BAB, R 6/243, Niederschrift Tagung HA III GK Wolhynien 30. 10. 1942, 11. 11. 1942.

¹⁸⁰ Vgl. Spector, Holocaust, S. 186; Kruglov, Uničtoženie, S. 79; BAB, NS 19/2566, Meldung über „Bandenbekämpfungserfolge“ HSSPF Rußland-Süd, Ukraine und Nordost, 26. 12. 1942, die allein für August bis November die Ermordung von 363 000 Juden verzeichnet. Darin enthalten sind auch Personen aus dem Bezirk Bialystok und den weißrussischen Teilen des RKU. Nach Abzug dieser Gebiete dürften etwa 180 000 bis 190 000 Opfer auf die ukrainischen Teile des GK Wolhynien-Podolien entfallen; vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 723.

¹⁸¹ CDJC, CXLVIIa-29, Lagebericht GK Wolhynien-Podolien, 31. 12. 1942.

¹⁸² ZSt Dortmund, 45 Js 31/61 ./.. Körting u. a., Bl. 118, Verfügung 20. 12. 1968.

Straßenbauten inzwischen gediehen waren¹⁸³. Noch im Oktober 1943 gab es Streckenabschnitte, an denen jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt waren, wie ein Berichterstatter der Organisation Todt in der Nähe von Vinnycja bemerkte: „Wenn auch schlecht gekleidet, so sind die Juden als Arbeiter doch sehr verwendbar.“¹⁸⁴ Nur ganz wenige Lager, darunter eines in Braclav, wurden von der Roten Armee befreit.

Eine ungewöhnliche und bis heute kaum bekannte Tatsache ist, dass die ungarischen Truppen während des Feldzuges Zwangsarbeiterbataillone aus jüdischen Männern mit sich führten¹⁸⁵. Während kaum mehr einheimische Juden in der Ostukraine lebten, kamen jüdische Ungarn dorthin, was von deutschen Stellen mit Misstrauen beobachtet wurde¹⁸⁶.

Viele dieser Zwangsarbeiter gelangten mit den ungarischen Truppen in den Kessel von Stalingrad und starben dort bzw. in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, in die sie unterschiedslos zusammen mit den ungarischen Soldaten geraten waren. Die in der Ostukraine verbliebenen Bataillone fielen oftmals in deutsche Hand. Das Sk 4a erschoss ungarische Juden bei Sumy¹⁸⁷; am 29. April 1943 wurde ein Hilfslazarett für die Arbeitsbataillone in Brand gesetzt: „Am 29. 4. ist der Stall der Kolchose in Kubische (Gebiet Korosten) abgebrannt, wobei 300 ungarische Juden mitverbrannt sind“¹⁸⁸.

Der letzte Massennord an Juden im Reichskommissariat Ukraine ereignete sich im Dezember 1943. In Vladimir Volynskij hatte man 1942 etwa 1000 jüdische Handwerker am Leben gelassen, die ein Ghetto von etwa 40 Häusern bewohnten. Obwohl dort schon seit längerer Zeit Einheiten der Einsatzgruppe D stationiert waren, erhielt erst das nachrückende Sk 4b den Befehl, diese Juden umzubringen. Am 13. oder 14. Dezember 1943 erschossen die Männer des Sonderkommandos alle Juden, nachdem eine motorisierte Gendarmerie-Einheit und Hilfspolizisten die Razzia abgeriegelt hatten. Die Eisenbahnschienen zur Verbrennung der Leichen waren bereits vorbereitet¹⁸⁹. Damit war die „Endlösung“ im Reichskommissariat abgeschlossen.

¹⁸³ BAL, 213 AR-Z 20/63, Abschlussvermerk Staatsanwaltschaft Lübeck betreff Verbrechen an der Durchgangsstraße IV, 26. 5. 1970; Kaienburg, Jüdische Arbeitslager. Weitere Lagerauflösungen mit Massenmorden gab es im März, Mai und Dezember 1943; zu Chmel'nik vgl. Grossman/Ehrenburg, Schwarzbuch, S. 81 (3. 3. 1943).

¹⁸⁴ BA-MA, RH 2/2559, Bl. 151, Informationsbericht Organisation Todt Russland-Süd, hier 18. 10. 1943.

¹⁸⁵ [Martin] Broszat, Die jüdischen Arbeitskompanien in Ungarn, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band 1, München 1959, S. 200–214; Randolph L. Braham, The Hungarian Labor Service System, 1939–1945, New York 1977, S. 25 ff.; ders. (Hrsg.), The Wartime System of Labor Service in Hungary, Boulder 1995.

¹⁸⁶ BA-MA, RH 22/90, Bl. 23, FK 197 an Berück Süd, 30. 7. 1942 (über Einheiten in Konotop); „Orientierung“ AOK 2 über Arbeitsbataillone, 11. 5. 1942; abgedruckt in: Ernst Klee/Willi Dreßen (Hrsg.), „Gott mit uns“. Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten, Frankfurt a. M. 1989, S. 114.

¹⁸⁷ Runderlass Kds Tschernigow, 19. 3. 1943; abgedruckt in: Müller, Deutsche Besatzungspolitik, S. 99 f.; Zeugenaussage in Neizvestnaja Chernaja Kniga, S. 207 f.

¹⁸⁸ CDAVO, R-3637/4/480, Bl. 195, FS RKU an RMfbO, 25. 5. 1943; vgl. O. J. Kruhlov, Znyščennja fašistami inozemnych hromadjan na okupovaniy teritorii Ukraïni (1941–1944 rr.), in: Ukraïns'kyj istoryčnyj žurnal 1989, H. 5, S. 82–87, hier S. 84. Möglicherweise handelt es sich um zwei verschiedene Brände. Liste aller 34 000 Vermissten in: Gavriel Bar Shaked (Hrsg.), Nevek Munkaszázadok Vesztéségei a keleti Magyar hadműveteli területeken, Names of Victims of Hungarian Labour Battalions, 2 Bände, New York, Jerusalem [1992].

¹⁸⁹ Staatsanwaltschaft Dortmund 45 Js 24/62, Vermerk 20. 7. 1965.

Warum entwickelte sich in der Ukraine so wenig Widerstand unter den Juden? Die Voraussetzungen waren denkbar schlecht¹⁹⁰. Denn das Untertauchen wie auch bewaffneter Widerstand waren im Grunde an zwei Faktoren gebunden: Das Vorhandensein von Wäldern und die Hilfe von Partisanen, die nicht antisemitisch eingestellt waren. Insbesondere in den westlichen und nordwestlichen Gebieten war die massenhafte Flucht in die Wälder die einzige Möglichkeit, sich den Massenmorden zu entziehen. Zehntausende Juden flüchteten so für einige Zeit, doch nur weniger als jeder zehnte von ihnen konnte schließlich überleben. Meist mussten sie aus Mangel an Nahrungsmitteln wieder zurückkehren oder wurden Opfer der Razzien.

Die sowjetische Partisanenbewegung war bis Mitte 1942 in der Ukraine nur schwach entwickelt. Erst infolge der massenhaften Deportationen ukrainischer Zwangsarbeiter erhielt sie Zulauf; doch waren nicht alle Partisaneneinheiten bereit, Juden zu helfen¹⁹¹. In der Westukraine hingegen dominierte die rechtsgerichtete Ukrainische Aufstandsarmee, deren Einheiten allenfalls an der Rekrutierung jüdischer Ärzte interessiert waren. Viele ihrer Verbände waren antisemitisch eingestellt, überdies bestanden sie oftmals aus geflüchteten Hilfspolizisten, die zuvor selbst an der Judenverfolgung teilgenommen hatten¹⁹².

Selbst sowjetische Forschungen schätzen die Zahl der Angehörigen des kommunistischen Untergrunds und der Partisanenbewegung für Oktober 1942 in den Oblasten Volyn und Rivne auf nur etwa 300 Personen¹⁹³. Lediglich in der Nordostukraine, im Großraum Sumy-Černyhiv, konnten sich 1942 größere Partisanenverbände etablieren¹⁹⁴. Dort lebten allerdings vergleichsweise wenige Juden. Nach Volynien kamen diese Einheiten erst, als der Völkermord an den Juden weitgehend abgeschlossen war¹⁹⁵.

Deshalb spielte der deutsche „Bandenkampf“ in der Ukraine eine relativ geringe Rolle als Deckmantel für die Ermordung der Juden, etwa im Vergleich zu Weißrussland. Im Herbst 1941 kam es zu Kämpfen am Unterlauf des Dnipro, in den Gegenden von Pavlohrad-Novomoskovsk und Nikopil. Dabei ermordeten deutsche Verbände auch jüdische Zivilisten jeden Alters und Geschlechts¹⁹⁶. Partisanenbekämpfung als Vorwand spielte bei den Massenmorden im Herbst 1942 in Nordvolynien eine Rolle, als der Partisanenkrieg aus Weißrussland auf die Nord-

¹⁹⁰ Vgl. Shmuel Spector, *Jews in the Resistance and Partisan Movement in the Soviet Ukraine*, in: *Yad Vashem Studies* 23 (1993) S. 127–144; *Katastrofa ta opir*, S. 226–417; S. Ja. Elysavets'kyj, *Evrei v antyfašysts'komu oporu i radjans'komu pidpil'no-partyzans'komu rusi v Ukraїni*, in: *Ukraїns'kyj istoryčnyj žurnal* 1995, H. 3, S. 59–72.

¹⁹¹ Die Ermordung von Juden durch eine Einheit von Sowjetpartisanen erwähnt Ainsztein, *Jewish Resistance*, S. 357.

¹⁹² Vgl. Spector, *Holocaust*, S. 269 ff.; differenziert: Frank Golczewski, *Die Revision eines Klischees. Die Rettung von verfolgten Juden im Zweiten Weltkrieg durch Ukrainer*, in: Wolfgang Benz, Juliane Wetzel (Hrsg.), *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit*, Band 2, Berlin 1998, S. 9–82, hier S. 40 ff.

¹⁹³ Nikolaj V. Starožilov, *Partizanskije soedinenija Ukrainy v Velikoj Otečestvennoj vojne*, Kiev 1983, S. 23.

¹⁹⁴ BAB, NS 19/2566, Prützmann zur „Bandenlage“, 27. 12. 1942.

¹⁹⁵ Dies war um den 26. 10. 1942 der Fall; vgl. Ainsztein, *Jewish Resistance*, S. 348.

¹⁹⁶ John A. Armstrong (Hrsg.), *Soviet Partisans in World War II*, Madison/Wisconsin 1964, S. 633 ff.; Orbach, *Destruction of the Jews*, S. 44 f.; BA-MA, RH 26-444/6, Bl. 2, KTB 444. Sich.Div., 3. 1. 1942.

westukraine übergriff. In den dortigen Wäldern hielten sich 1943 noch Tausende, möglicherweise sogar Zehntausende Juden versteckt¹⁹⁷. Im Laufe des Jahres 1943 wurden jeden Monat noch Hunderte in Städten oder Wäldern versteckte Juden aufgegriffen und ermordet¹⁹⁸.

Doch einen direkten Zusammenhang zwischen dem jüdischen Widerstand und den Vernichtungsaktionen gab es nur vereinzelt und nur in umgekehrter Kausalität, nämlich als Reaktion auf die Massenmorde. In einigen volynischen Ghettos traf die Polizei im Herbst 1942 auf organisierten Widerstand, als sie zur Ermordung der letzten Juden ansetzte, so in Tučin, Misoč, Kremjanec und im Zwangsarbeitslager in Luck. Darüber hinaus gab es zahlreiche Fälle individuellen bewaffneten Widerstands¹⁹⁹. Deutsche Stellen reagierten irritiert; es sei „jetzt öfter zu bemerken, dass sich dieses Gesindel zur Wehr setzt und es in den letzten Tagen wieder zu schweren Verletzungen der Wachmannschaften, die mit der Aufgabe der Umsiedlung betraut sind, gekommen ist.“²⁰⁰

Größere Überlebenschancen hatten nur die Juden, die sich Partisanenverbänden anschlossen, und dies war ausschließlich für jüngere Menschen, meist Männer, möglich. Etwa 1700 bis 1900 volynische Juden kämpften in solchen Einheiten oder bildeten eigene kleine jüdische Partisanengruppen²⁰¹. In den anderen Gebieten waren diese Zahlen erheblich geringer. Selbst unter den Partisanen überlebte nur ein Bruchteil der Juden.

Der letzte Akt der Massenmorde in der Ukraine sollte die Beseitigung der Spuren vor dem Anmarsch der Roten Armee sein. Schon die sowjetische Gegenoffensive vom Dezember 1941 hatte der deutschen Polizeiführung klargemacht, wie schnell die Massengräber entdeckt werden konnten. Nach ersten Vorbereitungen seit Mitte 1942 trat die Bildung von so genannten Sonderkommandos 1005 im April/Mai 1943 in ein entscheidendes Stadium, nachdem die Rote Armee im März 1943 die östlichsten Teile der Ukraine zurückerobert hatte. Zu diesem Zeitpunkt war die Spurenbeseitigung von hoher politischer Bedeutung, weil gerade die Entdeckung der NKVD-Opfer in Katyn und Vinnyčja propagandistisch groß ausgewertet wurde, gleichzeitig aber sowjetische Behörden mit der Öffnung der Gräber von NS-Opfern im Nordkaukasus begannen²⁰².

Ab Juni 1943 ist der Einsatz eines Kommandos 1005 in der Westukraine nachweisbar, nämlich in Lemberg. In den übrigen Gebieten dauerte es hingegen länger, bis die so genannte Enterdung begann. Paul Blobel, bis Anfang 1942 einer der

¹⁹⁷ Vgl. Spector, Holocaust, S. 189 ff., dessen hohe Zahlen (47 500 Geflüchtete insgesamt) allerdings über den Zeitverlauf relativiert werden.

¹⁹⁸ Beispielsweise Lagebericht GK Wolhynien-Podolien, 30. 4. 1943; abgedruckt in: History Teaches a Lesson, Kiev 1986, S. 111 f.

¹⁹⁹ Vgl. Ainsztein, Jewish Resistance, S. 259 ff.; Spector, Holocaust, S. 206 ff.; Spector, Jews in the Resistance, S. 136.

²⁰⁰ BAB, 11.01/17, Bl. 15, Lagebericht GK Wolhynien, 1. 11. 1942.

²⁰¹ Spector, Holocaust, S. 273 ff.; ders., Jews in the Resistance, S. 140 f. Yuri Suhl, Uncle Misha's Partisans, New York 1973.

²⁰² Am 13. 4. 1943 wurde die Entdeckung des Massengrabs in Katyn bekanntgegeben, zwei Tage später exhumierte eine sowjetische Kommission ein Grab in Ejsk und bei Worosilowhrad (heute Luhansk); vgl. Dokumenty obvinjajut, Band 2, Moskva 1945, S. 115 f.; Nazi Crimes in the Ukraine, S. 54 f. Spätestens seit August 1943 machte der sowjetische Rundfunk die Exhumierungen bekannt. BAB, 11.01/14, Bl. 149–157, Seehaus-Dienst, 5. 8. 1943.

übelsten Massenmörder an ukrainischen Juden, kam etwa im Juli/August 1943 nach Kiew zurück, um weitere Kommandos aufzustellen²⁰³. BdS Thomas ließ derweilen ermitteln, wo diese eingesetzt werden müssten. So sandte der KdS in Rivne am 3. August 1943 ein Rundschreiben an die Gendarmerie im Generalkommissariat mit der Bitte, alle Massengräber zu melden. Offensichtlich wurden der Gestapo etwa 200 solcher Stellen mitgeteilt²⁰⁴. Unter SS-Sturmbannführer Hans Sohns, der seit Juni 1943 zusammen mit Artur Harder die Ukraine zu diesem Zweck bereist hatte, bestanden ab September 1943 zwei Einheiten, 1005-A und 1005-B, mit jeweils acht bis zehn Sipo/SD-Männern, 30 Schupos und über 300 Häftlingen, zumeist Kriegsgefangenen²⁰⁵. Ab Mitte August 1943 waren beide Kommandos bei der Aushebung des Massengrabes in Babij Jar tätig. Soko 1005-B wechselte anschließend nach Dnipropetrovsk, war bis Weihnachten 1943 in Kryvyj Rih und verließ von Mykolaïv aus im Januar 1944 die Ukraine. Im anderen Kommando, 1005-A, gelang am 29. September 1943 in Kiew eine Massenflucht der Häftlinge, von denen 14 den Krieg überlebten. Mit neuer Mannschaft hoben die Männer Massengräber in Berdyčiv, Bila Cerkva und bis Januar 1944 in Uman aus. Nach der Ermordung der Zwangsarbeiter kehrten die deutschen Kommandoangehörigen im Februar 1944 für kurze Zeit in die Ukraine zurück, nach Kamjanec Podyl's'kyj²⁰⁶. Trotz der entsetzlichen Arbeit der Häftlinge gelang es nicht einmal ansatzweise, alle Massengräber in der Ukraine zu öffnen und die Leichen zu verbrennen. Nach der Rückeroberung durch die Rote Armee konnten sowjetische Ermittlungsbehörden nahezu jedes Grab auffinden und untersuchen.

5. Das Verhalten der Gesellschaft in der Ukraine

Bisher wenig erforscht sind Einstellung und Verhalten der Bevölkerung in der Ukraine angesichts des Massenmords²⁰⁷. Relativ klar zu rekonstruieren ist der Einsatz der ukrainischen Hilfspolizei²⁰⁸. In der Westukraine und in Teilen der

²⁰³ Vgl. Reitlinger, *Endlösung*, S. 262. Blobel gab an, bereits im Spätherbst 1942 deshalb zu Verhandlungen bei BdS Thomas gewesen zu sein.

²⁰⁴ Dies meldete Radio Moskau am 11. 3. 1944 auf der Basis deutscher Beuteakten. BAB, 11.01/14, Bl. 9, Seehaus-Dienst.

²⁰⁵ Vgl. das Verfahren Staatsanwaltschaft Stuttgart 17 Js 270/64; IfZ-Archiv, Gs 05.33, Urteil LG Stuttgart Ks 22/67 ./Sohns u. a., 13. 3. 1969; CDAVO R-3679/1/57, Bl. 134, Finanzbericht SSPF Dnjepropetrovsk, 20. 6. 1943; AGK, UWZ Litzmannstadt, 204, Bl. 139, Inspekteur der Sipo Posen an RSHA IA1, 20. 9. 1943.

²⁰⁶ Vgl. Shmuel Spector, *Aktion 1005 – Effacing the Murder of Millions*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 5 (1990), S. 157–173, hier S. 162–164. Vgl. Jens Hoffmann, „Das kann man nicht erzählen“. „Aktion 1005“ – Wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten, Hamburg 2008.

²⁰⁷ Vgl. Karel C. Berkhoff, *Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine under Nazi Rule*, Cambridge, Mass. 2004; Spector, *Holocaust*, S. 238 ff.; John-Paul Himka, *Ukrainian Collaboration in the Extermination of the Jews During the Second World War. Sorting Out the Long-term and Conjunctural Factors*, in: Jonathan Frankel (Hrsg.), *The Fate of the European Jews 1939–1945: Continuity or Contingency?*, New York u. a. 1997, S. 170–189; jetzt vor allem: Golczewski, *Revision eines Klischees*, S. 37 ff.; auch M.I. Koval', *The Nazi Genocide of the Jews and the Ukrainian Population, 1941–1944*, in: Gitelman, *Bitter Legacy*, S. 51–60; Jakiv Suslens'kyj, *Spravžni heroï. Pro učast' hromadjan Ukraïny u rjatuванні evreïv vid fašysts'koho henocydu*, Kyïv 1993.

²⁰⁸ Vgl. Dieter Pohl, *Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden*, in: Gerhard Paul (Hg.), *Die*

Zentralukraine etablierte die ukrainisch-nationalistische OUN bereits während des deutschen Vormarsches Milizen, die gerade in Volynien und Ostgalizien hauptverantwortlich für die Organisierung der Pogrome vom Juni/Juli 1941 zeichneten. Zwar duldete die Militärverwaltung generell die Milizbildung, schritt aber bald zur Entwaffnung dieser Verbände und ließ ihr Personal in größeren Städten von den Einsatzgruppen überprüfen. Deshalb war die ukrainische Hilfspolizei (seit 31. Juli 1941 als „Schutzmannschaften“ bezeichnet), die nach einigen Wochen unter deutscher Führung etabliert wurde, nicht unbedingt deckungsgleich mit den Milizen der ersten Tage²⁰⁹. Diese Hilfspolizei wiederum unterstand zunächst den Ortskommandanturen, später der Ordnungspolizei, vor allem der Gendarmerie auf dem Lande²¹⁰. Der so genannte Einzeldienst der Hilfspolizei umfasste in den größeren Dörfern zehn bis 20 Mann, in den Städten meist mehrere hundert, in Kiew sogar mehrere tausend Polizisten. Erst ab Oktober 1941 kam es zur Aufstellung geschlossener mobiler Verbände der Hilfspolizei mit deutschem Führungskader, den sogenannten Schutzmannschaftsbataillonen (Schuma-Bataillone)²¹¹. Ende 1942 verzeichnet eine Aufstellung für die Ukraine und Russland-Süd, also auch südrussische Gebiete, 70 Schuma-Bataillone mit 35 000 Mann, 14 163 Mann ukrainische Schutzpolizei in Städten und 54 794 Mann ukrainischer Hilfskräfte der Gendarmerie. Insgesamt gab es weit über 100 000 Mann Schuma in der Ukraine, 20 000 davon in Truppeneinheiten²¹².

Die Beteiligung der Hilfspolizei an der Judenverfolgung war vielfältig²¹³. Nach den mehr oder weniger spontanen Ausschreitungen der ersten Tage waren es oftmals die Hilfspolizisten, die den direkten Kontakt zu den jüdischen Opfern hatten. Sie halfen bei der Registrierung, nahmen Razzien vor und bewachten später die Ghettos. Ab August 1941 spielte die Hilfspolizei eine wichtige Rolle bei den Massenmorden. Am Ort trieben die Hilfspolizisten die Juden zusammen, bildeten die Konvois zu den Exekutionsstätten und riegelten oftmals die Massenerschießungen ab. Ein Teil der 300 Hilfspolizisten, die die FK 195 Ende September 1941 in Kiew zur Verfügung hatte, half vermutlich bei der Organisierung des Massakers

Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Göttingen 2002, S. 205–234.

²⁰⁹ Vgl. Förster, Sicherung, S. 1058. BAB, R 19/326, Runderlass RFSS, 25. 7. 1941. BAB, R 19/281, Runderlaß RFSS, 6. 11. 1941. Zur OUN grundlegend: Grzegorz Motyka, *Ukraińska partyzantka 1942–1960*, Warszawa 2006; Franziska Bruder, *Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben. Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929–1948*, Berlin 2007; Frank M. Grelka, *Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42*, Wiesbaden 2006.

²¹⁰ Vgl. Dean, German Gendarmerie, S. 178 ff. Zusätzlich kompliziert wird diese Aufteilung durch das Nebeneinander von „Hilfspolizei“ und „OD“ (Ordnungsdienst; alle unter Militärverwaltung) und „Schuma“ bzw. „Gemeindepolizei“ (unter HSSPF bzw. dem Kommandeur der Ordnungspolizei/KdO). Daneben gab es bei der Wehrmacht noch „Hiwis“ und „Hiwa“ (Hilfswachmannschaften, meist zu örtlichen Bewachungsaufgaben).

²¹¹ Vgl. Richard Breitman, *Himmler's Police Auxiliaries in the Occupied Soviet Territories*, in: Simon Wiesenthal Center Annual 7 (1990), S. 23–39, hier S. 25; Frank Golczewski, *Organe der deutschen Besatzungsmacht: die ukrainischen Schutzmannschaften*, in: Wolfgang Benz/Johannes Houwinkten Cate/Gerhard Otto (Hrsg.), *Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa*, Berlin 1998, S. 173–196; Martin Dean, *Collaboration in the Holocaust: Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941–44*, New York 1999.

²¹² Vgl. Hans-Joachim Neufeldt/Jürgen Huck/Georg Tessin, *Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936–1945*, Koblenz 1957, Teil II, S. 104–106.

²¹³ Vgl. Hilberg, *Täter*, S. 111 f.

von Babij Jar²¹⁴. Insbesondere bei den Massenmorden, die erst einige Wochen oder Monate nach dem deutschen Einmarsch angeordnet wurden, war Hilfspolizei im Einsatz. So war in Kryvyj Rih bei der Ermordung der Juden „die gesamte ukrainische Hilfspolizei eingespannt“²¹⁵; beim Massaker von Dnipropetrovsk verlief – nach Angaben der Feldkommandantur – die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitspolizei und Hilfspolizei „bis jetzt in jeder Hinsicht reibungslos“²¹⁶. In Einzelfällen ordneten Ortskommandanturen die Ermordung von Juden direkt durch die Hilfspolizei an. Viele der Ukrainer waren gar nicht entwaffnet worden. Die Einsatzgruppe C verfügte ab August 1941 über eigene Hiwis. Diese hatten manchmal selbst Erschießungen vorzunehmen²¹⁷.

Die Massaker im Reichskommissariat Ukraine zwischen Mai und November 1942 waren von einer systematischen Teilnahme ukrainischer Hilfspolizisten gekennzeichnet²¹⁸. Fast überall dort, wo noch Juden lebten, war auch die Gendarmerie mit ihren ukrainischen Hilfskräften an deren Ermordung beteiligt. Zu diesem Zeitpunkt waren die Stationen der Hilfspolizei bereits von deutscher Seite mit Waffen ausgerüstet. Neben diesem systematischen Einsatz lassen sich auch zahlreiche Fälle der Beteiligung von Schuma-Bataillonen an der Judenverfolgung nachweisen. Da diese Verbände oftmals nicht in ihren Heimatgebieten, sondern in jeweils anderen Sowjetrepubliken zum Einsatz kamen, waren in der Ukraine nicht nur ukrainische Schuma-Bataillone aktiv. So beschäftigten sich vier lettische Bataillone an der Durchgangsstraße IV mit der Bewachung jüdischer und nichtjüdischer Zwangsarbeiter. Von den ukrainischen Einheiten dürften zumindest die Schutzmannschaftsbataillone 103 und 117 bei Massenmorden an Juden eingesetzt gewesen sein²¹⁹. Noch weitgehend ungeklärt ist bis heute der Anteil der – fast durchweg ukrainischen – Kommunalverwaltung, die unter Besatzung noch zugelassen war, an der Organisation der Morde. Gerade Bevölkerungsregistrierungen und die Einrichtung von Ghettos fiel in ihr Ressort. Darüber hinaus haben Bürgermeister aus eigener Initiative Juden interniert²²⁰. Doch hier bedarf es noch eingehender Forschungen.

Ähnliches gilt für das Verhalten der Bevölkerung im allgemeinen, also vor allem der Ukrainer, aber auch der Polen in Volynien und der Russen in den Städten der Ostukraine²²¹. Eine besondere Position nehmen darüber hinaus die Ukrainedeut-

²¹⁴ Die Gruppe war am 19. 9. 1941 aufgestellt worden und erst am 27. und 29. 9. 1941 nach Kiew gekommen. BA-MA, Film 59104, Befehl Berück Süd/Qu., ca. 19. 9. 1941. BA-MA, Film 59103, KTB 454. Sich.Div., 27./29. 9. 1941. BA-MA, RH 22/7, 454. Sich.Div./Ia an Berück Süd/Ia, 29. 9. 1941.

²¹⁵ USHMM, RG-11 001, reel 92 (RGVA, R-1275/3/665), Ortskommandantur (OK) I/253 Kryvyj Rih an FK 240, 15. 10. 1941.

²¹⁶ USHMM, RG-11 001, reel 92 (RGVA, R-1275/3/666), Bericht FK 240/VII, 19. 10. 1941.

²¹⁷ BAB, R 58/217, EM 88, Bl. 164, 19. 9. 1941.

²¹⁸ Vgl. Dean, *German Gendarmerie*, S. 183.

²¹⁹ BAL, Dok.-Sammlung UdSSR, Band 245e, Bl. 419–422; Band 245Ag, Bl. 180–205, zu Judenmorden des Schuma-Bat. 117.

²²⁰ BA-MA, RH 22/201, Monatsbericht FK 239/VII, 24. 10. 1941 (Kremenčuk); *Nazi Crimes in the Ukraine*, S. 103 (Romny); vgl. Frank Golczewski, *Local Government in German-Occupied Ukraine*, in: Bruno de Wever, Herman Van Goethem, Nico Wouters (Hrsg.), *Local Government in Occupied Europe (1939–1945)*, Gent 2006, S. 241–257; Markus Eikel, *Division of Labor and Co-operation – The Local Administration under German Occupation in Central and Eastern Ukraine 1941–1944*, Vortrag auf der Konferenz „The Holocaust in Ukraine: New Resources and Perspectives“ in Paris 2007, Druck in Vorbereitung.

²²¹ Cf. Berkhoff, *Harvest of Despair*; Amir Weiner, *Making Sense of War. The Second World War and*

schen ein, die besonders im Umfeld der Städte Odessa, Žytomyr und Zaporyžžja beheimatet waren. Im rumänisch besetzten Transnistrien spielte der so genannte Volksdeutsche Selbstschutz, meist junge Männern aus den Dörfern, eine verheerende Rolle. Auf sein Konto gehen Zehntausende von Erschießungsopfern. Glaubt man den Lageberichten, so waren die einheimischen Deutschen auch in den anderen Siedlungsgebieten feindselig gegen Juden eingestellt, auch wenn ihr Anteil an deren Ermordung geringer ist²²².

In der deutschen Berichterstattung wurde fast durchgehend darauf verwiesen, dass die ukrainische Bevölkerung das Vorgehen gegen die Juden begrüßte, so in Lageberichten des SD und der Wehrmacht²²³. Eine nicht unerhebliche Rolle scheint dabei der Verteilungskampf um Lebensmittel gespielt zu haben. Als in den zentral- und ostukrainischen Städten das Hungersterben grassierte, gingen immer noch fast täglich Denunziationen über versteckte Juden bei der deutschen oder ukrainischen Polizei ein; so behauptete die Einsatzgruppe C: „Die Bevölkerung Charkows ist, bis auf Einzelercheinungen, unbedingt negativ zum Judentum eingestellt.“²²⁴ Erst die brutale Welle von Massenmorden im Herbst 1942 rief in der Bevölkerung offenbar weitgehend negative Reaktionen hervor. Die polnische Minderheit befürchtete gar, nun selbst das nächste Opfer der Vernichtungspolitik zu werden²²⁵. Tatsächlich wurde sie jedoch ab 1943 weniger von der deutschen Besatzung als vielmehr von den UPA-Einheiten in Volynien bedroht. Allerdings liefen auch ab Herbst 1942 noch ungebrochen Denunziationen über versteckte Juden bei deutschen Dienststellen ein²²⁶.

Durch die Politabteilungen der Roten Armee und durch die Untergrundzellen des NKVD, die unter deutscher Herrschaft verblieben, waren die sowjetischen Behörden oftmals detailliert über Massenmorde an Juden unterrichtet²²⁷. Bereits nach acht Wochen liefen in Moskau die ersten Meldungen über das Massaker von Babij Jar ein; am 19. Dezember 1942 konnte die „Pravda“ von den Massenmorden in Konotop berichten, die nur zwei Monate zurücklagen²²⁸. Doch bald verschlei-

the Bolshevik Revolution, Princeton 2001, S. 241 ff.; Hiroaki Kuromiya, *Freedom and Terror in the Donbas: An Ukrainian-Russian Borderland, 1870s–1990s.*, Cambridge, New York 1998, S. 285.

²²² Vgl. Martin Dean, *Soviet Ethnic Germans and the Holocaust in the Reich Commissariat Ukraine*, in: Brandon/Lower (Hrsg.), *Shoah in Ukraine*, S. 248–271; Meir Buchsweiler, *Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkrieges – ein Fall doppelter Loyalität?*, Gerlingen 1984, S. 375 ff.; Ingeborg Fleischhauer, *Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion*, Stuttgart 1983, S. 139 ff. Im RKU waren im März 1943 163 000 Ukrainedeutsche registriert; vgl. Włodzimierz Bonusiak, *Polityka ludnościowa III Rzeszy na okupowanych obszarach ZSRR (1941–1944)*, Rzeszów 1992, S. 128.

²²³ BA-MA, Film 59105, Bl. 178, Tätigkeitsbericht Ic 454. Sich.Div., 2. 11. 1941, meldete nach dem Massaker von Babij Jar: „Das Vorgehen gegen die Juden wird allgemein begrüßt.“

²²⁴ BAB, R 58/221, Bl. 299, EM 191, 12. 4. 1942.

²²⁵ BAB, 11.01/17, Bl. 6–7, Lagebericht GK Wolhynien, 1. 11. 1942.

²²⁶ CDAVO, R-3676/4/161, Bl. 48, Bericht über ukrainische Propagandisten für Ostarbeiter, 30. 11. 1943.

²²⁷ Zentrales Staatliches Archiv der gesellschaftlichen Organisationen der Ukraine, Kiew (CDAHO), P-1/23/688, Bl. 2–27, NKVD-Lagebericht Poltava, 2. 7. 1942.

²²⁸ Bericht Politabteilung Südwestfront an Politische Hauptverwaltung der Roten Armee, 21. 11. 1941, abgedruckt in: F. D. Sverdlov (Hrsg.), *Dokumenty obvinjajut. Cholokost: Svidetel'stva Krasnoj Armii*, Moskva 1996, S. 46; CDAHO, P-62/9/4, Bl. 149–155, Agenturmeldung Südfront, 15. 1. 1941; BA-MA, RH 2/2538, Bl. 72–76, Übersetzung Abt. Fremde Heere Ost aus Pravda vom 19. 12. 1942.

erte die sowjetische Regierung, dass es sich bei diesen Morden um gezielte Aktionen gegen Juden handelte; schließlich sprach man nur noch von „Sowjetbürgern“²²⁹.

Auch ins westliche Ausland sickerten konkrete Informationen durch. Hier sei erneut auf die britischen „radio intercepts“ des deutschen Polizeifunks hingewiesen, die zumindest bis zum 13. September detaillierte Tötungsmeldungen enthielten. Danach durften diese Berichte nur noch verschlüsselt weitergegeben werden²³⁰. Genaue Informationen verbreiteten sich natürlich nicht nur auf geheimdienstlichen Wegen. Insbesondere deutsche Funktionäre, die Dienstreisen quer durch Europa machten, und die Fronturlauber aus der Ukraine wussten einiges zu berichten. So diskutierte man das Babij Jar Massaker wenige Tage später schon in Wehrmachts-Casinos in Paris. Sogar schweizerische Behörden waren bald über die großen NS-Verbrechen in der Ukraine im Bilde²³¹.

6. Bilanz und Folgen

Die Zahl der jüdischen Opfer in der Ukraine ist im Gegensatz zu den meisten anderen Gebieten unter deutscher Besatzung nur sehr schwer festzustellen. Die Dunkelziffer ist vergleichsweise hoch, selbst der Chefstatistiker der SS und das RSHA hatten wohl keinen Überblick mehr²³². Schätzungsweise gerieten etwa 1,4 Millionen einheimische Juden in der gesamten Ukraine unter deutsche Herrschaft. Davon ermordeten die Einsatzgruppen und die anderen Einheiten des HSSPF im Jahre 1941 bzw. im Militärverwaltungsgebiet bis Frühjahr 1942 etwa 300 000 Menschen; weitere 20 000 Juden, vor allem Männer, fielen den Pogromen im Juni/Juli 1941 zum Opfer, 530 000 Juden aus dem Distrikt Galizien starben dort oder im Vernichtungslager Belzec; 185 000 Menschen jüdischer Herkunft aus Transnistrien fielen der deutsch-rumänischen Zusammenarbeit zum Opfer und 350 000 Juden wurden 1942/43 in den ukrainischen Teilen des Reichskommissariats ermordet²³³. Hitler selbst schätzte die Zahl der im Gebiet des RKU ermorde-

²²⁹ Vgl. A. Bljum, *Otnošenie sovetskoj cenzury (1940–1946) k probleme cholokosta*, in: *Vestnik Evrejskogo Universiteta v Moskve* 2 (1995), H. 9, S. 156–167.

²³⁰ Vgl. Francis H. Hinsley, *British Intelligence in the Second World War*, Band 2, London 1981, S. 671; dechiffrierter Funkspruch des CdO vom 13. 9. 1941 abgedruckt in: Klein, *Einsatzgruppen*, S. 397; Breitman, *Staatsgeheimnisse*, S. 88 ff. Weitere Meldung erhielt der britische Geheimdienst über einen Agenten beim BdO Prag; vgl. Detlef Brandes, *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943*, München/Wien 1989, S. 201 f.

²³¹ Vgl. Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 1996, S. 313, 607; David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen*, Berlin 1995, S. 148; Gaston Haas, „Wenn man gewußt hätte, was sich drüben im Reich abspielte ...“ 1941–1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wußte, Basel/Frankfurt 1994, S. 107 f., 140 ff. (über Kiew, Vinnycja, Rivne).

²³² Der sogenannte Korherr-Bericht mit Stand vom 31. 12. 1942 verzeichnet offensichtlich nur die Hälfte der Opfer oder weniger. Das RSHA ordnete erst am 4. 7. 1942 die monatliche Meldepflicht für Exekutionen an; vgl. Klein, *Einsatzgruppen*, S. 361 f.

²³³ Vgl. Bonusiak, *Polityka ludnościowa*, S. 76; Pohl, *Judenverfolgung*, S. 67, 385; Spector, *The Holocaust of Ukrainian Jews*, S. 49; Jean Ancel, *Transnistrien*, in: *Enzyklopädie des Holocaust*, S. 1422. Zu ähnlichen Zahlen kommt aufgrund detaillierter Berechnungen Kruglov, *Uničtoženie*, S. 96; ders. *Jewish Losses in Ukraine, 1941–1944*, in: Brandon/Lower (Hrsg.), *Shoah in Ukraine*, S. S. 272–290 (ca. 1,5 Mio. Opfer inclusive Bukowina, Karpato-Ukraine und Krim).

ten Juden auf eine halbe Million, innerhalb der deutschen Besatzungsverwaltung kursierten Opferzahlen von über einer Million²³⁴. Nicht berücksichtigt sind bei allen Feststellungen die ungarischen Juden aus den Arbeitsbataillonen, ferner die nach Transnistrien deportierten Juden aus Bessarabien/Nordbukowina und die jüdischen Kriegsgefangenen aus der Ukraine.

Für diese Verbrechen wurden vor allem ukrainische Kollaborateure strafrechtlich zur Verantwortung gezogen, weniger die deutschen Verantwortlichen. Das NKVD führte mehrere Zehntausend Ermittlungen gegen Angehörige der Hilfspolizei und der ukrainischen Kommunalverwaltung. In zahlreichen Fällen war der Massenmord an den Juden Verfahrensgegenstand. Insbesondere für die Teilnahme an Tötungen wurden drakonische Strafen verhängt, von 1943 bis 1947 oftmals Todesurteile, danach vor allem Lagerstrafen von 25 Jahren. Diese Prozesse dauerten bis in die frühen neunziger Jahre²³⁵. Den sowjetischen Behörden gelang es auch, einiger der deutschen Verantwortlichen habhaft zu werden²³⁶.

Von westalliierten und bundesdeutschen Gerichten wurden fast nur Angehörige der Einsatzgruppen strafrechtlich belangt²³⁷. Darüber hinaus gab es einige Verurteilungen gegen SS-Offiziere, die beim BdS Ukraine oder bei den KdS tätig gewesen waren²³⁸. Mit relativ milden Strafen kamen auch einige Führer des Sonderkommandos 1005 davon²³⁹. Gegen Täter aus den Reihen der Ordnungspolizei gab es nur vergleichsweise wenige Verurteilungen²⁴⁰. Ähnlich ist die Sachlage im Falle der Verwaltungsfunktionäre. Aus der Militärverwaltung kam anscheinend

²³⁴ So Hitler gegenüber Keitel und Zeitzler bei einer Besprechung am 8. 6. 1943; vgl. Helmut Heiber (Hrsg.), *Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Besprechungen 1942–1945*, Stuttgart 1962, S. 259. Hitler zitierte hier Erich Koch; Reisebericht Hans-Joachim Klausch (Propagandaministerium) auf Ukraine und Krim, 26. 6. 1943, Max Weinreich, *Hitler's Professors*, New York 1946, S. 165 f.

²³⁵ Zu den ersten Verfahren: CDAHO, P-1/23/684, Bl. 6–15, Bericht des NKVD-Militärtribunals des ukrainischen Bezirks für Juli–September 1943, (22. 10. 1943); zu den späteren vgl. *Nazi Crimes in Ukraine*, S. 353–357, Urteil vom 28. 10. 1982. Vermutlich wurde gegen 57 000 Personen Verfahren geführt, davon dürften einige Tausend auch Morde an Juden betroffen haben; Anatolij Čajkovskij, *Plen. Za čužie i svoi grechi. (Voennoplennye i internirovannye v Ukraine 1939–1953 gg. 2. erhebl. erw. Aufl., Kiev 2005, S. 539.*

²³⁶ HSSPF Jeckeln; KdO Kiev Scheer; Oberbefehlshaber 17. Armee Jaenecke; Kommandant des rückwärtigen Armeegebiets (Korück) beim AOK 6 Burckhardt; Kommandeur 213. Sich.Div. von Tschammer und Osten; Gebietskommissar von Melitopol, Heinisch usw. Beim Schauprozess von Char'kov im Dezember 1943 standen eher subalterne deutsche Funktionäre vor Gericht; vgl. Hilger, Andreas: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf“? Die Bestrafung deutscher Kriegs- und Gewaltverbrecher in der Sowjetunion und der SBZ/DDR, in: Norbert Frei (Hrsg.), *Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2006, S. 180–246; Kyivs'kyj proces. Dokumenty ta materialy, Kyiv 1995.

²³⁷ Vgl. Klein (Hrsg.), *Einsatzgruppen*, S. 82 f., 104. Die Ermittlungen gegen die Kommandoführer der Spätphase Friedrich Schmidt(-Schütte) und Theodor Christensen (beide Sk 4a) sowie Waldeemar Krause (Sk 4b) endeten mit Einstellungen oder Freisprüchen; Urteil LG Darmstadt Ks 1/68 ./Christensen, 18. 4. 1969 (das Urteil LG Kiel ./Schmidt, 20. 5. 1968, zwei Jahre Haft, wurde wegen Verbrechen in Schleswig-Holstein verhängt).

²³⁸ KdS-ASt. Uman; KdS-ASt. Berditschew; KdS Kiev.

²³⁹ Urteil LG Stuttgart Ks 22/67 ./Sohns u. a., 13. 3. 1969.

²⁴⁰ Urteil LG Kaiserslautern ./Heinemann, 25. 6. 1982; Urteil LG Nürnberg 1070 Ks 7/62 ./Paur u. a., 27. 5. 1963; abgedruckt in: *Justiz und NS-Verbrechen*, Band 19, Amsterdam 1978, Nr. 553; Urteil LG Regensburg Ks 6/70 ./Kreuzer, 5. 8. 1971; Urteil LG Traunstein ./Bauer u. a., 25. 6. 1982; vgl. Heiner Lichtenstein, *Himmlers grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im „Dritten Reich“*, Köln 1990, S. 124–143. Weitere Urteile gegen Ordnungspolizisten ergingen vor Gerichten der DDR: Urteil Bezirksgericht Neubrandenburg, 26. 6. 1981 (Pol.bat. 82); Urteil Bezirksgericht Frankfurt a. d. Oder BS 3/85, 4. 7. 1985.

niemand vor ein deutsches Gericht²⁴¹, die Zahl der Prozesse gegen Funktionäre der Zivilverwaltung war minimal. Reichskommissar Koch stand in Polen vor Gericht, ohne dass seine Verbrechen in der Ukraine zur Verhandlung standen²⁴². Während Ermittlungsverfahren gegen so schwer belastete Gebietskommissare wie Beer oder Westerheide eingestellt wurden bzw. mit Freispruch endeten²⁴³, geriet einer der wenigen Prozesse gegen einen Beamten der Zivilverwaltung, den Gebietskommissar von Zdobuniv, Georg Marschall, schließlich zur Groteske. Sein Verfahren wurde nach der Verurteilung zu lebenslanger Haft wieder aufgenommen, weil der Hauptbelastungszeuge ungenaue Angaben über seine eigene NSDAP-Mitgliedschaft gemacht hatte. In einem zweiten Prozess wurde dann eine Haftstrafe von nur mehr fünf Jahren gegen Marschall verhängt²⁴⁴. Allein der Gebietskommissar von Kovel, Kassner, wurde des Mordes für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt²⁴⁵.

7. Fazit

Die hier gewählte Aufteilung der Vorgänge in Gebiete unter Militär- und unter Zivilverwaltung zeigt eine Reihe von Unterschieden: Von Juni 1941 bis Juli 1942 machte die Vernichtungspolitik alle Eskalationsstufen in den Militärverwaltungsgebieten durch. Entgegen der inzwischen vielfach vertretenen Auffassung war es nicht das zentrale Ziel des Krieges gegen die Sowjetunion, große Teile der Bevölkerung zu vernichten. Vielmehr galt die Ermordung echter oder angeblicher Gegner als *Mittel*, den Sowjetstaat zu zerschlagen und jeglichen potentiellen Widerstand zu brechen; gerade diese Auffassung teilte die NS-Führungsspitze mit der Leitung der Wehrmacht, der Generalität und großen Teilen des Offizierskorps. Die Hauptopfer dieser Strategie waren die Juden, die man als soziale Basis des Bolschewismus ansah. Als jedoch der Feldzug nicht in aller Kürze beendet werden konnte, entschieden zunächst die NS-Führung und der Polizeiapparat, dann aber auch Teile der Militärverwaltung, die Mehrheit der Juden umzubringen. Wirtschaftliche Gesichtspunkte hatten dabei weniger eine bremsende, als viel-

²⁴¹ Karl von Roques wurde am 28. 10. 1948 vom amerikanischen Militärgericht im OKW-Prozeß zu 20 Jahren Haft verurteilt; vgl. Fall 12. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, Berlin 1960, S. 217 ff. Friderici starb 1964, offensichtlich ohne strafrechtlich belangt worden zu sein.

²⁴² Der HSSPF z.b.V., Korsemann, der die Massenmorde in Char'kov geleitet hatte, wurde zwar wegen seiner Tätigkeit in Lublin von einem polnischen Gericht verurteilt, nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik 1949 aber augenscheinlich noch nicht einmal vernommen.

²⁴³ Urteil LG Dortmund ./ Westerheide, 20. 12. 1982. Ähnlich verliefen die Ermittlungen wegen der übrigen Zivilverwaltungsgebiete; vgl. Uwe Danker, Der gescheiterte Versuch, die Legende der „sauberen“ Zivilverwaltung zu entzaubern. Staatsanwaltschaftliche Komplexermittlungen zum Holocaust im „Reichskommissariat Ostland“ bis 1971, in: Robert Bohn (Hrsg.), Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940–1945, Stuttgart 1997, S. 159–186.

²⁴⁴ Urteil LG Nürnberg 225 Ks 1/64, 9. 6. 1965; abgedruckt in: Justiz und NS-Verbrechen, Band 21, Amsterdam 1979, Nr. 592; Urteil LG Stade 9 Ks 1/63, 9. 5. 1967. Graebe war wegen seiner rückhaltlosen Zeugenaussage beim Nürnberger Prozeß in seiner Heimat erheblichen Anfeindungen ausgesetzt gewesen und 1948 in die USA ausgewandert; vgl. Douglas K. Huneke, The Moses of Rivne. The Stirring Story of Fritz Graebe, New York 1985, S. 165 ff., und die Angriffe auf ihn, in: Der Spiegel, 29. 12. 1965.

²⁴⁵ Urteil LG Oldenburg 2 Ks 1/64 ./ Kassner, 26. 9. 1966.

mehr eine rationalisierende und oftmals beschleunigende Wirkung. In den Gebieten unter Wehrmachtverwaltung glaubte man, auf jüdische Arbeiter weitgehend verzichten zu können. Zugleich stellten die Juden aber aus Sicht der Militärverwaltung gerade in den alten sowjetischen Gebieten nicht nur die Basis des Bolschewismus, sondern auch eine Bevölkerungsminderheit dar, die man nicht ernähren wollte.

Die Militärverwaltung bildete gleichsam den Schirm, unter dem die Entrechtung und Ermordung der Juden bis Oktober 1941 in der ganzen Ukraine, danach in den östlichen Gebieten ablief. Allein die Militärverwaltung hatte die volle Hoheit über das Gebiet, allein ihr Apparat bot die Infrastruktur zur Erfassung der jüdischen Bevölkerung. Die Armee-Oberkommandos und viele Feldkommandanturen unterstützten den Völkermord; in verschiedenen Divisionsstäben und im Offizierskorps war die Haltung nicht so einheitlich. Was der einfache Soldat darüber dachte, davon wissen wir erst wenig²⁴⁶.

Die Zivilverwaltung, also das Reichskommissariat Ukraine, etablierte sich erst zu einem Zeitpunkt, als die ausnahmslose Ermordung der jüdischen Minderheit bereits im Gange war. Ebenso wie bei den Spitzenmilitärs herrschte auch unter der Zivilführung Konsens darüber, dass die Juden „weg müssen“. Dennoch wollte die Zivilverwaltung ihre volle Hoheit über alle Politikbereiche gewahrt wissen, also selbst den Gang der Dinge bestimmen und zunächst nicht auf jüdische Arbeiter verzichten. Deshalb wurde der Massenmord im Herbst 1941 zunächst auf den Großraum Rivne, das Verwaltungszentrum des RKU, konzentriert, und dann weitgehend unterbrochen. Nun setzte eine Welle von Ghetto-Bildungen ein. Aber schon Ende Mai 1942, parallel zur Beschleunigung der „Endlösung“ in ganz Europa, begannen erneut Massenerschießungen solcher Juden, die keinen Arbeitsplatz mehr hatten. Im Juli/August schließlich vereinbarte die Führung des Reichskommissariats mit der Sicherheitspolizei die Ausrottung aller ukrainischen Juden. Im Dezember 1942 war dies fast völlig erreicht.

In dieser Perspektive erscheint der SS- und Polizeiapparat nicht nur als eigenständiges Machtzentrum, sondern mehr als Exekutive der Verwaltung. Entscheidend war die Aufgabenteilung, nicht der Kompetenzkonflikt. Die Federführung bei den Massenenmord lag beim HSSPF; die Einsatzgruppe C, die Polizeibataillone und die 1. SS-Brigade repräsentierten eher seine Truppen mit jeweils unterschiedlichen Aufgaben. Sie teilten sich auch die Gebiete untereinander auf. Erst mit der Installierung der festen BdS/KdS-Struktur ab Ende 1941 übernahm die Sicherheitspolizei die Koordinierung der Massaker, besonders im Sommer 1942. Die personalstarke Ordnungspolizei agierte nun über ihr stationäres Netz von Schupo und Gendarmerie. Gemeinsam mit der ukrainischen Hilfspolizei stellte die Ordnungspolizei das personelle Rückgrat der „Judenaktionen“, gerade auf dem Land war sie dabei oft autonom aktiv. Das Offizierskorps der Ordnungspolizei übernahm die Vernichtung Hunderttausender von Menschen als eigene Aufgabe. Allerdings gab es in ihren Reihen auch immer wieder signifikante Ausnah-

²⁴⁶ Vgl. die antisemitischen Feldpostbriefe in: Walter Manoschek (Hrsg.), „Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung“. Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939–1944, Hamburg 1995, deren Repräsentativität allerdings nicht geklärt ist.

mepersönlichkeiten²⁴⁷. Doch die überwiegende Mehrheit der Funktionäre, die mit der Judenverfolgung zu tun hatten, half reibungslos dabei mit, dass die Juden im Reichskommissariat Ukraine und den angrenzenden östlichen Militärgebieten ausgerottet wurden.

²⁴⁷ Vgl. David H. Kitterman, Those Who Said „No!“ Germans Who Refused to Execute Civilians during World War II, in: *German Studies Review* 11 (1988), S. 241–254, hier S. 244 ff.; Alfred Streim, Zum Beispiel: Die Verbrechen der Einsatzgruppen in der Sowjetunion, in: Adalbert Rückerl (Hrsg.), *NS-Prozesse*, Karlsruhe 1971, S. 65–106, hier S. 98. Die dort genannten Fälle bedürfen allerdings weiterer Überprüfung.



General der Infanterie Gotthard Heinrici

(Quelle: Cornelius Ryan, *Der letzte Kampf*, München/Zürich 1966, nach S. 96)

Johannes Hürter

„Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg“

Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici

In der heftigen Diskussion, die seit einigen Jahren um den Anteil der Wehrmacht an NS- und Kriegsverbrechen in der Sowjetunion geführt wird, droht die Generalität etwas aus dem Blick zu geraten, ehe sie überhaupt richtig in das Gesichtsfeld der Forschung gekommen ist. Dabei besaßen die Generäle eine Schlüsselposition und verfügten über das Schicksal von vielen Millionen Soldaten und Zivilisten. Besonders die kleine Elite der obersten Heereskommandeure an der Ostfront – der Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen, der Befehlshaber der Panzergruppen, der Kommandierenden Generäle der Armeekorps und der Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete – wurde noch nicht ihrer Bedeutung für die Kriegführung und Besatzungspolitik im deutsch-sowjetischen Krieg entsprechend beachtet und analysiert. Zwar werden immer wieder die berühmtesten Befehle eines Reichenau, Manstein und manches anderen als Belege herangezogen, doch weiß man über diese Generäle und ihre Mentalität nach wie vor wenig oder nichts. Neben militärischer Erbauungsliteratur und flüchtigen Skizzen liegt nur eine verschwindend geringe Zahl wissenschaftlicher Biographien oder Editionen vor¹. Überhaupt blieb die private Überlieferung dieses Personenkreises bisher weitgehend ungenutzt und unausgewertet. Fast scheint es so, als sei die Erforschung von Denken und Handeln der Generäle als „Geschichte von oben“ verpönt. Doch gerade diese Übersicht von oben ist eine sinnvolle Ergänzung der Geschichte des „einfachen Soldaten“ und der Mikrostudien über einzelne Einheiten oder Räume.

General der Infanterie Gotthard Heinrici war zuerst Kommandierender General eines Armeekorps, dann ab Januar 1942 Oberbefehlshaber einer Armee im mittleren Abschnitt der Ostfront. Sein Privatnachlass ist einer der umfangreichs-

¹ Vgl. Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb. Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus dem Nachlass hrsg. u. mit einem Lebensabriss versehen v. Georg Meyer, Stuttgart 1976; Charles Messenger, *The Last Prussian. A Biography of Field Marshal Gerd von Rundstedt 1875–1953*, London [u.a.] 1991; Christoph Clasen, *Generaloberst Hans-Georg Reinhardt*, Stuttgart 1996. Zwei biographische Sammelwerke enthalten einige knappe Lebensskizzen unterschiedlicher Qualität: *Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen*, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring, Berlin/Frankfurt a.M. 1995; *Hitlers militärische Elite*, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär, 2 Bde., Darmstadt 1998.

ten und reichhaltigsten Bestände eines Wehrmachtsgenerals². Um so erstaunlicher ist, dass diese Quelle noch überhaupt nicht beachtet wurde und Heinrici zu den vergessenen Generälen des deutsch-sowjetischen Krieges zählt³. Seine zahlreichen, zeitweise täglichen persönlichen Aufzeichnungen über den Feldzugsverlauf geben ein dichtes Stimmungsbild aus der Sicht eines hohen militärischen Befehlshaber, wie es bisher aus der Gruppe der Korps- und Armeeführer noch nicht vorlag⁴. Nachfolgend werden Auszüge der Briefe und Tagebücher Heinricis aus der Vorbereitungsphase des „Unternehmen Barbarossa“ und dann vor allem aus dem in jeder Hinsicht richtungsweisenden ersten Jahr des Ostfeldzuges veröffentlicht – vom deutschen Überfall am 22. Juni 1941 über den Vormarsch der Wehrmacht im Sommer und Herbst, den „Halt“ vor Moskau, die sowjetische Gegenoffensive bis zum Ende der russischen Angriffe im Mai 1942. Dieses Jahr war die aktivste und wichtigste Phase der deutschen Kriegführung in der Sowjetunion. Alle Formen dieses Krieges wurden bereits hier sichtbar: der Bewegungskrieg wie der Stellungskrieg, die Offensive wie die Defensive, der Vorstoß wie der Rückzug, die „verbrannte Erde“ wie der Partisanenkrieg. In diesem Jahr wurden alle Zivilisationsbrüche und Verbrechen begründet und in die Wege geleitet: die Radikalisierung auf dem Gefechtsfeld, die Unterversorgung der Kriegsgefangenen, die wirtschaftliche Ausbeutung, die verfehlte Behandlung der Zivilbevölkerung, die Ermordung der Juden. In dieser Zeit wurden Weichen gestellt, die in ihrer Wirkung über den Zweiten Weltkrieg hinausreichen. Neben der Katastrophe von Stalingrad sind es vor allem die ersten zwölf Monate, die unsere Erinnerungen an diesen schrecklichen Krieg bis heute prägen. Allein das rechtfertigt schon die Konzentration auf diesen Zeitraum.

Die Aufzeichnungen Heinricis aus dem deutsch-sowjetischen Krieg sind für das erste Jahr, welches er durchgehend an der Ostfront erlebte, besonders dicht. Er war sich der großen Bedeutung der Ereignisse bewusst und suchte seinen Anteil an ihnen zu dokumentieren. Der General erinnerte seine Frau mehrmals daran, dass die ihr gesandten Briefe, Berichte und Tagebücher „Dokumente“ seien

² Der Nachlass Gotthard Heinrici befindet sich als Bestand N 265 im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA) und umfasst 161 Bände mit Dokumenten aus allen seinen Lebens- und Dienstzeiten.

³ Eine Ausnahme bilden die populärwissenschaftlichen, auf Tatsachenberichten beruhenden Darstellungen der „Schlacht um Berlin“ im März/April 1945, in denen Heinrici eine Hauptrolle spielt und durchweg als besonnener, fähiger, aber unpolitischer General geschildert wird. Vgl. vor allem Cornelius Ryan, *Der letzte Kampf*, München/Zürich 1966, der sich auf Gespräche mit Heinrici und von diesem zur Verfügung gestellte Unterlagen stützen kann.

⁴ Dagegen sind die Tagebücher von zwei Heeresgruppen-Oberbefehlshabern publiziert: Leeb, *Tagebuchaufzeichnungen*; Generalfeldmarschall Fedor von Bock, *Zwischen Pflicht und Verweigerung. Das Kriegstagebuch*, hrsg. v. Klaus Gerbet, München/Berlin 1995. Aus einem Armeeoberkommando liegen bisher lediglich einige Briefe des 1. Generalstabsoffiziers der 4. Armee (Oktober 1941–Oktober 1942) vor: Hellmuth Stieff, *Briefe*, hrsg. u. eingel. v. Horst Mühleisen, Berlin 1991, S. 129–158. Die veröffentlichten dienstlichen „Fahrtberichte“ aus einem dem Verband Heinricis zeitweise benachbarten Infanteriekorps sind weniger für die Mentalität des Kommandierenden Generals Weisenberger als für dessen Führung und den Gefechtsverlauf aufschlussreich: „Fahrtberichte“ aus der Zeit des deutsch-sowjetischen Krieges 1941. *Protokolle des Begleitoffiziers des Kommandierenden Generals LIII. Armeekorps*, eingel. u. hrsg. v. Walther Lammers, Boppard a.Rh. 1988.

und daher gut verwahrt werden müssten⁵. Er scheint jede freie Minute genutzt zu haben, um seine Eindrücke und sein militärisches Handeln festzuhalten. Er bediente sich dabei drei verschiedener Formen. Die handschriftlichen *Briefe an seine Frau* sind für den gesamten Zeitraum überliefert, zeitweise täglich und selbst in den aufreibendsten Krisenzeiten nicht mit mehr als wenigen Tagen Unterbrechung. Im ersten halben Jahr des Feldzugs nahm er sich daneben die Zeit, ein handschriftliches persönliches *Kriegstagebuch* zu führen und seiner Familie ein- bis zweimal im Monat einen längeren maschinenschriftlichen *Kriegsbericht* zu geben. Das Tagebuch konzentriert sich auf den militärischen Verlauf und enthält daher ganz überwiegend Gefechtsberichte, hin und wieder aber auch allgemeine Eindrücke. Die Kriegsberichte sind Sammelberichte über seine Kriegserlebnisse und bringen neben Zusammenfassungen der militärischen Lage zahlreiche Beobachtungen über „Land und Leute“. In den Briefen an seine Frau überwiegen dagegen zunächst private Angelegenheiten, die aber teilweise durch kurze Reflexionen über den Krieg unterbrochen werden. Im Laufe der Krisentage des Dezember 1941 musste Heinrici jedoch diese dreiteilige Überlieferung aufgeben und fand nur noch Zeit für die Briefe an seine Frau, die nun stärker als zuvor zu allgemeinen Stimmungsberichten über die militärische Situation wurden. Das änderte sich auch nicht, als Heinrici von Januar bis März 1942 daneben auch wieder zu Tagebuchaufzeichnungen kam.

Aus diesen Quellen wurden die Textpassagen ausgewählt, die für die Wahrnehmung des Krieges durch Heinrici am aufschlussreichsten sind. Betrachtungen über Krieg, Politik und das besetzte Land wurden dabei stärker berücksichtigt als die Schilderung einzelner Gefechte oder militärischer Details. Eins ist jedoch zu beachten: Mentalität und Kriegswahrnehmung sind das eine, Handeln und Kriegswirklichkeit das andere. Letzteres bleibt einer größeren Untersuchung vorbehalten, die neben der privaten Überlieferung auch das gesamte dienstliche Material heranziehen muss und sich außerdem nicht nur auf einen General beschränken darf⁶. Den Dokumenten sollen zunächst die notwendigen Hinweise zur Biographie und Mentalität Heinricis sowie einige Überlegungen zur Einordnung der Quellentexte vorangestellt werden.

1. Lebens- und Karrieredaten

Gotthard Heinrici wurde am 25. Dezember 1886 als Sohn des evangelischen Geistlichen Paul Heinrici in Gumbinnen geboren⁷. Nach dem Abitur am Fried-

⁵ Vgl. etwa den Brief an seine Frau, 24. 1. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 16: „Hebe alle diese Blätter sorgsam auf. Es sind Dokumente.“

⁶ Nachtrag: Vgl. inzwischen Johannes Hürter, *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42*, München 2006. Eine erweiterte Buchfassung des vorliegenden Beitrags ist vergriffen: Johannes Hürter, *Ein deutscher General an der Ostfront. Die Briefe und Tagebücher des Gotthard Heinrici*, Erfurt 2001. Der Autor bereitet eine Edition der Papiere Heinricis vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik vor.

⁷ Die folgenden Daten wurden überwiegend Heinricis Personalakte entnommen, in: BA-MA, Pers 6/30. An knappen biographischen Abrissen liegen vor: Hans Möller-Witten, Gotthard Heinrici, in: Ders., *Mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz. Aus dem Leben von zwanzig vorbildlichen Soldaten*,

richs-Gymnasium verließ er seine ostpreußische Heimatstadt, um am 8. März 1905 dem Königlich preußischen 6. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 95 in Gotha, Coburg und Hildburghausen als Fahnenjunker beizutreten. Der Erste Weltkrieg brachte den jungen Oberleutnant in die unterschiedlichsten Stellungen des Front-, Etappen- und Stabsdienstes. Zunächst sammelte er als Bataillons- und Regimentsadjutant, als Kompanie- und Bataillonsführer sowie als Brigadeadjutant zwei Jahre lang Fronterfahrungen im Bewegungs- wie im Stellungskrieg. Heinrich war an den Kämpfen in Belgien (August/September 1914), Ostpreußen und Polen (September 1914–September 1915) und Nordfrankreich (September 1915–September 1916), u. a. bei Verdun (Höhe 304), beteiligt und erhielt für seinen Einsatz an der Ostfront beide Klassen des Eisernen Kreuzes. Nach diesen Frontverwendungen begann seine Generalstabsausbildung im Quartiermeisterdienst bei Front- und Etappenstellen in Polen, Ungarn, Rumänien und an der Westfront, bevor er nach erfolgreichem Abschluss des „Sedan-Kurses“, der kriegsbedingten Kurzausbildung für Generalstäbler, am 28. Februar 1918 zum 1. Generalstabsoffizier der 203. Division an der Westfront ernannt wurde. In diesem Stab erlebte er die dramatische militärische Entwicklung von der Peripetie des Krieges in der „Großen Schlacht von Frankreich“ über die Abwehrkämpfe bis zur Kapitulation und Demobilisierung.

Anfang 1919 nach Ostpreußen zurückgekehrt, wurde Heinrich ab Februar 1919 als Stabsoffizier im Generalkommando I in Königsberg wiederverwendet. Seine weiteren Stationen in der Reichswehr waren: Taktiklehrer in der „Führergehilfen“- , d. h. Generalstabs-Ausbildung in Königsberg (Oktober 1920–September 1924), Kompaniechef in Schwäbisch Gmünd (September 1924–September 1927), Referent in der Heeres-Organisationsabteilung des Reichswehrministeriums (Oktober 1927–September 1930), Bataillonskommandeur in Osterode/Ostpreußen (Oktober 1930–September 1932), 1. Generalstabsoffizier beim Gruppenkommando I in Berlin (Oktober 1932–Januar 1933) und schließlich Abteilungsleiter im Reichswehr- bzw. Reichskriegsministerium (Februar 1933–Oktober 1937). In diesen Jahren des für einen Generalstäbler typischen Wechsels von Truppen-, Stabs- und Ministerialdiensten stieg er vom Hauptmann bis zum Oberst (1. März 1933) auf. In den Hochrüstungs- und Kriegszeiten verkürzten sich die Beförderungsintervalle erheblich: 1. Januar 1936 Generalmajor, 1. März 1938 Generalleutnant, 1. Juni 1940 General der Infanterie, 1. Januar 1943 Generaloberst, eine zwar nicht spektakuläre, aber gute Karriere, die allerdings in den ersten beiden Kriegsjahren am „Makel“ nur weniger Bewährungen im Kampf litt. Die 16. Infanteriedivision mit Standort in Münster, die Heinrich seit dem 12. Oktober 1937 führte, wurde während des Polenfeldzugs zur Sicherung der Westgrenze in der Heimat belassen. Nach einer kurzen stellvertretenden Führung des VII. Armeekorps (Februar 1940) übernahm Heinrich am 8. April 1940 ebenfalls stellvertretend das XII. Armeekorps, das dann im Westfeldzug südlich von Saarbrücken die Maginotlinie durchbrach.

Am 18. Juni 1940 wurde Heinrici Kommandierender General des XXXXIII. Armeekorps, das fast kampflos nach Südfrankreich (Bourges) vorrückte und nach dem Waffenstillstand vom 22. Juni im Raum Le Havre-Bayeux (später bis zum Mont St. Michel) das „Unternehmen Seelöwe“, die deutsche Invasion Englands, vorbereitete. Im April 1941 kam das Generalkommando von der Kanal-küste nach Polen, um am Angriff auf die Sowjetunion teilzunehmen. Dieser Feldzug wurde für Heinrici und seinen Verband zur großen Bewährungsprobe⁸. Zunächst der 4. Armee (Kluge), dann ab 4. Juli der 2. Armee (Weichs) unterstellt, kämpfte sich das Korps von der Buglinie nördlich Brest-Litovsk bis Ende Juli an die Berezina nahe Bobrujsk vor, überschritt dann in nur zwei Tagen, am 10. und 11. August, diesen Fluss und den Dnepr und ermöglichte damit den Kessel von Gomel. Für diese Leistung erhielt Heinrici das Ritterkreuz. Anschließend beteiligte sich das Korps an der Kesselschlacht von Kiev, bevor es Ende September in die Gegend nordwestlich von Brjansk verlegt wurde und die nördliche Umfassung der Brjansker Front einleitete. Nach der erfolgreichen Doppelschlacht von Vjaz'ma-Brjansk ging das Korps nach Lichvin an der Oka vor, ehe die Schlammperiode in der zweiten Oktoberhälfte den Vormarsch stoppte. Bei Eintritt des Frostes Anfang November wurde die Offensive im Verband der 2. Panzerarmee (Guderian) auf Tula und Moskau fortgesetzt, führte noch zur Einnahme Aleksins, brach dann aber am 5. Dezember endgültig zusammen. Es folgten Abwehrkämpfe unter katastrophalen Bedingungen, die das Korps an den Rand der Vernichtung brachten, und die Rücknahme im Dezember zunächst auf Kaluga, dann im Januar auf Juchnov. Hier entbrannten die monatelangen Kämpfe um die „Rollbahn“, die Hauptnachschiebstraße in Richtung Moskau, und gegen die drohende Einkesselung.

Die Verteidigung der „Rollbahn“ war auch die wichtigste Aufgabe der 4. Armee, der das Korps seit dem 19. Dezember 1941 wieder unterstellt war und mit deren Führung Heinrici am 20. Januar 1942 überraschend betraut wurde. Der neue Oberbefehlshaber zeigte sich als der wohl fähigste Defensivspezialist im Mittelabschnitt der Ostfront. Zunächst musste der Raum um Spas-Demensk, dem Armeehauptquartier, gegen die bis Mai 1942 anhaltenden heftigen Angriffe der Roten Armee gehalten werden. Das gelang trotz zahlreicher Einbrüche und im Rücken auftauchender Feindkräfte. Der Abwehr der russischen Offensive folgte ein Jahr relativer Ruhe, ehe die 4. Armee seit Sommer 1943 erneut ständig von der Roten Armee attackiert wurde. Sie überstand alle Angriffe, zunächst in der bereits im März 1943 bezogenen „Büffelstellung“, dann seit Oktober 1943 in der „Pantherstellung“ bei Orša an der Autobahn nach Moskau. Doch alle Abwehrerfolge in den „Rollbahnschlachten“ konnten das Ende der 4. Armee nur verzögern, nicht verhindern. Im Juni 1944 wurde sie zusammen mit der Heeresgruppe Mitte vernichtet. Heinrici war kurz zuvor erkrankt, so dass er seine Armee in ihrem letzten Kampf nicht persönlich führen konnte.

⁸ Zum militärischen Verlauf des Ostfeldzugs vom deutschen Angriff bis zum ersten Überstehen der großen Winterkrise im Februar 1942 vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (künftig: DRZW), hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4: Horst Boog [u. a.], Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 451–652 (Beitrag Ernst Klink). Vgl. auch Klaus Reinhardt, Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42, Stuttgart 1972.

Am 16. August 1944 wurde der wiedergenesene Generaloberst zum Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee berufen und bewährte sich bei den hinhaltenden Abwehrkämpfen in Ungarn und Mähren. Wegen seiner langjährigen Erfahrungen in der Defensive beauftragte man ihn am 20. März 1945 mit der Führung der Heeresgruppe Weichsel, die an der Oder den Angriff der Roten Armee auf Berlin stoppen sollte. Mit dieser Aufgabe war auch Heinrici überfordert. Nach dem Zusammenbruch der Oderfront und Meinungsverschiedenheiten mit dem OKW wurde er am 29. April auf eigenen Wunsch seines Postens enthoben. Heinrici setzte sich nach Schleswig-Holstein ab und geriet am 28. Mai bei Flensburg in britische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Mai 1947 nach Deutschland zurückkehrte. Gotthard Heinrici starb am 10. Dezember 1971 in Karlsruhe.

2. Prägungen

Das Verhalten der deutschen Generalität im Krieg gegen die Sowjetunion ist nicht von bestimmten Dispositionen zu trennen, die sich in verschiedenen Etappen der Sozialisation im Kaiserreich, im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit entwickelten. In der Medizin bezeichnet die Disposition die Anfälligkeit des Menschen für eine Krankheit und bildet einen wesentlichen Gegenstand der Ursachenforschung. Entsprechend muss der Historiker fragen, welche Anlagen dafür bestanden, dass eine konservative und traditionelle Elite wie die Wehrmachtsgeneralität die nach und nach jeden traditionellen Rahmen sprengende, zu Verbrechen übergehende nationalsozialistische Kriegspolitik und Kriegführung nicht nur hinnahm, sondern mittrug. Herkunft, Laufbahn und Erfahrung prägten ein politisches und militärisches Denken, das die Einstellung zu Diktatur und Krieg entscheidend beeinflusste. Diese Voraussetzung des Handelns der Generäle wurde bisher noch nicht systematisch und umfassend untersucht⁹. Auch der vorliegende Beitrag kann nur – als Ergänzung und zum besseren Verständnis der abgedruckten Dokumente – einige Hinweise zur Mentalität eines oberen Heereskommandeurs an der Ostfront geben, wobei sich allerdings viele grundsätzliche Merkmale in der individuellen Biographie finden lassen.

Wie die meisten der im Juni 1941 ein Korps, eine Armee oder eine Heeresgruppe in die Sowjetunion führenden Generäle wurde Heinrici in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts geboren, war protestantischer Preuße und entstammte der staatstragenden Schicht aus Geblüt und Besitz, Bürokratie und Militär, Kirche

⁹ Selbst die Standardwerke von Manfred Messerschmidt (*Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination*, Hamburg 1969) und Klaus-Jürgen Müller (*Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940*, Stuttgart 1969) bieten keine umfassende Analyse der Mentalitäten und berücksichtigen überdies die Generäle in Kriegsministerium, OKW und OKH ungleich stärker als die „Troupiers“. Allerdings geben sie bereits einige grundlegende Erklärungsmodelle, etwa das von der „Teilidentität der Ziele“ (Messerschmidt). Vgl. daneben die instruktiven, auf das Offizierskorps bezogenen Aufsätze: Klaus-Jürgen Müller, *Armee und Drittes Reich. Versuch einer historischen Interpretation*, in: Ders., *Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945. Studien zum Verhältnis von Armee und NS-System*, Paderborn 1979, S. 11–50; Bernhard R. Kroener, *Strukturelle Veränderungen in der militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches*, in: *Nationalsozialismus und Modernisierung*, hrsg. v. Michael Prinz u. Rainer Zitelmann, Darmstadt 1994, S. 267–296.

und Bildung. Sein Vater war evangelischer Pfarrer in Ostpreußen, avancierte später bis zum Generalsuperintendenten und trat im Ersten Weltkrieg „aus tiefster vaterländischer Überzeugung“ dem Alldeutschen Verband bei¹⁰. Heinrich lebte von der Geburt bis zum Abitur in der Beamten- und Garnisonsstadt Gumbinnen. Das kleinstädtische Milieu im agrarischen Grenzland nahe dem Zarenreich bestimmte seine frühe politische Sozialisation. Heinrich selbst beschrieb diese Einflüsse später als konservativ, national, monarchisch, kirchentreu und wegen des Fehlens einer Industrie fernab jeder sozialistischen Ideen¹¹. Hinzu kamen die regionalen antislawischen Ressentiments und wohl auch ein latenter Antisemitismus, wie er gerade in ostelbischen Klerikerkreisen verbreitet war. Eine wesentliche Sorge der ostpreußischen Bevölkerung war die „Russengefahr“, die Heinrich ebenso im Gedächtnis blieb wie die in der Schulaula aufgehängte Reproduktion des bekannten von Wilhelm II. entworfenen Bildes „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!“, das eigentlich gegen die „gelbe Gefahr“ während des Boxerkrieges gerichtet war, in Ostpreußen aber auch eine Spitze gegen das „halbasiatische“ Russland bekommen musste¹².

Die beiden weiteren wesentlichen Sozialisationsabschnitte waren die Erziehung im Kaiserlichen Heer und das Kriegs- und Revolutionserlebnis 1914–1919. Während die fast zehnjährige Ausbildung in seinem preußischen Regiment die konservativ-monarchischen Anlagen festigten und um ein elitäres Standesbewusstsein ergänzten, wurden die im Frieden verinnerlichten militärischen und politischen Grundwerte in Krieg und Revolution auf eine harte Probe gestellt. Der Erste Weltkrieg war für Heinrich und seine Offiziersgeneration das Schlüsselerlebnis¹³. Heinrich lernte die verwirrende Vielfalt des modernen Krieges an allen Brennpunkten im Westen und Osten kennen. Dabei sind für seinen späteren Einsatz in der Sowjetunion vor allem drei Erfahrungen bemerkenswert.

Heinrich sah sich im September 1914 mit einem Schreckgespenst seiner Kindheit, der „Russengefahr“, konfrontiert, als sein Regiment an der Verfolgung der sich aus Ostpreußen zurückziehenden russischen Truppen beteiligt wurde. In den befreiten ostpreußischen Gebieten zeigten sich „Bilder von blindwütiger Zerstörung und sinnloser Vernichtung, wie wir sie niemals für möglich gehalten hatten“, ein schockierender Eindruck, der alle Vorbehalte gegen die „barbarischen“ Russen zu bestätigen schien¹⁴. Diese Empfindung verstärkte sich noch beim Über-

¹⁰ Erinnerungen Heinrichs „Der Krieg“, 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 6.

¹¹ Erinnerungen Heinrichs an seine Schulzeit, 1960, in: BA-MA, N 265/24, Bl. 26f.

¹² Ebenda, Bl. 20 bzw. 27. Vgl. ebenda, Bl. 20: „Wenn es auch sicher kein Kunstwerk war, so hat es doch schon Dinge vorausgeahnt, denen wir uns ½ Jahrhundert später gegenübergestellt sahen.“

¹³ Heinrich betonte später (1960) in seinen Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg, „daß ich während des Krieges voll und ganz mit meinen persönlichen Erlebnissen beschäftigt war, die heute noch deutlich in meinem Gedächtnis haften“. In: BA-MA, N 265/23, Bl. 1.

¹⁴ Ebenda, Bl. 2. Diese Eindrücke bestimmen auch seine anderen Erinnerungen an diese Zeit, vgl. „Meine dienstliche Verwendung im 1. Weltkrieg“, ca. 1960, in: Ebenda, Bl. 57f.; „Wiedersehen mit Gumbinnen“, 1960, in: BA-MA, N 265/24, Bl. 42–45. Vgl. etwa ebenda, Bl. 44: „Auch Morde oder Verschleppung der Besitzer sollen vorgekommen sein. Jedenfalls hatte die feindliche Besatzung Spuren hinterlassen, die zeigten, wie grundlegend sich ihre Auffassungen von den unseren unterschieden.“ In der Rückschau meinte Heinrich aber auch („Der Krieg“, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 3): „Nun waren die Russen des 1. Weltkrieges im Vergleich zu ihren bolschewistischen Nachkommen des 2. Weltkrieges noch zahme Gesellen.“

schreiten der russischen Grenze und Einmarsch in den Ort Vladislavov¹⁵: „Was wir aber dort an ‚Kultura‘ vorfanden, erschütterte uns zutiefst. Kaftanjuden mit Ringellöckchen, niedrige Häuser, Kaufläden, deren Holzläden mit den feilgebotenen Waren primitiv bemalt waren (weil die Käufer Analphabeten waren), keine Bürgersteige, kurz so hatten wir uns Rußland nicht vorgestellt.“ Seine Kampfeinsätze in den kommenden Monaten und Jahren in Polen vermochten an diesem ersten Eindruck vom tapferen, aber „primitiven“ Russen, von der Rückständigkeit slawischer Kultur und einem unwirtlichen Land¹⁶ nichts zu ändern.

Dass die Schrecken des modernen Krieges nicht auf die Schlacht und die Kombattanten beschränkt blieben, sondern auch das Hinterland und die Zivilbevölkerung erfassten, erlebte Heinrici nicht nur in seiner ostpreußischen Heimat. Seine Tätigkeit als Nachschuboffizier in Rumänien brachte ihn 1917 mit grundlegenden Problemen der Besatzungspolitik in Berührung. Besonders beeindruckt zeigte er sich von der teilweise katastrophalen Ernährungslage in den von Flüchtlingen überfüllten Dörfern. Der Entschluss der Besatzungsmacht, in einem dieser Dörfer die Frauen und Kinder unter den Flüchtlingen von den Männern zu trennen und abzutransportieren, stieß bei ihm zwar auf moralische Bedenken, wurde gleichzeitig aber gerechtfertigt. „Es bedeutet, der Familie ihren Ernährer nehmen, sie ins Unbekannte schicken und den Mann zurückbehalten. Das ist für die Leute sehr grausam. An unseren eigenen Landsleuten ausgeführt, würden wir ihn sicher Barbarismus nennen. Wir brauchen jedoch die männliche Arbeitskraft zur Bestellung der Felder im Frühjahr. Die Burschen können uns manchen Morgen beackern, der der Heimat zu gut kommt. Das ist wertvoller, als wenn einige Frauen und Kinder in Rumänien verkommen.“¹⁷ Dieser aufschlussreiche Tagebucheintrag beschreibt dann eine Straße, an der einige Tage zuvor mehrere Zivilisten erfroren waren: „Dieser Krieg ist ja nicht zu vergleichen mit dem 30-jährigen. Ein Kinderspiel war es, was er vernichtete gegenüber dem heutigen Krieg.“ Der Bezug zum Dreißigjährigen Krieg zeigt den Rückfall in längst überwunden geglaubte Formen des Krieges. Nicht der auf den Exerzierfeldern und Manövern des Kaiserreichs geübte schulmäßige Kampf geordneter Schlachtreihen, sondern der blutige „technisch-industrielle“ Abnutzungskrieg, der die Ressourcen der Heimat verschlang und als Ausgleich die Ausbeutung der besetzten Gebiete ohne Rücksicht auf die fremde Zivilbevölkerung zu fordern schien, bestimmte das neue Kriegsbild¹⁸.

¹⁵ „Meine dienstliche Verwendung im 1. Weltkrieg“, ca. 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 59.

¹⁶ Vgl. ebenda, Bl. 61, über den Einsatz im Oktober 1914: „Wir erreichten jetzt selbst das Ufer der Weichsel und fanden dort eine Gegend vor, in der es nur Sand, verlauste Panjehütten, Sturm und Regen gab.“

¹⁷ Tagebuch Heinricis, 22. 2. 1917, in: BA-MA, N 265/8.

¹⁸ Zur Konfrontation mit dem „technisch-industriellen Krieg“ vgl. Müller, Armee. Vgl. auch die nach wie vor grundlegenden Studien von Michael Geyer, vor allem: Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936, Wiesbaden 1980. Allerdings läuft Geyers stark politologisch und soziologisch ausgerichtete Argumentation manchmal in die Gefahr einer überspitzten und anachronistischen Thesenbildung. Dennoch geben die von ihm geprägten Begriffe einer „Industrialisierung“, „Entgrenzung“ und „Vergesellschaftung“ des Krieges recht gut den Kern der intensiven, in dem Schlagwort vom „totalen Krieg“ kulminierenden militärtheoretischen Diskussion der Zwischenkriegszeit wieder. Vgl. dazu Gerhard Förster, Totaler Krieg und Blitzkrieg. Die Theorie des totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschlands am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Berlin [Ost] 1967; Uwe Bitzel, Die Konzeption des Blitzkrieges bei der deutschen Wehrmacht, Frankfurt a. M. [u. a.] 1991.

Heinrici selbst nennt diese Kriegführung „Barbarismus“, nimmt die Grenzüberschreitung vom traditionellen Kabinettskrieg zum „totalen“ Krieg der Völker, die ihn 1914 in Ostpreußen noch empört hatte, trotz allem spürbaren Unbehagen nun aber in Kauf. Auch dass die Auswirkung des Krieges auf das Hinterland schon im Ersten Weltkrieg an der Ostfront brutalere Züge annahm als an der Westfront, war – bei allen Unterschieden zwischen diesen Kriegen – eine Vorahnung auf den Zweiten Weltkrieg.

Der Zusammenhang von Front, rückwärtigen Gebieten und Heimat ist auch für die dritte in unserem Kontext interessante Erfahrung bedeutsam. Wie alle kaiserlichen Offiziere empfand auch Heinrici den in Kapitulation, Revolution und Republik mündenden Zusammenbruch des Kaiserreichs als Untergang seiner Welt. Bereits Mitte Oktober 1918 fürchtete er eine Revolution nach dem „Beispiel Rußland“¹⁹ und beklagte, „daß in wenigen Tagen, in denen wir ohne zu hören u. zu sehen im Kampf standen, unser ganzes altes Vaterland eingestürzt ist. Was soll das geben? Uns regiert jetzt eine Clique von Juden und Sozialisten, Leuten, denen die Internationale über alles geht.“²⁰ Damit schien der Sündenbock gefunden. Noch im hohen Alter empörte sich Heinrici über den „Dolchstoß“, über die sozialistische Zersetzung, die aus der Heimat über die Etappe schließlich auch ins kämpfende Heer eindrang²¹. Doch der „Bolschewismus“ drohte nicht nur im Innern, sondern auch von außen. Nach der Demobilisierung seiner Einheit eilte Heinrici Anfang 1919 nach Königsberg, um seine ostpreussische Heimat gegen Polen und die angeblich aus dem Baltikum anrückenden „Bolschewistischen Horden“ zu verteidigen²². Dieser Kampf blieb aus, aber Heinrici wurde sofort im Generalkommando in Königsberg wiederverwendet, war an der Ausschaltung der Marinevolkswehr am 3. März 1919 beteiligt, organisierte den Grenzschutz und plante die Zurückeroberung Posens, ehe die Unterzeichnung des Versailler Vertrags und die Politik der Reichsregierung zu seinem Ärger weitere Aktionen verhinderten²³. Doch zurück blieb das Selbstgefühl, nach Kriegsende in vorderster Front gegen den Bolschewismus und das in Ostpreußen nicht minder als Bedrohung empfundene „Slawentum“ gestanden zu haben.

Für die Generation und den Berufsstand Heinricis war der Erste Weltkrieg eine traumatische Erfahrung, die in den folgenden Jahren und Jahrzehnten bis zum Zweiten Weltkrieg und darüber hinaus nachwirkte. Sie führte zur entscheidenden Erkenntnis, dass der moderne Krieg nicht mehr allein das Geschäft des traditio-

¹⁹ Tagebuch Heinricis, 15. 10. 1918, in: BA-MA, N 265/8: „Nach dem Kriege können wir ein schönes Chaos bei uns erwarten und ich bin noch nicht sicher, ob das Beispiel Rußland bei uns nicht Schule machen wird.“

²⁰ Tagebuch Heinricis, 16. 10. 1918, in: Ebenda.

²¹ „Der Krieg“, 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 22: „Wir waren fassungslos! All unser Kämpfen, alle Siege, alle Aufopferung und alles Sterben für Deutschland war also vergeblich gewesen! Jetzt gaben die Sozialdemokraten durch diesen Dolchstoß dem Reiche Bismarcks den Rest. [...] Statt zur Sammlung aller Deutschen in diesem schwersten Augenblick aufzurufen, eröffneten sie den Klassenkampf.“ Zu den Auflösungserscheinungen im Heer vgl. ebenda, Bl. 22–26.

²² Vgl. hierzu und zu folgendem die Aufzeichnung Heinricis „Die Jahre nach dem 1. Weltkrieg in Königsberg“, ca. 1960, in: BA-MA, N 265/31, Bl. 1–20, Zitat Bl. 1.

²³ Vgl. das Tagebuch Heinricis, 27. 6. 1919, in: BA-MA, N 265/8, über die „Schuld der Regierung, die uns einfach fallen ließ“. „Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit war es eben, abzulehnen oder wenn sie unterschrieb, stillschweigend hier bei uns die Dinge geschehen zu lassen.“

nellen Kriegshandwerks war, sondern eine gewaltige Anstrengung der gesamten Volkskraft erforderte. Besonders wohl war den Militärs dabei nicht, gab es doch bereits im Ersten Weltkrieg Anzeichen dafür, dass diese Entwicklung zu schwer zu kontrollierenden, „verheerenden“ Kampfesformen zurückführte, die man durch die Ausbildung der europäischen „Kriegskunst“ im 18. und 19. Jahrhundert gebändigt zu haben glaubte. Aber gerade die jüngeren Offiziere fügten sich in die neuen Anforderungen. Diese „Kriegsnotwendigkeiten“ mussten schwerwiegende, auch politische Folgen haben. Zum einen legitimierten sie die Ausnutzung aller Vorteile, vor allem auch die rücksichtslose Ausbeutung der besetzten Gebiete, erst recht wenn sie von als „minderwertig“ eingeschätzten Völkern besiedelt wurden. Zum anderen traute man nur einer autoritären Staatsmacht zu, die ganze Nation für den Kampf straff zu organisieren und zusammenzuhalten. Die Katastrophe des Spätjahrs 1918 hatte den Militärs verdeutlicht, dass die Stabilität der Heimatfront und überhaupt ein ruhiges Hinterland für die Kriegführung unabdingbar waren. Das verlangte eine geschlossene „Volksgemeinschaft“ und ein hartes Durchgreifen bei jeder Unruhe im Rücken der Front. Der Bruch des nationalen „Burgfriedens“ wurde „den“ Juden und Sozialisten angelastet, so dass diese Forderung vor dem Hintergrund der Ereignisse in Russland und anderswo immer auch „antibolschewistisch“ war und sich mit älteren Vorbehalten gegen Sozialdemokraten, Juden und Russen verband. So entstand schon im Ersten Weltkrieg und seinem revolutionärem Nachspiel die gefährliche Mischung aus der Akzeptanz des – später so genannten – „totalen Krieges“ und einem militanten Antibolschewismus mit antisemitischem und antislawischem Einschlag, eine Mischung, die im nächsten großen Krieg zur Explosion zu kommen drohte.

Zunächst aber machte die Nachkriegsordnung viele Deutsche zusätzlich für totalitäre und revanchistische Tendenzen empfänglich. Die innere und äußere Schwäche der Republik musste einem monarchisch und national gesinnten Offizier ebenso unerträglich sein wie die Existenz eigener Staaten der von Heinrici so genannten „korrupten Völker“ Osteuropas²⁴. Autoritäre Umgestaltung im Innern und Revision der Grenzziehung besonders im Osten waren die selbstverständlichen Ziele eines mit den Deutschnationalen sympathisierenden Offiziers wie Heinrici. Im März 1920 stand er mit dem gesamten Generalkommando in Königsberg auf Seiten Kapps²⁵, was für seine weitere Laufbahn in der Reichswehr keine nachteiligen Folgen hatte. Danach gab es keine Gelegenheit mehr, aktiv in die Innenpolitik einzugreifen. Nun hat aber kaum ein anderes Schlagwort so große Missverständnisse hervorgerufen wie das von der „unpolitischen Reichswehr“. Sowohl der Attentismus Seeckts als auch die Hinwendung Groeners und Schleichers zur Republik besaßen ihre politische Bedeutung, und überhaupt war die Militärelite keineswegs bereit, ihre in der Monarchie erworbene gesellschaftliche und politische Stellung in der Weimarer Republik aufzugeben. Natürlich blieb der unmittelbare Einfluss auf die Politik wie vorher auf sehr wenige beschränkt. Doch gab es wohl auch nur wenige Offiziere, die nicht an der innen- und außenpoliti-

²⁴ Tagebuch Heinricis, 17. 10. 1918, in: Ebenda: „Wenn das sich alles verwirklichen soll, was die Polen, Tschechen, Ungarn u. wie die korrupten Völker alle heißen, jetzt begehren, dann treten wir mit diesem Frieden erst in das Zeitalter der Kriege und Revolutionen ein.“

²⁵ Vgl. den von Heinrici zusammengestellten Lebenslauf, in: BA-MA, N 265/26, Bl. 17.

schen Entwicklung Anteil genommen und bei aller Zurückhaltung nicht doch auch eine gewisse gesellschaftlich-politische Rolle gespielt hätten. Außerdem war der moderne Generalstabsoffizier, besonders wenn er im Reichswehrministerium arbeitete, geradezu verpflichtet, in seinen militärischen Überlegungen gesellschaftliche, wirtschaftliche und natürlich auch politische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Strategie und Politik sind untrennbar. Erst nach 1945 versuchten die Generäle ihr Verhalten in der NS-Diktatur mit der Behauptung zu rechtfertigen, sie seien in der Reichswehr zu „unpolitischen Soldaten“ umerzogen worden, die sich ausschließlich auf ihren professionellen Bereich konzentriert hätten. Die aus den Reichswehrjahren erhaltenen Briefe Heinricis belegen das Gegenteil. Sie zeigen ein hohes politisches Interesse, das sich vor allem im Übergang von Weimar zu Hitler 1932/33 in ausführlichen Reflexionen niederschlug. Diese politischen Betrachtungen sind für die Einstellung Heinricis zum Nationalsozialismus höchst aufschlussreich.

Heinrici war ein entschiedener Gegner der Weimarer Parteiendemokratie mit ihrem Pluralismus und ihren Gegensätzen. Statt dessen wünschte er sich einen autoritären Staat, den er allerdings auch in einer gemäßigten Spielart akzeptiert hätte. Den Versuch Brünnings, alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen zur Mitarbeit zu gewinnen, begrüßte er. Wie sehr er sich dabei von militärischen Aspekten leiten ließ, zeigt seine Enttäuschung, als die Deutschnationalen sich Anfang 1932 einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs verweigerten und damit der inneren Unruhe weitere Nahrung gaben²⁶: „Zusammengefasst ist der Wunsch Hindenburgs und der Regierung weiter nichts als der, eine Volksgemeinschaft zum Kampf gegen die Franzosen und Polen zu schaffen. Wenn sie einrücken, können wir zu den Socis nicht sagen: Es ist verboten, mitzukämpfen, denn ihr seid nicht deutschnational. Aber auch bei den Verhandlungen in Genf schon braucht unsere Vertretung nicht eine Gruppe, sondern das Volk geschlossen hinter sich. Das zu verhindern, ist leider gelungen.“ Zu diesem Zeitpunkt setzte er noch auf die „vernünftige Rechte“, während ihm die „Nationalsozialisten mit ihrem wilden Radikalismus“ wenig sympathisch waren²⁷. Doch als auch die konservativen Regierungen Papens und Schleichers die für die Rüstungspläne der Reichswehr notwendige „Volksgemeinschaft“ nicht erreichen konnten, änderte sich diese Haltung. Die Regierungsübernahme Hitlers kommentierte Heinrici mit einer Mischung aus Erwartung und Skepsis, da ihm ein von der NSDAP unterstütztes deutschnationales Kabinett lieber gewesen wäre²⁸. Aber schon die ersten Regierungsmaßnahmen bestärkten ihn in der Hoffnung, „dass wir aus der marxistisch jüdischen Schweinerei nun endlich herauskommen“²⁹. Ohne dies zu bewerten, ahnte er allerdings bereits³⁰: „Die kommenden Jahre werden sicher sehr aufregende und später schliesslich kriegerische werden.“

²⁶ Heinrici an seine Eltern, Osterode/Ostpreußen 5. 3. 1932, in: BA-MA, N 265/147, Bl. 72f.

²⁷ Heinrici an seine Mutter, Osterode/Ostpreußen 19. 3. 1932, in: Ebenda, Bl. 76f.

²⁸ Heinrici an seine Eltern, Berlin 4. 2. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 11.

²⁹ Heinrici an seine Eltern, Berlin 17. 2. 1933, in: Ebenda, Bl. 16f. Vgl. ebenda: „Die Regierung hat inzwischen ja scharf durchgegriffen. In der Beamtenschaft hat sie ordentlich Luft gemacht. Die Verbote der Berliner Asphalt Presse, die alles in den Dreck ziehn muss, waren mir wirklich aus der Seele gesprochen. [...] Auch in Genf finden wir doch endlich den rechten Ton [...]“

³⁰ Heinrici an seine Eltern, Berlin 24. 2. 1933, in: Ebenda, Bl. 19f.

Die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft verfolgte Heinrici mit einer eigentümlichen Unsicherheit des Urteils, die für seine gesamte Haltung im Dritten Reich charakteristisch ist. Der von den festen Normen des Kaiserreichs geprägte, in Revolution und Nachkriegszeit jedoch in diesen Normen erschütterte Offizier zeigte sich zwar nicht als unpolitisch, wohl aber als politisch labil. Einerseits beeindruckte, ja begeisterte ihn der radikale Umschwung in der Innenpolitik, andererseits bemängelte er immer wieder, dass teilweise der „Schwung in Willkür“ ausarte und „über das Ziel hinausgeschossen“ werde³¹. Heinrici erkannte sehr wohl das Neue, „Revolutionäre“ der Entwicklung und fand für die zunehmend dominante Stellung der NSDAP schon früh das Wort Diktatur³². Doch der nationalkonservative Offizier war bereit, sein Unbehagen über manche radikale Maßnahme und über das Zurückdrängen der deutschnationalen Bündnispartner Hitlers hinter das „große Ziel“ zurückzustellen, „Deutschland wieder zu einem nationalen Staat zu machen“³³. Das Ende der Weimarer Republik, für ihn „die Jahre sozialdemokratischer Herrschaft“³⁴, und die Flucht der „kommunistischen Läuse“ ins Ausland³⁵ erfüllten ihn mit Genugtuung. Diese Wende war für Heinrici die gelungene Revanche der Rechte für die immer wieder als Vergleich herangezogenen Ereignisse von 1918/19 und entsprechend genoss er die öffentlichen Demonstrationen der Einheit von Schwarz-Weiß-Rot und Hakenkreuz³⁶. Vor allem aber erhoffte sich der militärische Fachmann, dass die neue Regierung das Trauma von 1918, die Verbindung von nationaler Zwietracht und militärischer Schwäche, überwinden und eine geschlossene, kriegsbereite Nation schaffen werde. Mit Blick auf die europäische Vormachtstellung Frankreichs prognostizierte Heinrici³⁷: „Erst wenn Hitler das ganze deutsche Volk militarisiert haben wird, – was anderes ist ja eigentlich sein Programm nicht, denn auch der Arbeitsdienst ordnet sich dem ein – und wir selbst wieder eine Macht darstellen, dann wird es wohl anders werden. Wenn wir je mal wieder Krieg bekommen sollten, dann wird es eins in der Form nicht mehr geben wie vor 15 Jahren: die Miesmacher. Das werden die Nazis dann schon austreiben. Das Volk werden sie schon zu führen wissen.“

Wie der Widerstreit zwischen dem Unbehagen über die Radikalität des neuen Regimes und der Freude über die „nationale“ Innen- und Militärpolitik zugunsten letzterer entschieden wurde, zeigt sich nirgends eindringlicher als in Heinricis Einstellung zu den antisemitischen Maßnahmen, die er sehr genau registrierte. Dabei führte die Konfrontation des bei Heinrici wohl schon früh angelegten, durch die Erfahrungen mit dem „jüdischen Bolschewismus“ verstärkten Antisemitismus mit seinem christlich-konservativen Wertesystem zu eigenartigen

³¹ Heinrici an seinen Vater, Berlin 10. 3. 1933, in: Ebenda, Bl. 28–30. Vgl. auch die Briefe an seine Eltern vom 4. 3. 1933 (ebenda, Bl. 24), 19. 3. 1933 (ebenda, Bl. 34f.), 1. 4. 1933 (ebenda, Bl. 37), 9. 4. 1933 (ebenda, Bl. 39), 20. 7. 1933 (ebenda, Bl. 70f.), 6. 8. 1933 (ebenda, Bl. 77–79).

³² Heinrici an seine Eltern, Berlin 1. 4. 1933, in: Ebenda, Bl. 37.

³³ Ebenda.

³⁴ Heinrici an seine Eltern, Berlin 20. 7. 1933, in: Ebenda, Bl. 70f.

³⁵ Heinrici an seine Eltern, Berlin 4. 3. 1933, in: Ebenda, Bl. 24.

³⁶ Vgl. etwa die Briefe an seine Eltern vom 4. 3. 1933 (ebenda, Bl. 24), 19. 3. 1933 (ebenda, Bl. 34f.) und 11. 11. 1933 (ebenda, Bl. 99f.).

³⁷ Heinrici an seine Eltern, Berlin 2. 6. 1933, in: Ebenda, Bl. 57.

Sprüngen der Argumentation. Im März 1933 bedauerte er die Misshandlung eines ihm bekannten „braven“ Juden, rechtfertigte sie aber gleichzeitig mit dem Hinweis auf 1919, „als wir nach Hause kamen und die Matrosen mit roten Armbinden regierten“³⁸. Die Entfernung jüdischer Beamter, Angestellter und Ärzte begrüßte er³⁹: „Ich habe nie die Juden in Bausch und Bogen verdammt, aber es ist sicher gut, wenn sie und das Centrum auf ihre wirkliche Bedeutung zurückgeführt werden. In den Schulen scheint auch schon gelüftet zu werden.“ Dagegen kritisierte er den pogromartigen Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933 zunächst als „eine sehr unglückliche Maßnahme, die zu vielen Ungerechtigkeiten und Kränkungen führen muß“⁴⁰. Doch schon wenige Tage später stellte er wieder „das Große“ in den Vordergrund, rechtfertigte „notwendige“ Zwangsmaßnahmen, „auch manche Härten“ und lobte Hitler und Goebbels⁴¹: „Die Geschicklichkeit, mit der sie den Judenboykott durchgeführt u. doch abgedreht haben, war groß!“ Als er einige Zeit darauf eine Amsterdamer Exilzeitung in die Hände bekam, meinte er erstmals zu erkennen, „was Greuelpropaganda heisst“, und nutzte diesen Eindruck sofort zu einer Rechtfertigung der NS-Politik⁴²: „Wenn solche Vertreter das Judentum darstellen, verdient es seine Behandlung.“ Als sich die Judenpolitik in den folgenden Jahren verschärfte, wurden die immer selteneren Äußerungen Heinrichs zu dieser Frage zurückhaltender. Doch auch wenn er etwa den großen Judenpogrom vom 9. November 1938 ablehnte⁴³, so war die von ihm stets wahrgenommene Entrechtung und Verfolgung der deutschen Juden nie ein ausschlaggebendes Kriterium seiner Beurteilung des NS-Regimes. Welche Richtung der nationalsozialistische Antisemitismus einzuschlagen drohte, musste ihm eine Rede Rosenbergs verdeutlichen, die der Divisionskommandeur im Januar 1939 als Ehrengast einer Parteiveranstaltung in Detmold hörte⁴⁴: „Er sprach 1 Stunde über die greulichen Juden. Die Judenfrage sei erst gelöst, wenn es keinen Juden mehr in Deutschland gebe und sie seien entschlossen, das auch durchzusetzen. Am besten wäre es überhaupt, wenn in ganz Europa kein Jude mehr sei.“

Entscheidend blieben für Heinrich der „nationale“, d.h. vor allem militärische Wiederaufstieg und die damit verknüpfte Einheit von Wehrmacht und Nation⁴⁵. Als Chef der Allgemeinen Abteilung des Wehramts im Reichswehrministerium war er für das Ersatzwesen und damit für politisch brisante Fragen wie die „Weh-

³⁸ Heinrich an seine Eltern, Berlin 19. 3. 1933, in: Ebenda, Bl. 34 f.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Heinrich an seine Eltern, Berlin 1. 4. 1933, in: Ebenda, Bl. 37. Vgl. ebenda: „Die Juden aus ihrer sehr großen Einflußsphäre zurück zu drängen, war nötig. Das Mittel hierzu jedoch verfehlt.“

⁴¹ Heinrich an seine Eltern, Berlin 9. 4. 1933, in: Ebenda, Bl. 39.

⁴² Heinrich an seine Eltern, Berlin 6. 8. 1933, in: Ebenda, Bl. 77–79. Vgl. aber auch ebenda: „Den anständigen Juden erweisen die geflüchteten damit keinen Dienst.“

⁴³ Heinrich an seine Mutter, 18. 11. 1938, in: BA-MA, N 265/152, Bl. 85: „In Berlin sind wie in allen Städten die Judengeschäfte u. Synagogen zerstört. [...] Man hört überall sehr ablehnende Urteile über alles, was geschehen.“

⁴⁴ Heinrich an seine Mutter, 16. 1. 1939, in: BA-MA, N 265/153, Bl. 6 f.

⁴⁵ Vgl. auch seine retrospektive Darstellung in einem Brief an Foertsch, 28. 6. 1951, in: Institut für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ), Zeugenschrifttum Heinrichs, ZS 66/2: „Die nationale Haltung der NSDAP, ihr Kampf für die Gleichberechtigung des deutschen Volks und der Armee wurden von mir in vollem Umfang bejaht. Vor allem begrüßte ich die Absicht, den Arbeiter wieder an den Staat heranzuführen. Um dieses Zwecks willen nahm ich Manches, was mir im sozialen Programm der Partei übertrieben schien, in Kauf.“ Vorbehalte habe er aber u. a. gegen den radikalen Rassismus und das revolutionäre Gebaren der Partei gehabt.

ertüchtigung“ und das Verhältnis zu den Wehrverbänden zuständig. Gerade bei dieser Tätigkeit musste das Ideal einer „Volksgemeinschaft“ als Grundlage dynamischer Militärpolitik bestimmend sein. Daher begrüßte er die Entmachtung des vorher vergeblich umworbenen Konkurrenten SA⁴⁶ und bemühte sich um die Bildung eines „Soldatenbunds“, einer überparteilichen Wehrorganisation für die ausscheidenden Reservisten⁴⁷. Heinrici erkannte die Möglichkeiten, die sich in einem totalitären Regime für die personelle Rüstung, für die Militarisierung des Volkes boten. Wenn er in öffentlichen Reden die gemeinsame Weltanschauung der jungen Deutschen als Grundlage ihres Wehrwillens hervorhob und darin einen deutlichen Fortschritt gegenüber dem Ersten Weltkrieg sah, so war das mehr als nur ein verbales Zugeständnis an das Regime⁴⁸. In ihnen spiegelt sich nicht der Opportunismus eines Karrieremachers, sondern die systemkonforme Haltung eines Offiziers, den die militärpolitischen Vorteile dieses Systems überzeugten, den der „neue Geist“ beeindruckte⁴⁹ und der deshalb bereit war, seine Kritikpunkte vor allem gegen die Rassen- und Kirchenpolitik hintanzustellen⁵⁰. Entsprechend moderat war auch Heinricis Reaktion auf die Erschütterung der Wehrmachtführung durch die Blomberg-Fritsch-Krise. Den Sturz Blombergs schrieb er dessen „Hybris“ zu, während er den Abgang Fritschs bedauerte. Allgemein stellte er aber fest⁵¹: „Die neuen Männer sind sehr tüchtige Menschen, die alles für die Sache tun werden. Jedenfalls ist für die Lösung der Krise ein Ausweg gefunden, wie er nach Lage der Dinge nicht besser sein konnte, und wir sind befriedigt über die Geschicklichkeit, mit der man verstanden hat, die Dinge wieder auf feste Füße zu stellen.“ Obwohl selbst kein Nationalsozialist, diente er dem nationalsozialistischen Staat mehr als nur loyal, solange weiterhin das von ihm bereits im Sommer 1933 Konstatierte galt⁵²: „Militärisch haben wir so ungeheuer viel von der neuen Regierung, sie unterstützt alle wehrpolitischen Belange in so hohem Maße, wie wir es nur wünschen können.“

Auch Hitlers riskante Außenpolitik änderte nichts an der insgesamt positiven Einstellung Heinricis zum NS-Regime. Die Gefahr eines europäischen Krieges

⁴⁶ Heinrici an seine Eltern, Berlin 7. 7. 1934, in: BA-MA, N 265/149, Bl. 36–39.

⁴⁷ In diesem Zusammenhang musste Heinrici im Dezember 1934 eine erste längere Besprechung mit Hitler führen. Vgl. dazu den Brief an seine Eltern, 29. 12. 1934, in: Ebenda, Bl. 74–76. Der Soldatenbund wurde im Dezember 1935 gegründet, ohne dass er zu größerer Bedeutung kam.

⁴⁸ Ansprache Heinricis zur Fahnenweihe der Arbeitsfront, Münster 1938, in: BA-MA, N 265/33, Bl. 9–20: „Die Fahnen der Wehrmacht und der Arbeitsfront sind äußerlich verschieden. Verschieden, wie auch die Tätigkeit des Soldaten und Arbeiters verschieden ist. Beide Fahnen tragen jedoch ein Kennzeichen gemeinsam: das Hakenkreuz. Es ist das Zeichen gemeinsamer Weltanschauung, die beide heute beseelt. Daß diese gemeinsame Weltanschauung 1918 fehlte, daran zerbrach das 2. Reich.“ Ansprache Heinricis vor Rekruten, Münster 27. 2. 1938, in: Ebenda, Bl. 26f.: „Die Grundsätze, nach denen sie [die alte Armee] lebte u. arbeitete, haben unser Volk befähigt, 4 Jahre hindurch einer Welt von Feinden Trotz zu bieten. Es sind dieselben Grundsätze, die auch unsere neue Wehrmacht Ihnen zu vermitteln bestrebt ist und die die nationalsozialistische Weltanschauung, aus dem Geist des Soldatentums geboren, Ihnen immer wieder nahe bringt!“

⁴⁹ Vgl. etwa auch seine positiven Eindrücke vom Nürnberger Parteitag 1937: Heinrici an seine Eltern, Berlin 10. 9. 1937, in: BA-MA, N 265/151, Bl. 106f.

⁵⁰ Wie Heinrici aber über die innere „Ordnungspolitik“ dachte, läßt sein Bericht über einen Vortrag Himmlers erahnen: „Er referierte auch ganz interessant über die ihm unterstellten Konzentrationslager. Ich kann mir vorstellen, dass dort teilweise ein fürchterliches Volk zusammengetrieben ist.“ Heinrici an seine Eltern, Berlin 19. 1. 1937, in: BA-MA, N 265/151, Bl. 6.

⁵¹ Heinrici an seine Mutter, Münster 13. 2. 1938, in: BA-MA, N 265/152, Bl. 11f.

⁵² Heinrici an seine Eltern, Berlin 7. 7. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 67.

kommentierte er zwar mit Sorge, da ihm noch im September 1938 „unser Können u. unsere Kräfte dieser Anforderung nur schwer gewachsen“ schienen⁵³, aber die großen außenpolitischen Erfolge versöhnten ihn mit diesem Risiko⁵⁴. Die Eindrücke von Blomberg-Fritsch-Krise, Sudetenkrise und „Reichskristallnacht“ führten bei Heinrici keineswegs zu einer latent oppositionellen Haltung wie bei einigen anderen nationalkonservativen Generälen⁵⁵. Das persönliche Einwirken Hitlers auf die Generalität scheint auch bei ihm sein Ziel nicht verfehlt zu haben. Heinrici erlebte Anfang 1939 die erste der beiden langen Reden vor den Generälen, in denen Hitler unverblümt um seine ideologischen und politischen Ziele warb⁵⁶. Als Heinrici kurze Zeit später an Hitlers 50. Geburtstag eine Ansprache an den Stab seiner Division hielt, pries er nicht nur seine politischen Erfolge, sondern auch seine „unendliche Liebe zum deutschen Volk, dessen Lebensraum und Lebensmöglichkeit zu erkämpfen ihm höchste Aufgabe ist“⁵⁷. Und auch hier zeigte sich über eine rein formale Verbeugung vor dem Regime hinaus die Anziehungskraft der NS-Diktatur auf einen Offizier, dem die Radikalität dieser aggressiven Ideologie und ihres „Führers“ teilweise unverständlich, ja unheimlich blieb, der aber viele seiner eigenen politischen und militärischen Wünsche durch sie verwirklicht sah.

Die Faszination steigerte sich im ersten Jahr des Krieges, für den Heinrici keineswegs Hitler und seine Aggressionspolitik verantwortlich machte. Statt dessen sah er – ganz in der Tradition der kaiserzeitlichen Einkreisungsphobien – in ihm einen „Präventivkrieg, den zu führen wir später doch gezwungen sein würden“⁵⁸. Für die Fortsetzung des Krieges nach dem Polenfeldzug fand er den Schuldigen in England, das sich in seiner „weltbeherrschenden Stellung“ bedroht fühle⁵⁹. Zugleich wurde auch er von den Erfolgen mitgerissen. Vorher in außenpolitischen Fragen immer eher vorsichtig und skeptisch argumentierend, steigerte er sich jetzt in hegemoniale Gedanken hinein. In der Besetzung Dänemarks und Norwegens meinte er das Ziel zu erkennen, die „skandinavischen Staaten bei einem Sieg zu Trabanten des großdeutschen Reiches“ zu machen⁶⁰: „Der Entschluß des Führers, sich ihrer zu bemächtigen, ist jedenfalls ein napoleonischer: groß u. kühn.“ Man dachte nun in größeren Dimensionen. Der glückliche Verlauf des Westfeldzugs ließ Heinrici „mit Bewunderung zu einer Staatsführung emporblicken, die es verstanden hat, alle unsere Feinde einzeln und nacheinander vor unsere Klinge zu

⁵³ Tagebuch Heinricis, 29. 9. 1938, in: BA-MA, N 265/9.

⁵⁴ Vgl. während der Sudetenkrise z.B. den Brief an seine Frau, Münster 19. 9. 1938, in: BA-MA, N 265/154, Bl. 34.

⁵⁵ Vgl. Müller, Heer, S. 255–377.

⁵⁶ Rede Hitlers vor den höheren Wehrmachtsoffizieren am 25. 1. 1939 in der Reichskanzlei, in: Klaus-Jürgen Müller, *Armee und Drittes Reich 1933–1939. Darstellung und Dokumentation*, Paderborn 1987, S. 360–365. Bei der Rede Hitlers vor Truppenkommandeuren am 10. 2. 1939 in der Krolloper (ebenda, S. 365–375) war Heinrici nicht anwesend. Zur Rede vom 25. 1. liegt seine eigenhändige Mitschrift vor, in: BA-MA, N 265/9.

⁵⁷ Ansprache Heinricis am 20. 4. 1939, in: BA-MA, N 265/33, Bl. 46. Vgl. ebenda: „Wir stehen noch mitten in der Entwicklung. Sie ist noch nicht abgeschlossen. Gerade in diesen Tagen erleben wir, wie die Welt sich zusammenschließen möchte, um dem Führer und dem deutschen Volk seine Erfolge streitig zu machen. Wir wissen, daß ihnen das nicht gelingen wird, wenn das deutsche Volk einig und treu seinem Führer folgt.“

⁵⁸ Tagebuch Heinricis, 1. 9. 1939, in: BA-MA, N 265/9.

⁵⁹ Tagebuch Heinricis, Ende September 1939, in: Ebenda.

⁶⁰ Tagebuch Heinricis, 16. 4. 1940, in: Ebenda.

bringen, anfangen mit Österreich, den Tschechen, den Polen u.s.w., so dass wir immer und stets die grösseren Machtmittel am entscheidenden Punkt zusammen bringen konnten“⁶¹. Die Niederlage Frankreichs, die er mit dem angeblich degenerierten Zustand des französischen Volks und seinen „Mischlingsspuren“ begründete, erfüllte Heinrichi mit großer Genugtuung, und er sah es als wichtige Aufgabe an, den alten Gegner tiefgreifend und anhaltend zu schwächen⁶².

Die Tatsache, dass er in diesem so erfolgreich verlaufenden Krieg überwiegend „in 2. Linie“ gestanden hatte, deprimierte Heinrichi nach Ablauf des ersten Kriegsjahrs und ließ ihn auf einen anspruchsvolleren Kampfeinsatz brennen⁶³. Trotz aller Euphorie über die deutschen Siege sah er aber durchaus auch die Probleme der Kriegslage nach dem Frankreichfeldzug, besonders die Schwierigkeit, „den richtigen Endpunkt zu finden und zu setzen“ (Dok. 1). Den Hauptfeind England im Kampf um die „Weltgeltung“ zu schlagen, schien ihm angesichts der schwachen deutschen Flotte ein schwer zu lösendes Problem⁶⁴. In der Besetzung der Türkei und dem Stoß durch Kleinasien auf den Suezkanal sah er eine mögliche Variante, die britische Position zu erschüttern – im Einvernehmen mit der Sowjetunion⁶⁵. Frühzeitig erkannte Heinrichi aber auch eine andere Option, die Wendung gegen die Sowjetunion aus strategischen und weltanschaulichen Gründen (Dok. 1). Der Vergleich mit Napoleon unterstreicht, dass ihm dabei nicht sonderlich wohl war. Ein Jahr zuvor hatte er den Hitler-Stalin-Pakt befürwortet⁶⁶ und sogar gefolgert⁶⁷: „Stets ist es Deutschland u. Rußland gut gegangen, wenn sie zusammen standen.“ Trotz aller Ressentiments achtete er den östlichen Nachbarn doch als Kraft, mit der sich anzulegen immer ein existentielles Risiko bedeutete (Dok. 2). So wird Heinrichi im April 1941 mit einiger Unruhe und Spannung in sein neues Einsatzgebiet nach Osten gefahren sein.

Die teilweise bereits vor 1914 angelegten, in Weltkrieg, Revolution, Republik und Diktatur sich vollends ausbildenden mentalen Dispositionen sind am Beispiel Heinrichis näher beschrieben worden, weil ohne sie die Einstellung eines höheren Frontkommandeurs zum und im Krieg gegen die Sowjetunion nicht zu erklären ist. Die Ergebnisse dieser kleinen mentalitätsgeschichtlichen – zugleich individuellen und symptomatischen – Analyse seien knapp zusammengefasst. Die Erfahrungen des Offiziers Heinrichi in den wechselhaften Zeitläufen vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis zum Vorabend des „Unternehmen Barbarossa“ führten vor allem zu folgenden grundlegenden Merkmalen:

⁶¹ Tagebuch Heinrichis, 24. 6. 1940, in: BA-MA, N 265/10.

⁶² Ebenda.

⁶³ Tagebuch Heinrichis, 12. 9. 1940, in: BA-MA, N 265/9. „Ich machte bei Sodenstern einen Vorstoß, unser Generalkdo – wenn auch gegen die vorläufigen Absichten – doch später nach England nachzuholen, falls Bedarf eintritt. Die Aussicht, hier als Besatzungstruppe zu bleiben, ist nicht gerade ruhm- und ehrenvoll. [...] Schließlich habe ich im Kriege gerade 2 Kampftage gehabt, an denen ich wirklich im Größeren führen konnte.“

⁶⁴ Tagebuch Heinrichis, 29. 1. 1941, in: BA-MA, N 265/10, Bl. 56f.: „Eins tritt aber sowohl im Mittelmeer wie um die englische Insel hervor: Wir kämpfen um die Weltgeltung u. haben keine Flotte.“

⁶⁵ Tagebuch Heinrichis, 22. 11. 1940, in: Ebenda, Bl. 27f. Die Sowjetunion sollte durch Kompensationen in Mittelasien und durch die Öffnung der Dardanellen gewonnen werden.

⁶⁶ Tagebuch Heinrichis, 29. 8. 1939, in: BA-MA, N 265/9: „Im Interesse des deutschen Volkes ist zweifellos ein Bündnis mit Rußland.“

⁶⁷ Tagebuch Heinrichis, 13. 9. 1939, in: Ebenda.

1. *Festigung antislawischer, antisemitischer und antisozialistischer Ressentiments.* Der im Ersten Weltkrieg an der Ostfront eingesetzte Offizier fühlte sich in seiner Geringschätzung der kulturell angeblich unterlegenen Slawen bestätigt. Der „jüdische Bolschewismus“ zeigte sich als „Todfeind“ in Niederlage und Revolution. Die Sozialdemokratie, der „jüdische Marxismus“, wurde für den Untergang des Kaiserreichs und die Schwäche der Weimarer Republik verantwortlich gemacht.

2. *Radikalisierung der Militärdoktrin.* Die Militärs erfuhren den Ersten Weltkrieg nicht mehr als einen auf ihre Profession begrenzten Waffengang, sondern als einen das gesamte Volk in all seinen Lebens- und Produktionsformen betreffenden Existenzkampf. Dieser sozialdarwinistische Kriegsbegriff legitimierte den rücksichtslosen Einsatz aller eigenen gegen alle feindlichen Ressourcen. Moralische Bedenken und traditionelle Wertvorstellungen drohten hinter den „Kriegsnotwendigkeiten“ zurückzutreten.

3. *Neigung zum totalitären Staat.* Die neuen Dimensionen des Krieges als Kampf der Völker machten die in der Schlussphase des Ersten Weltkriegs so schmerzlich vermisste Einheit des Volkes notwendig. Eine militarisierte „Volksgemeinschaft“ zu schaffen, war die Monarchie gescheitert und zeigte sich die Republik unfähig. Um so größere Anziehungskraft bekam die totalitäre Option. Die „wehrfreudige“ NS-Diktatur verstand es aber nicht nur, das Volk straff zu führen und aufzurüsten, sondern auch politische Wünsche der alten Eliten zu erfüllen.

4. *Erweiterung außenpolitischer Zielvorstellungen.* Die außenpolitischen Erfolge des NS-Regimes und der ungeahnte Machtzuwachs in den ersten beiden Kriegsjahren ließen selbst vorsichtiger Generäle den Erfolgsmaßstab immer höher legen. Zunächst dachte man an eine Überwindung des Versailler Systems, dann an die Realisierung alter großdeutscher Träume, schließlich an die europäische Hegemonie und letztlich sogar an eine „kühne“ Machtpolitik wie unter Alexander oder Napoleon.

Diese bewusst allgemein formulierten Ergebnisse für einen General, der ideologisch keineswegs auf nationalsozialistischem, sondern auf christlich-national-konservativem Fundament stand, dürfen natürlich nicht auf alle Offiziere seiner Generation übertragen werden. Dennoch muss man davon ausgehen, dass ein Abweichen von den vier genannten Merkmalen einer politisch-militärischen Mentalität eher die Ausnahme als die Regel war. Doch welche Auswirkung hatte das beschriebene Denken auf die Haltung dieser Militärelite im deutsch-sowjetischen Krieg?

3. Kriegsbilder

Im Oktober 1947 wurde Heinrici aus seinem englischen Kriegsgefangenenlager vorübergehend nach Nürnberg gebracht, um dort in Vorbereitung auf den Prozess gegen führende Generäle („OKW-Prozeß“) vernommen zu werden. Auf die Frage nach dem Verhältnis von militärischen und politischen Motiven in der Einstellung zum NS-Regime Mitte 1941 antwortete er dem amerikanischen Ermittlungsbeamten Walter Rapp, dass im Krieg „natürlich das Militärische in den Vor-

dergrund trat, weil es ja das eigentliche Leben war. Von mir aus gesehen, – ich als Korpsführer habe ja nur einen verhältnismäßig kleinen Rang gehabt und da ich persönlich nichts weiter bin wie praktischer Soldat und mich infolgedessen auch voll und ganz dafür eingesetzt habe, dass meine Truppe gut kämpft, ihre Aufgabe löst und dass ich alles für meine Truppe tat, – habe ich mich auf diese Dinge beschränkt.“⁶⁸ Im weiteren Verlauf der Vernehmung wies er außerdem für die ersten Wochen des Russlandfeldzugs darauf hin: „Sie müssen sich vorstellen, dass wir 12 bis 15 Stunden gelaufen sind und dass wir ewig im Kampf standen. Mr. Rapp, Sie müssen sich in diese Verhältnisse hineindenken. Wir standen unter dem Druck fortlaufender Kampfhandlungen, Anstrengungen körperlicher und geistiger Art, die den Menschen aufs Äusserste in Anspruch nehmen.“

In Heinrichs Antworten spiegelt sich eine stereotype Abwehrstrategie deutscher Generäle gegen lästige, wegen der möglichen rechtlichen Folgen gefährliche Fragen der alliierten Ermittlungsbehörden wider. Allerdings wäre es zu einfach, diese Argumentation allein damit abzutun. Fraglos wurde in den Nachkriegsaussagen aus naheliegenden Gründen häufig die Wahrheit verbogen, doch alles als Lüge zu bewerten, würde die Bandbreite der verschiedenen Abstufungen von glatten Unwahrheiten über Teil- und Halbwahrheiten bis zu wirklichkeitsgetreuen Äußerungen übersehen. Heinrichs Behauptung einer einseitigen Konzentration des Truppenführers auf das militärische Geschehen muss entsprechend differenziert beurteilt und anhand der authentischen Dokumente überprüft werden. Unabhängig davon, ob diese Aussage als Ganzes wahr ist oder nicht, berührt sie ein entscheidendes Problem der Stellung der Wehrmachtsgeneralität in diesem Krieg. Sie verweist auf die einfache, häufig aber übersehene Tatsache, dass die militärischen Führer an der Ostfront einen professionellen Auftrag unter schwierigsten Bedingungen zu erfüllen hatten. Sie führten Krieg, und das, was sie taten und dachten, muss im Zusammenhang mit der Kriegführung und ihren Anforderungen, Problemen und Besonderheiten gesehen werden. Es führt in die Irre, einzelne Befehle und Vorgänge aus diesem Bezugsfeld zu lösen und gewissermaßen in einen luftleeren Raum zu stellen. Wie man bei der Analyse der mentalen Dispositionen nicht bei wenigen Vorkriegs- und Kriegsjahren verweilen darf, sondern in die Kaiserzeit und besonders den Ersten Weltkrieg zurückgehen muss, so reicht für die Beantwortung der grundsätzlichen Frage, welchen Anteil die Wehrmachtsgeneralität an der Entgrenzung des deutsch-sowjetischen Krieges zu Rechtsbruch und Verbrechen hatte, die Isolierung und Generalisierung von „Beweismaterial“ nicht aus. Das wissenschaftliche Modewort der „Kontextualisierung“ bekäme seinen Sinn, wenn auch hier wieder stärker die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen berücksichtigt würden. Dadurch böten sich der modernen Militärgeschichtsschreibung neue Möglichkeiten, sich einem Gesamtbild zu nähern, das der Komplexität historischen Geschehens gerecht wird.

Den Kontext wenigstens ausschnittsweise zu erfassen, ist die hier vorgestellte Quelle besonders geeignet, handelt es sich doch um das seltene unmittelbare und private Zeugnis eines höheren Frontgenerals. Natürlich muss man von vornherein

⁶⁸ Stenographisches Protokoll der Vernehmung Heinrichs am 15. 10. 1947, in: IfZ, MA 1569 (Nürnberg Interrogations), Rolle 26.

einige Einschränkungen machen, die sich aus der Konzentration auf eine Person, dem Zwang zu einer eng begrenzten Auswahl an Dokumenten und dem Charakter der Quelle von selbst ergeben. Aus dem beträchtlichen Umfang der Briefe, Kriegsberichte und Tagebuchaufzeichnungen Heinrichs im ersten Jahr des Ostfeldzugs wurde knapp ein Zehntel Text ausgewählt. Weggelassen wurden vor allem die zahlreichen Gefechtsbeschreibungen, rein private Abschnitte und inhaltliche Wiederholungen, bevorzugt berücksichtigt dagegen nichtmilitärische Beobachtungen und militärische Stimmungsberichte. Diese Auswahl erhebt aber den Anspruch, einen repräsentativen Querschnitt aller wesentlichen Aspekte der Kriegswahrnehmung Heinrichs zu geben. Ähnlich verhält es sich mit der Relevanz der Dokumente. Zweifellos müssten sie in einem weiteren, im Rahmen dieser Dokumentation nicht möglichen Schritt durch die Selbstzeugnisse anderer Befehlshaber sowie die dienstliche Überlieferung ergänzt werden, um das subjektive Kriegsbild eines Generals mit den objektiven Fakten der Kriegführung zu vergleichen. Heinrich schrieb seine privaten Aufzeichnungen für seine Familie und zur persönlichen Dokumentation. Es muss offen bleiben, was er bewusst verschwiegen und wegließ. Allerdings fällt auf, dass er die Kriegsergebnisse recht ungeschminkt schilderte und dabei auch vor Kritik an der obersten Führung nicht zurückschreckte. Die Überwachung seiner Post befürchtete Heinrich offenbar nicht, zumal er vieles auf privatem Weg in die Heimat befördern ließ. Auch in dieser Hinsicht ist der Wert der abgedruckten Dokumente als nicht offizielle dienstliche, sondern relativ ungefilterte private Überlieferung hoch. So kann die Quellenauswahl trotz der genannten Einschränkungen einen Beitrag zum Verständnis der Zusammenhänge von individueller Mentalität, subjektivem Kriegsbild und allgemeiner Kriegführung leisten.

Die eingangs zitierte retrospektive Aussage Heinrichs über die einseitige Beanspruchung des Befehlshabers durch das militärische Tagesgeschäft wird in diesen Dokumenten widerlegt und zugleich in einem Kern Wahrheit bestätigt. Heinrich war gewiss nicht der unpolitische „Nur-Soldat“, der sich allein mit seinen militärischen Aufgaben befasste. Seine Selbstzeugnisse offenbaren ein großes Interesse für nichtmilitärische Probleme und ihre Wechselwirkungen mit dem Krieg. Man kann aber auch feststellen, wie dieses Interesse immer wieder von den aktuellen militärischen Sorgen in seinem Befehlsbereich überlagert und schließlich in der Winterkrise 1941/42 ganz verdrängt wurde. Während der Kommandierende General im Bewegungskrieg der ersten Monate immer wieder die Zeit zu Reflexionen über politische und andere Fragen fand, musste sich der Armeeoberbefehlshaber im verbissenen Verteidigungskampf der Wintermonate trotz seiner gegenüber dem Korpsbefehlshaber erweiterten Kompetenzen fast völlig auf die Beschäftigung mit der militärischen Krise zurückziehen. Heinrich selbst beschreibt eindringlich, dass er nur noch in militärischem Denken lebe und alles andere ausscheide (Dok. 54). Die große Verantwortung für eine hart bedrängte Armee führte offensichtlich zumindest in dieser Krise zur später von Heinrich bereits für seine Zeit als Kommandierender General behaupteten ausschließlichen Konzentration auf das Militärische.

Die professionellen Aufgaben des militärischen Befehlshabers bildeten den Bezugsrahmen seiner Tätigkeit. Heinrich gehörte zur klar definierten Gruppe der

„oberen Führer“, d. h. der Kommandeure eines gemischten Verbands, der zu selbständigen Kampfaufgaben befähigt war und sich für eine gewisse Zeit selbst versorgen konnte⁶⁹. Diese kleine Elite höherer Truppenoffiziere umfasste in der Wehrmacht die Kommandeure der Divisionen als kleinste dieser Verbände, die Kommandierenden Generäle der Armeekorps, die Oberbefehlshaber der Armeen und schließlich die der Heeresgruppen. Je nach diesen vier Funktionen abgestuft war die Beschäftigung mit den drei Grundbereichen der Kriegführung⁷⁰: Taktik (Gefechtsführung), Operation (Verbindung mehrerer taktischer Kampfhandlungen zu weiträumigen Bewegungen und Schlachten), Strategie (Zusammenwirken aller für den Krieg relevanten Faktoren auf ein Kriegsziel). Hinzu kamen bestimmte Kompetenzen für die Besatzungspolitik, auf die später noch einzugehen ist. Die Truppenführung des Divisionskommandeurs blieb ganz auf den taktischen Bereich beschränkt, und auch der Korpsbefehlshaber war hauptsächlich mit taktischen Fragen befasst, konnte aber ausnahmsweise auch auf die übergeordnete Operationsführung einwirken. Der Armeeoberbefehlshaber leitete die Operationen in seinem Befehlsbereich nach den Vorgaben der Gesamtstrategie, ebenso der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe. Letzterer musste aufgrund seiner höheren operativen Kompetenz auch eine genauere Kenntnis der strategischen Ziele haben, auf die er als höchster aller Truppenführer noch am ehesten Einfluss nehmen konnte. Letztlich blieb die große Strategie jedoch Sache der obersten Führung, also Hitlers und – ihm nachgeordnet – seiner unmittelbaren militärischen Berater. Das bedeutete allerdings nicht, dass sich nicht auch die Frontgeneräle Gedanken über operative und strategische Probleme gemacht hätten. Wenn auch im deutschen Heer nicht jeder einfache Soldat den Marschallstab im Tornister trug, so doch immerhin jeder Generalstäbler, zu dessen Ausbildung nun einmal die Beschäftigung mit der Strategie gehörte. Die meisten oberen Führer kamen aus dem Generalstab.

Eine grundsätzliche strategische Frage war die nach dem Sinn und Ziel des deutschen Feldzugs gegen die Sowjetunion. Heinrici hat sich auch aus dem begrenzten Blickwinkel des Korpsführers mit dieser Frage auseinandergesetzt. Anders als die Oberbefehlshaber und führenden Generalstabsoffiziere der Heeresgruppen und Armeen – in der berühmten Versammlung vom 30. März 1941 – wurden die Kommandierenden Generäle nicht persönlich von Hitler über die politischen Absichten informiert. Dennoch erfasste Heinrici schon frühzeitig, worum es ging (Dok. 1): die Vernichtung des potentiellen Hauptfeinds auf dem europäischen Festland und der bolschewistischen Weltanschauung, um den Rücken zur Fortsetzung des Krieges im Westen frei zu haben. Interessant ist, dass Heinrici die entsprechenden Abschnitte aus Hitlers „Mein Kampf“ kannte und ernst nahm. Am Tag vor dem Angriff ergänzte er diese beiden Motive noch um die Gegnerschaft der USA und das wichtige Ziel, durch die Eroberung und Ausbeutung landwirtschaftlicher Gebiete einen autarken europäischen Wirtschaftsraum

⁶⁹ Vgl. Burkhart Müller-Hillebrandt, *Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues*, Bd. 1: *Das Heer bis zum Kriegsbeginn*, Darmstadt 1954, S. 84–92. Vgl. auch die Heeresdruckvorschrift (H.D.v.g 92): *Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege*, Teil 1, Berlin 1939.

⁷⁰ Die folgenden Definitionen sind angelehnt an: Karl-Heinz Frieser, *Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940*, München 21996, S. 7f.

zu schaffen (Dok. 8). Nüchtern und ohne eindeutige Wertung referierte Heinrici diese wesentlichen Kriegsziele. Begeisterung für den kommenden Feldzug ist nicht zu spüren, eher mühsam unterdrückte Skepsis. Die alte Gegnerschaft zu Russland und die schroffe Ablehnung des Bolschewismus hinderten Heinrici nicht, die existentiellen Gefahren eines Krieges gegen dieses riesige Land zu erkennen. Später brach die Skepsis offen hervor (Dok. 21), und auch seine rückblickenden Bekenntnisse, er habe bereits im Frühjahr 1941 einen Krieg gegen die Sowjetunion für einen Fehler gehalten (Dok. 2, Anm. 119), sind durchaus glaubwürdig. Um so bemerkenswerter ist es, dass sich selbst Heinrici von den großen politischen Perspektiven wiederholt mitreißen ließ. Die wirtschaftliche Ausnutzung (Dok. 24) erschien ihm ebenso erstrebenswert wie die Vernichtung des Bolschewismus (Dok. 18) und die Zerstückelung des feindlichen Staates (Dok. 25). Noch am 11. Dezember, nach Beginn der sowjetischen Gegenoffensive vor Moskau, notierte er mit spürbarer Zustimmung den Vorschlag seines russischen Dolmetschers, das „Problem Russland“ zu lösen, indem man die Protektorate Baltikum/Weißrussland und Ukraine als Kolonialländer ausbeute und den Rest in bis zum Baikalsee von Deutschland, dahinter von Japan abhängige Republiken aufteile (Dok. 42). Das waren letzten Endes auch die Ziele Hitlers, dessen Hegemoniestreben sich kaum von den Wünschen vieler Generäle unterschied. In den privaten Dokumenten Heinricis lassen sich die Schritt für Schritt anspruchsvolleren Programmpunkte deutlich ablesen: Ausschaltung Polens, anhaltende Schwächung Frankreichs, Auflösung der Sowjetunion, Kampf Europas unter deutscher Vorherrschaft gegen England und die USA. Ein konservativer Offizier wie Heinrici dachte nun in Hinblick auf die Neuordnung des Ostens in Dimensionen, die das hybride Maximalziel der Militärelite nach dem Frieden von Brest-Litovsk im Jahr 1918 noch übertrafen.

Die Heinrici durchaus sympathischen großen Ziele wurden in seinem Denken jedoch stets durch den Zweifel konterkariert, ob die deutschen Kräfte wirklich ausreichten, die auf diese Kriegsziele abgestellten strategischen Vorgaben erfolgreich militärisch umzusetzen. Er begleitete die Operationen in der Sowjetunion mit zunehmender Skepsis und Kritik. An einen schnellen Erfolg glaubte er offenbar von vornherein nicht. Als geschulter Infanterieoffizier hatte er viel zu viel Respekt vor den großen Räumen, die ein Panzergeneral im Geiste vermutlich schneller zu durchmessen wagte. Bereits Mitte Juli 1941 beschlich Heinrici das beängstigende Gefühl, dass der Krieg auch nach der Besetzung Moskaus „irgendwo aus der Tiefe dieses unendlichen Landes“ weitergehen würde (Dok. 17). Die düstere Aussicht auf einen viele Jahre dauernden Krieg tauchte von da ab immer wieder in seinen Briefen und Tagebüchern auf und wurde durch die Erfahrungen des mühsamen Vorkämpfens erhärtet. Bald folgte der Vorwurf an die militärische Führung, die wertvolle Zeit durch langwierige Diskussionen um die operativen Ziele zu vergeuden und die Kräfte durch wechselnde Schwerpunktbildungen zu verzetteln. Weitere Stereotypen der Kritik waren: Unterschätzung des Gegners, des Landes, der Räume, der Witterung, mangelhafte Verpflegung und Bekleidung, schlechter Nachschub, Überbeanspruchung der eigenen Soldaten. Diese Kritik verschärfte sich während der Krise vor Moskau, und am 24. Dezember 1941 äußerte Heinrici zum ersten Mal die dunkle Ahnung, dass der Krieg verloren gehen

könne (Dok. 48). Gleichzeitig sank das Vertrauen in die oberste Führung, erstmals auch in Hitler, der von Heinrici dennoch weiterhin respektvoll als „der Führer“ bezeichnet wurde. Seine Zweifel an Hitlers Wirklichkeitswahrnehmung und am Sinn seines „Haltebefehls“ sind aber evident. Überhaupt zeigen die eindrucksvollen Dokumente aus den Krisenmonaten von Dezember 1941 bis Mai 1942, dass Heinrici bei diesem ersten großen Rückschlag und im Kampf ums Überleben eine zunehmend desillusionierte Sicht auf den deutsch-sowjetischen Krieg bekam. Das führte allerdings bei ihm wie bei den meisten anderen Generälen keineswegs zu einer grundsätzlichen Opposition gegen die Gesamtstrategie oder gar das nationalsozialistische Regime.

Dass Heinrici diese an sich naheliegenden Konsequenzen nicht zog, war u.a. in der anhaltenden Übereinstimmung mit einigen Zielen des Nationalsozialismus begründet. Weitere entscheidende Gründe werden aber auch ein eng verstandenes soldatisches Pflichtgefühl, die hohe Beanspruchung durch die Aufgaben an der Front und das damit verbundene Verantwortungsbewusstsein für die ihm anvertrauten Soldaten gewesen sein. Strategische und politische Überlegungen gehörten nicht zu Heinricis Dienstpflichten, die vor allem durch die taktische Führung geprägt waren und auch in seiner Zeit als Oberbefehlshaber einer stets in die Defensive gedrängten Armee nur selten größere operative Entscheidungen umfassten⁷¹. Natürlich hatte auch Heinrici den Ehrgeiz des Generals, militärische Erfolge zu erringen. Doch dieser Ehrgeiz verdrängte nie die Fürsorgepflicht, von seinen Soldaten keine unnötigen Opfer zu verlangen, sie nicht zu „verheizen“. Nur einmal klagte Heinrici über die nachlassende Einsatzbereitschaft seiner Truppen (Dok. 17). Ansonsten durchzieht die Dokumente eine große Anerkennung, ja Bewunderung für die Leistung der einfachen Soldaten. Der Infanteriegeneral hatte einen besonders engen Kontakt zu seinen Mannschaften, vermutlich einen engeren als der stärker auf Material und Technik fixierte Panzer- oder Artilleriegeneral. Er war zwar besser untergebracht und versorgt als der Landser, doch immerhin teilte er viele Unbilden des Krieges mit ihm und konnte seine Strapazen nachvollziehen. Heinrici war ständig im Kübelwagen und Fieseler Storch unterwegs, ging durch Hitze, Schlamm und Schnee zu den kämpfenden Einheiten, sprach seinen überbeanspruchten und müden, schwitzenden oder erfrierenden, verlausten und hungernden Männern Mut zu und führte teilweise in vorderster Linie⁷². Dem preußisch-deutschen Ideal einer

⁷¹ Die interessante Diskussion um die „Entprofessionalisierung“ des Offizierskorps – vgl. etwa Bernd Wegner, *Defensive ohne Strategie. Die Wehrmacht und das Jahr 1943*, in: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Rolf-Dieter Müller u. Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 197–209; Wolfgang Petter, *Militärische Massengesellschaft und Entprofessionalisierung des Offiziers*, in: *Ebenda*, S. 359–370 – lässt sich daher auf Heinrici schwer übertragen. Da er mit der strategischen Kriegführung überhaupt nicht, mit der großräumig operativen kaum befasst war, konnte er auf diesen Feldern auch nicht professionell versagen – etwa im Sinne der von Wegner mit Recht konstatierten Unfähigkeit, strategisch auf die drohende Niederlage zu reagieren. In der taktischen Führung brachte er durchaus hervorragende Leistungen.

⁷² Heinrici erhielt im September 1941 das Ritterkreuz u. a. dafür, dass er am 11. 8. 1941 „an der Spitze der Infanterie im Schlauchboot den Dnjepr“ überschritten hatte. Vgl. Franz Thomas, *Die Eichenlaub-Träger 1940–1945*, Bd. 1, Osnabrück 1997, S. 263.

persönlichen Verbindung des oberen Führers mit seiner Truppe kam er besonders als Kommandierender General sehr nahe⁷³.

Die ständige Konfrontation mit der Kriegswirklichkeit und dem eindringlich beschriebenen Leiden des Frontsoldaten war eine große Belastung, die Heinrici zermürbte und die dazu beitrug, dass er sich um so stärker auf die naheliegenden Aufgaben konzentrierte, je größer diese Belastung wurde. Schwer drückte ihn die Bürde des Offiziers, das Vertrauen von oben und unten bestätigen zu müssen, einen Ausgleich zwischen militärischem Erfolgsdruck und Schonung seiner Soldaten zu finden. Während er in der Phase des Vormarschs noch über das Ende der Infanterie nachdachte (Dok. 15), musste er im monatelangen Abwehrkampf vor Moskau erfahren, dass Gedeih und Verderb der Ostfront vor allem auf den Schultern dieser Waffengattung lagen. Jetzt kam die Zeit seiner großen Bewährung in der Defensive, aber auch der nochmals gesteigerten Verantwortung und Anspannung. Als Heinrici zum Armeeoberbefehlshaber ernannt wurde, schien er fast erleichtert, dass er damit „unversehens aus dem unmittelbaren Geschehen herausgerückt“ wurde (Dok. 51), doch schon bald spiegelt sich in seinen Briefen die fast unerträgliche Last des höheren Amts. Der Korpsführer hatte an seinen vorgesetzten Oberbefehlshabern Kluge (Heeresgruppe Mitte) und Kübler (4. Armee) kritisiert, dass sie aus „Angst vor der höchsten Stelle“ seine dringenden Rückzugsvorschläge ablehnten (Dok. 50). Nun stand er selbst in der Pflicht, sowohl der Gesamtlage als auch dem Schicksal seiner Armee gerecht zu werden. Heinrici war ein entschiedener Anhänger der beweglichen Abwehr, einer in der deutschen Armee besonders hochentwickelten Taktik, die seiner Überzeugung nach wirkungsvoller und kräftesparender war als starres Halten. Dass er dabei keineswegs zurückschreckte, auch Hitler gegenüber seine unbequemen Wünsche nach defensivem Ausweichen und Frontverkürzungen zu vertreten, zeigte er am 28. Februar 1942 im Führerhauptquartier (Dok. 57). In dieser Hinsicht ist er der Verantwortung des Oberbefehlshabers ohne Scheu vor möglichen Nachteilen für seine Karriere nachgekommen. Doch auch die kleinen Erfolge gegen die eigene oberste Führung änderten nichts am täglichen Konflikt zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Der Armeeoberbefehlshaber blieb dem „unmittelbaren Geschehen“ anders als der Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe, den er deswegen beinahe beneidete (Dok. 55), so nahe, dass er am Ende der Krisenmonate und nach fast einjährigem ununterbrochenem Fronteinsatz „zerrieben“ war „zwischen dem Mißverhältnis der Anforderungen von oben und den tatsächlichen Verhältnissen“ (Dok. 68). Diese Belastungen des oberen Führers in seinem unmittelbaren Verantwortungsbereich dürfen nicht aus den Augen verloren werden.

Die vorbildliche Einstellung des Kommandeurs Heinrici zum eigenen Soldaten stand im krassen Gegensatz zur Bewertung und Behandlung des Gegners. Hier gelangt man an die Schnittstelle zwischen einem „normalen“, d. h. in traditionellen Bahnen und rechtmäßigen Formen verlaufenden Krieg und der besonderen, die

⁷³ Vgl. die Heeresdruckvorschrift (H.Dv. 300/1): Truppenführung, Teil 1, Berlin 1936, S. 33: „Die persönliche Einwirkung auf die Truppe durch ihren oberen Führer ist von größter Bedeutung. Er muß der kämpfenden Truppe nahe sein.“ Ebenda, S. 35: „Bei der Verfolgung muß sich der obere Führer weiter nach vorn begeben. Sein Erscheinen in der vorderen Linie wird die Truppe zur höchsten Leistung anspornen.“

tradierten Normen durchbrechenden Kriegführung im Osten. Damit nähert man sich zugleich der Diskussion um den verbrecherischen Charakter dieses Feldzugs. Der besondere Wert der vorliegenden Quelle besteht darin, dass sie nicht nur über das Denken eines hohen Offiziers in den militärischen Kernbereichen Strategie, Operation und Taktik Aufschluss gibt, sondern in ihrer direkten Wiedergabe von Heinrichs Kriegs- und Feindbildern tief in das Problem der Entgrenzung des Krieges hineinleuchtet. Auch hier gilt wieder die Einschränkung, dass dies für das erste halbe Jahr des Feldzugs stärker zutrifft als für die Monate des verzweifelten Abwehrkampfes.

Bereits in den ersten Wochen verfestigte sich bei Heinrich das schon vorher angelegte Feindbild⁷⁴. Die Rotarmisten, von denen manche „mehr wie Chinesen als wie Russen aussehen“ (Dok. 10), sind für ihn „hintertückisch“ (Dok. 9), „verschlagen“ (Dok. 10), „hinterlistig“ (Dok. 17), kleben „wie die Läuse“ im Gelände fest (Dok. 24) und benehmen sich „viehisch gegen unsere Verwundeten“ (Dok. 13). Die von Heinrich gerechtfertigte und geduldete Reaktion der deutschen Soldaten war, dass sie „mehrfach stark aufräum[ten], ohne Gnade“ (Dok. 9), alles töteten, „was in brauner Uniform umherlief“ (Dok. 13), und den Gegner erbittert niedermachten (Dok. 17). Das Ergebnis war eine Eskalation der Gewalt, „mit der Folge, dass Hekatomben von Menschenopfern gebracht werden“ (Dok. 11) und teilweise „überhaupt kein Pardon mehr gegeben“ wurde (Dok. 13). Die alten Traditionen und Gewohnheiten des soldatischen Kampfes, zu denen auch die Achtung des Gegners auf dem Schlachtfeld gehörte, wurden bereits in der ersten Phase des Feldzugs weitgehend beiseite geschoben, wenn man sie für diesen Krieg nicht schon vorher innerlich abgelegt hatte. Das in vielen anderen Quellen bestätigte brutale Vorgehen von Rotarmisten wurde zum Anlass genommen, seinerseits die herkömmlichen Regeln des fairen Kampfes zu ignorieren. Und ein verantwortlicher General wie Heinrich registrierte diese Reaktion ohne Kritik oder den Hinweis auf Gegenmaßnahmen.

Der deutsch-sowjetische Krieg wurde von vornherein als beispielloser Kampf empfunden und geführt, in dem selbst der reguläre Kombattant seinen früheren Status verlor. Die Katastrophe der sowjetischen Kriegsgefangenen, das Leid der abertausenden im Operationsgebiet verhungerten, erfrorenen, durch Seuchen umgekommenen, auf dem Transport erschossenen und von Sicherheitspolizei und SD „ausgesonderten“ Rotarmisten ist eines der traurigsten Kapitel des Krieges⁷⁵. Diese Vorgänge konnten einem hohen General kaum verborgen bleiben, selbst wenn er nicht direkt oder nur am Rande für sie verantwortlich war. Doch gehen Heinrichs Briefe und Tagebücher auf die Behandlung der Kriegsgefangenen lange nicht ein. Ein General, der es rechtfertigte, dass auf dem Gefechtsfeld kein Pardon gegeben wurde, wird sich um das Schicksal der Gefangenen zunächst nicht besonders gekümmert haben. Erst im März 1942 kritisierte der Armeeoberbefehlshaber

⁷⁴ Generell zum Russlandbild der deutschen Militärelite während des deutsch-sowjetischen Krieges vgl. auch Jürgen Förster, *Zum Russlandbild der Militärs 1941–1945*, in: *Das Russlandbild im Dritten Reich*, hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 141–163.

⁷⁵ Vgl. Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Neuauflage Bonn 1997.

nach dem Besuch eines Gefangenenlagers die Missverhältnisse und befahl Abhilfe (Dok. 120).

Das Bild vom verschlagenen, aus dem Hinterhalt kämpfenden Rotarmisten wird ergänzt durch die steigende Anerkennung seiner Qualitäten: in der Verteidigung zäh und sich erbittert wehrend, „ein viel besserer Soldat wie der Franzose“ (Dok. 15), im Angriff „wie ein wildes Tier“ (Dok. 61, Anm. 191). Immer stärker setzt sich in den Dokumenten die Erkenntnis durch, dass man die Rote Armee in ihrer personellen und materiellen Stärke völlig unterschätzt habe. Heinrici beeindruckte besonders, dass sich die Rote Armee trotz der Verluste und Niederlagen der ersten Wochen immer wieder verbissen zum Kampf stellte und der Wehrmacht hohe Opfer beibrachte. Den Grund für eine solche Widerstandskraft erblickte er einmal im durch den deutschen Überfall geweckten Patriotismus (Dok. 21), mehr aber noch in der Effizienz des bolschewistischen Terrorsystems, das wie „ein widerliches Tier, das sich wütend wehrt“, alle Ressourcen in den Existenzkampf warf (Dok. 18): „Eine ungeheure Energie mobilisiert nur rücksichtslos alle Kräfte und setzt sie ohne Schonung ein.“ Man spürt bei der Lektüre von Heinricis Briefen, wie unheimlich dem General die Stärke dieser Ideologie war und wie auch er diesen Krieg als Vernichtungskampf zwischen zwei gegensätzlichen Weltanschauungen begriff. Und als Träger der feindlichen Weltanschauung und Rückgrat des Widerstands wird immer wieder der Kommissar genannt. Auch Heinrici behauptete nach dem Krieg, den Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941 strikt abgelehnt und in seinem Korps dafür gesorgt zu haben, dass er nicht umgesetzt werde⁷⁶. Ganz unabhängig davon, wie man die Erwähnung der Liquidierung eines Kommissars (Dok. 36) oder auch einer Kommunistin (Dok. 14) in den abgedruckten Dokumenten bewertet, spricht der Grundton solcher privaten Aufzeichnungen nicht gerade für eine entschiedene Opposition gegen diesen Befehl.

Ebenso wie die unerwartete Kampfkraft der Roten Armee und Energie des Bolschewismus imponierte Heinrici der Fanatismus der Partisanen. Seit Mitte Juli 1941 wurden seine Einheiten mit dem „elenden Bandenkrieg“ konfrontiert (Dok. 17) und führten fortan „gegen diese Pest einen andauernden Kampf“ (Dok. 35), der aufgrund der weiten, unübersichtlichen Räume von vornherein etwas Ausichtsloses an sich hatte. Heinrici erlebte die Partisanenbekämpfung aus nächster Nähe, da sich sein Dolmetscher an ihr beteiligte und zahlreiche Frauen und Männer erschoss oder erhängte (Dok. 33–35). So stieß der Kommandierende General nicht nur auf seinen Fahrten durch das Land, sondern selbst in seinen Quartierorten immer wieder auf die stummen Zeugen dieses Kampfes, die an Galgen, Bäumen und Masten hängenden Leichen der exekutierte Partisanen und „Partisanenverdächtigen“. Heinrici zeigte sich von dem Mut, der Entschlossenheit und auch von der großen Zahl dieser fanatischen Kämpfer beeindruckt, um so mehr,

⁷⁶ Stenographisches Protokoll der Vernehmung Heinricis am 15. 10. 1947, in: IfZ, MA 1569 (Nürnberg Interrogations), Rolle 26. Am 9. 7. 1941 meldete das XXXXIII. Armeekorps an die 2. Armee, bis zum 5. 7. 1941 vier Kommissare erschossen zu haben, in: IfZ, MA 1564 (Nürnberger Dokumente), Rolle 29, NOKW-2263. In den Akten des Korps (BA-MA, RH 24-43) fehlt für die Zeit von April 1941 bis März 1943 die Überlieferung der Abteilung Ic und der Quartiermeisterabteilung, so dass die Behandlung der Kommissare, Kriegsgefangenen, Partisanen, Juden und der Zivilbevölkerung im Befehlsbereich Heinricis mühsam aus anderen Beständen rekonstruiert werden musste.

da sie genau wussten, „daß sie ohne Rücksicht vernichtet werden“ (Dok. 33). Das erbarmungs- und rücksichtslose Vorgehen gegen diese „Pest“ war für ihn dennoch eine selbstverständliche Voraussetzung, dem Problem Herr zu werden und eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

Rücksichtslosigkeit: Kaum ein anderer Begriff erscheint in den dienstlichen und privaten Dokumenten der Wehrmacht so häufig zur Charakterisierung des deutsch-sowjetischen Krieges, und kaum ein anderes Wort trifft den wirklichen Charakter dieses Krieges so gut. Auch in Heinrichs Briefen wird ein wahres Schreckensbild gezeichnet: Rücksichtslos wirft der Feind alle Kräfte in den Kampf, hinterlässt auf dem Rückzug eine Spur der Verwüstung, tötet aus dem Hinterhalt. Rücksichtslos ist aber auch die Kriegführung der Wehrmacht, im Gefecht, in der Ausbeutung des Landes, im Einsatz der eigenen Kräfte. Das war er also, der „totale Krieg“, wie ihn die Militärpublizistik seit 20 Jahren thematisiert hatte⁷⁷, wie er bisher jedoch in Polen, im Norden, im Westen und auf dem Balkan nicht geführt worden war. „Kein Feldzug bisher ist mit dem jetzigen zu vergleichen“, konstatierte Heinrich bereits nach wenigen Wochen (Dok. 17). Die blutigen, erbitterten Kämpfe, die Zerstörung des Landes durch das „Sengen und Brennen“ des zurückweichenden Gegners (Dok. 13) und überhaupt durch den Krieg, die Entwurzelung der flüchtigen und vertriebenen Bevölkerung (Dok. 25) zeigten ihm, dass der von ihm schon im Ersten Weltkrieg ansatzweise erfahrenen Entwicklung vom traditionellen Waffenkrieg zum gnadenlosen Existenzkampf der Völker – jetzt auch: der Ideologien – alle Schleusen geöffnet waren. Und wieder drängte sich ihm der Vergleich mit dem Dreißigjährigem Krieg auf. Die Verwüstung des Landes und die Grausamkeit des Kampfes mit seinen Leichenbergen und Galgenbäumen erinnerten Heinrich offensichtlich an Kriegsbräuche jener Zeit, wie sie die alten Kupferstiche nach Art Jacques Callots darstellten (Dok. 35): „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg. Nur der allein hat Recht, der sich im Besitz der Macht befindet. 6½ Jahre meines Lebens habe ich ja nun im Kriege zugebracht, aber so etwas habe ich doch nicht erlebt.“

Dieser vielleicht aufschlussreichste Beleg für das Kriegsbild Heinrichs im Ostfeldzug zeigt, dass dieser hohe Vertreter der Wehrmachtsgeneralität den singulären Charakter des deutsch-sowjetischen Krieges erkannte, aber auch hinnahm. Das rücksichtslose Gesetz des Stärkeren und der Gewalt wurde von beiden Seiten angewandt und hob die in den letzten Jahrhunderten mühsam entwickelten Rechte und Normen des „zivilisierten“, „anständigen“ Krieges auf. „Die Art u. Weise der Kriegführung hierzulande hat mit anständigem Kampf nichts mehr zu tun“, schrieb Heinrich angesichts der russischen Fernsprengungen in Kiev (Dok. 26). Doch auch er ließ diesen Kampf führen, wenn man auch sein Unbehagen zwischen den Zeilen spürt. Wie so viele meinte Heinrich sich den „Kriegsnotwendig-

⁷⁷ Vgl. beispielhaft den Artikel „Krieg“ von Adalbert von Taysen im offiziellen, im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften von Hermann Franke hrsg. Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, Bd. 1, Berlin/Leipzig 1936, S. 171–175, das jedem Offizier als Nachschlagewerk diente. Vgl. etwa S. 173: „Der Krieg wird zum totalen Krieg und trägt wieder die Züge seiner rauen Urform, des rücksichtslosen Kampfes aller gegen alle.“ Dem Handbuch war ein Begleitwort des Reichskriegsministers Blomberg vorangestellt: „Nur das wirkliche Verständnis für das Wesen eines Krieges der Jetztzeit entwickelt in der Nation die Kräfte, welche die Behauptung ihres Volkstums und Lebensraumes auf die Dauer sicherstellen.“

keiten“ fügen zu müssen und akzeptierte als verantwortlicher Offizier, dass Terror mit Gegenterror beantwortet bzw. dass Terror zur Abschreckung angewandt wurde. Zu den Kriegsnotwendigkeiten dieses Kampfes auf Biegen und Brechen wurde wie selbstverständlich auch die Funktionalität des Terrors gezählt. Besonders im Hinterland sollte mit einem Minimum an Kräften ein Maximum an abschreckender Gewalt und effizienter Ausbeutung erzielt werden. „Nur der allein hat Recht, der sich im Besitz der Macht befindet.“ (Dok. 35)

Entsprechend rücksichtslos war auch die Besatzungspolitik. Bereits im polnischen Aufmarschraum notierte Heinrici, dass auf die Zivilbevölkerung keine Rücksichten genommen werde, und verglich diesen Zustand mit dem „Altertum, wenn die Römer ein Volk niedergeworfen haben“ (Dok. 4). Nach dem Einmarsch in die Sowjetunion erhielten die oberen Truppenführer weitreichende Kompetenzen für die erste provisorische Verwaltung und Ausbeutung des Operationsgebiets. Im Bereich einer Armee übte der Armeeoberbefehlshaber die vollziehende Gewalt aus und war für die „Sicherung der großen Verkehrswege“ und die „Ausnutzung des Landes für die Bedürfnisse der Truppe zur Entlastung des Nachschubs“ verantwortlich⁷⁸. Im Gefechtsgebiet hatten die ihm unterstellten Kommandierenden Generäle diesen klaren Auftrag nach seinen Befehlen umzusetzen. Dabei legitimierte der berüchtigte Kriegsgerichtsbarkeitserlass vom 13. Mai 1941 das unumschränkte Alleinrecht der Okkupationstruppen, um diese Ziele auch gegen den Widerstand der Bevölkerung brutal durchzusetzen. Die traditionelle Verantwortung der militärischen Besatzungsmacht und ihrer Generäle für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten fand in den grundlegenden Befehlen und Weisungen aus Berlin keine Beachtung. Allerdings besaßen die Befehlshaber im Osten vor Ort beträchtlichen Gestaltungsspielraum, ihre Macht als Herren des Landes in die eine oder andere Richtung zu gebrauchen. Heinricis Einstellung zur Besatzungsherrschaft war aber in den ersten Monaten ganz von den „Bedürfnissen der Truppe“ geprägt. Wie schon 1917 in Rumänien war ihm die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes wichtiger als das Schicksal der Zivilbevölkerung. Bereits am zweiten Feldzugstag ironisierte er die „Befreiung“ der Bevölkerung mit dem Hinweis auf die Wegnahme der Pferde durch die Wehrmacht (Dok. 9). Schwerwiegender waren die ständigen Requirierungen von Nahrungsmitteln, die ihn schon Anfang Juli ahnen ließen, dass bald „das Land wohl schwer ausgesogen sein“ werde (Dok. 11). Seine Hoffnung – und ein wesentliches Ziel des Feldzugs – blieb aber, dass insgesamt „aus den eroberten Gebieten für das kommende Ernährungsjahr manches herauszuholen ist“ (Dok. 24). Im Winter nahm dann die Selbstversorgung der Truppe erschreckende Ausmaße an. Heinricis Einheiten mussten sich wegen der schlechten Nachschublage bereits ab Oktober fast vollständig aus dem Lande ernähren (Dok. 46). Wie eine Heuschreckenplage fielen sie über die knap-

⁷⁸ Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (Besondere Anordnungen für die Versorgung, Anl. 6, Teil C), 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), ausgewählt und eingel. v. Erhard Moritz, Berlin [Ost] 1970, S. 299–304, hier S. 299. Vgl. auch DRZW, Bd. 5/1: Bernhard R. Kroener [u. a.], Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 80f. (Beitrag Umbreit). Die spätere systematische Verwaltung und Ausnutzung des Landes für die Heimat sollte die Zivilverwaltung übernehmen, die allerdings in weiten Gebieten nie eingesetzt wurde.

pen Nahrungsmittelbestände her und hinterließen überall dasselbe Bild (Dok. 35): „Bald ist nun aber der Landstrich, in dem wir sitzen, leer gefressen.“

Welche katastrophalen Folgen das rücksichtslose Requirieren für die Ernährung der Zivilbevölkerung haben musste, war jedem klar. Heinrici bezog sich nicht nur auf die Zerstörung, sondern auch auf das „Leerfressen“ des Landes, als er schrieb (Dok. 25): „Man empfindet die zerstörende Gewalt des Krieges erst, wenn man sich mit Einzelheiten oder den menschlichen Schicksalen beschäftigt. Da wird man später allerdings wohl Bücher drüber schreiben können.“ Dennoch finden sich in diesen Dokumenten keine Hinweise auf den Willen zu einer positiven Besatzungspolitik, die den Zivilisten das Überleben erleichtert und eine Perspektive geboten hätte. Zwar sah auch Heinrici in der sowjetischen Bevölkerung eher ein Opfer des Bolschewismus, registrierte ihre Hoffnungen auf die deutschen „Befreier“ und erwähnte in diesem Zusammenhang „viele Missgriffe“ von deutscher Seite (Dok. 15), doch Konsequenzen wurden aus solchen Überlegungen vorerst anscheinend nicht gezogen. Vielmehr übernahm Heinrici das Bild vom „völlig passiven“ Russen, der nicht fähig sei, sein Land, aus dem „Unendliches herausgeholt werden“ könne, selbständig auszunutzen und der deswegen dazu gezwungen werden müsse (Dok. 28). Die Folgen der russischen Mentalität und der bolschewistischen Herrschaft für das Land werden in seinen Briefen immer mit denselben Adjektiven bedacht: verkommen, verwahrlost, finster, dreckig, trostlos, primitiv. Alle antibolschewistischen und antislawischen Ressentiments sahen sich durch die Bekanntschaft mit den „Segnungen bolschewistischer Kultur“ (Dok. 15), mit dem „grauenhaften Zustand der Verkommenheit, Verwüstung und Verschmutzung durch den Bolschewismus“ (Dok. 25) und mit dem an sich gutmütigen, im Kampf aber grausamen und im täglichen Leben völlig initiativlosen Russen – mit dem „man natürlich nicht vorwärtskommen“ könne (Dok. 42) – voll bestätigt. Das schien zugleich zu rechtfertigen, dass in diesem Krieg und diesem Land Rücksichten nicht angebracht waren. Die Tendenz, aus ideologischen und utilitaristischen Gründen über das Schicksal von Millionen Zivilisten mitleidlos hinwegzugehen, führte bei Heinrici – und nicht nur bei ihm – zu Überlegungen, die mit jeder Tradition „anständiger“ Kriegführung bewusst brachen. In Hinblick auf die scheinbar bevorstehende Eroberung Moskaus schrieb er Ende Oktober 1941 (Dok. 29): „Ob wir in das Kommunistentennest aber hineingehn oder es verhungern und erfrieren lassen, statt wilde Straßenkämpfe aufzuführen, werden wir erst noch mal sehn.“

Die Forderung Hitlers vom 30. März 1941, die Generäle müssten im „Vernichtungskampf“ gegen die Sowjetunion „von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden“⁷⁹, wurde von Heinrici befolgt, ohne dass er dieser Ansprache beigewohnt hätte. Das überkommene Ideal des „sauberen“ Krieges maß sich vor allem an einem „ritterlichen“ Umgang mit dem militärischen Gegner und einer „anständigen“ Behandlung der Zivilbevölkerung. Diese alten Maßstäbe des Handelns der Militärelite wurden nun bewusst zurückgestellt, sie spielten im gnaden-

⁷⁹ Generaloberst Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, hrsg. v. Arbeitskreis für Wehrforschung, bearb. v. Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 2: Von der geplanten Landung in England bis zum Beginn des Ostfeldzuges (1. 7. 1940–21. 6. 1941), Stuttgart 1963, S. 337.

losen Kampf gegen die Rote Armee und in der rücksichtslosen Ausbeutung der besetzten Gebiete zunächst kaum noch eine Rolle. Die Generäle ließen sich auf die Spielregeln von Hitlers Eroberungs- und Weltanschauungskrieg ein. Bei einem reflexionsfähigen Offizier wie Heinrichi geschah das keineswegs ahnungs- und willenlos, sondern durchaus in voller Erkenntnis der Kriegsziele und seiner Folgen. Als Rechtfertigung dienten – neben der neuen Militärdoktrin vom „totalen Krieg“ – die Härte und Rücksichtslosigkeit des bolschewistischen Erzfeindes, aber auch der scheinbar jenseits aller westlicher Normen stehende Zustand von Land und Leuten. An einer sehr bezeichnenden Stelle seiner Briefe beschrieb Heinrichi seinen Eindruck dieser Fremdheit (Dok. 28): „Dies Volk ist schon garnicht mehr mit unseren Maßstäben zu messen. Ich glaube, man könnte ihm nur wirklich gerecht werden, wenn man nicht wie wir allmählich zu Fuß zu ihm vordränge, sondern wie in einem fremden Erdteil mit dem Schiff zu ihm führe und, indem man von unsern Ufern abstieße, innerlich jede Verbindung mit dem löste, das wir zu Hause gewohnt sind.“ Offenbar meinte Heinrichi, wie ein frühneuzeitlicher Konquistador einen fremden Kontinent zu betreten und die christlich-abendländischen Normen hinter sich zu lassen. Das schien den Zivilisationsbruch zu rechtfertigen: War man in dieser unzivilisierten Umgebung nicht gezwungen, einen unzivilisierten Krieg zu führen? Selbst bei einem konservativ-christlichem Offizier wie Heinrichi machte sich unter diesen Verhältnissen ein Werteverfall bemerkbar. Bezeichnend dafür war die Episode vom „toten Russen“ (Dok. 37): Die unbestattete Leiche eines gefallenen Gegners dient für mehrere Wochen dem Kommandierenden General als Ziel- und Wendepunkt seiner Spaziergänge.

Der Werteverfall kennzeichnet auch die Einstellung zu den Juden, mit deren Schicksal er in den Monaten vor dem Überfall auf die Sowjetunion im Generalgouvernement konfrontiert wurde. Die „schreckliche[n] Juden mit Davidsstern am Ärmel“ störten Heinrichi in seinem polnischen Quartierort genauso wie die im selben Satz genannten Wanzen und Läuse (Dok. 3). Kühl und ohne jedes Zeichen der Empörung beschrieb er die Versklavung der jüdischen (und polnischen) Bevölkerung, ihre Aushungerung durch die deutschen Behörden, ihre Verelendung und Ghettoisierung (Dok. 4–6). Die nationalsozialistische Politik gegen die Juden im besetzten Polen blieb ihm also nicht verborgen, doch eine grundsätzliche Opposition gegen das Regime erweckte dies in ihm ebenso wenig wie vorher die antisemitischen Maßnahmen im Reich. Die katastrophalen Verhältnisse im Generalgouvernement stimmten Heinrichi bereits auf den von seinen französischen Erfahrungen so verschiedenen Feldzug in der Sowjetunion ein, vor allem auf die Rücksichtslosigkeit des deutschen Vorgehens. Nach seinen Beobachtungen in Polen durfte ihn die brutale Behandlung der slawischen und jüdischen Bevölkerung in den eroberten sowjetischen Gebieten nicht mehr überraschen. Ob er von dem Massenmord der Einsatzgruppen etwas wusste und wie er sich zu ihnen stellte, geht aus den Privatdokumenten Heinrichis nicht hervor⁸⁰. In ihnen kommt aber einmal kurz und eher indirekt das alte Feindbild des „jüdischen Bolschewismus“

⁸⁰ Im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hamburg gegen ehemalige Angehörige des Sonderkommandos 7b stritt Heinrichi 1968 jede Kenntnis über die Mordaktionen (und „Enterdungsmaßnahmen“) ab. Vgl. die entsprechenden Dokumente in: BA-MA, N 265/57.

zum Vorschein. Die Beschreibung der „Segnungen bolschewistischer Kultur“ ergänzte Heinrici durch die Feststellung (Dok. 15): „Davidsterne sind überall an Wände und Decken gemalt.“ Die antisemitische Note des Antibolschewismus Heinricis war nach wie vor unverkennbar, und man muss annehmen, dass ihm das Schicksal der jüdischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung nicht sonderlich am Herzen lag, auch wenn er ihre massenhafte Ermordung sicher abgelehnt hätte.

Hier zeigen sich die Grenzen dieser privaten Quelle, die für die Einstellung Heinricis zum deutsch-sowjetischen Krieg und seinen Erscheinungsformen höchst aufschlussreich ist, über die Einzelheiten seines Handelns aber nur unzureichend Auskunft gibt. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Mentalität und das Kriegsbild der Generäle ihr Handeln entscheidend mitbestimmten. Außerdem beschreibt diese Quelle das Verhältnis zum besonderen Charakter dieses Krieges, das zum folgenreichen Gegenteil von Handeln führte: zum geschehen und laufen lassen der Dinge, die als diesem „totalen“ Kampf der Völker und Weltanschauungen immanent hingenommen wurden. Angesichts der Vorbildfunktion und hohen Verantwortung des oberen militärischen Führers war das eine höchst bedenkliche Haltung. Der gleiche General Heinrici, der für seine Soldaten ein geradezu väterliches Verantwortungsbewusstsein und große Einsatzbereitschaft zeigte, in dieser Hinsicht also ein vorbildlicher Führer war, stand den von ihm genau registrierten Grenzüberschreitungen dieses Krieges offensichtlich mit verantwortungsloser Passivität, teilweise sogar Gleichgültigkeit gegenüber. Dabei war er alles andere als ein fanatischer Nationalsozialist, auch wenn er mit manchen Zielen und Methoden des Regimes übereinstimmte. Doch stellt sich die Frage, ob sich das Verhalten der Generäle im Krieg gegen die Sowjetunion mit dem Hinweis auf den Nationalsozialismus hinreichend erklären lässt.

Wenn man die im vorigen Kapitel analysierten Prägnanzen mit der Kriegswahrnehmung Heinricis im ersten Jahr des Ostfeldzugs vergleicht, lassen sich grundsätzliche Beobachtungen machen, die zur Beantwortung dieser Frage beitragen. Der Antibolschewismus der traditionellen Eliten mit seinen antislawischen und antijüdischen Ingredienzien sowie die Radikalisierung der Militärdoktrin in der Zwischenkriegszeit bildeten ein hochexplosives Gemisch, an das der Nationalsozialismus nur noch die Lunte anlegen musste. Diese in Folge des Ersten Weltkriegs entstandenen mentalen Dispositionen führten dazu, dass die singuläre Brutalisierung der Kriegführung im Osten von einem verantwortlichen General wie Heinrici nicht nur erkannt, sondern zunächst auch akzeptiert wurde. Diese wesentliche Voraussetzung des Handelns war nicht eigentlich nationalsozialistisch, auch wenn die Einflüsse der NS-Ideologie solche Tendenzen noch verschärft haben dürften. Verstärkt wurden sie auch durch die Attraktivität des totalitären Staates für einen nationalkonservativen Offizier, der in diesem Regime viele Ziele moderner Militärpolitik, autoritärer Innenpolitik und expansiver Außenpolitik verwirklicht sah. Die Realisierung hegemonialer Träume der Kaiserzeit schien zum Greifen nah, so dass noch in der ersten Phase des Ostfeldzugs in imperialen und kolonialen Dimensionen gedacht wurde. Die „unschönen“ Seiten der Diktatur fielen dagegen nicht so schwer ins Gewicht. Die Skepsis, später die Kritik oder gar Opposition richteten sich nicht gegen die Ziele, sondern gegen die Möglichkeiten, nicht gegen das Regime an sich, seine Politik, seine Gesamtstrategie, son-

dern gegen taktische und operative Einzelheiten. Vieles spricht dafür, dass die aus der Analyse der Privatdokumente Heinrichs gewonnenen Ergebnisse sich auf zahlreiche, vielleicht sogar die meisten der anderen höchsten Generäle an der Ostfront übertragen ließen. Heinrich war in dieser Hinsicht wohl ein „Durchschnittsgeneral“, monarchisch-nationalkonservativ sozialisiert, politisch interessiert, ohne sich in die Politik einzumischen, dem NS-Regime weder so fernstehend wie etwa Hoepner oder Stülpnagel noch so nahestehend wie beispielsweise Reichenau oder Schobert. Gab es zwischen diesen Generälen aber überhaupt große Unterschiede in ihrem Kriegsbild und seinen Folgen für die Kriegführung? Ein genaues Ergebnis auf Grundlage eines Vergleichs steht noch aus.

4. Ausblick

Das endgültige Scheitern der Blitzkriegskonzeption gegen die Sowjetunion im Winter 1941/42 bedeutete einen tiefen Schock für die Wehrmachtsgeneralität. Von nun an musste sie sich auf einen langen Krieg einrichten, der andere Forderungen an die Kriegführung und Besatzungspolitik stellte als der geplante Feldzug von wenigen Monaten. Doch trotz der ungewissen Perspektiven wurde Heinrichs Beurteilung der Gesamtlage nach Ende der sowjetischen Gegenoffensive im Mai 1942 zunächst wieder etwas zuversichtlicher. Noch Anfang November 1942 beurteilte er die deutsche Lage als „befriedigend“⁸¹ und äußerte sich positiv über eine „sehr zuversichtliche Führerrede“⁸². Erst nach der alliierten Landung in Nordafrika und der Einkesselung, schließlich Vernichtung der 6. Armee in Stalingrad nahmen seine Aufzeichnungen einen durchgehend pessimistischen Ton an. Jetzt verstärkte sich seine Kritik an der Herausforderung eines „neuen überstarken Feindes“ im Osten (Dok. 2, Anm. 119) und an der „falschen Beurteilung Rußlands durch die entscheidenden Stellen“⁸³. Heinrich warf den obersten Wehrmachtsinstanzen mangelndes Durchsetzungsvermögen gegen Hitler vor⁸⁴. Im operativ-taktischen Bereich kritisierte der Defensivspezialist dabei besonders, dass sie es nicht wagten, „auf einer Meinung zu bestehen, die nach Aufgeben oder Rückzug, nicht nach Durchhalten aussah oder nach kühnem Wagen. Dabei hätte ein vorübergehendes Ausweichen gerade die Möglichkeit zu doppelten Erfolgen geschaffen.“⁸⁵ Nach der Niederlage von Stalingrad zog Heinrich daher eine ernüchternde Zwischenbilanz⁸⁶: „Insgesamt gesehen, hat sich das deutsche Heer

⁸¹ Tagebuch Heinrichs, 5. 11. 1942, in: BA-MA, N 265/13: „Gesamtergebnis: Der Krieg ist noch nicht gewonnen. Es ist aber kein Grund zur Besorgnis. Militärisch u. auf dem Lebensmittelsektor stehen die Dinge befriedigend. Es gibt aber auch Knappheitsgebiete: z. B. Betriebsstoff.“

⁸² Tagebuch Heinrichs, 8. 11. 1942, in: Ebenda: „Besser u. eindrucksvoller als die zur Eröffnung des Winterhilfswerks.“

⁸³ Tagebuch Heinrichs, 22. 1. 1943, in: Ebenda.

⁸⁴ Tagebuch Heinrichs, 19. 2. 1943, in: Ebenda Diese Kritik richtete sich namentlich gegen Halder und Zeitzler.

⁸⁵ Ebenda: „Dies alles hat psychologische Gründe. Vor dem Kriege u. im Kriege haben so oft namhafte Persönlichkeiten sich gegen militärische Wünsche des Führers gestellt. Generaloberst v. Fritsch, Beck, General v. Wietersheim wandten sich gegen seine Pläne. Sie schienen Defaitisten zu sein, und behielten in den Problemen, um die es sich damals handelte, auch Unrecht.“

⁸⁶ Ebenda.

übernommen. Ihm wurden Aufgaben gestellt, die in ihrer Ausdehnung nur dann zu lösen waren, wenn der Feind wie Frankreich z.B. restlos zusammenbrach. Als er das im Osten nun aber nicht tat, fehlte es der Führung an Einsicht und Weisheit.“

Diese Kritik richtete sich natürlich auch gegen Hitler. Im September 1943 prognostizierte Heinrich die bevorstehende Niederlage und äußerte erstmals deutliche Vorbehalte gegen das NS-Regime⁸⁷. „Wie sehr bricht auf ein Mal alles zusammen, was den Menschen seit 1933 Anbetung und Götze war.“ Doch selbst diese Erkenntnis führte keineswegs zu einer grundsätzlich oppositionellen Haltung, geschweige denn zur Entscheidung, eine andere Rolle spielen zu wollen als die eines gehorsamen Armeeoberbefehlshabers. Vielmehr handelte er bis zuletzt gemäß der Einstellung, die er im Juli 1943 für die deutsche Bevölkerung diagnostiziert hatte⁸⁸: Alle seien „gewillt, durchzuhalten, denn jedem ist es klar, dass in diesem Krieg es keine Niederlage geben darf, denn was danach käme, das ist überhaupt nicht auszudenken. Deutschland u. wir selbst mit ihm würden untergehen.“ In dieses Bild vom Kampf um Sein oder Nichtsein passten keine Begriffe wie Opposition und Widerstand oder gar Meuterei und Putsch. Das offenbar auch bei Heinrich nach 1942 wachsende Unbehagen an der Diktatur wurde zurückgestellt. Das Attentat vom 20. Juli lehnte er ab⁸⁹, verwendete sich aber anschließend, wenn auch ohne Erfolg, für den ihm bekannten Mitverschwörer Schulze-Büttger⁹⁰. Auch in den dramatischen letzten Kriegswochen war er zu keiner Zeit bereit, aktiv auf ein vorzeitiges Ende von Diktatur und Krieg hinzuarbeiten. Als ihn Albert Speer Mitte April 1945 angesichts des „Nerobefehls“ mit Überlegungen über eine Ermordung Hitlers konfrontierte, will er geantwortet haben⁹¹: „Ich kann mir wohl denken, daß ich im äußersten Fall den Gehorsam versagen kann, der mit dem Eide verbunden ist. Aber als Soldat, vor dem Feind, der angreift, den obersten Befehlshaber, dem ich Treue schwur, ermorden, das kann ich nicht!“ Zwei Wochen darauf geriet er mit Keitel und Jodl in Konflikt, weil er als Folge ihrer Befehle sinnlose Menschenopfer befürchtete, die er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte. Aber statt Befehlsverweigerung und eigenmächtigem Handeln wählte er den Ausweg, von seinem Posten zurückzutreten. „Man sagte mir, schalte diese Leute aus, nimm sie gefangen oder tue sonst was; dann wäre ich in den Augen des deutschen Volkes der Mann gewesen, der als Soldat im letzten Augenblick den Führer verraten hätte, und von dem man gesagt hätte: ohne diesen Verräter wäre noch manches anders geworden.“⁹²

⁸⁷ Heinrich an seine Frau, 6. 9. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 98–101: „Wir sind im letzten Stadium dieses Krieges. Das muß man völlig klar sehen. Eine Wendung aus eigener Macht giebt es nicht mehr. Das ist vorbei.“

⁸⁸ Tagebuch Heinrichs, 5. 7. 1943, in: BA-MA, N 265/13.

⁸⁹ Vgl. den Brief Heinrichs an seine Kinder, 27. 7. 1944, in: BA-MA, N 265/158, Bl. 100: „Die traurigen Vorgänge in Deutschland in den letzten Tagen haben uns alle den Atem verschlagen. Es ist wirklich ein Wunder, dass bei dieser Gewalt der Explosion dem Führer nichts passiert ist.“

⁹⁰ Reinecke (Chef des NS-Führungsstabs der Wehrmacht) an Heinrich, Berlin 24. 10. 1944, in: BA-MA, N 265/35, Bl. 54.

⁹¹ Aufzeichnung Heinrichs, kurz nach Kriegsende, in: BA-MA, N 265/114. Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 471, datiert das Gespräch auf den 15. 4. 1945, ohne auf den von Heinrich geschilderten Inhalt einzugehen.

⁹² Heinrich an seine Frau, Niebüll 5. 5. 1945, in: BA-MA, N 265/158, Bl. 137–146. Vgl. ebenda: „Dein

Die in der Krise vor Moskau sich ankündigende Niederlage der Wehrmacht im Osten führte bei Heinrici zu kritischerem Denken, nicht aber zu anderem Verhalten gegenüber dem NS-Regime. Bis zuletzt diente er Hitler als gehorsamer Soldat. Dagegen zog er in seinem Befehlsbereich durchaus Konsequenzen aus der Tatsache, dass die Sowjetunion anders als Frankreich nicht unter den militärischen Rückschlägen zusammengebrochen war, sondern sich als unerwartet stark und widerstandsfähig erwies. Nachdem die Winterkrise überwunden und Heinrici im Juli 1942 wieder an die Front zurückgekehrt war, begann er sich nach einer mehr als halbjährigen Pause wieder mit der russischen Zivilbevölkerung zu beschäftigen. Im operativ eher ruhigen Jahr des Mittelabschnitts der Ostfront von Mitte 1942 bis Mitte 1943 konnte er sich ganz anders mit dem Land und seinen Menschen auseinandersetzen als im Bewegungskrieg und den Abwehrkämpfen zuvor. Außerdem musste er sich als Armeeoberbefehlshaber auf eine längere Besatzungszeit in seinem nun jeweils viele Monate konstanten Frontabschnitt einstellen. Bereits im August 1942 gewann Heinrici „ein ganz anderes Bild von den Menschen hier“, die der Wehrmacht vorher „im wesentlichen als Partisanen erschienen sind“⁹³. Er bemühte sich fortan wenigstens ansatzweise um eine konstruktive Besatzungspolitik, um die Bevölkerung zur Mitarbeit zu gewinnen und die Partisanengefahr zu bannen. Der Erfolg des geschickt inszenierten Erntedankfests von 1942, „ein psychologischer Volltreffer in Bezug auf die Lenkung des russischen Volkes“, ließ bei Heinrici Hoffnungen auf einen Stimmungsumschwung zugunsten der deutschen Besatzungsmacht aufkommen⁹⁴. Er vertrat nun die Ansicht, „nicht gegen, sondern mit dem Russen muß man Rußland erobern“, und meinte dies „gefühlbetonte Volk“ leicht beeinflussen zu können, wenn man auf es „eingeht u. ihm etwas hilft“⁹⁵. Trotz bleibender Skepsis⁹⁶ verfolgte er zunächst diesen Kurs und meinte noch Anfang 1943 befriedigt feststellen zu können, dass in keinem anderen Abschnitt „die russische Bevölkerung so willig, weil anständig behandelt“ sei wie im Bereich der 4. Armee⁹⁷.

Das neue Bemühen um eine „anständige“, positive Besatzungspolitik wurde aber von vornherein und immer stärker durch die „Kriegsnotwendigkeiten“ behindert. Zum einen blieb die Ernährungslage der Bevölkerung äußerst gespannt; ihr von Heinrici beobachtetes „elendes Hungerleben“, das besonders die Kinder traf⁹⁸, konnte auch von der dafür mitverantwortlichen Wehrmacht kaum gebessert

pessimistischer Mann hat nun doch am Ende recht behalten, das Ende ist da, das ich längst kommen sah. Grausig, furchtbar ist Gottes Gericht. Und doch hat es erst begonnen. Wer weiß, was Schlimmes noch folgen wird. Furchtbares an inneren Erschütterungen, seelischen Qualen, Zweifeln und Kämpfen habe ich in den letzten 3 Wochen durchgekämpft. Pflicht, Gehorsam, Gewissen und eigene Überzeugung haben miteinander gerungen.“

⁹³ Heinrici an seine Frau, 16. 8. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 67f.

⁹⁴ Tagebuch Heinricis, 7. 10. 1942, in: BA-MA, N 265/13. Vgl. auch Heinrici an seine Frau, 12. 10. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 85.

⁹⁵ Tagebuch Heinricis, 7. 10. 1942, in: BA-MA, N 265/13.

⁹⁶ Vgl. ebenda: „Aber ich glaube, es ist schwierig, dies zu verwirklichen. Natürlich gibt es hierzulande viele Leute, die als Feinde des Bolschewismus das heutige Rußland ablehnen. Aber es gibt noch mehr, die trotz allem überzeugte Deutschenfeinde und gegen uns eingestellte Russen bleiben.“

⁹⁷ Heinrici an seine Familie, 30. 1. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 14f.

⁹⁸ Heinrici an seine Frau, 30. 7. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 62: „[Die] Leute und vor allem die Kinder führen ein elendes Hungerleben und sind über jeden Bissen froh, den sie von uns erhalten.“

werden. Zum anderen hatte die brutale Zwangsrekrutierung von russischen Arbeitskräften für Feld- und Schanzarbeiten vor Ort sowie für den Arbeitseinsatz im Reich katastrophale Folgen für die russischen Familien. Anders als in der Anfangsphase des Feldzugs kommentierte Heinrici diese Zustände nun mit deutlichem Mitgefühl⁹⁹. „An und für sich kann einem die eingeborene Bevölkerung hier ja leid tun. Alles ist hier durcheinander.“ Doch auch er konnte die militärisch begründete Ausbeutung der Zivilbevölkerung nicht verhindern, die besonders in der Zeit der systematischen Absetzbewegungen seiner Armee seit März 1943 zu unerträglichen Härten, vor allem zum Abbrennen der Dörfer und Verschleppen der arbeitsfähigen Zivilisten führte¹⁰⁰. Diese Rücksichtslosigkeit im Zeichen des „totalen Krieges“ zerstörte alle positiven Ansätze, und schon bald musste Heinrici feststellen, dass sich die Einteilung des besetzten Volks in drei Teile verfestigte¹⁰¹: die immer mehr anwachsende Partisanenbewegung und ihre Helfer, die aktiv mit den Deutschen zusammenarbeitenden Antibolschewisten sowie der graue Rest der indifferenten, sich vor beiden Seiten fürchtenden Bevölkerung. So scheiterten erst der Feldzug, dann die Besatzungsherrschaft und schließlich die gesamte Kriegführung.

Die Schwierigkeiten der Besatzungspolitik trugen dazu bei, dass Russland für Heinrici fremd und unheimlich blieb, „eine fremde, zurückstehende, mittelalterliche Kultur, nicht unser Europa, sondern ein anderer Kontinent“¹⁰². Dennoch gewann er diesem Land anders als in den ersten Monaten nun auch positive Seiten ab. Besonders beeindruckte ihn „das Urwüchsige, das sich in allem Leben dieses gewaltigen Landes äußert. Hier ist auf dem platten Lande noch nichts verbildet und gekünstelt. Hier waltet die Natur noch ungebändigt. Hier besteht gegenüber ihren Eingriffen nur das Gesunde und Starke.“¹⁰³ Aus dieser geradezu sozialdarwinistischen Analyse leitete er die überlegene Härte des sowjetischen Soldaten ab, die schwer mit der nationalsozialistischen Vorstellung vom minderwertigen Slawen in Einklang zu bringen war¹⁰⁴. Je länger der Krieg dauerte, desto größer wurde die Achtung vor diesem „überstarken Feind“ (Dok. 2, Anm. 119), gegen den es längst nicht mehr um die noch 1941 gehegten imperialen Ziele, sondern um das nackte Überleben ging. Das schien mehr denn je einen erbitterten und rücksichtslosen Abwehrkampf der Wehrmacht zu rechtfertigen. Vor allem gegenüber den Partisanen galt für Heinrici weiterhin die Forderung nach Vernichtung ohne Pardon¹⁰⁵.

⁹⁹ Heinrici an seine Familie, 28. 3. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 31.

¹⁰⁰ Vgl. ebenda: „So werden die Familien zerrissen, der eine ist zurückgeblieben, der andere baut Wege oder Bunker und der dritte kommt nach Münster in die Landwirtschaft. Niemand von den Leuten weiss, wohin ihn die Zukunft treibt, Habe und kümmerlicher Besitz ist verloren. Dankbar sind sie schon, wenn wir dafür sorgen, dass sie was zu essen kriegen. Es gehört schon die Leidenstfähigkeit des Russen dazu und seine Unterwürfigkeit, um all dies so durchzumachen.“

¹⁰¹ Bericht Heinricis an seine Familie, 16. 4. 1943, in: Ebenda, Bl. 74–76.

¹⁰² Tagebuch Heinricis, 23. 11. 1942, in: BA-MA, N 265/13.

¹⁰³ Bericht Heinricis an seine Familie, 15. 4. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 74.

¹⁰⁴ Vgl. ebenda: „Und daraus wird es verständlich, daß der russische Soldat in vielen praktischen Dingen und in seiner Härte den Äußerungen der Natur gegenüber dem deutschen überlegen ist.“ Vgl. auch Heinrici an seine Frau, 30. 7. 1942, über das Überleben versprengter Feindesteile, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 62: „Sie sind eben wie die Tiere, unsere Leute würden solch eine Zeit einfach nicht durchhalten können.“

¹⁰⁵ Bericht Heinricis an seine Familie, 16. 4. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 74–76.

Allerdings machten sich bei ihm nun erstmals auch Bedenken gegen die „totale“ deutsche Kriegführung breit. Die Tatsache, dass die sowjetische Regierung ihn gemeinsam mit Model öffentlich als Kriegsverbrecher anprangerte, ließ ihn keineswegs unberührt¹⁰⁶. Heinrici wurde deutlich, dass in einem kurzen Krieg die Rücksichtslosigkeit der eigenen Kriegführung noch kontrollierbar sein mochte, in einem langen Krieg aber immer mehr zu Hemmungslosigkeit auszuarten drohte. Gerade die Rückzugsbewegungen der Heeresgruppe Mitte seit Frühjahr 1943 waren mit Verwüstungen verbunden, die in seinen Augen das Kriegsnotwendige weit überschritten. Das „fortgesetzte Abbrennen und Zerstören“ fand er schließlich unerträglich¹⁰⁷ und versuchte gegen eine planlose, ungezügelter Umsetzung der Strategie der „verbrannten Erde“ vorzugehen, etwa im September 1943 bei der Räumung von Smolensk¹⁰⁸. Die Verrohung der Kriegführung hatte den Zustand erreicht, dass „jeder Trossknecht sich dazu berufen fühlte, Zerstörungen vorzunehmen“¹⁰⁹. Doch Heinrici musste nun die Erfahrung machen, dass diese Entwicklung, von der er sich jetzt mit Hinweis auf andere militärische Traditionen und seine soldatische „Erziehung“ distanzierte¹¹⁰, nicht umzukehren war¹¹¹: „Der Krieg hat hier ja Formen angenommen, die den Dreissigjährigen weit übertreffen. Trotz aller Bemühungen, dies einzudämmen, weil es mir in der Seele zuwider ist, fühlt man sich oft machtlos. Das Handwerk des Soldaten ist kein befriedigendes mehr.“ Und im März 1944 resümierte er¹¹²: „Glaubte man hier die Sache verhindert zu haben, so flammte an anderer Stelle der Brand hoch. Es war eine Krankheit, die sich überall verbreitet hatte und wo trotz aller Befehle und Gegenmassnahmen einfach nicht gehen anzugehen war.“

Diese Krankheit aber war eine Folge der Kriegführung, auf die man sich im Juni 1941 nach den politisch-ideologischen Vorgaben Hitlers bewusst eingelassen hatte. Die damals von der Wehrmachtführung gerufenen und von den Frontkommandeuren geduldeten Geister wurde man nun nicht mehr los. Im Bewegungskrieg der „Barbarossa“-Phase meinte man eine in jeder Beziehung rücksichtslose Kriegführung beherrschen und von ihr militärisch profitieren zu können. Doch nach dem Scheitern des anfänglichen Siegeslaufes erwies sich die in den Monaten wilden Kampfes und wilder Besatzung zugelassene moralische Deformation als so tiefgreifend, dass sie allein durch disziplinarische Maßnahmen nicht mehr zu beheben war. Dass sich die Generäle später vor allem mit solchen Disziplinierungsversuchen und ihrer gleichzeitig veränderten Einstellung zur Besatzungspolitik rechtfertigten, führt in die Irre. Das erste Jahr und besonders das erste halbe Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges ist in seiner richtungsweisenden und folgenrei-

¹⁰⁶ Ebenda; Heinrici an seine Frau, 8. 4. 1943, in: Ebenda, Bl. 41–43.

¹⁰⁷ Tagebuch Heinricis, 19. 9. 1943, in: BA-MA, N 265/43, Bl. 125.

¹⁰⁸ Vgl. dazu das Material in: BA-MA, N 265/46. Ebenda auch weitere Befehle Heinricis gegen unkontrollierte Zerstörungsmaßnahmen. Sein Verhalten in Smolensk führte noch Monate später zu Beschwerden der Luftwaffe bei Hitler, der eine Stellungnahme Heinricis anforderte. Vgl. Busch (Oberbefehlshaber Heeresgruppe Mitte) an Heinrici, 15. 6. 1944, in: Ebenda, Bl. 6.

¹⁰⁹ Tagebuch Heinricis, 18. 3. 1944, in: BA-MA, N 265/14.

¹¹⁰ Heinrici an seine Familie, 3. 11. 1943, in: BA-MA, N 265/157, Bl. 120: „So war die Kriegführung früher nicht, dass alles vernichtet werden musste. Mir liegt so etwas nicht; wir sind früher anders erzogen.“

¹¹¹ Heinrici an seine Familie, 10. 10. 1943, in: Ebenda, Bl. 110.

¹¹² Tagebuch Heinricis, 18. 3. 1944, in: BA-MA, N 265/14.

chen Bedeutung nicht zu unterschätzen. Die Aufzeichnungen Gotthard Heinricis geben davon ein direktes und ungeschminktes Zeugnis, niedergeschrieben von einem an hoher Stelle verantwortlichen General mit guter Beobachtungsgabe und über das rein Militärische hinausgehendem Interesse. Das macht den Wert dieser Quelle aus.

Dokumente¹¹³

(1) *Tagebuch, [französische Kanalküste] 21. September 1940 (BA-MA, N 265/9)*

Der Chef Hollidt¹¹⁴ sieht den Krieg noch nicht sobald am Ende; die großen geplanten Neuaufstellungen, die Verlegung der Heeresgruppe B und 2er A[rmee]O[ber]K[ommando]s nach dem Osten¹¹⁵ scheinen ihm auch keine reine Friedensmaßnahme zu sein. Ich halte es zunächst für weiter nichts als für ein Druckmittel gegenüber einem Partner, der schon einiges gemacht hat (Rumänien), was uns nicht so sympathisch war¹¹⁶. Daß für fernere Zeit der Kampf gegen den „Bolschewismus“ als Weltanschauung doch noch einmal wahr wird, möchte ich nicht ablehnen. Was zur Zeit aus Nützlichkeitsgründen vertagt ist, braucht auf die Dauer nicht aufgehoben zu sein. Die scharfen Ausdrücke in „Mein Kampf“ gegen Rußland sind wahrscheinlich nicht nur als leere Worte geschrieben. Der Ausspruch des Führers im letzten Herbst (39), als uns die Westgegner den Krieg erklärten, unter diesen Umständen müsse er sich selbst mit dem Teufel verbinden¹¹⁷, deutet Ähnliches an. – Insgesamt scheint sich nur eins abzuzeichnen: das Schwergewicht der Dinge zieht unsere Politik zwangsläufig in immer größere Unternehmungen, auch solche, die sie anfänglich nicht geplant hat. Der erste Erfolg wirft neue Probleme auf, die folgerichtig immer größer werden. Das schwierigste scheint mir dann zu sein: den richtigen Endpunkt zu finden und zu setzen. Vieles ähnelt heute doch Napoleon. Er marschierte doch auch wohl nicht freiwillig nach Moskau, sondern weil der Kampf gegen England ihn dazu zwang.

(2) *Tagebuch, [französische Kanalküste] 25. März 1941 (BA-MA, N 265/10, Bl. 66f.)*

Wir stehn zwischen 2 Interessen Polen. Der eine liegt noch im Westen [...]. Alles geht nach dem Osten, den auch wir bald erleben werden. Dorthin richten sich

¹¹³ Der Text der Dokumente ist buchstabengetreu wiedergegeben, lediglich offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert.

¹¹⁴ Karl Hollidt (1891–1985), Generalleutnant, Mai–Oktober 1940 Chef des Generalstabes der 9. Armee, der Heinricis Korps unterstellt war. – Die Biogramme konzentrieren sich ganz auf die Zeit der Dokumente, die Lebensdaten Hitlers und anderer allgemein bekannter Persönlichkeiten (Napoleon, Goethe etc.) werden nicht erneut erfasst.

¹¹⁵ Am 12. 9. 1940 war die Heeresgruppe B (Generalfeldmarschall von Bock) mit der 4. und 12. Armee an die Ostgrenze verlegt worden, wo sich zuvor allein die 18. Armee zur Grenzsicherung befunden hatte. Vgl. DRZW IV, S. 216–219.

¹¹⁶ Zu den noch labilen deutsch-rumänischen Beziehungen vor der Machtübernahme Antonescus im September 1940 vgl. Andreas Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944, Wiesbaden 1954, S. 9–93.

¹¹⁷ Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1: Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive (14. 8. 1939–30. 6. 1940), Stuttgart 1962, S. 38 (28. 8. 1939), über eine entsprechende Äußerung Hitlers.

in 2. Linie unsere Blicke. Bald werden uns dort neue Aufgaben entstehen. Major Knüppel¹¹⁸ wird uns heute von Warschau eingehendere Nachrichten über unsere Zukunft bringen. Ganz wohl ist mir bei dem Gedanken nicht, daß auch dort ein neuer Feind entstehen soll¹¹⁹. $\frac{3}{4}$ der Welt sind dann gegen uns. Es scheint fast gesetzmäßig zu sein, daß der Kampf gegen England den Weg nach Rußland führt. Bei Napoleon war es nicht anders. Aber es sind heute zweifellos auch gewichtige Gründe, die für solche Auseinandersetzung sprechen.

(3) *Brief an seine Frau, [Siedlce]¹²⁰ 22. April 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 9)*

Hier ist es wenig schön, schlechtes kaltes Wetter, noch gar kein Frühling, Wanzen u. Läuse laufen überall herum, ebenso schreckliche Juden mit Davidsstern am Ärmel.

(4) *Brief an seine Frau, [Siedlce] 25. April 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 11)*

Heute Abend kommen wir in eine gewisse Selbständigkeit, indem wir ein Haus beziehen, welches als Casino für die Volksdeutschen in 2 äußerlich unbeschreiblich häßlichen Häusern hergerichtet wird. Polen u. Juden tun Sklavendienste, um alles schnell fertig zu machen. Sie arbeiten Tag u. Nacht. Rücksichten werden hier zu Lande nicht auf sie genommen. Es ist hier etwa so wie im Altertum, wenn die Römer ein Volk niedergeworfen hatten.

(5) *Brief an seine Familie, [Tomaszow] 9. Mai 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 15)*

Gestern Abend war ich bei General v. Gienanth¹²¹ in Spala – dem Jagdschloss der russischen Zaren – zu Gast. Was ich dort von den Verhältnissen in Polen hörte, klingt ja nicht sehr erfreulich. Aber morgen kommt hier der General Gouverneur¹²² her, überall müssen die Juden Fahnenmasten zum Willkomm errichten,

¹¹⁸ Wilhelm Knüppel (*1902), Major i.G., seit April 1940 1. Generalstabsoffizier (Ia) des XXXXIII. Armeekorps.

¹¹⁹ Vgl. auch den Tagebucheintrag vom 29. 1. 1941, in: BA-MA, N 265/10, Bl. 56: „Die Masse unserer Leute steht im Osten. Sind sie gegen Rußland dort bereitgestellt? Man kann sich das nicht vorstellen. Alle Lieferungen von dort würden für lange Zeit aufhören. Viele Divisionen wären lange gebunden. Oder ist es doch nötig, um uns Handlungsfreiheit auf dem Balkan zu schaffen, die uns Rußland etwa nicht geben will?“ Im Rückblick betonte Heinrici seine Skepsis noch wesentlich stärker, jetzt ohne Anerkennung der „gewichtigen Gründe“ für den Ostfeldzug. Tagebuch Heinrici, 23. 1. 1943, in: BA-MA, N 265/13: „Eins aber ist sicher, obwohl ich immer allein mit dieser Meinung stand: Der Krieg gegen Rußland war nicht der Richtige. Fürchtete man seine Rüstung u. seine sicher insgeheim gehegten Absichten, so mußte die Kunst der Politik diese Gefahr bannen, nicht aber ein neuer überstarker Feind zu den bisherigen hinzugebracht werden. Ich habe im Februar 41 an Otto Kogler geschrieben, als er darum fragte, ich kann es mir nicht vorstellen, daß man sich ohne Zwang einen derartigen Gegner auf den Hals zieht, nachdem man bereits gegen die halbe Welt kämpft. Das Gleiche habe ich einige Tage später in Nancy Oberst Röhrich zum Ausdruck gebracht.“ Vgl. auch das Tagebuch Heinrici, 10. 11. 1942, in: Ebenda: „Man hätte sie zu Verbündeten machen sollen, auch auf Kosten der Meerengen, der Dardanellen, der russische Krieg hat zuviel deutsche Kraft verbraucht und hält zuviel von ihr gebunden.“

¹²⁰ Heinrici war am 18. 4. 1941 in der zwischen Warschau und dem Bug gelegenen Stadt Siedlce eingetroffen, in der das Generalkommando sein vorderes Quartier bezog. Das hintere Quartier lag in Tomaszow südöstlich von Warschau. In den Tagen vor dem deutschen Angriff bezog Heinrici seinen Gefechtsstand am Bug ostwärts von Losice.

¹²¹ Curt Freiherr von Gienanth (1876–1961), General der Kavallerie, Juli 1940–September 1942 Militärbefehlshaber im Generalgouvernement.

¹²² Hans Frank (1900–1946), Oktober 1939–Januar 1945 Generalgouverneur von Polen.

und wo hässliche Stellen sind, werden grüne Tannenwände gebaut. Den Polen stehen wöchentlich 100 Gramm, den Juden 0 Gramm Fleisch zu. Wovon die Leute eigentlich leben, weiss niemand so recht zu sagen. Was in Zukunft aus diesem Lande mal werden soll, ist ebenso unklar.

(6) *Brief an seine Familie, [Siedlce] 17. Mai 1941 (BA-MA, N 265/35, Bl. 27–30)*

Ein unbeschreibliches Elend herrscht in diesem Lande¹²³. Am krassesten tritt es in den Städten in Erscheinung. Zur Hälfte sind sie im Krieg 1939 zerstört, in der anderen Hälfte wohnt die zurückgebliebene Zivilbevölkerung und dazu 50–60% mehr Menschen, die aus der Provinz Posen, aus dem Warthegau oder sonst woher als Juden oder unerwünschte Elemente abgeschoben sind. Man sagt, auf ein Zimmer kämen 8–20 Personen. Wie es darin aussieht, kann sich jeder vorstellen. Häuser und Wohnungen sind in dem Zustand belassen, in welchen der Krieg sie versetzt hat. Die Fenster sind häufig mit Brettern oder Pappe geschlossen, wo sie vorhanden sind, sind sie mit schmutzigen Gardinenfetzen verdeckt. Die Wände zeigen überall die Spuren von Granat- und Bombensplittern. In dem Schutt der Ruinen suchen noch heute Juden und zerlumppte Kinder, ob sie etwas finden können. Regnet es, sind die Straßen im Umsehen ein schmieriger Schlamm. Ist es trocken, fliegt der Staub in Wolken durch die Luft. Man empfindet ordentlich den Schmutz, den man einzuatmen gezwungen ist. Geht man durch die engen Straßen, so mischen sich mit dem unvorstellbare Gerüche von Armut und Verkommenheit.

Ähnlich, wie das Straßenbild, sieht auch die Bevölkerung aus, im Anzug heruntergekommen und verwahrlost. Die wenigsten können wahrscheinlich ihre Bekleidung erneuern. Man trifft Gestalten, die buchstäblich in Lumpen gehüllt sind, bei denen Rock und Hose aus Fetzen bestehen. Zwischen ihnen lungern an Ecken und an Kirchtüren Bettler herum, denen Gliedmaßen fehlen und deren Zustand zum Teil abstoßend ist.

Die Juden sind bei uns in einem Ghetto vereinigt¹²⁴. Sie sind gekennzeichnet durch eine weiße Armbinde mit einem blauen Stern. Das Ghetto ist in den kleinen Städten nicht von der Bevölkerung getrennt. Das findet man nur in Warschau, wo eine 3 Meter hohe Mauer, bewehrt mit Stacheldraht und Glas, sie hermetisch abschließt. In den kleinen Städten laufen sie frei herum und werden zur Arbeit herangezogen, sind als Handwerker oft auch unentbehrlich. Typisch für das Land hier ist, daß, wenn man etwas braucht, was nicht zu beschaffen ist, man es allein durch den Juden bekommt. Er ist auch sofort bereit, es zu besorgen. Bei der körperlichen Arbeit bringt er sich im übrigen nicht um. Feiertage gibt es für ihn nicht. Er schaufelt Sonnabend und Sonntag, aber er tut, sei es bei Straßenarbeiten oder

¹²³ Vgl. auch den Brief an die Familie, 30. 4. 1941, in: BA-MA, N 265/155, Bl. 13: „Dies Generalgouvernement ist wirklich der Kehrichthaufen Europas.“

¹²⁴ Vgl. auch Heinrichs Brief an seinen früheren Vorgesetzten, Oberstleutnant von Selle, 15. 5. 1941, über seinen Besuch in der Stadt Rawa Mazowiecka, in der er 1914/15 stationiert war, in: BA-MA, N 265/35, Bl. 24–26: „Im großen aber bot das alte Judennest noch das gleiche Bild. Nur daß die Juden, mit denen unser Ortskommandant, Major Jacobi, soviel Scherereien hatte, nicht mehr frei herumlaufen dürfen, sondern in einem Ghetto eingesperrt sind.“ Über das Ghetto in Siedlce vgl. Józef Kazimierski, *Okupacja i zbrodnie hitlerowskie na Podlasiu w latach 1939–1944*, in: *Okreg Siedlecki 1942–1944*, Warschau 1977, S. 148–179, hier S. 160f.

als Bauarbeiter, nur dann etwas, wenn er überwacht wird. Sonst geht er, wie ich dies von meinem Fenster aus oft sehe, sofort zur Ruhe über.

So, wie es mit dem Äußeren ist, ist es auch um die Ernährung der Bevölkerung bestellt. In unserer Stadt ist die Brotration für die Polen auf 75 Gramm, für Juden auf 65 Gramm festgesetzt. Man sagt, die Polen erhielten 100 Gramm Fleisch die Woche, die Juden weniger. Man ist immer wieder erstaunt, daß die Leute noch leben. Die Juden sollen Reserven besessen haben, mit denen sie sich bis heute über Wasser hielten. Allmählich gehen auch diese zu Ende und wie dann die Verhältnisse werden, kann man sich nicht vorstellen. Neulich traf ich einen Leichenzug. Es wurde ein Jude zu Grabe getragen. Da kein Sarg vorhanden war, wurde die Leiche auf einer Zeltbahn, die an zwei Stangen befestigt war, nur mit einer Decke verhüllt, zum Friedhof herausgebracht.

(7) Brief an seine Frau, 17. Juni 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 33f.)

Die Amerikaner scheinen nun auch zielbewußt in den Krieg hinein zu steuern. Die deutschen Konsulate in U.S.A. sollen neuerdings alle geschlossen sein¹²⁵. Sollten sie wirklich in die Sache hinein steigen, dann sind wir glücklich beim Weltkrieg Nr. 2. Wir werden sehen, wie lange dann diese Sache noch dauert. Wir stehen wohl vor dem Beginn größerer Ereignisse. Es ist alles nach Kräften vorbereitet.

(8) Brief an seine Frau, 21. Juni 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 36)

Wenn dieser Brief abfährt, ist der neue Feldzug losgegangen. Er soll einen Nachbarn ausschalten, der uns möglicherweise gefährlich werden kann, wenn es gegen England – sei es am Suez Kanal oder auf der Insel – geht. Er soll ferner uns landwirtschaftliche Gebiete bringen, die in der Lage sind, soviel zu liefern, daß ganz Europa von ihnen leben kann. Das Letztere ist wohl die Hauptsorge, nachdem Amerika sich bereits inoffiziell im Kriege mit uns befindet. In gewissem Grade spielt natürlich auch der weltanschauliche Gegensatz eine Rolle.

Wie sich der neue Feind schlagen wird, weiß niemand. Im Finnenkrieg hat sich seine Führung als sehr schlecht erwiesen. Der einfache Soldat ist wie im Weltkriege zu Anfang sicher kein schlechter Gegner. Die Stimmung in der Truppe soll drüben ganz zuversichtlich sein.

Seit Wochen sind hier bei uns ungeheure Mengen an Menschen u. Material vorübergezogen. Die Entfaltung der Machtmittel ist gewaltig groß. Man hofft auf eine schnelle Entscheidung. Es wäre erwünscht, wenn dieses einträte.

(9) Kriegsbericht an seine Familie, 23. Juni 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 38)

Wir haben gestern eine russische Division gegenüber gehabt, die in der Überraschung völlig zersprengt ist. Überall in den großen Wäldern, in den zahllosen Gehöften sitzen verlorene Soldaten, die oft genug hinterrücks schießen. Der Russe führt überhaupt hintertückisch Krieg. Unsere Leute haben daraufhin mehrfach stark aufgeräumt, ohne Gnade. [...] Überall nehmen unsere Leute auf Suche nach Vorspann den Bauern die Pferde weg. In den Dörfern großes Geheul u. Weh-

¹²⁵ Die USA hatten das Deutsche Reich am 16. 6. 1941 aufgefordert, seine Konsulate zum 10. 7. 1941 zu schließen.

klagen. So wird die Bevölkerung „befreit“. Aber wir brauchen Pferde u. der Bauer wird wohl Geld später kriegen.

(10) *Kriegsbericht an seine Familie, 24. Juni 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 39)*

Feldmarschall von Kluge¹²⁶ steckt uns Marschziele, die bei den Witterungsverhältnissen und insbesondere dem mangelhaften Nachschub über die Bugbrücken schwer zu erfüllen sind. Trotzdem sind sie mit äußerster Willensanstrengung am Abend erreicht worden. In 3 Tagen haben wir den Weg vom Bug bei Mielnik bis zum Nordostrand des Forstes Bialowieza durchmessen. Die Vorausabteilungen sind weit darüber vor. Es ist eine ungeheure Leistung. Dabei haben viele Truppen noch heute ihre Feldküchen nicht heran, sondern leben von der eisernen Portion. Das Land muß allerdings auch genügend hergeben. Hühner, Schweine und Kälber lassen in reichlichem Maße ihr Leben. Es beginnt Brotmangel, denn es gelingt nicht, nachzuschieben, weil die kümmerlichen Pionierbrücken noch immer mit Gefechtsfahrzeugen voll besetzt sind. Die Divisionen haben Ausdehnungen in der Tiefe an die 100 km. [...] Im grossen scheint der Russe mit seinen Kräften nach Osten abzuziehen. Wenn er zum Kampf gestellt wird, schlägt er sich aber sehr hart. Er ist ein viel besserer Soldat wie der Franzose. Ausserordentlich zähe, verschlagen und hinterlistig. Manche Verluste entstehen dadurch, daß hinterrücks unsere Leute abgeschossen werden. Die Gefangenen, die gemacht sind, bisher nur wenige hundert, weisen allerhand Volkstypen auf. Davon Leute, die mehr wie Chinesen als wie Russen aussehen.

(11) *Kriegsbericht an seine Familie, [Lyskov] 4. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 40)*

Der Krieg in Russland ist ungeheuer blutig. Der Feind hat Verluste erlitten, wie sie in diesem Kriege bisher nicht gesehen sind¹²⁷. Den russischen Soldaten ist von ihren Führern gesagt worden, sie würden alle von uns erschossen. Statt sich zu ergeben, schiessen sie nun hinterrücks auf jeden Deutschen. Das fordert natürlich wieder unsererseits Gegenmassnahmen heraus, die hart sind. So steigern sich beide Parteien gegenseitig empor, mit der Folge, dass Hekatomben von Menschenopfern gebracht werden. Dazu kommt Unübersichtlichkeit des Geländes: überall Wald, Sumpf, hohes Getreide, in dem sich die Russen verstecken können, kurz, schön ist es hier nicht. [...] Morgen geht es weiter nach Osten, ins Innere Russlands. Es ist noch nicht endgültig geschlagen. Aber es ist schwer angeschlagen¹²⁸. Die russischen Flieger sind seit Tagen völlig verschwunden. Das ist ein

¹²⁶ Günther von Kluge (1882–1944), Generalfeldmarschall, September 1939–Dezember 1941 Oberbefehlshaber der 4. Armee, Dezember 1941–Juli 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte.

¹²⁷ Das XXXXIII. Armeekorps (künftig: A.K.) war nach dem deutschen Angriff vom 22. 6. 1941 an der Südflanke der Schlacht von Bialystok eingesetzt und ging dann weiter nach Osten vor. Die Rote Armee verlor in der Doppelschlacht von Bialystok (bis 1. 7.) und Minsk (bis 8. 7.) 324 000 Mann an Gefangenen, 3300 Panzer und 1800 Geschütze. Vgl. DRZW IV, S. 452 f., S. 461.

¹²⁸ Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad (22. 6. 1941–24. 9. 1942), Stuttgart 1964, S. 38 (3. 7. 1941): „Es ist also wohl nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß der Feldzug gegen Rußland innerhalb [von] 14 Tagen gewonnen wurde. Natürlich ist er damit noch nicht beendet. Die Weite des Raumes und die Hartnäckigkeit des mit allen Mitteln geführten Widerstandes wird uns noch viele Wochen beanspruchen.“

grosser Vorteil. [...] Bis jetzt gab es noch Hühner und Eier und Kälber. Bald aber wird das Land wohl schwer ausgesogen sein.

(12) *Brief an seine Frau, [Lyskov] 5. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 62)*

Wir haben hier in einer Apotheke gewohnt, die einem alten Juden gehört. Er ist ganz froh, die Bolschewiken los zu sein. Alle Besitzenden haben sie wohl recht schlecht behandelt. Wir sind durch eine Menge von Gütern gekommen. Die Besitzer sind alle von den Bolschewiken beseitigt worden, die Güter sind verkommen, zerstört, verwahrlost, in furchtbar verkommenem Zustand. Sie waren als Arbeiterkasernen oder Barackenlager eingerichtet. Die russischen Soldaten scheinen auch keine überbegeisterten Bolschewiken zu sein. Die Gefangenen klagen vor allem über die schlechte Verpflegung, auch hätten ihre Vorgesetzten sie recht mäßig behandelt. Wahre Volksgemeinschaft scheint also wenig vorhanden gewesen zu sein. Da die Kommissare die Soldaten am Überlaufen hindern und sie mit der Pistole zum Kampf zwingen, schlagen die Soldaten nun wieder die Kommissare tot.

(13) *Brief an seine Frau, [Kozov] 6. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 63)*

Nachdem unsere Schlacht erledigt ist, rücken wir zur Zeit in kurzen Etappen nach Osten vor. Die Zusammendrängung der Truppen macht das Vorgehen langsamer als uns allen lieb ist, dazu erschweren die unglaublichen Wegeverhältnisse das Vorwärtsskommen. Herr Gott, ist das ein finsternes Land, nördlich der Pripjetsümpfe, Wald, überall Wald, dazwischen Kilometer breite Sumpfstrecken, wo man bis in die Knie im Modder versinkt. Bloß von oben sieht die Sache besser aus. Gestern bin ich im Storch¹²⁹ meine Marschkolonnen abgeflogen, da sah alles wie ein reizendes Spielzeug aus.

Unser vor uns gestandener Russe ist nun vernichtet. Die Angelegenheit ist ungeheuer blutig gewesen. Teilweise wurde überhaupt kein Pardon mehr gegeben. Der Russe benahm sich viehisch gegen unsere Verwundeten¹³⁰. Nun schlugen u. schossen unsere Leute alles tot, was in brauner Uniform umherlief. Noch immer stecken aber die großen Waldgebiete voll von Versprengten und Flüchtlingen, teils mit teils ohne Waffen, die eine ausgesprochene Gefahr sind. Man kann Divisionen hindurchschicken, und trotzdem entgehen in diesen ungangbaren Gebieten 10000sende der Gefangennahme¹³¹.

Stalin hat nun den Befehl gegeben, alles beim Rückzug zu vernichten, was uns zu Gute kommen könnte¹³². Nun geht das Sengen und Brennen wie zu Napoleons

¹²⁹ Das dreisitzige Kabinenflugzeug Fieseler Fi 56 „Storch“, ein wendiges Kurzstartflugzeug, diente den höheren Stäben vor allem als Verbindungs- und Aufklärungsflugzeug („fliegender Kübelwagen“).

¹³⁰ Zur Tötung deutscher Kriegsgefangener vgl. Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, unter Mitarb. v. Walter Rabus, München ³1980, S. 273–307; DRZW IV, S. 784–789.

¹³¹ Vgl. auch den Brief an seine Frau, 8. 7. 1941, in: BA-MA, N 265/155, Bl. 65: „Aus den Wäldern werden immer noch einzelne Russen herausgeholt. Aber wer weiß, wie viele noch drin stecken. Niemand ist in der Lage, diese Wald- u. Sumpfgebiete abzusuchen. Die russischen versprengten Soldaten wollen auch nichts anderes, als in Civil ihre Heimat erreichen u. wieder Bauern sein. Sie wollen nicht als Gefangene nach Deutschland und wollen auch vom Krieg nichts mehr wissen.“

¹³² Stalin hatte am 3. 7. 1941 in seiner berühmten Rundfunkansprache zum „vaterländischen Verteidigungskrieg“ aufgerufen und befohlen, vor dem Rückzug „alles wertvolle Gut“ zu vernichten.

Zeit u. auch z.Z. 1915 wieder los. In Minsk, einer Stadt von 200 000 Einwohnern, sollen – nach Schilderung meines Oberbefehlshabers, Generaloberst v. Weichs¹³³ – noch 2 Sowjetprunkgebäude stehn, alles andere abgebrannt sein. In unserem Quartierort Kozow steht noch 1/3 der Häuser, den Kern der Stadt haben die roten Kommissare verbrannt, die Bevölkerung, die das nun seit 1915 zum 4. Mal excerziert, mag die Nase voll haben!

(14) *Brief an seine Frau, [Lachowize] 8. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 64)*

Bleierner Himmel, man sagt 40° Hitze, undurchdringliche Staubwolken, tiefer Sand, Kennzeichen dieses Tages. Ich war heute zur Heeresgruppe herübergefahren, welche dicht bei uns liegt und erzählte dem Feldmarschall v. Bock¹³⁴ von unsern Kämpfen. Er sagte, sie hätten zu dem Schwersten gehört, was diese Operation gebracht habe, vielleicht seien sie das Schwerste gewesen. Nun, ich habe das gemerkt, das kann ich wohl sagen. Jetzt hängen wir nun weit zurück, marschieren jeden Tag 30–35 km, die Pferde zwingen kaum durch den Sand, aber wir müssen weiter. Denn unsere mot. Kräfte kämpfen 200 km vor uns, allein, auf sich gestellt. Vielleicht überwältigen sie allein ohne unsere Hilfe den Russen. Dann müssen wir noch weiter laufen.

Heute nachmittag haben wir zum ersten Mal gebadet. Es war ein Genuß. Unser Ort Lachowize liegt an einem der üblichen Sumpftäler, durch den sich ein Bach schlängelt. Bei der Hitze läuft der Soldat, sowie er Ruhe hat, nur noch braungebrannt in Badehose herum. Ob es mitten in der Stadt oder sonst wo ist, überall sieht man nur noch nackte Männer. Heute mußte eine Kommunistin erschossen werden, die in unserm Rücken versprengte Russen verpflegte und gegen uns mit allen Mitteln arbeitete. So ist hier der Krieg. Vorgestern las Balzen von meiner Hose die erste Wanze ab. Ich wohne nur noch in Räumen, aus denen alles Mobiliar entfernt ist. Die Verkommenheit hier ist unbeschreiblich.

(15) *Brief an seine Frau, [Kopyl] 11. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 66)*

Wir sind nun im richtigen Rußland, Kopyl heißt heute das Nest. Alles ist im Zustand greulichster Verkommenheit. Wir lernen die Segnungen bolschewistischer Kultur schätzen. Einrichtungsgegenstände gibt es nur primitivster Art. Wir wohnen meist in leeren Stuben. Davidsterne sind überall an Wände u. Decken gemalt. Die Kirchen sind alle zu politischen Versammlungsräumen umgestaltet. In jedem Ort sind große Parteihäuser, wo Stalin und Lenin verherrlicht sind, als Liebling des Volkes, der Kinder, der Frauen, der Arbeiter, der Soldaten u.s.w. In den Städten steht meist auf dem Markt ein cementener Stalin, nicht unähnlich dem alten Hindenburg. Läden gibt es nicht. Die Bauern müssen für die Gemeinschaft arbeiten, erhielten 1/3 des Dorfertrages in Nahrungsmitteln (Deputat) u. 80 Rubel im Jahr. Ein Kilo Butter kostete 36 Rubel! Sonst standen jedem Genossen eine Reihe

Diese Strategie der verbrannten Erde behinderte nicht nur die deutsche Kriegführung, sondern verschlechterte auch die Lebensbedingungen der zurückbleibenden Bevölkerung. Vgl. DRZW IV, S. 731–733.

¹³³ Maximilian Freiherr von Weichs (1881–1954), Generaloberst, Oktober 1939–Juli 1942 Oberbefehlshaber der 2. Armee.

¹³⁴ Fedor von Bock (1880–1945), Generalfeldmarschall, April–Dezember 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Januar–Juli 1942 der Heeresgruppe Süd.

Sachen zu, die er als Entgelt für seine Arbeit in einem staatlichen Depot, das in jeder Stadt ist, empfangen konnte: Seife, Cigaretten, Strümpfe, 1 Anzug pro Jahr! Das ist das Sowjetparadies. Niemand wagt, ein freies Wort zu reden. Jeder hat Angst zu sprechen. Kinder wurden im Alter von 15 Jahren zu Haus fortgeholt u. in die Bergwerke am Don geschickt. Sie erfuhren nichts mehr von ihrer Familie u. diese nicht von ihnen. Wir haben solche als Soldaten gefangen. Nun hofft die Bevölkerung, von solchem Druck befreit zu werden. Schlecht ist nur, daß sich niemand verständigen kann. Dadurch gibt es auch viele Mißgriffe¹³⁵.

Der Bolschewik kämpft vorläufig am Dnjepr. An einzelnen Stellen ist er schon überschritten. Das bedeutet für uns laufen, daß die Zunge heraushängt, immer laufen, laufen, laufen. Ich glaube, nach dem Kriege schafft man die Infanterie ab. Der Unterschied zwischen Motor u. Menschenkraft ist zu groß.

(16) *Brief an seine Frau, [Bobrujsk] 20. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 68)*

Der Russe ist sehr stark u. kämpft verzweifelt¹³⁶, angetrieben durch seine Kommissare. Schlimm sind vor allem die Waldgefechte. Überall erscheint plötzlich der Russe u. schießt, überfällt Kolonnen, einzelne Wagen, Meldefahrer u.s.w. Der Krieg ist jedenfalls hier sehr schlimm, dazu kommen die ungeheueren Wegeschwierigkeiten, die riesengroßen Räume, die unendlichen Wälder, die Schwierigkeit der Sprache u.s.w. Alle Feldzüge waren bisher wohl ein Kinderspiel gegen die augenblicklichen Kämpfe. Die Verluste bei uns sind erheblich¹³⁷, beim Russen sehr, sehr groß.

(17) *Brief an seine Frau, [Bobrujsk] 22. Juli 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 69f.)*

Wir haben vorgestern den Feind, das russische 66. Korps, das nach Bobruisk vorstoßen wollte, zum Rückzug gezwungen. Leider ist es aus dem Kessel, der sich so schön anbahnte, entwischt. Zwar haben wir es arg angeschlagen. Aber mit dem Erfolg größeren Maßstabes war es wieder nichts. Wir sind hierbei von der Truppe etwas im Stich gelassen worden. Sie ist bei den heftigen u. unerfreulichen Kämpfen hier etwas laurig geworden. Das Kennzeichen des Krieges sind die überall in den Wäldern auftretenden russischen Banden¹³⁸. Sie überfallen jeden einzelnen.

¹³⁵ Über die militärische Besatzungspolitik im Bereich der Heeresgruppe Mitte in diesen Monaten weiß man noch wenig. Vgl. die knappen Hinweise in den älteren Gesamtdarstellungen: Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958; Gerald Reitlinger, *Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944*, Hamburg 1962; Norbert Müller, *Wehrmacht und Okkupation 1941–1944. Zur Rolle der Wehrmacht und ihrer Führungsorgane im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus auf sowjetischem Territorium*, Berlin [Ost] 1971. Vgl. auch Theo J. Schulte, *The German Army and the Nazi Policies in Occupied Russia*, Oxford [u.a.] 1989. Vgl. für Weißrussland jetzt auch: Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999.

¹³⁶ Das XXXXIII. A.K. war nach der Schlacht von Bialystok bis nach Bobrujsk an der Berezina vorgestoßen und wurde dort seit Mitte Juli in langwierige Stellungengefechte verwickelt.

¹³⁷ Allein im Juli 1941 verlor das deutsche Heer 63 099 Mann an Toten, im ersten Quartal des Feldzugs waren es 185 198 Mann, d. h. 6,8% des Ostheeres, 2060 pro Tag. Vgl. Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999, S. 277–279.

¹³⁸ Vgl. den Brief an seine Frau, 13. 7. 1941, in: BA-MA, N 265/155, Bl. 67: „Jetzt geht für uns dieser elende Bandenkrieg los u. wir müssen Wälder ausräumen.“ Zur Entstehung der Partisanenbewegung, die sich in den ersten Monaten vor allem aus versprengten Sowjetsoldaten, entflohenen Kriegsgefangenen, Vernichtungsbataillonen und von den Deutschen verfolgten Zivilisten rekrui-

Nur an die größere Truppe trauen sie sich nicht heran. Aber auch sie erleidet in den Waldkämpfen fühlbare Verluste. Dabei sind die Kämpfe alle besonders hinterlistig vom Russen geführt. Sie werfen sich in den Kornfeldern hin, stellen sich tot und schießen dann von hinten auf unsere Leute. Die machen sie dann erbittert nieder. Kein Feldzug bisher ist mit dem jetzigen zu vergleichen. [...] Hoffentlich bricht der russische Widerstand eines schönen Tages zusammen, denn die Lagen, die geschaffen sind, sind für den Russen in keiner Weise erfreulich. Im Gegenteil befindet er sich in übler Lage. Er ist zum 2. Male an vielen Stellen durchbrochen. Aber die abgeschnürten Teile wehren sich erbittert, und man hat nicht das Gefühl, als ob im Großen geschn der russische Widerstandswille gebrochen sei, oder als ob das Volk ihre bolschewistischen Führer vertreiben wolle. Vorläufig hat man den Eindruck, als wenn der Krieg, auch wenn Moskau besetzt würde, weitergeht, irgendwo aus der Tiefe dieses unendlichen Landes.

(18) *Brief an seine Frau, [Bobrujsk] 1. August 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 76f.)*

[Das] scheußliche Wald- u. Sumpfgelände, die miserablen Wege u. auch die Ermüdung der Truppe, dazu die ungeheuren Entfernungen läßt vieles nicht zum Tragen kommen, was sonst selbstverständlich erschien. Es haben sich alle Leute in dem Russen verschätzt¹³⁹. Immer hieß es, er sei miserabel geführt. Die bisherigen Proben seiner Führungskunst zeigen den Erfolg, daß er vorübergehend einen Stillstand unserer Operationen erreicht hat, und unsere Leute seine Hinterlist fürchten. Nun erleben wir jetzt täglich, daß so an 100 Mann bei uns überlaufen. Vielleicht bricht der Laden drüben doch eines Tages im Großen zusammen, indem die einfachen Soldaten nicht mehr mitmachen. Vorläufig sagen sie immer, sie wollten nicht kämpfen, aber die Kommissare zwingen sie dazu¹⁴⁰. So recht sieht man durch die Zustände drüben nicht hindurch. Eine ungeheure Energie mobilisiert nur rücksichtslos alle Kräfte und setzt sie ohne Schonung ein. So hat sie damit Erfolge erreicht, die früheren Gegnern von uns nicht beschieden waren. Erheblich sind auch unsere Verluste. Rußland hat an ihnen mindestens soviel gekostet, als die anderen Feldzüge zusammen.

Wie nun einmal die Dinge hier abgeschlossen werden, ist noch sehr wenig zu übersehen. Man hat nicht das Empfinden, als ob der Russe gesonnen sei, den Krieg wie die Franzosen eines Tages aufzugeben. Möglicherweise erleben wir einen Stellungskrieg im Winter tief in Rußland. Darauf freut sich schon heute jeder, der daran denkt. Denn alle Zustände sind hier denkbar primitiv. Die Stadt Bobruisk von 91 000 Einwohnern – die jetzt meist fort sind – ist ein hauptsächlich aus Holzhäusern bestehendes Drecknest. Die Hauptstraße erinnert in Königsberg an den

tierte, vgl. Erich Hesse, *Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfpanweisungen und Befehle*, Göttingen 1969, S. 38–70. Vgl. auch John Armstrong (Hrsg.), *Soviet Partisans in World War II*, Madison/Wisc. 1964.

¹³⁹ Vgl. Halder, *Kriegstagebuch III*, S. 170 (11. 8. 1941): „In der gesamten Lage hebt sich immer deutlicher ab, daß der Koloß Rußland, der sich bewußt auf den Krieg vorbereitet hat, mit der ganzen Hemmungslosigkeit, die totalitären Staaten zu eigen ist, von uns unterschätzt worden ist.“

¹⁴⁰ Vgl. auch Heinrichs *Tagebuch*, 30. 7. 1941, in: BA-MA, N 265/11: „Es ist fast unverständlich u. immer wieder dasselbe: Insgesamt kämpft der Russe mit fanatischer Zähigkeit. Im einzelnen betont er immer wieder seine Kriegsmüdigkeit, seinen Willen überzulaufen, seinen Haß gegen die Kommissare, die ihn mit der Pistole zum Kampf zwingen. Es sind 2 Haltungen, die sich aufs Schlechteste vereinigen lassen.“

Nassen Garten¹⁴¹. Wohnungs-Einrichtungen gibt es nicht. Die Leute haben auch nichts, da ihnen ja alles seit 20 Jahren fortgenommen ist. Unsere Dolmetscher sagen immer, die Menschen seien froh, daß die Deutschen da wären. Zweifellos wäre es ein Segen, wenn der Bolschewismus, seine Methoden u. seine Wirkungen von dieser Erde verschwänden. Er ist greulich. Aber er ist ein widerliches Tier, das sich wütend wehrt.

(19) *Brief an seine Frau, [Bobrujsk] 4. August 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 79)*

Jeden Tag gibt es neue Krisen, nervenaufreibende Augenblicke, und wir sind dieses Bobruisk hier reichlich satt. Dazu ist das Leben, das man führt, reichlich ungesund. Viel zu viel Fleischnahrung in Ermangelung von anderem, viel zu viel Rauchen, wenig Bewegung, immer wieder unterbrochene Nächte, in denen sich bald dies, bald jenes ereignet, und von denen man am Tage halb zerschlagen ist. Die Gedanken kreisen nur immer um unsere Kampforgen und finden für keine Ausspannung Zeit. Schön ist es hier nicht.

(20) *Brief an seine Frau, 19. August 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 84)*

Wir stehen am Ende einer Operations Periode¹⁴². 2 russische Korps mit 7 Divisionen sind vernichtet. Wir selbst haben an 10000 Gefangene, die Armee insgesamt etwa 50000. Kriegsmaterial, vor allem Artillerie, Fahrzeuge u.s.w. steht in unübersehbaren Mengen in den Wäldern herum. Die Russen haben es meist in den Sumpf gefahren, damit wir es nicht gebrauchen können. Nachdem die Fronten bei dieser Einkesselung durcheinandergekommen u. die feindlichen Verbände zerbrochen sind, wimmelt es nun wieder einmal in den Wäldern pp. von einzelnen russischen Gruppen oder Leuten. Denn eine unendliche Anzahl hält sich versteckt oder sucht auf Schleichwegen der Gefangenschaft zu entgehen.

(21) *Brief an seine Frau, 23. August 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 86–88)*

Trotz aller Niederlagen hat der Russe doch eine erstaunliche Widerstandskraft aufgebracht. Gestern las ich die Aussage eines gefangenen russischen Armeebefehlshabers, der behauptete, sie würden weiterkämpfen, auch wenn Moskau verloren ginge. Ich möchte es auch meinen. Eine Änderung wird nur kommen, wenn innerlich das System in Rußland zu Fall kommt. Ob jetzt die Voraussetzungen dafür schon geschaffen sind, ist mir zweifelhaft. Es scheint in Rußland alles unter einem furchtbaren Terror zu stehn, der vorläufig keine andere Meinung aufkommen läßt. Nachdem wir die Russen so unerwartet überfallen haben mit dem Krieg, kann man sich auch vorstellen, daß viele, auch ihm nicht gleichdenkende, aus Vaterlandsliebe auf Stalins Seite treten. [...] Die Städte sind alle *völlig* verbrannt. Wir kampieren – wohnen kann man es nicht nennen – in trostlosesten Dörfern.

¹⁴¹ Arbeiterviertel am Industriehafen im Südwesten Königsbergs.

¹⁴² Am 5. 8. 1941 war das XXXXIII. A.K. von Bobrujsk aus wieder zur Offensive übergegangen, überschritt in den folgenden Tagen handstreichartig die Berezina und den Dnepr und beteiligte sich an der Kesselbildung von Gornostajew (24. 8. aufgelöst, 78000 Gefangene). Mit dem Erfolg von Gornostajew eröffnete sich die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Heeresgruppen Mitte und Süd zur Vernichtung der sowjetischen Kräfte im Raum Kiev. Ein entsprechender Befehl Hitlers erging bereits am 21. 8. 1941 und verlagerte damit den Angriffsschwerpunkt der Heeresgruppe Mitte vorübergehend nach Süden. Vgl. DRZW IV, S. 510f.

Heute hause ich in einer Schulklasse, denn die Schulen sind gewöhnlich noch das Sauberste. Alle Häuser sind in einem verkommenen Zustand. Nach Aussage der Einwohner gilt es hier, alles möglichst häßlich u. verarmt zu machen, um nicht als Besizender verfolgt zu werden. [...] Der Krieg hier kommt uns sehr teuer. Ob er wirklich nötig war?

(22) *Brief an seine Frau, 1. September 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 89)*

Fast laufend wechseln die Lagen und treten neue Forderungen heran¹⁴³. Das geht nun ununterbrochen seit 10 Wochen. Am meisten zu bewundern ist aber der einfache Infanterist, der ohne Quartier, Tag u. Nacht beansprucht, all dies ausbaldet. Wenigstens ist das Wetter hier leidlich günstig. Wir haben ununterbrochen sommerliche Wärme. Eigentlich war bis auf wenige Tage der ganze Sommer so. [...] Ich bin überzeugt, daß dieser Krieg noch lange dauert. In diesem Jahr wird er nicht beendet. Der Russe hofft auf den Winter. In dieser Zeit reorganisiert er seine angeschlagene Armee und greift dann auf Befehl der Engländer u. auf eigenen Wunsch im Frühjahr wieder an. Engländer und Amerikaner aber freuen sich, daß Nat.Soz. u. Bolschewisten sich gegenseitig so schwächen, daß sie hoffen, beide könnten ihnen nicht gefährlich werden. Wir müssen uns jedenfalls auf das nächste Kriegsjahr einstellen.

(23) *Tagebuch, Muroviika Baklanova 11. September 1941 (BA-MA, N 265/11)*

Besprechung mit Ob[erbefehlshaber] 2. Armee Generaloberst v. Weichs. Neue Operation gegen Kiew¹⁴⁴. Die Heeresgruppe [Mitte] entzieht dem Schwerpunktsflügel, der die Nordzange bildet, das XIII. Korps mit den beiden besten Divisionen. Sie hat kein Interesse an der Lage der Südheeresgruppe. Dafür schickt sie einen Befehl, es solle aber alles schnell gehen. Dazu totmüde, abgekämpfte schwache Truppen. Kurzsichtige Leute dort, die an ihre eigene Operation nur denken. So sieht es gerade von hier gesehn aus. Alle Beteiligten sind sprachlos über diese Lösung. Dazu bleibt das A[rme]eO[ber]K[ommando] 2 bei der Heeresgruppe Mitte, ist aber auf Zusammenarbeit mit Süd „angewiesen“. Man faßt sich an den Kopf. Ich sage der Armee, man solle mal der Truppe einige Tage Ruhe geben, das würde sie durch vermehrte Leistungen danken. Alle, die die Zustände kennen, nicken mit dem Kopf. Unsere Armee tut dann auch, was sie in dieser Richtung erreichen kann.

(24) *Kriegsbericht an seine Familie, 12. September 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 92–96)*

Der Zustand der russischen Truppen, die uns gegenübertraten, hat sich in der letzten Zeit zweifellos verschlechtert. Vor allem ist die russische Infanterie ein

¹⁴³ Nach der erfolgreichen Schlacht von Gomel war das XXXXIII. A.K. zunächst weiter östlich nach Starodub, dann Ende August nach Süden in den Raum nördlich von Černigov verlegt worden und kämpfte sich in südlicher Richtung vor.

¹⁴⁴ Das XXXXIII. A.K. erhielt den Auftrag, von Černigov (am 9. 9. eingenommen) nach Südosten vorzustoßen und den nördlichen Umfassungsangriff zur Bildung des Kessels von Kiev in Bewegung zu halten. Das Generalkommando wurde aber bereits am 17. 9., also vor Ende der Operation (Auflösung des Kessels: 25. 9., 665 000 Gefangene, 884 Panzer, 3436 Geschütze), herausgezogen und nach Černigov zurückgenommen. Zur Schlacht von Kiev vgl. DRZW IV, S. 510–516.

wildes Durcheinander vermengter Truppenteile, die – wie sie gerade greifbar waren – in die Schlacht geworfen werden. Regimenter, mit kaum ausgebildetem Ersatz aufgefüllt, Divisionen, in denen sich die Reste zweier oder 3 früher zerschlagener wiederfanden, sind an der Tagesordnung. Panzerkorps treten als Infanteristen auf, die keine Panzer mehr haben, Luftlandebrigaden, die nichts mehr zum Landen besitzen. Trotzdem sind es immer wieder Menschenmassen, denen man mit unseren doch schon recht geschwächten Verbänden begegnet und wenn – wie jemand sagte – von 1000 schießenden Idioten auch nur 50 treffen, so fallen eben bei uns soviel brave Leute aus und wird dieser Ausfall bitterer als drüben empfunden. Leider sehr gut ist die russische Artillerie. Sie trifft und ist unerwünscht beweglich. Auch die Flieger sind schneidig und fliegen unter schwierigsten Witterungsbedingungen. Erst als unsere Jäger 15 abgeschossen hatten, bekamen wir hier eine gewisse Erleichterung. Am unangenehmsten empfindet der Deutsche immer wieder die hinterlistige Kampfweise des Russen. Selten trifft man ihn im freien Feld, und dann nur versteckt im Getreide hocken. Meist kriecht er in Wald, in Kusseln¹⁴⁵ und Sumpf und führt dort den Kampf mit Überfall und von rückwärts, wie die Läuse klebt das Volk im undurchsichtigen Gelände fest und ist auch bei zweimaligem Durchkämmen oft nicht herauszukriegen. So stellt dieser Kampf unerhört hohe Anforderungen an unsere Truppe. Man kann nur den Hut abziehen vor dem, was von ihr geleistet wird. Seit 11 Wochen jeden Tag angreifen, bald morgens, bald mittags und trotzdem immer wieder vor dem Feind stehen, jede Nacht draußen liegen in der Spannung, kommen diese braunen Kerle oder nicht, jeden Tag von den dicken, widerlich krachenden Granaten beschossen werden, jede Nacht in der Kälte und Nässe draußen sein, dazwischen in oft knietiefem Schmutz umherstapfen oder maskenartig verstaubt zu sein, es ist unerhört Großes, was da geleistet wird. Niemand, der es nicht erlebt, hat eine Vorstellung, was hier von der Truppe gefordert werden muß. [...]

Wir sind nun seit 14 Tagen in der Nord-Ukraine, nicht allzuweit von Kiew. Sie ist auf der Karte von Weißrußland durch eine richtige Landesgrenze, im Gelände durch Zerstörung fast aller Wegeverbindungen getrennt. Nur einzelne große Straßen führen durch, auf allen kleineren Verbindungen sind die Brücken im wahrsten Sinne „abgebrochen“. Das Wetter ist hier noch warm, die Wege sind endlich einmal fest geworden. Denn der Sand Weißrußlands ist dem Lehm der Ukraine gewichen. Die Bevölkerung ist besser gekleidet. Wochenlang haben wir das weibliche Geschlecht ausnahmslos nacktbeinig herumlaufen sehen. Hier haben sie plötzlich hohe Stiefel an. Die Dörfer sind alle wenigstens 2 km im Durchmesser, ja es gibt solche, die 8–10 km lang sind. Sonnenblumen- und Tabaksfelder umgrenzen die Ränder (auch wieder ein beliebtes Versteck für die russischen Soldaten). Alle Menschen kauen Sonnenblumenkerne, wir bereits auch. Viehherden gibt es – wie im übrigen überall seit der deutschen Grenze – in grosser Menge. Das Schwein läuft als Haustier – allerdings oft trichinös – auf der Straße und in der Stube herum. Auch an Getreide mangelt es nicht, wenn auch der Boden nach unseren Begriffen schlecht ausgenützt ist.

¹⁴⁵ Norddeutsch: niedriges Gebüsch.

So können wir hoffen, daß aus den eroberten Gebieten für das kommende Ernährungsjahr manches herauszuholen ist. Wir schlemmen zur Zeit in Honig, den es in großer Menge gibt. Auch Hühner und ganze Gänseherden bevölkern die Umgebung der Ortschaften. Das Kolchos-System scheint mir einen Vorteil zu bringen: daß nämlich an Stelle der Kleinfelderwirtschaft des Bauern rittergutähnliche Großfelder des Dorfes treten, die für die Ernährung des Volkes mehr leisten als Kleinbauernbesitz. Aber der Dorfbewohner in Rußland kommt, sobald wir ein Dorf besetzen, als erstes mit der Frage: Wann erhalten wir unser Land zurück, das man uns fortgenommen hat.

(25) *Kriegsbericht an seine Familie, [Černigow] 19. September 1941 (BA-MA, N 265/16, Bl. 78–82)*

Wir sitzen nun in Tschernigow in einer russischen Kaserne, von deren Zimmerdecken nachts die Wanzen Stuka-Angriffe machen. Nachdem wir eigentlich seit dem 22. Juni ununterbrochen in höchster Anspannung gewesen sind, kommen wir uns auch in diesen Verhältnissen wie beurlaubt vor¹⁴⁶.

Tschernigow war einmal eine sehenswerte Stadt von 150 000 Einwohnern. Sie ist jetzt buchstäblich ein völliger Trümmerhaufen. Das Maß der Zerstörung der russischen Städte geht weit über das hinaus, was man bisher erlebt und gesehen hat. In Tschernigow stehen tatsächlich nur vereinzelte, durch Zufall nur beschädigte Gebäude in der Stadt und ärmliche Holzhütten an den äußersten Stadtenden. Sonst ist die Stadt ein rauchender Trümmerhaufen, in mitten dessen die Ruinen Jahrhunderte alter Kirchen aufragen, deren 2 m dicke Mauern auch modernen Geschossen getrotzt haben. Dafür sind sie fast alle völlig ausgebrannt. Wo dies nicht der Fall ist, sind sie in einem derart grauenhaften Zustand der Verkommenheit, Verwüstung und Verschmutzung durch den Bolschewismus, daß man sich schauernd abwendet. [...]

Was Bolschewismus plus Krieg in den Städten dieses Landes vernichtet haben bzw. vernichten, geht weit über das Maß des 30-jährigen Krieges hinaus. Auf dem platten Lande dagegen ist schon nach wenigen Tagen kaum etwas vom Kriege zu merken. Wenn die Dörfer auch noch so beschossen sind und dadurch eine Anzahl der armseligen Panjehütten zerstört ist, wenn noch so viel Kälber, Hühner, Gänse und trichinöse Ferkel aufgegessen sind, im Großen verändert sich das Bild der Landschaft nicht. Man empfindet die zerstörende Gewalt des Krieges erst, wenn man sich mit Einzelheiten oder den menschlichen Schicksalen beschäftigt. Da wird man später allerdings wohl Bücher drüber schreiben können. In den Städten ist die Bevölkerung so gut wie restlos verschwunden. In den Dörfern sind nur Frauen, Kinder und Greise da. Alles übrige schwimmt, losgerissen von seiner Heimat, im riesigen Rußland umher, liegt nach Gefangenenaussagen zu Menschenklumpen geballt auf den Bahnhöfen und bittet die Soldaten um ein Stückchen Brot an. Ich glaube, die Opfer, die der Krieg unter diesen Entwurzelten durch Krankheit bzw. Überanstrengung fordert, sind ähnlich groß wie die bluti-

¹⁴⁶ Nachdem das Generalkommando am 17. 9. aus der Kesselschlacht von Kiev herausgezogen worden war, gewährte man ihm einige Tage der Ruhe in Černigov, bevor es am 23. 9. in die Gegend nordwestlich von Brjansk verlegt wurde, um an der Offensive auf Moskau teilzunehmen.

gen Verluste. Vielleicht werden diese Zustände zusammen mit den Niederlagen im Kampfe doch einmal in Rußland eine Opposition gegen das herrschende System erzeugen. Wie ich neulich schon schrieb, ist vorläufig davon jedoch noch gar nichts erkennbar. Die Sowjets sind im Lande so gefürchtet, ihr Terror ist so rücksichtslos, daß niemand aufzumucken wagt. Große Teile der Jugend sind außerdem absolut überzeugte Kommunisten, die auf dem Standpunkt stehen, ein primitives Volk wie das russische braucht derartige Regierungsmethoden. Es wird daher noch eines langen und nachhaltigen Druckes bedürfen, bis die inneren Zustände in Rußland so unbefriedigend sind, daß eine wirkliche Lähmung des Widerstandswillens eintritt. Der Ausfall der Ukraine, die Bedrohung des wichtigen Industriegebietes um Charkow, die Ausschaltung von Petersburg sind Abschnitte auf diesem Wege. [...]

Zur Zeit werden alle russischen Kriegsgefangenen, die aus den eroberten Westgebieten stammen, in ihre Heimat entlassen¹⁴⁷. Sie werden hier dringend gebraucht, weil alle männlichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fehlen. Es ist ferner wohl auch eine Vorbereitung von neuen Randstaaten. Die Engländer vermuteten einmal, wir würden eine selbständige Ukraine, ein ebensolches Weißrußland und Baltikum schaffen. Jetzt sind wir weit genug vorn, um derartiges allmählich einleiten zu können.

(26) Brief an seine Frau, 29. September 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 112)

Wir stehen dicht vor der Entscheidungsschlacht in Rußland¹⁴⁸. Wir können zuversichtlich hoffen, daß auch sie einen großen Erfolg bringt. Ob er die Ausmaße der Schlacht bei Kiew erreichen wird, ist mir nicht sicher. Die Entwicklung der Gesamtlage im Osten wird aber weitgehend davon abhängen, was von uns in der nächsten Zeit erreicht wird. In Kiew sollen insofern unerfreuliche Verhältnisse sein, als laufend von den Russen versteckte und zurückgelassene Minen u. Brandladungen in die Luft gehen¹⁴⁹. Die Art u. Weise der Kriegführung hierzulande hat mit anständigem Kampf nichts mehr zu tun.

¹⁴⁷ Ein von Generalquartiermeister Wagner unterzeichneter Befehl des OKH hatte bereits am 24. 7. 1941 die Entlassung kriegsgefangener Volksdeutscher, Ukrainer, Litauer, Letten und Esten vorbereitet (IfZ, MA 1564, Nürnberger Dokumente, Rolle 31, NOKW-2423). Er wurde in den folgenden Monaten u. a. auch auf Weißrussen ausgedehnt und von den Armeeoberkommandos umgesetzt, vor allem um die Ernte zu sichern.

¹⁴⁸ Mit dem Unternehmen „Taifun“ sollte die Heeresgruppe Mitte den Durchbruch nach Moskau erzwingen. Der Angriff am 2. 10. 1941 führte zunächst zu den deutschen Erfolgen in der Doppelschlacht von Vjaz'ma und Brjansk. Im Rahmen dieser Operation überschritt das XXXXIII. A.K. die Desna bei Zukovka (nordwestlich von Brjansk), rückte auf Žizdra vor und bildete die Nordflanke des Kessels von Brjansk. Zur Operation „Taifun“ vgl. Reinhardt, Wende, S. 49–101; DRZW IV, S. 575–585.

¹⁴⁹ Nach der deutschen Einnahme von Kiev am 19. 9. 1941 waren in der Stadt zahlreiche von der Roten Armee vorbereitete Sprengsätze zeit- und ferngezündet worden, die zu Großbränden und erheblichen personellen Verlusten geführt hatten. Die deutsche Reaktion waren harte Repressalien gegen „Partisanen und Juden“. Der Massenmord von Babij Jar muss wohl u. a. auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Vgl. DRZW IV, S. 514–516; Hartmut Rüß, Wer war verantwortlich für das Massaker von Babij Jar? In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57 (1998), Heft 2, S. 483–508.

(27) *Brief an seine Familie, 8. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 155f.)*

Was in diesem so unschönen Lande von Schönheit vorhanden war, hat der Bolschewismus gründlich zerstört. Die wenigen Reste, die er übrig gelassen hat, vernichtet nun als Letztes dieser Krieg.

Der Feind ist von unserem Angriff am 2. Oktober wieder überrascht worden. Wir selbst haben bei der Offenheit der Vorbereitungen das kaum für möglich gehalten. Weder der Zeitpunkt noch die Angriffsrichtungen waren dem Russen bekannt. So ist es dazu gekommen, dass nach dem Durchbruch durch die feindlichen Stellungen am ersten und zweiten Kampftage ganze Korps – dabei auch meine linke Flügeldivision – ohne Feindberührung einfach vormarschieren konnten. Trotzdem sind die Kämpfe noch längst nicht zu Ende. Wir müssen damit rechnen, dass der eingeschlossene Feind mit dem Mut der Verzweiflung aus dem Kessel ausbrechen will. Was das heisst, haben wir bereits 2mal kennen gelernt. Aber im grossen muss man sagen, dass der Gegner bereits geschlagen ist und nun den bisher verbliebenen Kern seines Heeres, der Moskau verteidigen sollte, verlieren wird. Am Ende des Monats wird er ohne Hauptstadt und ohne das berühmte Industrie Gebiet des Donezbeckens dastehn, vor allem aber mit einem aufs äusserste geschwächten Heer. Es wird dem Russen nicht leicht sein, diese Verluste zu ersetzen. Trotzdem ist nicht damit zu rechnen, dass der Kampf mit ihm zu Ende ist. Jeder Gefangene hat bisher gesagt: Und wenn wir bis an den Ural geworfen werden, Friede zwischen Euch und uns gibt es nicht. Der Bolschewist kann mit dem Nationalsocialisten keinen Frieden machen. Eine Einigung zwischen beiden ist unmöglich. Wir sind wohl schwer geschlagen, aber nicht besiegt. Wir vertrauen auf die Grösse unseres Landes, auf seine riesigen Menschen Reserven. Und auf die Hilfe Englands und Amerikas.

So wissen wir nicht, wieweit wir uns durch dies unwirtliche verlassene Land noch werden vorkämpfen müssen. Überall ist wieder Wald, Sumpf und schlechte Wege. Bisher war uns in den ersten Tagen der Offensive die Witterung sehr günstig. Wenn es aber jetzt nass wird, dann werden wir grosse Marschschwierigkeiten erleben.

(28) *Kriegsbericht an seine Familie, [Kozel'sk] 23. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 120–123)*

Die Gegend von Kaluga, die wir zur Zeit erreicht haben¹⁵⁰, ist im Gegensatz zu den uns bisher bekannten Landstrichen ein ausgesprochen bewegtes Hügelland mit Höhenunterschieden bis zu 60 Metern. Die Wasserläufe sind still und tief eingeschnitten und bilden den Grund für starke Steigungen der Wege. Der Boden ist schwerer Lehm, teilweise schwarze Erde, bei Regen wird er zur Seife. Die Bewohner des Landes sehen wie die Eskimos aus. An den Füßen haben sie niedrige Bastschuhe, um die Waden kniehohe Filzwickel oder Filzstiefel, ihren Körper verbirgt ein altmodischer dicker brauner Schafspelz (schützt gegen Bombensplitter), um

¹⁵⁰ Noch vor Auflösung der Kessel von Vjaz'ma und Brjansk (18. 10. bzw. 20. 10., insgesamt 663 000 Gefangene) war Heinrichs Korps in nordöstlicher Richtung über Suchiniči und Kozel'sk auf die Oka vorgedrungen und besetzte bis Ende Oktober das Flusstal zwischen Kaluga, Lichvin und Belev. Dieser Vormarsch wurde durch die am 16.10. einsetzende Schlammperiode behindert und schließlich weitgehend gestoppt.

den Kopf haben sie dicke Tücher gewickelt, aus denen nur Augen und Nase heraus schauen. Schweine und Hühner wohnen mit ihnen in ihren armseligen Hütten in der Stube. Sie selbst schlafen auf dem Ofen. Wanzen und Läuse bevölkern die Stube. „Eine trostlose Geographie“ kann auch ich nur zusammen mit meinem württembergischen Hauptmann G. ausrufen! Dies Volk ist schon garnicht mehr mit unseren Maßstäben zu messen. Ich glaube, man könnte ihm nur wirklich gerecht werden, wenn man nicht wie wir allmählich zu Fuß zu ihm vordränge, sondern wie in einem fremden Erdteil mit dem Schiff zu ihm führe und, indem man von unsern Ufern abstieße, innerlich jede Verbindung mit dem löste, das wir zu Hause gewohnt sind. Immer wieder muß ich unsern neuen Dolmetscher¹⁵¹, einen Fabrikbesitzersohn aus Odessa und jetzigem Privatdozenten in Königsberg fragen, ob und warum es niemand in diesem Lande gegeben hat, der diesem Schlendrian, dieser Gleichgültigkeit entgegengewirkt hat. Jedesmal erhalte ich die Antwort: Der Russe ist eben völlig passiv, er tut was ihm befohlen wird und ist, angeleitet und geführt, ein williger und vorzüglicher Arbeiter. Aber aus und von sich heraus unternimmt er nichts, findet sich mit den jammervollsten Umständen ab und kennt überhaupt kein Bestreben, sie zu bessern. Er hungert und darbt lieber, als daß er sich durch eigene Unternehmungen in Arbeit, womöglich in Sorgen stürzt. Er begnügt sich mit einem Paar Schuhe für die ganze Familie – die nach Bedarf von Fuß zu Fuß gehen – wenn er dafür ohne Arbeit davon kommt. Er kriecht im Winter nur vom Ofen herunter, um einen Weg vom Haus zum Brunnen, durch den 1½ Meter hohen Schnee zu schaufeln. Damit ist sein Tätigkeitsdrang erschöpft. Dabei könnte aus diesem Land Unendliches herausgeholt werden. Wieviel Land liegt hier ungenützt brach. Wie dünn besiedelt sind hier unendliche Flächen. Wie ungepflegt, in keiner Weise nutzbringend bewirtschaftet ist der Wald. Aufgeforstet wird hier überhaupt nicht. Holz wird nach Bedarf herausgeschlagen, im übrigen es der Natur überlassen, ob sie nachwachsen läßt. Wenn man nun, von dieser Wesensart der Russen ausgehend, weiterfragt: Was soll denn nur in Zukunft in diesem Lande werden? Glauben Sie, daß die Russen auf Grund der Niederlagen das bisherige System beseitigen werden? so erhält man die Antwort: Dazu sind sie von sich aus nicht imstande. Es ist niemand da, der sich dazu aufraffen wird. Es bleibt nichts übrig, als ihnen im besetzten Gebiet eine Regierung hinzustellen. Sie lieben an sich den Bolschewismus nicht. Allzuviele haben durch ihn nahe Angehörige verloren. Alle leben im dauernden Druck der Bespitzelung und Furcht. Die Bauern wollen außerdem das enteignete Land wiederhaben. Die alten Leute sehnen sich nach ihrer Kirche (ich habe erlebt, wie in Tschernigow eine alte Frau knieend an uns bedankte, daß sie nun wieder das Gotteshaus besuchen könnte). Die übrigen Menschen empfinden ihre wirtschaftliche Lage als zu schlecht. Freunde hat also der Bolschewismus im Lande nicht. Aber ihn aus eigener Kraft zerschlagen, das kann Rußland nicht mehr. – Und wenn wir nun in den besetzten Gebieten eine neue Regierung aufstellen sollten, was wird im unbesetzten? Darauf bekommt man keine Antwort. Da endet es mit dem berühmten Achselzucken und dem Wort: Nitschewo. Niemand weiß, wie sich diese Dinge gestalten werden. Im

¹⁵¹ Leutnant Beutelsbacher, Dolmetscher in der Abt. Ic des Generalkommandos.

Führerhauptquartier wird man dazu wahrscheinlich Pläne haben. Ich selbst habe kein richtiges Bild, was da werden soll. [...]

In seinem Verhalten während dieser Kämpfe war der Russe ganz unberechenbar. Einmal kämpfte er tapfer wie je, dann wieder zerstreute er sich in den Wäldern, und ließ sich dann einfach aufsammeln. Ich habe Russentrupps von 10–20 Mann unbewaffnet angetroffen, die nur die Richtung wissen wollten, wohin sie in die Gefangenschaft gehen sollten und vergnügt dankten, wenn man ihnen die nächste Stadt – Shistra – nannte. Andere kamen aus den Wäldern mit erhobenen Händen gelaufen, wenn sie einen Deutschen sahen um sich zu ergeben. In einem Fall führten sie die Handreichungen aus, als wir eine eroberte Batterie umdrehten, um mit ihr nach den eigenen Leuten zu schießen. Hunderte fahren als Panjefahrer oder Kraftfahrer im Dienst unserer Divisionen. Bei fast allen Einheiten sind russische Soldaten, die etwas Deutsch können, als Dolmetscher tätig. [...] Es beginnt also doch drüben zu kriseln, die ungeheuren Ausfälle an Menschen und Material machen sich bemerkbar und zwingen den Russen, Leute an die Front zu stecken, die so gut wie unausgebildet sind, und keinen soldatischen Willen bzw. Erziehung besitzen. Unsere von Flugzeugen abgeworfenen Propagandazettel, auf denen ein sogenannter „Passierschein“ aufgedruckt ist, werden von den russischen Soldaten wie Kostbarkeiten gesucht und aufbewahrt¹⁵².

(29) *Brief an seine Frau, [Kozel'sk] 24. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 124)*

Wegen der Weihnachtsgeschenke aus Moskau mach dir kein Kopfzerbrechen. Vorläufig verteidigt es der Russe mit größter Verbissenheit. Es wird noch manches Blut fließen, bis wir soweit sind, aber wir werden es bekommen.

Ob wir in das Kommunistentennest aber hineingehn oder es verhungern und erfrieren lassen, statt wilde Straßenkämpfe aufzuführen, werden wir erst noch mal sehn¹⁵³.

(30) *Tagebuch, Kozel'sk 25. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/11)*

Alles stoppt, wegen der Nässe u. Wege. Kurz vor dem Ziel Moskau hängt alles fest¹⁵⁴. Endlich haben wir das Kräfteverhältnis 4 deutsche gegen 1 russische Division. Wir können es nicht zum Tragen bringen. Die Autobahn nach Moskau war tagelang rettungslos verstopft: die 9. und 4. Armee sind auf sie angewiesen. Jetzt sind zwei rückwärtige Inf[anterie-]Divisionen zur Verkehrsregelung angesetzt. Dabei verteidigt der Russe eigentlich nur die Straßen. Zwischen ihnen ist wenig. Aber auch wir gehn und kommen vielleicht nur an den Straßen vor. So ist alles

¹⁵² Vgl. Ortwin Buchbender, *Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1978, passim.

¹⁵³ Nach den Erfahrungen mit den Fernsprengungen in Kiev hatte Hitler am 7. 10. 1941 grundsätzlich befohlen, Moskau, Leningrad und andere Großstädte nicht mit Truppen zu besetzen, sondern zu umgehen, zu zernieren und durch Bombardement zu zerstören. Vgl. DRZW IV, S. 515f.

¹⁵⁴ Vgl. auch den Kriegsbericht an seine Familie, [Lichvin] 30. 10. 1941, in: BA-MA, N 265/155, Bl. 125: „Die Hand ist nach der Hochburg des Kommunismus gewissermaßen schon ausgestreckt. Weitgehend ist unsere Überlegenheit! Und seit 10 Tagen verharrt der Läufer um den Sieg auf derselben Stelle und bringt die Füße nicht mehr aus dem Schlamm!“

aufs höchste unbefriedigend. Ich sage zum Chef, Oberst Blumentritt¹⁵⁵: Uns fehlen die 4 Wochen des serbischen Feldzugs. Ja, antwortet er, außerdem aber jene 3, welche unsere obersten Stellen in der 2. Juli-, 1. Augusthälfte verredet haben, als sie sich nicht darüber einig werden konnten, ob das Ziel unseres weiteren Angriffs Moskau oder das Industriegebiet im Donez werden sollte¹⁵⁶. Damals haben wir Wochen schönsten Wetters verpaßt. Damals wurde eine Operationspause angesagt. – Es stimmt, es waren jene unerfreulichen Tage für uns bei Bobruisk, in denen schon immer davon gesprochen wurde, die oberste Führung schwanke, was zu tun sei. Der Führer wolle die Industrie, Brauchitsch¹⁵⁷ Moskau. Unsere Schlacht von Gomel hat sodann zwangsläufig die Dinge in eine Richtung geführt, der sich niemand entziehen konnte, nach Süden. Aber auch dann hatten wir das Gefühl, daß sie nur zögernd eingeschlagen wurde, und mit halbem Herzen und mit unzulänglichen Mitteln. Wir haben es ja ausbaden müssen. Denn das Sinnen u. Trachten der Heeresgruppe Bock war allein auf Moskau gerichtet. Nun muß sie ihre Fehler bezahlen. Das Wetter nimmt ihr die Möglichkeit eines leichten Sieges.

(31) *Brief an seine Frau, [Lichvin] 27. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 119)*

Bei uns selbst ist jede Hoffnung aufzugeben. Wir sitzen im Schlamm u. unergründlichen Wegen mit dem ganzen Nachschub fest, die Kraftwagen haben kein Benzin, die Leute kein Brot, die Pferde keinen Hafer¹⁵⁸. Meist wissen die Leute auch garnicht, wo ihre Kraftwagen feststecken. Da auf Änderung des Wetters nicht fest zu rechnen ist, werden *wir* wohl nur sehr allmählich voran kommen. Andere, mit günstigeren Straßenverhältnissen haben nur noch 60 km bis Moskau, und werden wohl bald vor dessen Toren erscheinen. Jedenfalls hat das Wetter uns einen Knüppel zwischen die Beine geworfen, den niemand erwartete und der sehr ungünstig für uns ist. Niemand wagt sich u. kann sich auch nur eine Vorstellung davon machen, wie die Wege hier zu Lande aussehn. Ein dicker Brei schwimmt 30–40 cm hoch auf der Straßendecke und wird wie ein Schlammwall von den Wagen vor sich her geschoben, bis es nicht mehr geht. Wir haben an sich nur noch einen Bruchteil unseres zuständigen Laderaums. Bei den Verhältnissen gehn jetzt noch mehr Kraftwagen kaput. Unsere guten Personenwagen haben wir gestern bei unserm Stellungswechsel auch schon nicht mehr mitgenommen, sondern 60 km rückwärts stehen lassen. Wir hoffen natürlich immer wieder auf Wetterbesserung. Aber es fängt meist am 3. Tage zu gießen an, wenn es 2 Tage nur geträpelt hat.

¹⁵⁵ Günther Blumentritt (1892–1967), Oberst, Oktober 1940–Januar 1942 Chef des Generalstabs der 4. Armee, deren Hauptquartier in Juchnov Heinrich an diesem Tag besuchte.

¹⁵⁶ Zu den langwierigen, von einer gewissen operativen Stagnation begleiteten Auseinandersetzungen über die Zielrichtung Moskau (Brauchitsch, Halder, Bock) oder südliches Industriegebiet (Hitler, OKW) von Mitte Juli bis Mitte August 1941 vgl. DRZW IV, S. 489–496, 503–507; Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn [u.a.] 1991, S. 278–284.

¹⁵⁷ Walther von Brauchitsch (1881–1948), Generalfeldmarschall, Februar 1938–Dezember 1941 Oberbefehlshaber des Heeres.

¹⁵⁸ Vgl. Heinz Guderian, *Erinnerungen eines Soldaten*, Heidelberg 1951, S. 222: „Der stets sachlich und nüchtern urteilende Kommandierende General des XXXXIII. A.K., Heinrich, suchte mich [am 29. 10. 1941] auf und schilderte die schlechte Versorgungslage seiner Truppen, die unter anderem seit dem 20. Oktober kein Brot mehr erhalten konnten.“

(32) *Kriegsbericht an seine Familie, [Lichvin], 30. Oktober 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 125f.)*

Sobald es Winter ist, sollen Wölfe und Elche in Menge sich aus den Forsten an unser Oka-Tal heranziehen. Aber dann werden wir hoffentlich nicht mehr hier, sondern bei Moskau sein.

Ich sprach neulich mit einem Armeeführer über das, was dann weiter kommt. Ja, meinte er, dann werden wir wohl zum Winterschlaf übergehen, der häufig genug von den Russen gestört werden wird. Gut, sagte ich, und im nächsten Frühjahr beginnt ein Krieg wie in China. Hier und dort entstehen oder zeigen sich neue Armeen, die in einem Sonderfeldzug niedergeworfen werden müssen. So wird es wohl sein, meinte er¹⁵⁹.

(33) *Kriegsbericht an seine Familie, [Lichvin] 5. November 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 127)*

In der Gegend gibt es viel Partisanen. Die bolschewistische Regierung hat angeordnet, daß alle Parteimitglieder zum Zweck dieser Tätigkeit zurückbleiben¹⁶⁰. Sie vernichten die Vorräte – in Lichwin haben sie für 8 Millionen Mark Leder verbrannt – und führen Überfälle aus, wiederholt bedauerlicherweise auch nicht ohne Erfolg. Vor allem überfallen sie die kleinen Beitreibungskommandos, welche die Truppe in die Gegend schickt, um sich Verpflegung zu besorgen. Sie halten sich Tags in Schlupfwinkeln in den Wäldern und Schluchten auf, nachts holen sie sich aus den Dörfern Lebensmittel. Unser russischer Dolmetscher hat mit großer Energie ihre Bekämpfung aufgenommen. Die Bevölkerung zeigt sie vielfach an, da sie sich vor der Bedrückung durch sie fürchtet. Nur mit Unterstützung der Bauern kann man ihrer habhaft werden. Dem Dolmetscher ist es gelungen, in den verflorenen 3 Tagen 15 zu fangen und zu erledigen, darunter mehrere Frauen. Diese Partisanen sind fest untereinander verschworen. Sie lassen sich erschießen, ohne ihre Kameraden zu verraten. Sie wissen, daß sie ohne Rücksicht vernichtet werden. Trotzdem sagen sie kein Sterbenswort aus und behaupten, von nichts etwas zu wissen. Sie besitzen richtige Hamsterlager. In einem wurden vorgestern 3 Ctr.! Honig von unseren Leuten gefunden, ungerechnet der Kleider-, Fleisch- und Mehlvorräte. Neben den Partisanen treiben sich auch noch zahlreiche Rotarmisten in der Gegend herum, die aus den Kämpfen zurückgeblieben sind und teils mit, teils ohne Waffen herumvagabundieren, oft auch die Partisanen unterstützen.

Nachdem nun das Wetter den Bewegungen günstiger geworden ist, hoffen wir auf Moskau weiter vorzukommen. Die Nässeperiode hat dem Russen 14 Tage Zeit verschafft, Truppen heranzuschaffen und seine Lage zu verbessern. Wir müssen uns daher darauf ausrichten, daß wir nicht unerhebliche Kämpfe durchschlagen müssen¹⁶¹.

¹⁵⁹ Vgl. Heinricis Tagebuch, 29. 10. 1941, in: BA-MA, N 265/11, über einen Besuch bei Generaloberst Guderian, dem Oberbefehlshaber der ihm seit 19. 10. vorgesetzten 2. Panzerarmee: „Kriegsausichten in Bezug auf Rußland? Guderian fürchtet ähnlich wie ich: ein öfters heftig durch den Russen gestörter Winterschlaf, im kommenden Jahr ein Krieg wie Japan in China.“

¹⁶⁰ Vgl. Hesse, Partisanenkrieg, S. 53f.

¹⁶¹ Der Übergang von der Regen- zur Kälteperiode seit dem 3. 11. erlaubte wieder Angriffsoperationen, die seit Mitte des Monats größeren Umfang annahmen, jedoch auf den neuformierten Widerstand der Roten Armee stießen. Das XXXXIII. A.K. erhielt von der 2. Panzerarmee (Guderian)

(34) *Tagebuch, Grjasnowo 7. November 1941 (BA-MA, N 265/11)*

Ich sage Beutelsbacher, er soll Partisanen nicht 100 m vor meinem Fenster aufhängen. Am Morgen kein schöner Anblick. Moy¹⁶² meint, Goethe hätte in Jena 3 Wochen im Anblick des Galgens gewohnt.

(35) *Kriegsbericht an seine Familie, [Grjasnowo] 19. November 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 132–135)*

10°, 15°, 19° Kälte. Das sind die Temperaturen, unter denen wir seit dem 8. 11. arbeiten und kämpfen. Im auf und ab schwanken sie zwischen diesen beiden Zahlen. In ihrer Wirkung werden sie nur dadurch abgeändert, daß je nach Witterungslage bald völlige Windstille, bald eisiger Nord- oder Nordostwind ist. Sobald der zu wehen beginnt, ist es draußen fast unerträglich. Er sticht mit Nadeln ins Gesicht und bläst durch Kopfschützer und Handschuh. Die Augen tränen, daß man kaum etwas sehen kann. Und gerade bei solchen Bedingungen, als es minus 20° waren und dieser Wind wehte, haben unsere Leute 2 Tage im Angriff stundenlang, von Granatwerfern und Maschinengewehren beschossen, auf dem knallhart gefrorenen Boden gelegen, wie im vorigen Jahr in Frankreich die Rebhühner sich von der leichten Schneedecke abhebend. Nur die gute Hälfte besaß Kopfschützer und Handschuh, und alle hatten nur unsere deutschen Mäntel und dünne alte Hosen¹⁶³. Drüben lag aber der Russe in wattierten Uniformen, Jacken und Hosen, die wie Steppdecken aussehen, mit runden warmen Pelzmützen auf dem Kopf, an denen dicke Ohrenklappen sind. Es waren schon unerhörte Kampfbedingungen. Um das Maß voll zu machen, wirkten sich nun die Nachschubschwierigkeiten des Monatsanfangs erst völlig aus. Seit 8–10 Tagen gab es vorn weder Tee noch Kaffee, keine Zigarette oder Zigarre, geschweige denn Alkohol, oft auch kein Brot. Die Munition war so knapp, daß sie stellenweise verschossen war. Es ist fast ein Wunder, daß wir nur 180 Erfrierungen hatten, die ins Lazarett mußten.

[...] Diesen Partisanen ist nur mit Unterstützung der russischen Bevölkerung beizukommen. Sie gibt sie meist gern, denn sie selbst wird von diesen Räubern terrorisiert, ihrer Lebensmittel beraubt usw. Wir kämpfen gegen diese Pest einen andauernden Kampf. Aber er ist schwer zum Ende zu bringen, da die Räume zu

die Aufgabe, den Vorstoß der Panzerverbände (XXIV. Panzerkorps) auf Tula von Nordwesten her zu unterstützen und aus dem Okagebiet um Kaluga und Lichwin auf Aleksin und darüber hinaus vorzugehen, um nördlich von Tula die Verbindung mit den Panzern herzustellen und die Einschließung dieses wichtigen Dreh- und Angelpunkts der Verteidigung Moskaus zu vollenden. Die schlechten Witterungs- und Nachschubbedingungen, die Erschöpfung der eigenen Kräfte und die heftige, nun auch wieder offensiv geführte Gegenwehr des Gegners ließen diese Offensive aber nur noch langsam vorankommen. Zur Wiederaufnahme und Scheitern der Offensive auf Moskau vgl. Reinhardt, Wende, S. 144–171; DRZW IV, S. 592–600.

¹⁶² Johannes Graf von Moy (1902–1995), österreichischer Schriftsteller und Kunsthistoriker, 1941/42 Sonderführer und Dolmetscher im Generalkommando des XXXXIII. A.K.

¹⁶³ Heinrici hatte sich bereits Anfang Oktober um Winterbekleidung für sein Korps bemüht. Vgl. etwa sein Tagebuch, 10. 10. 1941, in: BA-MA, N 265/11: „Abends klarer Himmel, etwa 5° Frost. Erneuter Antrag auf Zuführung kleiner Winterbekleidung. Unsere Leute sind ja noch im Sommerhabit. Aber die Heeresgruppe hat ‚grundsätzlich‘ entschieden, Munition u. Verpflegung erlauben keinen Kleidernachschub. Grundsätzliche Entscheidungen scheinen mir meistens falsch. Einige Waggonen lassen sich immer vorbringen u. können viel helfen. Jetzt wagt kein untergeordnetes Organ eine Übertretung der ‚grundsätzlichen‘ Entscheidung.“ Vgl. auch Guderian, Erinnerungen, S. 225: „Am 16. November besuchte mich General Heinrici: Frostschäden, Kleidernot, Verlausung!“

unendlich, die Wälder zu groß, die Versteckmöglichkeiten zu viele sind. Unser Dolmetscher, Leutnant B[eutelsbacher], selbst Ukrainer aus Odessa, dem die Bolschewiken den Vater getötet, Mutter und Schwestern zum Straßenbau nach Sibirien geschickt und den Bruder beseitigt haben, kämpft mit verbissener Energie gegen diese Partisanen. Immer wieder zieht er mit den Feldgendarmen und unterstützt durch 3 ihm ergebene Rotarmisten (Bauernsöhne) aus und kommt nie nach Hause, ohne mehrere Räuber erschossen oder aufgehängt zu haben. Fast immer erleiden diese Leute mit stoischer Gleichmut den Tod. Sie verraten nichts und sagen nie etwas aus. Sie antworten nur, wenn sie in stundenlangem Verhör überführt sind: Ich tat es auf Befehl. Ein 18-jähriger junger Mensch, der sich als Chef der Partisanenreiterei bezeichnete, knüpfte sich selbst die Schlinge, rief: „Ich sterbe für den Kommunismus“ und sprang hinein. Mein Bursche, der sich die Exekution auf dem Marktplatz ansehen gelaufen war, sagte: Er drängte sich förmlich zum Sterben. Solche fanatischen Kämpfer des Kommunismus gibt es in Menge. Immer wieder findet man sie in den Dörfern baumeln, viel mehr laufen aber herum. Als ich in unserem in Aussicht genommenen Quartier befahl, solche Aufgehängten zu beerdigen, weil dieser Anblick wohl gewohnt, aber vor den Fenstern nicht gesucht wird, zog die Bevölkerung den Gehentken schleunigst die Stiefel und Pelze aus, nahm sie an sich und zerrte die Toten an den Stricken ins Grab. So sieht es hierzulande aus. Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg. Nur der allein hat Recht, der sich im Besitz der Macht befindet. 6½ Jahre meines Lebens habe ich ja nun im Kriege zugebracht, aber so etwas habe ich doch nicht erlebt.

Unsere Nachschubverbindungen sind noch immer höchst kümmerliche. In normalen Zeiten bekommt ein Korps alle 2 Tage einen Zug. Wir haben in 4 Wochen 2 erhalten. Das bedeutet, daß wir fast ganz aus dem Lande leben müssen. In Bezug auf Fleisch und Mehl ist das bisher gut gegangen. Allerdings mußten die Truppen das Brot selbst backen. Gemüse, Obst gibt es überhaupt nicht, abgesehen von Weißkohl, der aber jetzt natürlich erfroren ist. Allmählich beginnen aber die Kartoffeln knapp zu werden. Großen Teils stecken sie auch verfroren in der Erde. Bald ist nun aber der Landstrich, in dem wir sitzen, leer gefressen.

(36) *Tagebuch, Grjasnowo 21. November 1941 (BA-MA, N 265/11)*

Beim Eintreffen in Grjasnowo erleben wir das Ende eines Kommissars, der zu entweichen versucht hat, durch unsere Feldgendarmerie. Nicht schön für unsere Leute.

(37) *Tagebuch, Grjasnowo 23. November 1941 (BA-MA, N 265/11)*

Nach Abschluß der Besprechung Gedenkfeier für unsere Gefallenen, denn heute ist Totensonntag. [...] Darauf Spaziergang bis zum „Toten Russen“. Ein Zielpunkt der Wanderung, wie er nicht alltäglich ist. Dort liegt ein solcher unbedrückt u. gefroren seit Wochen im Schnee. Ich muß ihn durch die Einwohner bestatten lassen¹⁶⁴.

¹⁶⁴ Vgl. aber Heinrichs Kriegsbericht an seine Familie, 11. 12. 1941, in: BA-MA, N 265/12, Bl. 138: „Ich versuchte vorhin meinen gewöhnlichen Weg bis zum toten Russen zu gehen, der nun schon seit Anfang November dort unbegraben liegt. Aber ich kam nicht mehr durch.“

(38) *Kriegsbericht an seine Familie, [Grjasnowo] 29. November 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 142)*

Der Russe kämpfte mit grösster Erbitterung¹⁶⁵. Seine Artillerie fügte uns stellenweise schwere Verluste zu. Auch mit Minen hat er sich wie mit einem Gürtel umgeben. Er besitzt neue, die ein Kästchen von 20 cm Länge, 5 cm Höhe und Breite aus dünnem Holz darstellen. Man braucht sie nur in den Schnee legen. Sie haben uns schwer geschadet. Das schlimmste aber war wieder für die Infanteristen das Liegen auf dem blanken Boden, ohne Schutz stundenlang, im feindlichen Feuer. Der Boden ist ein Meter tief gefroren. Ohne sich bewegen zu können, haben die Leute teilweise 10 Stunden auf einem Fleck verharret. 3 Menschen sind einfach erfroren. Dazu sind alle Ortschaften zerstört, die übriggebliebenen Häuser zerschossen, halb eingestürzt, ein Bat[ail][on] übernachtet heute Nacht in 4 Hütten, die Pferde stehn draussen, Verpflegung kommt oft überhaupt nicht heran, es ist unerhört, was hier geleistet wird.

(39) *Tagebuch, Grjasnowo 4. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/11)*

Unsere Stellung, im Sommer der Lage nach vor dem Walde ideal, ist jetzt im Winter fürchterlich, weil keine Unterkunft vorhanden ist. In den vordersten Dörfern liegt die Stellungsinfanterie u. die Art[il][erie] mit den notwendigsten Fahrzeugen u. Protzen. Hier ist alles so überfüllt, daß 30 Menschen froh sind, wenn sie einen Raum besitzen. Sie können sich nicht mehr legen, sondern stehen lieber stundenlang, nur um im Warmen zu sein. Waschen, Säubern, alles ist unmöglich. Alles wimmelt von Läusen, juckt u. kratzt sich ununterbrochen. Viele haben eitrige Wunden von der ewigen Juckerei u. Kratzerei. Viele haben Blasen- u. Darm-erkrankungen von dem Liegen auf dem kalten Boden, u. kommen daher nicht zur Ruhe, weil der Drang sie immer wieder aus dem Schlaf schreckt. Die Reserven also so unterzubringen, daß sie rechtzeitig eingreifen können, ist ganz unmöglich. Man findet sich damit ab – im Gedanken, sollte der Russe einbrechen, so stößt er hoffentlich doch nicht in die Tiefe durch. Der Krieg hier hat ja alle Regeln der Taktik über den Haufen geworfen. Man ficht in Breiten, die jedem Menschen früher als unsinnig vorkamen, man hält Stellungen von Kilometern mit Kompanien, die 40 Mann stark sind, aber alle die Leute vorn sind bei diesen Verhältnissen in einer Form und Art überreizt und nervös angespannt, daß es sich eben dem Ende zuneigt. Drei Klagen schlagen mir überall entgegen: Warum hat die [2.] Panzer Armee angreifen lassen, ohne daß sie die Sicherheit geben konnte, mit uns zusammenzuwirken, so daß letzten Endes unsere Blutopfer (635 Köpfe bei der 131. Div[ision] seit dem 27. 11. einschl. Kranke), die bei der geringen Stärke unerträglich sind, umsonst sind? Warum erhalten unsere Leute kein Fett, sondern Marmelade, wo bei der Kälte Fett doch das Nötigste ist? Warum schickt man uns mit so mangelhafter Bekleidung in einen Winterkampf, dessen Anforderungen übermenschlich sind? Weiß denn niemand, wie es hier aussieht?

¹⁶⁵ In den Tagen seit dem 27.11. war es dem Korps endlich gelungen, die sowjetische Verteidigungslinie bei Aleksin zu durchstoßen und die Stadt einzunehmen. Mit diesem letzten größeren Erfolg vor der Gegenoffensive der Roten Armee war jedoch die Angriffskraft des XXXXIII. A.K. endgültig verbraucht.

(40) *Tagebuch, Grijasovo 5. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/11)*

Die Kälte ist sehr bitter. Der Atem gefriert sofort am Kopfschützer. Es ist richtig unangenehm, diese Luft einzuatmen. Ich treffe auf dem Wege zum Wald einzelne Leute, die angeben, wegen Erfrierungen vom Arzt nach rückwärts geschickt zu sein¹⁶⁶. Nach einer $\frac{3}{4}$ Stunde Wegs erreiche ich das Reserve Bat[ail][on] in einer kleinen Schlucht am Nordrand des Waldes. In Grüppchen stehn die Leute um kleine Feuer, in einem bejammernswert verfrorenen Zustand. Sie schlagen mit den Hacken aneinander, um sich zu wärmen, aber sie sind völlig verklammert. Von Feuer zu Feuerstelle gehend spreche ich mit ihnen, erkenne ihre schlimme Lage an, sage ihnen, sie sollten ordentlich schimpfen, um sich Luft zu machen, es sei zum Kotzen hier in Rußland und Übleres als dies Wetter könne niemand passieren. Aber sie wüßten selbst, wie nahe die Rollbahn¹⁶⁷ sei, daß uns wenige Kilometer von den durchgestoßenen Panzern trennten, daß nach dem Zusammenschluß mit diesen Tula eingekreist sei und daß ich eins ziemlich sicher annähme: dies würde der letzte große Angriff im Winter sein. Die Leute haben seit gestern Abend um 20 [Uhr] nichts mehr außer Brot gegessen, der Kaffee in ihren Feldflaschen ist zu Eis gefroren. So sehr sie darin einstimmen, daß es hier ganz übel sei, und keiner auf weiteren Vorstoß in die Tiefe Rußlands Wert legt, so ist insgesamt ihre Stimmung doch nicht die Schlechteste und ich bemühe mich, diese durchgefrorenen, schlecht bekleideten, verhungerten, ungewaschenen und verdreckten Menschen noch mehr aufzurichten. Ich muß innerlich denken, wenn diese Leute der Russe sieht, muß er keine hohe Meinung mehr von unserer Truppe erhalten. So traurig ist ihr Äußeres.

(41) *Tagebuch, Grijasovo 6. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/11)*

Ich besuche die beiden Kampf-Reg[imen]ter u. spreche mit ihren Kommandeuren. Sie sind bitterster Stimmung. Oberst Hoßbach¹⁶⁸, an sich Pessimist, wird dadurch noch besonders beeindruckt, daß sein Sohn ihm mit erfrorenen Beinen ins Haus gebracht ist. Anklage auf Anklage gegen die obere Führung, die nicht rechtzeitig den Zeitpunkt erkannt hat, wann ein Ende gefunden werden muß, wird laut. Es sind wieder -30° , und als ich später auf einer Höhe erkunde, wo wir uns dann

¹⁶⁶ Obwohl die beiden Divisionen des Korps (31. und 131. Infanterie-Division) nach der Einnahme von Aleksin vollkommen erschöpft waren und bereits seit dem 1. 12. sowjetische Gegenangriffe abwehren mussten, hatte Generaloberst Guderian am 4. 12. nach einem Besuch beim Generalkommando einen weiteren Angriff befohlen. Die 31. Infanterie-Division sollte mit ihren beiden Infanterie-Regimentern 17 und 82 ostwärts zur Straße Tula-Moskau durchstoßen und sich mit der dorthin von Osten her durchgebrochenen 5. Panzer-Brigade unter Oberst Heinrich Eberbach vereinigen. Damit wäre der Ring um das heftig umkämpfte Tula im Norden geschlossen worden. Doch der in den frühen Morgenstunden des 5. 12. beginnende Angriff brach unter dem nochmals verschärften Frost und dem sowjetischen Widerstand schnell zusammen, so dass alle Einheiten am Abend und in der Nacht in ihre Ausgangsstellungen zurückgenommen werden mussten. Noch am selben Tag, einem dramatischen Wendepunkt des Krieges, ließ Guderian die Operation gegen Tula einstellen. Vgl. auch Reinhardt, Wende, S. 167. Heinrich beschreibt im abgedruckten Ausschnitt seinen Besuch vormittags beim Infanterie-Regiment 82.

¹⁶⁷ Gemeint ist die Straße Tula-Moskau.

¹⁶⁸ Friedrich Hoßbach (1894–1980), Oberst, ehemaliger Chefadjutant Hitlers, Oktober 1939–Januar 1942 Kommandeur des Infanterie-Regiments 82. Zum verlustreichen Angriff seines Regiments am 5. 12. 1941 vgl. auch Friedrich Hoßbach, Infanterie im Ostfeldzug 1941/42, Osterode/Harz 1951, S. 156–166.

im Abschnitt Laderowo-Larino verteidigen wollen, erfrieren mir trotz der Pelzhandschuhe in 5 Minuten fast die Finger. Ein toter Russe liegt da, halb vom Schnee zugeweht, starr wie ein Eisklotz. Fürchterliches Land!

Es war schon ein besonderes Walten des Schicksals, daß in dem Augenblick, als unsere Leute ihre Quartiere verließen, um zum Angriff zu gehn, der auch hier im Dezember ganz unerhörte Frost einsetzte. Bei solchen Verhältnissen kann niemand kämpfen. Das habe ich selbst, der ich von 6.30–17 [Uhr] unterwegs war, selbst gespürt. Es ist noch zu bewundern, was geleistet worden ist. 9 km fehlten an der Vereinigung zwischen uns und der Panzer Abt[ei][un]g Eberbach bei Kostrowa an der großen Straße. Jeder, der später diesen Abstand auf der Karte sieht, wird sagen, wie konnte der Angriff abgebrochen werden. Aus eigener Kraft kamen wir nach dem Zusammenbruch des Inf[anterie-]Reg[imen]t[s] 17 jedoch nicht mehr ans Ziel. Was wir aber bei Fortsetzung des Kampfs durch den Frost verloren hätten, ist nicht abzusehn. Ich glaube, wir wären ohne Soldaten dort angekommen und hätten es sofort wieder räumen müssen. Die Natur war hier stärker als menschliches Wollen u. Können. So ging die Schlacht von Tula mit einem Mißerfolg zu Ende.

Ich glaube, es konnte aber nicht anders kommen, weil von Anfang an die an die Aufgabe gesetzten Kräfte zu schwach waren¹⁶⁹. Dies gilt nicht nur für unsere besondere Lage, sondern auch für die der Armee. Teils durch die Feindlage erzwungen, teils aber auch durch nicht immer glückliche Führung veranlaßt, wurden die schwachen Kräfte immer wieder auch noch verzettelt angesetzt, entweder durch weite Räume getrennt oder zeitlich nicht ins Zusammenwirken gebracht. So konnte die Armee nicht zu dem erwünschten Erfolg kommen. Verschärft wurde die Lage aber dadurch besonders, daß die vorhandenen Einheiten als solche nur noch lächerlich geringe Stärken besaßen, und durch den 5monatigen Angriffsfeldzug körperlich und seelisch aufs Äußerste erschöpft sind, während der Russe immer neue Kräfte uns entgegenstellte. Mögen sie zusammengekratzt sein, woher sie wollen, sie waren eben da, gut gekleidet, gut ernährt, mit Schnaps aufgepulvert und mit Ersatz aufgefüllt. Bei uns ist von alledem nichts der Fall. Wir haben uns langsam aber sicher hier ans Ende unserer Kräfte gesiegt. Das ist ein bitterer Abschluß. Nun stehn wir da und können die Stellung, die wir halten sollen, kaum mit Posten besetzen.

(42) *Kriegsbericht an seine Familie, [Grjasnowo] 11. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/12, Bl. 134–139)*

Was wir aber im Kleinen erlebt haben, spielt sich an anderen Fronten im Großen ab¹⁷⁰. Wir waren an anderen Fronten 25 km vom Stadtkern von Moskau. Ob wir dort stehen bleiben können und werden, erscheint mir zweifelhaft. Aus Ros-

¹⁶⁹ Guderian hatte Ende November 1941 mehrfach die Zuführung mindestens einer neuen Division für den Angriff auf Tula gefordert. Vgl. DRZW IV, S. 597.

¹⁷⁰ Der Angriff auf Moskau war am 5. 12. überall zum Erliegen gekommen; am selben Tag hatte die Gegenoffensive der Roten Armee begonnen. Am 8. 12. hatte Hitler die Einstellung der Offensive und den Übergang zur Verteidigung befohlen (Führerweisung Nr. 39). Zur sowjetischen Gegenoffensive und deutschen Winterkrise bis zur Stabilisierung der Front in der ersten Februarhälfte 1942 vgl. Reinhardt, Wende, S. 197–254; DRZW IV, S. 600–652.

tow sind wir wieder herausgeflogen¹⁷¹. So recht befriedigend ist das Ganze nicht zur Zeit. Ich habe ja wiederholt betont, daß der Russe schwer angeschlagen, aber noch nicht zerschlagen sei. An seinem zähen Widerstand haben wir das immer wieder gespürt. Nun kann er uns mit seinen herangekommenen Fernostkräften noch manche unruhvolle Winterstunde bereiten. Zerschlagen wird der Russe erst sein, wenn er nach einem neuen Feldzug im Sommer 42 erneut geschlagen worden ist. Vorläufig scheint er aber die Absicht zu haben, im Winter unser angestregtes und durch Abgänge vermindertes Heer mit allen Mitteln anzugreifen. [...]

Durch Vermittlung des Grafen Moy habe ich einige Erzählungen von Tolstoi und Leskow gelesen. Tolstois Villa ist dicht südlich Tula, ein Div[isions]-Stab sitzt darin. Sein Landgut, die Tolstoischen Höfe, sind ganz in unserer Nähe, es sind ganz verkommene Panjescheunen¹⁷². Leskow gehört zu den besten russischen Erzählern. Die Bücher haben mich sehr beeindruckt. Man muß tatsächlich die Kraft der Schilderung Tolstois und die Klarheit, mit der er die Charaktere herausarbeitet, bewundern. Durch ihn ist mir auch das Rätsel gelöst, warum in Rußland alles so rückständig und verkommen ist. Seine Erzählung „Der Morgen eines Gutsbesitzers“ zeigt den Panje, wie wir ihn täglich sehen, gutmütig, ergeben, aber ohne jede Initiative, nichts aus freien Stücken selbst beginnend, sogar empört Wohltaten zurückweisend, wenn sie ihn aus der liebgewordenen Gewohnheit herausreißen. Von Verbesserungsvorschlägen will er schon garnichts wissen. Mit solchen Leuten kann man natürlich nicht vorwärtskommen. Auf Grund dieser Einsicht sagt mein Dolmetscher: Die beiden deutschen Protektorate sind ja nun gebildet¹⁷³. Sie werden gute Kolonialländer werden. Den Rest Rußlands löse man in selbständige Republiken auf. Die Sowjet-Regierung hat dies ja schon vorbereitet. Bis zum Baikal mache man sie von Deutschland, dahinter von Japan abhängig. Damit wäre das Problem Rußland gelöst.

(43) *Brief an seine Frau, [Grjasnowo] 12. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/12, Bl. 140f.)*

Dies Land ist in allem unmäßig: in seiner Größe, seinen Waldungen, seinem Klima, seinen Menschenmengen. Bei uns ist jetzt schon an zwei Stellen Flecktyphus durch die Läuse ausgebrochen. Es gibt hier alles, was unschön und häßlich ist. Eben erhielt ich Deine Briefe aus Münster. Sie sind nun fast 4 Wochen alt. Wie schön wäre es, wenn man in seiner eigenen Wohnung wieder einmal sein könnte, die nun leer und kalt dasteht. Jetzt wo wir nun den Krieg mit Amerika wirklich haben¹⁷⁴, ist es ja fast unübersehbar, wann man jemals wieder zu ihrer Benutzung kommt. Man muß sich immer wieder gewaltsam hochreißen, wenn man sich das alles klar macht. 1/9 meines Lebens habe ich nun im richtigen Krieg, noch viel mehr in kriegsähnlichen Zuständen zugebracht. Hinzu kommt zur Zeit, daß der

¹⁷¹ Rostov hatte bereits am 28. 11. 1941 von der 1. Panzerarmee (Kleist) geräumt werden müssen. Vgl. Reinhardt, Wende, S. 177f.

¹⁷² Vgl. auch Guderian, Erinnerungen, S. 233, der Anfang Dezember 1941 für einige Tage seinen vorgeschobenen Gefechtsstand in diesem Gut, Jasnaja Poljana, einrichtete.

¹⁷³ Gemeint sind die Reichskommissariate Ostland und Ukraine.

¹⁷⁴ Nach dem Überraschungsangriff Japans auf Pearl Harbour (7. 12.) und der amerikanischen Kriegserklärung an Japan (8. 12.) hatten Deutschland und Italien den USA am 11. 12. 1941 den Krieg erklärt.

Russe garnicht daran denkt, wie wir es wollen, den Krieg den Winter über einzustellen. *Er* greift auf der ganzen Front an, und zwar mit stellenweise nicht unbeachtlichen Erfolgen, die auch über ein „örtliches“ Maß hinausgehn. Auch wir fühlen uns nicht sehr sicher. Unendliche Räume müssen mit einem Mindestmaß von Kräften gehalten werden. Der Feind braucht nur an einer Stelle seine Kräfte zusammenzufassen, dann entstehen sofort ganz schwierige Lagen. Dazu kommt, daß nach dem bald 6monatlichen Feldzug alles mehr als nur körperlich u. seelisch beansprucht ist. Wir fühlen uns in keiner Weise glücklich.

(44) *Brief an seine Frau, 16. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 157)*

Der Russe ist in den großen Lücken, die unsere dünne Front allenthalben hat, an mehreren Stellen durchgestoßen und hat uns zum Rückzug gezwungen¹⁷⁵. Er vollzieht sich unter den gleichen Begleitumständen wie im Jahre 1812, tiefem Schnee, fast ungangbaren Wegen, Schneetreiben, Sturm u. Kälte. Welches Ende diese Dinge nehmen werden, weiß ich nicht, man kann nur hoffen, daß es gelingt, die Sache noch zum Stoppen zu bringen. Aber so recht klar ist uns in unserem Kreise nicht ersichtlich, wie das gemacht werden soll. Dazu sitzt unser Kind¹⁷⁶ in den gleichen Umständen mit drin. Er ist fast an dem Tage an die Front gekommen, da die Dinge sich wandten. Meine Gedanken sind immer bei ihm. Aber auch die eigenen Sorgen türmen sich bergeshoch, und man kann, wo man auch sucht, sich keinen rechten Ausweg vorstellen. Witterung, Land und Schwierigkeiten der Natur auf allen Gebieten schlagen einem jedes Mittel aus der Hand, mit dem man die Dinge wenden möchte. Unsere oberste Führung hat geglaubt, über Dinge hinwegsehen zu können, die stärker sind als menschliche Gewalt und an denen wir einfach zerbrechen. Im ganzen [Ersten] Weltkriege habe ich nicht solche Lagen erlebt, wie sie jetzt durchzukämpfen sind. Wo es hinausgeht, steht in Gottes Hand. Diese Tage können von entscheidender Bedeutung für den Kriegsverlauf werden.

(45) *Brief an seine Frau, 19. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 159f.)*

Jetzt ist es auch der obersten Führung klar, daß im Augenblick der Bestand des Ganzen auf dem Spiel steht. Vorher hat aber niemand auf die Warnrufe gehört. Im Großen u. Kleinen ist genug über den Zustand u. die Schwäche unserer Truppe berichtet worden. Ohne Rücksicht auf die fehlende Winterbekleidung, die ungenügende Verpflegung, den schlechten Nachschub, die zusammengeschmolzenen Stärken wollte die Heeres[ei]t[un]g nach Moskau, Guderian¹⁷⁷ nach Tula. Alle Vorsichtsmaßnahmen wurden bei Seite gelassen. Nun heißt es: Opfert Euch, um die Lage wieder gut zu machen.

¹⁷⁵ Das XXXXIII. A.K. wurde am 8. 12. von der sowjetischen 50. Armee angegriffen und in den folgenden Wochen schrittweise nach Westen auf Kaluga zurückgedrängt bzw. musste sich der drohenden Umfassung durch Ausweichen entziehen. Dem stand seit dem 16. 12. der unbedingte „Haltebefehl“ Hitlers gegenüber.

¹⁷⁶ Hartmut Heinrich (*1921) war als Soldat ebenfalls im Bereich der Heeresgruppe Mitte eingesetzt.

¹⁷⁷ Heinz Guderian (1888–1954), Generaloberst, November 1940–Oktober 1941 Befehlshaber der Panzergruppe 2, Oktober–Dezember 1941 Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee. Vgl. auch die Kritik an Guderian, „der uns mit seiner famosen Führung in diese Isolierung hineingebracht hat“, in Heinrichs Brief an seine Frau vom 22. 12. 1941, in: BA-MA, N 265/12, Bl. 145.

Ich hoffe, daß es doch gelingen wird, unter Einsatz aller Kräfte die Krise zu meistern. Seit 48 Stunden ist der Führer selbst am Werk, um Hilfe zu senden, wo er kann¹⁷⁸. Für uns ist es nicht zu übersehn, was alles geschieht.

(46) *Brief an seine Frau, 20. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 161f.)*

Immer mehr zeichnet sich ab, daß wir langsam eingekesselt werden. In einem Halbkreis stehn wir südöstlich Kaluga und der Feind faßt um unsere Flanken herum. Reserven zum Schutz derselben sind nicht vorhanden. Alle Bitten, alle Anforderungen nach oben werden nicht beantwortet. Also werden wir wohl dem Russen so oder so in die Hände fallen. Heute hat Brauchitsch sein Amt als Oberbefehlshaber niedergelegt, der Führer es selbst übernommen. Auch er wird wohl nicht in der Lage sein, die Dinge zu wenden. [...]

Es wird wohl oft nach den Gründen für diese plötzliche Wendung gefragt werden, die uns von scheinbar höchster Höhe in den Abgrund stürzte.

Man hat den Russen völlig unterschätzt. Noch am 3. 12. gab die H[eer]es-Gruppe einen Fernspruch heraus, des Inhalts, es kommt nur auf eine letzte Anstrengung an, dann bricht der Gegner zusammen. Er hat keine Reserven mehr. Er hatte aber seine sibirische Armee noch, er hatte unendlichen Ersatz für seine geschwächten Verbände, womit er sie immer wieder auffüllte. Wir haben seit Ende Juni fast keinen Ersatz bekommen, seit Oktober nichts mehr zu essen, sondern mußten aus dem Lande leben, sofern wir noch etwas fanden, unsere Truppen waren ihrer besten Führer u. Leute längst beraubt und sie standen im russischen Winter ohne eine Spur brauchbarer Kleidung. Man muß nur aufs Höchste bewundern, was diese überanspruchten, decimierten, verlausten u. entkräfteten Leute geleistet haben. So ist es. Nun werden sie einfach von den russischen Massen erdrückt, umgangen. Viele Hunde sind des Hasen Tod.

(47) *Brief an seine Frau, 22. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 165f.)*

Obgleich wir das Verhängnis der Umfassung kommen sahn, wurde uns immer wieder von oben befohlen zu halten. Umgangen, konnten wir das doch nicht, sondern mußten immer wieder ausweichen. Der Rückzug in Schnee u. Eis ist absolut napoleonischer Art. Die Verluste sind ähnlich. Die Apathie der Leute steigt. Der Zustand der Truppe ist nur noch als bejammernswert zu bezeichnen.

Ich stehe wieder an der Stelle des Hauptdrucks der Russen. Im Grunde sind wir schon völlig umgangen. Gestern war die Lage hoffnungslos. Wir sahen unser Ende im Kessel vor uns. Im letzten Augenblick gab Kluge die Erlaubnis zu neuem Ausweichen¹⁷⁹. So wurde unsere Existenz um eine Spanne verlängert. Gott weiß, wie es enden wird. In seine Hände müssen wir alles legen.

Der Anlaß zu den die Lage nicht erkennenden Haltebefehlen ist wohl die oberste Stelle selbst. Um Japan zunächst in den Krieg zu bringen u. nun nicht im

¹⁷⁸ Hitler hatte der Heeresgruppe Mitte am 16. 12. mitgeteilt, dass er den Oberbefehl des Heeres faktisch selbst übernommen habe. Offiziell ging der Oberbefehl erst am 19. 12. von Brauchitsch auf Hitler über. Vgl. Reinhardt, Wende, S. 223.

¹⁷⁹ Am 21. 12. war dem XXXXIII. A.K. erlaubt worden, ganz nach Kaluga zurückzugehen, um sich den Ausweg nach Nordwesten offen zu halten. Die Stadt konnte bis zum 30. 12. 1941 verteidigt werden, bevor sich das Korps weiter in Richtung Juchnov zurückziehen musste.

Stich zu lassen, sollen keine Mißerfolge zugegeben werden. Um dies vermeiden zu können, müssen wir stehn bleiben. Das bedeutet ein schlimmes Ende. In seinen Folgen wird es viel böser sein, als wenn wir jetzt 200 km ausweichen. Tag für Tag wird mit diesem Entschluß gezögert, die dem Feind zu gute kommen u. unsere Lage verschlechtern.

Das Auf u. Ab der Lagen ist kaum noch zu ertragen. Seit 10 Tagen sehe ich das Verhängnis kommen, rufe, beschwöre. Man bekommt Befehle, die garnicht mehr ausführbar sind. Man windet sich nur noch am Abgrund entlang. Nichts hilft, man will oben nicht sehn. Die Folgen werden unabsehbar sein.

(48) *Brief an seine Frau, 24. Dezember 1941 (BA-MA, N 265/155, Bl. 168)*

Das Verhängnis schreitet fort. Und oben, in Berlin an oberster Stelle, will niemand es sehn. Wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit. Das erleben wir täglich von neuem. Aber aus Prestige-Gründen wagt niemand einen entschlossenen Schritt rückwärts zu tun. Sie wollen nicht wahr haben, daß ihre Armee vor Moskau schon völlig umfaßt ist. Sie weigern sich, anzuerkennen, daß der Russe so etwas tun kann. Und in völliger Verblendung taumeln sie in den Abgrund. Sie wollen keinen Mißerfolg zugeben. Und sie werden in 4 Wochen mit dem Verlust ihrer Armee vor Moskau und später mit dem Verlust des Krieges enden.

Von Tag zu Tag mehr erleben wir an uns selbst, daß uns ruckweise die Schlinge um den Hals zugezogen wird. Der Führer will es nicht glauben. Für uns selbst, die wir die Lage erkennen, ist es aber geradezu zermürbend, seit 14 Tagen stückweise geschlachtet zu werden. Es gibt mal 24 Stunden ein Aufatmen. Dann kommen die Hiobsposten wieder hageldicht. Kein Gegenzug gelingt, weil wir dauernd in der Nachhand sind und der Feind uns das Handeln vorschreibt. Die Lage ist zerrütend und unerträglich.

(49) *Brief an seine Frau, 6. Januar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 8)*

Die letzten Tage waren wieder erfüllt von ganz großen Anstrengungen. Gestern sah wieder mal alles ganz besonders schlimm aus. Heute kann man das Bild vielleicht etwas ruhiger betrachten. Aber es ist trotz allem noch unerfreulich genug. 30 Tage dauert für uns nun schon dieses unerhörte auf und ab. 30 Tage zerrt u. zieht es an den Nerven. 30 Tage hofft man, wartet man und sieht nur geringe Ansätze zur Änderung. Es wäre aber alles viel schlimmer, wenn nicht die Truppe mit geradezu unvorstellbarer Zähigkeit, Heldenmut alle die Unbilden des Kampfes, der Witterung, der Schwierigkeiten im Nachschub doch überwunden hätte. Wir haben im Sommer u. Herbst geglaubt, Unvorstellbares zu leisten. Es ist alles nichts gegen jetzt.

Seit gestern hat die Kälte von 30–40° aufgehört. Dafür schneit u. weht es jetzt und macht die Wege schwer passierbar. Nichts ist für, alles gegen uns. Man kommt eigentlich nur mit Schlitten vorwärts. Alle anderen Bewegungsmittel versagen oder sind aufs äußerste gehemmt.

(50) *Brief an seine Frau, 11. Januar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 10–12)*

Alles ist programmmäßig so eingetroffen, wie ich es den hohen Vorgesetzten gesagt habe. Alle Vorschläge lehnten sie ab, aus Angst, an oberster Stelle anzusto-

ßen. Ob die Leute Kluge oder Kübler¹⁸⁰ (unser neuer Armeeführer) heißen, sie haben alle Angst vor der höchsten Stelle. Und die führt nach Schlagworten wie: „kein napoleonischer Rückzug“, bleibt mit offenen Flanken stehen u. läßt dem Feind Zeit, in aller Ruhe herum zu marschieren und uns von hinten im Rücken anzugreifen¹⁸¹. Man hofft auf Heranbringen von neuen Divisionen. Aber die kommen so langsam, so tropfenweise, daß sie viel zu gering sind, uns herauszuhaun. So wird der Russe wohl bei uns seine erste Vernichtungsschlacht gewinnen. Man harrt aber doch mit dem Schicksal, wenn man sieht, aus welchen verbohrtten Köpfen alles kommt und daß es der Mittel, es völlig zu vermeiden, genug gab, wenn man *einen* großen Entschluß vor 3 Wochen, vor 14 Tagen, ja noch vor 5–6 Tagen faßte, sich abzusetzen. Sie sind auch genugsam vorgeschlagen worden. Aber die oberste neue Heerführerstelle lehnt alles ab, handelt darum, ob man von den eroberten 1200 km 20 mehr aufgibt oder nicht. Dabei ist es völlig gleichgültig, wo wir in Rußland stehn. Ich glaube aber, der Zeitpunkt kommt, wo man alles noch sehr bereuen wird. Für uns selbst als Leidtragende ändert das aber nichts.

Schon jetzt sind die Verhältnisse unglaublich. Überall macht sich der Druck des Feindes bemerkbar. Wir sind schon zum Ersticken zusammengepreßt. Bei 15° Kälte kommt kaum der Mensch, die Pferde garnicht unter Dach. Kraftwagen haben so gut wie aufgehört, die Schlitten bleiben auf den überfüllten Wegen stecken, 4 Stunden bin ich heute im Dunklen durch tiefen Schnee gestapft. Überall zeigen sich die ersten Anzeichen der beginnenden Niederlage. Morgen wird wohl unsere Hauptnachschrubstraße gesperrt sein. In wenigen Tagen vielleicht auch die Bahn. Und dann? Kämpft ohne Munition oder Verpflegung! Alle meine Nachbar K[omman]d[ie]r[en]den Generäle sind plötzlich verschwunden, krank pp. geworden. Andere werden versetzt und reisen schleunigst ab. Ich *soll* wohl hierbleiben, an der äußersten Stelle stehend, ohne sichtbare Möglichkeit, davonzukommen.

(51) *Brief an seine Frau, 21. Januar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 14)*¹⁸²

Gestern war wieder ein Tag, an dem man verzagen konnte. Von Norden u. Süden war der Russe dabei, die Zange um uns zuzukneifen. Alle nur denkbaren Gegenmaßnahmen führten im Augenblick zu keinem Erfolg. Man sah unerbittlich u. unwiderruflich das Schicksal sich vorbereiten.

In diesem Augenblick wurde ich angerufen u. mir mitgeteilt, daß ich zum Oberbefehlshaber der 4. Armee ernannt sei, an Stelle des Generals Kübler, der ihre

¹⁸⁰ Ludwig Kübler (1889–1947), General der Gebirgstruppe, Dezember 1941–Januar 1942 Oberbefehlshaber der 4. Armee. Kübler hatte am 26. 12. 1941 Kluge ersetzt, der bereits am 18. 12. als Nachfolger Bocks den Oberbefehl über die Heeresgruppe Mitte übernommen hatte. Heinrichs Korps war seit dem 19. 12. wieder der 4. Armee unterstellt.

¹⁸¹ Nach dem Fall Kalugas und der Aufgabe der Oka-Stellung Ende Dezember 1941 befand sich das XXXXIII. A.K. in einem engen Schlauch zwischen Kaluga und Juchnov, der von Norden, Süden und Osten zusammengedrückt wurde und schließlich auch im Westen zugeschnürt zu werden drohte. Alle Anträge auf ein weiteres Ausweichen nach Westen stießen auf den Haltebefehl Hitlers. Erst am 15. 1. 1942 erlaubte Hitler die Rücknahme der Front auf eine „Winterstellung“ knapp ostwärts von Juchnov, verlangte aber zugleich von der 4. Armee, diesen wichtigen Verkehrspunkt zu halten und die „Rollbahn“, die befestigte Hauptnachschrubstraße Roslavl’–Juchnov, unbedingt zu verteidigen.

¹⁸² Das Hauptquartier der 4. Armee befand sich in Spas-Demensk. Dort wurden offenbar auch dieser Brief und die nachfolgenden Dokumente (bis auf Dok. 57–59) geschrieben.

Führung vor kurzem erhalten hatte¹⁸³. Damit wurde ich unversehens aus dem unmittelbaren Geschehen herausgerückt. Es war Gottes Wille, daß er dies getan hat.

Nun liegt mir die Last auf, mit der Armee diesen Kampf durchzustehn. Keine deutsche Armee befand sich seit Menschengedenken in solcher Lage. Alle heranzuführenden Kräfte setzt der Feind daran, sie zu vernichten. Ob es gelingen kann und wird, dies zu verhindern, kann heute niemand sagen. Ich kann nur den lieben Gott bitten, daß er auch hier mir hilft und im letzten Augenblick eingreift. Heute hat er mit 38°, gestern mit 42° Kälte unsern Feind aufgehalten.

(52) *Brief an seine Frau, 30. Januar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 17)*

Das schwere Ringen geht weiter. Gestern war wieder ein Krisentag erster Ordnung. Wieder erreichten wir nicht die von uns gesteckten Ziele, uns Luft zu machen. Wieder ging alles fehl. Wie eine Blase, von allen Seiten feindumgeben, hängen unsere Korps in der Luft. Um zu ihnen zu kommen, mußte ich heute im Storch hinfliegen, 25 m hoch dicht an den Russen vorbei. Die schossen auch, ohne uns zu treffen. Die ganze Nacht habe ich vor Sorgen gewacht. Ich konnte einfach nicht schlafen. Es ist ein wahnsinniger Kräfteverbrauch. Mit Cognac u. wahnsinnigem Rauchen hält man sich hoch.

(53) *Tagebuch, 5. Februar 1942 (BA-MA, N 265/14, Bl. 11)*

[Die Heeresgruppe Mitte] verlangt immer wieder, daß wir unsere Kräfte in der Front festlegen, während der Feind sie dort abzieht u. gegen unsere Flanken einsetzt¹⁸⁴. Sie fürchtet sich, dem Führer auch nur einige Meter Ausweichen vorzuschlagen. Innerlich erkennt sie die Notwendigkeit. Aber sie wagt erst im äußersten Fall sie nach oben zu vertreten. So steht man laufend wie ein Schwimmer da, der an Händen u. Füßen gefesselt ins Wasser geworfen wird. Man könnte sich schon wehren, aber die Mittel dazu werden genommen u. erst so spät frei gegeben, wenn es fast vorbei ist. Für die Führer und die Truppe entstehen dadurch Situationen, wie sie nicht schlimmer u. verkrampfter sein können.

Neue Angriffshandlungen im Schnee, die man doch gerade vermeiden will, neue schwere Verluste der lächerlich schwachen Truppe sind die Folge. Was sind noch Divisionen? 4–600 Mann stark ist ihre Infanterie, eigentlich ein Bat[ail][on]. Für über 10 000 Ausfälle haben wir noch nicht 500 Mann Ersatz bekommen. Das ist die seit Weihnachten versprochene Hilfe u. jetzt ist es Februar. Leute mit erfro-

¹⁸³ Kübler war am 20. 1. 1942 nach einem Vortrag bei Hitler abgelöst und durch Heinrici ersetzt worden, weil er ein Halten der „Winterstellung“ ohne weitere Ausweichbewegungen nicht für möglich hielt und sich der Lage nicht mehr gewachsen fühlte. Vgl. Reinhardt, Wende, S. 251. Nun stand Heinrici vor dem Problem, die unmögliche Lage der 4. Armee auf dem schmalen Streifen an der „Rollbahn“ zu meistern. Diese „Lebensader“ seiner Armee musste dabei nicht nur süd- und ostwärts, sondern zunehmend auch nord- und westwärts, gegen Partisanen, durchgebrochene Gardekavallerie und abgesetzte Fallschirmtruppen unter Befehl General Belovs, verteidigt werden, so dass die militärische Situation in den folgenden Wochen fast einer Kesselschlacht ähnelte.

¹⁸⁴ Obwohl es der 4. Armee am 3. 2. 1942 durch einen örtlichen Gegenangriff gelungen war, die Lücke zur nördlich liegenden 4. Panzerarmee zu schließen und dadurch die größte Gefahr vorerst zu bannen, blieb ihre Lage gefährdet, da immer wieder neue Feindeskkräfte in ihren Rücken gelangten. Die von Heinrici vorgeschlagene Frontverkürzung auf eine neue Stellung westlich von Juchnov wurde weiterhin abgelehnt.

renen Gliedmaßen dürfen nicht mehr ins Lazarett, weil die Stärken zu sehr absinken. In der Front greift die Hoffnungslosigkeit um sich. Wie lange soll das noch dauern? Bis der russische Winter sich in Schlamm verwandelt! Das ist im April. Noch 8 Wochen! Genau so lang wie bisher der Rückzugskampf dauert. Alle hoffen auf den neuen obersten Befehlshaber, der wird es schon machen. Und er ist es, der diese Dinge alle heraufbeschwört, weil er starr festhält.

(54) *Brief an seine Frau, 6. Februar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 20)*

Ich lebe nur in militärischem Denken. Alles andere scheidet einfach aus. Ich jedenfalls *kann* mich garnicht mit anderem beschäftigen, die innere Ruhe dazu fehlt völlig. Immer wieder lebt man in den Zustand: Wie wird der heutige Tag oder die kommende Nacht vorübergehn. Nur im Vertrauen auf Gott kann man das durchhalten.

(55) *Brief an seine Frau, 12. Februar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 23)*

Gestern war ich mit dem Feldmarschall¹⁸⁵ zusammen. Er war erstaunlich guter Laune, obgleich er auch genug Sorgen hat. Aber er steht dem unmittelbaren Erleben doch ferner als wir. Die Tagebuchblätter schildern ja eigentlich nur militärische Tatsachen. Wie beeindruckend, nervenzerrend im Augenblick diese Situationen wirklich sind, können sie nicht wiedergeben. Und das Schlimme ist: Bei unserer Lage ist gar kein Absehn, daß sich dies Alles ändert.

(56) *Tagebuch, 16. Februar 1942 (BA-MA, N 265/14, Bl. 20)*

Es ist ja überhaupt ein Wunder, daß die Armee noch erhalten ist. Aus eigener Kraft wäre sie nicht bestehen geblieben, wenn der Feind richtig gehandelt hätte. Er hielt uns wohl für erledigt, und glaubte, mit den Kräften, die zum Einschwanken gegen unsern Rücken bereits für ihn griffbereit standen, Fernzielen nachsehen zu können. Er vergaß, daß der Spatz in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dach. Dies ist der Grund, warum es bis jetzt gut gegangen ist. Es ist aber einer, der sich unserer menschlichen Einwirkung entzog. Hier griff ein Höherer ein, der die Sinne lenkt. Ohne ihn wäre unsere Einkesselung eine Tatsache, an der wir nichts, aber auch nichts mehr hätten ändern können.

(57) *Tagebuch, [Rastenburg] 28. Februar 1942 (BA-MA, N 265/14, Bl. 21)*

10 [Uhr] Flug mit Ju [52] Smolensk-Rastenburg¹⁸⁶, Ankunft 13 [Uhr]. Nach Essen mit „Führer“ Durchsprechen Lage einzelner Armeen.

Bei mir: Nach eingehender Schilderung Lage an der Rollbahn, Druck dort des Gegners von Süden u. von Norden (Luftlandebrigaden). Gefahr, daß stündlich unsere Versorgung unterbrochen werden kann, Antrag, Juchnow aufgeben zu können. Grund: Wir brauchen Reserven, wir müssen Kräfte frei machen. Sonst geht hinten die Rollbahn verloren, die nur durch zusammengewürfelte Verbände

¹⁸⁵ Generalfeldmarschall von Kluge, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte.

¹⁸⁶ In Rastenburg/Ostpreußen befand sich seit dem 24. 6. 1941 das Führerhauptquartier „Wolfschanze“. Heinrici war mit den anderen Oberbefehlshabern des Mittelabschnitts der Ostfront zum Vortrag gebeten worden. Vgl. Halder, Kriegstagebuch III, S. 407 (28. 2. 1942).

gehalten wird. Mit Rollbahn lebt u. stirbt aber die Armee. Einwurf von seiner Seite, wir gäben damit die Straße Juchnow-Gschatsk auf, die doch die einzige Versorgungsmöglichkeit in der Schlammzeit ist. – Dies seinerseits Irrtum. Diese Straße ist in der Nässe Periode ein Morast. Nützt uns nichts.

Er kämpft um das Zugeständnis. Schiebt es hinaus. Willigt erst am Schluß der Besprechung ein, als auch Kluge den Antrag befürwortet, und die Straße Juchnow-Gschatsk als unmöglich schildert. F. sagt, es sei ja im Grunde gleichgültig, ob man 10 km ostwärts oder westlich Juchnow stünde. Jetzt, nachdem seiner Ansicht nach die Front stabilisiert, rechte er nicht um einige Kilometer. Man habe ihn vielleicht für „starrköpfig“ halten müssen, weil er sich bisher so eisern gegen jedes Ausweichen verschlossen habe. Dies sei nötig gewesen, um überhaupt die Front zu stabilisieren. Es habe Leute gegeben, die unsere Lage für verloren hielten. Nur indem er sich auf den Standpunkt des unbedingten Haltens gestellt habe, sei es möglich gewesen, einer Panik entgegenzuwirken. (Im großen sehr richtig, im einzelnen aber schief gesehn. Aus diesem Fehler heraus entstanden unsere fortgesetzten Krisenlagen u. die hohen Verluste.)

F. interessiert sich immer wieder für technische Einzelheiten, geht auf Fragen der Technik mit besonderer Vorliebe ein. Meint, Panzerabwehr habe solchen Vorsprung vor Panzer, daß dieser im Jahr 42 verschwinden würde. (?) Sieht England z.Zt. im Stadium Deutschlands im Sommer 18. Ist insgesamt ungeheuer zuversichtlich.

(58) *Brief an seine Frau, Jägerhaus bei Rastenburg 28. Februar 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 28)*

Zum ersten Mal seit Pfingsten wieder in Deutschland in anständigen Räumen, in geordneten Verhältnissen. Ein fast unfassbarer Zustand. Es giebt ein Wasserclo u. eine Badewanne, und Blumen auf dem Tisch. Unvorstellbar. Ich warte nun auf das Telefongespräch, was ich mit dir angemeldet habe.

Hier ist Alles getragen von großem Optimismus. Unsere kleine persönliche Lage ist leider wesentlich mehr bedrängt. Gerade zur Zeit sind wir in einer ausgesprochen bedrängten Situation. Es ist eine Erholung, einmal 24 Stunden aus den unmittelbaren Eindrücken des auf u. nieder heraus zu sein, wie man es heute sein kann.

(59) *Brief an seine Frau, [Rastenburg] 1. März 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 29)*

Die Auffassung hier ist, daß wir im Großen über die russische Winter Offensive hinweg sind u. einen Abwehrsieg erfochten haben, der den Feind außerordentlich geschwächt hat¹⁸⁷. In Bezug auf England wurden nach den Niederlagen durch die Japaner im fernen Osten Hoffnungen laut, oder ich möchte besser sagen, Beurteilungen, als ob es dort wäre wie bei uns im Herbst 1918. Na, wir werden sehn.

¹⁸⁷ Bereits Ende Januar 1941 hatte die sowjetische Offensive an Durchschlagskraft verloren, und Mitte Februar war die Lage im wesentlichen stabilisiert. Allerdings blieb besonders die Situation der 4. Armee bis Anfang Mai angespannt, da sie die „Rollbahn“ mit schwachen Kräften nach vorne und auch nach hinten gegen Angriffe der Roten Armee zu verteidigen hatte.

Das ändert für mich nichts, daß mir der Gen. Oberst Halder¹⁸⁸ von sich aus sagte, niemand sei so bedrängt als ich. Tatsächlich würgt der Russe uns an der Kehle. Wenn er 500 m! weiter kommt, ist sie zugedrückt.

(60) *Brief an seine Frau, 5. März 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 31f.)*

Seit heute morgen greift der Russe auf ganzer Front an, nicht nur bei uns, sondern fast überall an den Hauptfronten. Die eingebrachten Gefangenen sagen aus, durch diese Offensive müsse nun die so lange erstrebte Entscheidung erzwungen werden. Auf einem großen Teil meiner Armeefront haben wir diesen Angriff den Erfolg entzogen, indem wir uns gerade vom Gegner abgesetzt hatten¹⁸⁹. Dies hatte ich mit einiger Mühe neulich in Ostpreußen erkämpft, leichter, als ich es dachte. Denn mir wurde gesagt, nachdem nun überhaupt die Front im Großen zum Stehen gebracht ist, spielt es eigentlich keine Rolle, ob wir 10 km weiter ostwärts oder westlich sind. Durch diese Bewegung haben wir Truppen freibekommen, um andere sehr wichtige u. schwache Stellen an der Rollbahn zu verstärken. Das erwies sich heute schon aufs dringlichste nötig. Dort entstanden schon wieder sehr üble Lagen. Vorläufig scheinen sie einigermaßen gemeistert. Aber wir stehn erst am Anfang der Kämpfe. Sie werden wieder 14 Tage andauern.

Und sie werden bei unserer Lage manche Aufregung u. Sorge bringen. Gott Lob ist der Russe nach heute 3monatlicher Winter-Offensive auch sehr kaput, und sehr schlechter Stimmung. Zum ersten Mal seit vielen Monaten haben wir wieder Überläufer gehabt.

Du schreibst, daß die Leute in Berlin die Dinge sehr viel ruhiger und vertrauensvoller ansähen, ich solle mich nicht unnötig in Sorgen hineinsteigern. Nun, ich will dir sagen, daß es ein wesentlicher Unterschied ist, ob man es dort auf einer Karte 1 zu einer Million betrachtet oder hier an Ort u. Stelle die Dinge unmittelbar *erlebt*, die Gefahren teilt, den abgekämpften Zustand der Truppe sieht, die 20° Kälte empfindet, und fast täglich durchmacht, daß Kampfhandlungen schlecht ausgehen und nur mit Mühe wieder gerade gebogen werden. Schließlich stehn wir nun auch seit 8½ Monaten in *einer* ununterbrochenen Schlacht, seit 3 Monaten in der Lage, umfaßt u. umgangen zu sein. Sieh dir die Karte an: Feinde ringsum. Während ich hier schreibe, fliegen die russischen Flugzeuge über unsern Ort u. setzen Nacht für Nacht nun seit 6 Wochen Luftlandetruppen in unserm Rücken ab. Niemand hindert sie. Wir haben keine Kräfte, um dagegen etwas tun zu können. Die Truppe ist viel glücklicher insofern dran, als sie nur das eigenste Erlebnis des kleinen Ausschnitts kennt. Sie kommt wohl einige Zeit in schwerste Lebensgefahr, dann aber wird es immer wieder ruhiger. Sie ahnt meist garnicht, in welchen großen Gefahren sie eigentlich steht. Die badet unsereins aus, der beides durchmacht: die Kampfnöte der Truppe und die Sorgen der großen Lage. So ist es¹⁹⁰.

¹⁸⁸ Franz Halder (1884–1972), Generaloberst, September 1938–September 1942 Chef des Generalstabs des Heeres.

¹⁸⁹ Nach der Rückkehr Heinrichs aus dem Führerhauptquartier konnte die 4. Armee am 3.3. 1942 endlich in die längst gewünschte Stellung westlich von Juchnov und der Ugra zurückgenommen werden. Diese Linie wurde bis zum Ende der sowjetischen Angriffe Anfang Mai 1942 gehalten.

¹⁹⁰ Vgl. auch die ähnliche Auseinandersetzung um die Widersprüche von Heimat- und Frontstim-

(61) *Brief an seine Frau*, 9. März 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 33)

Wenn sich doch endlich die Lage entspannte. Wenn endlich einmal doch dieser wütende Anfall aufhörte¹⁹¹. Über die Stärke, das Können u. die Zähigkeit der Russen hat man sich gründlich getäuscht. Auch über seine Organisationsfähigkeit u. die Hilfsmittel, die ihm zur Verfügung stehn.

(62) *Tagebuch*, 13. März 1942 (BA-MA, N 265/14, Bl. 28)

Mittags Gefangenen Unterbringung angesehen, war teilweise entsetzt. Abhilfe angeordnet. Damit schädigen wir uns selbst.

(63) *Brief an seine Frau*, 25. März 1942 (BA-MA, N 256/156, Bl. 35f.)

Am meisten macht uns persönlich der Feind im Rücken besorgt, der allmählich zu einer Armee angewachsen ist¹⁹². Wir haben nicht nur eine Front nach vorn, sondern auch nach hinten, und keine Truppen, um sie genügend abzudichten. Wir schwimmen gewissermaßen wie eine blaue Landzunge im roten Meer, und dies wird, nachdem es genügend aufgefüllt ist, von rückwärts her täglich wilder und stürmischer.

(64) *Brief an seine Frau*, 30. März 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 37)

Wir stehn z.Zt. in dem vielleicht schwersten russischen Angriff drin, den der Feind gegen uns geführt hat. Seit 4 Tagen greift er wirklich mit Massen an und wirft täglich neue Kräfte in den Kampf, Infanterie, Artillerie, Panzer, nachts Flieger. Mit großer Aufopferung kämpft unsere Truppe. Sie hat es aber ungeheuer schwer. Dazu will es immer noch nicht Frühjahr werden. Seit 8 Wochen haben wir ja fast ausnahmslos strahlende Sonnentage. Das bedeutet zur Zeit: Im Windschatten Tau, sonst am Tage leichte, in der Nacht starke Fröste. Wir hoffen doch, daß der „Schlamm“ endlich vielleicht Entlastung bringt. Aber ununterbrochen, Tag u. Tag geht der Druck durch den Feind weiter. Nichts kommt zur Ausführung, was wir machen wollen. Immer wird es durch Unternehmungen der anderen durchkreuzt. Im tiefsten Grund sind es alles Auswirkungen jener Entschlüsse, die uns in diese Situation hineingeführt haben. Denn sie halten uns in Lagen fest, die den Feind geradezu zum Handeln zwingen. Niemand weiß, wie lange das eigentlich noch gehen wird. Aber jeder fürchtet, daß ein Ende nicht abzusehen ist.

(65) *Brief an seine Frau*, 16. April 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 40)

Die Angriffe des Gegners gehen inzwischen weiter. Gestern, heute den ganzen Nachmittag bis in die Nacht. Der Russe setzt seine Leute durchs Wasser, durch

mung im Brief Stieffs (1. Generalstabsoffizier der 4. Armee) an seine Frau, 7. 12. 1941, in: Stieff, Briefe, S. 138–141.

¹⁹¹ Vgl. den Brief an seine Frau, 16. 2. 1942, in: BA-MA, N 265/156, Bl. 24: „Vorläufig fallen sie uns täglich neu wie ein wildes Tier an, mit einer Verbissenheit, Zähigkeit, ja Verzweiflung, wie sie noch nie da war.“

¹⁹² Im Dreieck Smolensk-Vjaz'ma-Spas-Demensk hatte sich seit Januar im Rücken der 4. Armee aus Teilen des I. Gardekavalleriekorps, Luftlandetruppen und Partisanen eine ca. 20000 Mann starke, von General Belov geführte Streitmacht gebildet, die erst Ende Mai/Anfang Juni 1942 vernichtet werden konnte („Unternehmen Hannover“). Vgl. DRZW, Bd. 6: Horst Boog [u.a.], Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943, Stuttgart 1990, S. 865f.

den jetzt nassen Sumpf, es ist ihm alles ganz egal, er führt immer neue Divisionen heran, opfert hunderte u. tausende von Menschen, und versucht mit allen Mitteln sein Ziel zu erzwingen, unsere Flanke einzudrücken. Er denkt garnicht daran, in der Schlamm Periode aufzugeben. Er kennt weder Nässe noch Kälte. Seine Panzer fahren durch Schnee ebenso wie durch Morast. Er will uns zermürben. Es ist schwer, das durchzuhalten, denn es ist eine ungeheure Beanspruchung, für alle Führer, für die Truppe, die immer weniger wird und immer mehr zusammenschmilzt.

(66) *Brief an seine Frau, 25. April 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 45f.)*

Eine Woche fortgesetzter u. schwerster Kämpfe liegt hinter uns. Überall im Osten ist es verhältnismäßig ruhig. Bei uns geht der Großkampf trotz Schlamm, trotz Wasser, trotz Bewegungsunmöglichkeit weiter. Die Armee steht in einer so verteuflten Situation, daß es für den Russen einfach zwingend ist, sie anzugreifen. Immer neue Divisionen setzt er bei uns ein, immer neue Panzer schleppt er heran, immer mehr Artillerie bringt er gegen uns in Stellung. Während ich hier Abends um ½ 11 schreibe, höre ich im Laufe des Schreibens einer Zeile 3–4 schwere Einschläge. Und immer stehen wir in der Lage, daß wir den geringsten Geländeverlust, bald den von wenigen 100 Metern, mit der Sperrung unserer berühmten Rollbahn bezahlen würden. Bei andern Leuten spielen Kilometer, hier fast Centimeter eine Rolle. [...] Allmählich scheinen allerdings auch den Leuten oben die Augen aufzugehen. 3 Tage war bei uns General Bl[umentritt]¹⁹³ vom O.K.H., früher selbst hier Armee Chef, ein sehr klar sehender und vernünftiger Mann, der die Dinge hier schon erkannte, wie sie sind: daß wir in einer einzigen dünnen Perlenschnur mit der Front nach 2 Seiten stehn und uns weder rücken noch rühren können, nicht die geringsten Reserven haben, um Fehlschläge ausbessern zu können, geschweige denn von uns aus das geringste gegen den Feind zu tun. Nichts anderes gibt es, als auf der Stelle zusammenzurücken, wo es brennt, mit der klaren Erkenntnis, daß an anderen Punkten einfach Löcher entstehen. Witzbolde haben schon vorgeschlagen, weite Strecken unserer sogenannten Stellung mit russischen Schildern zu versehen, Aufschrift: Weitergehn verboten! Denn Soldaten sind keine da. Langsam u. sicher wird unsere Truppe zerrieben, so weit sie es durch diese Kämpfe nicht schon ist. Die Kommandeure rechnen mir vor: noch 3 Wochen, dann melde ich: 0 Soldaten! So sieht es hier aus.

Man hofft aber an oberster Stelle, daß es weiter gut geht, nachdem es 4 Monate im allgemeinen so gegangen ist. Dabei ist im Augenblick das Artl. Feuer fast pausenlos geworden, so daß mein Haus zittert und die Fenster klirren. Zu alledem ist nun auch durch Nässe unsere Rollbahn völlig zusammengebrochen. Auf 102 km Länge ist aus einer Chaussee ein grundloser Morast geworden. Jeder Verkehr mußte gesperrt werden seit 3 Tagen. Niemand kommt mehr durch, Kraft- u. Pferdewagen bleiben einfach stecken, bis über die Räder im Schlamm.

¹⁹³ Der Chef des Stabes der 4. Armee, Generalmajor Blumentritt, war am 18. 1. 1942 zum Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres ernannt worden.

(67) *Kriegsbericht an seine Familie, 8. Mai 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 1–3)*

Tausende von Gefangenen, Landeseinwohnern, Bausoldaten versuchen [die Rollbahn] durch Knüppeldamm zu halten. Aber sie können nur Flickwerk leisten. [...] Die Nässeperiode, vielleicht auch die Erwartung eines großen deutschen Angriffs, hat in diesen Tagen die russische Angriffstätigkeit abflauen lassen, zum ersten Mal seit jenem 11. Dezember. 6 Monate fast, ununterbrochen, flutete Angriff auf Angriff gegen unsere Linien. Immer wieder und immer von neuem, wie die Wellen des Meeres gegen das Ufer, liefen die Russen gegen unsere Stellungen an. Leichenfelder liegen an den Hauptbrennpunkten der Kämpfe. Zum Ausgleich der Verluste pumpte der Russe immer neuen Ersatz in seine zusammengeschossenen Verbände. Immer wieder wurden sie, gestern erst aufgefüllt, heute bereits wieder vorgejagt. Waren sie wiederum zusammengeschossen, so traten neue Divisionen an ihre Stelle. Das Spiel ging weiter. Der Winter, vom Russen als sein Verbündeter angesprochen, erwies sich in mancher Beziehung doch auch als sein Feind. Denn durch mindestens knietiefen, meist aber bis zum Bauch reichenden Schnee gegen Maschinengewehr angehen ist, solange sie schießen, ein kostspieliges Unternehmen, das Ströme von Blut fordert. Das haben wir selbst, wo wir nach Lage der Dinge zum Angriff gezwungen waren, ebenfalls gemerkt. Vor allem haben uns aber 2 Dinge geholfen, die Lage im Winter zu halten: unsere Artillerie und die Überlegenheit in der Luft. [...] Nur mit solcher Unterstützung konnte sich unsere dezimierte Infanterie halten. Sonst hätten wir uns nicht durchgesetzt. Aber für alle, die diesen Winter durch gemacht haben, war er eine ungeheure Nervenbelastung. Bei der Truppe giebt es ja nur noch verschwindend wenige, die vom 22. Juni ab bis heute übrig geblieben sind. Aber auch in den höheren Stäben wissen die Leute, was sie gemacht haben. Denn für viele, darunter auch für mich, war ja die Zeit vom Feldzugsbeginn bis heute eine ununterbrochene Dauerschlacht, ohne Ablösung, ohne Urlaub, ohne Ruhe. Im 1. Weltkriege gab es ähnliches nicht. Es gab aber auch nicht derartige Krisen Lagen, wie sie heute fast zum Normal Zustand geworden und doch wie durch ein Wunder stets gemeistert worden sind. Wer einmal erfahren wird, mit was für schwachen Kräften, gegen welche Schwierigkeiten, unter was für Zuständen, wird über diese Leistung vielleicht doch erstaunt sein. Uns selbst aber verwundert garnichts mehr.

(68) *Brief an seine Frau, 12. Mai 1942 (BA-MA, N 265/156, Bl. 48)*

Ich bin u. fühle mich richtig elend und kaput. Anfang Juni soll ich nun auf Urlaub gehen, etwa um den 10. herum¹⁹⁴. Am liebsten täte ich es gleich. Ich bin so am Ende, so wenig befriedigt, so mißmutig, so zerrieben zwischen dem Mißverhältnis der Anforderungen von oben und den tatsächlichen Verhältnissen, daß ich innerlich ganz kaput bin. Ich habe weder körperliche Bewegung, rauche viel zu viel und richte mich körperlich halbwegs zu Grunde. Der ganze Kram hier ist nicht schön.

¹⁹⁴ Heinrici übergab am 10. 6. 1942 vorübergehend den Oberbefehl an General der Infanterie Hans von Salmuth und nahm einen längeren Kururlaub in Deutschland, aus dem er am 20. 7. 1942 auf seinen Posten zurückkehrte.



Gefangennahme sowjetischer Partisanen

(Quelle: Bundesarchiv Bild 101 III-Niquille-085-10)

Peter Lieb

Täter aus Überzeugung?

Oberst Carl von Andrian und die Judenmorde
der 707. Infanteriedivision 1941/42

1. Das Tagebuch eines Regimentskommandeurs: Ein neuer Zugang zu einer berüchtigten Wehrmachtsdivision¹

In der langen, erbitterten und nach wie vor andauernden Diskussion über die Wehrmacht und ihre Verbrechen ist immer wieder auf einen einzelnen Verband verwiesen worden, so als ob es sich bei ihm um eine durchschnittliche Division der Wehrmacht gehandelt habe: Die 707. Infanteriedivision. In der ersten Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung bildete sie ein Hauptthema, um die Beteiligung der Wehrmacht am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zu belegen². In der neu konzipierten Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ erhielt diese Division gar ein eigenes Kapitel³. Auch in anderen Darstellungen taucht gerade die 707. Infanteriedivision deutlich häufiger auf als jede andere Division der Wehrmacht⁴. Schon das verlangt nach einer Erklärung. Die 707. Infanteriedivision war in der Tat während ihrer Besatzungszeit in Weißrussland 1941/42 eine Art Bindeglied zwischen der Wehrmacht und den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und hat sich durch Massenerschießungen aktiv am Holocaust beteiligt. Neben einigen Einheiten in Serbien ist sie der einzige nachgewiesene Wehrmachtsverband, der „selbstständig und systematisch große Massaker an Juden mit vielen tausend Opfern“⁵

¹ Der Verfasser bereitet momentan eine ausführliche Edition des Tagebuchs des Obersten Carl von Andrian aus der Zeit von 1941 bis 1945 vor. Diese soll im Rahmen des Projekts „Wehrmacht in der nationalsozialistischen Diktatur“ am Institut für Zeitgeschichte München erscheinen.

² Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 1996, hier vor allem die Sektionen „Weißrußland. Drei Jahre Besatzung 1941 bis 1944“ (S. 102–158) und „Verwischen der Spuren. Vernichtung der Erinnerung“ (S. 160–176). In letzterer waren insgesamt 14 Dokumente der 707. Infanteriedivision ausgestellt.

³ Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 2002, S. 136–149.

⁴ Vgl. vor allem Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1997; Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999; Theo J. Schulte, The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia, Oxford u.a. 1989.

⁵ Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 620. Zur 717. Infanteriedivision und deren Beteiligung an den

organisierte und durchführte. Schon allein deshalb war die 707. keineswegs eine gewöhnliche Infanteriedivision der Wehrmacht⁶.

Wie zahlreiche Befehle belegen, war ihr Kommandeur, Generalmajor Gustav Freiherr von Mauchenheim, genannt von Bechtolsheim, ein radikaler Antisemit⁷. Er trägt eine hohe Verantwortung für die Beteiligung dieser Formation an den Massenmorden. Wer aber waren neben Bechtolsheim die anderen Verantwortlichen? Von ihnen weiß man bislang so gut wie nichts. Schon die Kommandeure der beiden Infanterieregimenter dieser Division sind völlig unbekannt geblieben. Daher ist es auch kaum verwunderlich, dass der Nachlass eines dieser Kommandeure, des Obersten Carl von Andrian, von der Forschung bisher nicht entdeckt wurde.

Das Kriegsarchiv in München ist keine Institution, in der man bedeutende Dokumente zum Zweiten Weltkrieg oder über die deutsche Wehrmacht vermutet. Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv – Abteilung IV/Kriegsarchiv, so die amtliche Bezeichnung, werden die Bestände der Bayerischen Armee aufbewahrt; die Sammlungen enden mit ihrer Auflösung in den Jahren 1919/20. Doch gibt es hier auch private Nachlässe, die aus späterer Zeit stammen. Einige Offiziere fühlten sich mit der einstigen Bayerischen Armee mehr verbunden als mit der späteren Wehrmacht, so dass sie ihre persönlichen Aufzeichnungen nicht dem dafür zuständigen Reichsarchiv bzw. dem Bundesarchiv – Militärarchiv übergaben, sondern eben dem „Hausarchiv“ der alten Bayerischen Armee⁸.

So gelangte auch der Nachlass Carl von Andrian in das Bayerische Kriegsarchiv. Dieser umfasst eine knappe autobiographische Skizze, einige Korrespondenzen mit Rittern des Bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens, die Feldpostbriefe an seine Ehefrau aus der Zeit des Ersten Weltkriegs sowie ein neunbändiges, persönliches Kriegstagebuch, das am 1. Januar 1941 beginnt und am 14. März 1945 endet. Dieses enthält, abgesehen von einer Lücke zwischen Anfang Februar und Ende April 1943, die täglichen Aufzeichnungen Andrians vorrangig aus seiner Zeit in Russland und Kroatien⁹.

Das Tagebuch ist für die historische Forschung unter zwei Aspekten von hoher Bedeutung: Zum einen hat die Forschung in den letzten Jahren beträchtliche Ver-

Judenmorden in Serbien vgl. Walter Manoschek/Hans Safrian, 717./117. ID. Eine Infanteriedivision auf dem Balkan, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 359–373. Allgemein vgl. Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993. Genauso wie bei der 707. handelte es sich aber auch bei der 717. keinesfalls um eine durchschnittliche Wehrmachtsdivision.

⁶ So auch Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 620. Anders hingegen Hannes Heer, *Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 57–77, besonders S. 71 f.; Hannes Heer, *Nicht Planer, aber Vollstrecker. Die Mitwirkung der Wehrmacht beim Holocaust*, in: *Der Genozid in der modernen Geschichte*, hrsg. v. Stig Förster und Gerhard Hirschfeld, Münster 1999, S. 60–100, besonders S. 90.

⁷ Für einige seiner Befehle vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 610 ff.; Heer, *Killing Fields*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 64 f.; Jürgen Förster, *Zur Rolle der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 45 (1980), S. 3–15, hier S. 13 f.

⁸ So z. B. das Tagebuch des Generalfeldmarschalls von Leeb, dessen Original sich im Bayerischen Kriegsarchiv befindet. Vgl. Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, *Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen*. Aus dem Nachlass hrsg. und mit einem Lebensabriss versehen v. Georg Meyer, Stuttgart 1976.

⁹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Abteilung IV/Kriegsarchiv (künftig: BayHStA-KA), NL Carl von Andrian. Die Tagebuchbände tragen die Signaturen NL Carl von Andrian 4/1–9.

suche unternommen, die Mentalität der deutschen Offiziere und Soldaten, und natürlich besonders die der sogenannten „Täter“, genauer zu ergründen. Allerdings beschränkte man sich dabei meist auf Dienstakten, Nachkriegsaussagen und im besten Fall auf einige Feldpostbriefe, ohne deren teilweise begrenzten Quellenwert für die Fragestellung hinreichend zu berücksichtigen¹⁰. Obwohl in Tagebüchern „stärker als in [...] anderen Quellentypen die individuellen Gefühle zum Vorschein“¹¹ kommen, wurden sie bei mentalitätsgeschichtlichen Untersuchungen über die Wehrmacht bisher viel zu wenig herangezogen¹². Das Tagebuch Carl von Andrians ist dabei von besonderer Brisanz, schließlich war die 707. Infanteriedivision in außergewöhnlichem Maße an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt. Seine persönlichen Aufzeichnungen bieten die Gelegenheit, die Disposition eines „Täters“ und einer gesamten Einheit genauer kennen zu lernen. Zugleich kann es gewissermaßen als Gerüst dienen, um andere zersplitterte Quellen, die für sich genommen wenig aussagekräftig blieben, wieder zusammenzuführen.

Damit ist auf die zweite Bedeutung dieser Quelle verwiesen. Die Kriegstagebücher von Andrians Einheit, dem Infanterieregiment 747, sowie der übergeordneten 707. Infanteriedivision sind nur bruchstückhaft überliefert. Dadurch liegt das Ausmaß der Beteiligung dieser Einheit am Holocaust in den ländlichen Gebieten Weißrusslands während des Herbsts 1941 „weitgehend im dunkeln“, wie Christian Gerlach festgestellt hat¹³. Das Tagebuch Andrians kann somit mehr als eine Frage zu dem viel umstrittenen Thema Wehrmacht und Holocaust beantworten¹⁴.

Wirft man einen ersten Blick in die Aufzeichnungen dieses Obersten, so mag zunächst die äußere Form erstaunen: Mit dünner Feder schrieb der Verfasser seine Zeilen derart dicht gedrängt in winzigen Buchstaben nieder, dass der Text anfangs völlig unleserlich erscheint. Erst das Kopieren der Seiten in ein größeres Format bzw. die Benutzung einer Lupe ermöglicht es, die Schrift nach einiger Zeit der Eingewöhnung zu entziffern. Zudem fallen bei der Lektüre Rechtschreib- und Interpunktionsfehler sowie grobe stilistische Mängel auf. Es finden sich keine nachträglichen Redigierungen, ein Bemühen um eine Schönschrift ist nicht erkennbar. Schon allein dies spricht für die Authentizität der Quelle.

¹⁰ Vgl. beispielsweise Omer Bartov, *Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges*, Reinbek 1995; Stephen G. Fritz, *Hitlers Frontsoldaten. Der erzählte Krieg*, Berlin 1998; Heer, *Killing Fields*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg. Mustergültig hingegen die Mentalitätsergründung von Massenmördern am Beispiel des Reserve-Polizei-Bataillons 101 bei Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen*, Hamburg 1993.

¹¹ Peter Hüttenberger, *Tagebücher*, in: Bernd-A. Rusinek/Volker Ackermann/Jörg Engelbrecht (Hrsg.), *Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit*, Paderborn u. a. 1992, S. 27–43, hier S. 43.

¹² Vgl. jedoch Johannes Hürter, „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg“. Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici, in: *VfZ* 48 (2000), S. 329–403. Erweiterte Ausgabe als Buch: Ders., *Ein deutscher General an der Ostfront. Die Briefe und Tagebücher des Gotthard Heinrici 1941/42*, Erfurt 2001; Christian Hartmann, *Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im Unternehmen „Barbarossa“*, in: *VfZ* 49 (2001), S. 97–158.

¹³ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 615.

¹⁴ Für einen Überblick vgl. Dieter Pohl, *Die Wehrmacht und der Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten*, in: *Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden*, hrsg. v. Wolf Kaiser, Berlin 2002, S. 39–53.

Neben der Art der Niederschrift bestätigt auch der Inhalt diesen Befund: Der Autor notierte in erster Linie militärisch-taktische Fragen, die einem Außenstehenden relativ belanglos erscheinen und dem Verfasser wohl als Gedächtnisstütze gedient haben dürften. Doch darüber hinaus werden die Verbrechen deutscher Truppen in der Sowjetunion sehr deutlich beschrieben, wobei auch Andrians eigener Anteil – wenn auch eher indirekt – hervortritt.

Was mögen die Gründe dieses Mannes gewesen sein, seine persönlichen Aufzeichnungen der Nachwelt in dieser rohen, völlig unkommentierten Form zu hinterlassen? Eine mögliche Antwort gibt uns der Verfasser des Tagebuchs gewissermaßen selbst: „Wer soll unsere Runen ritzen, wenn wir es nicht selber tun“¹⁵, schrieb Andrian zu Beginn seiner 1960 verfassten kurzen Autobiographie. Eine Form von Selbstdarstellung also? Doch dürfte es wohl kaum seine Intention gewesen sein, sich und die deutsche Armee in einem solch zweifelhaften Bild darzustellen, denn dazu war er viel zu sehr mit Leib und Seele Soldat.

Vielleicht wollte Andrian sein Gewissen beruhigen. Denn wenige Wochen bevor er seinen Nachlass am 17. November 1960 dem Bayerischen Kriegsarchiv übergab, musste er vor dem Polizeipräsidium München als Zeuge aussagen. Die Staatsanwaltschaft Kassel führte damals einen Prozess gegen ehemalige Angehörige eines Reserve-Polizei-Bataillons, dem Massenerschießungen von Juden im Raum Sluzk (Weißrussland) im Herbst 1941 vorgeworfen wurden¹⁶. Der Tatort lag seinerzeit im Sicherungsbereich von Andrians Regiment. Vielleicht wollte er mit der Abgabe seiner Tagebücher an das Archiv diese Zeit ein für alle Mal aus seinem Gedächtnis tilgen. Doch muss dies Spekulation bleiben. Auch aus dem Schriftverkehr Andrians mit dem Kriegsarchiv ist kein Motiv herauszulesen¹⁷. Die wahren Gründe bleiben letztlich wohl für immer verborgen.

2. Der Protagonist und seine Einheit: Carl von Andrian und das Infanterieregiment 747

Carl Ferdinand Wilhelm Freiherr von Andrian-Werburg wurde am 14. März 1886 in Rietschen (Schlesien) als Sohn eines Fabrikdirektors und einer Arzttochter geboren¹⁸. Seine Schulzeit verbrachte der protestantisch getaufte Bub zunächst am Humanistischen Gymnasium in Freiberg/Sachsen. 1903 kehrte die Familie in ihre bayerische Heimat nach Landshut zurück. Nach dem Abitur am dortigen Huma-

¹⁵ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 1. Autobiographische Zusammenfassung von 1960.

¹⁶ Es handelte sich dabei um den Kommandeur des Reserve-Polizei-Bataillons 11, Oberstleutnant Franz Lechthaler. Für Andrians Zeugenaussagen vgl. Hessisches Staatsarchiv Marburg, 274 Kassel Acc. 1996/57, Nr. 65, Bd. 4, Blatt 877/78. Für das Urteil vgl. Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Band XVIII, bearb. von Irene Sagel-Grande, H. H. Fuchs und C. F. Rüter, Amsterdam 1978, S. 779–849.

¹⁷ Für die Einsicht in den Schriftwechsel Andrians mit dem Bayerischen Kriegsarchiv danke ich dem Archivleiter, Dr. Achim Fuchs.

¹⁸ Das ursprünglich lombardische Geschlecht Andrian-Werburg wurde um 1350 mit Bettino Andri de Boaris de Gandino erstmals urkundlich erwähnt. Über die Habsburger Lande kam es ins Königreich Bayern, wo es sich am 3. 10. 1812 bei der Freiherrenklasse immatrikulieren ließ. Vgl. Adelslexikon, Bd. I, Limburg/Lahn 1972, S. 87f.

nistischen Gymnasium trat Andrian am 17. Juli 1905 zunächst als Einjährig Freiwilliger in das 19. Bayerische Infanterieregiment „König Victor Emmanuel III.“ in Erlangen ein¹⁹, entschloss sich aber schon kurz darauf, Berufsoffizier zu werden. 1910 bewarb er sich für die Kaiserliche Schutztruppe in Afrika, doch er wurde wegen „Tropenuntauglichkeit“ zweimal abgelehnt. Am 11. März 1912 ließ er sich zum 16. Bayerischen Infanterieregiment „Großherzog Ferdinand von Toskana“ nach Passau versetzen.

Den Großen Krieg erlebte Andrian ausschließlich im Westen als Kompanie- und später als Bataillonsführer im 16., ab Mai 1915 im 24. Bayerischen Infanterieregiment. Während dieser Zeit wurde er insgesamt dreimal an beiden Beinen und an der Schulter verwundet. Ab Mai 1918 fand er in verschiedenen Stabsstellungen Verwendung, zuletzt als 2. Adjutant beim Generalkommando des II. Bayerischen Armee korps. Das eigentliche Schlüsselerlebnis Andrians während dieser bewegten Jahre war wohl mit ziemlicher Sicherheit die Verleihung der höchsten Kriegsauszeichnung der bayerischen Armee – des königlich bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens²⁰. Diesen verdiente er sich am 24. Juni 1916²¹, als er sich als Oberleutnant in der „Hölle von Verdun“ beim Kampf um das Fort Douaumont beteiligte, nach eigenem späteren Bekunden, „das Schrecklichste, was ich je mitgemacht habe“²². Durch einen überraschenden Angriff gelang es ihm, mit seiner Kompanie 500 französische Soldaten gefangen zu nehmen und anschließend einen feindlichen Gegenstoß abzuwehren. An diesem Tag begegnete er übrigens erstmals dem Oberleutnant Gustav Freiherr von Mauchenheim, gen. von Bechtolsheim, mit dessen Lebensweg sich der seinige 25 Jahre später noch einmal kreuzen sollte.

Nach dem Militär-Max-Joseph-Orden erhielt Andrian am 23. April 1918 die zweithöchste preußische Militärauszeichnung, das Ritterkreuz mit Schwertern des Hohenzollernschen Hausordens. Es gab wohl nur eine Handvoll deutscher Offiziere, die als Hauptmann Träger der höchsten bayerischen und der zweithöchsten preußischen Militärauszeichnung waren. Das Selbstwertgefühl Andrians scheint durch diese Dekorationen alles andere als gelitten zu haben, wie seine Tagebucheintragen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs dokumentieren.

Um eine Kompanie oder ein Bataillon im Gefecht gut und erfolgreich zu führen, sind für einen Frontoffizier Entschlossenheit und Entscheidungsfreude zwei unverzichtbare persönliche Eigenschaften. Andrian besaß beides in reichem Maße; von seiner politischen Meinung und seinem Weltbild zeichnen die Briefe an seine Frau aus der Zeit vom November 1918 freilich ein ganz anderes Bild²³. Diese sind Zeugnis der geistigen Desorientierung, welche die Revolution von 1918 bei

¹⁹ Die folgenden Lebensdaten entstammen seiner Personalakte aus seiner Zeit bei der bayerischen Armee, in: BayHStA-KA, OP 63053.

²⁰ Insgesamt wurde der königlich bayerische Militär-Max-Joseph-Orden während des Ersten Weltkriegs nur an 267 Soldaten vergeben. Vgl. *Virtuti Pro Patria. Der königlich bayerische Militär-Max-Joseph-Orden. Kriegstaten und Ehrenbuch 1914–1918*, hrsg. vom k.b. Militär-Max-Joseph-Orden, München 1966.

²¹ BayHStA-KA, OP 63053, Brief Andrians an den Herrn Batl.-Kmdr. vom 23. 9. 1916, Zweitschrift, Betreff: Bitte um Aufnahme in den Militär-Max-Joseph-Orden.

²² BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 1, Autobiographische Zusammenfassung von 1960.

²³ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 3/9. Leider sind die Briefe nur bis Anfang Dezember 1918 überliefert.

diesem Vertreter des deutschen Offizierskorps ausgelöst hatte, wie auch ein Beleg für Andrians Sprunghaftigkeit in weltanschaulichen Fragen: Einerseits konnte er sich nicht vorstellen, „daß das alte System so morsch u[nd] unterhöhlt war“²⁴, dass es so schnell zusammenbrach. Andererseits begriff er sehr schnell den Bankrott der bisherigen Gesellschaftsordnung und nannte den Adel „schädlichen Ballast [sic!]“²⁵ sowie „eine Einrichtung, die sich überlebt hat“²⁶. Einerseits zeigte sich Andrian bei einem Spaziergang durch München „traurig“, da er „überall [...] daran erinnert“ wurde, „dass noch vor 14 Tagen ein König hier herrschte“²⁷. Andererseits sah er sich als Offizier „vor allem [...] als Diener des Landes u[nd] nicht des Herrschers“²⁸. Konservative und progressive Ideen scheinen sich damals in seinen Gedankengängen innerhalb kürzester Zeit abgewechselt zu haben.

In anderen politisch-weltanschaulichen Fragen erschienen seine Überlegungen auf den ersten Blick eindeutiger. So entlud sich seine Wut auf die neue sozialistische Regierung in Bayern²⁹. Die Schuld an der Weltkriegsniederlage und der Revolution schob er dem einfachen Soldaten und dem „internationalen Judentum“ zu³⁰. Doch auch in der Frage des Antisemitismus nahm Andrian eine widersprüchliche Haltung ein. So bekannte er sich auf der einen Seite zu einer erbarungslosen antisemitischen Grundhaltung, während er andererseits Verständnis für die Situation der Juden aufbrachte; er war über seine extremen Ansichten selbst überrascht und äußerte Zweifel an deren Richtigkeit. Nichts belegt dies deutlicher als sein Brief vom 28. November 1918: „Es kam dann unser Verpfleg[ungs] Offiz[ier] zu uns, Rechtsanwalt Dr. Stern, ein angenehmer u[nd] brauchbarer Mann, wie ich später erfuhr, Jude. [...] Das Gespräch kam dann auf die Judenfrage im allgem[ainen]. Stern meinte, vieles, was man den Juden vorwerfe, komme daher, daß sie noch nicht volle Gleichberechtigung hätten, was ja bei einzelnen Berufen, Gesellschaften u.s.w. richtig ist, u[nd] daß sie dadurch zum Zusammenhalten gezwungen seien u[nd] ins Lager der Sozialdemokratie getrieben würden, durch die sie am ehesten Gleichheit erringen könnten. Ich muß sagen, darin liegt viel wahres. Mein Standpunkt, daß die jüdische Rasse ein Fremdkörper in unserem Volke ist u[nd] deshalb ausgemerzt gehört, ist freilich sehr unduldsam. Vielleicht ist er auch undurchführbar u[nd] deshalb falsch.“³¹ Mit derartigen Äußerungen ließ Andrian erkennen, dass er zumindest in der Theorie ein

²⁴ Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 24. 11. 1918.

²⁵ Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 25. 11. 1918.

²⁶ Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 29. 11. 1918.

²⁷ Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 17. 11. 1918.

²⁸ Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 11. 11. 1918.

²⁹ Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 20. 11. 1918: „Hernach lese ich Zeitung. Soviel blödes dummes u[nd] häßliches Zeug vernimmt man da, daß man fast verzweifeln könnte. Bis vor kurzem war ich stolz, ein Deutscher zu sein; ich bin es nicht mehr. Jeder einzelne von uns mag höheren sittlichen Wert haben als ein Engländer oder Franzos[e]; als Volk stehen die anderen höher; so würde los benehmen die sich nicht wie wir bezw. diejenigen, welche jetzt das Volk vertreten.“

³⁰ Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 17. 11. 1918: „Dazu überall dieser Haß gegen den Offiz[ier]. Wir haben doch den Krieg weder verschuldet noch verloren, sondern wahrlich unsere Schuldigkeit getan. Hätte es der gewöhnliche Soldat auch in der Mehrzahl getan, so hätten wir anders geendet.“ Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 24. 11. 1918: „Dr. B. war auch der Ansicht, daß das internationale Judentum hinter der ganzen Revolution stecke. [...] Die Juden halten zusammen, die Deutschen zersplittern sich. Es ist der alte Jammer.“

³¹ Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 28. 11. 1918.

radikaler Antisemit war, der freilich schon damals erkannte, dass die Wirklichkeit seinem Denken Grenzen aufzeigte. In derart unentschlossenen und widersprüchlichen Gedankengängen lag die Keimzelle für seine spätere Haltung in Weißrussland³².

Seine Kriegsverletzungen, die neuen politischen Verhältnisse und die vagen Aussichten auf Übernahme in ein stark verkleinertes Heer ließen bei Andrian schon im November 1918 den Entschluss reifen, seinen bisherigen Beruf aufzugeben, wobei er sich „einige Tränen [...] nicht verhalten“³³ konnte. Am 31. März 1920 nahm der im Ersten Weltkrieg hochdekorierte Carl von Andrian seinen Abschied als Major. Von seinem Leben in der Zwischenkriegszeit ist nur wenig überliefert. Ab 1919 wohnte er als Gutsverwalter auf dem mit dem Geld seiner Frau erworbenen Gut Reicholz im Allgäu. Verarmt durch die im Weltkrieg gezeichneten Kriegsanleihen musste er seine zehn Kinder ernähren und war daher gezwungen, ein eher einfaches Leben zu führen. In diesen Jahren schloss er sich der sogenannten „Christengemeinschaft“ an, welche eine Verbindung von Anthroposophie und Christentum herzustellen versuchte.

Neben der Religion blieben Armee und Nation die anderen beiden Bezugspunkte seines Weltbilds. Sicher belegt ist seine Mitgliedschaft im „Stahlhelm“³⁴, dem wichtigsten und größten Wehrverband des nationalkonservativen Lagers³⁵. Trotz verschiedener Flügelkämpfe vereinte seine Mitglieder die ideologische Grundausrichtung mit Werten wie Wahrung der wilhelminischen Tradition, Revision des Versailler Vertrags, Aufbau eines autoritären Staats und auch völkisches Gedankengut – oftmals mit stark antisemitischem Einschlag. Nach allem, was man über Andrian aus der Zeit von 1918 und auch im Zweiten Weltkrieg weiß, scheint der „Stahlhelm“ *die* weltanschauliche Heimat für ihn gewesen zu sein.

Dem Nationalsozialismus stand Andrian zunächst wohl eher reserviert gegenüber. In den Akten des ehemaligen Berlin Document Center wird er nicht als Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen geführt³⁶. Mehrere kritische Anmerkungen, speziell gegenüber der Partei, lassen sich außerdem in seinen Tagebucheintragungen finden³⁷. Anders als er nach 1945 selbst glauben machen wollte, war aber die Gegnerschaft seines „Stahlhelm“ zur NSDAP³⁸ „nicht Ausdruck einer Meinungsverschiedenheit im Prinzip“³⁹. So findet man in Andrians Aufzeichnungen immer wieder Zustimmung zu Hitlers Reden⁴⁰. Diese scheint er stets sehr aufmerksam verfolgt oder gesammelt zu haben, wie seine häufigen Eintragungen hierzu – mit genauer Datumsangabe selbst Wochen später – belegen. Alles in allem

³² Vgl. hierzu S. 535–544.

³³ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 3/9, Brief Andrians an seine Frau vom 22. 1. 1918.

³⁴ Vgl. Autobiographische Zusammenfassung von 1960, in: BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 1.

³⁵ Immer noch grundlegend zum Stahlhelm Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966.

³⁶ Schriftliche Auskunft des Bundesarchivs (künftig: BA) Berlin vom 23. 7. 2001 an den Verfasser.

³⁷ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 24. 2. 1941, sowie BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6, Einträge vom 31. 5. 1943 und 24. 7. 1943.

³⁸ „Aus meiner Weltanschauung heraus und aus dem, wie ich den Nationalsozialismus beim Abwürgen des Stahlhelms, dem ich angehörte, erkannt hatte, konnte ich kein überzeugter Anhänger Hitlers sein.“ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 1.

³⁹ Berghahn, *Stahlhelm*, S. 271.

⁴⁰ So z. B. in: BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 5. 10. 1941.

blieb seine Haltung gegenüber dem Regime und der nationalsozialistischen Ideologie ambivalent und unentschieden, was sich beispielsweise in seiner Reaktion auf den Tod Reinhard Heydrichs zeigt: „Eine sehr befähigte, aber auch hemmungslose u[nd] rücksichtslose Persönlichkeit ist damit aus dem Leben geschieden. Die Nachwelt erst kann entscheiden, ob s[eine] Taten dem d[eu]tschen Volke zum Segen oder zum Schaden gewesen sind.“⁴¹

Die „Teilidentität von Erfahrung und Erinnerung“⁴² aus der Zeit des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik sowie die oft zitierte „Teilidentität der Ziele“⁴³ von Armee und Nationalsozialismus führten dazu, dass sich viele konservativ geprägte, ehemalige Weltkriegsoffiziere im Zuge der Wiederaufrüstung nach 1933 der neuen Wehrmacht zur Verfügung stellten. Auch Andrian bildete keine Ausnahme und meldete sich freiwillig. Ab dem 1. Dezember 1934 war er als Major Leiter des Wehrmeldeamts im Wehrbezirkskommando Kempten, ab Anfang 1940 als Oberstleutnant Kommandeur des Infanterie-Ersatzregiments 27 in Augsburg und im Mai 1941 Kommandeur des neu aufgestellten Infanterieregiments 747, mit dem er im Verband der 707. Infanteriedivision Anfang August 1941 in den Osten zog.

Die 707. Infanteriedivision⁴⁴ war schon allein wegen ihrer eingeschränkten Kampfkraft alles andere als eine gewöhnliche Division; vielmehr stand sie am unteren Ende der militärischen Werteskala. Aufgestellt wurde sie am 1. Mai 1941 als Division der 15. Welle⁴⁵ aus Ersatz-Bataillonen des Wehrkreises VII (München). Alle Divisionen dieser Welle wurden ausschließlich als Besatzungstruppen im Westen, in Norwegen und auf dem Balkan eingesetzt. Als einziger Verband dieser Welle kam jedoch die 707. nach Osten. Die Divisionen 15. Welle verfügten über keine schweren oder panzerbrechenden Waffen, hatten nur zwei Infanterieregimenter (bei der 707. Infanteriedivision: 727 und 747) anstatt der 1941 üblichen drei sowie lediglich eine Artillerie- Abteilung anstatt eines ganzen Regiments. Folglich war die personelle Stärke einer Division 15. Welle deutlich geringer als die einer normalen Infanteriedivision. Im Falle der 707. Infanteriedivision betrug die Verpflegungsstärke im Mai 1942 nur 4911 Mann, wobei sie damals noch keine großen Verluste durch Kampfeinwirkung hatte⁴⁶. Die 707. war also eine besonders

⁴¹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/3, Eintrag vom 5. 6. 1942.

⁴² Bernhard R. Kroener, Strukturelle Veränderungen in der militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches, in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1994, S. 267–296, hier S. 271.

⁴³ Vgl. hierzu Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 1.

⁴⁴ In manchen Dienstakten wird sie auch als 707. Sicherungsdivision bezeichnet. Vgl. daher auch BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6, Eintrag vom 6. 6. 1943.

⁴⁵ „Unter Wellen verstand man die zur gleichen Zeit und nach gleichem Gliederungs- und Ausrüstungsschema [...] aufgestellten Gruppen von Divisionen, die nach Alter und Ausbildung der Mannschaften und nach Ausrüstung in sich gleich waren [...]“. Georg Tessin, Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, 1. Band, Osnabrück 1977, S. 40. Die Zählung der Wellen war durchgehend, beginnend bei 1. Welle, welche die Divisionen bei Kriegsbeginn umfasste.

⁴⁶ Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), RH 26-707/8, Gefechts- und Verpflegungsstärken der 707. Infanteriedivision, Mai 1942. Eine durchschnittliche Infanteriedivision besaß hingegen eine Soll-Stärke von insgesamt 16860 Mann. Vgl. Alex Buchner, Das Handbuch der deutschen Infanterie 1939–1945, Friedberg/Hessen 1987, S. 9.

kleine Wehrmachtsdivision. Auffallend ist zudem der hohe Anteil von Adeligen in ihren höchsten Führungsstellungen zumindest bis Mitte 1943⁴⁷.

Das von Andrian befehligte Infanterieregiment 747 besaß im Mai 1942 eine Verpflegungsstärke von nur 2100 Mann⁴⁸. Das Durchschnittsalter der Mannschaften lag jenseits der 30⁴⁹, das der Offiziere weit über dem eines gewöhnlichen Infanterieregiments⁵⁰; überdies rekrutierte sich das Offizierskorps 1941 – mit Ausnahme Andrians – ausschließlich aus Reserveoffizieren⁵¹. Die viel beschworene „Entprofessionalisierung“ des Offizierskorps⁵² ist hier so deutlich zu erkennen wie wohl nur bei wenigen anderen Wehrmachtseinheiten. Soziologisch gesehen repräsentierten die Kader sowohl des Infanterieregiments 747 wie auch der gesamten 707. Infanteriedivision⁵³ kaum die militärische Gesellschaft des Dritten Reichs⁵⁴. Besondere Karriereambitionen innerhalb der Armee dürften nur wenige Soldaten dieser Einheit gehabt haben.

Anfang August 1941 rückte das Infanterieregiment 747 im Verband der 707. Infanteriedivision ins Feld. Über Polen kam es nach Weißrussland und blieb dort bis März 1942 zur Sicherung des Gebiets um Minsk. Zu dieser Zeit war die gesamte Division dem Wehrmachtbefehlshaber Ostland im zivil verwalteten Generalkommissariat Weißruthenien unterstellt. Im Frühjahr 1942 kam sie weiter nach „vorne“ und nahm an verschiedenen Anti-Partisanenoperationen teil, zunächst im Rückwärtigen Heeresgebiet Mitte und ab Sommer 1942 fast durchgehend beim

⁴⁷ Dazu gehörten die beiden ersten Divisionskommandeure Generalmajor von Bechtolsheim und Generalmajor Hans Freiherr von Falkenstein, die beiden Regimentskommandeure von Andrian und Oberst Max Freiherr de Lasalle von Louisenthal sowie die Ia der Division, Oberst Fritz-Weddig von der Osten und später Oberstleutnant Graf von Bullion. Soziologisch fielen aus diesem Offizierskader nur Louisenthals Vorgänger, Oberst Josef Pausinger (er war immerhin Gutsbesitzer), und der Divisionskommandeur ab Juni 1943, Generalleutnant Rudolf Busich, heraus.

⁴⁸ Diese setzte sich aus 45 Offizieren, 3 Beamten, 332 Unteroffizieren und 1720 Mannschaften zusammen. Vgl. BA-MA, 26-707/8, Gefechts- und Verpflegungsstärken der 707. Infanteriedivision, Mai 1942. Zu bedenken ist, dass das Regiment bis zu diesem Zeitpunkt mangels Frontkämpfe noch kaum Verluste hatte. Diese haben bis dahin keinesfalls 100 Mann überstiegen. Ein normales Infanterieregiment hatte eine Soll-Stärke von insgesamt 75 Offizieren, 7 Beamten, 493 Unteroffizieren und 2474 Mannschaften. Vgl. Buchner, Handbuch, S. 33.

⁴⁹ Vgl. BA-MA, RH 26-707/16-19, Verlustlisten und Verlustmeldungen der Abteilung IIa. Vgl. auch BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/3, Eintrag vom 14. 5. 1942.

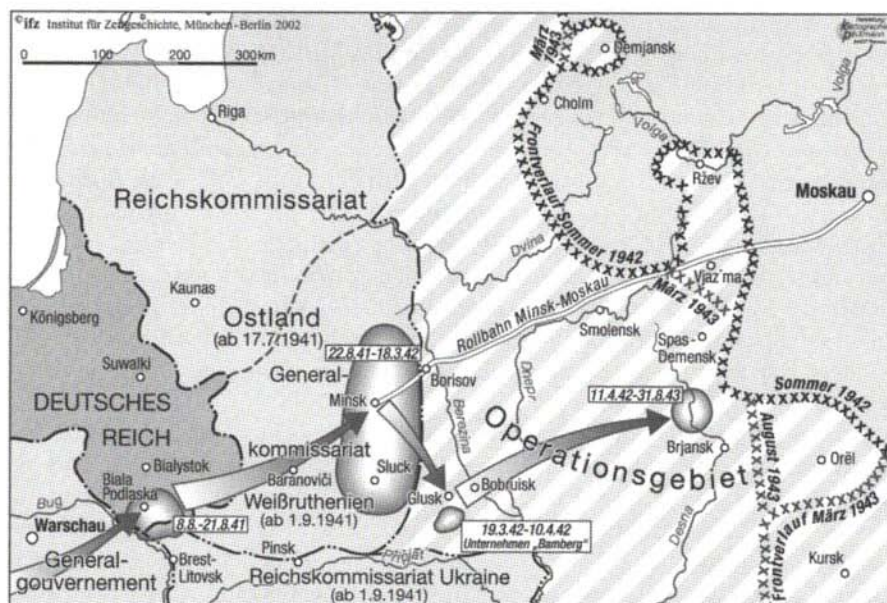
⁵⁰ Im Juni 1942 lag das Durchschnittsalter der Bataillonskommandeure des Infanterieregiments 747 bei 52 Jahren, das der Kompaniechefs bei 41,6 Jahren und das der Zugführer bei 29,3 Jahren. Das Durchschnittsalter des Offizierskorps des Infanterieregiments 727 war sogar noch ein wenig höher. Vgl. BA-MA, RH 26-707/5, Offizierstellenbesetzung der 707. Inf.-Division nach dem Stande vom 15. 6. 1942.

⁵¹ Im Juni 1942 sind noch zwei Bataillonskommandeure sowie ein Zugführer als Ergänzungsoffiziere ausgewiesen. Vgl. ebenda.

⁵² Vgl. Wolfgang Petter, Militärische Massengesellschaft und Entprofessionalisierung des Offiziers, in: Die Wehrmacht. Mythos und Realität, hrsg. v. Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 359–370.

⁵³ Insgesamt hatte die 707. Infanteriedivision Mitte 1942 gerade einmal 9 aktive Offiziere, wobei 4 von ihnen Ergänzungsoffiziere waren. Vgl. BA-MA, RH 26-707/5, Offizierstellenbesetzung der 707. Inf.-Division nach dem Stande vom 15. 6. 1942.

⁵⁴ Vgl. auch Schulte, German Army, S. 287. Interessant wäre hierbei auch die Frage nach der Parteizugehörigkeit im Offizierskorps des Infanterieregiments 747 bzw. der 707. Infanteriedivision. Leider konnte dies im Rahmen dieser Dokumentation nicht ermittelt werden. Drei Offiziere des Regiments 747 waren nach dem Stand vom Juni 1942 hauptberuflich bei der NSDAP angestellt. Vgl. BA-MA, RH 26-707/5, Offizierstellenbesetzung der 707. Inf.-Division nach dem Stande vom 15. 6. 1942.



Infanterieregiment 747 – Vormarschwege und Stationierungsorte, August 1941 bis August 1943

Kommandanten des Rückwärtigen Armeegebiets (Korück) 532 der 2. Panzerarmee in der Gegend nördlich von Brjansk. Dabei kämpfte das Infanterieregiment 747 nicht immer im Divisionsverband. So war es im Frühsommer 1942 mehrere Wochen der 339. Infanteriedivision unterstellt und blieb im Sommer 1943 zunächst im Rückwärtigen Armeegebiet, während der Rest der Division in die Abwehrkämpfe an der Front geworfen wurde. Erst nach Andrians Abgang wurde das Regiment im Herbst 1943 zu einer Fronteinheit umgebildet. Die 707. Infanteriedivision und mit ihr das Regiment 747 wurden dann im Sommer 1944 im Kessel von Bobruisk vernichtet.

Für einen befähigten und ehrgeizigen Offizier war ein Kommando in einer Besatzungsdivision sicherlich nicht erstrebenswert. Vorrangig wurden für diese Aufgaben ältere, reaktivierte Soldaten herangezogen. Als Andrian erfuhr, dass er für eine derartige Position bestimmt war, konnte er seine Enttäuschung nicht verbergen. Für ihn kam nur eine Verwendung bei einem aktiven Verband der 1. Welle in Frage⁵⁵, da er sich als hochdekorierte Frontoffizier des Ersten Weltkriegs wohl für höhere Aufgaben auserwählt hielt.

Diese Überheblichkeit zieht sich im übrigen wie ein roter Faden durch sein Tagebuch. In seiner Umgebung wurde niemand von seiner Kritik verschont. So nannte er seinen Regimentsstab einen „jammervollen Verein“⁵⁶, die Befehlsge-

⁵⁵ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 5. 5. 1941.

⁵⁶ Ebenda, Eintrag vom 6. 11. 1941, sowie Eintrag vom 17. 8. 1941: „M[ein] Stab ist aus lauter Unzu-

bung der Division beurteilte er als „manchmal schon recht mangelhaft“⁵⁷. Es kann daher kaum verwundern, dass Andrian weder bei seinen Untergebenen⁵⁸ noch bei seinen Vorgesetzten beliebt war. „Widerspruchsvoll, schwieriger Untergebener“⁵⁹, heißt es in einer Beurteilung über ihn. Im Kreise seiner Kameraden wurde er zunehmend zum Außenseiter⁶⁰. Auffallend ist auch seine unreflektierte Einschätzung seiner Mitmenschen. Von nahezu allen Personen gewann er beim ersten Treffen einen positiven Eindruck⁶¹, den er dann kurze Zeit später revidierte.

Mit seiner Kritik gegenüber seinem Umfeld mag Andrian wohl oft Recht gehabt haben, denn schließlich waren die meisten Offiziere und Mannschaften seines Regiments und selbst die des Divisionsstabs militärisch bestenfalls zweite Wahl. Am deutlichsten sichtbar wird dies beim Divisionskommandeur, dem so häufig zitierten Bechtolsheim. Nach eineinhalb Jahren Einsatz im Osten hatte dieser keine bedeutende militärische Auszeichnung erhalten, vielmehr wurde er beim ersten kurzen Fronteinsatz der Division im Februar 1943 umgehend abgelöst, da er sich laut einer Beurteilung den Anforderungen „nicht gewachsen“⁶² zeigte. Auch Andrian selbst war nicht mehr jener fähige und dienstefrige Offizier, der er im Ersten Weltkrieg noch gewesen war. Er wurde von seinen Vorgesetzten zwar noch immer als eine „tadellose alte Soldatennatur“⁶³ mit „strenger Pflichtauffassung“⁶⁴ eingestuft. Doch war er in der Zwischenkriegszeit zu lange vom Militär fern gewesen und konnte daher die Wandlungen des modernen Kriegs nicht mehr in vollem Umfang nachvollziehen oder gar in der militärischen Praxis umsetzen. Während seiner Zeit in Russland wurde Andrian als höchste Auszeichnung lediglich die Spange zum Eisernen Kreuz 1. Klasse verliehen⁶⁵. Für einen Oberst und stolzen Max-Joseph-Ordensträger war dies nur ein geringer beruflicher Erfolg. Solange Bechtolsheim Divisionskommandeur war, blieben Andrians fachliche Schwächen verborgen. Als jedoch Anfang 1943 mit Generalmajor Hans Freiherr von Falkenstein und Generalmajor Rudolf Busich kurze Zeit hintereinander zwei neue Leute die Division führten und somit „frischer Wind“ in die Einheit kam,

länglichkeiten zusammengesetzt, da hat mir das I[nfanterie] [Ersatz] R[egiment] 212, Oberst Sorg, was schönes beschert.“

⁵⁷ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 25. 3. 1942, sowie Eintrag vom 22. 3. 1942, und BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/4, Eintrag vom 24. 7. 1942.

⁵⁸ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 21. 7. 1941.

⁵⁹ BA-MA, Pers. 6/10239, Beurteilungsnotizen vom 25. 4. 1943.

⁶⁰ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/5, Eintrag vom 26. 10. 1942: „Das jüngste Gemälde von mir gefällt m[ein]en Leuten [d. h. seiner Familie] nicht so sehr, ich sähe zu einsam aus; aber das hat der Maler wohl ganz richtig empfunden, ich bin wohl ein einsamer Mensch, wenn ich nicht daheim bin.“

⁶¹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6, Eintrag vom 19. 8. 1943. Andrian wusste, dass Busich auf seine Ablösung hinarbeitete (vgl. ebenda, Einträge vom 18., 20. und 29. 6. 1943). Trotzdem war er beim ersten persönlichen Treffen von Busich in gewisser Weise angetan.

⁶² So der Zusatz des Oberbefehlshabers der 2. Panzerarmee, Generaloberst Rudolf Schmidt, bei einer Beurteilung Bechtolsheims, in: BA-MA, Pers. 6/1616. Bechtolsheim fand für den Rest des Kriegs keine Verwendung mehr. Allerdings hatte er auch mit einer Krankheit zu kämpfen, wie Andrians Eintrag vom 22. 12. 1942 belegt (BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/5).

⁶³ BA-MA, Pers. 6/10239, Zwischenbeurteilung zu Korück 532 IIa, Nr. 497/43, geh. v. 2. 9. 1943.

⁶⁴ Ebenda, Beurteilung zum 1. 4. 1943.

⁶⁵ Für die militärischen Auszeichnungen im Zweiten Weltkrieg vgl. v. a. Kurt-G. Klettmann, *Auszeichnungen des Deutschen Reiches 1936–1945. Eine Dokumentation ziviler und militärischer Verdienst- und Ehrenzeichen*, Stuttgart 81996.

wurden die Beurteilungen Andrians katastrophal, so dass man ihn im August 1943 als Kommandeur des Grenadierregiments⁶⁶ 747 ablöste.

Die Einträge in Andrians Tagebuch lassen vermuten, dass die ausschlaggebenden Gründe für seinen Leistungsabfall im Tod von zwei seiner Söhne, in der sich abzeichnenden deutschen Niederlage, in der dauernden nervlichen Belastung des Partisanenkriegs und nicht zuletzt auch in den vielen persönlichen Eindrücken dieses Kriegs zu suchen sind⁶⁷. „Verbraucht in 25 Monaten Russlandkrieg“, befand sein Divisionskommandeur Busich dann auch sehr treffend. Mit nur einem Wort kommentierte Andrian dieses Urteil: „Unerhört“⁶⁸. Er selbst hatte stets das „unerschütterte Bewusstsein, Gutes geleistet zu haben“⁶⁹.

Nach dieser persönlichen Niederlage wurde Andrian im Spätherbst 1943 für kurze Zeit zur Feldkommandantur 529 (Bordeaux) nach Frankreich kommandiert. Eine neue längerfristige Verwendung fand er ab Januar 1944 als Feldkommandant von Bjelovar in Kroatien, bevor er ab November 1944 die Stellung des Feld- und Stadtkommandant von Agram einnahm. Im Mai 1945 geriet Andrian in jugoslawische Kriegsgefangenschaft. 1949 verurteilte ihn ein jugoslawisches Gericht als Kriegsverbrecher zunächst zum Tode, dann aber nach Berufung zu 20, später zu 15 Jahren Zwangsarbeit⁷⁰. Bereits zwei Jahre später wurde er begnadigt. Andrian kam im Oktober 1951 nach Deutschland zurück und starb am 20. August 1977 im Alter von 91 Jahren in München.

3. Judenerschießungen

Lange Zeit ging man in der Forschung von einer strikten Arbeitsteilung zwischen der Wehrmacht und den berüchtigten Einsatzgruppen des SD und der Sicherheitspolizei während des „Unternehmens Barbarossa“ aus: Die Wehrmacht übernahm die rein militärischen Aufgaben, die Einsatzgruppen führten den Weltanschauungskrieg im Rücken der Front und töteten dabei bis Anfang 1942 etwa 500 000 Juden. Erst Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre erfolgte in der Forschung ein Paradigmenwechsel. Die Arbeiten von Christian Streit und Krausnick/Wilhelm legten die Übereinkunft und die Kooperation der Wehrmacht mit den Mordkommandos Himmlers in mannigfaltiger Weise offen⁷¹. Diese Zusammen-

⁶⁶ Im Oktober 1942 wurden alle Infanterieregimenter des Heeres in Grenadierregimenter umbenannt.

⁶⁷ Zu den letzten beiden Punkten vgl. die folgenden Kapitel.

⁶⁸ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6, Eintrag vom 25. 8. 1943.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Der Anlass für diesen Prozess sowie sein Ergebnis konnten nicht ermittelt werden. Wahrscheinlich handelte es sich um die Kriegsverbrecherprozesse 1949 in Vrsac (Werschetz). Diese Prozesse erreichten die internationale Öffentlichkeit relativ unerwartet, und es haftete ihnen bald das Odium der Kollektivanklage an, da insgesamt 1024 Kriegsgefangene vor Gericht standen, die während der ersten jugoslawischen Prozesse von 1946/47 völlig unbehelligt geblieben waren. Der deutschen Bundesregierung gelang es, im Rahmen der Verhandlungen eines deutsch-jugoslawischen Handelsvertrags 1949/50, alle Angeklagten der Prozesse von Vrsac bis 1953 zu repatriieren. Eine moderne deutschsprachige Darstellung zu den Prozessen in Vrsac fehlt. Vgl. daher Kurt W Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1949–1953, Band I/2, München 1964.

⁷¹ Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn 1991 (zuerst Stuttgart 1978); Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die

arbeit konnte sich beispielsweise auf Absperrkommandos der Wehrmacht bei Massenerschießungen oder auf logistische Hilfe für die Einsatzgruppen erstrecken. Weitere Verflechtungen bis hin zur direkten Beteiligung wurden in den 1990er Jahren von Walter Manoschek und Hannes Heer im Falle von Serbien und Weißrussland nachgewiesen⁷². Heer ging dabei so weit, von einem „Vernichtungsprogramm der Wehrmacht“⁷³ zu sprechen. Gerlach hat zwar diese pauschale These Heers widerlegt, doch kam auch er zu dem Schluss, dass die Wehrmacht – namentlich die 707. Infanteriedivision – während des Herbsts 1941 in Weißrussland den Tod vieler tausend Juden auf dem Land direkt zu verantworten hatte⁷⁴. Diese Division unterschied sich, so Gerlach, wenig von den Mordkommandos des SD und der Polizei.

Für diesen Völkermord in Weißrussland hatte die Wehrmacht offenbar weder eine Weisung vom Oberkommando des Heeres (OKH) noch einer anderen Dienststelle erhalten, das heißt, die Verantwortlichen vor Ort handelten auf eigene Initiative⁷⁵. Eine entscheidende Rolle fiel dabei dem Kommandanten in Weißruthenien und Kommandeur der 707. Infanteriedivision, Generalmajor Bechtolsheim, zu⁷⁶. Was seine Befehle und Anordnungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung betrifft, so waren diese innerhalb der Wehrmachtsgeneralität einzigartig in ihrer Häufigkeit und Radikalität⁷⁷. Sie hatten im Grunde alle die gleiche Botschaft: Die Juden seien die „Todfeinde“ der Deutschen und daher zu vernichten. Insgesamt dürften von Truppenteilen der 707. Infanteriedivision allein im Herbst 1941 über 10000 Juden ermordet worden sein⁷⁸. Hinzu kamen noch mehrere tausend Opfer durch Polizeieinheiten und litauische Hilfsmannschaften, welche temporär dem Stab der 707. Infanteriedivision in dessen zusätzlicher Eigenschaft als Stab des Kommandanten von Weißruthenien unterstellt waren. Seinen eigenen Einheiten überließ Bechtolsheim offenbar einen gewissen Spielraum, denn ein genauer Befehl ist nicht bekannt, wie die von ihm geforderte „restlose Ausmerzung dieses

Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1982.

⁷² Vgl. Manoschek, Serbien; Heer, Killing Fields, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg.

⁷³ Ebenda, S. 74.

⁷⁴ Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, besonders S. 609–628.

⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 620.

⁷⁶ Bereits im April 1939 wurde Bechtolsheim in einer militärischen Beurteilung eine „positive [...] Einstellung zum nationalsozialistischen Staat“ attestiert. Vor 1942 waren positive Bemerkungen in Beurteilungsschreiben sehr ungewöhnlich, was wiederum Rückschlüsse auf die Einstellung Bechtolsheims zulässt. Vgl. BA-MA, Pers. 6/1616.

⁷⁷ Drei Beispiele seien hier erwähnt. Am 10. 9. 1941 gab er an: „Die jüdische Bevölkerung ist bolschewistisch und zu jeder deutschfeindlichen Haltung fähig. Zu ihrer Behandlung bedarf es keiner Richtlinien.“ Am 16. 10. 1941 befahl er „dafür zu sorgen, daß die Juden restlos aus den Dörfern entfernt werden. Es bestätigt sich immer wieder, daß sie die einzigen Stützen sind, die die Partisanen finden. Ihre Vernichtung ist daher rücksichtslos durchzuführen.“ Schließlich am 19. 10. 1941 wohl die radikalste Anweisung: „Die Juden sind unsere Todfeinde. Sie sind aber keine Menschen mehr im europäischen Kultursinn, sondern von Jugend auf zu Verbrechern erzogene und von Jugend auf geschulte Bestien. Bestien aber müssen vernichtet werden.“ Zit. nach Heer, Nicht Planer, in: Förster/Hirschfeld (Hrsg.), Genozid, S. 82.

⁷⁸ Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 619, der Bezug auf den undatierten sogenannten „Burkhardt-Bericht“ (Bericht des KdS [Kommandeurs der Sicherheitspolizei]-Minsk) nimmt. Vgl. auch Archiv des Instituts für Zeitgeschichte/München (künftig: IfZ-Archiv), Fb 104/2.

volksfremden Elements“⁷⁹ zu geschehen habe. Gerlach weist in diesem Zusammenhang auf die „mit großer Befehlsgewalt ausgestatteten Ortskommandanturen“⁸⁰ hin, die sich entweder entschieden, die Juden zu erschießen oder in Ghettos zu überführen. Zu bedenken ist jedoch, dass zwischen den Befehlen Bechtolsheims und den Ortskommandanturen noch zwei weitere Hierarchieebenen mit Einfluss auf die Entscheidungen lagen: Die Regimenter und die Bataillone. Am Beispiel Andrians lässt sich die Größe dieses Spielraums ermessen.

Als Andrian im August 1941 in den Osten kam, waren seine ersten Beschreibungen der dortigen „schmutzigen“ Städte unterlegt von einem unterschwelligen Argwohn gegenüber den dort lebenden Juden⁸¹. Bei seiner ersten Diensteinweisung in Minsk erklärte ihm der dortige Feldkommandant, Generalmajor Wilhelm Stubenrauch, die Stellung der Juden in Weißrussland. Sie hätten durch Denunziationen „ihre Gegner u[nd] fast die ganze Intelligenz“ beseitigt und „die übrige Bevölkerung in Angst“ gehalten. Die Weißrussen hätten „heute [...] noch Angst vor den Juden“⁸². Für Andrian müssen sich damit seine bisherigen Vorstellungen wie auch die der offiziellen NS-Propaganda bestätigt haben. Daher gab es für ihn keinen Zweifel: Der Widerstand gegen die Deutschen wurde hauptsächlich von „den“ Juden getragen⁸³. Vom damals stereotypen Feindbild Jude gleich Partisan bzw. Partisanenhelfer war er völlig überzeugt⁸⁴. So fehlt in seinen Tagebuchaufzeichnungen auch jegliche Kritik an den radikalen antisemitischen Befehlen Bechtolsheims. Schließlich hatte jener auch empfohlen, bei Sabotageakten in Dörfern sofort die dortigen Juden zu „vernichten“, da man anschließend ein „freies Aufatmen“ der Bevölkerung verspüren würde⁸⁵.

Bei den „Befriedungsmaßnahmen“ kamen daher bei Andrian keinerlei ethi-

⁷⁹ BA-MA, RH 26-707/2, Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt. Ia. Minsk, den 10. 11. 41, Monatsbericht vom 11. 10.–10. 11. 1941.

⁸⁰ Vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 615. Es ist allerdings nicht richtig, dass die Ortskommandanturen ausschließlich von Truppenteilen der 707. Infanteriedivision gestellt wurden. Einige Ortskommandanturen wurden von Offizieren der 707. Infanteriedivision geleitet, andere jedoch von bodenständigen Behörden, die zwar dem Divisionsstab unterstellt waren, allerdings in dessen Eigenschaft als Kommandant in Weißruthenien. Die abgedruckte Befehlsstruktur in: *Verbrechen der Wehrmacht, Ausstellungskatalog 2002*, S. 137, ist somit nicht die Befehlsstruktur der 707. Infanteriedivision, sondern die des Kommandanten in Weißruthenien. Dies geht klar aus den Namensnennungen in Andrians Tagebuch hervor, wo er sich außerdem einmal beschwerte, dass der Ortskommandant von Sluzk „seine Befugnisse auf Truppeneinheiten auszudehnen“ versuche (BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 20. 11. 1941). Vgl. außerdem BA-MA, RH 26-707/5, Offizierstellenbesetzung der 707. Inf.-Division nach dem Stande vom 15. 6. 1942.

⁸¹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Einträge vom 8. und 9. 8. 1941 sowie Eintrag vom 2. 10. 1941.

⁸² Ebenda, Eintrag vom 23. 8. 1941.

⁸³ Vgl. auch allgemein Jürgen Förster, *Das Unternehmen „Barbarossa“ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* (künftig: DRZW), Band 4, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1983, S. 413–447, hier S. 427 f., sowie Heer, *Killing Fields*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 68 f. Heer behauptet, dass die deutschen Offiziere sich im Osten an das Trauma von 1918/19 erinnert fühlten und überall das „Gift der jüdischen Zersetzung“ witterten. Diese These findet sich zwischen den Zeilen im Tagebuch Andrians bestätigt.

⁸⁴ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Einträge vom 10. und 12. 10. 1941.

⁸⁵ Vgl. Lagebericht des Kommandanten in Weißruthenien vom 19. 10. 1941, auszugsweise abgedruckt in: *Verbrechen der Wehrmacht, Ausstellungskatalog 2002*, S. 138.

schmoralische Bedenken gegen die Morde auf⁸⁶. Voller Verachtung schrieb er über eine Ortsdurchsuchung durch Männer des Reichsarbeitsdiensts (RAD) und der Luftwaffe: „2 Juden [und] 3 Jüdinnen waren auch gefunden worden, machten einen kläglichen Eindruck. Kein Wunder, wenn einem der Tod bevorsteht.“⁸⁷ Untergebene mit antisemitischen Einstellungen unterstützte er. So war er voll des Lobes für den Chef seiner 2. Kompanie und vergaß dabei nicht, dessen antijüdische Maßnahmen herauszustreichen: „O[ber]l[eutnant] Müller [...] regiert tüchtig, hat ein Ghetto errichtet, bäckt sehr gutes Brot u[nd] hat regen Streifendienst.“⁸⁸ Wenn Andrians Regiment Juden ermordete, so waren dies fast ausschließlich „Repressalmaßnahmen“. Dazu zählen auch die Judenerschießungen in der kleinen Gemeinde Cieplen vom 5. Dezember 1941, übrigens das einzige bisher von der Forschung konkret nachgewiesene Massaker des Regiments⁸⁹. Anlass für das Blutbad waren Überfälle auf zwei Streifen des Regiments, bei dem drei Tote und drei Verwundete zu beklagen waren⁹⁰. Andrian vermutete deswegen: „Ob Kunde im Spiele ist, dass die Streife der 11. K[om]p[anie] zum 2ten Mal so überraschend angeschossen wurde?“⁹¹ Die „Schuldigen“ waren mit den Juden in Cieplen schnell gefunden. Wie viele Juden insgesamt im Rahmen solcher Repressalmaßnahmen durch Soldaten des Infanterieregiments 747 erschossen wurden, lässt sich nicht mehr genau rekonstruieren, denkbar sind einige hundert Opfer.

Bemerkenswert ist freilich, dass Andrian Judenerschießungen als Geisel- und Repressalmaßnahmen akzeptierte, während er bei den systematischen Massenerschießungen des SS- und Polizeiapparats eine völlig andere Haltung einnahm⁹². Die Forschung konstatierte zu Recht den fließenden Übergang von Repressal- und Geißelerschießungen zu systematischen Erschießungen der Juden, doch für Andrian bestand genau an diesem Punkt eine Grenze. Für ihn war es ein großer Unterschied, ob die Juden als „Feinde“ der Deutschen erschossen wurden oder „einfach auf der Straße aufgegriffen u[nd] ohne ersichtlichen Grund beseitigt“⁹³ wurden. In diesem Falle war für ihn der Mord nicht zu rechtfertigen, da er in keinem ursächlichen Zusammenhang mit „deutschfeindlichen“ Handlungen stand. Die Juden waren für den Antisemiten Andrian also eine Bevölkerungsgruppe, die zwar als bevorzugte Opfer zu Geisel- und Repressalerschießungen herangezogen werden sollte, doch musste man sie nicht per se ermorden. Wahrscheinlich ist diese Einstellung Andrians eher typisch für das Verhalten des Offizierskorps der

⁸⁶ Vgl. vor allem die betreffenden Einträge im Oktober 1941 in BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1.

⁸⁷ Ebenda, Eintrag vom 24. 10. 1941.

⁸⁸ Ebenda, Eintrag vom 1. 9. 1941. Vgl. auch ebenda, Einträge vom 26. 8. und 24. 9. 1941.

⁸⁹ Vgl. Martin Dean, Jewish property seized in the occupied Soviet Union in 1941 and 1942: The records of the Reichshauptkasse Beutestelle, in: *Holocaust and Genocide Studies* 14 (2000), S. 83–101, hier S. 88. Mit Hilfe der von Dean angegebenen Dokumente, den Einzahlungen des Regiments an die Reichshauptkasse, lassen sich aber keine genauen Opferzahlen bestimmen.

⁹⁰ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Einträge vom 28., 29. und 30. 11. sowie vom 1. und 10. 12. 1941.

⁹¹ Ebenda, Eintrag vom 30. 11. 1941.

⁹² Zu dieser Unterscheidung vgl. auch Jürgen Förster, Die Sicherung des „Lebensraumes“, in: *DRZW*, Band 4, S. 1030–1078, hier S. 1044.

⁹³ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 3. 9. 1941.

Wehrmacht und der Grund für dessen partielle Einbindung, Unterstützung oder gar Beteiligung am Holocaust.

Vom Mordauftrag der Einsatzgruppen war Andrian als zweithöchster Offizier des Heeres im Generalkommissariat Weißruthenien vorher nicht offiziell unterrichtet worden⁹⁴. Wenn er von den systematischen Judenerschießungen erfuhr, dann entweder durch die Meldungen seiner Einheiten⁹⁵ oder persönlich als Augenzeuge in Minsk⁹⁶. Diese Massenmorde lehnte er sowohl aus moralischen als auch aus pragmatischen Gründen ab, da den Deutschen sonst die wichtigsten Arbeitskräfte verloren gehen würden⁹⁷. „Ich kann solchen Dingen nicht zustimmen“⁹⁸, schrieb er kurz, aber bestimmt in sein Tagebuch.

In der Zeit von Mitte September bis Anfang November 1941 schob er allerdings seine Bedenken offenbar beiseite, zumindest schienen ihn die blutigen Vorgänge nicht weiter interessiert zu haben. In diese Zeit fielen auch die Massaker des Reserve-Polizei-Bataillons 11 und seiner litauischen Hilfsmannschaften im Raum Sluck, also genau im Sicherungsbereich von Andrians Regiment. Das Polizeibataillon war zu diesem Zeitpunkt aller Wahrscheinlichkeit nach der 707. Infanteriedivision unterstellt. Doch weder in Andrians Tagebuch, noch im Gerichtsprozess nach 1945 gegen den Kommandeur des Polizeibataillons⁹⁹, noch in allen dazu erhaltenen Akten¹⁰⁰ findet sich ein Hinweis, dass Andrian vor dem Mordauftrag dieser Polizeieinheit instruiert worden oder gar irgendwie daran beteiligt gewesen wäre. Lediglich die Zahl von 5900 erschossenen Juden taucht in seinen Aufzeichnungen auf. Offenbar hatte er diese nur nachträglich aufgrund eines schriftlichen Lageberichts erfahren¹⁰¹.

Als verantwortungsbewusster Kommandeur hätte er sich freilich genauer über Massenverbrechen in seinem Sicherungsbereich informieren müssen. Doch er verschloss lieber die Augen davor und wollte offensichtlich mit solchen unangenehmen Dingen nicht belastet werden. Letztlich war er wohl froh, wenn die Wehrmacht aus diesen Erschießungen herausgehalten wurde. So notierte er über ein Massaker in Szak Anfang Oktober 1941 augenscheinlich beruhigt: „Die Wehrmacht hat nicht geschossen.“¹⁰² Auch „Absperrdiensten“ versuchte er aus dem Weg zu gehen und schrieb erleichtert über die Anfrage einer Polizeieinheit: „Gott

⁹⁴ Ebenda. Heer behauptet, „daß die Juden ausgerottet würden, wusste und billigte die Wehrmacht vom ersten Tag an“. Vgl. Hannes Heer, *Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 104–138, hier S. 115. Heer bezieht sich in dieser Aussage explizit auf die Truppe vor Ort, ohne einen stichhaltigen Beweis dafür anzugeben. Diese These ist aber, zumindest für Weißruthenien, nicht haltbar.

⁹⁵ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 14. 9. 1941.

⁹⁶ Ebenda, Eintrag vom 3. 9. 1941.

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ Ebenda, Eintrag vom 14. 9. 1941.

⁹⁹ Hessisches Staatsarchiv Marburg, 274 Kassel Acc. 1996/57, Nr. 65.

¹⁰⁰ Zu den Morden des Reserve-Polizei-Bataillons 11 mit den Unterstellungsverhältnissen vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 611–614; Knut Stang, *Hilfspolizisten und Soldaten: Das 2./12 litauische Schutzmannschaftsbataillon in Kaunas und Weißrussland*, in: Müller/Volkman (Hrsg.), *Wehrmacht*, S. 858–878.

¹⁰¹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 6. 11. 1941. Die Zahl ist mit der von der Division im Monatsbericht angegebenen identisch. Vgl. BA-MA, RH 26-707/2, Kommandant in Weißruthenien/Abt. Ic, Anlage 4 zum Monatsbericht vom 11. 10.–10. 11. 1941, Minsk 10. 11. 1941.

¹⁰² BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 5. 10. 1941.

sei Dank, Div[ision] lehnt Beihilfe = Absperrung der 9. K[om]p[anie] bei Juden Umlegung ab.“¹⁰³ Wenn er jedoch von oben den Befehl dazu erhielt, kam er ihm nach¹⁰⁴. Beihilfe zum Mord konnte er offenbar eher mit seinem Gewissen vereinbaren als Befehlsverweigerung¹⁰⁵.

Erst als Anfang November die ersten Deportationen von Juden aus Deutschland in Weißrussland eintrafen und Ende November bei der „Räumung“ des Minsker Ghettos 12 000 weißrussische Juden ermordet wurden, begann sich Andrians Unbehagen wieder zu rühren. Der Völkermord hatte nun eine neue Stufe erreicht, da es nun auch die Juden aus seiner Heimat traf¹⁰⁶. Spätestens jetzt wollte Andrian das nicht mehr ignorieren, er lehnte nun alle Erschießungen kategorisch ab und nannte sie „eine schreckliche Sache“¹⁰⁷. Mit dieser Meinung blieb er nicht allein. „Alle, die wir darüber uns unterhielten, waren der gleichen Meinung: Wir verurteilen diese Erschießungen, sie sind eines Kulturvolkes, wie wir es doch sein wollen, unwürdig“¹⁰⁸, beschrieb Andrian ein Gespräch im Kreise seiner Offizierskameraden während einer Feier. Dem SS- und Polizeiführer in Weißruthenien, SS-Brigadeführer Carl Zenner, trug er seine Bedenken in dieser Sache vor, ohne dass er damit viel erreichen konnte¹⁰⁹. Mit solchen vorsichtigen Einwänden hatte jedoch seine Opposition ein Ende. Letztlich waren Andrians Skrupel nie so groß, dass er das Schicksal der Juden über das seiner eigenen Person gestellt hätte.

Welche Folgen aber ergaben sich aus Andrians vorsichtiger Distanziertheit gegenüber den Massakern für die ihm unterstellte Einheit? Wie weit führte auch sein Regiment Massenerschießungen durch, stellte also nicht „nur“ Absperrpersonal oder nahm Juden „lediglich“ als bevorzugte Repressalopfer? In Andrians Tagebuch lässt sich explizit nur ein Eintrag finden, der eine direkte Beteiligung seines Regiments belegt. Dieser betraf den bereits erwähnten Oberleutnant Müller der 2. Kompanie, der in seinem antisemitischen Übereifer sogar einen Regimentsbefehl übergang und seine Soldaten an den Aktionen der Sicherheitspolizei teilnehmen ließ¹¹⁰. Bezeichnenderweise wurde Müller wegen dieses wiederholten Vergehens von Andrian nur ermahnt.

Neben der 2. Kompanie des Infanterieregiments 747 liegen auch Verdachtsmomente gegen die 7. Kompanie vor – übrigens die einzige Einheit des Regiments, gegen die nach 1945 ein Ermittlungsverfahren wegen der Teilnahme an Judenmassakern lief¹¹¹. Dieses Verfahren wurde Ende 1968 von der Staatsanwaltschaft

¹⁰³ Ebenda, Eintrag vom 7. 11. 1941.

¹⁰⁴ Ebenda, Eintrag vom 4. 10. 1941, sowie BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 4. 2. 1942.

¹⁰⁵ Aufschlussreich ist hierfür Andrians Eintrag vom 9. 6. 1943 (BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6). Er forderte von einem Richter, dem Gesetz genüge zu leisten, auch wenn durch Gesetzesbruch menschliches Leben gerettet werden könnte. Es ist daher undenkbar, dass er für sich als Offizier eine andere Meinung in Bezug auf Befehl und Gehorsam vertrat.

¹⁰⁶ Die deutschen Juden in Minsk wurden zumeist erst im Frühjahr 1942 ermordet. Vgl. allgemein dazu Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 747–761. Andrian berichtet aber schon am 6. 11. 1941 von einer geplanten Erschießung von 18 000 deutschen Juden in Kojdanow durch litauische Hilfsmannschaften. Vgl. BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 6. 11. 1941.

¹⁰⁷ Ebenda, Eintrag vom 28. 11. 1941.

¹⁰⁸ Ebenda, Eintrag vom 29. 11. 1941.

¹⁰⁹ Dies ergibt sich aus dem Eintrag vom 21. 2. 1942 (BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2).

¹¹⁰ Ebenda, Eintrag vom 3. 2. 1942.

¹¹¹ BA-Außenstelle Ludwigsburg, 202 AR 1407/68.

Straubing eingeleitet, weil ein Sanitäter dieser Kompanie gegen seine ehemaligen Kameraden ausgesagt hatte. Seine Angaben waren allerdings sehr vage und ungenau. Von den insgesamt zehn vernommenen Zeugen bestätigten alle in unterschiedlichem Maße die Beteiligung dieser Kompanie an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einige auch die Kommandierung zu Absperrdiensten bei Judenerschießungen. Die direkte Beteiligung an Massakern gab aber nur noch ein weiterer zu. Soweit es ihm „noch leise in Erinnerung“ war, war dies der 3. Zug der Kompanie¹¹². Möglicherweise handelte es sich hierbei um die Judenerschießung in Hresk. In Andrians Tagebuch ist dieses Massaker belegt, über die Täter schweigt er sich aber aus¹¹³. Das Verfahren der Staatsanwaltschaft Straubing wurde nach wenigen Monaten eingestellt, da alle in Frage kommenden Personen im Krieg gefallen waren.

Wie sich zusammenfassend feststellen lässt, fehlt ein Beweis für eine Beteiligung des Infanterieregiments 747 als gesamter Einheit an der systematischen „Säuberung des flachen Landes“ von Juden¹¹⁴. Fast alle Judenmorde dieser Einheit erfolgten wohl im Rahmen von „Befriedungsaktionen“, das heißt, es waren keine systematischen Massaker wie bei den Einsatzgruppen mit dem Ziel der Erschießung der gesamten jüdischen Bevölkerung. Andrian dagegen verbot seinem Regiment dezidiert die Beteiligung an „Judenaktionen“¹¹⁵. Wann er diesen Befehl erließ, lässt sich nicht mehr genau rekonstruieren, vermutlich war es im November 1941, also in jener Zeit, als Andrian erstmals mit der Tötung reichsdeutscher Juden konfrontiert wurde¹¹⁶.

Der Anteil des Infanterieregiments 747 an der Ermordung von über 10000 Juden, welche der 707. Infanteriedivision zu Last gelegt wird, ist somit relativ gering; der Großteil der Opfer geht eindeutig auf das Konto des Infanterieregiments 727, des anderen Regiments der Division¹¹⁷. Eigentlich sollten in dessen Sicherungsabschnitt „in erster Linie die Litauischen Komp[anien]“ eingesetzt werden,

¹¹² Ebenda, Bl. 59.

¹¹³ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 16. 10. 1941.

¹¹⁴ Die Behauptung, dass „bei den Aktionen auf dem Land offenbar das 747. Infanterieregiment [...] beteiligt“ (Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 616) war, findet hiermit zwar eine Bestätigung. Allerdings mordete das Infanterieregiment 747 in weit geringerem Maße als offenbar angenommen. Zu Gerlachs Quellenangaben (vgl. ebenda, Anm. 645) ist folgendes zu sagen: 1. Der Lagebericht vom 16. 10. 1941 ist nur sehr allgemein gehalten. 2. Der Brief des Soldaten Xaver M. vom Infanterieregiment 747 sagt über die Täter der Morde nichts aus. 3. Die Überweisungen des Regiments an die Reichshauptkasse vom 20. 11. 1942 sind als Beweis völlig wertlos. Wie Gerlach selbst wenige Seiten zuvor schreibt, lassen sich „genaue Bezüge zu einzelnen Judenvernichtungsaktionen [...] jedoch wegen der großen zeitlichen Verzögerung der Einzahlungen nicht herstellen“ (vgl. ebenda, S. 604, Anm. 592). Das schließt aber nicht aus, dass das eingezahlte Geld ehemaliges Vermögen von Juden gewesen sein könnte, da Soldaten die Habe der Erschossenen bisweilen einfach raubten (BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 29. 10. 1941).

¹¹⁵ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 4. 2. 1942.

¹¹⁶ Sein Tagebuch gibt kein genaues Datum an. In einer Vernehmung während des Prozesses gegen ehemalige Angehörige des Reserve-Polizei-Bataillons 11 gab er an, diesen Befehl im Dezember 1941 erlassen zu haben, als eine Polizeieinheit an sein III. Bataillon mit der Bitte herantrat, Absperrpersonal zu stellen. Die entsprechenden Einträge in seinem Tagebuch lassen sich allerdings schon am 6. und 7. 11. 1941 finden.

¹¹⁷ Für die Morde des Infanterieregiments 727 vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 617f.; Heer, *Nicht Planer*, in: Förster/Hirschfeld (Hrsg.), *Genozid*, S. 90. Dieser Unterschied innerhalb der Division wurde bereits vorsichtig angedeutet. Vgl. ebenda sowie Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 615f. Allerdings versuchte keiner der beiden, diesen Unterschied aufzuklären.

um „die Juden restlos aus den Dörfern [zu] entfernen“¹¹⁸. Doch offenkundig wollte das Regiment diesem Auftrag durch eigene Initiative zuvorkommen¹¹⁹.

Es ist bemerkenswert, wie ungleich diese beiden Regimenter agierten. Erklären lässt sich dieser Unterschied auch mit der Person ihrer Kommandeure. Gerlach deutet bereits vorsichtig an, dass der Kommandeur des Infanterieregiments 727, Oberstleutnant d.R. Josef Pausinger, „eine besondere Rolle“ bei der Ermordung der Juden spielte¹²⁰. Außer den Karrieredaten weiß man aber über diesen Offizier wenig¹²¹, immerhin ließ sich ermitteln, dass Pausinger ab dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP war¹²². Das allein erklärt noch nicht sein Verhalten in Weißrussland. Doch fällt auf, dass die Erschießungen von Juden durch das Infanterieregiment 727 um den Jahreswechsel 1941/42 aufhörten¹²³. Sicherlich liegt ein Grund darin, dass Bechtolsheim Ende November befohlen hatte, dass die „Durchführung größerer“¹²⁴ Judenaktionen [...] nicht Aufgabe der Einheiten der Division“ sei, wobei er aber gleichzeitig keine prinzipiellen Bedenken gegen die Morde aufgenommen ließ¹²⁵. Doch wichtiger für das Ende der Judenmorde großen Stils seitens der 707. Infanteriedivision war wohl der Kommandeurswechsel beim Infanterieregiment 727¹²⁶. Ab Januar 1942 führte Oberst Maximilian Lasalle von Louisen-

¹¹⁸ US Holocaust Memorial Museum (künftig: USHMM), RG-53002 M, reel 1 (Original: Staatsarchiv Belarus Minsk [künftig: GARB], 378-1-698), Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt. Ia., Minsk, den 16. 10. 1941.

¹¹⁹ Den Unterschied zwischen den beiden Regimentern zeigen auch die Ermittlungen der ehemaligen Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg. Für das Regiment 747 liegt nur der einzige im Text genannte Fall vor, für das Regiment 727 sind es derer acht. Vgl. BA-Außenstelle Ludwigsburg, 202 AR 2134/66, 202 AR-Z 67/60, 202 AR-Z 60/60, 202 AR-Z 94e/59, 202 AR 116/57, 202 AR 2403/65, 202 AR 1837/69, 202 AR-Z 337/67.

¹²⁰ Diese Feststellung findet sich versteckt in einer Fußnote. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 616, Anm. 647.

¹²¹ Josef Pausinger, geb. am 5. 12. 1890 in Landshut, 1912 bayerischer Leutnant, 1914/18 Weltkriegsteilnahme, 1920 als Hauptmann aus der Armee ausgeschieden, Landwirt, als Major d.R. und Bataillonskommandeur Teilnahme am Westfeldzug, November 1940 Oberstleutnant d.R., Mai 1941 Kommandeur des Infanterieregiments 727, Januar 1942 Kommandeur des Infanterieregiments 339, Juni 1942 Oberst d.R., Februar 1944 im Bereich des Generals z.b.V. IV beim OKH/AHA [Allgemeines Heeresamt], Mai 1944 Kommandeur in der Gruppe Wehrmachtstreifendienst beim Wehrmachtbefehlshaber Niederlande, Ritterkreuzträger.

¹²² BA-Außenstelle Zehlendorf, Personalakte Josef Pausinger. Auch wenn er weder ein Nationalsozialist der ersten Stunde noch ein exponiertes und besonders aktives Mitglied war, so ist doch anzunehmen, dass sein Eintritt aus politischer Überzeugung erfolgte. Denn als Gutsbesitzer erwuchs ihm durch eine Parteimitgliedschaft kaum ein beruflicher Vorteil. Pausinger war außerdem Hauptsturmführer der SA.

¹²³ Der Gebietskommissar von Slonim, Gerhard Erren, merkte in seinem Lagebericht vom 25. 1. 1942 an, dass die „Wehrmacht nicht mehr bereit ist, Aktionen auf dem flachen Lande [gegen Juden] durchzuführen“. Slonim lag im Sicherungsbereich des Infanterieregiments 727. Der Bericht ist abgedr. in: Ernst Klee/Willi Dreyßen/Volker Rieß (Hrsg.), *„Schöne Zeiten“*. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt 1988, S. 168.

¹²⁴ Hervorhebung durch den Verfasser.

¹²⁵ Zit. nach Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 618. Bechtolsheim gab in dem gleichen Befehl bekannt, dass derartige Aktionen von ihm selbst befohlen werden würden, falls besondere Einheiten zur Verfügung stünden. Außerdem sprach Bechtolsheim nur von „größeren“ Judenaktionen.

¹²⁶ Heer spricht vom Abbruch des Tötungsprogramms der Wehrmacht Ende November 1941, da die Wehrmacht wegen der sowjetischen Winteroffensive jeden Mann benötigte und man sich somit auf die rein militärischen Aufgaben beschränken musste. Vgl. Heer, *Killing Fields*, in: Heer/Naumann (Hrsg.) *Vernichtungskrieg*, S. 71 f. Gegen diese These spricht aber schon allein, dass die 707. Infanteriedivision während des Winters 1941/42 in ihren Quartieren blieb und ihr Sicherungsraum nur unwesentlich größer wurde. Die Folgen der sowjetischen Winteroffensive werden in Andrians

thal dieses Regiment. Er hatte moralische Bedenken, „insbesondere auf Frauen u[nd] Kinder zu schießen“¹²⁷, und verbot, wie Andrian auch, seinem Regiment die Teilnahme an den Massakern¹²⁸.

Daraus lässt sich nur ein Schluss ziehen: Jeder Kommandeur hatte beträchtliche Einflussmöglichkeiten darauf, ob und wie weit „seine“ Soldaten sich an den Massenmorden beteiligten oder nicht. Dieser Handlungsspielraum wurde selbst in einer Division wie der 707. unterschiedlich genutzt. Andrian war in diesem Punkt ein eher mäßigendes Element und versuchte, so weit es ihm möglich schien, seine Einheit aus den Massakern herauszuhalten. Beim Kommandeur des Regiments 727, Oberstleutnant Pausinger, bestanden offenbar keinerlei moralische Bedenken¹²⁹. Die einfachen Soldaten mussten für die Morde oftmals nicht einmal speziell motiviert werden: „Die Judenhetze bei uns hat ihre Früchte gezeitigt, keiner hat das Gefühl, daß der Jud[e] auch ein Mensch“¹³⁰ ist. So beschrieb Andrian die Mentalität dieser Truppe.

Vielleicht kann man Andrian am besten als „Grauzonentäter“¹³¹ bezeichnen. Den Charakter eines eiskalten Massenmörders hatte er jedenfalls nicht. Vor den Reichs- und Gauleitern sagte Heinrich Himmler 1943: „Der Satz ‚Die Juden müssen ausgerottet werden‘ mit seinen wenigen Worten [...] ist leicht ausgesprochen. Für den, der durchführen muss, was er fordert, ist es das Allerhärteste und Schwerste, was es gibt.“¹³² Andrian hatte 1918 genau diesen Satz „leicht ausgesprochen“. In Weißrussland hätte sich ihm im Herbst 1941 die „Chance“ eröffnet, die „Ausmerzungen des Judentums“ persönlich voranzutreiben. Doch als es soweit war, befahlen ihn moralische Bedenken, und er lehnte zumindest den systematischen Völkermord ab¹³³. „Die Toten sind ein bißchen viel, ich bin nicht mehr so widerstandsfähig gegen diese Eindrücke wie früher“¹³⁴, umriss er seinen seelischen Zustand. Im Grunde war er einer jener Menschen, die Himmler so sehr ver-

Tagebuch erst Mitte Januar 1942 ein Thema. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 615, meint hingegen, dass die Tötungen im Dezember 1941 nicht aufhörten.

¹²⁷ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 4. 2. 1942.

¹²⁸ BA-Außenstelle Ludwigsburg, 202 AR 2134/66, Bl. 34/35. Zeugenvernehmung Kurt K. vom 4. 4. 1967. Hilbergs Aussage ist falsch, dass Louisenthal als Kommandeur des Infanterieregiments 727 (von Hilberg überdies fälschlich als 724. Infanterieregiment bezeichnet) die Massenerschießungen mitzuverantworten hatte, da im Zeitraum der Judenmorde, wie oben gesehen, Pausinger dieses Regiment führte. Vgl. Raul Hilberg, Wehrmacht und Judenvernichtung, in: Walter Manoschek (Hrsg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996, S. 23–38, hier S. 28.

¹²⁹ Pausinger wollte vom Reserveoffizierskorps in das aktive Offizierskorps übernommen werden und vermutlich durch eine harte Haltung in der Judenfrage „seine Karrierechancen verbessern. BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 10. 8. 1941.

¹³⁰ Ebenda, Eintrag vom 24. 10. 1941.

¹³¹ Vgl. in diesem Zusammenhang auch Browning, Männer, S. 243 ff., der sich bei dem Ausdruck „Grauzone“ auf Primo Levi bezieht.

¹³² Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, hrsg. v. Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson, Berlin 1974, S. 169, Rede vor den Reichs- und Gauleitern in Posen am 6. 10. 1943.

¹³³ Vgl. dagegen die Thesen von Heer, dass die Wehrmacht beim Mord an den Juden keinerlei moralische Bedenken gehabt hätte. Vgl. Heer, Logik, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 115, und vor allem Vernichtungskrieg, Ausstellungskatalog 1996, S. 114.

¹³⁴ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 19. 2. 1942. Andrian dürfte diese Aussage sowohl auf die Toten seiner eigenen Einheit bezogen haben sowie auf das Morden generell in seinem Umfeld.

achtete, da sie nicht das nötige „Format“ mitbrachten, um diese „Aufgabe“ zu lösen. Die Mordeliten des Dritten Reichs wussten, dass sie für den Holocaust überzeugte Täter an den Schaltstellen vor Ort brauchten. Antisemitische Offiziere wie Andrian hatten wenig Bedenken, Juden als „Repressalie“ zu erschießen, auch mochten sie widerwillig Absperpersonal für die Massaker stellen. Doch vor einem – in ihren Augen – nackten Mord schreckten sie zurück. Hier lag ein entscheidender mentaler Unterschied zwischen dem Wehrmachtsoffizier Andrian und den Führern der Einsatzgruppen. Die Opferzahlen selbst können wohl am besten beschreiben, wie die Relationen bei diesem Verbrechen ausfielen: Bis Ende 1941 dürften in Weißrussland 190 000 Juden ermordet worden sein¹³⁵, über 10 000 von der 707. Infanteriedivision. Andrians Regiment war vermutlich für die Ermordung von einigen hundert Menschen verantwortlich. Mit einer solchen Berechnung soll nichts entschuldigt oder relativiert werden. Sie zeigt aber, wie Andrians Position im Vernichtungskrieg einzuschätzen ist.

4. Besatzungspolitik im Zeichen des deutschen „Blitzfeldzugs“ 1941

Die Judenmorde waren ein besonderes Merkmal der 707. Infanteriedivision. Die Hauptaufgabe dieser Einheit während ihrer Zeit in Russland war aber eigentlich die Partisanenbekämpfung. Als im Sommer 1941 die Wehrmacht rasch ins Landesinnere der Sowjetunion vorstieß, hinterließ sie riesige unbesetzte Räume im Hinterland, über die man sich in Erwartung eines schnellen Sieges vor Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ von militärischer Seite wenig Gedanken gemacht hatte. Der Wehrmacht gelang es bei ihrem schnellen Vorstoß nicht, in den großen Kesselschlachten alle Soldaten der Roten Armee gefangen zu nehmen. Diese Resteinheiten, die mitunter Bataillonsstärke erreichen konnten, waren der Kern der sowjetischen Partisanen, die zwar im Sommer und im Herbst 1941 noch keinen Volkskrieg führen konnten¹³⁶, jedoch eine beträchtliche Gefahr für die schwache deutsche Besatzung sowie für die Kommunikations- und Nachschublinien zur Front bildeten¹³⁷. Wie Gerlach zu Recht konstatiert, kann „von einem ‚Partisanenkampf ohne Partisanen‘ [...] zu keiner Zeit die Rede sein“¹³⁸.

¹³⁵ Vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 628.

¹³⁶ Zum deutschen Partisanenkrieg in der Sowjetunion vgl. Timm C. Richter, „Herrenmensch“ und „Bandit“. Deutsche Kriegsführung und Besatzungspolitik als Kontext des sowjetischen Partisanenkrieges (1941–44), Münster 1998; Ders., *Die Wehrmacht und der Partisanenkrieg in den besetzten Gebieten der Sowjetunion*, in: Müller/Volkman (Hrsg.), *Wehrmacht*, S. 837–857; Matthew Cooper, *The Phantom War. The German Struggle against Soviet Partisans 1941–1944*, London 1979; Erich Hesse, *Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle*, Göttingen u.a. 1969; Schulte, *German Army. Zur Partisanenbekämpfung in Weißrussland* vgl. auch Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland 1941–1944*, Düsseldorf 1998; Gerlach, *Kalkulierte Morde*. Für die sowjetische Seite vgl. Leonid Grenkevich, *The Soviet Partisan Movement 1941–1944*, London/Portland 1999; *Soviet Partisans in World War II*, hrsg. v. John A. Armstrong, Madison 1964.

¹³⁷ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 30. 8. 1941.

¹³⁸ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 861. Die These „Partisanenkampf ohne Partisanen“ wurde wohl

Die 707. Infanteriedivision hatte von August 1941 bis Frühjahr 1942 fast das gesamte Generalkommissariat Weißruthenien mit etwa 60 000 Quadratkilometer zu überwachen¹³⁹. Für Andrians Regiment war der Sicherungsbereich also etwa 30 000 Quadratkilometer groß. Das bedeutete, dass gut 2000 Mann ein Gebiet von der Größe Belgiens kontrollieren sollten. Wenn Andrian 1941 relativ selten von Gefechtsberührungen mit Partisanen schrieb, so lag das daran, dass in diesen riesigen, unzugänglichen Räumen die Partisanengruppen monatelang umherstreifen konnten, ohne auch nur ein einziges Mal auf deutsche Truppen zu stoßen. Bereits im Herbst 1941 dürften die Partisanen in Weißrussland zahlenmäßig stärker als die deutschen Sicherungstruppen gewesen sein¹⁴⁰. Andrian berichtete am 25. August 1941 von örtlich „etwa 500 russische[n] Versprengte[n]“¹⁴¹. Das war etwa ein Viertel der Stärke seines gesamten Regiments! Bei seiner Ankunft in Minsk gab Andrian sich noch der Illusion hin, die ihm gestellte Aufgabe lösen zu können¹⁴². Bei genauer Analyse hätte ihm aber schon zu Beginn die Aussichtslosigkeit seines Auftrags klar sein müssen, zumal seine nicht motorisierte Einheit¹⁴³ nur eine bescheidene Kampfkraft aufbringen konnte.

Das Problem der knappen eigenen Ressourcen glaubte man auf deutscher Seite mit radikalen Befehlen kompensieren zu können. So wollte man versprengte Rotarmisten als Freischärler behandeln und erschießen, wenn sie sich nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt bei einer deutschen Dienststelle gemeldet hatten¹⁴⁴. Das Ziel dieser Aktion war klar: Unter Androhung der Todesstrafe hoffte man, möglichst viele Versprengte ohne großen Kraftaufwand „einsammeln“ zu können.

Waren diese Befehle direkt gegen Versprengte gerichtet, so betrafen andere völkerrechtswidrige Befehle nur indirekt die „Partisanen“, dafür aber große Teile der Zivilbevölkerung. Mit allen Mitteln sollte diese daran gehindert werden, die Partisanen zu unterstützen. Genaue Nachforschungen, wer „Partisanenhelfer“ war, schienen den Deutschen zu aufwendig. Statt dessen hatten sie zwei andere Mittel in ihrem Marschgepäck: Ihre Ideologie und „unreflektiertes Vertrauen in die Methoden der Gewalt“¹⁴⁵.

Allerdings wollte Bechtolsheim in Weißrussland keinesfalls einen Krieg gegen die gesamte Zivilbevölkerung führen. Ihm ging es viel eher darum, alle „uner-

am konsequentesten von Heer vorgetragen. Vgl. Heer, Logik, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 107 ff.

¹³⁹ Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 215 f.

¹⁴⁰ Im August 1941, so schätzt man von sowjetischer Seite, sollen sich etwa 12 000 Partisanen in Weißrussland befunden haben (vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 861). Das ist mehr als doppelt so viel, wie die Verpflegungsstärke der gesamten 707. Infanteriedivision, die einen Großteil dieses Gebiets militärisch sichern sollte. Zur 707. Infanteriedivision kamen in „Weißruthenien“ noch einige Landesschützenbataillone als Besatzungstruppe hinzu.

¹⁴¹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 25. 8. 1941.

¹⁴² Ebenda, Eintrag vom 26. 8. 1941.

¹⁴³ Ebenda, Einträge vom 25. und 29. 8. sowie vom 1. 9. 1941.

¹⁴⁴ Ebenda, Einträge vom 7. und 23. 9. sowie vom 2. 10. 1941. Andrian scheint diesen Befehl vorrangig nur auf nicht-uniformierte Soldaten angewandt zu haben und ließ noch uniformierte Rotarmisten in ein Dulag einliefern. Vgl. ebenda, Eintrag vom 26. 9. 1941. Ansonsten würde der Eintrag vom 3. 12. 1942 keinen Sinn ergeben (BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/5). Vgl. auch Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 879.

¹⁴⁵ Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977, S. 137. Diese Feststellung Umbreits für das Verhalten der Deutschen in Polen gilt auch für die Sowjetunion.

wünschten Elemente“ zu beseitigen, von denen er am ehesten Hilfe für die Partisanen erwartete. Dies waren – wie bereits erwähnt – vor allem die Juden. Aber auch Polen, Zigeuner und Streckenarbeiter an der Eisenbahn wurden zu Todeskandidaten, wenn sie ohne Ausweis angetroffen wurden¹⁴⁶. Bechtolsheim ging sogar so weit, dass Russen, die mit einer „Windjacke und einer Pelzmütze mit Ohrenklappen“ bekleidet waren, „mindestens stark verdächtig“ waren, da sie „russischen Fallschirmpartisanen“ ähnlich sahen¹⁴⁷. Die Bevölkerungsmehrheit, also die Weißrussen, war jedoch nach dem Willen Bechtolsheims „überall zu stützen und gegen Polen und Juden nachdrücklich zu schützen“¹⁴⁸. Bei „Erschießungen von Weißruthenen“ befahl der Divisionskommandeur daher „eine ausführliche Begründung hinzuzufügen“¹⁴⁹.

Generell ermahnte Bechtolsheim seine Soldaten immer wieder zu rücksichtslosem Vorgehen und tadelte selbst Andrian, dass bei einem Unternehmen „nicht hart genug zugepackt worden“¹⁵⁰ sei. Für jeden möglichen Widerstand kannte Bechtolsheim nur ein Mittel: Erschießen. Auch aus dem OKH war keine Mäßigung zu erwarten. Im Gegenteil: In den ersten Richtlinien zur Partisanenbekämpfung wurde die Truppe ausdrücklich dazu aufgefordert, „gegebenenfalls Terrorakte“ zu begehen¹⁵¹. Alle deutschen Vorgaben richteten sich eindeutig präventiv gegen potentielle Partisanen¹⁵² und drehten nur weiter an der Schraube der Gewalt. An eine Änderung der Besatzungspraktiken dachte im Stab der 707. Infanteriedivision in den ersten Monaten niemand. Zeitweilig schien es sogar, dass die Deutschen durch ihre brutalen Maßnahmen das besetzte Gebiet befrieden konnten. So lobte der Wehrmachtbefehlshaber Ostland, Generalleutnant Walter Braemer, Anfang Januar 1942, dass die „erste Aufgabe“ der 707. Infanteriedivision, „die Befriedung des Landes, gelöst“¹⁵³ sei.

Doch waren dies Trugschlüsse, in Wahrheit wuchs die Partisanenbewegung – über all die Monate gesehen – kontinuierlich an. Diese bestand aus Resteinheiten der Roten Armee, kommunistischen Funktionären, Fallschirmjägern und Zivilisten. Sie hatten sich meist in unzugängliche Gegenden zurückgezogen, um sich dem Zugriff der Deutschen oder der Kollaborateure zu entziehen. Zur Sicherstellung der lebensnotwendigen Verpflegung überfielen sie Dörfer, bedrohten und erschossen die Bürgermeister sowie die Einwohner, „wenn sie an Deutsche Lebens-

¹⁴⁶ USHMM, RG-53002 M, reel 1 (GARB, 378-1-698), Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 10. 10. 1941, Zif. 18; Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 10. 10. 1941, Zif. 8; Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 8. 10. 1941, Zif. 10.

¹⁴⁷ Ebenda, Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 8. 10. 1941.

¹⁴⁸ Ebenda, Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 10. 10. 1941, Zif. 14.

¹⁴⁹ Ebenda, Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 3. 11. 1941, Zif. 3.

¹⁵⁰ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 23. 9. 1941.

¹⁵¹ Der Oberbefehlshaber des Heeres, Gen.St.d.H./Ausb. Abt. (Ia). Nr. 1900/41, O.K.H., den 25. 10. 1941, Richtlinien für Partisanenbekämpfung, in: BA-MA, RH 26-707/3.

¹⁵² Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 877; Richter, Herrenmensch, S. 61. Vgl. dagegen Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945, München 1996. Hoffmann sieht die deutschen Befehle als Reaktion auf das brutale Vorgehen der Partisanen.

¹⁵³ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 7. 1. 1942.

mittel“ abgaben¹⁵⁴. Bereits in dieser frühen Phase des Partisanenkriegs war die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten geraten, sie sollte aus dieser Zange während der gesamten Zeit der deutschen Besatzungsherrschaft nicht mehr herauskommen.

Andrian unterschied sich während der ersten Monate der Besatzung kaum von den restlichen deutschen Offizieren in Weißruthenien. Scheinbar regungslos nahm er bereits in Polen die deutschen Pläne der Volkstumspolitik hin¹⁵⁵, für das Leiden der Zivilbevölkerung zeigte er wenig Verständnis: „Kinder rufen überall: Bitte Brot, sehen aber nicht verhungert aus.“¹⁵⁶ Trotzdem schien sein Verhältnis zu den Polen nicht von Hass geprägt zu sein. So beschrieb Andrian auch wie seine Soldaten „in Badehose“ mit den Einheimischen „eifrig Handel“ trieben¹⁵⁷, und über die Ankunft in einem polnischen Dorf notierte er: „Die ganze Bevölkerung lief zusammen, machten fr[eu]ndl[ichen] Eindruck. Hübsche Mädchen.“¹⁵⁸

Als Andrians Regiment zwei Wochen später nach Minsk verlegt wurde, wurden seine Worte düsterer. Die von den dortigen deutschen Dienststellen verbreiteten Berichte über die Verstümmelung toter deutscher Soldaten¹⁵⁹ waren für ihn die Bestätigung, es nicht mit einem „normalen“ Gegner, sondern mit „Gesindel“ zu tun zu haben¹⁶⁰. Auch die Zivilbevölkerung war für Andrian höchst verdächtig: „In einem Hause hatte man Inf[anterie-]mun[ition] gefunden; ein Rotarmist war erschossen worden, ein 2ter wurde mitgenommen. 4 der Holzhütten brannten. Jammernd saßen die Frauen am Wege u[nd] beteuerten ihre Unschuld. Aber sie lügen ja alle.“¹⁶¹ Zur Versorgung seiner Soldaten befahl er ausdrücklich, „aus dem Lande“ zu leben, denn „haben die Bewohner Speis u[nd] Trank z[ur] Unterstützung der Partisanen, dann haben sie es erst recht zur Ernährung der d[eu]tschen Truppe.“¹⁶²

Die Folgen der zügellosen deutschen Terrorpolitik entgingen Andrian keinesfalls, er sparte auch nicht mit Kritik. „Es spricht nicht für uns, daß unsere Soldaten hier im Osten so ganz vergessen, daß der Gegner auch [ein] Mensch ist“¹⁶³, notierte er anlässlich einer Exekution von sowjetischen Widerstandskämpfern. Diese Bemerkung spricht für Andrian, nicht aber für die anderen Soldaten. Viele glaub-

¹⁵⁴ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Einträge vom 11. 9. und 22. 10. 1941. Allgemein vgl. Chiari, Alltag, S. 254 f.; Kenneth Slepyan, The Soviet Partisan Movement and the Holocaust, in: Holocaust and Genocide Studies 14 (2000), S. 1–27. Chiari und Slepyan weisen darauf hin, wie schwer es für Zivilisten war, sich den Partisanen anzuschließen, da diese überall Verrat witterten. So kam es vor, dass Juden, die vor den Deutschen auf der Flucht waren, von den Partisanen erschossen wurden.

¹⁵⁵ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 14. 8. 1941.

¹⁵⁶ Ebenda, Eintrag vom 7. 8. 1941.

¹⁵⁷ Ebenda, Eintrag vom 18. 8. 1941.

¹⁵⁸ Ebenda, Eintrag vom 19. 8. 1941.

¹⁵⁹ Ebenda, Eintrag vom 25. 8. 1941. Zur Tötung und Verstümmelung deutscher Kriegsgefangener durch Rotarmisten vgl. v. a. Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München ³1980, S. 273–307. Weitere Informationen in der Dokumentation von Franz W. Seidler (Hrsg.), Verbrechen an der Wehrmacht. Kriegsgräuelt der Roten Armee 1941/42, Selent ³1998, der jedoch problematische Positionen vertritt.

¹⁶⁰ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Einträge vom 22. und 26. 8. 1941.

¹⁶¹ Ebenda, Eintrag vom 23. 9. 1941.

¹⁶² Ebenda, Eintrag vom 26. 9. 1941.

¹⁶³ Ebenda, Eintrag vom 26. 10. 1941.

ten sich im Osten an keine Gesetze mehr halten zu müssen: Soldaten, Polizisten, Angehörige der Organisation Todt oder des Reichsarbeitsdiensts raubten das Vermögen getöteter Juden¹⁶⁴ oder erschossen sowjetische Kriegsgefangene auf offener Straße. Gegen solche Morde konnte Andrian sogar energisch einschreiten¹⁶⁵, schien ihm doch, „daß zu viel erschossen wird hier im Osten“¹⁶⁶. Allerdings war für ihn offenkundig keine andere Lösung in Sicht, als weiterhin blind auf die Methoden der Gewalt zu vertrauen; seine nüchternen Tagebucheinträge zu den zahllosen exzessiven deutschen Repressalien lassen dies jedenfalls vermuten¹⁶⁷.

Andrians Erklärungsversuche für Auswüchse der Disziplinlosigkeit sprechen Bände: „Weshalb ist die Disziplin unserer Soldaten, wenigstens im Hinterland gar so schlecht? Einmal, die kurze Ausbildung, 2–3 Monate, dann die zu jungen K[om]p[anie] F[ü]hrer, vor allem aber die Motorisierung. Hätte die Truppe keine schnellen Fahrzeuge, dann könnte nicht soviel mitgenommen werden, es könnten keine Ausflüge = Beutezüge ins Hinterland gemacht werden [...]“¹⁶⁸. Hier wird nicht allein deutlich, dass Andrian die Prinzipien der modernen motorisierten Kriegführung nicht mehr begreifen wollte. Schwerer wiegt, dass er offensichtlich nicht einsah, dass dieser Krieg im Osten unter ideologischen Vorzeichen geführt wurde und dabei alle bisherigen völkerrechtlichen Normen über Bord geworfen wurden. Er sah in diesem Krieg von Anfang an einen Präventiv- bzw. Verteidigungskrieg des Deutschen Reichs: „Rußland hat doppeltes Spiel getrieben; wollten wir nicht in für uns ungünstigen Zeitpunkt vielleicht überfallen werden, so mußten wir ihnen zuvorkommen.“¹⁶⁹ Es gibt bis zum Schluss kein Anzeichen für eine Änderung seiner Meinung.

Die Ablösung des Oberbefehlshabers des Heeres, Generalfeldmarschall Walter von Brauchitsch, am 19. Dezember 1941 war ein gewaltiger Schock für Andrian. Ihm war nun das Scheitern des „Unternehmens Barbarossa“ als „Blitzfeldzug“ bewusst¹⁷⁰. In den folgenden Wochen reagierte er auf die schweren deutschen Rückschläge an der Front abwechselnd mit flehentlichen Gebeten¹⁷¹, Trotz¹⁷², Verzweiflung¹⁷³ und Zerstreuung¹⁷⁴. Die allgemeine militärische Lage und die grausamen Eindrücke in seinem Umfeld lagen schwer auf seinem Gemüt¹⁷⁵. Erst als sich im Februar 1942 die Lage an der Front wieder festigte, stabilisierte sich auch Andrians psychische Verfassung.

¹⁶⁴ Ebenda, Einträge vom 24. und 29. 10. 1941.

¹⁶⁵ Ebenda, Einträge vom 8., 10. und 11. 10. 1941.

¹⁶⁶ Ebenda, Eintrag vom 5. 11. 1941.

¹⁶⁷ Vgl. die vielen Einträge über Repressalien vor allem im Jahr 1941, in: Ebenda.

¹⁶⁸ Ebenda, Eintrag vom 2. 10. 1941.

¹⁶⁹ Ebenda, Eintrag vom 23. 6. 1941. Vgl. auch ebenda, Eintrag vom 22. 6. 1941.

¹⁷⁰ Ebenda, Eintrag vom 21. 12. 1941.

¹⁷¹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 1. 1. 1942.

¹⁷² BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 31. 12. 1941, sowie BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Einträge vom 9. und 19. 1. 1942.

¹⁷³ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/1, Eintrag vom 24. 12. 1941, sowie BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Einträge vom 1. und 25. 1. 1942.

¹⁷⁴ Ebenda, Eintrag vom 7. 2. 1942.

¹⁷⁵ Ebenda, Eintrag vom 19. 2. 1942.

5. Kurswechsel in der Besatzungspolitik? Partisanenkrieg und Zivilbevölkerung 1942/43

Als zu Beginn des Jahres 1942 klar wurde, dass mit einem raschen Ende des deutsch-sowjetischen Kriegs nicht zu rechnen war, begann eine ganze Reihe höherer deutscher Militärs die bisherige, auf Gewalt basierende Besatzungspolitik in Frage zu stellen. Der Kommandierende General im Rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, General Max von Schenckendorff, war einer der Hauptbefürworter einer gemäßigteren Besatzungspolitik. Für die Zivilbevölkerung sollte ein Existenzminimum sichergestellt werden, um diese für die Mitarbeit auf deutscher Seite zu gewinnen. Bei Anti-Partisanenunternehmen sollte in Zukunft deutlich zwischen Schuldigen und Unschuldigen unterschieden werden.

Schenckendorffs Anregungen fruchteten jedoch nicht einmal in seinem eigenen Befehlsbereich. Als Ende März 1942 unter der Leitung der 707. Infanteriedivision das große Anti-Partisanenunternehmen „Bamberg“ im Rückwärtigen Heeresgebiet Mitte gestartet wurde, befahl Bechtolsheim „rücksichtslosestes Durchgreifen gegen Männer, Frauen und Kinder“¹⁷⁶ und wies auf die „ausgesprochen deutschfeindlich[e]“ Zivilbevölkerung hin¹⁷⁷. Unter diesen Vorgaben wurde das „Unternehmen Bamberg“ zu einem mörderischen Raubzug.

Dieses Unternehmen war schon mehrfach Thema der Forschung¹⁷⁸, doch ermöglicht Andrians Tagebuch einige interessante Ergänzungen. Folgt man Andrians Aufzeichnungen, so wird deutlich, wie schnell sein Regiment beim Einäschern von Häusern oder gar ganzen Dörfern bei der Hand war: „Als wir vom Vorwerk Cholopenitschi zurück fuhren, sah man in südl[icher] Richtung Rauchsäulen aufsteigen, dort sind also auch unsere Einheiten im Vorgehen.“¹⁷⁹ Wohl im Hinblick auf die von seiner Einheit hinterlassene Spur der Zerstörung wunderte er sich über die nachträgliche Gastfreundschaft einer russischen Frau¹⁸⁰. Allerdings berichtete Andrian nichts über irgendwelche Massaker an der Zivilbevölkerung.

Andrian selbst bewertete auch die Zahl von 3000 erschossenen Partisanen als „eine starke Übertreibung“¹⁸¹. Die Vermutung, dass viele Einheiten ihre Erfolgszahlen absichtlich „schönten“ und diese Zahlen nicht ausschließlich auf die Zivilbevölkerung angerechnet werden können, findet sich hier bestätigt¹⁸². Dennoch

¹⁷⁶ BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia Br.B.Nr. 16/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 32 vom 18. 3. 1942.

¹⁷⁷ BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia. Br.B.Nr. 26/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 34 vom 23. 3. 1942.

¹⁷⁸ Vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 885 ff.; Heer, *Logik*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 120 f.; *Verbrechen der Wehrmacht*, Ausstellungskatalog 2002, S. 482–485.

¹⁷⁹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 29. 3. 1942. Vgl. auch ebenda, Eintrag vom 28. 3. 1942.

¹⁸⁰ Ebenda, Eintrag vom 4. 4. 1942.

¹⁸¹ Ebenda, Eintrag vom 5. 4. 1942. Das Wort „starke“ ist sogar noch unterstrichen. Einen Tag später meldete die 707. Infanteriedivision 3423 erschossene Partisanen als Endergebnis. Vgl. BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Br.B.Nr. 75/42, geh. Betr.: Unternehmen „Bamberg“ vom 6. 4. 1942.

¹⁸² Vgl. Lutz Klinkhammer, *Der Partisanenkrieg der Wehrmacht 1941–1944*, in: Müller/Volkmann (Hrsg.), *Wehrmacht*, S. 815–836, hier v. a. S. 822–826. Klinkhammer hat die zivilen Opferzahlen punktuell für den italienischen Kriegsschauplatz überprüft und kommt dabei zu teilweise starken Abweichungen von den in den Kriegstagebüchern angegebenen Zahlen. Die gegenteiligen Argumente bei Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 907–909, können letztlich nicht überzeugen.

dürfte es sich bei den meisten als erschossen gemeldeten Partisanen um mehr oder minder unbeteiligte Zivilbevölkerung gehandelt haben¹⁸³. Wenn es auch weiterhin schwer oder gar unmöglich sein wird, genaue Opferzahlen zu bestimmen, so stellen die Zahlen aus den Dienstakten immerhin einen gewissen Richtwert dar.

Damit lassen sich die Haupttäter im „Unternehmen Bamberg“ leicht ausfindig machen. Wenn im Katalog der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ behauptet wurde, „daß der jeweilige Anteil der am ‚Unternehmen Bamberg‘ beteiligten Einheiten [...] sich aus den Quellen [...] nicht mehr entnehmen“ lässt¹⁸⁴, so ist dies schlichtweg falsch. Die Einzelmeldungen der drei mitwirkenden Regimenter geben schließlich sehr deutliche Unterschiede wieder: Andrians Infanterieregiment 747 meldete insgesamt 226 erschossene Partisanen, das Infanterieregiment 727 dagegen 651. Das um das deutsche Polizeibataillon 315 verstärkte slowakische Infanterieregiment 102 teilte hingegen mit: „Außer den bei Kampfhandlungen Erschossenen wurden etwa 2000 Partisanen und Helfer bei Befriedungsaktionen erschossen.“¹⁸⁵

Bei diesem Zahlenvergleich fällt zweierlei auf. Erstens hatte sich – wie schon bei den Judenerschießungen – innerhalb der 707. Infanteriedivision wieder das Infanterieregiment 727 als der ungleich härtere und brutalere Verband herausgestellt. Dies wird auch durch die Anzahl der ermordeten Juden im Rahmen des Unternehmens deutlich. Insgesamt dürften während „Bamberg“ etwa 200 Juden ermordet worden sein. Das Infanterieregiment 727 meldete am 2. April 1942: „Juden, von Partisanen entlassen, erschossen 133. Keine Waffenbeute.“ Dazu kamen noch weitere 47 getötete Juden in der Meldung vom 4. April 1942. Das Infanterieregiment 747 bezifferte die von ihm ermordeten Juden mit etwa 15¹⁸⁶.

Zweitens sticht der gewaltige Unterschied zwischen den Wehrmachtsverbänden einerseits sowie dem slowakischen Regiment und dem deutschen Polizeibataillon andererseits hervor. Die von Gerlach und Heer vertretene Meinung, dass bei Anti-Partisanenunternehmen die Wehrmacht „nicht wesentlich weniger fol-

¹⁸³ Vgl. in diesem Sinne auch BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/4, Eintrag vom 17. 8. 1942.

¹⁸⁴ Verbrechen der Wehrmacht, Ausstellungskatalog 2002, S. 482. Diese Aussage ist umso unverständlicher, da auf der folgenden Seite des Katalogs die Einzelmeldung des Infanterieregiments 727 auszugsweise abgedruckt ist.

¹⁸⁵ BA-MA, RH 26-707/5, Meldungen des IR. 747, Meldungen des I.R. 727, Meldungen des verstärkten slow. Rgt. 102. Die zusammengerechnete Opferzahl ergibt knapp 2900 zuzüglich der nicht genannten Zahl der im Kampf erschossenen Partisanen durch das verstärkte slowakische Infanterieregiment 102. Die von der 707. Infanteriedivision abschließend genannte Zahl von 3423 erschossenen Partisanen ergibt sich daraus, dass diese vom 6. 4. stammt, die Einzelmeldungen der Regimenter aber am 3. 4. 1942 aufhören. Zu diesem Zeitpunkt waren die beiden Regimenter der 707. Infanteriedivision größtenteils schon wieder aus dem Unternehmen herausgezogen. Zwei Wochen später meldete das verstärkte slowakische Infanterieregiment über das „Unternehmen Bamberg“: „Die Partisanen verloren im Kampf etwa 650 Mann, bei Befriedungsaktionen wurden rd. 2500 Partisanen, Partisanenhelfer und -angehörige liquidiert.“ BA-MA, RW 41/1, Anlage 1 zu Monatsbericht Nr. 7 (WBefh Ukraine, Abt. Ia, Nr. 2552 (1450)/42, geh. v. 21. 4. 42), Bericht über den Einsatz des slowakischen Infanterie-Regiments 102 (mit unterstelltem deutschen Pol. Btl. 315) bei den Partisanenunternehmen nördlich des Pripjet. Auch die eigenen Verluste wurden unterschiedlich in den Berichten angegeben: In den Akten der 707. Infanteriedivision waren es für das verstärkte slowakische Regiment 4 Tote und 3 Verwundete (BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Br.B.Nr. 75/42, geh. v. 6. 4. 1942 Betr.: Unternehmen „Bamberg“), in den Akten des Wehrmachtbefehlshabers Ukraine wurden jeweils 33 eigene Tote und Verwundete angegeben.

¹⁸⁶ BA-MA, RH 26-707/5, Meldungen I.R. 727, Meldungen I.R. 747.

genschwer und brutal“ operierte als die SS und die Polizei¹⁸⁷, findet sich am Beispiel des „Unternehmens Bamberg“ nicht bestätigt. Es gab „sehr wohl eine deutliche Abstufung“ im Grad der Brutalisierung zwischen Wehrmacht, Polizei und Verbänden der Verbündeten, wie Ruth Bettina Birn unlängst auch am Beispiel des „Unternehmens Winterzauber“ im lettischen Raum Anfang 1943 feststellte¹⁸⁸.

Militärisch war „Bamberg“ wie fast alle folgenden Anti-Partisanenunternehmen ein Fehlschlag. Die Partisanen konnten nicht gefasst werden¹⁸⁹, das Gebiet war auch nachher „noch nicht als gesichert zu betrachten“¹⁹⁰. Kaum waren die Deutschen und ihre Verbündeten abgerückt, begann der Terror der Partisanen gegenüber der Zivilbevölkerung. „Da werden die Partis[anen] bald wieder mächtig sein u[nd] alle Leute totschiagen, die uns geholfen haben. Es ist schon schauderhaft“¹⁹¹, klagte Andrian.

Nach dem Raubzug des „Unternehmens Bamberg“ erließ Bechtolsheim für den nächsten Einsatzraum der Division bei Brjansk neue Richtlinien. Er wies darauf hin, „daß die Einwohner des hiesigen Gebietes im Gegensatz zu denen bei Minsk das Partisanenwesen ablehnen und, sobald sie sich durch tatkräftigen Einsatz der Truppe sicher fühlen, uns gerne unterstützen werden“¹⁹². Für das Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung bestimmte er: „Der deutsche Soldat hegt keine ‚Verachtung‘ gegenüber den Russen, er kann höchstens ‚Mitleid‘ haben wegen der primitiven Verhältnisse, in welchen dieser leben muß.“¹⁹³ Selbst ein so übler Scharfmacher wie Bechtolsheim, der im Herbst 1941 den Tod vieler Tausender von Juden zu verantworten hatte, versuchte nun mit einiger zeitlicher Verzögerung eine gemäßigte Besatzungspolitik durchzusetzen¹⁹⁴.

Dazu gehörte auch eine andere Handhabung der Partisanenfrage; so wollte man nun Überläufern Straffreiheit gewähren¹⁹⁵. Deutlich weiter ging die Nachbardivi-

¹⁸⁷ Vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 906. Im gleichen Sinne auch Heer, der behauptet, dass die Mannschaften der Wehrmacht sich „nicht mehr von der Mentalität der Himmlertruppe“ unterschieden. Hannes Heer/Klaus Naumann, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 25–36, hier S. 30.

¹⁸⁸ Vgl. Ruth Bettina Birn, „Zaunkönig“ an „Uhrmacher“. Große Partisanenaktionen 1942/43 am Beispiel des „Unternehmens Winterzauber“, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 60 (2001), S. 99–118.

¹⁸⁹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 31. 3. 1942.

¹⁹⁰ BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Br. Nr. 75/42, geh. Betr.: Unternehmen „Bamberg“ vom 6. 4. 1942.

¹⁹¹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/2, Eintrag vom 5. 4. 1942.

¹⁹² BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Tgb.Nr. [unleserlich] 6/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 49 vom 17. 4. 1942.

¹⁹³ BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Tgb.Nr. 466/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 100 vom 4. 8. 1942.

¹⁹⁴ Auch der Ic der 707. Infanteriedivision forderte zur Verbesserung der eigenen Propaganda: „Einwandfreies Verhalten der eingesetzten Truppen gegen die Zivilbevölkerung und ihr Eigentum.“ BA-MA, RH 26-707/15, 707. Inf. Div. Ic. O.U., 1. 8. 1942, Lagebericht für Juli 1942. Allerdings zeigen andere Aussagen des gleichen Mannes zur selben Zeit, wie tief weiterhin das Misstrauen gegenüber der Zivilbevölkerung im Stab der 707. Infanteriedivision war und wie sehr man von der nationalsozialistischen Ideologie durchdrungen war. In Hinblick auf eine „Politik des Vertrauens“ schrieb der Ic: „Der Bolschewismus hat die russ[ische] Jugend nicht zum Träger einer Idee, sondern zum Verbrechertum erzogen. Seine Kampfmittel sind Auswüchse des asiatischen Gehirns, Vertrauen wird als Schwäche ausgelegt und steigert die gegnerische Aktionsfähigkeit.“ BA-MA, RH 26-707/15, 707. Inf. Div. Ic. O.U., 5. 8. 1942, Lagebericht für die Monate Mai u. Juni 1942.

¹⁹⁵ BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Tgb.Nr. 333/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 70 vom 25. 6. 1942; BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/4, Eintrag vom 22. 7. 1942.

sion der 707., die 339. Infanteriedivision. Im Juni 1942, also in einer Zeit, als ihr Andrians Infanterieregiment 747 unterstellt war, befahl sie zweimal ausdrücklich, alle Partisanen und Partisanenhelfer als Kriegsgefangene zu behandeln¹⁹⁶. Dieser Befehl der 339. Infanteriedivision stand in völligem Gegensatz zu allen bisherigen Anordnungen höherer Stellen. Die einzelnen Einheiten konnten im Osten demnach relativ autonom ihre eigene Besatzungspolitik verfolgen. In einigen Verbänden, auch im Infanterieregiment 747¹⁹⁷, wurden also lange vor dem OKH-Erlaß vom 1. Juli 1943¹⁹⁸ Partisanen als Kriegsgefangene behandelt.

Eine wirkliche Wende brachten diese Versuche einer gemäßigten Besatzungspolitik allerdings nicht. Weiterhin war die russische Zivilbevölkerung die leidtragende, besonders seit sich die Deutschen 1942 auf die Schaffung sogenannter „Toter Zonen“ verlegten. In diesen Gebieten wurde die gesamte Bevölkerung evakuiert, das Getreide verbrannt, und die Ortschaften wurden zerstört, um den Partisanen jegliche Lebensgrundlagen zu entziehen¹⁹⁹. Eine neue Perspektive konnten die Deutschen der Zivilbevölkerung mit dieser Strategie der Partisanenbekämpfung jedoch nicht bieten. Wie Andrian wenig begeistert feststellen musste, bewahrheitete sich die russische Propaganda: „Wenn die D[eu]tschen kommen, wird das Vieh weggetrieben u[nd] die Häuser angebrannt.“²⁰⁰ Die 339. Infanteriedivision versuchte, die Evakuierungen möglichst human zu gestalten²⁰¹, auf der anderen Seite unterließ es gerade die 707. Infanteriedivision oftmals, die Bevölkerung wegzubringen – sie überließ sie in den zerstörten Orten ihrem eigenen Schicksal²⁰².

Im Grunde fehlte den Vorgaben der deutschen Dienststellen eine klare Linie für eine grundlegende Neuorientierung in der Besatzungspolitik²⁰³. Besonders augenfällig ist dies bei den Befehlen des Korück 532, dem Andrian seit Sommer 1942 fast durchgehend unterstellt war. Der Kommandant dieses rückwärtigen Armeegebiets, Generalleutnant Friedrich-Gustav Bernhard, beschwerte sich mehrmals über „sinnloses Abbrennen friedlicher Dörfer, wildes Viehrequirieren“ oder „planlose Erschießungen“ von „Partisanenverdächtigen“²⁰⁴. Im Dezember 1942

¹⁹⁶ BA-MA, RH 26-339/23, Anlage zu den B.A.V. Nr. 74/42, geh. Qu. v. 1. 6. 1942, sowie 339. Inf. Division. Ia/Ic 436/42 geh. Fü. v. 23. 6. 1942. Betr.: Behandlung von Partisanen und Rotarmisten.

¹⁹⁷ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6, Eintrag vom 29. 5. 1943. Im Tagebuch ist zwar nicht explizit von gefangenen Partisanen die Rede; da das Regiment aber zu diesem Zeitpunkt ausschließlich zur „Bandenbekämpfung“ eingesetzt war, ergibt sich der Zusammenhang von selbst.

¹⁹⁸ Oberkommando des Heeres, Grundlegender Befehl Nr. 13a über die Behandlung von Partisanen v. 1. 7. 1943, abgedr. in: Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 328 f. Dieser OKH-Erlass ordnete die Erschießung von Partisanen nur mehr in Einzelfällen an. Gefangene Partisanen sollten nach einem OKW-Befehl vom 8. 7. 1943 fortan zum Arbeitsdienst ins Reich überführt werden. Vgl. Richter, Wehrmacht, S. 856.

¹⁹⁹ In diesem Sinne sind auch die Kämpfe um die Ernteerträge im Spätsommer 1942 zu sehen. Vgl. BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/4, Einträge vom 7. und 8. 9. 1942; BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/3, Eintrag vom 9. 6. 1942; BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/4, Eintrag vom 22. 7. 1942; BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6, Eintrag vom 22. 6. 1943.

²⁰⁰ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/3, Eintrag vom 30. 5. 1942.

²⁰¹ BA-MA, RH 26-339/23, 339. Inf. Division. Ia/Ib Nr. 408/42, geh. Fü. v. 10. 6. 1942, Betr.: Evakuierung.

²⁰² BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/4, Einträge vom 8. und 30. 9. 1942.

²⁰³ Vgl. dazu auch Fußnote 191.

²⁰⁴ IfZ-Archiv, MA-904, KTB Nr. 2 des Korück PzAOK 2 (532), 1. 4. 42–31. 12. 1942, Einträge vom

verbot er das Erschießen und Erhängen von Geiseln²⁰⁵. Gleichzeitig schärfte Bernhard seinen Soldaten jedoch ein, dass „jede Weichheit völlig fehl am Platze und eine Versündigung am deutschen Blute“ wäre²⁰⁶. Für das „Unternehmen Dreieck und Viereck“ sollten „Juden oder gefangene Bandenangehörige mit Eggen und Walzen“ verminten Gebiete absuchen²⁰⁷.

Durch diese sich widersprechenden Befehle war der Ermessensspielraum für die Einheitsführer beträchtlich. Viele von ihnen blieben auf einer radikalen Linie. Beispiele dafür fanden sich auch in Andrians eigenem Regiment: „L[eutnan]t Aumeier machte ich Vorhalt, daß er eine alte Frau, die unsere Leute, als sie bei ihr 2 Betten holten, beschimpft u[nd] angespuckt hatte, kurzerhand hatte aufhängen lassen. Solch altes Weib kann einen d[eu]tsch[en] Soldaten nicht beleidigen; es ist unserer nicht würdig, eine Frau wegen solcher Kleinigkeiten aufzuhängen.“²⁰⁸ Jener Leutnant Aumeier glaubte sich auch sonst als Herrenmensch gegenüber der Zivilbevölkerung aufspielen zu müssen: „Als Ortsk[omman]d[an]t v[on] Wigonsitschi hatte er mehrfach die Zivilisten von den durchfahrenden Zügen herunterholen lassen. Das war richtig. Um ein Exempel zu statuieren, ließ er aufgegriffene russ[ische] Frauen u[nd] Mädchen, bei mäßiger Kälte, im Freien bis auf die Unterwäsche, soweit sie deren hatten, ausziehen, auf der Straße vor der Ortsk[omman]d[an]tur u[nd] durch Soldaten auf versteckte Dinge untersuchen. Dass er die Untersuchung anordnete war richtig, denn vielfach waren unter den weibl[ichen] Wesen Partisanenhelferinnen. Aber er hätte das nur tun [sic!] dürfen unter Rücksichtnahme auf das ausgeprägte Schamgefühl der weibl[ichen] Bevölkerung, in geschlossenem Raum, durch weibl[iche] Beauftragte unter Aufsicht weniger, zuverlässiger Dienstgrade. So wurde ein Skandal daraus.“²⁰⁹

Verglichen mit den Massakern an der Zivilbevölkerung war dies freilich noch ein Skandal von geringerer Bedeutung. Doch ist es aufschlussreich, wenn sich Andrian über das Verhalten einer benachbarten Einheit empörte: „Das gestrige Unternehmen Ferdinand ging planmäßig vor sich. Einige leere Lager wurden gefunden, eines war mit Frauen u[nd] Kindern aus den verbrannten Dörfern besetzt, die auf Befehl von Oberst Broeren²¹⁰ alle erschossen wurden. Ich kann das nicht billigen. Wo sollen die armen Menschen hin, wenn wir ihnen die Wohnstätten zerstören u[nd] keine anderen Unterkünfte zuweisen.“²¹¹ Als Andrian von der

11. 8. 1942 und 26. 8. 42, Fernschreiben des PzAOK 2 Ia/Id, Nr. 1896/42 geh. an Korück 532 vom 11. 9. 1942.

²⁰⁵ IfZ-Archiv, MA-904, Korück 532 Ia/Ic Nr. 584/42 geh. v. 13. 12. 1942.

²⁰⁶ IfZ-Archiv, MA-904, Korück Ia v. 24. 9. 1942, Betr.: Sicherheit.

²⁰⁷ IfZ-Archiv, MA-904, Korück 532 Ia Nr. 173/42 g.Kdos. v. 9. 9. 1942, Einsatzbefehl für „Dreieck“ und „Viereck“. Vgl. auch Verbrechen der Wehrmacht, Ausstellungskatalog 2002, S. 486–491.

²⁰⁸ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/3, Eintrag vom 14. 4. 1942.

²⁰⁹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/5, Eintrag vom 6. 1. 1943. Gegen Aumeier wurde deswegen interessanterweise ein Kriegsverfahren eingeleitet, welches später in ein Disziplinarverfahren abgewandelt wurde.

²¹⁰ In der Personalakte Broerens finden sich aufschlussreiche Informationen, so wurde er 1924/25 zweimal wegen Betätigung in der Geheimorganisation „Consul“ zu kurzen Freiheitsstrafen verurteilt. Auch in seinen militärischen Beurteilungen wurde er mehrmals wegen wiederholten eigenmächtigen Vorgehens kritisiert. Vgl. BA-MA, Pers. 6/12858.

²¹¹ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/3, Eintrag vom 16. 4. 1942. Dieser Vorfall wurde auch im Kriegstagebuch des Korück 532 festgehalten. „Das vom XLVII. Pz.K. (Oberst Broeren) angesetzte Unternehmen gegen das bekannte Partisanenlager bei Shurynitschi ist wieder ohne Feindberührung verlaufen. An diesem Unternehmen war auch ein I Batl. der 707. I.D. beteiligt. Die Partisanen

Erschießung russischer Kriegsgefangener hörte, nahm er auch daran Anstoß: „Und da wundern wir uns, daß die Russen ein gleiches tun [sic!].“²¹² Bei all diesen Verbrechen bekundete Andrian stets sein Mißfallen.

Überhaupt scheint sich Andrians Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung je länger der Kontakt dauerte, zunehmend verbessert zu haben²¹³. War er 1941 ihr gegenüber teilweise unerbittlich entgegengetreten, so wurde er durch die Armut und die zerstörten Häuser für ihre Not und ihr Elend sensibilisiert: „Solch Anblick geht mir immer ans Herz u[nd] macht mich unsäglich traurig. Den ganzen Tag wurde ich diese Stimmung nicht los.“²¹⁴

Doch darf all das nicht über seinen weiterhin widersprüchlichen Charakter hinwegtäuschen. Eine klare Linie in der Frage der Besatzungspolitik hat er offenbar nie gewonnen. Bei all dem Mitleid für die Zivilbevölkerung und bei all seiner Erregung über sinnlose Gewalttaten, sind seine Eintragungen über weite Strecken von einer steigenden Gleichgültigkeit²¹⁵. Auch konnte er, zumindest in einem überlieferten Fall, als eiskalter Kriegsverbrecher agieren. Über einen Marsch zu einem Dorf schrieb er: „Hier wurden die Russen u[nd] Russinnen entlassen, die wegen der Minen vor uns hergehen mußten. Doch sie treten leise auf, es hatte nichts genutzt.“²¹⁶

Der erfolglose Partisanenkampf belastete Andrian in zunehmendem Maße. Die dauernde Bedrohung durch einen Krieg aus dem Hinterhalt vermochte er nervlich nur schwer zu verarbeiten. Dazu kam das mangelnde Prestige, den der „Bandenkampf“ innerhalb der Wehrmacht besaß²¹⁷. Die ständigen Misserfolge seiner Einheit ließen ihn mehr und mehr resignieren; sieht man aber von der einen Ausnahme des Minensuchens ab, so lässt sich zumindest in seinen Tagebüchern eine gesteigerte Aggressivität gegenüber der Zivilbevölkerung nicht feststellen²¹⁸. Statt dessen scheint Andrian sich mehr und mehr auf sich selbst zurückgezogen zu haben und in eine dumpfe, depressiv getönte Passivität verfallen zu sein. Sein Divisionskommandeur Busich urteilte daher im Sommer 1943 über ihn: „Scheint [...] durch den seit Mai 1941 ununterbrochenen, selbstlosen Einsatz im Gren[adier]

hatten 1–2 Tage vorher ihre Lager verlassen. Da in diesem Waldgebiet, das durch Anschläge zum Sperrgebiet erklärt ist, 47 Zivil-Personen (Frauen und Kinder) angetroffen wurden, ließ Oberst Broeren diese erschießen. Die Frauen und Kinder werden von den Partisanen ausschl. zu Kundschafterdiensten verwandt.“ IfZ-Archiv, MA-904, KTB Nr. 2 des Korück PzAOK 2 (532), 1. 4.–31. 12. 1942, Eintrag vom 15. 4. 1942. Für ein weiteres Massaker, welches Andrians Missbilligung fand, vgl. BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6, Eintrag vom 23. 5. 1943.

²¹² BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/5, Eintrag vom 3. 12. 1942.

²¹³ Ebenda, Eintrag vom 7. 1. 1943, sowie BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6, Eintrag vom 9. 5. 1943.

²¹⁴ Ebenda, Eintrag vom 10. 8. 1943.

²¹⁵ Andrians Tagebuch bestätigt Schultes Beobachtung, dass die Einstellung der Wehrmacht im rückwärtigen Armeegebiet gegenüber der Zivilbevölkerung vielfach von einem „live and let live“-Prinzip geprägt war, solange dadurch nicht militärische Belange betroffen waren. Vgl. Schulte, *German Army*, S. 139.

²¹⁶ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/3, Eintrag vom 18. 5. 1942. In diesem Sinne vgl. auch ebenda, Eintrag vom 10. 6. 1942.

²¹⁷ Ebenda, Eintrag vom 2. 6. 1942, sowie BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/4, Eintrag vom 5. 8. 1942.

²¹⁸ Laut Heer war es Usus für alle Verbände in der Partisanenbekämpfung, ihre „Angst, Wut und Frustration“ an der Bevölkerung auszulassen. Heer, *Logik*, S. 122 u. 126. Ähnliche Aussagen bei Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 898 ff.

R[e]gimen[t] 747 [...] ermüdet. Vermag daher nicht mehr den Geist auszustrahlen, der die Truppe in ihrem schwierigen Einsatz hochreißt, in ihr Verantwortung, Selbsttätigkeit und Kampfwillen weckt.“²¹⁹ Andrian, der vor allem in den ersten Monaten des Ostkrieges auf Härte im Vorgehen gegen Partisanen, Juden und Zivilbevölkerung gesetzt hatte, war nach knapp zwei Jahren durch diesen Vernichtungskrieg zermürbt worden.

6. Fazit

Ein abschließendes Urteil über Andrian fällt schwer. Das einzige charakterliche Kontinuum ist sein ambivalentes Verhalten. Auf der einen Seite unterstützte und befürwortete er immer wieder die auf Terror basierende „Befriedungspolitik“, auf der anderen Seite scheinen bei ihm häufig humanitäre Werte durch, und er klagte über die von deutschen Truppen verübten Grausamkeiten. Symptomatisch dafür ist seine Einstellung gegenüber den Judenmorden. Wenn Jürgen Förster für die Wehrmacht in Bezug auf den Holocaust konstatierte, dass sie „Täter, Helfer, Mitwisser und Zuschauer“ war, was jedoch „Unbehagen, Widerspruch, ja sogar Widerstand keineswegs aus[schloß]“²²⁰, so findet sich all das auch in diesem einen Offizier, sieht man einmal vom Widerstand ab. Man sollte daher vorsichtig sein, „Mangel an Widerspruch und Verweigerung [...] als vermeintliches Einverständnis“²²¹ der Wehrmacht zum Vernichtungskrieg zu interpretieren. Wie ein Soldat über die deutschen Verbrechen wirklich dachte, wird sich aus persönlichen Quellen besser und genauer herauslesen lassen als aus den amtlichen Überlieferungen.

Die Forschung hat den Mitgliedern des „Stahlhelm“ „politisches Analphabetentum“ bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 vorgeworfen²²². Davon war Jahre später auch der ehemalige „Stahlhelmer“ Andrian nicht ausgenommen. Zu keinem Zeitpunkt begriff er die Ausmaße des deutschen Vernichtungskriegs im Osten. Er schloss nie von dem Geschehen in seiner unmittelbaren Umgebung auf allgemeine Tendenzen und sah nicht, dass er ein Rädchen in einem riesigen Vernichtungsprozess war. Blind und stur verfolgte Andrian seine soldatische Pflicht und ließ sich praktisch widerstandslos in die deutsche Gewaltherrschaft hineinziehen.

Die in der Forschung häufig vertretene These der „Brutalisierung“ der deutschen Soldaten im Laufe der Kriegsjahre an der Ostfront²²³ findet sich am Beispiel Andrians und seines Infanterieregiments 747 jedoch nicht bestätigt. Durch zahlreiche „Repressalmaßnahmen“, vor allem gegen die jüdische Bevölkerung, beging diese Einheit im Herbst 1941 wohl weitaus mehr Verbrechen als in den Jahren

²¹⁹ BA-MA, Pers. 6/10239, Zwischenbeurteilung zu Korück 532 IIa Nr. 497/43, geh. v. 2. 9. 1943.

²²⁰ Jürgen Förster, Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: Müller/Volkman (Hrsg.), Wehrmacht, S. 948–963, hier S. 963.

²²¹ Rolf-Dieter Müller, Die Wehrmacht – Historische Last und Verantwortung, in: Müller/Volkman (Hrsg.), Wehrmacht, S. 3–35, hier S. 20.

²²² Berghahn, Stahlhelm, S. 278.

²²³ Am vehementesten wird diese These vertreten von Bartov, Hitlers Wehrmacht.

1942 und 1943²²⁴ Auch Andrian selbst verfolgte das Morden im Jahre 1941 noch viel gleichgültiger als in den folgenden Jahren.

Jeder Kommandeur prägte den Geist „seiner“ Einheit in unterschiedlichem Maße und hatte für das Verhalten „seiner“ Soldaten im Osten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Bei aller Verstrickung und Beteiligung am Vernichtungskrieg versuchte Andrian dennoch sein Regiment nach Möglichkeit aus den schlimmsten Grausamkeiten herauszuhalten²²⁵. Dies gelang ihm oft selbst im Rahmen eines so berüchtigten Verbandes wie dem der 707. Infanteriedivision. Letztlich wird ihn dieses Verhalten in seinem persönlichen Urteil bestätigt haben, manchmal „zu wohlwollend“ und „zu menschlich fühlend“ gehandelt zu haben²²⁶. Dass aber seine Einheit dennoch das damals gültige Kriegsvölkerrecht unzählige Male gebrochen hatte, entging ihm dabei. Wenn ihm persönlich nie der Gedanke kam, während seiner Jahre im Osten Schuld auf sich geladen zu haben, so wirft schon allein das ein bezeichnendes Licht auf seine Persönlichkeit.

Nachbemerkung 2009

Der Aufsatz, der auch ins Weißrussische übersetzt wurde, stieß in Deutschland nicht nur auf Zustimmung²²⁷, sondern auch auf Kritik²²⁸. Hannes Heer suchte gleich zweimal die „extreme Normalität“ der Wehrmacht ausgerechnet am Beispiel der 707. Infanteriedivision nachzuweisen; eine unterschiedliche Haltung der beiden Infanterieregimenter 727 und 747 in der „Judenfrage“ im Herbst 1941 kann er nicht entdecken.

Heers These: Erst durch diverse Strafverfahren in der Bundesrepublik gegen ehemalige Angehörige der Zivilverwaltung sei das Ausmaß der Judenerschießungen seitens des Infanterieregiments 727 bekannt geworden. Tatsächlich folgten auf diese ersten Strafverfahren weitere Strafverfahren gegen ehemalige Soldaten dieses Regiments. Da es hingegen keinerlei Verfahren gegen ehemalige Angehörige der Zivilverwaltung im Einsatzraum des Infanterieregiments 747 gegeben habe, seien – so die krude Logik Heers – die Verbrechen der 747er nie bekannt geworden. Die

²²⁴ Zwar untersucht Bartov vorrangig das Verhalten der Fronttruppen. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die von Bartov so bemühte „Zerstörung der Primärgruppe“ für die Verbrechen der gesamten 707. Infanteriedivision überhaupt keine Rolle spielte. Bei den Judenmorden 1941 war dieses soziale Gefüge noch völlig intakt.

²²⁵ Dies fällt auch beim Durchblick der Akten des Korück 532 (IfZ-Archiv, MA-904) auf. Das Infanterieregiment 747 sticht dort keinesfalls als besonders harter Verband hervor.

²²⁶ BayHStA-KA, NL Carl von Andrian 4/6, Eintrag vom 20. 6. 1943.

²²⁷ Prestupniki po ubezdeniju? Polkovnik Carl von Andrian i unictozenie evreev 707-j pechotnoj diviziej v 1941–1942 gg, in: Belarus' i Hermanija. Historyja i sucasnisc', 2. Band, Minsk 2003, S. 115–121. Christian Jostmann, „Ich kann solchen Dingen nicht zustimmen.“ Die „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ präsentieren das Tagebuch eines Antisemiten in Wehrmachtsuniform, der dem Vernichtungskrieg nicht standhielt, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. 10. 2002.

²²⁸ Vgl. Hannes Heer, Extreme Normalität. Generalmajor Gustav Freiherr von Mauchenheim gen. Bechtolsheim. Umfeld, Motive und Entschlußbildung eines Holocaust-Täters, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 51 (2003), S. 729–753. Ders., Gustav Freiherr von Mauchenheim gen. Bechtolsheim. Ein Wehrmachtsgeneral als Organisator des Holocaust, in: Paul Mallmann/Gerhard Paul (Hrsg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004, S. 33–46.

Praxis der Judenerschießungen sei innerhalb der 707. Infanteriedivision uniform gewesen. Deshalb sei mein Aufsatz nichts anderes als ein „versuchter Freispruch für einen Regimentskommandeur“²²⁹.

Einer wissenschaftlichen Überprüfung halten Heers Thesen – auch hier – nicht stand. Denn es gab in der Bundesrepublik nicht nur ein Strafverfahren, sondern sogar einen Strafprozess gegen eine Person im ehemaligen Einsatzraum des Infanterieregiments 747. Dies war der im Aufsatz ausgiebig zitierte Prozess gegen den ehemaligen Kommandeur des Reserve-Polizeibataillons 11 Lechthaler. Wie bereits geschrieben, ergaben sich allerdings aus diesem Prozess keinerlei Verdachtsmomente gegen das Infanterieregiment 747; bei anderen Verfahren aber sehr wohl gegen das Infanterieregiment 727. Schon das spricht für eine unterschiedliche Praxis innerhalb der 707. Infanteriedivision. Meine Thesen werden durch die juristischen Ermittlungen bestätigt, nicht widerlegt. Im Übrigen: Die Frage, ob dieses oder jenes Regiment schuldig wurde oder nicht, ist keine Nebensächlichkeit. Hier geht es immer auch um die sehr grundsätzliche Frage nach den Einflussmöglichkeiten eines höheren Offiziers. Zudem behauptete Heer, Andrian habe von den Judenerschießungen des Bataillons im Voraus gewusst. Heers Fußnoten auf entsprechende Stellen im Andrian-Tagebuch sind nicht nur größtenteils erfunden, eine genaue Lektüre des Tagebuchs ergibt eindeutig, dass Andrian mehrmals vergeblich beim Divisionsstab vorstellig wurde, er möge genauer über Aktionen fremder Truppenteile in seinem Regimentsbereich unterrichtet werden.

In dem Aufsatz habe ich damals eine Edition des Tagebuchs angekündigt, die kurz vor ihrem Abschluss steht. Dabei werde ich auf die eben angesprochenen Punkte genauer eingehen. Auch sonst stellt sich die Beteiligung der 707. Infanteriedivision an den Judenmorden im Herbst 1941 als viel komplexer dar, als von der Forschung bisher angenommen wurde. So hat man u.a. die Rolle der Geheimen Feldpolizei übersehen oder die Tatsache, dass der Divisionsstab Anfang November eine Beteiligung an der Ermordung deutscher Juden ablehnte.

Zudem wird die Edition ein umfangreiches Bild zeichnen über die Deeskalationsversuche in der Partisanenbekämpfung seitens des Panzerarmeeoberkommandos 2, namentlich ihres Oberbefehlshabers Generaloberst Rudolf Schmidt²³⁰. Gleichzeitig soll der Frage nachgegangen werden, warum diese Versuche in den Jahren 1942/43 letztlich scheiterten. Bei all diesen Themen wird gerade auch die Person des Obersten Andrian als Akteur und Beobachter im Mittelpunkt stehen.

²²⁹ Hannes Heer, *Hitler war's. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit*, Berlin 2005, S. 291.

²³⁰ Vgl. hierzu nun auch Christian Hartmann, *Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42*, München 2009.



Sowjetische Soldaten ergeben sich, 15. Mai 1942
(Quelle: IfZ-Archiv)

Christian Hartmann

Massensterben oder Massenvernichtung?

Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“ Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten

Das größte Verbrechen, das der Wehrmacht vorgeworfen wird, ist das an den sowjetischen Kriegsgefangenen. Doch gibt es selbst hier einige ungeklärte Fragen, so dass schon deshalb die Auseinandersetzung über die Schuld „der“ Wehrmacht nie ganz zur Ruhe gekommen ist. Handelt es sich bei der Debatte um die Höhe der sowjetischen Opfer – ernsthaft diskutiert werden Zahlen in einer Höhe zwischen 2,6 und 3,3 Millionen¹ – eher um einen Streit der Spezialisten, der irrelevant ist für die Frage nach der deutschen Schuld, so hat die Diskussion über die deutschen Motive einen anderen Stellenwert. Jedes Verbrechen definiert sich in hohem Maße durch das Motiv, für das die Justiz feine Abstufungen kennt. Im Falle des Tötungsdelikts genügen schon einige juristische Termini, um die Tragweite dieses Rechtsverständnisses zu verdeutlichen: fahrlässige Tötung, Totschlag oder Mord.

Nach 1945 war der Tod der sowjetischen Kriegsgefangenen zunächst eine strafrechtliche Frage. Wohl wissend um ihre Verantwortung, haben die führenden deutschen Militärs daher äußere Faktoren vorgeschoben, um diese „bedauerliche[n] Zustände“² zu rechtfertigen. So behauptete Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses, „daß es sich [bei den sowjetischen Kriegsgefangenen] um ein ausgesprochenes Massenproblem gehandelt habe, das außergewöhnlich schwer zu organisieren war für die Versorgung, Unterbringung und Bewachung“.

Dass dies so nicht zutraf, zeigten bereits die alliierten Nachkriegsprozesse, etwa der sog. OKW-Prozess: „Concerning Russian prisoners of war the evidence establishes a series of colossal and stupid crimes under the Third Reich. Hundreds

¹ Vgl. etwa: Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941–1956: Dimensionen und Definitionen. Hrsg. von Manfred Zeidler und Ute Schmidt, Dresden 1999, S. 29 ff.

Streim nennt Verluste in einer Höhe von mindestens 2.545.000 Menschen, Streit in einer Höhe von etwa 3.300.000 Menschen. Ihre Angaben scheinen damit die relativ frühe Schätzung Datners zu bestätigen, der die Zahl der Opfer auf 2,8 bis 3 Millionen veranschlagte. Vgl. Alfred Streim, Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg. Berichte und Dokumente 1941–1945, Heidelberg 1982, S. 178; Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Neuausgabe: Bonn 1997, S. 244 ff.; Szymon Datner, Crimes against POWs. Responsibility of the Wehrmacht, Warszawa 1964, S. 225 f.

² So der Verteidiger für Generalstab und OKW, Dr. Hans Laternser, am 5. 4. 1946, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946, Nürnberg 1947, Bd. X, S. 665. Dort auch das folgende Zitat Keitels. Zur Argumentation Jodls vgl. ebenda, Bd. XV, S. 451 f.

of thousands, millions, were doomed to die through neglect or were killed by ill-treatment or deliberately executed by the agencies of the Reich Government in order to exterminate the so-called bearers of Communist ideology, the „unfit“, Jews, and others“, lautete das Fazit der amerikanischen Richter im Oktober 1948³. Die Forschung hat diesen Befund bestätigt. Schon Christian Streit kam zu dem Schluss, „daß dieses Massensterben in keiner Weise ausschließlich auf einen Notstand [...] zurückzuführen ist“⁴, sondern in erster Linie auf jene deutschen Vorgaben, die teilweise bereits vor Feldzugsbeginn formuliert worden waren. Allerdings habe es nicht in der Absicht der deutschen Führung gelegen, „die Kriegsgefangenen [...] in ihrer Gesamtheit umzubringen“. Demgegenüber hat Christian Gerlach in seiner groß angelegten Studie zur deutschen Besatzungspolitik in Weißrussland den Tod der sowjetischen Kriegsgefangenen als Teil eines umfassenden wie systematischen Hungerplans zu erklären versucht, der gewissermaßen als „masterplan“ der gesamten deutschen Besatzungspolitik zu Grunde gelegen habe: „Die Kriegsgefangenen waren neben den Bewohnern des eingeschlossenen Leningrad die einzige große sowjetische Bevölkerungsgruppe, der gegenüber der Anfang 1941 entwickelte Hungerplan durchgeführt werden konnte [...]“⁵. Seine These sucht Gerlach mit Indizien zu belegen, einen entsprechenden deutschen Befehl, der – unbeeinflusst von den Sachzwängen des Krieges – eine von vorne herein geplante Ermordung der meisten Kriegsgefangenen angeordnet hätte, kann er freilich nicht präsentieren⁶.

Die Diskussion über die Motive verweist auf ein zweites Problem, auf die Frage, wer in „der“ Wehrmacht eigentlich die Verantwortung für die schlimmen Ereignisse in den Kriegsgefangenenlagern trug. Wir kennen das grauenvolle Resultat und wissen, dass das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen der politischen und militärischen Führungsspitze ziemlich gleichgültig war. Was aber lag dazwischen? Wie reagierten die nachgeordneten militärischen Instanzen auf die Vorgaben von oben, jene also, welche die Kriegsgefangenenpolitik zu exekutieren hatten? Es wäre viel zu einfach, die Vorstellungen und Absichten der wenigen Generäle an der Spitze mit denen eines Millionenheers gleichzusetzen. Schon Streit hat darauf hingewiesen, es müsse „angesichts der Quellenlage offen bleiben, in welchem Maße auch [...] in der Truppe die Ansicht vertreten wurde, daß es ganz gut wäre, wenn die Kriegsgefangenen verschwänden“⁷.

Bestätigt wurde dieses Defizit in der langen wie giftigen Auseinandersetzung, welche die Öffentlichkeit während der letzten Jahre über die Wehrmacht geführt hat. Denn ihr eigentliches Thema war nicht so sehr die Institution Wehrmacht oder die Frage nach dem Verhalten ihrer höchsten Repräsentanten. Wirklich be-

³ Aus der Urteilsbegründung gegen General Hermann Reinecke, in: *Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, Nuernberg October 1946–April 1949, Volume XI: Case 12 „The High Command Case“, Washington 1950, S. 648ff., hier S. 649.*

⁴ Streit, *Keine Kameraden*, S. 187. Das folgende Zitat ebenda, S. 188.

⁵ Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 858.

⁶ Vgl. auch ebenda., S. 1135.

⁷ Streit, *Keine Kameraden*, S. 189. An diesem Befund hat sich, von wenigen lokalen Untersuchungen abgesehen, nur wenig geändert.

troffen war die deutsche Gesellschaft wohl eher von der Frage, ob und wie weit sich die Millionen Angehörigen dieser Armee an den Verbrechen des NS-Regimes beteiligt haben.

Damit wären wir an einem dritten Punkt angelangt, der eine Verbindung zwischen den ersten beiden Problemen herstellen könnte. Zwar hatte Hitler schon vor Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges gefordert, es sei nicht dessen Ziel, „den Feind zu konservieren“⁸. Trotzdem war die Frage, was eigentlich mit den Kriegsgefangenen zu geschehen habe, nicht die einzige Frage, deren definitive Beantwortung für die deutsche Führung zu Beginn dieses Krieges noch offen war⁹. „Der Krieg hat zahlreiche Probleme aufgeworfen, er wird sie selbst lösen“¹⁰, lautete die Parole, die der Generalstabschef des Heeres Franz Halder im April 1940 ausgegeben hatte. Genau so offen dürften auch diesmal die Vorstellungen der deutschen Führung gewesen sein. Auf jeden Fall lässt sich ihre Entscheidungsfindung von den Ereignissen an der Basis nicht einfach trennen. Gibt es etwas, an dem geprüft werden kann, welche Bedeutung die Intentionen der deutschen politisch-militärischen Führung hatten, welche die Sachzwänge dieses Krieges und was für Folgen dies schließlich für die Handlungsspielräume der Basis haben konnte?

1. Eine Quelle

Unter den Abertausenden blauen Mappen, in denen die Bestände des Bundesarchivs-Militärarchiv verwahrt werden, ist eine, deren Größe auffällt. Nur starke Gummibänder halten die Mappe einigermaßen zusammen. Öffnet man sie, so finden sich zwei Zigarrenkisten: „Dannemann-Brasil und Habanas nach Bremer Art“. Diese wiederum enthalten neben einem Foto („Weihnachts-Heiligabend 1940, Lager Mulsanne bei Le Mans“) mehrere hundert kleiner Zettel, im ungewöhnlichen Format 19 mal 10,7 cm, am Rande vierfach gelocht – ein Format, wie man es früher etwa für Tischkalender verwandte. Jeder dieser Zettel ist auf beiden Seiten engzeilig mit der Maschine beschrieben, einzelne Passagen sind sorgsam mit roter Tinte unterstrichen. Überschriften ist das Konvolut mit dem Titel „Mein Kriegstagebuch“, die Anlage nennt einen gewissen Johannes Gutschmidt als Verfasser.

Schon bei der ersten Durchsicht erweisen sich die Papiere als eine einzigartige Quelle. Denn der Verfasser, ein reaktivierter älterer Major, war von 1940 bis 1944 Kommandant mehrerer Kriegsgefangenenlager, und zwar sog. Durchgangslager (abgekürzt Dulag), der über seinen Kriegseinsatz – im Zweiten wie übrigens schon im Ersten Weltkrieg – Tag für Tag Buch führte. Während der Jahre 1940 bis 1944 scheint dies nicht die einzige Form der Dokumentation gewesen zu sein.

⁸ [Franz] Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942. Hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung. Bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. II, Stuttgart 1963, S. 337 (Eintrag vom 30. 3. 1941).

⁹ So auch Streit, *Keine Kameraden*, S. 80 ff., 196.

¹⁰ Zit. nach: Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn 1991, S. 190.

Seinem Tagebuch lässt sich entnehmen, dass Gutschmidt ein begeisterter Fotograf war, der seiner Einheit immer wieder seine Dias und selbst Farbfilme vorführte¹¹. Auch seiner Privatkorrespondenz opferte er ganze Abende. Es ist also nicht allein die Funktion des Verfassers, die diese Quelle auszeichnet, sondern auch dessen gut geschulte Beobachtungsgabe und schließlich die Tatsache, dass er einen Teil seines Leben damit zubachte, dieses gewissenhaft zu dokumentieren.

Zur Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Machtbereich¹² während der Jahre 1941 bis 1945 ist eine vergleichbare Quelle bisher nicht bekannt geworden. Die Quellenlage ist „überaus dürftig“¹³, selbst für die Lager im Deutschen Reich war bisher „so gut wie kein authentisches Quellenmaterial vorhanden“¹⁴. Noch geringer ist das Wissen über die Lager in der besetzten Sowjetunion, ihr bloßer Nachweis bereitet oft schon Probleme¹⁵, so dass an detaillierte Darstellungen erst gar nicht zu denken ist. Die Bedeutung der vorliegenden Quelle ist also sofort erkennbar. Die insgesamt 447 sorgsam geordneten Doppelseiten dieses Tagebuchs bieten die seltene Möglichkeit, dem deutschen Kommandanten eines solchen Lagers gewissermaßen über die Schulter zu schauen; sichtbar werden dabei sein Tun, seine Motive, sein Umfeld und auch seine Zusammenarbeit mit den ihm vorgesetzten Kommandobehörden. Gerade der Lagerkommandant war so etwas wie ein Bindeglied zwischen den höheren Hierarchieebenen und dem Lager selbst; er musste beides im Blick haben, die Absichten seiner Vorgesetzten wie auch deren Umsetzung vor Ort. Obwohl Gutschmidt alles andere als einen Spitzenrang innehatte, war er für das Schicksal von sehr vielen Menschen, insgesamt vermutlich weit über Hunderttausend, verantwortlich.

All dies – das Thema, die Quellenlage, die hohe Qualität der Berichterstattung und nicht zuletzt die Funktion des Verfassers – zeigt, welche Möglichkeiten diese Quelle bietet. Doch ist es gerade dieser letzte Punkt, Gutschmidts Funktion als

¹¹ Vgl. BA-MA, MSg I/257, Einträge vom 17. 5. und 19. 5. 1941.

¹² Vgl. hierzu die Literaturübersichten bei Streit, *Keine Kameraden*, S. 16 ff.; Jörg Osterloh, *Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie*, Dresden 1995; Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär, *Hitler's War in the East 1941–1945. A Critical Assessment*, Providence 1997, S. 257 ff.; Rüdiger Overmans, *Ein Silberstreif am Forscherhorizont? Veröffentlichungen zur Geschichte der Kriegsgefangenschaft*, in: *In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg*, Hrsg. von dems., Köln 1999, S. 483–551.

¹³ So Henry Böhm und Gerd R. Ueberschär, *Aktenüberlieferung zu sowjetischen Kriegsgefangenen im Bundesarchiv-Militärarchiv*, in: *Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956*, Hrsg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, Köln 1998, S. 267–279, hier S. 275.

¹⁴ Volker Schockenhoff, *Neue Quellen zur Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich*, in: *Der Archivar* 46 (1993), Sp. 618 ff. Der Umfang des Schrift- und Archivguts, das sich von allen deutschen Kriegsgefangenenlagern des Zweiten Weltkriegs erhalten hat, wurde 1977 auf lediglich 2,5 laufende Meter insgesamt geschätzt. Vgl. *Das Bundesarchiv und seine Bestände*. Von Gerhard Granier, Josef Henke und Klaus Oldenhege. Begründet von Friedrich Facius, Hans Booms und Heinz Boberach, Boppard a. Rh. 1977, S. 258. Ferner: *Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferungen von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP*. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearb. von Heinz Boberach u.a., Teil 1, München 1991, S. 448; Teil 2, München 1995, S. 278; Manfred Fink (Hrsg.), *Das Archiv der Republik und seine Bestände. Teil 1: Das Archivgut der 1. Republik und aus der Zeit von 1938 bis 1945, Inventare 2*, Bearb. von G. Artl u.a., Wien 1996, S. 550 f.

¹⁵ Eine verdienstvolle Übersicht bieten G[ianfranco] Mattiello/W[olfgang] Vogt, *Deutsche Kriegsgefangenen- und Internierten-Einrichtungen 1939–1945. Handbuch und Katalog: Lagergeschichte und Lagerzensurstempel*, 2 Bde., Koblenz 1986–1987 (Selbstverlag).

Lagerkommandant, der auch Fragen aufwirft, von denen hier drei zu diskutieren sind:

– Handelt es sich bei dieser Quelle um ein authentisches Dokument, in dem Sinne, dass es unmittelbar im Anschluss an die Ereignisse, auf jeden Fall aber noch vor Kriegsende verfasst wurde, unbeeinflusst von allen späteren Ereignissen und Einsichten?

– Wie weit werden die Schilderungen aus der Perspektive des „Täters“ dem Geschehen wirklich gerecht? Handelt es sich hier nicht zwangsläufig um einen geschönten Bericht, der letzten Endes einen völlig falschen Eindruck dieses Massenverbrechens bietet?

– Ist es möglich, Teile aus dieser umfangreichen Quelle so auszuwählen und zu präsentieren, dass sie der Quelle als Ganzem ebenso gerecht werden wie der eingangs formulierten Fragestellung?

Was die Authentizität der Quelle betrifft, so konnte das Bayerische Landeskriminalamt klären, dass „die verwendete Schreibmaschinenschrift [...] bereits vor dem strittigen Datum auf dem deutschen Markt erhältlich“ war, sogar schon vor 1930. Bei den verwendeten Tinten handele es sich um Schreibmittel, die es „wahrscheinlich“ vor 1945 „auf dem deutschen Markt“ gab¹⁶. Auch das Papier, sein für heutige Verhältnisse ungewöhnliches Loseblatt-Format, ist nach Auskunft der Spezialisten für die dreißiger und vierziger Jahre typisch¹⁷ und konnte während des Krieges verhältnismäßig einfach mitgeführt werden. Doch könnten diese Utensilien auch noch nach 1945 in Gebrauch gewesen sein. Gutschmidt schildert aber wiederholt in seinem Tagebuch, wie er seine täglichen, offenbar handschriftlichen Aufzeichnungen von Zeit zu Zeit mit der Maschine ins Reine schrieb¹⁸.

Vor allem aber entbehrt die Annahme, das Tagebuch sei erst nach dem Krieg, aus der Erinnerung geschrieben worden, möglicherweise sogar zum Zweck der bewussten Fehlinformation, jeder Plausibilität. Sieht man einmal vom Aufwand einer solchen Fälschung ab, dann sprechen schon die Akribie dieser Aufzeichnungen, ihre unzähligen Detailinformationen und die Fülle an Namen, Zahlen oder Daten gegen eine derartige Vermutung. Sehr viele dieser Angaben lassen sich mit zeitgenössischen Dokumenten, den amtlichen deutschen Kriegstagebüchern etwa, exakt belegen; die Kommentierung des Dokuments wird dies noch zeigen.

Welchen Zweck aber hätte eine solche Fälschung auch haben sollen? Zwar begann die alliierte Jurisdiktion schon früh, beginnend mit dem Charkower Schauprozess im Dezember 1943, die deutschen Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen zu ahnden¹⁹, die auch vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, im OKW-Prozess sowie einigen sowjetischen Verfahren aus-

¹⁶ Urkundentechnische Untersuchung des Bayerischen Landeskriminalamts vom 14. 7. 2000 sowie telefonische Auskunft vom 18. 7. 2000. Für die Unterstützung sei Herrn Chemieoberrat Dr. Buchner herzlich gedankt.

¹⁷ Tel. Auskunft der Deutschen Bibliothek in Leipzig, Papierhistorische Sammlung, vom 16. 5. 2000.

¹⁸ Vgl. etwa BA-MA, MSG I/257, Einträge vom 11. 4., 29. 4. und 10. 5. 1941 sowie vom 12. 6. 1943.

¹⁹ Die folgenden Angaben nach Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation unter Berücksichtigung der Unterlagen deutscher Strafverfolgungsbehörden und der Materialien der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Karlsruhe 1981, S. 249 ff. Ferner Bernd Boll, Wehrmacht vor Gericht. Kriegsverbrecherprozesse der Vier Mächte nach 1945, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 570–594.

führlisch zur Sprache kamen²⁰. Doch waren es meist nur die Spitzen der Wehrmacht, die deswegen von den Gerichten der westlichen Alliierten zur Rechenschaft gezogen wurden. Die Rechtmäßigkeit der sowjetischen Rechtsprechung, vor der sich auch die niedrigeren Chargen zu verantworten hatten, wurde vom Westen spätestens seit 1945 mehr und mehr in Zweifel gezogen – ob zu Recht oder zu Unrecht, steht hier nicht zur Debatte²¹. In der Folgezeit wurde das Thema „verdrängt, vergessen, verleugnet“²², im westlichen wie übrigens auch im sowjetischen Machtbereich. In der Bundesrepublik kam es zwischen 1949 und 1958 in nicht mehr als 24 Fällen zu einem Gerichtsverfahren wegen der Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener. Wehrmachtsangehörige waren in nur fünf Verfahren betroffen²³. So etwas dürfte Leute wie Gutschmidt kaum beunruhigt haben. Als 1958 die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ gegründet wurde²⁴, war er bereits 82 Jahre alt. Sollte er dies noch zur Kenntnis genommen haben, so hielt er es wohl für abwegig, dass auch er einmal von ihren Nachforschungen betroffen sein würde. Erst in den sechziger Jahren begann man die Ereignisse in den Durchgangslagern genauer zu untersuchen; als die Staatsanwaltschaft Hannover 1970 ein Verfahren „wegen Aussonderung sog. untragbarer russischer Kriegsgefangener durch Angehörige des Dulag 203“ eröffnete²⁵, war Gutschmidt bereits neun Jahre tot.

Im Grunde war nach dem Zweiten Weltkrieg das öffentliche Interesse an Personen wie Gutschmidt denkbar gering. Bei der Rezeption dieses Krieges spielten ganz andere Fragen und Themen eine Rolle. Warum aber hätte er sich dann der Mühe unterziehen sollen, knapp 450 Doppelseiten zu fälschen, die dann Jahre später – wohl von einer Familienangehörigen²⁶ – im Bundesarchiv-Militärarchiv deponiert wurden? Sein Tagebuch ist dort noch nicht einmal als Nachlass unter seinem Namen verzeichnet, sondern findet sich in der sog. Militärgeschichtlichen Sammlung, einem Sammelsurium an Erinnerungsschriften und Nachlasssplittern.

Trotzdem, es ist nicht ganz auszuschließen, dass Gutschmidt sein Tagebuch nach 1945 noch einmal abgeschrieben haben könnte²⁷. Einzelne Passagen hätte er

²⁰ Hierzu Arkadij Krupennikov, Gerichtsverfahren gegen Kriegsverbrecher Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre, in: Die Tragödie der Gefangenschaft, a.a.O., S. 197–214.

²¹ Die wohl ausgewogenste Einführung bietet Manfred Zeidler, Stalinjustiz contra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme, Dresden 1996. Dort auch weiterführende Literatur.

²² So Jörg Osterloh, Verdrängt, vergessen, verleugnet. Die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen in der historischen Forschung in der Bundesrepublik und der DDR, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 47 (1996), S. 608–619. Ferner Christian Streit, Sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Hand. Ein Forschungsüberblick, in: Die Tragödie der Gefangenschaft, a.a.O., S. 281–290.

²³ Vgl. Die westdeutschen Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1997. Eine systematische Verfahrensbeschreibung mit Karten und Registern. Bearbeitet von C. F. Rüter und D. W. de Mildt, Amsterdam/München 1998. Verfahren: 139, 219, 232 (?), 255, 294.

²⁴ Vgl. Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg 1982, S. 139 ff.

²⁵ Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Hannover, Az. 11/2 Js 608/70, nun in: Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/1–Nr.124/21.

²⁶ Dem Bundesarchiv-Militärarchiv wurde das Tagebuch 1983 übereignet. In Gutschmidts Tagebuch findet sich eine erläuternde handschriftliche Notiz, die offensichtlich nachträglich mit Kugelschreiber hinzugefügt wurde: „Rettungsmedaillen-Kamerad meines Mannes“ (13. 10. 1943).

²⁷ Die Unterstreichungen sowie die Tatsache, dass das Tagebuch nicht durchgehend im Präsens ver-

dabei herausnehmen oder auch hinzufügen können. Damit aber wäre bereits die zweite Frage angeschnitten, die Frage nach der Glaubwürdigkeit wie überhaupt nach der Objektivität eines solchen Berichts.

Diese Frage stellt sich letzten Endes bei jeder historischen Quelle, und erst recht stellt sie sich bei einem Tagebuch. Im vorliegenden Fall ist das Problem aber noch komplizierter. Hier schreibt ein Offizier, der vermutlich gegen seinen Willen und wider besseres Wissen in ein Massenverbrechen hineingezogen wird. Ist er noch in der Lage, adäquat darüber zu berichten? Wie weit werden seine Aufzeichnungen, die nun einmal nicht die der Gefangenen sind, dem Geschehen gerecht?

Es wäre zweifellos gefährlich, einen Bericht wie diesen zu verabsolutieren. Andererseits ist, wie jeder Richter weiß, eine Darstellung aus der Sicht der Täter zur Wahrheitsfindung unentbehrlich, in ihrer Perspektive erkennt Raul Hilberg sogar den besten Weg, um „an die historische Realität heranzukommen“²⁸. Deshalb hat man auch den Lebenserinnerungen eines Rudolf Höß, des Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz, den Wert eines zeitgeschichtlichen Dokuments zugestanden, „das es verdient, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden“²⁹. Der Wahrheitsgehalt der vorliegenden Quelle ist vermutlich noch höher einzuschätzen, nicht nur, weil es bei der Dimension und Funktion dieser beiden Lager – dort eines der größten Vernichtungslager, hier ein durchschnittliches Kriegsgefangenenlager – sowie bei der Intention und beim Auftrag ihrer Kommandanten gravierende Unterschiede gab. Im Gegensatz zu den Aufzeichnungen von Höß ist Gutschmidts Tagebuch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aus der Rückschau entstanden, sondern das Produkt täglicher Eindrücke und Erlebnisse, so dass es nicht überfrachtet ist mit Interpretationen des Erlebten. Vielmehr konzentriert es sich ganz darauf, diese Erlebnisse knapp und nüchtern zu protokollieren. So wird der Autor nicht zum allwissenden Erzähler, eher schon zur Person einer Geschichte, deren Fährnissen und Unwägbarkeiten auch er permanent ausgesetzt ist; ziemlich ungefiltert und ungeordnet, beinahe schon im Stil des Bewusstseinsstroms scheint er seine Erlebnisse verarbeitet zu haben, indem er sie jeden Tag zu Papier brachte – eine Form der Bewältigung, wie sie für seine Generation nicht untypisch war. Im Gegensatz zu den Aufzeichnungen von Höß waren diejenigen Gutschmidts also rein privater Natur, juristische, politische oder gar literarische Ambitionen lagen ihm fern. Es ging ihm wohl weniger um Rechtfertigung als um Rechenschaft. Was hier vorliegt, ist keine Verteidigungsschrift, sondern ein zeitnahe und bemerkenswert unaufgeregtes Verlaufsprotokoll jener Katastrophe, in der die deutsche Kriegsgefangenenpolitik mündete.

Dass es unabdingbar ist, dieses zu ergänzen, versteht sich von selbst. Auch unter dieser Überlegung bietet das Tagebuch Chancen, weil es die Möglichkeit eröffnet, Quellen, die sonst verstreut blieben, wieder zusammenzuführen – die zeitgenössischen Quellen, aber auch jene Ermittlungsakten, die nach 1945 entstanden

fasst ist, könnte für einen Überarbeitungsprozess sprechen, der freilich schon im Krieg erfolgt sein könnte.

²⁸ Zit. nach: Karin Orth, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte*, Hamburg 1999, S. 18.

²⁹ So Martin Broszat einleitend zu: *Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höß*. Eingeleitet und kommentiert von Martin Broszat, Stuttgart 1965, S. 7.

sind und die sich gerade auf jene Vorgänge konzentrierten, die nicht mehr durch das Kriegsrecht gedeckt waren.

Von den täglichen Aufzeichnungen Gutschmidts wird hier nur ein kleiner, wenn auch repräsentativer Ausschnitt publiziert. Im Vordergrund steht dabei das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen und nicht so sehr die Biographie Gutschmidts oder Geschichte und Struktur seines Lagers. Natürlich kann diese Auswahl den Alltag eines Lagerkommandanten nur sehr begrenzt wiedergeben und muss vieles, von dem diese Quelle berichtet, aussparen. Aus dieser Schwerpunktsetzung ergeben sich auch die zeitlichen Grenzen dieser Dokumentation; sie umfasst etwa ein Jahr, die Zeit von Frühjahr 1941 bis Frühjahr 1942 – also eine Phase, die für Vorbereitung und Verlauf des deutsch-sowjetischen Krieges von zentraler Bedeutung war wie auch für das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen. Von den 3350000 Rotarmisten, die während des Jahres 1941 gefangen genommen worden waren, dürften bis Februar 1942 bereits zwei Millionen, etwa 60 Prozent³⁰, gestorben sein; in dieser Zeit fielen die wichtigsten deutschen Entscheidungen zur Kriegsgefangenenpolitik. Um diese Entwicklung möglichst dicht zu dokumentieren, endet die Dokumentenauswahl im März 1942, wenn auch die übrigen Teile dieses Tagebuch, das noch bis März 1944 weitergeht, zur Interpretation (Teil V) herangezogen wurden.

2. Ein Offizier

Über den Verfasser des Tagebuchs ist nur wenig bekannt, in erster Linie nur das, was seinen Aufzeichnungen zu entnehmen ist. Greifbar wird er dort aber weniger in seinen Reflexionen oder gar Emotionen als in seinem Verhalten, das er hier detailliert ausbreitet. Es entspricht dem korrekten, um ständige Dokumentation bemühten Naturell Gutschmidts, wenn er seinem Tagebuch einige Angaben zu seiner Person vorangestellt hat. Kombiniert man diese Informationen³¹ mit dem, was aus den übrigen Resten seines Nachlasses³² und aus anderen Quellen zusammentragen lässt, so lässt sich seine Biographie immerhin skizzieren.

Johannes Gutschmidt wurde am 6. Oktober 1876 in Berlin-Schöneberg als Sohn eines evangelischen Kirchenbeamten geboren und trat im März 1896 in das Gardefußartillerie-Regiment ein; dort wurde er zwei Jahre später zum Leutnant befördert. Den Ersten Weltkrieg erlebte er als Hauptmann und Batteriechef an der Westfront³³, zuletzt im Preussischen Reserve-Fußartillerieregiments Nr. 234. Dreimal wurde er in dieser Zeit verwundet, nach zwei leichten Kopfverletzungen zertrümmerte ein schwerer Granatsplitter im Juni 1918 seine Schädeldacke, so dass Gutschmidt 1920 als charakterisierter Major und mit der Anerkennung einer Er-

³⁰ Angabe nach Streit, *Keine Kameraden*, S. 136.

³¹ Soweit nicht extra erwähnt, entstammen alle Angaben aus BA-MA, MSg I/257.

³² BA-MA, MSg I/258-260, /1585 und /1334.

³³ Über seine Erlebnisse im Ersten Weltkrieg hat Gutschmidt ebenfalls ein detailliertes Kriegstagebuch angefertigt. BA-MA, MSg I/1334, Kriegstagebuch J. Gutschmidt vom 29. 11. 1914–9. 11. 1918.

³⁴ Schreiben der Deutschen Dienststelle (WASSt) vom 1. 11. 2000 an den Verfasser.

werbsminderung von 50 Prozent aus der Armee entlassen wurde. Was Gutschmidt in den folgenden Jahren getan hat, war nicht zu ermitteln. In den Berliner Adressbüchern ist er für die Jahre 1928, 1929 und 1932 als Major a.D. geführt, wohnhaft in Berlin-Schöneberg, was dafür sprechen könnte, dass er zur Gruppe der vielen, frühzeitig verabschiedeten Offiziere, und in Sonderheit: Majore, zählte, die gezwungen waren, sich meist mehr schlecht als recht mit den neuen Verhältnissen zu arrangieren.

Doch blieb dieser pensionierte Offizier, den das „Elend“ der Revolution zutiefst erschüttert hatte³⁵, den alten Herrschern treu. Selbst in den Jahren 1940 bis 1944 lässt sein Tagebuch wenig Zweifel an seiner dezidiert monarchistischen Gesinnung. Er werde dem Kaiser stets die Treue halten, vermerkte Gutschmidt am 5. Juni 1941 in einer höchst bezeichnenden Mischung aus Trauer, Resignation und Trotz, als ihn die Nachricht vom Tod Wilhelms II. erreichte³⁶. Gerade dem Haus Hohenzollern blieb er eng verbunden. Vom Kronprinzen selbst, dem er zum Tode seines Vaters schriftlich kondolierte, traf während des Zweiten Weltkriegs immer wieder Post ein, zuweilen auch ein Päckchen Zigarren³⁷. Es überrascht deshalb nicht, wenn Gutschmidt nicht in den Akten des ehemaligen Berlin Document Center als Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen geführt ist³⁸. Was sich in seinem Nachlass findet, ist eine Einladung zur Trauerfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, die am 7. August 1934 im Tannenberg-Denkmal veranstaltet wurde³⁹, möglicherweise ein Hinweis auf Gutschmidts damaligen politischen Standort. Einiges deutet darauf hin, dass dieser überzeugte Monarchist den Nationalsozialisten distanziert begegnete, distanzierter jedenfalls als die Hohenzollern selbst⁴⁰. Als der Major Gutschmidt am 20. April 1941 seine Einheit zu „Hitlers“, nicht Führers, Geburtstag antreten ließ, fand er, wie er selbst schreibt, „einige passende Worte“⁴¹ – aber auch nicht mehr.

Dass sich Gutschmidt im Mai 1940, kurz nach Beginn der deutschen Offensive im Westen, reaktivieren ließ, war Ausdruck eines national-konservativen Weltbilds und Lebensgefühls, das ganz auf den drei nie in Frage gestellten Größen Nation – Armee – Herrscherhaus ruhte. Ob das neue System diese Werte noch in seinem Sinne repräsentierte, hat er sich allerdings nicht gefragt, zumindest nicht in seinem Tagebuch. Doch ist es angemessen, eine solche Entscheidung allein politisch zu interpretieren? In seiner Reaktivierung, die er übrigens nie rückgängig machen wollte, äußerte sich wohl auch ganz einfach der Wunsch, wieder „dabei“,

³⁵ BA-MA, MSg I/1334, Eintrag vom 9. 11. 1918.

³⁶ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 5. 6. 1941.

³⁷ BA-MA, MSg I/257, Einträge vom 10. 4., 5. 6., 30. 7., 30. 8., 6. 10. 1941 und 22. 1. 1942. Die Gründe für diese ungewöhnlich enge Beziehung konnten nicht geklärt werden, die Korrespondenz des Kronprinzen ist während des Zweiten Weltkriegs verlorengegangen. Freundliche Mitteilung von Herrn Rechtsanwalt J. F. von Strantz, Generalverwaltung des Vormaligen Regierenden Preussischen Königshauses, vom 17. 5. 2000.

³⁸ Schreiben des Bundesarchivs Berlin vom 15. 3. 2000 an den Verf.

³⁹ Vgl. die Unterlagen in BA-MA, MSg I/1585.

⁴⁰ Vgl. hierzu Sylvia Andler, „... ein neues Deutsches Reich unter mir erobern.“ Politische Verbindungen und Verbündete des Kaisers im Exil, in: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrag des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus-D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 143–149.

⁴¹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 20. 4. 1941.

wieder Soldat sein zu dürfen. Die Front – wie einst im „Weltkrieg“ – kam dafür aber nicht mehr in Frage. Gutschmidt war nicht nur schwerkriegsbeschädigt, jenes Foto von der Weihnachtsfeier 1940 im Kriegsgefangenenlager Mulsanne zeigt eine ziemlich korpulente, hochgewachsene Erscheinung⁴², runde Hornbrille, zudem ein starker Raucher, ständig gequält von einer chronischen Bronchitis. Doch musste die Wehrmacht auch auf solche Leute zurückgreifen, denn bei Kriegsbeginn war die Lage beim Offiziersersatz schlichtweg „katastrophal“⁴³. Damals hatte sie sich mit einer Fülle neuer Aufgaben auseinander zu setzen, zu denen auch die Organisation des Kriegsgefangenenwesens gehörte. Zwar mochte es im Verständnis eines alten Offiziers ehrenvollere Aufgaben geben, doch war damals wohl kaum abzusehen, wie groß die Verantwortung sein würde, die mit Posten dieser Art verbunden war.

Bereits Anfang Juni 1940 kam Gutschmidt zum Einsatz, zunächst in Holland, dann in Frankreich. Nach einer kurzen Zeit als Bezirkskommandant für die Kriegsgefangenen in Orléans übernahm er im September das Front-Stammlager (Stalag) 127, das wenig später nach Rennes verlegt wurde. Dabei gelang es ihm offensichtlich schnell, ein herzliches Verhältnis zu den französischen Gefangenen und Zivilisten aufzubauen, wie die vielen Briefe beweisen, die er nicht nur vor, sondern auch nach 1945 aus Frankreich erhielt⁴⁴. Im Dezember 1940 wurde er zum Kommandanten des Stalag 203 ernannt; mit ihm wurde er im März 1941 ins Generalgouvernement versetzt, mit ihm marschierte er drei Monate später in die Sowjetunion ein.

Der relativ häufige Stellenwechsel Gutschmidts ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass er nun in einem Bereich tätig war, in dem die Wehrmacht – vorsichtig formuliert – nicht gerade die erste Garnitur ihrer Führungskräfte verwandte. Folgt man dem Tagebuch Gutschmidts, so ergibt sich der Eindruck, dass in seiner Umgebung Disziplinarmaßnahmen oder gar Strafversetzungen recht häufig vorkamen. Andere wiederum meldeten sich einfach krank oder wurden wegen erwiesener Unfähigkeit nach Hause geschickt. Mit derartigen Beobachtungen soll kein pauschales Urteil gefällt werden; auch von anderen Naturen berichtet diese Quelle, von Soldaten oder Beamten, die auch auf diesem Posten viel leisteten und nach besten Kräften versuchten, ihren oft schwierigen Aufgaben gerecht zu werden. Doch lässt sich leicht nachvollziehen, dass sich Gutschmidt, der mit Leib und Seele Soldat war, von einem Umfeld abhob, dem der Ruf des Druckpostens anhaftete. Immer wieder erhielt er von seinen Vorgesetzten Lob und Aner-

⁴² Vgl. mit seinem Eintrag vom 17. 8. 1941: „Ich wiege mit Sachen rund 200 Pfund, während ich früher nackt 214 Pfund wog.“ Am 5. 3. 1942 notierte er, er habe während des Krieges 40 Pfund abgenommen.

⁴³ Vgl. Bernhard R. Kroener, Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1942, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/1: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und Personelle Ressourcen 1939–1941. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1988, S. 693–1001, insbes. S. 735 f.

⁴⁴ Gesammelt in BA-MA, MSg I/258. Zitiert sei etwa aus dem Brief des Erzbischofs Georges Greule, Bischof von Le Mans, an die französische Militärregierung von Berlin vom 30. 4. 1950: „De celui-ci [Gutschmidt] j'ai gardé moi-même un excellent souvenir, car il fut très compréhensif et humain à l'égard de nos prisonniers. [...] Il ne cachait pas ses sentiments d'antipathie à l'égard des nazis, qui l'avaient, m'a-t-il dit, éloigné de l'armée à cause de sa fidélité à l'Empereur Guillaume II, et obligé à faire des traductions pour vivre.“

kennung⁴⁵, er wurde befördert, im Juli 1942 zum Oberstleutnant⁴⁶, und ausgezeichnet: mit dem Kriegsverdienstkreuz II. (31. 1. 1941) und I. Klasse (20. 3. 1943)⁴⁷ sowie mit der Ostmedaille (1. 8. 1942). Als er im September 1942 erfuhr, „daß alle Offiziere z.V., die älter sind als Jahrgang 1877 auf Befehl des Führers jetzt beschleunigt verabschiedet werden sollen, um jüngeren Kräften Platz zu machen“, lautete sein Kommentar: „Das trifft mich alsbald und ist für mich, der ich so gerne Soldat bin, sehr hart.“⁴⁸

Es war kein geruhssames Etappenleben, dem Gutschmidt hier bereits prophylaktisch nachtrauerte. Spätestens der Russlandfeldzug sorgte für so viel Strapazen, dass sein Tagebuch sich über weite Strecken mit all den Mühseligkeiten beschäftigt, die sich aus dem harten Klima und der dürftigen Infrastruktur des Landes ergaben, die der Krieg dann häufig ganz zerstörte. Dazu kam die Bedrohung durch sowjetische Partisanen, die gegnerische Luftwaffe⁴⁹ sowie die Tatsache, dass selbst die Kriegsgefangenenlager in diesen Bewegungskrieg einbezogen werden konnten. Und schließlich waren auch die deutschen Bewacher von den Seuchen bedroht, die in den Lagern grassierten.

All diesen Herausforderungen hat sich Gutschmidt mit einer bemerkenswerten Härte und Zähigkeit gestellt; nicht ohne Genugtuung schrieb er im Mai 1942 in sein Tagebuch⁵⁰: „Heute bin ich wieder zwei Jahre Soldat. In dieser Zeit habe ich keinen Tag Urlaub gehabt und bin nie krank gewesen.“ Wenn dieser erfahrene und routinierte Troupier im März 1944 zur Führerreserve versetzt wurde⁵¹, dann kaum wegen mangelnder Leistung. Damals war der Bedarf der Wehrmacht an Kriegsgefangenenlagern einfach nicht mehr sehr groß⁵². Dass sich Gutschmidt schließlich im Oktober 1944 „beim Bataillon 9 in Potsdam aus dem aktiven Dienst entlassen“ ließ, einem guten halben Jahr vor der Zerstörung der Stadt, entbehrt nicht einer gewissen Symbolik. Und auch, dass „die Art, wie die Verabschiedung erfolgte, [...] würdelos“⁵³ war. In solchen Details manifestierte sich der Zerfall einer Ordnung, die weit über das Jahr 1933 zurückreichte. Danach ist Gutschmidt

⁴⁵ Vgl. etwa BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 14. 12. 1942: „Oberst Ried hat uns durch den Bez.Kdt. N seine vollste Anerkennung aussprechen lassen.“ Vgl. ferner Einträge vom 1. 8. 1941, 4. 12. 1942.

⁴⁶ Bundesarchiv (künftig: BA), Abt. Zentralsachverhalt, Dienstlaufbahnbescheinigung vom 21. 6. 1961.

Vgl. hierzu auch BA-MA, RH 49/77: Schreiben des Hauptmanns Müller-Schöll (Dulag 127) an den Rittmeister Mirow (286. Sicherungsdivision) vom 16. 2. 1942, in dem es u. a. hieß: „Wie wäre es, wenn der gute Major Gutschmidt endlich Oberstleutnant würde. Unabhängig von hier nicht zur Diskussion stehenden Fragen hat er es redlich verdient.“ Unklar ist, worauf der letzte Satz anspielt, ob damit die politische Gesinnung Gutschmidts gemeint ist oder ganz andere Dinge.

⁴⁷ Vgl. mit Gutschmidts Kommentar vom 1. 4. 1943 (BA-MA, MSg I/257): „Ich bin übrigens von unseren Dulagkommandanten der erste, der die I. Klasse bekommen hat.“

⁴⁸ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 16. 9. 1942. Vgl. auch Einträge vom 8. 4. 1943, 25. 12. 1943 und 7. 2. 1944.

⁴⁹ Gutschmidt berichtet in seinem Tagebuch relativ häufig über sowjetische Luftangriffe, möglicherweise eine Folge von Stalins Befehl Nr. 270 vom 16. 8. 1941, demzufolge diejenigen Rotarmisten, die es vorgezogen hätten, „sich anstelle der Organisation des Widerstandes gefangenzugeben, [...] mit allen Boden- und Luftmitteln zu vernichten“ seien. Zit. nach: Osterloh, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 67f.

⁵⁰ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 19. 5. 1942.

⁵¹ Gutschmidt verließ sein Dulag erst im März 1944; seine Versetzung in die Führerreserve des Wehrkreises II datiert indes vom 1. 1. 1944. Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/15.

⁵² Das Dulag 231 wurde am 11. 10. 1944 aufgelöst. Vgl. BA-MA, RH 49/9: Stammtafel Dulag 231.

⁵³ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 15. 10. 1944.

offensichtlich nach Berlin-Schöneberg zurückgekehrt, seine alte Wohnung (Innsbrucker Straße 34) ist als letzte Anschrift geführt; dort ist er am 11. Mai 1961 gestorben⁵⁴.

Gutschmidt hat also beinahe den ganzen Feldzug gegen die Sowjetunion mitgemacht. Dass er auch über Erfahrungen im Westen verfügte, macht die Sache noch interessanter. In der Sowjetunion selbst konnte er als Kommandant zweier Durchgangslager alle drei großen Sowjetrepubliken kennenlernen: zunächst Weißrussland und Russland, seit September 1942 dann die Ukraine. Schauplatz der hier präsentierten Teile seines Tagebuchs sind die ersten beiden Gebiete, oder in der militärischen Terminologie: das Hinterland der Heeresgruppe Mitte, zunächst ihr rechter Flügel, das vergleichsweise frontnahe Gebiet im Rücken der 2. Armee. Ende November 1941 wurde Gutschmidt dann nach Smolensk versetzt, in das weiter hinten gelegene, sogenannte Rückwärtige Heeresgebiet⁵⁵, wo er eigentlich das Dulag 231 übernehmen sollte. Wegen der unklaren militärischen Lage – das neue Lager war noch in Wjasma und sollte erst später nach Smolensk zurückgezogen werden – entschieden Gutschmidts Vorgesetzte, er habe mit seiner Mannschaft vorerst im Dulag 126 „auszuhelfen“⁵⁶. Tatsächlich aber organisierten sie die Verteidigung von Smolensk, das während der Winterkrise in die Hände der Roten Armee zu fallen drohte. In diesen Wintermonaten hat Gutschmidt also das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht als Kommandant eines Lagers erlebt – vielleicht ein Grund dafür, dass in seinem Tagebuch während dieser Zeit andere Themen im Vordergrund stehen, während es von den grauenhaften Ereignissen in den Lagern nur Momentaufnahmen preisgibt. Erst am 29./30. April 1942 übernahm Gutschmidt sein neues Lager, das in Wjasma geblieben war⁵⁷.

Versucht man den Weg Gutschmidts als Kommandant dieser beiden Durchgangslager (203 und 231) für die Zeit von Juni 1941 bis Februar 1944 auf der Karte zu verfolgen, so lauten die wichtigsten Stationen: Bielsk, Minsk, Sluzk, Orscha, Kritschew, Smolensk (1941/42), Wjasma, Millerowo, Wolschansk (1943), Poltawa, Kremenschug, Charkow, Kirowograd (1943/44), Perwomaïsk⁵⁸. Schon diese Namen verdeutlichen, dass es immer wieder die Brennpunkte des militärischen Geschehens waren, an denen er eingesetzt war. Wenn darüber hinaus vor kurzem festgestellt wurde, Weißrussland sei „ein Zentrum“ des „Massenmords“ an den sowjetischen Kriegsgefangenen gewesen⁵⁹, dann unterstreicht auch das die Bedeutung, die gerade diesen Lagern und damit auch diesem Bericht zukommt.

Noch ein weiterer biografischer Aspekt verdient Beachtung: Schon zu Beginn des Ostfeldzugs war Gutschmidt, der im Oktober 1941 seinen 65. Geburtstag feierte, im Grunde ein Pensionär. Selbst die meisten Generäle waren jünger⁶⁰, erst

⁵⁴ Schreiben des Landeseinwohneramts Berlin vom 28. 2. 2000 an den Verf.

⁵⁵ Zum folgenden vgl. BA-MA, MSg I/257, Einträge ab 28. 11. 1941 ff.

⁵⁶ Ebenda, Eintrag vom 4. 12. 1941. Auch in den Tätigkeitsberichten von Februar bis April 1942 des Quartiermeisters des Befehlshabers Rückwärtiges Gebiet Mitte (BA-MA, RH 22/248) ist vermerkt, dass das Dulag 231 (Smolensk) „nicht für Kriegsgefangenenzwecke eingesetzt“ würde.

⁵⁷ BA-MA, MSg I/257, Einträge vom 29 und 30. 4. 1942.

⁵⁸ Berücksichtigt sind hier nur die wichtigsten und bekanntesten Stationen. Vgl. hierzu auch ebenda, Anlage No. 2: „Meine Quartiere im Kriege“.

⁵⁹ So Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 857.

⁶⁰ Zwischen 1933 und 1945 wurden insgesamt 3191 Generäle und Admirale ernannt; von diesen gehörten lediglich 103 zu den Jahrgängen 1865 bis 1875. Vgl. Reinhard Stumpf, *Die Wehrmacht-*

recht nach den personellen Umbrüchen der Winterkrise 1941/42. Doch ist das vergleichsweise hohe Alter Gutschmidts mehr als nur ein biografisches Spezifikum. Als Offizier, der die Armee bereits 1919 verlassen hatte, war er in mancher Hinsicht ein Vertreter der alten Ordnung geblieben und repräsentierte Werte, die mittlerweile nicht mehr selbstverständlich waren. Vielleicht war dieses Zeitfremde auch darin begründet, dass er sich im Gegensatz zu seinen Jahrgangskameraden, die in der Armee geblieben waren, nicht mehr wirklich um seine Karriere zu sorgen brauchte, dass er die Dinge mit mehr Abstand sehen konnte als jene aktiven Offiziere, die den Kategorien von Laufbahn und Beförderung ungleich stärker verhaftet waren. Dazu kam, dass er als Kommandant eines Kriegsgefangenenlagers längst nicht so dem Interesse, aber auch der Kontrolle ausgesetzt war wie etwa ein Divisionskommandeur oder gar der Stabschef einer Armee. Unter dieser Überlegung lässt sich das Tagebuch Gutschmidts auch als Bericht eines Offiziers der alten, kaiserlichen Armee lesen, der nun, nach einer Pause von über zwanzig Jahren, vom Ersten in den Zweiten Weltkrieg kommt. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion sollte er dessen Extremform erleben. Dies betraf nicht allein den Schauplatz, die klimatischen Verhältnisse oder quantitativen Dimensionen. Noch nie hatten sich die Möglichkeiten, die sich dem Krieg im 20. Jahrhundert boten, so drastisch offenbart: militärisch ein hoch technisierter Bewegungskrieg, politisch ein ideologisch motivierter Eroberungs- und Vernichtungskrieg.

Gutschmidt war dabei eine Aufgabe zugewiesen worden, die sich einerseits durch eine gewisse Distanz auszeichnete; selbst wenn die Lager mitunter in die Kämpfe hineingezogen wurden, blieb immer noch viel Zeit für eine relativ unge störte Beobachtung und Beschreibung der Ereignisse. Andererseits gab es in diesem Krieg nur wenige Punkte, wo sich sein militärischer Charakter so sehr mit seinem politischen vermengte wie in einem Kriegsgefangenenlager.

3. Ein Lager

Mit den Lagern gerät die Aufgabe des Verfassers in den Blick; auch sie bietet die Möglichkeit, diese Quelle besser einzuschätzen. Als Kommandant eines Durchgangslagers hatte Gutschmidt eine Einrichtung zu leiten, deren Funktion sich bereits in ihrer Bezeichnung erklärt. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg hatte die Wehrmachtführung erkannt, dass man in einem Bewegungskrieg nur schwerlich ohne zentrale „Sammel- und Abschubstellen“ für Kriegsgefangene⁶¹ – so die einschlägige Dienstanweisung – auskommen würde. Sie sollten den Strom der gefangengenommenen gegnerischen Soldaten (zu denen auch internierte männliche Zivilisten kommen konnten) erst einmal sammeln, einer ersten Überprüfung und Versorgung unterziehen und dabei ordnen⁶². Dann waren diese Gruppen aus dem

Elite. Rang- und Herkunftsstruktur der deutschen Generale und Admirale 1933–1945, Boppard a.Rh. 1982, S. 285 ff.

⁶¹ IfZ-Archiv, Da 34.12: Dienstanweisung für den Kommandanten eines Kriegsgefangenen-Durchgangslager vom 22. 5. 1939 (H.Dv. 38/4), S. 7.

⁶² Zum Spezialproblem der Gefangenenregistrierung, die – entgegen der bislang herrschenden Meinung – auch bei den sowjetischen Kriegsgefangenen „korrekt und vorschriftsmäßig“ erfolgte,

Operationsgebiet nach hinten in die ortsfesten Stamm- oder Offizierslager (Stalag und Oflag) weiterzuleiten, was im deutsch-sowjetischen Krieg bedeutete, dass die Gefangenen damit meist vom OKH- in den OKW-Bereich kamen. Da diese rückwärts gelegenen, bodenständigen Lager den vorrückenden Armeen aber nur schwer folgen konnten, schlossen die teils motorisierten, teils bespannten Dulags diese Lücke, indem sie die kämpfende Truppe⁶³ in Etappen auf ihrem Vormarsch begleiteten. Institutionell gehörten die Dulags, die man auch als die „Verschiebebahnhöfe“ des nationalsozialistischen Lagersystems bezeichnet hat⁶⁴, gewöhnlich zur Kommandantur eines Rückwärtigen Armeegebiets, den sogenannten Korücks. Aufgrund der riesigen Räume, die sich mit dem Krieg gegen die Sowjetunion für die Wehrmacht eröffneten, konnten die Dulags jedoch auch den Sicherungsdivisionen unterstellt sein, in diesem Falle der 286. und 221⁶⁵. Diese Divisionen hatten die hinter den Armeegebieten liegenden Rückwärtigen Heeresgebiete zu kontrollieren und alle versprengten Rotarmisten aufzugreifen.

Die Gefangenen sollten eigentlich so lange in den Dulags bleiben, „als ihre Gesamtzahl im ‚Dulag‘ 5000 nicht übersteigt“⁶⁶. Dass die Zahlen in der Praxis oft erheblich höher lagen, verdeutlicht die vorliegende Quelle. Die Lagerverwaltung setzte daher alles daran, die Gefangenen schnell nach hinten abzuschieben, so dass diese die Dulags meist nur als Durchzügler erlebten. Schon deshalb mussten die Beziehungen zwischen Bewachern und Bewachten meist unpersönlich bleiben, wenngleich Gutschmidts Tagebuch immer wieder ein Zeugnis dafür ist, welch großes Interesse und auch welche Fürsorge er gegenüber einzelnen Kriegsgefangenen zeigen konnte. Die Wellen an Kriegsgefangenen, die sich durch diese Lager wälzten, wurden durch den Krieg, aber auch von der Besatzungspolitik gespeist. Eine hohe Fluktuation gab es vor allem bis Herbst 1941 und dann wieder ab Sommer 1942; auch in dieser Hinsicht sind die Aufzeichnungen Gutschmidts ein sehr genaues Abbild der militärischen Lage. Daneben traten Phasen, in denen sich die Kriegsgefangenen relativ lange in den Dulags aufhielten, bis sich deren Funktion ab 1943 mit denen der Stammlager mehr und mehr vermischte. Kleinere Gruppen von Gefangenen entwickelten sich schon früher zu „Dauergästen“, denn die Vor-

allerdings nicht in den Dulags, sondern den Stalags, vgl. Rolf Keller und Reinhard Otto, Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Wehrmachtbürokratie. Unterlagen zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945 in deutschen und russischen Institutionen, in: MGM 57 (1998), S. 149–180.

⁶³ Die großen Armee-Gefangenen-Sammelstellen waren institutionell noch Teil der kämpfenden Truppe, während die Lager bereits zum Kriegsgefangenenwesen gerechnet wurden. Vgl. Streim, Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, S. 13, Anm. 73.

⁶⁴ Vgl. Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP). Hrsg. von Martin Weinmann. Mit Beiträgen von Anne Kaiser und Ursula Krause-Schmitt, Frankfurt a.M. 21990, S. XXV.

⁶⁵ Vgl. BA-MA, RH 49/9: Stammtafel Dulag 203.

⁶⁶ IfZ-Archiv, Da 34.12: Dienstanweisung, S. 7.

Recht allgemein heißt es dort zu den Aufgaben des Lagerkommandanten, dieser habe „eine nach Rasse und Nationalität unterschiedliche Menschenmenge zu ordnen, listenmäßig zu erfassen und für schnellsten Weitertransport einzuteilen. Er handelt nach folgenden Grundsätzen: Strenge, aber gerechte Behandlung im Rahmen des Abk[ommens] vom [19]29 auch überall dort, wo Vergehen aus des Psyche des Kr[iegs]Gef[angenen] heraus zu verstehen sind. Kleinliche Schikane widerspricht dem Ehrbegriff des deutschen Soldaten. Schutz der rückwärtigen Armeeverbindungen und des Heimatkriegsgebietes vor feindlichen Wehrmacht- pp. Angehörigen, die, obwohl entwaffnet, nach den Erfahrungen des Weltkrieges bis zum Abtransport in ihre Heimat Deutschlands Feinde bleiben.“ (Ebenda, S. 8f.).

schrift erlaubte es, einen Teil der Gefangenen „für Zwecke des ‚Dulag‘ (Handwerker, San[itäts]personal usw.)“⁶⁷ zurückzuhalten. Gutschmidt, der im Dezember 1941 Victor, einen jungen Ukrainer, zu seinem Burschen ernannte⁶⁸, nützte diese Möglichkeiten. Ausführlich schildert er, wie er die unterschiedlichsten Spezialisten aus den Gefangenen herausuchte; ein russischer Kunstmaler war darunter, im Sommer 1942 sogar eine ganze Künstler- und Akrobatentruppe⁶⁹.

Da ein Dulag mobil bleiben sollte, beschränkte sich dessen Eingrenzung auf einen doppelten, ausreichend beleuchteten und 2,5 m hohen Stacheldrahtzaun, dazwischen lag ein Patrouillengang von 3 m Breite. Laut Vorschrift war die deutsche Lagerorganisation zweigeteilt, neben der Wachmannschaft gab es die eigentliche Lagerverwaltung⁷⁰, zu der „ungefähr 100 Leute“ gehörten⁷¹. Über deren Aufgaben finden sich in der Vorschriften nur wenige Angaben; aus dem Stellenplan eines anderen Dulag⁷² geht hervor, dass die Lagerverwaltung in insgesamt sieben Gruppen zerfallen konnte: an der Spitze der Kommandant, ihm unterstellt die eigentliche Lagerführung (mit den Lageroffizieren und Dolmetschern), ferner die Gruppen Arbeitseinsatz, Sanitätsoffizier, Abwehr, Verwaltung, Fahrbereitschaft und Lager-Bautrup. Im Gegensatz dazu waren die Wacheinheiten dem Lagerkommandanten nur taktisch, in ihrer Funktion als Bewachungsorgan unterstellt⁷³. Eigentlich sollte ihre Stärke pro Lager zwei Landeschützenbataillone betragen, was einem Verhältnis von einem Wachmann auf zehn Kriegsgefangene entsprochen hätte. Dies ließ sich kaum verwirklichen. Obwohl Gutschmidts Dulag mit bis zu dreißigtausend Mann belegt war, stand ihm nicht mehr als eine Kompanie eines solchen Bataillons⁷⁴ zur Verfügung, also zwischen 100 und 200 Mann. Das war die Regel. Das Dulag 131 (18138 Kriegsgefangene) wurde im September 1941 etwa von 92 deutschen Soldaten bewacht, das Dulag 220 (8500 Kriegsgefangene) nur noch von 30⁷⁵. Die deutschen Besatzer griffen deshalb zunehmend auf die Kriegsgefangenen selbst zurück – als Lagerpolizei, aber auch für die Bewachung der Lager, für die sie Ukrainer oder ganze Hundertschaften berittener Kaukasier heranzogen⁷⁶. Gleichwohl blieb die Bewachung spärlich. Gutschmidt berichtet, wie eine vorbeiziehende deutsche Nachschubeinheit freiwillig ihre Hilfe angeboten habe, weil sie glaubte, eine so schwache Truppe könne unmöglich so viele Gefangene in Schach halten⁷⁷. Solch ungünstiger Stärkeverhältnisse zum Trotz, die Überreaktionen wahrscheinlich machten, suchte Gutschmidt die Wacheinheiten immer wieder an jene „strenge, aber gerechte Behandlung [der Kriegsgefangenen]

⁶⁷ Ebenda, S. 12.

⁶⁸ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 9. 12. 1941.

⁶⁹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 4. 8. 1942, ferner vom 20. 11. 1943.

⁷⁰ IfZ-Archiv, Da 34.12: Dienstanweisung, S. 8 ff.

⁷¹ Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/5: Vernehmung Alexander S. vom 4. 7. 1971.

⁷² BA-MA, RH 49/74: Stellenbesetzung Dulag 126, Stichtag 5. 2. [19]43.

⁷³ Vgl. Streim, Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, S. 15f.

⁷⁴ Im Falle des Dulag 203 waren dies 1941 u. a. die folgenden Kompanien: 2./LSB 974, 3./LSB 285, 1. (oder 2.)/LSB 432, 1./LSB 974. Angaben nach Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/2; BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 17. 10. 1941.

⁷⁵ BA-MA, RH 22/251: Ltd. Kgf.Bez.Kdt beim B Rück Mitte, KTB Anlagen, Besichtigungsbericht vom 9. 10. 1941.

⁷⁶ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 22. 10. 1941; Vgl. ferner BA-MA, RH 20-2/1445: AOK 2, Abt. Qu 2, Tätigkeitsbericht für die Woche vom 2.–8. 11. 1941.

⁷⁷ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 8. 8. 1941.

im Rahmen des [Genfer] Abk[ommens] v[on] [19]29⁷⁸ zu erinnern⁷⁹, zu der sie laut Dienstvorschrift eigentlich verpflichtet waren.

Auch die Erstversorgung der eintreffenden Kriegsgefangenen gehörte zu den Aufgaben eines Dulags. Die einschlägige Dienstvorschrift enthielt genaue Anweisungen für ihre Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung und medizinische Betreuung, wie auch für ihre Besoldung, ihre „freizeitliche Beschäftigung“ und ihre disziplinarrechtliche Stellung – Vorschriften, die in der Wirklichkeit des deutsch-sowjetischen Krieges wenig galten⁸⁰. Ebenso erwies sich die „zeltmäßige Unterbringung“⁸¹ der Gefangenen in der Regel als frommer Wunsch, so dass Gutschmidt seine Lager schon bald mit offenen Unterständen oder geschlossenen Baracken ausstatten ließ⁸², die laut Vorschrift eigentlich „erst dann errichtet werden [sollten], wenn im Laufe der Zeit aus dem ‚Dulag‘ ein ‚Stalag‘ gebildet werden soll“⁸³. Als unzureichend sollten sich auch die ursprünglich vorgesehenen Krankenreviere erweisen⁸⁴; das OKH befahl daher schon im Juli 1941, Lazarette in den Dulags einzurichten, „um die Heimat vor einer Überschwemmung mit russischen Verwundeten zu bewahren“⁸⁵.

Es war Ausdruck des politischen Terrainverlusts, dem die Wehrmacht in der NS-Diktatur ausgesetzt war, wenn ihre Befehlsgewalt mit Beginn des Ostkriegs auch in den Kriegsgefangenenlagern mehr und mehr durchbrochen wurde. Auf der Grundlage der Absprachen zwischen politischer und militärischer Führung im Vorfeld dieses Krieges übermittelte SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich am 17. Juli den Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei (SiPo) und des Sicherheitsdienstes (SD) „Richtlinien über die Säuberung der Gefangenenlager, in denen Sowjetrussen untergebracht sind“⁸⁶. Damit meinte er die Lager im Reich und im Generalgouvernement, denn der Generalquartiermeister des Heeres, General Eduard Wagner, hatte dafür gesorgt, dass die „Kriegsgefangenenlager des Operationsgebietes“ davon erst einmal ausgenommen wurden. Wagner selbst befahl diesen am 24. Juli, die Gefangenen in „Gruppen zu trennen“; mit den „politisch untragbare[n] und verdächtige[n] Elemente[n], Kommissare[n] und Hetzer[n]“ sei „nach Entscheidung der Lagerkommandanten gemäß gegebener Sonderanord-

⁷⁸ IfZ-Archiv, Da 34.12: Dienstanweisung, S. 8.

⁷⁹ BA-MA, MSg I/257, Einträge vom 17. und 18. 10. 1941 sowie vom 23. 9. 1942.

⁸⁰ Mit Weisung vom 16. 6. 1941 hatte das OKW das Genfer „Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen vom 27. 7. 1929“ zur „Grundlage für die Behandlung“ der sowjetischen Kriegsgefangenen erklärt, jedoch schon hier einige Ausnahmen festgelegt. Druck: Hans-Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekution sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1967, S. 135–232, hier S. 198 ff.

⁸¹ Ebenda, S. 18.

⁸² Vgl. auch den ausführlichen Bericht des Dulag 240 vom 25. 10. 1941 (BA-MA, RH 49/78), in dem die umfangreichen Bauvorhaben beschrieben werden, die für 15000 bis 20000 Kriegsgefangene ausgelegt waren.

⁸³ IfZ-Archiv, Da 34.12: Dienstanweisung, S. 18.

⁸⁴ Ebenda, S. 23.

⁸⁵ IfZ-Archiv, MA 1564/31, NOKW 2423: Befehl OKH/GenStdH, Az. GenzbV ObdH/GenQu Abt.K.Verw. Nr. II/4590/41 vom 24. 7. 1941.

⁸⁶ Druck: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 346 ff., hier S. 346. Vgl. hierzu Reinhard Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998.

nungen zu verfahren“⁸⁷. Das hieß, sie waren zu ermorden. Juden und Asiaten seien dagegen „für den Arbeitseinsatz im Operationsgebiet“ heranzuziehen. Mit dieser Einschränkung dürfte Wagner der Mentalität vieler Lagerkommandanten entsprochen haben, die in den Bolschewisten und weniger in den Juden ihre gefährlichsten Gegner zu erkennen glaubten⁸⁸ und die es meist nicht gern sahen, wenn andere in ihren Lagern herumschnüffelten. Trotzdem gab es schon damals Kommandanten, die Himmlers Leuten zuarbeiteten. Mit einer Anordnung vom 8. September 1941 machte das OKW dann den Kommandanten aller Lager die „engste Zusammenarbeit mit den Einsatzkommandos zur Pflicht“⁸⁹. Wagner lenkte am 7. Oktober ein, so dass Heydrich am 29. Oktober den Kommandos der SiPo und des SD den ausdrücklichen Befehl geben konnte, nun auch alle „Kriegsgefangenen- und Durchgangslager im rückwärtigen Heeresgebiet“ in ihr Mordprogramm einzubeziehen⁹⁰. Die Zahl der Kriegsgefangenen, die diesen Selektionen zum Opfer fielen, ist umstritten. Sicher ist, dass die Schätzung Streits, der sie zunächst auf 580 000 bis 600 000 Opfer veranschlagte, entschieden zu hoch lag⁹¹. Streim errechnet „mindestens 120 000 sowjetische Kriegsgefangene im OKW-Bereich und wenigstens 20 000 im Operationsgebiet“⁹². Noch niedriger sind die Angaben Gerlachs; sie basieren auf einer Angabe von Gestapo-Chef Heinrich Müller, der am 5. Dezember 1941 intern erklärte, es seien bisher 16 000 Gefangene erschossen worden. Gerlach schätzt daher, dass allein von der Heeresgruppe Mitte während der Jahre 1941 bis 1944 „etwa 10 000 Kriegsgefangene“ an die Einsatzgruppe abgegeben wurden⁹³.

Vorgänge wie diese machen deutlich, dass die beiden Dulags, die Gutschmidt während des Ostkriegs leitete, stets in ein großes, weitverzweigtes System eingebunden waren. Im zweiten Halbjahr 1941 waren allein im deutschen Operationsgebiet nicht weniger als 81 Kriegsgefangenenlager eingesetzt: 22 Armee-Gefangenen-Sammelstellen, 12 Stalags sowie 47 Dulags, der häufigste Lagertyp⁹⁴. Entsprechend relativiert sich die Bedeutung von Gutschmidts Aufzeichnungen, so dass deren Auswertung sowohl dem Einzelfall Rechnung zu tragen hat als auch dem System, das sich in diesem repräsentiert.

⁸⁷ Wie Anm. 84. Auch zum Folgenden.

⁸⁸ So auch Streit, *Keine Kameraden*, S. 101 f., gestützt auf den Bericht der Einsatzgruppe C vom 3. 11. 1941.

⁸⁹ Druck: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“, S. 351 ff., hier S. 352.

⁹⁰ Druck beider Befehle: Streim, *Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener*, S. 324 ff., Zitat S. 324.

⁹¹ Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 105; in der dritten Auflage seines Buchs gesteht Streit den Einwänden Hoffmanns „eine gewisse Berechtigung“ zu. Vgl. Joachim Hoffmann, *Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4: *Der Angriff auf die Sowjetunion*. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1983, S. 713–809, hier S. 730 f., Anm. 70 und 71.

⁹² Streim, *Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener*, S. 244.

⁹³ Vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 839 mit Anm. 353 und 354. Müllers Angabe bezieht sich wohl nur auf die Lager im Operationsgebiet. Otto (Wehrmacht, S. 268) hat errechnet, dass „die Anzahl der im Reichsgebiet bis zum 31. Juli 1942 auf Grund der Einsatzbefehle Nr. 8 und 9 ermordeten Gefangenen bei wenigstens 38 000 Mann“ liegt.

⁹⁴ Vgl. Streim, *Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener*, S. 241. Weitere Angaben bei: Mattiello/Vogt, *Deutsche Kriegsgefangenen- und Internierten-Einrichtungen*.

4. Eine Schuld

Unter dieser Maßgabe sind nun jene Fragen wieder aufzugreifen, die eingangs formuliert wurden: die Frage nach dem Verhalten der nachgeordneten Instanzen, also der Truppe selbst; dann die Frage, ob und wie weit sich darin die Intentionen der obersten deutschen Führung erkennen lassen; und schließlich die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Ebenen, auch mit Blick auf den Einfluss der viel beschworenen Sachzwänge. Zu diskutieren wäre dies vor allem an jenem Fall, der die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg mit Abstand am stärksten prägte, ihrem Massensterben, das sich zwischen Herbst 1941 und Frühjahr 1942 vollzog.

Nachzuzeichnen wäre aber auch Gutschmidts Rolle als Lagerkommandant in der gesamten Zeit des Ostkriegs; naturgemäß muss sich dieser Teil vor allem auf sein Tagebuch stützen und damit in erster Linie dessen subjektive Wahrnehmung präsentieren. Doch geht es hier nicht allein um eine Biografie und ihre Binnenperspektive. Damit verbunden ist stets die drängende Frage, warum auch Offiziere wie er bei einem solchen Vernichtungsprogramm mitmachen konnten.

Dabei entspricht der Tenor dieses Tagebuchs eigentlich nicht dem gängigen Bild der deutschen Kriegsgefangenenpolitik im Ostkrieg. Dieser erste Eindruck einer gewissen „Normalität“, der sich dem Leser zumindest phasenweise aufdrängt, braucht nicht unbedingt eine solche zu beweisen; es gab genügend Täter, die mit einer stupenden Teilnahmslosigkeit über ihren „Dienst“ berichtet haben⁹⁵. Ungewöhnlich ist freilich auch, dass dieses Tagebuch frei ist vom Hass auf den Gegner, selbst Ressentiments oder Klischees sind so gut wie nicht zu finden. Statt dessen dürfte die knappe, nüchterne Diktion dieses Berichts, seine Unaufgeregtheit und Sachlichkeit der Unvoreingenommenheit entsprochen haben, mit der der Verfasser anscheinend der anderen Seite begegnete, dem Soldaten wie dem Zivilisten. Rassenideologische Kategorien hatten da wenig zu suchen, eher schon die althergebrachte Vorstellung, dass man den wehrlosen und insbesondere den gefangenen Gegner „anständig“ zu behandeln habe. Am 9. Februar 1943, als sich sein Dulag nach dem Ende der Kämpfe um Stalingrad überhastet zurückziehen musste, schrieb Gutschmidt⁹⁶: „Unterwegs begegneten mir die ersten Kolonnen unserer weiter marschierenden Gefangenen. Die Gefangenen waren begeistert über die Verpflegung und die aus Jewdakowo, die dabei waren, grüßten mich, teilweise durch Abnehmen der Mützen und riefen: Jewdakowo gut, [S]Passibo [Danke]. Ja sogar mir ganz fremde Gefangene grüßten. Sie hatten wohl von den anderen gehört, daß die Gefangenen es in meinen Lagern gut gehabt hatten.“ Die „ehrliche Freude der Gefangenen“ habe ihm, so heißt es in Gutschmidts Tagebuch wenig später, „große Freude gemacht. Offenbar sind die Gefangenen sonst nicht so anständig behandelt worden.“

⁹⁵ Es finden sich viele Beispiele; eines der extremsten ist wohl das folgende: Friedrich Mennecke, Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus. Eine Briefauswahl, eingeleitet und kommentiert von Peter Chroust, in: Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie, Berlin 1987, S. 67–122.

⁹⁶ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 9. 2. 1943. Auch zum Folgenden.

Eine solche Einstellung hatte kaum etwas zu tun mit dem „Gefühl des Stolzes und der Überlegenheit“, das laut Vorschrift gegenüber den Kriegsgefangenen „jederzeit erkennbar bleiben“ sollte⁹⁷. Vielmehr offenbart sich in solchen Bemerkungen, dass sich dieser Offizier dem traditionellen soldatischen Selbstverständnis weiterhin verpflichtet fühlte. Da der Erste Weltkrieg seine Sozialisation in der Armee beendet hatte, blieb für ihn jene Vorstellung einer vergleichsweise domestizierten, wenn man so will: kultivierten Gewalt maßgeblich, wie sie das Europa des 19. Jahrhunderts ausgezeichnet hatte⁹⁸. Zu dieser „Kultur des Krieges“⁹⁹ gehörte auch die Forderung, dass die gefangenen Gegner „mit Menschlichkeit behandelt werden“¹⁰⁰ sollten – so die Haager Landkriegsordnung, in der die ungeschriebenen Regeln und Gebräuche des Krieges vor 1914 ihre Kodifikation gefunden hatten. Gutschmidts Reserviertheit gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern, sein oft spürbarer Konservatismus dürfte ihn in diesem Ethos bestärkt haben. Ob sich in dieser Haltung auch der kirchliche Beruf seines Vaters erkennen lässt, bleibt indes Spekulation¹⁰¹.

Jedenfalls scheint dieses Verständnis des Krieges nicht allein im Westen Richtschnur seines Handelns gewesen zu sein. Schon die eigentliche Zielsetzung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion: Lebensraum und Ausbeutung, Antibolschewismus und Antisemitismus, ist ihm wohl in ihrer ganzen Radikalität nie wirklich aufgegangen. Auf den knapp 450 Seiten seines Tagebuchs hat dieser Nur-Soldat so gut wie nie versucht, den Krieg gegen die Sowjetunion weltanschaulich oder auch nur politisch zu legitimieren. Statt dessen präsentiert sich Gutschmidt zumindest hier nicht als ein Offizier, der im gefangenen Rotarmisten nur den nutzlosen Esser oder den billigen Arbeitssklaven sah. Ohne eine solche Behandlung ließen sich aber weder das deutsche Lebensraumkonzept noch der Raubkrieg verwirklichen. Erst recht kein Verständnis hatte Gutschmidt für die „Entvölkerung“ des besetzten Landes, die deutschen Massaker fand er „entsetzlich“¹⁰². Das ist selbst dann zu spüren, wenn in seinen Aufzeichnungen jede Bewertung fehlt wie etwa im folgenden Fall¹⁰³: „Um 20 Uhr ging ich noch einmal durch das Lager und hörte mir das Singen der Ukrainer an. Einige tanzten auch und dazu ein Junge und mehrere Mädels aus dem Ort. Der Junge, ein Zigeuner, tanzte großartig.

⁹⁷ IfZ-Archiv, MA 1564/2, NOKW 182: Befehl OKH/GenzbV ObdH Az. 453/Gr R Wes, Nr. 1332/41 vom 25. 7. 1941.

⁹⁸ Vgl. hierzu auch Peter Gay, *Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter*, München 1996.

⁹⁹ So der Titel des Werkes von John Keegan, Berlin 1995.

¹⁰⁰ Haager Landkriegsordnung in der Fassung vom 18. 10. 1907, II. Kap., Art. 4. Druck: *Kodifiziertes internationales Deutsches Kriegsrecht in seinem Wortlaut und Geltungsbereich gegenüber dem Ausland*. Zusammengestellt von Ernst Lodemann, Berlin 1937, S. 52.

Aufgrund der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs hatte man die Rechte der Kriegsgefangenen noch gestärkt durch das Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. 7. 1929. Druck: ebenda, S. 84 ff.

¹⁰¹ Vgl. Manfred Messerschmidt, *Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination*, Hamburg 1969, S. 171 ff., 276 ff. Instrukтив auch die folgenden Augenzeugenberichte: *Mensch, was wollt ihr denen sagen? Katholische Feldseelsorger im Zweiten Weltkrieg*. Hrsg. vom Katholischen Militär-bischofsamt, Augsburg 1991.

¹⁰² BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 23. 4. 1942: „In Rudnja schießt die Sicherungspolizei viele Russen tot, so gestern gleich 130, darunter Frauen und Kinder. Es ist entsetzlich.“

¹⁰³ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 31. 5. 1942.

Nach einigen Tagen wurden alle Zigeuner aus dem Ort von der Geheimen Feldpolizei abgeholt und erschossen, darunter auch dieser Junge.“

Die antibolschewistische Zielsetzung, die diesen Feldzug stets prägte, war für sich betrachtet nicht allein ein nationalsozialistisches Anliegen. Vielmehr gab es wohl kaum eine Intention, die auf so viel Zustimmung stieß, in Deutschland, in Europa und auch in der Sowjetunion. Zwar wird in Gutschmidts Tagebuch zuweilen abschätzig über das bolschewistische System berichtet, doch spricht schon der eher unaufdringliche Ton dafür, dass der Verfasser nicht als „Kommunistenfresser“ in der besetzten Sowjetunion aufgetreten sein dürfte. Charakteristisch für sein Verhalten scheint eher die folgende Episode: Als ihm im Juli 1941 ein dienst-eifriger Offizier meldete, man habe einen Kommissar gefasst, notierte Gutschmidt wenig später, offensichtlich nicht ohne Erleichterung und Ironie¹⁰⁴: „Der angebliche Kommissar ist ein Baumeister, also ein sehr harmloser Gefangener.“ Überhaupt mochte Gutschmidts solche Nachforschungen nicht; im Oktober 1943 meinte er¹⁰⁵: „Im Lager wimmeln mehrere Trupps der Abwehr herum und schnüffeln viel umher. Sie machen dann törichte Berichte, und ich muß dann immer Gegenberichte machen.“

Das dritte große Motiv der deutschen Strategie gegen die Sowjetunion, der Antisemitismus, findet sich ansatzweise in den Aufzeichnungen Gutschmidts. Seine Bemerkung, die er nach einer Fahrt durch das Warschauer Ghetto zu Papier brachte, das „das Ganze sehr interessant, aber unerfreulich“¹⁰⁶ gewesen sei, lässt so etwas vermuten. Doch dürfte es sich hier – auch sein politischer Standort legt dies nahe – eher um einen vergleichsweise moderaten Antisemitismus national-konservativer Prägung gehandelt haben. Den deutschen Lagerarzt Dr. Franz Bardach, der nach den damaligen Kategorien als „Mischling ersten oder zweiten Grades“ galt¹⁰⁷, versuchte Gutschmidt so gut es ging zu schützen. Als er dann doch am 12. Dezember 1942 Gutschmidts Lager verlassen musste, sorgte dieser dafür, dass dies in allen Ehren geschah¹⁰⁸. Dem Massenmord an den Juden, über dessen Dimensionen er spätestens seit Juni 1943 unterrichtet war¹⁰⁹, stand Gutschmidt ziemlich fassungslos gegenüber. Am 9. Juli 1941 schrieb er, es sei „unerhört, wie die Polizei wütet. Wir bemühen uns, gut zu den Russen zu sein, und die Polizei tat das Gegenteil. Sie behauptet, die Juden hätten Sabotage getrieben, dabei ist kein einziger Fall von Sabotage vorgekommen.“¹¹⁰

Überhaupt zeigt sich in den Kommentaren Gutschmidts über das Verhalten der eigenen Leute immer auch sein eigenes Rechts- und Unrechtsbewusstsein; im Fe-

¹⁰⁴ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 20. 7. 1941.

¹⁰⁵ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 21. 10. 1943. Zum Ärger, den er mit diesen Kommissionen hatte, vgl. seine Einträge vom 25. 10. und 13. 11. 1943.

¹⁰⁶ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 25. 5. 1941.

¹⁰⁷ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 26. 11. 1942. Vgl. hierzu auch John M. Steiner/Jobst Freiherr von Cornberg, Willkür in der Willkür. Hitler und die Befreiungen von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen, in: VfZ 46 (1998), S. 143–187, insbes. S. 168 ff.

¹⁰⁸ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 12. 12. 1942. Das Datum lässt sich in den Personalunterlagen Bardachs exakt bestätigen. Schreiben der Deutschen Dienststelle vom 11. 7. 2000 an den Verf.

¹⁰⁹ Vgl. BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 15. 6. 1943: „Hilde schreibt, daß das ganze Ghetto in Warschau mit allen Insassen – mehreren Hunderttausend Juden – ‚beseitigt‘ ist und daß im Generalgouvernement fortgesetzt Attentate auf Deutsche in gehobener Stellung erfolgen.“

¹¹⁰ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 9. 7. 1941.

bruar 1943 mokierte er sich etwa über marodierende deutsche Soldaten, die sich bei ihrem Rückzug benommen hätten „wie die Strolche“¹¹¹. Ähnliche Eintragungen finden sich immer wieder, so am 15. Februar, als er sich über die „unglaublichen Zustände“ im Charkower Dulag empörte¹¹². Dort waren drei sowjetische Piloten und 47 Internierte erschossen worden, denen die russischen Vertrauensleute vorgeworfen hatten, dass sie die anderen Gefangenen aufgehetzt hätten, „was ich“ – so Gutschmidts Kommentar – „glatt für unwahr halte. [...] Und ausgerechnet dieser Transport wurde von 2 Oberleutnants geführt, während sonst nur Unteroffiziere die Führung hatten.“ Noch harscher fiel Gutschmidts Urteil über die Waffen-SS aus, die er offensichtlich gar nicht mochte. Über deren Verhalten im Feindesland konnte er sich während der Kämpfe des späteren II. SS-Panzerkorps' um Charkow und im Vorfeld von Kursk ein ganz gutes Bild machen¹¹³: „Die SS-Leute holen den Leuten Eier, Hühner, Ziegen, Kühe, Kälber ohne Bezahlung oder Gegenleistung ab, zum Teil unter Bedrohung mit der Schußwaffe (4. April 1943).“ „Die SS schoß gestern zum Spaß mit Leuchtraketen. Dadurch gerieten in Kowjagi 14 Häuser in Brand und brannten nieder (21. April 1943).“ „Vor dem Soldatenheim wurde unser verschlossener PKW gestohlen, anscheinend von der SS (10. Juli 1943).“ Solche Eintragungen erwecken den Eindruck einer ganz anderen Spezies von Soldaten – ausgesuchte, fanatisierte „Herrenmenschen“, die glaubten, sich alles erlauben zu können. Ihre Manieren wollte Gutschmidt jedenfalls nicht immer hinnehmen. Als ihm gemeldet wurde, dass zwei Scharführer in ein Haus eingedrungen seien, dort eine Frau vergewaltigt hätten, um dann im Rausch einzuschlafen, ließ er sie „wecken und ziemlich kräftig hinauswerfen. Der nackte Mann hatte nur seine Hose angezogen. Seine Stiefel ließ ich ihm nachwerfen. Ich erklärte beide für verhaftet und befahl der Patrouille, sie mit der Schnauze gegen die Wand zu stellen und bei der geringsten Gegenwehr oder Flucht zu schießen.“¹¹⁴ Zumindest hier wird deutlich, dass es für Gutschmidt in diesem Krieg Grenzen gab. Zwar meinte er bei einer Besichtigung eines Hinrichtungskellers des NKWD, „wir haben aber schon so viel Grauens gesehen, daß uns die Besichtigung keine Spur aufregte“¹¹⁵, doch brachte das seine moralischen Prinzipien nicht einfach zum Verschwinden.

In einer Umgebung, die nicht selten in geradezu existentieller Weise vom Gutesdünken eines Vorgesetzten abhängig war, musste ein derartiges Verhalten Dankbarkeit und Anhänglichkeit hervorrufen. Das betraf natürlich ganz besonders jene, die auf Gedeih und Verderb den deutschen Besatzern ausgeliefert waren. Selbst wenn deren Zeit in einem Dulag meist kurz war und dieses Lager selbst relativ häufig seinen Standort wechselte, behielten sie einen Offizier wie Gutschmidt zuweilen in guter Erinnerung¹¹⁶. Das konnte sogar über die Front hin-

¹¹¹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 10. 2. 1943.

¹¹² BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 15. 2. 1943. Auch zum Folgenden.

¹¹³ Alle Zitate aus BA-MA, MSg I/257, unter den genannten Daten.

¹¹⁴ BA-MA, MSg I/257, 26. 4. 1943.

¹¹⁵ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 3. 4. 1942. Vier Tage später besichtigte Gutschmidt erneut die Anlage, die nun von der Sicherheitspolizei genutzt wurde und schilderte kommentarlos deren Hinrichtungsmethoden durch Gaswagen und Genickschußanlage.

¹¹⁶ Vgl. BA-MA, MSg I/257, Einträge vom 4. 7. 1942, 27. 10. 1942.

weggehen, wie der folgende Eintrag verdeutlicht:¹¹⁷ „Im Lazarett sind heute Nacht 4 verwundete Flieger und ein Sanitäter ausgerissen, nachdem sie einen Drahtzaun durchgeschnitten hatten. Sie haben einen höflichen und ganz vernünftigen Brief zurückgelassen.“ Die vielfältige Kooperation zwischen Gutschmidt und der sowjetischen Bevölkerung ist ein weiteres Indiz dafür, dass das Verhältnis zwischen beiden Seiten nicht allein von Hass geprägt gewesen sein kann. Natürlich war die Kollaboration oft die letzte Überlebenschance, die den Einheimischen blieb, während es den deutschen Besatzern in erster Linie um die pure Herrschaftssicherung ging. Trotzdem wäre zu fragen, ob es zumindest in diesem Fall lediglich Nützlichkeitsabwägungen waren, die dieses Verhältnis bestimmten. Über das Weihnachtsfest 1942, zu dem er 100 Kinder aus den umliegenden Orten zu Kascha-Kuchen eingeladen hatte, schrieb Gutschmidt¹¹⁸: „Besonders die [ukrainische] Hi[lfs]wa[chmannschaft] war ganz gerührt, daß wir sie an unseren Tisch mit herangenommen und sie so reich beschenkt hatten. Ihnen hat bisher noch nie [jemand] im Leben etwas geschenkt, weder in der Familie, noch beim russischen Militär.“

Auch bei seinen eigenen Leuten scheint ein Vorgesetzter wie Gutschmidt beliebt gewesen zu sein – „trotz seiner gelegentlich rauen Schale“¹¹⁹. Als im Juli 1941 einer seiner Unteroffiziere fiel, besuchte er mehrmals dessen Grab, „an dem wir eine sauber gemalte eichene Tafel anbrachten“¹²⁰; bei seinem Abmarsch ließ es sich Gutschmidt nicht nehmen, das Grab „zum letzten Mal“ zu schmücken¹²¹. Es verwundert deshalb nicht, wenn einer seiner Leute ihm nach 1945 bescheinigte, dass die „Zeit unter Ihrem Kommando [...] die schönste der letzten zehn Jahre“ gewesen sei¹²². „Wie gut wir es unter Ihrer Führung gehabt hatten, empfanden wir alle in vollem Masse nach Ihrem Weggang von der Truppe.“

Es war Teil dieser guten Führung, wenn Gutschmidt auch scharf durchgreifen konnte und Versager und Querulanten rücksichtslos entfernte. Bei einer Truppe, deren Qualität aufs Ganze gesehen wohl eher mäßig war, war diese straffe Disziplin wohl auch durchaus sinnvoll. Als im Januar 1944 ein versoffener Major in sein Lager versetzt wurde, meinte er, man scheine ihm „ja viel Energie zuzutrauen, wenn man mir immer wieder solche gestrauchelten Existenzen zuschickt“¹²³. Schon deshalb dürften die Verhältnisse in seinem Bereich für die sowjetische Bevölkerung erträglicher gewesen sein als in vielen anderen Teilen des deutschen Besatzungsgebiets. Nichts ist für ein besetztes Land – im wahrsten Sinne des Wortes – verheerender als Soldaten, die aus der Hand ihrer Führer geraten, selbst in einem Vernichtungskrieg. In einer Diktatur, die freilich genau jene Sicherungsmechanismen, die eine Eskalierung des Krieges verhindern sollten, mehr und mehr außer Kraft setzte, waren Konflikte vorprogrammiert. Als Gutschmidt im Oktober

¹¹⁷ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 28. 3. 1943.

¹¹⁸ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 24. 12. 1942. Vgl. auch Einträge vom 22. 12. 1942 und 7. 1. 1943.

¹¹⁹ Aus dem Schreiben des Hauptmanns Müller-Schöll (Dulag 127) an den Rittmeister Mirow (286. Sicherungsdivision) vom 16. 2. 1942 (BA-MA, RH 49/77).

¹²⁰ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 23. 7. 1941.

¹²¹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 18. 9. 1941.

¹²² BA-MA, MSg I/259, Schreiben Michael von N. an Gutschmidt vom 4. 4. 1950. N. war als Sonderführer für die Ausstattung des Dulag mit Pferden zuständig.

¹²³ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 16. 1. 1944.

1942 Tatbericht gegen einen Unteroffizier und zwei weitere Soldaten einreichte, „und zwar wegen Mordes“ – dieser hatte bei einem Gefangenentransport „zwei, die nicht mehr weiter konnten, erschießen lassen“¹²⁴ –, musste er einen Monat später sich mit folgendem Ergebnis zufrieden geben: „Das Kriegsgericht hat die drei Leute wegen der Erschiessung der beiden Russen freigesprochen. Beantragt hatte der Vertreter der Anklage 6 Wochen Gefängnis.“¹²⁵

Ereignisse wie diese verweisen auf die Handlungsspielräume Gutschmidts. Wenn er schrieb, dass er es doch eigentlich gut mit den Gefangenen meine¹²⁶, dann gab es mehrere Faktoren, die dem Grenzen setzten: die Armee, die Ausnahme-situation des Krieges, vor allem aber die Vorgaben des NS-Regimes. Sie sorgten dafür, dass auch dieser Offizier in ihre Verbrechen hineingezogen wurden. Zu nennen sind hier neben dem Sterben der sowjetischen Kriegsgefangenen, das im Winter 1941/42 seinen Höhepunkt erreichte, auch direkte Mordaktionen.

Obwohl dabei deutlich weniger Menschen ums Leben kamen als bei der großen Katastrophe des Winters 1941/42, waren es diese Verbrechen, die im Zentrum der Nachkriegsermittlungen standen, weil ihr Unrechtscharakter ungleich stärker zutage trat. Auch das, was in Gutschmidts Dulags geschah, versuchte man aufzuklären. Die generelle Feststellung im Kriegstagebuch des Rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, dass in den Kriegsgefangenenlagern „durch V-Leute festgestellte Kommissare oder Politruks [...] bestimmungsgemäß behandelt“ wurden¹²⁷, bestätigte sich sowohl im Fall des Dulag 203¹²⁸ wie des Dulag 231¹²⁹. Schon im ersten Fall, über den mehr Material vorliegt, weichen die Angaben jedoch so stark voneinander ab, dass aufs Ganze nur ein sehr verschwommenes Bild entsteht. Offensichtlich begannen hier die Aussonderungen schon bald nach Überschreiten der Grenze, von Bielsk¹³⁰, Orscha¹³¹ und Kochanowo¹³² ist die Rede und natürlich auch von Kritschew¹³³, wo das Dulag am längsten stationiert war. Anscheinend waren vor allem

¹²⁴ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 18. 10. 1942.

¹²⁵ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 15. 11. 1942. Vgl. auch die Einträge vom 24. 4. 1943 sowie vom 11. 5. 1943: „Untffz. M. wurde heute vom Kriegsgericht wegen der Erschiessung eines Russen auf dem Marsch zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt und zwar nicht wegen Totschlages, sondern wegen Ungehorsam, weil das Erschießen von Gefangenen verboten ist.“

¹²⁶ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 12. 7. 1941.

¹²⁷ BA-MA, RH 22/247: B Rück Mitte, Abt. Qu., Tätigkeitsbericht September vom 8. 10. 1941, Stichwort „Kriegsgefangene“.

¹²⁸ Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/2: Abgabebericht Nr. VI 319 AR-Z 58/70 der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen vom 13. 7. 1970, S. 24. Die meisten der befragten Zeugen, über 150, gaben zu Protokoll, sie hätten „nichts von Erschiessungen gehört“. Ob es sich hier um bloße Schutzbehauptungen handelt, ist fraglich; viele wie etwa Gerhard K., ehemaliges KPD-Mitglied und Buchenwald-Häftling, hatten wohl tatsächlich den Eindruck, es habe in diesem Durchgangslager „ein ständiges Kommen und Gehen“ geherrscht. (Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/6: Vernehmung Gerhard K. vom 17. 2. 1975). Auch bei diesen Vernehmungen zeigte sich, daß nur diejenigen, die wirklich in diese Vorgänge involviert waren, einigermaßen zutreffende und lohnende Angaben machen konnten.

¹²⁹ Staatsanwaltschaft Wien, 15 St 28415/71: Vernehmung Johann J. vom 3. 10. 1972; Vernehmung Franz F. vom 4. 10. 1972; Vernehmung Karl G. vom 6. 7. 1967. Für die Unterstützung bei den Recherchen sei dem Leiter der Staatsanwaltschaft Wien, Herrn Hofrat Dr. Erich Wetzler, nochmals herzlich gedankt.

¹³⁰ Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/6: Vernehmung Albert R. vom 4. 3. 1975.

¹³¹ StA München, Staatsanwaltschaften 31508: Vernehmung Heinrich M. vom 15. 1. 1969.

¹³² Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/5: Vernehmung Gerhard M. vom 19. 7. 1971.

¹³³ Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/5: Vernehmungen Max B. vom 6. 3. 1972 und

die Kommissare Opfer dieser Verbrechen, die maßgeblich die Abteilung Ic des Lagers organisierte, denn sie war es, welche die Liste der Todeskandidaten festsetzte¹³⁴. Sicher belegt ist auch eine Ermordung von einigen jüdischen Gefangenen¹³⁵, die als Dolmetscher eingesetzt waren. Da Gutschmidt aber kein fanatischer Antisemit war¹³⁶, dürfte den Sonder- und Einsatzkommandos nur wenig Zeit geblieben sein, ihnen war erst am 29. Oktober 1941 definitiv erlaubt worden, die „Kriegsgefangenen- und Durchgangslager im rückwärtigen Heeresgebiet“ in ihr Mordprogramm einzubeziehen. In der Zeit davor galt in diesen Lagern jener Befehl des Generalquartiermeisters Wagner vom 24. Juli 1941: Juden und „Asiaten“ hatten zu arbeiten, mit den „politisch untragbare[n] und verdächtige[n] Elementen“ war „nach Entscheidung des Lagerkommandanten“ zu verfahren. Doch gibt es noch einen weiteren Punkt, der Gutschmidt wenigstens in diesem Fall entlastet: Einer der sowjetischen Zeugen gab später zu Protokoll¹³⁷, es habe, als er im Januar 1942 in dieses Dulag kam, hier noch viele Juden gegeben, „die auf dem Rücken ihrer Kleidung den gelben Stern“ getragen hätten. Sie seien die bevorzugten Opfer eines wolgadeutschen Dolmetschers gewesen, der sie dann bis Mai 1942 beim Arbeitseinsatz erschossen habe.

Was den Kommissarbefehl betrifft, so hat Gutschmidts Adjutant Jahre später ausgesagt, dieser sei darüber „sehr erregt“¹³⁸ gewesen und habe angekündigt, „daß dies der erste Befehl sei, den er verweigern würde“¹³⁹. In seinem Tagebuch hat er jedenfalls auffallend selten darüber berichtet¹⁴⁰; vielleicht wollte er diese Ereignisse nicht dem Papier anvertrauen, vielleicht aber war es ihm einfach unerträglich, sein Scheitern auch noch dokumentieren zu müssen. Für diese letzte Vermutung sprechen auch die Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft Wien, welche die Angehörigen des Dulag 231, also Gutschmidts zweitem Lager, vernehmen konnte. Franz F. – diesem Lager seit Herbst 1940 zugehörig, seit Oktober 1942 als Stellvertreter Gutschmidts – berichtete, „daß es in unserem Dulag mehrmals zu Aussonderungen von sowjetischen Kriegsgefangenen gekommen ist. Es handelte sich dabei jeweils um die Aussonderung einzelner Personen, und ich erinnere mich nicht, daß jemals größere Gruppen ausgesondert worden sind“¹⁴¹. Zur Reaktion Gutschmidts gab er folgendes zu Protokoll: „In der Folge wurde ich auch von unserem Kommandeur dahingehend aufgeklärt, daß ich mich um diese Angelegenheit nicht zu kümmern hätte, ja daß nicht einmal er selbst damit befaßt sei. Diese Aktion sei einzig und allein Angelegenheit unseres Abwehroffiziers, des

Alexander S. vom 14. 7. 1971; StA München, Staatsanwaltschaften 31508: Vernehmung Friedrich M. vom 21. 1. 1969.

¹³⁴ Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/5: Vernehmungen Gerhard M. vom 19. 7. 1971 und Max B. vom 6. 3. 1972.

¹³⁵ StA München, Staatsanwaltschaften 31508: Vernehmung Friedrich W. vom 14. 1. 1969; Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/5: Vernehmung Wolfgang B. vom 11. 12. 1968.

¹³⁶ Vgl. oben.

¹³⁷ Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/4: Vernehmung Wasilij T. N. vom 28. 1. 1975.

¹³⁸ Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/13: Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hannover, Verfügung 11/2 Js 608/70 vom 25. 2. 1980, S. 24.

¹³⁹ Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/4: Vernehmung Hans H. vom 5. 5. 1976.

¹⁴⁰ Vgl. BA-MA, MSg I/257, Einträge vom 20. 6. 1942, 18. 10. 1942 sowie vom 21. 11. 1943.

¹⁴¹ Staatsanwaltschaft Wien, 15 St 28415/71: Vernehmung Franz F. vom 4. 10. 1972. Auch zum Folgenden.

sogenannten Ic. Während meiner Zugehörigkeit zum Dulag 231 übte diese Tätigkeit ein Hauptmann Dr. K. aus. Er war Rechtsanwalt aus Wien. Bei ihm handelte es sich um einen äußerst zugeknöpften, arroganten Mensch[en], der überhaupt keinen Kontakt mit den übrigen Offizierskameraden hatte bzw. suchte.“

Verweigert hat Gutschmidt die verbrecherischen Befehle also nicht. Auch sonst hat er deswegen keine Konsequenzen gezogen; sein Abschied wäre jederzeit möglich gewesen, wenn auch die Frage berechtigt ist, wer ihm dann als Kommandant nachgefolgt wäre. Statt dessen versuchte er – und hier deckt sich seine Reaktion mit der in seinem Tagebuch –, diese üblen Geschichten so gut es ging zu ignorieren. Eine Angelegenheit des Ic, mit der er nichts zu tun haben wollte. Das mag ihn moralisch entlasten. Doch ändert das nichts an seiner hohen Mitverantwortung, die er als Lagerkommandant an diesen Verbrechen zwangsläufig hatte.

Es charakterisiert Gutschmidts Wahrnehmung, seine Handlungsspielräume und auch sein Rechtsverständnis, wenn sein Tagebuch ungleich genauer über den Hunger- und Kältetod der sowjetischen Kriegsgefangenen informiert. In den ersten Wochen des Feldzugs dürften die Zustände in seinem Lager noch vergleichsweise „normal“ gewesen sein; nicht ohne Befremden berichtete Gutschmidt damals von den katastrophalen Zuständen in einem Lager wie dem in Minsk¹⁴². Er selbst setzte dagegen viel daran, die gefangenen Rotarmisten gut zu versorgen, auch medizinisch. Im Sommer 1941 erhielten selbst die sterbenden Verwundeten vom deutschen Lagerarzt noch Morphium¹⁴³. Auch Ausschreitungen der Wachmannschaften versuchte dieser Lagerkommandant zu verhindern¹⁴⁴, obwohl es doch – wie er sich selbst eingestand – „bei der schwachen Bewachung [...] leicht [sei,] auszureißen“¹⁴⁵. Verschiedene Faktoren unterstützten das Bemühen Gutschmidts um eine gute Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, das günstige Wetter, die vergleichsweise geringe Größe seines Lagers oder die Tatsache, dass das Kriegsglück zunächst ganz auf Seiten der deutschen Invasoren lag, die anfangs noch gut aus dem besetzten Land leben konnten.

Der Behauptung Streits, „daß die Verluste [unter den Gefangenen] schon in dieser Zeit *sehr* groß waren“¹⁴⁶, hat Gerlach widerlegt und auf den „Entwicklungsschub im Herbst 1941“ verwiesen; Streit habe ihn „zwar teilweise wahrgenommen, aber unterbewertet“¹⁴⁷. Die vorliegende Quelle bestätigt Gerlachs Einschätzung. Erst im Oktober 1941 scheint sich die Entwicklung wirklich zugespitzt zu haben, auch im Lager Gutschmidts. Die Gefangenenmassen, die seit Beginn der am 2. Oktober eröffneten Offensive gegen Moskau sein Lager durchströmten, waren so groß, dass es immer schwieriger wurde, die Lage in den Griff zu bekommen. Am 17. Oktober schätzte Gutschmidt die Belegung auf 26 000 Mann¹⁴⁸, in einem Lager wohlgemerkt, das eigentlich für 5000 Gefangene konzipiert war. Dazu kam die Kälte; Gutschmidt, der schon am 3. September erstmals heizen

¹⁴² BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 8. 7. 1941.

¹⁴³ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 30. 6. 1941.

¹⁴⁴ BA-MA, MSg I/257, Einträge vom 17. und 18. 10. 1941.

¹⁴⁵ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 31. 10. 1941.

¹⁴⁶ Streit, *Keine Kameraden*, S. 130.

¹⁴⁷ Christian Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1998, S. 33 sowie ders., *Kalkulierte Morde*, S. 796 f.

¹⁴⁸ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 17. 10. 1941.

musste¹⁴⁹, schreibt, dass es am 2. Oktober, zeitgleich zum Beginn des deutschen Angriffs auf Moskau, den ersten Reif gegeben habe¹⁵⁰.

Das eigentliche Dilemma aber war die Ernährung, die – so Gutschmidt am 16. Oktober – „jetzt recht knapp“ zu werden begann¹⁵¹. Als tags darauf unübersehbare Massen in seinem Lager eintrafen, wurde dieses zum Höllenloch. Am 25. Oktober berichtet Gutschmidt, der sich über die Gründe dieser mangelhaften Verproviantierung nicht auslässt, über erste Fälle von Kannibalismus¹⁵², erst nach zwei Tagen notierte er, dass die Gefangenen nun „zweimal täglich warmes Essen und einmal Brot“ bekämen¹⁵³. Über Qualität und Menge war damit jedoch noch nichts gesagt¹⁵⁴, die deutschen Verpflegungssätze waren so niedrig, dass die Gefangenen „im Chor nach Brot“ verlangten¹⁵⁵, als das Lager dann am 17. November inspiziert wurde. Am 26. November musste sich Gutschmidt schließlich eingestehen, es kämen täglich „fast 1% des Bestandes“ um¹⁵⁶. Doch sollte es noch schlimmer kommen. Bis zum 17. Dezember war diese Quote, nun im Dulag 126, auf „2 bis 2,5%“ geklettert. „Das ist eine unglaublich hohe Sterblichkeitsziffer“¹⁵⁷, lautete Gutschmidts Kommentar. Die wochenlange Unterernährung zeigte nun ihre Folgen, viele Gefangene waren dem extrem harten Winter nicht mehr gewachsen. Dazu kamen die Seuchen, insbesondere das Fleckfieber. Am 29. Dezember vermerkte Gutschmidt¹⁵⁸: „Jetzt herrscht in allen Lagern des Bezirks, mit Ausnahme des hiesigen Dulag 126, Flecktyphus.“ Vier Tage später hatte die Krankheit auch das letzte Lager erreicht: „Damit sind jetzt alle Lager des Bez[irks] P verseucht.“¹⁵⁹ Gutschmidt, eingespannt in die bevorstehende Verteidigung von Smolensk, berichtet in dieser Zeit freilich nur noch selten, quasi schlaglichtartig über dies Inferno, so etwa am 14. Februar, als seine Leute aus einem Gefangenentransport, der in Gusino haltgemacht hatte, „60 Tote“ herausholten. „Die Gefangenen waren so erschöpft, daß sie zum Essen nicht ohne Hilfe aussteigen konnten.“¹⁶⁰ Erst am 10. März 1942 beobachtete er, dass „die Gefangenen-Sterblichkeit [...] sehr zurückgegangen“ sei, „nachdem die Schwachen weggestorben sind“¹⁶¹. Auch das Wetter begann sich nun langsam zu bessern; zwar maß

¹⁴⁹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 3. 9. 1941.

¹⁵⁰ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 2. 10. 1941.

¹⁵¹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 16. 10. 1941.

¹⁵² BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 25. 10. 1941.

¹⁵³ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 27. 10. 1941.

¹⁵⁴ Der sowjetische Kriegsgefangene N., der freilich erst im Januar 1942 in das Dulag 203 kam, berichtete über die damalige Versorgung: „In 24 Stunden bekam jeder 2 Schüsseln der sogenannten Balandas: eine am Morgen, die zweite abends. In ihr konnte man kaum mehrere Perlgrauen sowie ein Stück Pferdefleisch in der Größe eines Fingernagels finden. In 24 Stunden bekamen die Gefangenen ein Stück Brot von ca. 150 Gramm.“ Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/4: Vernehmung Wasilij T. N. vom 28. 1. 1975.

¹⁵⁵ Vgl. BA-MA, RH 22/251: Lt. Kgf.-Bezirkskommandant J, Bericht vom 22. 11. 1941 über seine Besichtigungsfahrt vom 17. 11.–21. 11. 1941. Ferner BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 17. 11. 1941.

¹⁵⁶ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 26. 11. 1941.

¹⁵⁷ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 17. 12. 1941.

¹⁵⁸ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 29. 12. 1941.

¹⁵⁹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 2. 1. 1942.

¹⁶⁰ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 14. 2. 1942.

¹⁶¹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 10. 3. 1942.

Gutschmidt am 2. April noch eine Temperatur von -16°C ¹⁶², doch war am 17. April „der Schnee [...] fast ganz fort“¹⁶³. Die Folgen der systematischen Unterversorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen zeigten sich nun in ihrem ganzen Ausmaß: „In allen Lagern werden jetzt die Russengräber dick mit Erde belegt. Vielfach hatte man die Toten zu Tausenden einfach in irgendwelche Gruben gelegt und bei der Kälte gar nicht zugedeckt. Jetzt ist das aber sehr nötig geworden.“¹⁶⁴ Über sein neues Lager, das er Ende April übernahm, schrieb er¹⁶⁵: „Der alte Friedhof neben dem Lager, wo 25 000 Russen liegen sollen, wird ordentlich hergerichtet und die Hügel mit Rasenplatten belegt.“ Wenn sich in solch knappen, beinahe schon buchhalterischen Eintragungen Gutschmidts Reaktion erschöpfte, so ist auch das aufschlussreich; lediglich am 8. März, als ihn der Befehl erreichte, die ausgemergelten Gestalten als Arbeitskräfte ins Reich zu schicken, kam er aus der Reserve und empörte sich über diesen widersinnigen Befehl¹⁶⁶. Es gibt noch einen weiteren Beleg, der seine Verbitterung bezeugt: Am 8. Januar 1942 dankte ihm der Sekretär des Kronprinzen für seinen „so freundlichen und ausführlichen Brief vom 2. 11. [...] Der Inhalt desselben hat uns außerordentlich interessiert. Ich habe ihn – wie S.K.H. selbst mitgeteilt hat – auch dem Kronprinzen zum Lesen gegeben. Es sind ja erschütternde Tatsachen. Auch von anderen Dienststellen haben wir ähnliche Berichte zu Gesicht bekommen.“¹⁶⁷

Zwei Dinge zeigen sich in dieser knappen Passage: Gutschmidt äußerte Kritik – gegenüber jener Person, die er für die gegebene politische Alternative hielt. Die Vermutung, dass Gutschmidts Resistenz damit bereits ihre Grenzen erreicht hatte, speist sich freilich nicht allein aus der Tatsache, dass weitere Quellen bislang nicht bekannt geworden sind. Auch sein Tagebuch verrät einiges. Die Einsilbigkeit, mit der Gutschmidt seitenlang Buch führte über die grausigen Ereignisse in den Lagern, liefert auch einen gewissen Anhaltspunkt über seine Perzeption und sein Verhalten. Hinter diesen dünnen Eintragungen verbarg sich viel Elend und Grausamkeit. Trotzdem reichte das nicht aus, um seine Aufgabe als Lagerkommandant wirklich in Frage zu stellen, ja es scheint manchmal, als ob ihn selbst keine Schuldgefühle quälten. So gesehen ist sein Tagebuch immer auch Zeugnis einer beunruhigenden Apathie und Gleichgültigkeit sowie eines, für seine Generation nicht untypischen Desinteresses an den politischen Ursachen dieser Katastrophe. Hier zeigte sich die Kehrseite seines traditionellen militärischen Selbstverständnisses sowie seiner im Grunde apolitischen Natur, die sich mit der Loyalität zum angestammten Herrscherhaus zufriedengab, sich aber zugleich von einem verbrecherischen Regime in Anspruch nehmen ließ. Allen Spannungen, allem Unbehagen zum Trotz, blieb der militärische Apparat mit seinen vielfältigen Möglichkeiten zur Ablenkung und zur Identifikation Gutschmidts eigentliche Heimat, auf die er sich auch dann getrost zurückzog, wenn in seinem Lager täglich zwei Prozent der Gefangenen krepiereten.

¹⁶² BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 2. 4. 1942.

¹⁶³ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 17. 4. 1942.

¹⁶⁴ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 13. 4. 1942.

¹⁶⁵ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 30. 5. 1942.

¹⁶⁶ Vgl. S. 365 f.

¹⁶⁷ BA-MA, MSg I/1585: Brief Bergs (Privatkanzlei seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen) an Gutschmidt vom 8. 1. 1942.

An dieser Stelle wird der Bruch deutlich, der diese Biografie durchzieht. Während der Jahre 1940 bis 1944 waren es zwei Faktoren: die Person und ihr Amt, die sie prägten, und deren Widersprüchlichkeit eine Gesamtbewertung dieser Lebensgeschichte nicht einfach macht. Gutschmidt hat seine institutionellen Möglichkeiten so weit wie möglich zu Gunsten „seiner“ Gefangenen auszuschöpfen versucht, einer Gruppe, die in der Hierarchie des NS-Systems ganz unten rangierte. Gleichzeitig aber fungierte er als Lagerkommandant und damit als Vollstrecker dieses Systems, das den millionenfachen Tod dieser Gefangenen bestenfalls achselzuckend zur Kenntnis nahm. Im Grunde besaß Gutschmidt recht genaue Vorstellungen von den grauenhaften Vorgängen, in die auch er verwickelt war, und die er in einer bezeichnenden Mischung aus Verdrängung, Disziplin und Lebenslüge nicht wirklich an sich heranließ. Ein solcher Widerspruch verweist zwangsläufig auf das System, dem er diente, und auf die Situation, mit der er sich konfrontiert sah.

5. Ein Verbrechen

Konstitutiv für die Kriegsgefangenenpolitik der deutschen Führung war die Absicht, „zugunsten der deutschen Bevölkerung bei der Ernährung der sowjetischen Gefangenen nur minimale Mittel aufzuwenden“¹⁶⁸. Eine solche Politik verstieß nicht nur gegen Moral und Recht. Laut Artikel 11 des Genfer Abkommens vom 27. Juli 1929 hatte „die Verpflegung der Kriegsgefangenen [...] in Menge und Güte derjenigen der Ersatztruppen gleichwertig zu sein“¹⁶⁹. Das galt auch für den Fall, wenn „einer der Kriegführenden nicht Vertragspartei“ war, so Artikel 82¹⁷⁰. Die einschlägigen deutschen Befehle, die zunächst von den Armeeoberkommandos erlassen und erst am 6. August 1941 vom OKH zentral geregelt wurden, ignorierten dies. Doch lässt sich darüber diskutieren, ob diese Hungersätze bereits als groß angelegter, von vornherein feststehender Mordplan zu deuten sind¹⁷¹. In dieser Hinsicht existierten nur für einen kleinen Teil der Gefangenen klare Befehle. Die große Masse sollte schlecht behandelt werden, doch sind zwischen einer schlechten Behandlung und der festen Absicht zur Vernichtung viele Abstufungen denkbar, so schändlich das deutsche Verhalten insgesamt auch war. Die Reaktionen und Äußerungen der deutschen Führung, zumindest diejenigen zu Beginn des Feldzugs, sind immer auch Zeugnis einer gewissen Indifferenz, wie überhaupt mit diesem Problem zu verfahren sei¹⁷². Erst als es ihr im Spätsommer 1941 däm-

¹⁶⁸ So Streit, *Keine Kameraden*, S. 142.

¹⁶⁹ Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. 7. 1929, Druck: Kodifiziertes internationales Deutsches Kriegsrecht, S. 84 ff., hier S. 90.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 117.

¹⁷¹ Gerlach (*Kalkulierte Morde*, S. 781 ff., hier S. 785) legt „die deutschen Vernichtungsabsichten“ bereits in die Zeit vor dem 22. 6. 1941, räumt aber – in der für seine Darstellung typischen Nebeneinander von zugespitzter These und gleichzeitiger Einschränkung – ein, daß die Pläne „zur Vernichtung eines großen Teils der sowjetischen Kriegsgefangenen ziemlich im dunkeln“ lägen (ebenda, S. 781).

¹⁷² So auch Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 784: „Es mag also nicht oder noch nicht alles bis ins einzelne zentral festgelegt gewesen sein [...]“.

merte, wie sehr sie den Gegner unterschätzt hatte, begann sich diese Haltung zu verändern. In schonungsloser Offenheit erklärte Hermann Göring am 16. September 1941¹⁷³: „Bei der Verpflegung der bolschewistischen Gefangenen sind wir im Gegensatz zur Verpflegung anderer Gefangener an keine internationalen Verpflichtungen gebunden. Ihre Verpflegung kann sich daher nur nach den Arbeitsleistungen für uns richten.“ Erst jetzt war klar, dass zumindest die nicht arbeitenden Kriegsgefangenen dem Hungertod ausgeliefert wurden.

Ausgerechnet in dem Moment, als Görings Richtlinien Folgen zeigten, in den gekürzten Rationen etwa, die das OKH am 21. Oktober 1941 dekretierte, sowie in den ständig steigenden Opferzahlen, präsentierte Hitler ganz neue Ideen: Laut „Führerbefehl“ vom 31. Oktober sollten die sowjetischen Kriegsgefangenen nun in der deutschen Kriegswirtschaft zum „Großeinsatz“ kommen¹⁷⁴. Eine solch widersprüchliche Entscheidung ist einmal mehr als Zeichen für die Unentschlossenheit der deutschen Führungsspitze zu deuten und auch für deren polykratischen Charakter, aber wohl kaum als Teil jener „strategisch geplante[n], staatlich organisierte[n] Massenmorde“, die laut Gerlach die deutsche Kriegsgefangenenpolitik in der Sowjetunion primär bestimmten¹⁷⁵. Noch am 17. Oktober 1941 hatte Hitler im vertraulichen Gespräch zu erkennen gegeben, dass ihm „in den neuen Ostgebieten [...] für die nächsten 20 Jahre die 3 Millionen Gefangenen zu Verfügung“ stünden¹⁷⁶, also ziemlich genau jene Massen, die 1941 in deutsche Hände fielen und mit deren Arbeitskraft er fest rechnete. Hitlers neue Prioritäten nützten aber vielen Gefangenen nichts mehr. Erstmals am 16. November, dann am 2. Dezember 1941 reagierte das OKH mit neuen Verordnungen, deren Sätze aber immer noch viel zu niedrig waren. Auch traten jetzt Faktoren auf den Plan, die das wenige, was die deutschen Besatzer für die sowjetischen Kriegsgefangenen tun wollten, zunichte machten. Bis Februar 1942 starben von den 3 350 000 gefangenen Rotarmisten vermutlich zwei Millionen¹⁷⁷. Für diese Eskalation hatte die politisch-militärische Führung des Deutschen Reichs die Voraussetzungen geschaffen, weil sie von vornherein nicht viel für die sowjetischen Kriegsgefangenen, insbesondere die russischen, tun wollte. Es musste aber erst ein zweiter Aspekt, der ganz unerwartete Verlauf dieses Feldzugs hinzukommen, damit hieraus eine Katastrophe dieser Dimension wurde.

Das Beispiel von Gutschmidts Kriegsgefangenenlager bestätigt diese Deutung. Deutlich werden hier etwa die Freiräume, die es während der ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Krieges für einen Lagerkommandanten noch gab. Nahrung scheint es damals genug gegeben zu haben, weil es der sowjetischen Seite zunächst

¹⁷³ Zit. nach: Streit, *Keine Kameraden*, S. 143 f. Vgl. hierzu die detaillierte Rekonstruktion der deutschen Entscheidungsfindung bei Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 796 ff.

¹⁷⁴ Streit, *Keine Kameraden*, S. 191 ff.

¹⁷⁵ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 1151. Um diese „konkreten Widersprüche“ (S. 816) aufzulösen, verweist Gerlach darauf, dass der deutsche Bedarf an ausländischen Arbeitskräften im Oktober 1941 lediglich bei 800 000 Menschen gelegen habe, für die man ohnehin zunehmend sowjetische Zivilisten herangezogen habe. Hitlers Befehl habe deshalb die deutschen Vernichtungsabsichten kaum tangiert, nur sei es der Wehrmacht nicht gelungen, zwischen den arbeitsfähigen und den nicht arbeitsfähigen Gefangenen zu unterscheiden. Dieser Interpretation widerspricht jedoch die o. g. Erwartung Hitlers, die Gerlach nicht erwähnt. Vgl. ebenda, S. 813 ff.

¹⁷⁶ Zit. nach: Streit, *Keine Kameraden*, S. 196 f., Hervorhebung des Verfassers.

¹⁷⁷ Angabe nach Streit, *Keine Kameraden*, S. 136.

noch nicht gelang, ihre Vorräte zu evakuieren oder zu vernichten. Erst Ende August 1941 vermerkte der Quartiermeister 2 der 2. Armee, in dessen Bereich Gutschmidts Dulag eingesetzt wurde¹⁷⁸: „Nennenswerte Vorräte werden fast nirgends mehr gefunden, da die Sowjets alles planmäßig zerstört oder weggeführt haben.“ Dazu kam, dass die Ernährung der Gefangenen erst am 6. August 1941 vom OKH zentral geregelt wurde. Aber auch danach waren die Vorgaben von oben nur selten ein Thema in Gutschmidts Tagebuch, obwohl er sich doch eigentlich bequem darauf hätte zurückziehen können; nur bei seiner Bilanz vom März 1942, entfuhr es ihm, er „habe immer bedeutend mehr ausgeben lassen als zuständig [sic!] war“¹⁷⁹. Auch sonst vermitteln Gutschmidts Aufzeichnungen den Eindruck, dass viel improvisiert wurde. Man gab das aus, was eben gerade da war. Vom Ermessensspielraum und der persönlichen Initiative des Lagerkommandanten hing es ab, wie groß die Portionen und wie effektiv deren Ausgabe tatsächlich waren. Franz F., später Stellvertreter Gutschmidts, hat nach dem Krieg recht anschaulich geschildert¹⁸⁰, wie er „bei anderen Wehrmachtseinheiten – und das ist keine Übertreibung – gebettelt“ habe, „um für unsere Gefangenen Nahrungsmittel zu erhalten. Meinen Hinweis, daß es nicht im Sinne des Führers sein könne, diese Gefangenen umkommen zu lassen, noch dazu wo diese vermutlich als Arbeitskräfte gebraucht werden würden [sic!], wurde stets damit begegnet, daß dies uninteressant und unwichtig sei, wichtig sei zu diesem Zeitpunkt lediglich der Nachschub von Munition und Treibstoff an die Front.“

Offenbar brach Gutschmidts System der permanenten Improvisation erst ab Herbst 1941 Stück für Stück zusammen; dies war zunächst eine Folge der Entscheidung der Wehrmacht- und Heeresführung, die kargen Rationen der Gefangenen noch weiter zu reduzieren. Doch war das nicht der einzige Grund. Es gab auch Sachzwänge, welche die Handlungsspielräume von Offizieren in seiner Position zusehends verminderten. Denn schon am 16. Oktober, also bevor das OKH die Rationen so drastisch reduzierte, registrierte Gutschmidt, dass nun die Ernährung der Gefangenen „recht knapp“¹⁸¹ zu werden begänne, so dass sie nun noch „höchstens die vorgeschriebene Menge ausgeben“ könnten. Zwei Dinge lassen sich dieser knappen Eintragung entnehmen: Dass die vorgeschriebenen Rationen schon damals kaum zum Leben reichten. Und dass nun Faktoren auf den Plan traten, die auch Leute wie Gutschmidt mehr und mehr dazu zwangen, genau diesen Vorgaben Rechnung zu tragen. Selbst wenn die Forschung – mit Ausnahme von Streim¹⁸² – dazu tendiert, diese sogenannten Sachzwänge gering zu achten, scheint es dennoch angemessen, diese abschließend noch einmal genauer in den Blick zu nehmen.

Entscheidend war zunächst, dass die Zahl der eingebrachten Kriegsgefangenen im Herbst 1941 förmlich explodierte. Bis Mitte September 1941 hatten sich allein während der großen Kesselschlachten 918 000 Rotarmisten ergeben¹⁸³, bis Ende

¹⁷⁸ BA-MA, RH 20-2/1445: AOK 2, Abt. Qu 2, Tätigkeitsbericht für die Woche vom 17.–23. 8. 1941.

¹⁷⁹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 8. 3. 1942.

¹⁸⁰ Staatsanwaltschaft Wien, 15 St 28415/71: Vernehmung Franz F. vom 4. 10. 1972.

¹⁸¹ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 16. 10. 1941.

¹⁸² Vgl. Streim, Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg, S. 12 ff.

¹⁸³ Vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 83.

Oktober streckten nach den großen Operationen im Raum Kiew sowie bei Wjasma und Brjansk weitere 1 447 000 sowjetische Soldaten die Waffen. Dieser enorme Schub bereitete nicht nur Gutschmidt erhebliche Probleme. Fraglos wäre es viel zu einfach, die katastrophalen Zustände in den deutschen Gefangenenlagern allein damit zu rechtfertigen, so wie das die Wehrmachtführung nach 1945 getan hat¹⁸⁴. Andererseits verdeutlicht schon ein erster Vergleich mit anderen Kriegen, dass jede Armee zwangsläufig ihre organisatorischen und logistischen Probleme mit derartigen Gefangenenmassen haben muss¹⁸⁵. Erst recht galt dies für eine Armee, die sich wie die deutsche mit einer militärischen Situation konfrontiert sah, in der nach Monaten härtester Kämpfe und größter Anstrengungen die Aussicht auf eine endgültige operative Entscheidung immer mehr zu entschwinden schien.

Mit der gewaltigen Steigerung der Gefangenenzahlen im Herbst 1941 ging ein zweites Problem einher, der Wetterumschwung, der sich in dieser Zeit vollzog; auch Gutschmidt schildert dies ausführlich. Wenn Gerlach mit Blick auf die großen Kesselschlachten argumentiert, „das tagelange Hungern der Rotarmisten in der Umzingelung reicht als Erklärung für ihren Tod auch nicht aus“, denn „die Gefangenen vom Juni und Juli 1941 [hätten] teilweise nicht weniger lange im Kessel gekämpft als ihre Leidensgenossen vom Oktober“¹⁸⁶, dann nimmt er die Unterschiede zwischen Sommer und Herbst, insbesondere dem russischen, nicht zur Kenntnis. Seit dem 9. Oktober 1941 meldete die Heeresgruppe Mitte „teilweise Schnee- und Regenfälle“ sowie „Bodenfrost“¹⁸⁷. Sieht man einmal ab von den unmittelbaren Problemen, die solch niedrige Temperaturen bereiteten, so lässt sich eigentlich denken, dass sich damals in Feld und Flur nur noch schwer etwas Essbares finden ließ.

Aber auch für die Zeit vorher hat es den Anschein, dass es mit der Verpflegung in der Roten Armee nicht zum Besten bestellt war. Gerade ein planwirtschaftliches System wie das sowjetische musste ganz besonders unter dem deutschen Überfall leiden, schon 1941 kam es zu gravierenden Einbrüchen in der landwirtschaftlichen Produktivität¹⁸⁸, die sich natürlich immer stärker auswirkten, je länger der Krieg dauerte. Genauso hatte die militärische Logistik während der verzweifelten Abwehrkämpfe größte Schwierigkeiten, ihrer Aufgabe gerecht zu werden¹⁸⁹. Trotzdem glaubt Gerlach, dass „Nachschuborganisation und Verpflegung

¹⁸⁴ Vgl. oben.

¹⁸⁵ Vgl. etwa Arthur L. Smith, *Die „vermißte Million“*. Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992. Einen ersten Gesamtüberblick bietet Simon Paul MacKenzie, *The Treatment of Prisoners of War in World War II*, in: *The Journal of Modern History* 66 (1994), S. 487–520.

¹⁸⁶ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 809. Auf der folgenden Seite, wo er sich mit der unzureichenden Unterbringung der Gefangenen beschäftigt, betont Gerlach jedoch die klimatischen Unterschiede zwischen Sommer und Herbst 1941.

¹⁸⁷ Vgl. Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945. Im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung hrsg. von Percy Ernst Schramm, Bd. I. Zusammenge stellt und erläutert von Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt a.M. 1965, S. 689.

¹⁸⁸ Vgl. mit den Angaben bei Mark Harrison, *Accounting for war. Soviet production, employment and the defence burden, 1940–1945*, Cambridge 1996, S. 261 ff.

¹⁸⁹ Vgl. Walter S. Dunn, Jr., *The Soviet economy and the Red Army, 1930–1945*, Westport/Ct. 1995, S. 51 ff.; Roger R. Reese, *Stalin's Reluctant Soldiers. A Social History of the Red Army 1925–1942*, Lawrence/K. 1996, S. 193 ff.

der Roten Armee, die ebenfalls als tiefere Ursachen des Massensterbens genannt wurden [...] in Wirklichkeit meist keineswegs miserabel“ gewesen seien¹⁹⁰. Einen ganz anderen Eindruck vermitteln dagegen die Gefangenenernehmungen, die sich in den deutschen I-c-Akten erhalten haben. Bereits Ende September 1941 räumte der Intendant der 37. sowjetischen Armee – ein Offizier im Range eines Oberst' – ein, „daß die Versorgung in den letzten 4 Wochen sehr mangelhaft war, so daß den Soldaten oft nur ein Teil der zustehenden Verpf[legungs]sätze zugeführt werden konnte“¹⁹¹. Im Dezember meldete die 45. deutsche Infanteriedivision, dass die Gefangenen die „schlechte Verpflegung“ in der Roten Armee monierten¹⁹², während die 221. Infanteriedivision im Januar 1942 die „Aussagen russischer Kriegsgefangener“¹⁹³ folgendermaßen zusammenfasste: „Verpflegung: Durchweg an der Front schlecht, in der Etappe gut. An der Front nur dünne Suppen, kein Brot, teils nur Zwieback. Kartoffeln und Fleisch nur aus Dörfern. In der Etappe Brotration unterschiedlich. 400–500 gr. täglich. Fleisch allerdings auch knapp.“

Diese verschiedenen Faktoren: die nicht gerade üppige Verpflegung in der Roten Armee, der Zusammenbruch der Logistik in den Kesselschlachten, der Temperatursturz und schließlich Stress und Strapazen der Kämpfe sowie der anschließenden Gefangennahme lassen es daher glaubhaft erscheinen, wenn Gutschmidt schreibt, die Gefangenen seien „schon völlig erschöpft hier angekommen“¹⁹⁴ oder wenn man beim vorgesetzten Armeeoberkommando 2 Ende November konstatierte¹⁹⁵: „Der Gesundheitszustand der Kgf. beim Eintreffen ist schlecht, die meisten Kgf. sind abgemagert und entkräftet. Auffällig ist der bessere Ernährungszustand der Mongolen und Tataren.“ So etwas kam im Übrigen nicht nur auf sowjetischer Seite vor. Zu Recht hat Rüdiger Overmans die hohe Sterbequote der überlebenden Stalingrad-Kämpfer nicht allein mit dem sowjetischen Verhalten begründet, sondern auch mit der Situation, die vorher im Kessel herrschte¹⁹⁶. Dies zeigt: Es waren immer auch die besonderen Bedingungen dieses Kriegsschauplatzes, die über das Schicksal der Kriegsgefangenen entschieden. Ein Hinweis wie der, dass die Wehrmacht ja auch im Westfeldzug, einer kurzen wie siegreichen Campagne, mit Gefangenenanzahlen in Millionenhöhe zu Recht gekommen sei, wird deshalb der Wirklichkeit des deutsch-sowjetischen Krieges mitnichten gerecht¹⁹⁷.

Den deutschen Zeitgenossen blieben solche Vorgänge jedenfalls nicht verborgen. Wenn Gutschmidt Ende Oktober meinte, „die Leute sind doch stark abgemagert, trotzdem sie bei uns genug zu essen bekommen“¹⁹⁸, dann wäre zunächst

¹⁹⁰ So Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 809. Seine These belegt er mit einer für Göring bestimmten Denkschrift aus dem Jahr 1944!

¹⁹¹ BA-MA, RH 24-17/268: XVII. AK, Abt. Qu./IV a, Tätigkeitsbericht Nr. 6, Anlage Nr. 30.

¹⁹² BA-MA, RH 26-45/46: 45. Inf.div., Abt. I b, Bericht vom 28. 12. 1941.

¹⁹³ IfZ-Archiv, MA 1670: 221. Inf.div. [sic], Abt. I c, Anlagen zum KTB, Bericht vom 12. 1. 1942.

¹⁹⁴ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 13. 11. 1941.

¹⁹⁵ BA-MA, RH 20-2/1445: AOK 2, Abt. Qu 2: Tätigkeitsbericht für die Woche vom 17.–23. 8. 1941.

¹⁹⁶ Vgl. Rüdiger Overmans, *Das andere Gesicht des Krieges: Leben und Sterben der 6. Armee*, in: *Stalingrad. Ereignis – Wirkung – Symbol*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts hrsg. von Jürgen Förster, S. 419–455, hier S. 437.

¹⁹⁷ Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 187 f., sowie Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 791 und 808.

¹⁹⁸ BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 28. 10. 1941.

festzuhalten, dass der Begriff „genug“ sehr relativ ist. Unabhängig davon waren jedoch auch die zuständigen Sanitätsoffiziere im Rückwärtigen Gebiet der Heeresgruppe Mitte zu dem Ergebnis gekommen, dass „die Kriegsgefangenen [...] durch die lange Hungerperiode während des Kampfes und die zunächst nur sehr mäßige Ernährung nach der Gefangennahme körperlich äußerst stark heruntergekommen“ seien¹⁹⁹. „Die Sterblichkeitsziffern stiegen daher erheblich. Auffallend war, daß viele Gefangene selbst bei ausreichend zur Verfügung stehender Nahrung körperlich nicht mehr in der Lage waren, die entsprechende Nahrung aufzunehmen und zu verwerten. Aus fast allen Dulag wurde berichtet, daß Gefangene nach der ersten Nahrungsaufnahme einfach zusammenbrachen und tot liegen bleiben. Nach Urteil der Pathologen sollen sich Darmveränderungen finden, die auf schwer entzündliche Darmprozesse deuten, deren Beginn jedoch lange Zeit vor der Gefangennahme liegen muß. Diese Feststellungen wurden durch die Aussagen von Kriegsgefangenen erhärtet. Soweit ein Überblick jetzt schon möglich ist, ergibt sich folgendes Bild: Schon vor den großen Kesselschlachten ist bei einzelnen russischen Truppenteilen die Ernährung schlecht gewesen. Es folgte dann die noch mangelhaftere Ernährung während der Kesselschlacht selbst. Zum Teil hatten die Gefangenen 6–8 Tage keinerlei Verpflegung während der Schlacht bekommen und nährten sich von Waldbeeren und Baumrinde. Nach Abschluß dieser Ereignisse kam die Überführung in die deutschen Gefangenenlager, bei der ebenfalls Ernährungsschwierigkeiten auftraten. Die Widerstandskraft der Leute ist durch diesen dauernden Mangel und die inzwischen eingebrochene Kälte derart geschwächt, daß jegliche Reaktionsbereitschaft fehlt. Es ist besonders hervorzuheben, daß bei der hohen Sterblichkeitsziffer Seuchen, Krankheiten im engeren Sinne und auch Verwundungsfolgen einen kaum beachtlichen Prozentsatz ausmachten.“ Von Gerlach wird dies als fadenscheinige „Entschuldigungen“ abgetan, die „sich teilweise selbst ad absurdum“ geführt hätten²⁰⁰. Doch hatten die deutschen Besatzer – wenn sie tatsächlich so gewesen wären, wie Gerlach sie sieht – damals eigentlich nichts besseres zu tun, als Akten dieser Art für den internen Dienstgebrauch zu produzieren, um sich damit über die Ursachen des Massensterbens selbst zu belügen? Ein solches Faktum, das auch in anderen historischen Zusammenhängen belegt ist²⁰¹, ändert ja nichts daran, dass die halbverhungerten Neuzugänge von den Deutschen nicht adäquat versorgt wurden.

In den Monaten, die dem Herbst 1941 folgten, wurden die Handlungsspielräume der deutschen Kriegsgefangenenorganisation allerdings noch enger. Die angespannte militärische Lage sorgte dafür, dass aus der chronisch angespannten Transportlage im Winter 1941/42 eine regelrechte „Transportkatastrophe“ wurde²⁰². Folgt man den Angaben Gutschmidts, so erwachsen für sein Lager da-

¹⁹⁹ IfZ-Archiv, MA 856: Befehlshaber des Rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, Abt. Qu., Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.–30. 11. 1941.

²⁰⁰ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 808.

²⁰¹ Vgl. etwa Katharina Hertz-Eichenrode (Hrsg.), *Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945*, Katalog zur Wanderausstellung, Bd. 1, Bremen 2000, S. 58.

²⁰² So Klaus A. Friedrich Schüler, *Logistik im Rußlandfeldzug. Die Rolle der Eisenbahn bei Planung, Vorbereitung und Durchführung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion bis zur Krise vor*

raus gleich mehrere Probleme: Dessen regelmäßige Verproviantierung wurde immer schwieriger, den Gefangenen wurden schon bei ihrer Einlieferung immer größere Marschstrecken abverlangt, und schließlich konnten diese – für ein Durchgangslager natürlich besonders gravierend – nicht mehr regelmäßig nach hinten abgeschoben werden²⁰³.

Auch Kälte, Schnee, Eis und Wind taten das Ihre, um die Situation in den Lagern ins Unerträgliche zu steigern. Gerlach, Streit und andere haben das eindrücklich beschrieben und den Nachweis geführt, dass in viel zu vielen Fällen die deutschen Bewacher nichts oder jedenfalls zu wenig für die Gefangenen getan haben. Doch ist dies im Sinne Gerlachs bereits als „gezielte Vernichtung“²⁰⁴ zu deuten? Stellt man diese Ereignisse in den Gesamtkontext dieses Krieges, dann lässt sich nur schwer übersehen, wie sehr auch die Angehörigen der Wehrmacht unter diesem Winter zu leiden hatten, weil die Erwartungen ihrer Führung ganz andere gewesen waren. Die Zahl der Erfrierungsfälle unter den deutschen Soldaten der Ostfront betrug im Winter 1941/42 insgesamt 228 000²⁰⁵, im Januar 1942 überstiegen die Ausfälle durch Krankheit und Erfrierungen die blutigen Verluste bei weitem²⁰⁶. Das kann die deutsche Schuld am Sterben der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht mindern; doch lassen sich vor diesem Hintergrund Motive und Verlauf präzisieren: Es war erst die existentielle Krise dieses Winters, welche die deutschen Besatzer dazu brachte, die Kriegsgefangenen als „das letzte und schwächste Glied“²⁰⁷ einfach preiszugeben.

Genauso wenig lassen sich die Seuchenzüge des Winters 1941/42 in ihrer Wirkung isolieren, selbst wenn Gerlach meint, genau dies sei den deutschen Besatzern gelungen. „Für die in den Lagern weitgehend isolierten, durch ihre Schwäche in der Regel an der Flucht gehinderten Gefangenen wurde ein ‚sauberer Tod‘ organisiert.“²⁰⁸ Da es sich beim Fleckfieber, der „gefährlichsten Seuche im Zweiten Weltkrieg“²⁰⁹, um eine typische Not- und Hungerkrankheit handelt, tragen die Deutschen für das Entstehen dieser Epidemien in der Tat eine hohe Verantwortung. Allen Vorsichtsmaßnahmen zum Trotz kam es im Winter 1941/42 aber auch bei den deutschen Soldaten zu einer „Fleckfieberwelle“, die im März/April 1942 ihren Höhepunkt erreichte²¹⁰. Gutschmidt selbst schildert, wie einige seiner Leute dieser Krankheit zum Opfer fielen²¹¹. Seine Aufzeichnungen lassen zudem erah-

Moskau im Winter 1941/42, Frankfurt a.M. 1987, S. 518. Dort auch eine detaillierte Darstellung der Ereignisse.

²⁰³ Vgl. etwa BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 19. 11. 1941. Ferner BA-MA, RH 20-2/1445: AOK 2, Abt. Qu 2, Tätigkeitsbericht für die Woche vom 26. 10.–1. 11. 1941.

²⁰⁴ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 811.

²⁰⁵ Vgl. Burkhart Müller-Hillebrand, *Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaus*, Bd. III: *Der Zweifrontenkrieg. Das Heer vom Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion bis zum Kriegsende*, Frankfurt a.M. 1969, S. 27 f.

²⁰⁶ Vgl. Kroener, *Die personellen Ressourcen*, S. 880 sowie 883 f.

²⁰⁷ So Rolf-Dieter Müller, *Das Scheitern der wirtschaftlichen „Blitzkriegstrategie“*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4, S. 936–1029, hier S. 1015.

²⁰⁸ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 828.

²⁰⁹ So Karlheinz Schneider-Janessen, *Arzt im Krieg. Wie deutsche und russische Ärzte den Zweiten Weltkrieg erlebten*, Frankfurt a.M. 1993, S. 178.

²¹⁰ Vgl. Karl-Heinz Leven, *Fleckfieber beim deutschen Heer während des Krieges gegen die Sowjetunion (1941–1945)*, in: *Sanitätswesen im Zweiten Weltkrieg*. Hrsg. von Eckehart Guth, Herford 1990, S. 127–165, hier S. 132 f. Ferner Kroener, *Die personellen Ressourcen*, S. 881 mit Anm. 21.

²¹¹ Vgl. BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 19. 1. und 21. 1. 1942.

nen, welche Probleme die Entlassung der Gefangenen und die mühselige Quarantäne ihrer Lager bereiteten oder die aufwendigen, kostspieligen und in ihrer Wirkung oft zweifelhaften Impfkationen, in deren Genuss nur ältere Wehrmachtsangehörige kamen²¹². „Ohne Stalags gäbe es in Rußland bei der Wehrmacht kein Fleckfieber“, lautete der Kommentar eines höheren Wehrmachtsarztes²¹³. Dies war vermutlich übertrieben, doch zeigt diese Einschätzung, welches Sicherheitsrisiko man auf deutscher Seite in den Lagern sah. Gerade dieser Aspekt der Epidemien, die sozusagen jederzeit „zurückschlagen“ konnten, deutet darauf hin, dass auch hier die Deutschen von den Folgen einer Entwicklung überrollt wurden, für deren Entstehen sie zwar erhebliche Verantwortung besaßen, die sie aber in dieser Form wohl kaum gewollt hatten.

Im Winter 1941/42, als sich die militärische Gesamtlage immer mehr zuspitzte und zeitweilig die Existenz der gesamten Heeresgruppe Mitte in Frage gestellt schien²¹⁴, begann auch an der deutschen Front die Verpflegung zeitweise recht karg zu werden²¹⁵. Bereits am 24. November 1941 kam etwa die 2. Panzerarmee zu dem Schluss, dass sie bei ihrer „Versorgungslage“ nur noch „von der Hand in den Mund“ lebe²¹⁶. Der Korpsarzt des XVII. Armeekorps war wiederum der Ansicht, dass der hohe Krankenstand der Truppe seit Oktober – als besonders gravierend erschienen ihm Fleckfieber, Gelbsucht oder chronische Durchfälle –, zurückzuführen sei „auf mangelhafte Ernährung, qualitativ (Fehlen von Fett und Vitaminen) und kalorisch unzureichende Kost“²¹⁷. Noch drastischer lautete Ende Dezember 1941 ein Funkspruch der 45. Infanteriedivision: „Truppe ist eingesetzt und hungert. Brot vordringlich.“²¹⁸ Auch im unmittelbaren Bereich des Dulag 203 war die Versorgungslage angespannt. Der Quartiermeister 2 der 2. Armee, der die Verpflegungssätze der Kriegsgefangenen als „nicht ausreichend“ kritisierte²¹⁹, begründete Ende November 1941 die katastrophale Situation in ihren Lagern damit, dass „ein Zurückgreifen auf Nachschubbestände bei der Versorgungslage der Armee nicht verantwortet werden“ könne „und eine Beifuhr aus dem Lande mit den wenigen verfügbaren Transportmitteln nur für geringe Mengen durchführbar“ sei.

²¹² Vgl. BA-MA, MSg I/257, Eintrag vom 29. 12. 1941.

Die inzwischen wieder aufgetauchten Personalkarten, die in den *Stalags* geführt wurden, beweisen, „daß in der Regel die Gefangenen unmittelbar nach ihrem Eintreffen gegen Pocken und Typhus geimpft wurden“. Vgl. Keller/Otto, *Massensterben*, S. 162.

²¹³ So der Beratende Internist der Befehlsstelle Süd am 3. 3. 1942. Zit. nach: Leven, *Fleckfieber*, S. 132.

²¹⁴ Vgl. Ernst Klink, *Die Operationsführung*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4, a.a.O., S. 451–652, hier S. 600ff.

²¹⁵ Vgl. hierzu Müller, *Scheitern*, insbes. S. 971ff. Obwohl der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens „Barbarossa“ und hier insbesondere dem Faktor Ernährung immer größere Bedeutung zugemessen wird, liegen einschlägige Studien über die Ernährungslage der deutschen Soldaten an der Ostfront noch nicht vor.

²¹⁶ IfZ-Archiv, MA 1763: 2. Pz. Armee, Abt. OQu, KTB Nr. 1, Eintrag vom 24. 11. 1941.

²¹⁷ BA-MA, RH 24-17/269: XVII. AK, Abt. Qu./IV b, Tätigkeitsbericht vom 24. 1. 1942 für die Zeit vom 1. 9.–31. 12. 1941.

²¹⁸ BA-MA, RH 26-45/46: 45. Inf.div., Funkspruch an das LV. Armeekorps vom 28. 12. 1941.

Ähnlich auch die publizierten authentischen Selbstzeugnisse deutscher Soldaten, etwa: Karl Reddemann, *Zwischen Front und Heimat. Der Briefwechsel des münsterischen Ehepaars Agnes und Albert Neuhaus 1940–1944*, Münster 1996, S. 339 und 341 (4. 11. 1941); S. 390 (16. 1. 1942); S. 392 (20. 1. 1942); S. 402 (4. 2. 1941).

²¹⁹ BA-MA, RH 20-2/1445: AOK 2, Abt. Qu 2, Bericht an die HGr. Mitte vom 27. 11. 1941. Auch zum Folgenden.

Eine solche Argumentation war Ausdruck einer Mentalität, die sich in erster Linie am eigenen Wohlergehen orientierte. Trotzdem sind Bemerkungen wie diese immer auch ein Beweis dafür, dass das deutsche Ostheer damals am Ende seiner Möglichkeiten angekommen war.

Ohne jede Not hatte die Führung des Deutschen Reichs diese Situation herbeigeführt. Im besonderen Fall der sowjetischen Kriegsgefangenen ist deren Schuld aber noch größer; Hitler und ihm nachfolgend die Wehrmacht- und Heeresführung hatten von vorneherein so dürftige Rahmenbedingungen geschaffen, dass die Gefangenen nun der Eigendynamik, die dieser Krieg entwickelte, zum Opfer fielen. Dies ist freilich nicht mit einem von vorneherein festgelegten Mordprogramm zu verwechseln. Die vorliegenden Quellen lassen lediglich den Schluss zu, dass erst zwei Krisen hinzukommen mussten: die operative Krise, die sich seit Spätsommer 1941 manifestierte, und die strategische Krise, die sich dann im Dezember 1941 offenbarte, welche die deutsche Führung dazu brachten, den Tod der sowjetischen Kriegsgefangenen, insbesondere der russischen, in Millionenhöhe einzukalkulieren. Dieses Gemenge aus Ideologie und Inkompetenz, Gleichgültigkeit, Zynismus und Sachzwängen, das sich in seinen Strukturen während des unvorhergesehenen Verlaufs dieses Feldzugs laufend veränderte, kann erklären, warum es der Wehrmachtsgeneralität nach 1945 so leicht fiel, einen dieser Faktoren herauszugreifen und ihr Handeln allein mit Sachzwängen zu rechtfertigen.

Das waren die Bedingungen, denen sich Gutschmidt zu stellen hatte und die verantwortlich sind für jenen Widerspruch, der sich durch diese Biografie und die vorliegende Quelle zieht. Ein alter Offizier, bereits pensioniert, kaisertreu und nicht mit den Nazis sympathisierend, stellte sich freiwillig seinem Vaterland und der Armee zur Verfügung – und damit einem System, das ihn mit einer der problematischsten Aufgaben betraute, die es für einen Soldaten in diesem Krieg gab. Zwangsläufig musste ihn diese Aufgabe überfordern. Trotzdem gelang es ihm, die unbarmherzigen Vorgaben dieses Systems eine Zeit lang auszugleichen. Gefördert wurde diese Hinhaltetaktik durch die „Widersprüchlichkeit in der Befehlsgebung der Heeresführung“²²⁰, die wiederum verschiedene Ursachen hatte: die verantwortlichen Planer ließen zunächst viele Probleme treiben, auch das der Kriegsgefangenen, weil sie auf einen Blitzfeldzug hofften; gegenüber dem Ausland erschien, zumindest bei der offiziellen Sprachregelung, eine gewisse Rücksichtnahme angebracht; und schließlich war der Transformationsprozess der Wehrmacht im Sinne des Nationalsozialismus noch längst nicht abgeschlossen, so dass es den Scharfmachern in der obersten Führung besser schien, die Ausformulierung des rassenideologischen Eroberungs- und Vernichtungskrieges erst einmal vorsichtig und in Raten zu betreiben.

Die verhältnismäßig großen Gestaltungsspielräume, die sich Gutschmidt phasenweise eröffneten und die ihn wohl auch über den Charakter des Krieges und seiner eigenen Funktion hinwegtäuschten, sind aber immer auch Ergebnis des für die deutsche Armee charakteristischen Führungsprinzips der Auftragstaktik, das die Befehlshaber dazu erzieht, „ihren Untergebenen zu befehlen, was sie zu tun

²²⁰ Streit, Keine Kameraden, S. 107.

haben, aber nicht wie das zu geschehen hat“²²¹. Dieses Führungssystem, das zu großen Teilen auf die Faktoren Eigeninitiative und -verantwortlichkeit baut, verdeutlicht, wie problematisch es im Falle der Wehrmacht ist, die Befehlsgebung der Führung mit dem Handeln der Truppe einfach gleichzusetzen oder einzelne Ereignisse an der Basis zu verabsolutieren. Derartige Freiräume lassen sich freilich in die eine wie in die andere Richtung nützen; kaum eine Gruppe ist dem Gutdünken des Gegners so ausgeliefert wie wehrlose Kriegsgefangene.

Im Falle Gutschmidts endete dessen Selbständigkeit an zwei Punkten: bei der Liquidierung ganz bestimmter Gefangener und beim Massensterben des Winters 1941/42. Bestand beim ersten Punkt eine klar umrissene, von vorneherein feststehende Intention der höchsten Führung, so mussten beim zweiten, von seinem Ausmaß gravierenderen Punkt erst die Sachzwänge dieses Krieges hinzukommen, die jegliche Handlungsspielräume zerstörten, die der obersten Führung und erst recht diejenigen eines Lagerkommandanten. Das soll dessen Mitverantwortung für das, was in den Lagern passierte, nicht bagatellisieren. Eines aber dürfte deutlich geworden sein: Zumindest sein Tagebuch bietet keinen Anhaltspunkt dafür, er habe in irgend einer Form zielgerichtet auf eine Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen hingearbeitet. Folgt man dieser Quelle, dann scheint dies übrigens auch für seine unmittelbaren Vorgesetzten, die Kriegsgefangenenbezirkskommandanten, zu gelten, ja selbst für einen so hoch angesiedelten General wie den Befehlshaber des Rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, Max von Schenckendorff. Gutschmidts Bericht, dieser habe Anfang Dezember 1941 einen anderen Lagerkommandanten wegen der hohen Sterblichkeit unter seinen Gefangenen scharf gemäßregelt²²², findet auch in anderen zeitgenössischen Quellen seine Bestätigung; dort ist sogar von einem Kriegsverfahren die Rede²²³. Vielleicht mag es in der Truppe Soldaten gegeben haben, die tatsächlich im „Verhungernlassen der Kriegsgefangenen [...] eine unbedingte Voraussetzung für den deutschen Sieg“ sahen²²⁴. Doch sprechen Ereignisse wie diese kaum dafür, dass eine solche Absicht offizielle Richtschnur für das Verhalten des Ostheers gewesen ist. Der Vorwurf eines mehr oder weniger bewussten Mordkalküls trifft daher in erster Linie die politische und militärische Führungsspitze. Sie war es, welche die Kriegsgefangenenpolitik bestimmte, sie war verantwortlich für die Sachzwänge dieses Krieges, die sie zumindest zeitweise noch modifizieren konnte.

Offizieren in der Position Gutschmidts fehlten solche Möglichkeiten. Er konnte und wollte jene Grenzlinien, welche die Wehrmachtsführung und der Krieg zogen, nicht überschreiten. Das hatte zur Folge, dass er ein Lager leitete, in dem vermutlich Zehntausende „seiner“ Gefangener einer systematischen Unterversorgung zum Opfer fielen. Leute wie er sind als „Wehrmachtsschergen“ bezeichnet worden, Lager wie das seine als „Vernichtungsmaschine“²²⁵. Aber erfasst das die ganze Wirklichkeit? Man wird ihr wohl gerechter, wenn man beide Seiten

²²¹ Martin van Creveld, *Kampfkraft. Militärische Organisation und militärische Leistung 1939–1945*, Freiburg i. Br. 1989, S. 42 ff., Zitat S. 43.

²²² Vgl. BA-MA, MSG I/257, Eintrag vom 5. 12. 1941.

²²³ Vgl. Dokument, Anm. 67.

²²⁴ So Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 1129.

²²⁵ Ebenda, S. 827 und 858.

dieser, für die Gesamtgruppe der Lagerkommandanten nicht untypischen²²⁶, Biografie im Auge behält: den Offizier alter Schule, der versuchte, den wehrlosen Gegner anständig zu behandeln, aber auch den kleinen Funktionär im größten Eroberungs- und Vernichtungskrieg, den das nationalsozialistische Deutschland zu führen imstande war. Wenn sich beide Aspekte in ein und derselben Biographie finden, dann zeigt sich einmal mehr, welch unterschiedliche Folgen aus einem Weltbild und einem Lebensgefühl erwachsen konnten, dem der unbedingte Gehorsam gegenüber dem Obersten Kriegsherrn ebenso selbstverständlich war wie die Vorrangstellung der eigenen Nation und schließlich auch die Hinnahme des modernen, des totalen Krieges mit seinen spezifischen „Notwendigkeiten“. Am Beispiel Gutschmidts, einer im Grunde rechtschaffenen Natur, lässt sich anschaulich vorführen, wie sich eine solche Disposition missbrauchen ließ.

Das berechtigt allerdings auch zu der grundsätzlichen Frage, was überhaupt von denjenigen Soldaten gefordert werden kann, die unter politischen und militärischen Bedingungen wie diesen mit der Betreuung von Kriegsgefangenen beauftragt werden: Bei einer Führung, die signalisiert, dass ihr deren Schicksal bestenfalls gleichgültig ist, und in einem Krieg, dessen Bedingungen, vorsichtig formuliert, als hart zu bezeichnen sind. Diese Frage hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Obwohl sich die Rechte der Kriegsgefangenen im 19. und 20. Jahrhundert kontinuierlich verbessert haben, lassen sich „in nahezu allen bewaffneten Konflikten seit dem Jahre 1949 [...] zum Teil erhebliche Verstöße“²²⁷ feststellen. Und nicht nur das. Zuweilen scheint bereits die Institution des Kriegsgefangenen zu einem Fremdkörper in der militärischen Auseinandersetzung der letzten Jahrzehnte zu werden, auch weil ihrem Charakter das klassische Kriegsgefangenenrecht immer weniger Rechnung tragen kann²²⁸.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, deren Umschlag sich im Zweiten Weltkrieg und hier gerade auf den Schlachtfeldern des deutsch-sowjetischen Krieges vollzieht, scheint das Beispiel eines Offiziers, der wenigstens seine institutionellen Möglichkeiten dagegen auszuspielen suchte, doch der Erwähnung wert. Sein Scheitern erschwert ein abschließendes Urteil. Das mag unbefriedigend erscheinen, aber vielleicht ist es an dieser Stelle besser, die Quelle selbst sprechen zu lassen.

²²⁶ Vgl. die aufschlußreiche Übersicht bei Streim (Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, S. 288), aus der hervorgeht, dass viele Kommandanten derselben Generation angehörten und demzufolge auch eine ähnliche Sozialisation durchlaufen haben dürften.

²²⁷ Horst Fischer, Schutz der Kriegsgefangenen, in: Handbuch des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten. Hrsg. von Dieter Fleck u. a., München 1994, S. 260–300, hier S. 263. Dort auch eine Übersicht zur historischen Entwicklung des Kriegsgefangenenrechts und seiner derzeit gültigen Bestimmungen.

²²⁸ Vgl. hierzu Rüdiger Overmans, „In der Hand des Feindes“. Geschichtsschreibung zur Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg; Stefan Oeter, Die Entwicklung des Kriegsgefangenenrechts. Die Sichtweise eines Völkerrechtlers, in: Hand des Feindes, S. 1–39, bzw. S. 41–59.

Dokument²²⁹

Am 14. Mai [1940] bat ich den Kommandeur des Wehrbezirkskommando Berlin VIII²³⁰, Oberst Schneider [...] um Einberufung. Er war sofort bereit und beauftragte den Hptm. Olschinski, dafür zu sorgen. Der schickte mich sofort zu Oberstleutnant Breyer vom O.K.W., Abt. Kriegsverluste und Kriegsgefangenenwesen²³¹. [...] Am 18. [Mai] bekam ich meine Einberufung mit der Morgenpost und am 20. V. meldete ich mich um 8 Uhr beim Kommandanten, Oberst von Westernhagen.

15. 3. 1941 (*Limburg*)²³²

Wir führen von jetzt ab die Bezeichnung Dulag 203 = Durchgangslager²³³. Wir kommen in die Gegend von Schubin bei Bromberg in den Bereich des XXI. W.K.²³⁴. Anscheinend werden wir aber dort nicht lange bleiben, sondern sehr bald wieder weiter verlegt werden. Nach dem schönen Polen haben wir uns nun gerade nicht sehr gesehnt. Aber die Hauptsache bleibt doch, daß mein Stalag erhalten bleibt und nicht etwa in Deutschland eingesetzt wird oder gar einem bestehenden Lager in Deutschland zur Verstärkung zugeteilt wird.

30. 3. 1941 (*Grünhagen bei Schubin*)

Um 11 traf ich in Grünhagen in meinem Quartier beim Bauern Ziemke Haus No.6 ein. Sauberes großes Zimmer, Petroleumlampe. [...] Mein Bauer ist ein Deutscher. Die gesamte polnische Intelligenz der Gegend, ja des Landes, soll erschossen sein²³⁵, aber niemand aus Grünhagen.

²²⁹ Der Text der ausgewählten Passagen hält sich ganz an die Vorlage (BA-MA, MSg I/257), stillschweigend korrigiert wurden lediglich offensichtliche Schreibfehler.

²³⁰ Bei den Wehrbezirkskommandos handelte es sich um militärische Dienststellen der Wehrkreis-kommandos; sie hatten dafür zu sorgen, dass alle drei Wehrmachtteile personell ergänzt wurden. Vgl. Rudolf Absolon, *Die Wehrmacht im Dritten Reich*, Bd. III: 3. August 1934 bis 4. Februar 1938, Boppard a. Rh. 1975, S. 38 ff.

²³¹ Wie im Mobilmachungsplan vorgesehen wurde die Abteilung Wehrmachtverluste und Kriegsgefangenenwesen im OKW am 25. 8. 1939 gebildet. Zuständig war sie für die Registrierung der eigenen Verluste und der Kriegsgräber sowie für alle Angelegenheiten, welche die ausländischen Kriegsgefangenen sowie die deutschen Kriegsgefangenen im fremden Gewahrsam betrafen. Vgl. Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999, S. 26 f.

²³² Die Ortsangaben sind in der Vorlage nicht enthalten, sondern der „Anlage No. 2: Meine Quartiere im Kriege“ entnommen, die Gutschmidt seinem Kriegstagebuch hinzugefügt hat. Vgl. BA-MA, MSg I/257.

²³³ Der Befehl zur Umbenennung des Front-Mannschaftsstellager (Stalag) 203, das im August 1940 in Goslar formiert worden war, wurde am 14. 3. 1941 ausgeben. Vgl. BA-MA, RH 49/9: Stammtafel Dulag 203.

²³⁴ Der Wehrkreis XXI wurde am 5. 9. 1939 als Kommandostab z.B.V. 25 in Potsdam eingerichtet und bereits fünf Tage später nach Posen verlegt, wo er als neuer Wehrkreis im Reichsgau Wartheland fungierte. Vgl. Georg Tessin, *Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945*, hrsg. vom Bundesarchiv-Militärarchiv mit Unterstützung des Arbeitskreises für Wehrforschung, Frankfurt a. M. o. J., Bd. 4, S. 154 ff.

²³⁵ SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich hatte schon am 7. 9. 1939 den Befehl gegeben, dass „die führende Bevölkerungsschicht in Polen [...] so gut wie möglich unschädlich gemacht werden“ solle, in: *Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945)*. Hrsg. von Werner Röhr u. a. Berlin (Ost) 1989, S. 113.

Aufgrund der deutschen Herrschaft verloren etwa 4 145 000 Polen ihr Leben, die Gesamtverluste Polens während des Zweiten Weltkriegs werden auf 6 090 000 Menschen geschätzt. Vgl. Tadeusz

3. 4. 1941 (*Grünhagen*)

Wie mir heute ein Herr beim General²³⁶ erzählte, werden wir Dulags je einer Division zugeteilt und gehen mit gegen Rußland²³⁷. Es soll losgehen, sobald der japanische Ministerpräsident wieder in der Heimat angelangt ist²³⁸. Ob das richtig ist, kann ich nicht beurteilen. Dienstlich wurde mir natürlich nichts gesagt.

25. 4. 1941 (*Grünhagen*)

Heute früh scheint seit langer Zeit wieder mal die Sonne. Wir scheinen noch lange hier zu bleiben und sind offenbar hier mit einer großen Armee gegen Rußland bereit gestellt. Der japanische Vertrag scheint also doch nicht so ganz nach unseren Wünschen ausgefallen zu sein.

5. 5. 1941 (*Grünhagen*)

Zum Fotografieren komme ich hier gar nicht. Es gibt nichts Interessantes.

12. 5. 1941 (*Grünhagen*)

Nachmittags²³⁹ fuhren wir alle im Lastauto nach Schubin, um an einer Kundgebung für den Gauleiter Greiser teilzunehmen. Ich hatte auch einige Mannschaften dahin beurlaubt. Der ganze Kreis war erschienen, eine riesige Tribüne war erbaut, Musik pp. Der ganze Ort war mit Flaggenmasten versehen. Greiser sprach $\frac{3}{4}$ Stunden lang. Die Polen sollen in Zukunft nur noch Knechte sein. Die Deutschen sind hier die Herren²⁴⁰. Hinterher tranken wir im Preußenhof ein Glas Bier und aßen eine vorzügliche Bockwurst.

24. 5. 1941 (*Ottock*)

Der Ort Ottock ist ein Luftkurort mit sehr vielen Villen. Er ist aber leider sehr stark überbelegt, und zwei Divisionen und große Fliegerverbände werden noch

Piotrowski, Poland's Holocaust. Ethnic Strife, Collaboration with Occupying Forces and Genocide in the Second Republic, 1918–1947, Jefferson, N.C., 1998, S. 305.

²³⁶ Hugo Schäfer (1879–1945), 1900 österreichischer Leutnant, 1935 Feldmarschalleutnant a.D., 1939 Generalmajor z.V., 1941 Generalleutnant z.V., Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XXI.

²³⁷ Zur Entscheidung Hitlers zum Angriff auf die Sowjetunion vgl. Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, München 1982.

²³⁸ Der japanische Außenminister Yosuke Matsuoka war am 16. 3. 1941 zu einer Europareise aufgebrochen, um das komplizierte Dreiecksverhältnis Japan-Sowjetunion-Deutschland zu klären. Als er am 27. 3. mit Hitler in Berlin zusammentraf, wurde er nicht in das bevorstehende Unternehmen „Barbarossa“ eingeweiht. Hitler sprach nur kurz vom „Eventualfall“ eines Verteidigungskrieges gegen die Sowjetunion, während der deutsche Reichsaußenminister von Ribbentrop zwei Tage später die Möglichkeit eines solchen Krieges immerhin als gegeben hinstellte. Japan wollte jedoch jeden Konflikt mit der Sowjetunion vermeiden, um Rückenfreiheit für eine Offensive nach Südostasien zu gewinnen; auf seiner Rückreise hielt sich Matsuoka vom 7.–13. 4. in Moskau auf, wo er am 13. 4. ein japanisch-sowjetisches Neutralitätsabkommen unterzeichnete. Vgl. Michael Libal, Japans Weg in den Krieg. Die Außenpolitik der Kabinette Konoye 1940/1941, Düsseldorf 1971, S. 101 ff.; Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941. Hrsg. und erläutert von Andreas Hillgruber, Frankfurt a. M. 1967, S. 502 ff.

²³⁹ Arthur Greiser (1897–1946), 1933–1939 stellvertretender Gauleiter des Gaues Danzig, 1939–1945 Gauleiter und Reichsstatthalter des Reichsgaues Wartheland.

²⁴⁰ Vgl. hierzu Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961; Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Berlin (Ost) 1987.

erwartet. Die Juden wohnen im Ghetto. Man sieht viel Kaftanjuden mit langen Bärten. Juden und Polen bekommen sehr wenig zu essen. Als der Zug in Warschau hielt, kamen wohl an [die] Hundert Kinder und bettelten um Brot. Hier im ganzen Generalgouvernement sollen die Juden am Verhungern sein, und den Polen geht es nicht viel besser. Wie mir der Ortskommandant sagte, verlangen wir von Rußland die Freigabe der Ukraine und der Ostseeprovinzen und freien Durchmarsch dahin²⁴¹. Es wird darüber eifrig verhandelt. Es kann ev[entuell] eine Revolution in Rußland geben. Wir brauchen die Ukraine und die Ostseeprovinzen, da in ganz Europa die Lebensmittel infolge der englisch-amerikanischen Blockade²⁴² fehlen und wir fast alle Länder, sogar Italien und Spanien damit versorgen müssen. [...] Spätestens am 2. Juni [1941] soll die Entscheidung fallen, ob wir von Rußland freien Durchmarsch erhalten oder ob es Krieg gibt. Die Wege sollen ganz furchtbar sein, und wir müssen unser Gepäck sehr vermindern. Die Zahlmeister haben ganz unsinnige Mengen Gepäck bei sich und haben außerdem enorme Mengen ersparter oder organisierter Sachen wie Seife und Fleischkonserven angesammelt.

25. 5. 1941 (*Otwork*)

Wir fuhrten dann mit dem Auto durch das [Warschauer] Judenghetto, wo etwa 600 000 Juden auf engstem Raum zusammengepfercht leben²⁴³. Das ganze Ghetto ist mit Barrieren abgeschlossen, und kein Jude darf ohne Polizeibegleitung das Ghetto verlassen. Man sieht dolle Gesichter darunter. Die älteren tragen Kaftan und lange Bärte. Die Juden haben eigene Verwaltung, den sog. Judenrat, eigene Polizei, einen jüdischen Bürgermeister, jüdische Pferdedroschken, die nur im Ghetto verkehren, sogar eigene jüdische Straßenbahnen und sogenannte Tretomobile. Das sind Dreiräder, die vorn eine gepolsterte Bank für 2 Personen haben und hinten den Fahrer, der auf einem Fahrradsattel sitzt. Solche Tretomobile gibt es auch außerhalb des Ghettos in der Stadt. Sie haben sogar Taxameteruhren. Da

²⁴¹ Die deutsch-sowjetischen Beziehungen boten damals Anlass zu heftigen Spekulationen. In seiner Meldung aus dem Reich (Nr. 187) vom 19. 5. 1941 berichtete der SD, ein Teil der deutschen Bevölkerung glaube, „daß eine Auseinandersetzung mit Rußland unabwendbar sei“. Doch gebe es auch zahlreiche Gerüchte, in denen es heiße, „Deutschland habe mit Rußland einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Ukraine zur Sicherung des Lebensmittelbedarfs auf 99 Jahre gepachtet sei“. Vgl. Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hrsg. und eingel. von Heinz Boberach, Bd. 7, Herrsching 1984, S. 2313. Ferner Bianka Pietrow, Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941, Melsungen 1983, S. 234 f.

²⁴² Die am 3. 9. 1939 eröffnete britische Seeblockade gegen das Deutsche Reich war Teil eines umfassenden Wirtschaftskrieges, den das Ministry of Economic Warfare koordinierte. Dazu gehörte auch die Kontrolle von Handelsschiffen neutraler Staaten. Die USA, seit dem 5. 9. 1939 neutral, begannen bald, ihre Ausfuhrsperre für Kriegsmaterial auf der Basis von „cash and carry“ zugunsten von Großbritannien und Frankreich zu lockern. Im November 1939 veröffentlichten sie eine Liste mit „strategic“ und „critical materials“, die nicht an das Deutsche Reich, Japan und die UdSSR exportiert werden durften. Vgl. William N. Medlicott, The Economic Blockade. (History of the Second World War, United Kingdom Civil Series), 2 Bde., London 1952–1959.

²⁴³ Nachdem Warschau am 28. 9. 1939 kapitulierte hatte, befahlen die deutschen Besatzer am 12. 10. 1940 die Errichtung eines Ghettos, das im November mit einer Mauer abgeriegelt wurde. Offiziell waren dort im Mai 1941 442 337 Menschen registriert. Vgl. Yisrael Gutman, The Jews of Warsaw, 1939–1943. Ghetto, Underground, Revolt, Brighton 1982, Zahl S. 63; Tomasz Szarota, Warschau unter dem Hakenkreuz. Leben und Alltag im besetzten Warschau 1. 10. 1939–31. 7. 1944, Paderborn 1985.

das Ghetto so riesengroß ist, kann man es nicht von der Stadt abschließen. Es fahren daher Straßenbahnen und Autos durch das Ghetto. Aber niemand darf aussteigen, und die Juden dürfen diese Straßenbahnen nicht benutzen. Das Ghetto nimmt etwa $\frac{1}{3}$ der ganzen Stadt ein. Die Juden sehen sehr verkommen aus, und doch sollen sehr viele von ihnen noch viel Geld haben. Es sind natürlich Rechtsanwälte und Ärzte unter ihnen. An jedem der vielen Tore stehen 2 Polizisten und ein deutscher Feldgendarm. Innerhalb des Ghettos ist außerdem noch die Geheime Feldpolizei tätig²⁴⁴. Wir trafen bei der Durchfahrt einen jüdischen Leichenzug²⁴⁵. Der Tote lag auf einem sehr einfachen einspännigen Wagen und in einem offenen Wagen folgten 3 Judenjungen. Alle Juden tragen Armbinden mit dem Davidsstern in blauer Farbe. Auf einem Markt handelten Tausende. Ich machte vom Auto aus viele Aufnahmen. Sicher war das Ganze sehr interessant, aber unerfreulich. Viele junge Weiber hatten geschminkte Lippen, viele fuhren in Pferdedroschen oder Tretomobilen spazieren.

2. 6. 1941 (*Gora Pulawska*)

Die Polen lieben uns bestimmt nicht, aber den Russen noch viel weniger.

5. 6. 1941 (*Gora Pulawska*)

Nachher kam mein Bursche mit der Nachricht, durch Radio sei bekanntgegeben [worden], daß der Kaiser gestern gestorben sei²⁴⁶. Er hat noch im Kriege viel Schweres erlebt. Zwei Enkel, darunter der älteste Sohn des Kronprinzen, sind gefallen²⁴⁷. [...] Ich habe dem Kaiser stets die Treue gehalten und werde sie ihm immer halten.

9. 6. 1941 (*Gora Pulawska*)

Der Krieg gegen Rußland ist vollkommen vorbereitet. Wenn unsere Division 135 km vorgeht, so stehen wir dicht an der Grenze und können nur noch die Panzerdivisionen und die schnellen Truppen vor uns haben. Mitte der nächsten Woche, so um den 18. 6. herum, müßte es eigentlich losgehen. Bisher ist in keinem Bericht und in keiner Zeitung über Rußland gesprochen, noch viel weniger geschimpft worden²⁴⁸. Rußland liefert immer noch Getreide und Holz, wie es vertraglich abgemacht ist. Vorm[ittags] war ich auf dem Büro und in der Küche. Ich ließ armen Kindern belegte Stullen geben. Wir haben ja zuviel.

²⁴⁴ Zu deren Einsatz vgl. Klaus Gefner, Geheime Feldpolizei. Zur Funktion und Organisation des geheimpolizeilichen Exekutivorgans der faschistischen Wehrmacht, Berlin (Ost) 1986.

²⁴⁵ Aufgrund der katastrophalen hygienischen Verhältnisse und des Hungers starben allein im Mai 1941 3821 Menschen im Warschauer Ghetto. Vgl. Gutman, *Jews of Warsaw*, S. 64.

²⁴⁶ Wilhelm II. (1859–1941), von 1888–1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen, starb am 4. 6. 1941 in Haus Doorn, seinem niederländischen Exil. Vgl. Lamar Cecil, *Wilhelm II, Vol. 2: Emperor and Exile, 1900–1941*, Chapel Hill 1996, S. 337 ff. Ferner: *Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil*.

²⁴⁷ Wilhelm, Prinz von Preußen (1906–1940), ältester Sohn des deutschen Kronprinzen, starb am 26. 5. 1940 in Nivelles als Oberleutnant d.R. im Infanterieregiment 1 an seinen Verwundungen, die er drei Tage zuvor erhalten hatte.

Oskar, Prinz von Preußen (1915–1939), Sohn des Prinzen Oskar, fiel als Oberleutnant d.R. im Infanterieregiment 51 am 5. 9. 1939 im Polenfeldzug.

²⁴⁸ Vgl. hierzu Wolfram Wette, Die propagandistische Begleitmusik zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“, S. 111–129.

13. 6. 1941 (*Gora Pulawska*)

Ich hätte nicht gehnt, daß so unglaubliche Mengen von Verbänden und Formationen, Kolonnen pp. zu einer Division gehören. Ununterbrochen rollen Fahrzeuge über die nach Osten führenden Straßen. An allen schwierigen Stellen regeln Feldgendarme den Verkehr.

22. 6. 1941 (*Wyszkow am Bug*)

Um 7 kam H.²⁴⁹ in mein Zimmer mit der Nachricht, daß der Krieg gegen Rußland heute früh 3,45 [Uhr] auf der ganzen Front von Finnland bis Rumänien begonnen hat²⁵⁰. Heute ist Sonntag. [...] Wir liegen im Augenblick des Beginns der Feindseligkeiten genau 40 km vor der russischen Grenze. Unsere Marschgruppe – 3 Wachbataillone und mein Dulag – sind zwischen 7 und 8 [Uhr] abgerückt. Ich selber fahre erst um 10 Uhr nach. Der Ort ist jetzt um 9 vollkommen leer. Ein eigenartiges Gefühl, so plötzlich ganz allein zu sein.

24. 6. 1941 (*Zawisty*)

Ich bekomme in Zawisty ein sehr nettes Zimmer bei sehr sauberen und freundlichen Leuten. Beide Töchter sprechen etwas deutsch. Sie haben nur den einen Wunsch: Wir sollen die Russen vertreiben²⁵¹.

25. 6. 1941 (*Zawisty*)

Plötzlich rief ein Einwohner: Ruski!, und wir sahen drei russische Soldaten auf uns zukommen, die sofort in einem Kornfelde verschwanden. Wir liefen von beiden Seiten herum und als wir näher kamen, stellten sie sich mit erhobenen Händen auf. Es waren junge Leute, leidlich gekleidet. Wir nahmen sie mit ins Lager, gaben ihnen zu essen und dann baten sie um etwas Tabak. [...] Daß wir persönlich Gefangene gemacht haben, hat überall Erstaunen erweckt.

25. 6. 1941 (*Bransk*)

Nachmittags fuhr ich mit 6 meiner Offiziere nach Bransk. Vor und hinter dem völlig zerschossenen Ort liegen russische Panzerwagen, völlig zerschossen und oft ausgebrannt. In und unter den Panzern lagen noch mehrere tote Russen. An der Friedhofsmauer lagen 10 erschossene Zivilisten und auf dem Friedhof zwischen den Gräbern auch noch mehrere und zwei russische Soldaten. Da vor dem Friedhof zwei deutsche Gräber lagen, ist anzunehmen, daß vom Friedhof aus geschossen [worden] ist und daß dafür alle Leute, die auf dem Friedhof angetroffen wurden, erschossen [worden] sind. Da ein Sarg mit der Leiche eines Mannes noch an einem Grabe unbestattet stand, ist der Kampf also gerade während einer Beerdigung gewesen.

²⁴⁹ Oberleutnant Hans H. (*1896) war damals Adjutant Gutschmidts.

²⁵⁰ Genauer Angriffsbeginn war 3.15 Uhr morgens.

²⁵¹ Zawisty lag im damaligen Generalgouvernement, ca. 120 km nordöstlich von Warschau.

28. 6. 1941 (*Bielsk*)

Ich fuhr sofort mit H. zum Lager und besichtigte es gründlich. Die Gefangenen besitzen höchstens einen Löffel und etwas Geld. Die 6 Offiziere sahen böse aus. Abzeichen haben sie nicht. Sie tragen genau so dreckige und schäbige Uniformen wie die Mannschaften. [...] Wir schicken Autos und Pferdewagen, um allerhand zusammen zu bringen. So bekamen wir: Zelte, Heu, Stroh, gesalzene Fische. Bretter, 2 tadellose 4rädriige Anhänger für unsere Autos, Medizinen, Decken pp. Die Gefangenen müssen unter freiem Himmel schlafen. Als Eßgeschirr suchen wir leere Konservendosen zusammen. Die Offiziere schlafen von den Mannschaften getrennt in einem Zelt, natürlich auch an der bloßen Erde. Bis zum Abend waren die meisten Gefangenen schon zur nächsten Stelle in Nur²⁵² weiter befördert.

30. 6. 1941 (*Bielsk*)

In der Nacht kam der Befehl, daß wir in Bielsk eingesetzt bleiben sollen und uns auf große Gefangenenzahlen einzurichten hätten²⁵³. Die zweite Kompanie Landeschützen-Bataillon 974²⁵⁴ wird mir unterstellt. Vier Sonderführer²⁵⁵ treffen heute ein. Ich war von 10 Uhr ab im Lager. Es strömen viel mehr hinein, als abgerollt werden. Namentlich kommen viel Verwundete, darunter sehr schwer verletzte, von denen heute noch mehrere sterben werden. Dr. R.²⁵⁶ hat sie schon stark unter Morphium gesetzt. Es gelingt, sie noch lebend in das Zivilkrankenhaus zu schaffen. [...] Wir haben mehrere Hundert Zentner Kartoffeln und etwa 200 Zentner eingesalzene Fische für die Gefangenen erbeutet. [...] Heute wurde ein Gefangener eingeliefert, dem ein Schuß den ganzen Unterkiefer unter dem Ohr zerschmettert und den vorderen Teil ganz weggerissen hatte. Da er außerdem noch schwere Schüsse in der Herzgegend hatte, konnte er nach ärztlichem Urteil nicht am Leben bleiben. Er bekam reichlich Morphium, wachte aber nach einer Weile ganz munter auf. Ich machte eine Anzahl Aufnahmen von ihm. Als er ins Zivillazarett gefahren wurde, verlangte er, sitzend zu fahren und nicht liegend, und bat, ich möchte ihn doch noch einmal photographieren. Am andern Tage besuchte ich ihn im Zivillazarett, und der Chefarzt meinte, daß der Mann bei seiner starken Konstitution doch wohl noch durchkommen würde. Wir haben jetzt 8 standfeste Kessel aus anderen Lagern hergeschafft und dazu 22 russische Feldküchen. Nun können große Mengen Gefangene kommen: wir sind gerüstet.

²⁵² Nur lag ebenfalls im damaligen Generalgouvernement, ca. 20 km südwestlich von Zawisty.

²⁵³ Vgl. IfZ-Archiv, MA 885: Kommandant für das Rückwärtige Armeegebiet 580, Befehl vom 29. 6. 1941.

²⁵⁴ Das Landeschützenbataillon 974 war am 1. 1. 1941 durch Umbenennung des Wach-Bataillons 661 formiert worden; am 19. 6. 1941 wurde es der 286. Sicherungsdivision zugeteilt. Vgl. Tessin, Verbände und Truppen 1939–1945, Bd. 13, Osnabrück 1976, S. 174.

²⁵⁵ Sonderführer waren Angehörige der Wehrmacht, die keine oder nur eine geringe militärische Ausbildung besaßen, aufgrund besonderer Fachkenntnisse aber für bestimmte Arbeitsgebiete (etwa als Dolmetscher) qualifiziert waren. Sie besaßen keinen Offiziersdienstgrad, sondern waren je nach Aufgabe einem Offizier im Range eines Leutnants bis Majors gleichgestellt. Vgl. Rudolf Absolon, Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. V: 1. September 1939 bis 18. Dezember 1941, Boppard a. Rh. 1988, S. 183 ff.

²⁵⁶ Unterarzt Dr. Johannes R. (1910–1943) war Lagerarzt im Dulag 203.

1. 7. 1941 (*Bielsk*)

Nachm[ittags] war ein Major vom OKH hier und war sehr erstaunt, daß wir warmes Essen an die K[riegs]g[e]f[angenen] ausgeben. Wir haben 2500 Liter Benzin gefunden. Lebensmittel für Gefangene bekommen wir reichlich. Wir finden viel gesalzene Fische, Dorsche und kl[eine] Sardinen, Mehl, Kleie, Hirse pp. Pferde werden uns genügend geliefert. Es sind natürlich entweder solche, die ein Bein gebrochen haben oder ganz abgetriebene Pferde, die nicht mehr stehen können. Unser Lager wird jeden Tag schöner und die Ordnung besser.

5. 7. 1941 (*Bielsk*)

Wir kommen nun aus dem von Rußland den Polen abgenommenem Gebiet in das alte Rußland oder richtiger Weißrußland. Die Wege sollen ganz furchtbar sein. Wir packen und bereiten alles vor und gehen früh zu Bett.

8. 7. 1941 (*Biwak vor Sluzk*)

In Minsk war ein Gefangenenlager für 30000 eingerichtet. Es mußte aber mit 140000 belegt werden²⁵⁷. Es gab nichts zu essen, nicht einmal Wasser. Viele starben. Man gab ihnen schließlich trockene Makkaroni zu essen, auf die sie sich wie wild stürzen. Bewacht werden sie von Soldaten, die auf aufgegriffenen Pferden beritten gemacht sind. Die Wachen haben lange Peitschen und schießen auch wohl. Aber Ordnung bekommen sie nicht in das Lager²⁵⁸, der Hunger ist zu groß. Ich habe das Lager aber nicht gesehen.

9. 7. 1941 (*Sluzk*)

Ich habe die Nacht kaum schlafen können und war schon um ¼4 [Uhr] aus dem Zelt heraus. Mehrere Bauersfrauen aus der Nachbarschaft brachten uns Milch und einige Eier und wollten kein Geld dafür nehmen. In Bielsk hat die Geheime Feldpolizei unter fadenscheiniger Begründung 30 Juden erschossen und in Minsk sogar 100²⁵⁹. Es ist unerhört, wie die Polizei wütet²⁶⁰. Wir bemühen uns, gut zu den Russen zu sein, und die Polizei tat das Gegenteil. Sie behauptet, die Juden hätten Sabotage betrieben. Dabei ist kein einziger Fall von Sabotage vorgekommen.

²⁵⁷ Das große Gefangenenlager in Minsk, in dem am 8. 7. 1941 ca. 100000 Kriegs- und 40000 Zivilgefangene auf engstem Raum zusammengepfercht leben mussten, war für seine katastrophalen Zustände berüchtigt. Die völlig unzureichende Versorgung mit Nahrung und Wasser, die sanitären Verhältnisse, die mangelnde medizinische Versorgung, aber auch Gleichgültigkeit und Brutalität der Wachmannschaft sorgten für Tausende von Toten. Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 788 ff.

²⁵⁸ Vgl. mit dem Bericht des AOK 2: „Das Kgf.-Lager Minsk der 4. Pz.Armees muss am 14. 7. übernommen werden, die dortigen Zustände verlangen sofortige durchgreifende Maßnahmen.“ BAMA, RH 20-2/1445: AOK 2, Abt. Qu 2, Tätigkeitsbericht für die Woche vom 13.–19. 7. 1941.

²⁵⁹ Minsk bildete im Juli 1941 „den Schwerpunkt der Ermittlungs-, Selektions- und Tötungsaktivitäten der Einsatzgruppe B“. Allein im Juli wurden dort mindestens 5000 Menschen umgebracht, „im Durchschnitt wohl 200 täglich“. Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 536 ff., Zitate S. 549.

²⁶⁰ Generell zu den Mordaktionen der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD vgl. Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981; Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. Hrsg. von Peter Klein. Mit Beiträgen von Andrej Angrick, Christian Gerlach, Dieter Pohl und Wolfgang Scheffler, Berlin 1997.

10. 7. 1941 (*Sluzk*)

Im Lager wurden heute 4000 Gefangene abgeholt, aber 7000 plus 1500 kamen neu²⁶¹. Die 7000 gehen noch in der Nacht wieder fort. H. hat eine große Heeresbäckerei wieder mit Gefangenen in Betrieb gesetzt. Wir wollen für das Lager, für die Truppen und für die Zivilbevölkerung backen, täglich bis zu 4000 Broten zu je 3 kg. Ich war vormittags lange im Lager und habe mich um alles gekümmert. Die Russenköche, alles alte Militärköche, machen ihre Sache sehr gut. Mit dem russischen Oberstabsarzt habe ich mich über die Sowjetzustände unterhalten.

12. 7. 1941 (*Sluzk*)

Heute wurde ein Gefangener eingebracht, der vor einigen Tagen während der Vernehmung ausgekniffen war und nun wieder geschnappt wurde. Da er noch ziemlich frech auftrat, sperrte ich ihn 10 Tage ein. Sonst machen die Gefangenen einen sehr bescheidenen Eindruck, und wir haben mit ihnen nie irgendwelche Schwierigkeiten. Aber die Gefangenen merken auch sehr schnell, daß wir es gut mit ihnen meinen und dafür sorgen, daß sie genug zu essen bekommen und daß wir namentlich auch [für] die ärztliche Betreuung der Verwundeten bestens sorgen. Mein Arzt hat immer genug Verbandzeuge und Medikamente, und sehr gern geben wir Verwundete an die Zivilkrankenhäuser ab. Das bedeutet, daß sie einfach freigelassen werden, denn das Krankenhaus hat keine Ursache, sie als Gefangene weiter zu betrachten.

14. 7. 1941 (Biwak bei *Borissow*)

Wir badeten alle in der Beresina, die sich als bescheidenes kleines Flößchen mit Sandboden erwies.

16. 7. 1941 (Biwak vor *Orscha*)

Mittags bat plötzlich die dicht neben uns liegende Flakbatterie um Unterstützung durch Maschinengewehre und Gewehre, da sie schon Verluste gehabt hatte (der Batteriechef war auch gefallen) und sich nicht mehr halten konnte²⁶². Ich ließ sofort Freiwillige vortreten und so zog fast das ganze Stalag [*sic!*] mit Gewehren und 3 Maschinengewehren unter Ob[er]l[eu]t[nant] F. vor. Die Russen, in Stärke von mindestens einem Regiment oder mehr, sogar mit schwerer Artillerie, saßen einige Hundert Meter von uns jenseits des Dnjepr. Sie schossen fortgesetzt, und die Kugeln flogen auch durch unsern Biwakplatz. Auf Bitten der Flakbatterie wurden auch zwei schwere Panzer eingesetzt. Meine Leute hatten sofort schwere

²⁶¹ Während der Doppelschlacht bei Bialystok und Minsk, die am 9. 7. 1941 beendet wurde, konnte die Heeresgruppe Mitte rund 323 000 Gefangene machen. Vgl. Klink, Operationsführung, S. 461; Streit, Keine Kameraden, S. 83.

²⁶² Die Episode verdeutlicht, wie angespannt die Personallage des Ostheers damals bereits war. War diese schon zu Feldzugsbeginn knapp bemessen, so sorgten der sich verbreiternde Raum, die oft unklare Lage in den rückwärtigen Gebieten, vor allem aber die eminent hohen Verluste, die Ende Juli 1941 schon höher lagen als während des ganzen Westfeldzugs, dass immer wieder auch die rückwärtigen Dienste zu Kampfeinsätzen herangezogen wurden. Vgl. Kroener, Die personellen Ressourcen, insbes. S. 871 ff.

Verluste. [...] In kurzer Zeit also 1 Toter, 5 Schwerverwundete und 1 Leichtverwundeter²⁶³.

20. 7. 1941 (*Kochanowo*)

Heute kamen im Fußmarsch cr. 900 Gefangene. Eine leere Kolonne nahm cr. 650 mit nach hinten. Heute ist Sonntag. Auch bei den Russen gibt es wieder einen arbeitsfreien Tag, den Sonntag²⁶⁴! Die Mädels haben sich ein bißchen netter angezogen. Mein Schneider arbeitet mir meine beiden Russenhosen um und nimmt aus der Fliegerkombi den Pelz und die Reißverschlüsse heraus. Den Überzug werfen wir fort. Unter den heutigen Gefangenen befindet sich einer, den die Abwehr²⁶⁵ für einen Kommissar²⁶⁶ hält, was er aber bestreitet. [...] Der angebliche Kommissar ist ein Baumeister, also ein sehr harmloser Gefangener. Er ist natürlich beim Heere angestellt. Gestern kamen noch cr. 450 Gefangene. Sie bekommen Brot und warme Kost, die wir in 2 Kesseln der Kleinkinderschule kochen lassen. Wasser schöpfen sie aus einem kleinen Bach, der durch das Lager läuft.

23. 7. 1941 (*Kochanowo*)

Gleich darnach kam ein Offizier der Geheimen Feldpolizei und brachte auf 60 Panjewagen über 100 Schwerverwundete aus dem aufgelösten Lager Tolotschin her. Statt sie rückwärts zu schaffen, hatte man sie nach vorn geschafft²⁶⁷. Ich ließ sie abladen und in zwei Räumen des ehemaligen Lazarets unterbringen. Es waren viel Amputierte dabei und sehr viel Verwundete mit schwersten Brandwunden. Die Russen hatten beim Abzug ihre eigene Verwundetenbaracke angezündet²⁶⁸. Kaum waren die armen Verwundeten abgeladen, so trafen um 16,30 [Uhr] die gro-

²⁶³ Im Kriegstagebuch Nr. 1 der 286. Sicherungsdivision (IfZ-Archiv, MA 1695) hat sich hierüber ein ausführlicher Bericht Gutschmidts vom 17. 7. 1941 als Anlage 53 erhalten.

²⁶⁴ In der Sowjetunion war bereits 1940 der Siebenstundentag wieder abgeschafft und durch den Achtstundentag samt 48-Stunden-Woche ersetzt worden. Während des Krieges arbeitete die sowjetische Bevölkerung faktisch oft an allen sieben Wochentagen. Vgl. Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 652.

²⁶⁵ Laut Dienstanweisung für den Kommandanten eines Kriegsgefangenen-Durchgangslager vom 22. 5. 1939 stand diesem „zur Durchführung von ‚Abwehrmaßnahmen gegen Spionage, Sabotage, Flucht und Zersetzung‘ und für die damit eng verbundene Post- und Paketüberwachung [...] ein Abwehroffizier zur Verfügung“. IfZ-Archiv, Da 34.12, S. 35.

²⁶⁶ Mit Erlass vom 6. 6. 1941 hatte das OKW befohlen, die politischen Kommissare der Roten Armee, „wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen. [...] Kommissare, die im rückwärtigen Heeresgebiet wegen zweifelhaften Verhaltens ergriffen werden, sind an die Einsatzgruppe bzw. Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei (SD) abzugeben.“ Dieser Erlass wurde nur bis zu den Oberbefehlshabern der Armee verteilt und den darunter liegenden Instanzen mündlich bekannt gegeben. Druck: Ueberschär/Wette, „Unternehmen Barbarossa“, S. 313 f. Vgl. ferner Jacobsen, Kommissarbefehl.

²⁶⁷ Diese Praxis wurde kurz darauf zur Norm erhoben. Am 24. 7. 1941 befahl Generalquartiermeister Wagner, die verwundeten Kriegsgefangenen, die nicht transportfähig waren, „nicht mehr in die Kriegsgefangenen-Heimatorganisationen des OKW abzuschicken“, sondern in behelfsmäßige Kriegsgefangenenlazarette, „die durch die Dulags einzurichten sind“. Vgl. IfZ-Archiv-Archiv, MA 1564/31, NOKW 2423.

²⁶⁸ Auch von russischer Seite wird berichtet, dass die Rote Armee bei ihrem Rückzug 1941 ihre Verwundeten immer wieder zurückließ. Vgl. den Bericht bei Schneider-Janessen, Arzt im Krieg, S. 62 f.

ßen Gefangenenmassen aus Orscha ein²⁶⁹. Unsere beiden Küchen hatten Mehlsuppe vorbereitet. Es wurden immer 50 abgezählt und ins Lager hineingelassen. Jeder bekam sofort eine Portion Mehlsuppe und als die alle war, bekamen immer 5 Mann zusammen ein Brot. Inzwischen wurde in allen 5 Kesseln wieder neue Mehlsuppe gekocht und sobald sie fertig war, hörte die Brotverteilung auf und es gab wieder Suppe. So haben wir in 2¾ Stunden 7069 Mann aufgenommen und beköstigt. Alle Verwundeten schlafen in Räumen, die Nichtverwundeten liegen eng im Freien.

25. 7. 1941 (*Kochanowo*)

Für die Verwundeten lasse ich als Lager einige Fuhren Flachs heranschaffen. Das Lager muß stark vergrößert werden und ein Hügel muß einbezogen werden, damit die Leute trocken liegen. Wir haben den Roggen leider nicht bekommen und müssen nun aus Borissow Mehl holen, das etwas klumpig geworden ist.

28. 7. 1941 (*Kochanowo*)

Im Lager merkt man es sehr wohltuend, daß jetzt nur noch die Hälfte der bisherigen Belegschaft da ist. Es herrscht größte Ordnung. Um 8 Uhr hat jeder ein Viertel Brot bekommen und bis 11,30 [*Uhr*] hat jeder seinen Liter dicke Graupensuppe empfangen. Die Verbesserung der Wege im Lager macht große Fortschritte. Unsere sämtlichen freien Fahrzeuge schaffen Schlacke und Steine und Sand herein. Die Gefangenen laufen nicht mehr blind umher, sondern alles ist geregelt. Unser neues, eigen gebackenes Brot ist gut. Ein Gefangener schenkte mir sein zaristisches Koppelschloß.

30. 7. 1941 (*Kochanowo*)

Seit dem 16. 6. [1941] habe ich 3000 km im Auto zurückgelegt. Davon entfallen 1380 km auf den Vormarsch und 1620 km auf Wege zu vorgesetzten Stellen, Erkundungen pp.

3. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Um 9 [*Uhr*] wurde der schwerverwundete russische Arzt zur Amputation nach Orscha gefahren. Ich schicke ihn mit einem Panjewagen dahin, den ich sehr gut habe mit Flachs auspolstern lassen. Das ist die beste Beförderungsart. Sie dauert aber ziemlich den ganzen Tag, da es bis Orscha 32 km sind. [...] Gegen Abend wurde aus einem 20 km entfernten Dorfe ein Mann eingebracht, der mit einer russischen Handgranate gespielt hatte und sich dabei an beiden Händen 5 Finger schwer verletzt hatte. Dr. R. amputierte die vordersten Glieder von 3 Fingern der einen Hand. Ich tat dabei Handreichungen. Die andere Hand kommt morgen dran, da Dr. R. wegen der Dunkelheit nicht weiter arbeiten konnte.

²⁶⁹ Während ihrer Offensive nach Smolensk brachte die Heeresgruppe Mitte 348000 Kriegsgefangene ein. Die Stadt wurde am 16. 7. 1941 von deutschen Truppen erreicht, bis zum 24. 7. konnte der Raum östlich von Smolensk abgeriegelt werden. Vgl. Klink, Operationsführung, S. 461; Streit, Keine Kameraden, S. 83.

5. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Dr. R. hat sich eine komplette Zahnstation zusammengesucht und hat eine Zahnärztin und eine Helferin engagiert. Sie bekommen pro Tag ein Brot und von den Eiern, die die Patienten bringen, genügend zum Leben. Geld bekommen sie aber nicht. Nachmittags kam ein Fernspruch, daß ein General, 850 Offiziere und 4300 Mannschaften im Anmarsch sind. Ich ließ sofort in allen Kesseln kochen und genügend Brot aus unserer hiesigen Bäckereien ins Lager bringen. Der General macht einen leidlich guten Eindruck, wenn man ihn auch nur höchstens mit einem 12-Ender²⁷⁰ auf eine Stufe stellen kann. Ich ließ für ihn eine Bettschütte mit Flachs bereitstellen und ihm eine Portion unseres eigenen Essens geben. Dazu bekam er Tee²⁷¹.

6. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Nachmittags wurden wieder 5000 neue Gefangene gemeldet²⁷². Ich ließ sofort in allen Kesseln Suppe kochen. Zum ersten Mal waren auch die 5 neuen Kessel benutzt, deren Einbau gerade fertig geworden war. Um 18 Uhr erschienen die Gefangenen. Sie wurden gleich vor dem Lager schnell durchsucht, dann hineingeführt und sofort mit Suppe versorgt. Da sie fast sämtlich eine Art von Eßgeschirr bei sich hatten, ging es sehr schnell. Das Ganze dauerte wiederum nur 80 Minuten. Mit einem Lastauto kamen 15 Marschunfähige. Unterwegs waren 7 Mann aus dem Eisenbahnzuge entflohen. Davon wurden sofort 4 Mann erschossen und einer blieb mit durchschossenem Bein liegen. Er wurde erst hier in Gyps gelegt und dann ins Lazarett gesteckt.

7. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Ein Gefangener war heute in der Bäckerei aufsässig geworden. Er hatte sogar noch andere aufgereizt. Ich hätte ihn ja erschießen lassen können²⁷³. Aber, da er in der Bäckerei schon eine solide Portion Prügel bezogen hatte, habe ich ihn nur 10 Tage eingesperrt.

8. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Die Nacht auf dem völlig durchweichenden Boden und bei der fürchterlichen Enge muß für die armen Gefangenen schlimm gewesen sein. Ich stand um 4 [Uhr] auf und hörte sie ziemlichen Lärm machen. Ab und an schoß ein Posten in die Luft. Um 5,35 [Uhr] meldete sich ein Rittmeister einer Nachschubabteilung bei mir. Er hat von seinem Kommandeur, einem H[au]ptm[ann] Bach, den Befehl erhalten, zur Unterdrückung einer ausbrechenden Meuterei mein Lager mit 40 Mann zu schützen. Offenbar hat sein Kommandeur es mit der Angst bekommen,

²⁷⁰ Bezeichnung jener Unteroffiziere, die nach einer zwölfjährigen Dienstzeit die deutsche Armee verließen. Vgl. [Walter] Transfeldt, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart 1986, S. 29f.

²⁷¹ Vgl. auch mit dem Artikel des Kriegsberichterstatters Heinrich Papendick vom 7. 8. 1941, der die Schilderung Gutschmidts bestätigt (BA-MA, MSg I/259).

²⁷² Der Kessel bei Smolensk wurde bis zum 5. 8. 1941 aufgelöst.

²⁷³ Im Auftrag des OKH war am 25. 7. 1941 eine Verfügung erlassen worden, die bestimmte, dass bei „Widersetzlichkeit, Auflehnung usw.“ von Kriegsgefangenen „sofort von der Waffe Gebrauch zu machen“ sei. Vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 106f.

weil natürlich 11 000 nasse Russen noch mehr Radau machen als eine Klasse Schulkinder in der Pause. Der Rittmeister war sehr erstaunt, als ich ihm sagte, ich hätte niemand um Hilfe gebeten, und es sei nichts los. Um 8 Uhr setzte wieder ein heftiger Regen ein, ein richtiger Landregen. Er hielt bis Mitternacht an. Die armen Gefangenen können einem wirklich leid tun, besonders da der Boden so naß und glitschig ist. [...] Nachm[ittags] war ich lange im Lager. Dutzende Gefangene hatten schwere Magenkrämpfe. Die Revierstube ist übervoll.

15. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Ich ließ gestern Abend Mehl an die Bevölkerung ausgeben. Dieingesessenen bezahlen es – soweit sie können –, die Flüchtlinge bekommen es umsonst. Heute ließ ich auch unser Brot an die Verteilungsstelle bringen, und morgen wird es ebenso an die Bevölkerung ausgegeben. Wir haben heute viel Marketenderwaren bekommen, die morgen verkauft werden.

18. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Die neue große Halle ist fertig. Wir konnten in ihr und in den 3 Häusern 3000 Kgf. unterbringen.

23. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Im Lager ließ ich heute allerhand Sport, Ringen und sich gegenseitig Hochziehen ausführen und gab den Siegern Brot. Morgen, Sonntag, soll um 10 Uhr eine verbesserte Vorstellung stattfinden. [...] Ich habe einen Betrieb zur Anfertigung von Löffeln aufgemacht, damit jeder Gefangene einen Löffel hat. Eine Frau hat heute einem russischen Offizier einen Zettel zugesteckt, in dem ein russischer General zu Sabotage-Akten aufforderte und androhte, daß jeder, der den Befehl nicht befolgt, nach dem Kriege wie ein Hund erschossen wird²⁷⁴. Der Offizier hat uns den Zettel übergeben, hat aber die Frau leider nicht feststellen können, da er viele Zettel erhält und sie erst hinterher gelesen hat. Aber man sieht doch, daß in den Wäldern noch vollkommen organisierte Banden stecken²⁷⁵.

²⁷⁴ Aufbauend auf dem Beschluss des ZK der Kommunistischen Partei vom 29. 6., den Stalin in seinem bekannten Rundfunkaufruf vom 3. 7. 1941 verkündete, gab es auch auf den untergeordneten Führungsebenen eine ganze Reihe entsprechender Direktiven. Auch die Drohung des ZK vom 18. 7. 1941, „die strengsten Maßnahmen gegen Drückeberger und Deserteure zu ergreifen“, diente dabei als Vorbild. Vgl. Russkij Archiv, Velikaja Otecestvennaja, tom 20 (9): Partisanskoje dvischenije v gody Velikoj Otecestvennoj vojne 1941–1945 gg., Dokumenty i materialy, Moskva 1999 [Russisches Archiv, Großer Vaterländischer Krieg, Bd. 20 (9): Die Partisanenbewegung in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945. Dokumente und Materialien, Moskau 1999], S. 17 ff., 44 f., 76 ff, 82.

²⁷⁵ Genaue Zahlen über die Stärke der sowjetischen Partisanenbewegung sind schwer zu ermitteln. Ihre Gesamtstärke wird für die Jahreswende 1941/42 auf ca. 30 000 Kämpfer geschätzt. In der Bje-lorussischen Sowjetrepublik soll es im August 1941 etwa 12 000 Partisanen gegeben haben. Vgl. hierzu J. A. Armstrong (Hrsg.), Soviet Partisans in World War II. Madison, Wisc., 1964, Zahl S. 151; Erich Hesse, Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle, Göttingen 1969/21993; Witalij Wilenchik, Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941–1944, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 34 (1984), S. 129–297; Timm C. Richter, „Herrenmensch“ und „Bandit“. Deutsche Kriegführung und Besatzungspolitik als Kontext des Partisanenkrieges (1941–1944), Münster (Masch. Manuskript) 1998; Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 860 ff., Zahl S. 861.

24. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Sonntag. Dulag und Gefangene haben heute frei. Um 10 Uhr zeigten die Gefangenen Musik, Tanz und Gesang. Ein Geigenspieler spielte Sarasate²⁷⁶ großartig auf einer allerdings nur mittelmäßigen Geige. Ich verteilte Zigaretten und Brot. Der Vater und der Freund des Kapitäns, der bei uns als Ordner tätig ist, waren auch da. Ich lud sie ins Lager ein und ließ ihnen auch Mittag[essen] geben.

26. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Im Lager melden sich jeden Tag so etwa 300 Männer von den Kolchos[en], um sich den Schein zu holen, daß sie Zivilisten sind. Viele davon sind aber Soldaten und werden ins Lager gesteckt. Einen gefangenen Ingenieur-Offizier habe ich heute nach Tolotschin geschickt, damit er dort eine Fabrik für landwirtschaftliche Traktoren wieder in Gang setzt.

27. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Dicht vor Kochanowo lagerten die letzten Reste der gestern angekommenen Gefangenen. Es gelang nur 3800 abzuschicken, 1200 mussten wieder ins Lager zurück genommen werden, da nachmittags keine Autos mehr durchkommen. Nachm. kamen cr. 100 Gefangene, die in der Umgegend aufgegriffen waren. Es regnete den ganzen Nachmittag. Aber die Gefangenen wohnen ja jetzt trocken.

29. 8. 1941 (*Kochanowo*)

Wir suchten in Tolotschin nach einem geeigneten Winterlager, nachdem die Division²⁷⁷ erklärt hat, daß von einer Ablösung keine Rede sein kann und wir uns auf Winterquartiere einzurichten haben²⁷⁸.

3. 9. 1941 (*Kochanowo*)

Wir wollen für den Winter in ein neues Lager umziehen, das höher gelegen ist und daher trocken bleibt und treffen dazu alle Vorbereitungen. Wir lassen überall Fenster, meist sogar Doppelfenster, und Türen machen.

8. 9. 1941 (*Kochanowo*)

Vorm[ittags] war ich lange im Lager und hatte meinen kleinen Freund Wowa (3 Jahre alt) bei mir. Der russische Arzt klagte, daß er schon 6 Fälle von Skorbut

²⁷⁶ Zigeunerweisen.

²⁷⁷ Das Dulag 203 war vom 3. 7.–17. 9. 1941 und vom 10. 12. 1941–5. 2. 1943 der 286. Sicherungsdivision unterstellt, einer Division, die im April 1941 im Wehrkreis VIII (Schlesien) aus Teilen anderer Verbände formiert worden war. In der Zeit vom 18. 9.–9. 12. 1941 war das Dulag der 221. Sicherungsdivision zugeordnet. Vgl. BA-MA, RH 49/9: Stammtafel Dulag 203; Tessin Verbände und Truppen 1939–1945, Bd. 9, S. 17f.

²⁷⁸ Die Wehrmachtführung hatte den Feldzug gegen die Sowjetunion zunächst als „Blitzkrieg“ geplant. Als der Generalquartiermeister des Heeres, General Wagner, am 29. 7. in einer „grundlegenden Besprechung“ den Auftrag erteilte, mit der Bereitstellung von Winterausrüstung und dem Aufbau von Winterquartieren zu beginnen, galt dies nur für jene 56 Divisionen, die als Besatzungstruppen vorgesehen waren. Vom Befehlshaber des Rückwärtigen Heeresgebiets Mitte wurde diese Weisung am 16. 8. 1941 an die Truppe weitergegeben. Obwohl die Erfolgsaussichten des Unternehmens Barbarossa von vielen hohen Militärs zunehmend skeptischer beurteilt wurden, hoffte Wagner noch am 5. 10. 1941, dass man in diesem Jahr Moskau erreichen und dann „ja der Winter da und hoffentlich der Krieg zu Ende“ sein würde. Vgl. Müller, Scheitern, insbes. S. 959 ff.

hätte, und bat um Lieferung von Zwiebeln und Lauch. Ich beauftragte sofort den Bürgermeister im Dorf, mal schnell Zwiebeln zusammenzuholen.

22. 9. 1941 (*Churawitschi*)

Heute arbeiten alle Mann mit Macht am Ausbau des neuen Lagers. Die Scheunen werden gereinigt, erhalten Zwischendecken aus Zweigen mit aufgelegtem Stroh und die Fensterscheiben werden teils ersetzt, teils mit Holz abgedichtet. Wir wollen in die Scheunen mindestens 5000 Gefangene legen. Wenn mehr kommen, müssen sie im Freien lagern.

23. 9. 1941 (*Churawitschi*)

Es waren Tausende von Autos auf der Rollbahn, alle in Richtung nach vorn. Der Angriff auf Moskau²⁷⁹ geht also jetzt voran.

29. 9. 1941 (*Churawitschi*)

Die Wagen des Vorkommandos kamen gestern abend zurück. Oberst Marschall²⁸⁰ war in Kritschew und ordnete an, daß wir so viel Lebensmittel zusammenholen sollten, wie wir nur können.

16. 10. 1941 (*Kritschew*)

Vor morgen ab können wir zur Not 10000 Gefangene unterbringen. Die Ernährung der Gefangenen ist jetzt recht knapp. Bei den ungeheuren Massen, die noch zu erwarten sind, können wir höchstens die vorgeschriebene Menge ausgeben. Heute bekamen wir ein Pferd und Rinderabfälle vom Schlächtereizug.

17. 10. 1941 (*Kritschew*)

Nachts haben etwa 1500 im Freien übernachtet. Heute früh kamen 3500 und weitere 10000 sind angemeldet²⁸¹. Ob die 1500 von gestern abend und die 3500 von heute früh in diese Zahl eingerechnet sind, ist noch nicht bekannt. Mittags kam ein Offizier von den Panzern mit der Mitteilung, daß er im Fußmarsch 20000

²⁷⁹ Nach langen Differenzen mit der Heeresführung befahl Hitler in seiner Weisung Nr. 35 vom 6. 9. 1941, eine „entscheidungssuchende Operation gegen die westlich Moskau kämpfende Heeresgruppe Timoschenko“ vorzubereiten. Unter dem Stichwort „Taifun“ eröffnete die Heeresgruppe Mitte am 2. 10. 1941 eine Offensive, die den Sieg gegen die Sowjetunion noch in diesem Jahr erzwingen sollte. Vgl. Klaus Reinhardt, Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42, Stuttgart 1972; ders., Die Schlacht vor Moskau im Spiegel der sowjetischen Geschichtsschreibung, in: Jahresbibliographie der Bibliothek für Zeitgeschichte 43 (1971), S. 451–478. Ferner Janusz Piekalkiewicz, Die Schlacht um Moskau. Die erforderte Offensive, Bergisch Gladbach 1981.

²⁸⁰ Otto Marschall (geb. 1893), 1914 bayerischer Leutnant, 1941–1942 Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant J, bis 1944 S.

Marschall war am 1. 5. 1941 als Kommandeur des Artillerieregiments 188 abgelöst worden, weil er – so der Befehlshaber im Wehrkreis XIII – „eine recht laxen Auffassung hinsichtlich der rassepolitischen Grundsätze gezeigt“ habe. Marschall hatte einen Wachtmeister Tresper, dieser hatte sich 1939 in einem Alter von 51 Jahren kriegsfreiwillig gemeldet, in sein Regiment aufgenommen, obwohl ihm bekannt war, dass es sich bei diesem zu 50% um einen „jüdischen Mischling“ handelte. Vgl. BA-MA, Pers 6/8620.

²⁸¹ Während der großen Kesselschlachten von Wjasma und Brjansk, die am 18. 10. bzw. 20. 10. 1941 beendet wurden, gelang es der Heeresgruppe Mitte, bis zum 20. 10. 1941 insgesamt 662 000 Gefangene einzubringen. Vgl. Klink, Operationsführung, S. 575 ff.; Streit, Keine Kameraden, S. 83.

Gefangene bringe, die heute Abend eintreffen sollen. Von 17,30 [Uhr] strömten dann ungezählte Massen im Gänsemarsch ins Lager ²⁸². Es wurde inzwischen dunkel, und der Anmarsch wird die ganze Nacht durch andauern. Wir hatten lange Besprechungen mit der Division (Major Graf Pfeil). Sie erklärt, wir hätten eben alles für 30 000 vorbereiten müssen²⁸³! Schlaue! Weiter sollen heute 3000 mit der Bahn kommen. Wir wollen versuchen, sie gleich mit der Bahn nach Gomel weiter zu schicken. Weiter sind noch 6000 im Fußmarsch unterwegs und 12 000 sollen einen Tag später kommen, alle im Fußmarsch. Da wir 11 700 haben, so würden wir im ganzen 52 000 erhalten. Nun heißt es abtransportieren! Mit der Bahn gehen täglich 1500 nach Mogilew. Dann sollen täglich 5000 zu Fuß nach Mogilew marschieren. Die heute Angekommenen sollen sogar 26 000 sein. Wer kann sie zählen²⁸⁴? Man hört Schüsse. Da ich aber verboten habe, unterwegs auf Gefangene zu schießen, nehme ich an, daß es nur Warnschüsse waren.

18. 10. 1941 (*Kritschew*)

Früh um 7 war ich in der Zementfabrik. Die Schüsse sind nur in die Erde abgegeben worden. Es ist auch kein Gefangener an Kälte gestorben, wie ich erst befürchtet hatte. Wieviel gekommen sind, läßt sich nicht feststellen.

19. 10. 1941 (*Kritschew*)

Von 17 Uhr ab treffen 12 000 Gefangene im Fußmarsch von Roslawl, 97 km nach 2tägigem Marsch ein. Die Leute waren durch den langen Marsch, den ständigen Regen und die furchtbaren Straßen und schließlich durch den Hunger so kaputt, daß sie ganz still einhertrotteten. Unterwegs haben sie sich Äste und Holzstücke aufgelesen, um für die Nacht sich Feuer machen zu können. Ich habe heute Nacht weit über 30 000 Mann in den drei Lagern. Die neuen bekommen heute Abend nichts mehr zu essen, dafür aber gleich morgen früh eine gute Suppe.

20. 10. 1941 (*Kritschew*)

Von den 20 000 Mann Transport, der am 17. [Oktober] mit dem Anfang eintraf und dann so allmählich nachkam [*sic!*], kommen jetzt immer noch Nachzügler an. So etwa 4000 bis 6000 scheinen unterwegs geflohen zu sein.

21. 10. 1941 (*Kritschew*)

Wir bauen jetzt Wachtürme und erhöhen die Zäune. Schwierigkeiten macht die Besetzung der Wachtürme mit Maschinengewehren. Wir sollen neue MGs bekommen und können vorläufig nur unsere eigenen drei einsetzen.

²⁸² Das Dulag 203 war damals auf insgesamt drei Lager verteilt, eines von ihnen lag in einer ehemaligen Zementfabrik.

²⁸³ Vgl. mit IfZ-Archiv-Archiv, MA 1667: 221.Sich.div., Abt. I a, KTB, Eintrag vom 17. 10. 1941: „Der Ib bespricht mit dem Kdt. Dulag 203 in Kritschew die Unterbringung von 30 000 Kgf., da bisher nur 10 000 Kgf. untergebracht werden konnten. Es werden Erdunterkünfte ausgehoben, mit Baumriegel und Erdreich zur Wärmehaltung abgedeckt.“

²⁸⁴ In einem Bericht der 2. Armee hieß es damals: „Das Kgf.-Problem wird immer ernster, die Zahlen wachsen auf 50 000–60 000 an, es treten Ernährungsschwierigkeiten hinzu, denen das Personal des Dulag nicht gewachsen ist.“ BA-MA, RH 20-2/1445: AOK 2, Abt. Qu 2, Tätigkeitsbericht für die Woche vom 19.–25. 10. 1941.

24. 10. 1941 (*Kritschew*)

Auf meinen Wunsch hat die Division streng befohlen, daß nur bei wirklichen Fluchten scharf geschossen werden darf, nicht aber, wenn mal einer aus dem Gliede tritt²⁸⁵. Gestern sind 18 Mann gestorben. Von einer Leiche sollen Russen gegessen haben. Sie haben das Fleisch von einem Schenkel kunstgerecht abgetrennt²⁸⁶.

27. 10. 1941 (*Kritschew*)

Die Gefangenen bekommen jetzt täglich zweimal warmes Essen und einmal Brot.

28. 10. 1941 (*Kritschew*)

Heute war ich [*bei*] den Beerdigungen der Toten zugegen. Die Leute sind doch stark abgemagert, trotzdem sie bei uns genug zu essen bekommen.

30. 10. 1941 (*Kritschew*)

Nachmittags wurden 6000 [*Kriegsgefangene*] als im Anmarsch befindlich gemeldet. Sie kommen von Roslawl. Nur ein Teil soll heute eintreffen. Ich schicke ihnen Brot entgegen. Auf das Auto können dann die Marschkranken aufsteigen²⁸⁷.

31. 10. 1941 (*Kritschew*)

Gestern abend trafen 5410 K[riegs]g[e]f[angene] ein und heute im Laufe des Tages noch cr. 400. Der Rest hat sich unterwegs verkrümelt. Bei der schwachen Bewachung ist es leicht, auszureißen.

4. 11. 1941 (*Kritschew*)

Mittags kamen mit einem Autobus und einem LKW 125 Offiziere aus Roslawl. Darunter war ein verwundeter General mit seiner angeblichen Frau und verschiedene Oberste und Oberstleutnants. Dem General gaben wir ein Zimmer allein. Er hatte rote Streifen an den Hosen, an den Ärmeln eine sehr breite Goldtresse mit einem Stern darüber und am Kragen zwei kleinere Sterne. Als einzige Auszeichnung besaß er die silberne Medaille für 20jährige Dienstzeit. Er war durchaus anständig gekleidet.

²⁸⁵ Nicht ermittelt. Nachweisen lässt sich allerdings ein Befehl der 221. Sicherungsdivision vom 25. 11. 1941, in dem es u. a. heißt: „Es darf keinesfalls vorkommen, daß Entkräftete nur deshalb, weil sie nicht mehr laufen können, erschossen werden.“ IfZ-Archiv, MA 1667: 221. Sich.div., Abt. Ib, Anlage 178 zum KTB, März-Dezember 1941.

²⁸⁶ Die Hungerpolitik gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen hatte zur Folge, dass sich der Kannibalismus immer stärker in den Lagern auszubreiten begann. Vgl. etwa Streit, *Keine Kameraden*, S. 155 f.

²⁸⁷ Vgl. mit IfZ-Archiv, MA 1667: 221. Sich.div., Abt. Ia, KTB, Eintrag vom 30. 10. 1941: „Von den 6000 Kgf. fallen sehr viel aus. Requirierte Panjefahrzeuge schleppen die Fußkranken nach. Entgegengesandtes Verpflegungskdo. aus Dulag 203 hilft mit Ausgabe von Brot. Nach Rücksprache mit den Kdten. Dulag 130 und 203 werden in Zukunft bei kaltem Wetter größere Fußmärsche von den Kgf. kaum bewältigt werden können, da diese bereits zu entkräftet aus den Kampfgebieten in den Auffanglagern eingeliefert werden.“

6. 11. 1941 (*Kritschew*)

Heute früh fährt die große Lokomotive wieder und bringt 3500 Gefangene nach Mogilew. Die meisten Offiziere werden mit abgeschoben. Den General behalte ich noch hier, bis er wieder etwas besser gehen kann. Er humpelt infolge eines Knieschusses doch noch recht stark.

13. 11. 1941 (*Kritschew*)

Es sterben viel Gefangene trotz reichlicher Ernährung. Die Unterbringung ist zu schlecht, und sie sind schon völlig erschöpft hier angekommen.

14. 11. 1941 (*Kritschew*)

Heute sind sogar 78 Gefangene gestorben und 47 sind entflohen.

15. 11. 1941 (*Kritschew*)

Im Lager 1, wo die Ukrainer etwas besser gepflegt werden²⁸⁸, ist seit einer Reihe von Tagen keiner gestorben. In den anderen Lagern ist die Sterblichkeit immer noch zu groß.

18. 11. 1941 (*Kritschew*)

Der Zug hat heute auf der Rückfahrt Torf mitgebracht. Wir haben ausgerechnet, daß wir den Winter über 2500 Waggons Holz verheizen werden, und nun lassen wir schon jetzt ständig Holz anfahren.

20. 11. 1941 (*Kritschew*)

Der Bau der Pritschen macht gute Fortschritte. Auch die Erdhütten sind schön warm. Das elektrische Licht in den Lagern funktioniert.

24. 11. 1941 (*Kritschew*)

Für den Ortskommandanten von Tscherikow mußte ich 333 Urlaubsscheine für Kriegsgefangene ausstellen²⁸⁹. Die Leute haben also nach Hause gefunden, ohne in einem Kriegsgefangenenlager gewesen zu sein.

26. 11. 1941 (*Kritschew*)

Wir lassen mit der Bahn viel Brennholz heranfahren. In der Zementfabrik lasse ich alle Schuppen pp. abbrechen, und wir gewinnen dadurch sehr viel Holz, das wir für die Pritschen nötig haben. Im Lager 2 wird eine neue große Küche gebaut,

²⁸⁸ Am 17. 11. 1941 stoppte das OKH die geplante „Entlassung von Ukrainern“. „Die Kriegsgefangenen ukrainischen Volkstums sind in Zukunft als geschlossene Arbeitskolonnen zusammenzufassen und so zur Arbeit einzusetzen, daß jederzeitige Zusammenziehung zu neuer Verwendung gewährleistet ist. Die ukrainischen Kriegsgefangenen sind bevorzugt zu behandeln. Ihre Ernährung ist sicherzustellen.“ BA-MA, RH 20-18/1209: OKH/GenStdH/GenQu, Az. Abt. K.Verw. Nr. II 7970/41.

²⁸⁹ Generalquartiermeister Wagner hatte bereits am 24. 7. 1941 die Entlassung kriegsgefangener Volksdeutscher, Ukrainer, Litauer, Letten und Esten vorbereitet, in die in den folgenden Monaten u. a. auch die Weißrussen einbezogen wurden. Bis Ende 1941 wurden von der Heeresgruppe Süd 269048, von der Heeresgruppe Mitte dagegen nur 29677 Kriegsgefangene entlassen. Vgl. IfZ-Archiv, MA 1564/31, NOKW 2423. Zahlen bei: Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 818 mit Anm. 238.

die in einigen Tagen fertig wird. Heute sind immer noch 28 gestorben. Das ist fast 1% des Bestandes²⁹⁰. Die Kälte hat wieder zugenommen.

28. 11. 1941 (*Kritschew*)

Heute früh war ich in den Lagern 2 und 3. Unterwegs erhielt ich einen Fernspruch, daß ich mit Major von Stietencron²⁹¹ im Austausch versetzt bin. Übernahme der neuen Stellen sofort. Ich bekomme Dulag 231²⁹². Dieses liegt noch in Wjasma, soll aber bald nach Smolensk zurückverlegt werden.

3. 12. 1941 (*Smolensk*)

Wir kamen ohne Panne um 14 Uhr in Smolensk an. Ich fuhr gleich zum Kommandanten des Dulag 126, meinem alten Bekannten Major Ritscher.

4. 12. 1941 (*Smolensk*)

Mittags ließ mich der Oberst Meyer rufen und teilte mir mit, daß wir endgültig nach Smolensk kämen. Wir bekommen vorläufig keine Gefangenen, sondern helfen bei Dulag 126²⁹³ aus.

5. 12. 1941 (*Smolensk*)

Später kam auch mein Vorgänger bei [Dulag] 231 und Nachfolger bei [Dulag] 203, Major von Stietencron. Ihm ist seine Versetzung mit einem sehr groben Briefe des Befehlshabers, Gen[erals] d[er] Inf[anterie] von Schenkendorf²⁹⁴, angezeigt, weil in seinem Lager in Wjasma 4000 Todesfälle vorgekommen sind²⁹⁵.

²⁹⁰ Vgl. auch mit IfZ-Archiv, MA 1667: 221. Sich.div., Abt. Ib, Bes. Anordnung Nr. 164/41 vom 25. 11. 1941: „Der vielfach starke Erschöpfungszustand, in dem die Kgf. in letzter Zeit in die Dulag usw. eingeliefert werden, zwingt zum Haushalten mit ihrer Arbeitskraft. Für eine vernünftige, dem Kräftezustand der Kgf. angemessenen Arbeitseinteilung sind die betr. Dienststellen verantwortlich. Das Dulag setzt sich mit den Dienststellen, welche Arbeitskräfte anfordern, deshalb jeweils in Verbindung. Wird festgestellt, daß eine anfordernde Stelle nicht die notwendige Einsicht zeigt, ist diese Stelle durch einen vom Dulag zu entsendenden Offizier zu benachrichtigen, daß für sofortige Abhilfe zu sorgen ist. Reicht das nicht aus, ist der Stelle schriftlich mitzuteilen, daß kein Arbeitskommando mehr zur Verfügung gestellt wird. Dienststellen, welche Dauerkommandos von Kgf. beschäftigen, sind verpflichtet *selbst* für ausreichende Ernährung (täglich warmes Essen und Brot), beheizte Unterkunft und Ergänzung fehlender Bekleidung zu sorgen.“

²⁹¹ Hartwig von Stietencron (1884–1952), zuletzt Oberstleutnant z. V.

²⁹² Das Dulag 231 wurde im Juli 1940 in Wien aufgestellt und am 19. 3. 1941 zum Dulag 231 umgebildet. Am 1. 7. 1941 wurde es der Heeresgruppe Mitte unterstellt, am 27. 6. 1942 kam es zur Heeresgruppe Süd. Vgl. BA-MA, RH 49/9: Stammtafel Dulag 231; Mattiello/Vogt, Kriegsgefangenen- und Internierten-Einrichtungen, Bd. 2, S. 58.

²⁹³ Das Dulag 126 war am 13. 3. 1941 aus dem Front-Stalag 126 gebildet worden. Seit dem 25. 4. 1941 war es der Heeresgruppe Mitte unterstellt, wo es in Smolensk stationiert war. Vgl. Mattiello/Vogt, Kriegsgefangenen- und Internierten-Einrichtungen, Bd. 2, S. 46; Tessin Verbände und Truppen 1939–1945, Bd. 6, S. 317.

²⁹⁴ Max von Schenkendorf (1875–1943), 1894 preußischer Leutnant, 1930 Generalleutnant a.D., 1940 General z.V., März 1941–Juli 1943 Befehlshaber des Rückwärtigen Heeresgebiets Mitte.

²⁹⁵ Laut Kriegstagebuch des Befehlshabers des Rückwärtigen Heeresgebiets Mitte inspizierte Schenkendorf am 20. 11. 1941 das Dulag 231 in Wjasma. Drei Tage später kündigte er bei einer internen Besprechung, bei der auch die hohe Sterblichkeit unter den sowjetischen Kriegsgefangenen zur Sprache kam, an: „Um festzustellen, ob ein schuldhaftes Versäumnis vorliegt, habe ich eine kriegsgerichtliche Untersuchung in Wjasma angeordnet.“ IfZ-Archiv, MA 856: Bfh. Rückwärtiges Heeresgebiet Mitte, Quartiermeister, KTB (Mai–Dezember 1941); IfZ-Archiv, MA 855: Bfh. Rückwärtiges Heeresgebiet Mitte, Abt. Ia, KTB, Anlagebd. 2, hier Anlage 160: „Maßnahmen in

6. 12. 1941 (*Smolensk*)

Wir haben jetzt immer 25 bis 30 Grad Kälte.

14. 12. 1941 (*Smolensk*)

Wir haben zwei Verpflegungsstationen in Gusino und Rudnja eingerichtet. In jeder können für Gefangenentransporte 3000 warme Portionen ausgegeben werden, wenn der Transport 3 bis 4 Stunden vorher angemeldet wird.

17. 12. 1941 (*Smolensk*)

In mehreren Lagern des Bezirks herrscht Flecktyphus. Im Dulag 126 hier in Smolensk sterben jeden Tag so etwa 200 bis 250 Gefangene, gleich 2 bis 2,5%. Das ist eine unglaublich hohe Sterblichkeitsziffer.

20. 12. 1941 (*Smolensk*)

Heute früh fuhr ich mit L[eutnant] B. zum Dulag 126, um ihm das Lager zu zeigen. Kaum hatten wir dort das Nötige besprochen, da wurde ich telephonisch zum Ob[er]stl[eu]tn[ant] von Boltenstern, Qu[artiermeister] des Befehlshabers²⁹⁶, gerufen. Es waren etwa 12 Herren dort, und die Besprechung dauerte 2 Stunden. Die kranken, aber noch besserungsfähigen Gefangenen sollen zu den Bauern aufs Land geschickt werden.

29. 12. 1941 (*Smolensk*)

Jetzt herrscht in allen Lagern des Bezirks, mit Ausnahme des hiesigen Dulag 126, Flecktyphus. Am 24. 12. wurde ich zum ersten Mal dagegen geimpft. Zwei weitere Spritzen werden folgen. Da die Lymphe sehr teuer und sehr schwierig herzustellen ist, werden nur Leute über 45 Jahren damit geimpft.

2. 1. 1942 (*Smolensk*)

Das hiesige Dulag 126 hat jetzt auch Flecktyphus und zwar gleich 19 Fälle unter den Gefangenen. Damit sind jetzt alle Lager des Bez[irks] P²⁹⁷ verseucht.

3. 1. 1942 (*Smolensk*)

Der Oberst²⁹⁸ brachte die Nachricht mit, daß Dulag 127 aus Kaluga schleunigst hätte zurückgezogen werden müssen, weil der Russe kam²⁹⁹. Von dem Komman-

Smolensk“. Auch Johann J. bestätigte in seiner Vernehmung vom 3. 10. 1972 dieses Kriegsgerichtsverfahren, das jedoch eingestellt worden sei. Staatsanwaltschaft Wien 15 St 28415/71.

²⁹⁶ Friedrich von Boltenstern (geb. 1887), 1908 preußischer Leutnant, 1939 Oberstleutnant, von November 1941 bis Februar 1942 Vertreter des Quartiermeisters beim Befehlshaber des Rückwärtigen Heeresgebiets Mitte.

²⁹⁷ Die deutschen Kriegsgefangenenlager waren Bezirke (A–Z) zugeteilt, die jeweils einem Kommandanten unterstanden. Der Bezirk P war am 20. 4. 1941 in Frankreich gebildet und am 31. 10. 1941 dem Befehlshaber Rückwärtiges Heeresgebiet Mitte unterstellt worden. Vgl. BA-MA, RH 49/2: Stammtafel Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten.

²⁹⁸ Otto Marschall.

²⁹⁹ Nach dem sowjetischen Durchbruch am 21. 12. 1941 musste sich das Dulag 127 in den folgenden beiden Tagen zusammen mit 3500 Kriegsgefangenen aus Kaluga zurückziehen. Nach einem dramatischen Rückmarsch erreichte das Lager am 30./31. 12. 1941 Roslawl. Vgl. BA-MA, RH 49/76: Berichte von Angehörigen der Lagermannschaft vom 1. 1. und 7. 1. 1942.

danten (meinem Nachfolger), Major Engholm, Adjutanten, H[au]ptm[ann] Dr. S., Fahrer und Auto hätte man keine Nachrichten. Sie waren als letzte nach Norden abgezogen, während der Troß nach Westen entkommen sei. Ob sie von den Russen erschossen sind oder gefangen genommen wurden, was auch mit Erschießen endet³⁰⁰, weiß man nicht.

14. 1. 1942 (*Smolensk*)

Gestern abend kamen noch sehr spät zahlreiche neue Befehle für die Verteidigung von Smolensk. Am 20. soll alles fertig gebaut sein. Das ist ganz unmöglich, da der Boden einen Meter tief gefroren ist und da kein Holz zu haben ist.

19. 1. 1942 (*Smolensk*)

Heute erkrankte ein Mann meines Dulag, und es wurde Flecktyphus festgestellt. Er kam sofort in ein Seuchenlazarett. Nun stellen wir morgen keine Leute zu anderen Formationen und kommen bis zum 10. Februar in strenge Quarantäne³⁰¹, wenn bis dahin kein neuer Fall bei uns eintritt [*sic!*]. Wir wollen sofort alle Leute entlassen lassen.

21. 1. 1942 (*Smolensk*)

Auch bei [*Dulag*] 203 herrscht Flecktyphus, und leider haben sich daran Unterarzt K., San[itäts]Gefr[eiter] S. und Feldw[ebel] J[ar]ausch³⁰², Studienrat in Magdeburg, angesteckt. Zwei Russen, die dort beim Fressen verstorbener Russen ertappt wurden, sind vor den Augen der anderen erschossen [*worden*]³⁰³. Ob es abschreckt???

27. 1. 1942 (*Smolensk*)

Heute wäre der Kaiser 83 Jahre geworden.

³⁰⁰ Im deutsch-sowjetischen Krieg rissen auf beiden Seiten der Front die Gerüchte nicht ab, dass die Gegenseite ihre Gefangenen sofort erschießen würde. Obwohl dies vorkam, scheint die Masse der Soldaten ihre Gefangennahme überlebt zu haben. Auch in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern war zunächst die Sterberate extrem hoch. Lag sie in den Jahren 1941/42 bei 95%, so sank sie 1943 auf 70% und 1944 auf 40%. Vgl. Werner Ratza, *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Der Faktor Arbeit. (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. IV)*, München 1973, S. 206. Ferner Alfred M. de Zayas, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg*, unter Mitarbeit von Walter Rabus, München ³1980, S. 273 ff.

³⁰¹ Mit Verordnung vom 19. 12. 1941 hatte Generalquartiermeister Wagner befohlen, „sämtliche Kriegsgefangenenlager und Arbeitskommandos, in denen Fleckfieber gemeldet ist, für jeden Besuch durch Außenstehende“ zu sperren. (IfZ-Archiv, MA 1765: Pz. AOK 2, Abt. OQu, Dezember 1941–April 1942).

³⁰² Konrad Jarausch (1900–1942), 1918 Wehrdienst, 1925 Dr. theol., 1937 Studienrat, 1940 Unteroffizier, dann Feldwebel d.R., vom 15. 8. 1941–27. 1. 1942 beim Dulag 203.

³⁰³ Der Vorfall wird bestätigt durch die Aussage des Zeugen Wasilij N. vom 28. 1. 1975, der im Januar 1942, bald nach seiner Ankunft im Dulag 203, erlebte, wie „2 kriegsgefangene Usbeken des Kannibalismus überführt und neben der Toilette in der Arbeitszone des Lagers erschossen“ wurden. Nds. HStA, Nds. 721 Hannover Acc. 90/99, Nr. 124/4.

4. 2. 1942 (*Smolensk*)

Die Bedrohung von Smolensk ist anscheinend keine Einbildung³⁰⁴. Sie stoßen jetzt auf Witebsk vor und wollen anscheinend Orscha angreifen. Nach Smolensk sind 2 Infanterieregimenter gekommen zur Verstärkung der Verteidigung.

7. 2. 1942 (*Smolensk*)

Beim gefechtsmäßigen Schießen³⁰⁵ haben an beiden Tagen unsere Maschinengewehre wegen der Kälte versagt, obgleich sie entölt waren. Der treibende Schnee und die Eisnadeln haben offenbar alle beweglichen Teile zusammenfrieren lassen. Wir bekommen seit einigen Tagen nur noch 300 g Brot pro Tag³⁰⁶.

8. 2. 1942 (*Smolensk*)

Wir können jeden Augenblick mit einem Angriff auf Smolensk rechnen. Mein Dulag soll zwei Stützpunkte an der Straße nach Roslawl ausbauen und besetzen, und ich soll die Verteidigung unseres Hauses vorbereiten.

14. 2. 1942 (*Smolensk*)

Wir hatten einen Gefangenentransport in Gusino zu verpflegen. Dabei haben wir aus dem Zuge, der von Wjasma glatt durchgefahren war, 60 Tote herausgeholt und gleich in Gusino begraben. Die Gefangenen waren so erschöpft, daß sie zum Essen nicht ohne Hilfe aussteigen konnten.

8. 3. 1942 (*Smolensk*)

Jetzt³⁰⁷ sollen die arbeitsfähigen Gefangenen nach Deutschland gehen, um dort die Rüstungsarbeiter für die Front frei zu machen³⁰⁸. Von den Millionen Gefangenen sind aber nur bescheidene Tausende als arbeitsfähig anzusehen. Erst starben so unglaublich viele, viele sind fleckfieberkrank und der Rest ist so schwach und

³⁰⁴ Die im Dezember einsetzende sowjetische Offensive hatte den Nordflügel der Heeresgruppe Mitte weit aufgerissen. Am 30. 1. 1942 standen die Spitzen der Roten Armee bereits 100 km nordwestlich von Smolensk, dem Hauptquartier der Heeresgruppe, deren Führung damals nicht mehr wusste, ob die Krise noch zu meistern sei. Vgl. Klink, Operationsführung, S. 624f.

³⁰⁵ Wegen der angespannten militärischen Lage war Gutschmidt am 10. 1. 1942 zum Kommandanten eines Abschnitts für die Verteidigung von Smolensk ernannt worden. Die folgenden beiden Monate war er daher in erster Linie damit beschäftigt, seinen Abschnitt auf die drohende Verteidigung vorzubereiten und die dort stationierten Etappensoldaten entsprechend auszubilden. Vgl. BA-MA, MSG 1/257, Einträge vom 10. 1. 1942 ff.

³⁰⁶ Vgl. den Tätigkeitsbericht Januar 1942, den der Quartiermeister des Befehlshabers des Rückwärtigen Heeresgebiets Mitte am 7. 2. 1942 erstellte: „Die laufende Verpflegung der dem Befehlshaber unterstehenden und vorübergehend hier untergebrachten und verpflegten Einheiten war im Berichtsmonat im wesentlichen gesichert. Schwierigkeiten bereitet z.Z. die Brotversorgung in Smolensk.“ (BA-MA, RH 22/248).

³⁰⁷ Laut Tätigkeitsbericht des Quartiermeisters des Befehlshabers des Rückwärtigen Heeresgebiets Mitte vom 6. 4. 1942 begann hier der „vom Führer befohlene Abtransport von Kgf. zum Arbeits-einsatz im Reich“ im März 1942. (BA-MA, RH 22/248: B Rück Mitte, Abt. Qu., KTB Nr. 2).

³⁰⁸ Nach anfänglichem Zögern befahl Hitler am 31. Oktober 1941 den „Großeinsatz“ der sowjetischen Kriegsgefangenen in der deutschen Kriegswirtschaft, der zunächst aber nur langsam anlie; noch im Januar 1942 waren hier erst 147736 Gefangene beschäftigt. Erst ab April begann diese Zahl rasch zu steigen, so dass Ende Oktober 1942 dann 487535 sowjetische Kriegsgefangenen in der deutschen Kriegswirtschaft registriert waren. Vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 191 ff., Zahlen S. 210f.

elend, daß sie in diesem Zustande nicht arbeiten können³⁰⁹. Die deutsche Regierung hat den Gefangenen nicht genug Nahrung bewilligt, und es wird wohl einen schönen Krach geben, wenn nur so wenige nach Deutschland zur Arbeit kommen. Wir Kommandanten haben so oft mehr Lebensmittel verlangt, und ich habe immer bedeutend mehr ausgegeben lassen, als zuständig³¹⁰ war.

Nachbemerkung 2009

Der überraschende Fund der Tagebücher von Johannes Gutschmidt im Jahr 2000 eröffnete viele Frage – nicht zuletzt die, wie weit es überhaupt möglich sein würde, auf der Grundlage dieser einen, höchst subjektiven Quelle die Geschichte jenes Offiziers und insbesondere seines Lagers zu schreiben. Das Problem ist nicht nur die Quelle selbst. Die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg ist im Grunde nur spärlich dokumentiert, auf jeden Fall nicht so, wie ein Ereignis dieser Dimension und dieser Bedeutung es eigentlich verdient hätte. Auch für Gutschmidts Lager, dem Dulag 203, sind ergänzende Dokumente so gut wie nicht vorhanden.

Inzwischen aber wurde eine weitere deutsche Quelle publiziert, die zufälligerweise in eben diesem Lager entstanden ist³¹¹: die Briefe des Feldwebels Dr. Konrad Jarausch, der dem Dulag 203 in der Zeit vom 15. August 1941 bis zu seinem Tod am 27. Januar 1942 angehörte, meist in der Funktion eines Küchenleiters. Das war keine Nebenaufgabe, das war vielmehr eine Schlüsselposition, in der er permanent über Leben und Tod zu entscheiden hatte. Aber nicht allein deshalb eröffnen seine zahlreichen Briefe nochmals eine neue Perspektive auf dieses Lager. Auch Jarauschs ungewöhnlich gute Beobachtungsgabe, seine Reflektiertheit und sein literarisches Können machen aus ihm einen Zeitzeugen, der sich weit vom durchschnittlichen „Feldpostschreiber“ unterscheidet. Aufschlussreich etwa ist seine Bemerkung, dass „die alten Offiziere noch die Menschlichkeit der alten Art“ hätten, „so daß man an ihnen einen Rückhalt hat und manches – wie die zweimalige Verpflegung – gegen den Willen der ‚Beamten‘ durchsetzen kann“³¹². Zweifellos ist damit auch der Major Gutschmidt gemeint; wenn Jarausch ihn an anderer Stelle als „sehr menschlich, aber doch zu sehr in seinen eigenen Gedanken und Interessen“ befangen charakterisiert³¹³, dann werden freilich auch die Grenzen dieses Offiziers erkennbar – Grenzen, in denen sich Gutschmidts Denken und Handeln bewegen mussten und natürlich auch seine Selbstreflexion.

Jarauschs Schilderungen sind auch eine Bestätigung meiner These über den Verlauf des Massensterbens, sie veranschaulichen nochmals sehr deutlich, wie sich die Lage in den Kriegsgefangenenlagern erst im Lauf des Septembers und dann vol-

³⁰⁹ Von den 3 350 000 Rotarmisten, die während des Jahres 1941 gefangen genommen worden waren, starben bis Februar 1942 bereits zwei Millionen, also ca. 60 Prozent. Vgl. ebenda, S. 136.

³¹⁰ Gemeint ist wohl: zulässig.

³¹¹ Konrad H. Jarausch/Klaus Jochen Arnold (Hrsg.), „Das stille Sterben ...“. Feldpostbriefe von Konrad Jarausch aus Polen und Russland 1939–1942, Paderborn, 2008.

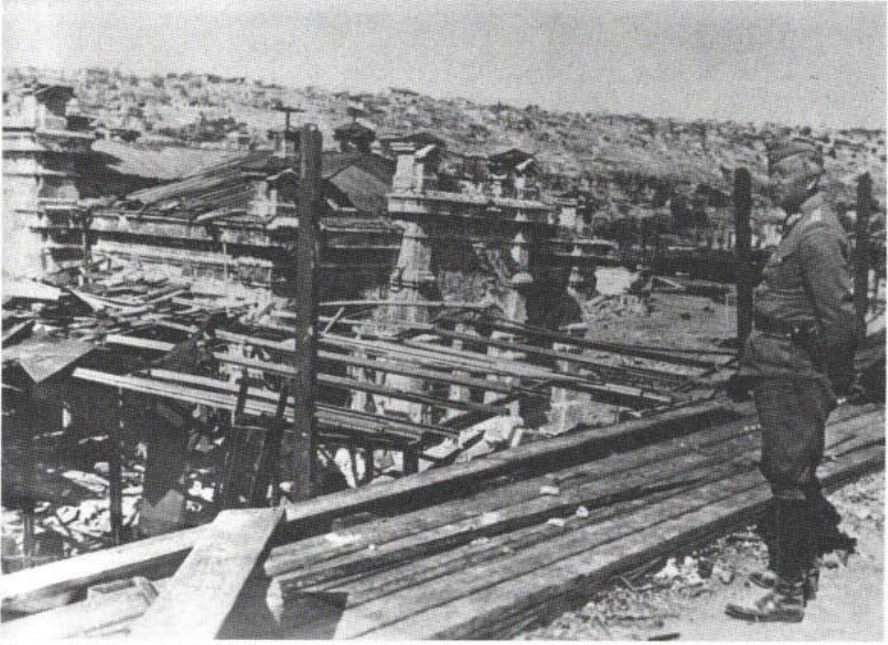
³¹² Jarausch/Arnold, Das stille Sterben, S. 329 (Brief vom 25. 10. 1941).

³¹³ Ebda., S. 306 (Brief vom 9. 9. 1941).

lends ab Mitte Oktober 1941 zuzuspitzen begann. Daneben bieten diese Zeugnisse auch viele Informationen, die meine Darstellung ergänzen – besonders gilt dies für die „Nahaufnahmen“ dieses Verbrechens – und in einem Punkt auch korrigieren. Einige vorsichtige Andeutungen Jarauschs im November 1941 legen nahe, dass schon damals auch im Dulag 203 Juden erschossen wurden³¹⁴, sehr wahrscheinlich durch das Einsatzkommando 8.

Angesichts der hohen Zahl von knapp 250 Kriegsgefangenenlagern, in denen während des Zweiten Weltkriegs gefangene Rotarmisten untergebracht waren, ist es historiographisch ein Glücksfall, dass zwei der umfangreichsten persönlichen Zeugnisse des deutschen Lagerpersonals aus ein und demselben Dulag stammen. Gerade in ihrer Kombination fungieren sie als eines der unmittelbarsten und genauesten Protokolle eines Geschehens, das Jarausch als „stilles Sterben“ bezeichnet und das in seinem Ausmaß einzigartig in der Geschichte des Krieges ist.

³¹⁴ Ebda., S. 335, 338f. (Briefe vom 7. 11. und 14. 11. 1941). Der Zeitpunkt ist kein Zufall und zeigt, dass Gutschmidt bis zum Befehl des Generalquartiermeisters vom 29. 10. 1941 ganz offenbar versucht hatte, sein Lager aus dem Mordprogramm herauszuhalten. Erst mit diesem Befehl Wagners bekamen die Einsatz- und Sonderkommandos die Erlaubnis, darin auch alle „Kriegsgefangenen- und Durchgangslager im rückwärtigen Heeresgebiet“ einzubeziehen. Vgl. Teil I, Anm. 90.



Generalfeldmarschall Erich von Manstein in Sevastopol', 17. Juli 1942
(Quelle: IfZ-Archiv)

Johannes Hürter

Nachrichten aus dem „Zweiten Krimkrieg“ (1941/42)

Werner Otto von Hentig als Vertreter des Auswärtigen Amts
bei der 11. Armee

„Der erste Krimkrieg hat über ein Jahr gedauert, die Völker Europas gegen Rußland geführt und eine neue Zeit der Kriegführung eingeleitet. Der zweite Krimkrieg, ein Ausschnitt des gewaltigen Ringens gegen das Rußland von heute, hat 9 Monate in Anspruch genommen und nicht weniger Anstrengungen, kaum weniger Menschenleben gekostet als der erste.“ Mit diesen Worten begann am 6. Juli 1942 ein deutscher Diplomat seinen Bericht vom Kriegsschauplatz Krim¹. Einen Tag zuvor war der letzte Widerstand der Festungsstadt Sevastopol' gebrochen worden. Damit befand sich die geschichtsträchtige, immer begehrte und oft umkämpfte Halbinsel im Schwarzen Meer vollständig in deutscher Hand – für weniger als zwei Jahre². Der seit dem Angriff auf die sowjetische Verteidigungsstellung an der Enge von Perekop am 24. September 1941 währende, höchst wechselhafte Kampf um die Krim, der „Zweite Krimkrieg“, hatte mit diesem teuer bezahlten Erfolg einen vorläufigen Abschluss gefunden. Nach den ersten Sätzen des zitierten Berichts wäre ein Hohelied auf die siegreiche 11. Armee und ihren Oberbefehlshaber, Generaloberst Erich von Manstein, sowie überhaupt auf die Überlegenheit der deutschen und nationalsozialistischen Sache im Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ zu erwarten gewesen.

Doch nichts dergleichen folgte. Statt dessen kam der Autor sehr schnell zum eigentlichen Anliegen seiner „Betrachtungen“, die sich überraschend zu einer Abrechnung mit dem deutschen Vorgehen in der Sowjetunion entwickelten. Nicht den deutschen Kämpfern der Schlacht um Sevastopol' – „einer der härtesten der

¹ Bericht Hentigs (Vertreter des Auswärtigen Amts beim Armeeoberkommando 11) Nr. 350 „Betrachtungen zum Fall von Sewastopol“, 6. 7. 1942, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin (künftig: PA-AA), R 60741.

² Zum Kampf um die Krim 1941/42 vgl. Erich von Manstein, *Verlorene Siege*, Bonn 1955, S. 206–289; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* (künftig: DRZW), hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4: Horst Boog [u. a.], *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Stuttgart 1983, S. 536–539, 648–650 (Beitrag Klink); DRZW, Bd. 6: Horst Boog [u. a.], *Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943*, Stuttgart 1990, S. 845–852 (Beitrag Wegner). Beim Sturm auf Sevastopol', der am 2. 6. 1942 begonnen hatte, waren fast 25 000 deutsche und viele Zehntausende sowjetische Soldaten gefallen. 95 000 Rotarmisten gerieten in Kriegsgefangenschaft. Vgl. ebenda, S. 850 f. Die Rückeroberung der Krim durch die Rote Armee im April/Mai 1944 war dann gewissermaßen der „Dritte Krimkrieg“. Zum „Ersten Krimkrieg“ vgl. Winfried Baumgart, *The Crimean War, 1853–56*, London 1999.

Kriegsgeschichte“ – wird Anerkennung gezollt, sondern den Leistungen der sowjetischen Verteidiger, auch der Kommissare³. Wie war aber der verbissene Widerstand der Rotarmisten bis zur letzten Patrone zu erklären? Der Bericht versuchte eine Antwort zu geben: „Wir können nicht leugnen, daß wir an diesem Mut der Verzweiflung nicht ganz schuldlos sind.“ Genannt wurden die „Aufdeckung von meist allerdings wohl jüdischen Massengräbern“, die Vergeltungsmaßnahmen deutscher Soldaten nach sowjetischen Gräueln sowie die Tatsache, „daß Gefangene unmittelbar zum Minensuchen und zu Munitionstransporten in die vorderste Linie verwendet wurden“. Die Folgerung war konsequent: „Es taucht damit die Frage auf, ob ein Abweichen von den bisherigen Völkerrechtsregeln vorteilhaft und geboten ist. Einer beruft sich, wie wir dies im Feldzug gegen Rußland erlebt haben, auf die Völkerrechtswidrigkeiten des andern, um seine eigenen zu begründen. Das Ergebnis ist ein Massenschlachten, bei dem der am besten weggewinnt, der die wenigsten Gewissensbisse hat.“ Der Autor schlug vier Maßnahmen vor, um den „Kampftun“ zu bessern: 1. dürfe der Bolschewismus nicht insgesamt als „Untermenschentum“ verdammt werden; 2. müsse das Völkerrecht „aufs strengste“ eingehalten werden⁴; 3. solle „auf Verdacht hin allein niemals die beliebte einfache Lösung des Erschießens gewählt werden“; 4. sei auch den Kriegsgefangenen ärztliche Hilfe zu gewähren. Außerdem empfahl er, die Hungersnot der Bevölkerung aus Armeevorräten zu lindern⁵. Damit waren die schwerwiegendsten deutschen Verfehlungen – die Verbrechen gegen Kriegsgefangene, Juden und Partisanen, die schlechte Behandlung der Bevölkerung, die rassenideologische Hasspropaganda – unverhohlen angesprochen, und das nicht in einem privaten Papier oder einer retrospektiven Aufzeichnung, sondern in einem offiziellen Bericht eines amtlichen Vertreters des Deutschen Reiches, der mit dem Appell für eine konstruktive Besatzungspolitik schloss: „Die Mitarbeit der Krimvölker, die Mitarbeit weiter wieder zum Schöpferischen aufgerufenen Kreise Rußlands werden wir uns nur in einer Atmosphäre sichern, die nicht mehr vom Bolschewismus und den Mitteln bestimmt werden, mit denen er einst bekämpft werden mußte.“

Der Verfasser dieses ungewöhnlichen Berichts war der Gesandte Werner Otto von Hentig, der Vertreter des Auswärtigen Amtes (VAA) beim Oberkommando der 11. Armee (AOK 11). Wer war dieser Mann, der anstatt des erwarteten Erfolgsberichts eine Philippika gegen die deutsche Kriegführung und Besatzungs-

³ „Daß die Leistungen ungeheuerlich waren, wird gerade von Frontsoldaten anerkannt. Wie oft habe ich nicht voll Staunen gehört: ‚Das hätte kein Franzose und kein Engländer, das hätten *wir* nicht einmal ausgehalten.‘ [...] Nur von der äußersten Front, kaum je von der deutschen Presse, ist das Draufgängertum und der in vielen Fällen unerhörte Mut nicht nur des Soldaten, sondern auch des Kommissars und Politruks anerkannt worden.“

⁴ Zugleich befürwortete Hentig zwar die sofortige Ahndung von Völkerrechtsverletzungen des Gegners, wandte sich aber gegen willkürliche Vergeltungsmaßnahmen: „In der Mehrzahl der von uns untersuchten Fälle sind aber Vergeltungsmaßnahmen an Leuten vorgenommen worden, die mit den etwa früher begangenen Schandtaten nichts zu tun hatten und meistens sogar nichts davon wußten.“

⁵ Auch dieser Vorschlag wurde mit einer Kritik an dem bisherigen Verfahren verbunden: „In Sewastopol herrscht wie überall an der Südküste und vor allem in einer zuletzt nur schlecht zu versorgenden Festung erklärlich, Hungersnot. Ich habe nicht beobachtet, daß zur Erleichterung dieses Zustandes Vorkehrungen von unserer Seite getroffen werden.“

politik nach Berlin sandte? Erklärungsbedürftig ist zunächst seine Stellung. Die Institution der „VAAs bei den AOKs“ würde in einer Rangliste der merkwürdigen und vergessenen Einrichtungen der nationalsozialistischen Außenpolitik zweifellos einen Spitzenplatz einnehmen. Schon die übergeordnete Behörde, das Auswärtige Amt, spielte in der Kriegspolitik Hitlers keine Hauptrolle, und selbst ihre Nebenrolle wurde bei allem Aufwand der Kostümierung von Akt zu Akt immer kleiner, bis sie schließlich in den letzten Kriegsjahren zur völligen Bedeutungslosigkeit absank. Diese Entwicklung mag ein Grund dafür sein, dass sich bisher kein Historiker entschließen konnte, die Geschichte dieser Behörde und ihrer Politik im Zweiten Weltkrieg zu schreiben⁶. Während des gesamten Ostfeldzugs trat das Auswärtige Amt nur hin und wieder am Rande in Erscheinung, obwohl die Besetzung des Baltikums, Weißrusslands, der Ukraine und anderer Teile der Sowjetunion vielfältige außenpolitische Fragen aufwarf. Anders als im Ersten Weltkrieg, als das Auswärtige Amt seine Kompetenz für die deutsche Ostpolitik wenigstens teilweise gegen die Ansprüche der Militärs behaupten konnte, wurde die Diplomatie nach 1941 von jeglichem Einfluss auf eine politische Neuordnung des eroberten „Ostraums“ ferngehalten.

Die Ausschaltung des Auswärtigen Amtes zeigte sich bereits bei den Planungen des „Unternehmen Barbarossa“, die an dem altehrwürdigen Haus in der Wilhelmstraße vorbeiliefen. In einem Krieg, der nach dem Willen Hitlers und seiner Helfer mit einem völkerrechtswidrigen Überraschungsangriff beginnen und einer vollständigen Vernichtung des Gegners enden sollte, schienen Diplomaten nicht gebraucht zu werden. Das Auswärtige Amt sah das freilich anders und ließ sich auch durch seine Zurücksetzung nicht entmutigen⁷. In der Zentrale übernahm der Vortragende Legationsrat Wilhelm Großkopf⁸, Leiter des Referats D IX (Wirtschaftliche Volkstumsfragen und volksdeutsche Umsiedlungen) in der Abteilung Deutschland, die Koordination der neuen Ostfragen. Außerdem wurde zur Vorbereitung einer künftigen Ostpolitik ein „Russland-Gremium“ gebildet, in das dann die führenden Köpfe der deutschen Botschaft in Moskau, Botschafter Fried-

⁶ Die einschlägigen Studien zur nationalsozialistischen Außenpolitik konzentrieren sich ganz oder weitgehend auf die Vorkriegszeit. Vgl. die Standardwerke von Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt a.M. 1968; Gerard L. Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, 2 Bde., London/Chicago 1970 u. 1980. Die Geschichte des Auswärtigen Amtes in der NS-Diktatur und besonders im Zweiten Weltkrieg ist noch nicht hinreichend erforscht. Paul Seabury, *The Wilhelmstrasse. A Study of German Diplomats under the Nazi Regime*, Berkeley/Los Angeles 1954, bietet nur einen Überblick, Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“*, Berlin 1987, nur den, allerdings wichtigen, Teilaspekt des Einflusses der SS auf das Auswärtige Amt. Vgl. auch Christopher R. Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–43*, New York/London 1978.

⁷ Zum folgenden Dauerkonflikt des Auswärtigen Amtes mit dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete vgl. Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Russland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958, S. 52–54, 143–147; Patrik von zur Mühlen, *Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern. Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im Zweiten Weltkrieg*, Düsseldorf 1971, S. 68–81.

⁸ Wilhelm Großkopf (1884–1942) war Deutschbalte, trat 1906 als Hilfsschreiber in den deutschen Auswärtigen Dienst ein, schaffte später den Aufstieg in die konsularische Laufbahn und wurde bis 1938 überwiegend in Russland bzw. der Sowjetunion verwendet, zuletzt als Generalkonsul von Kiev. – Ich danke Herrn Dr. Martin Kröger, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, für die Hilfe bei der Zusammenstellung der biographischen Daten in diesem Aufsatz.

rich Werner Graf von der Schulenburg und Botschaftsrat Gustav Hilger, einberufen wurden. Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop war fest entschlossen, die politische Entwicklung im Osten mitzugestalten und seinen Anteil am Fell des noch nicht erlegten sowjetrussischen Bären einzufordern.

Doch Hitler hatte andere Pläne. Für die Gestaltung der Politik in der besetzten Sowjetunion war keineswegs das Auswärtige Amt, sondern eine neugeschaffene Behörde vorgesehen. Der Diktator ernannte Reichsleiter Alfred Rosenberg im April 1941 zum „Beauftragten für Ostfragen“ und übertrug ihm am 17. Juli 1941 das neue Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete⁹. Der europäische Teil der Sowjetunion sollte in die vier Reichskommissariate Ostland, Ukraine, Moskau und Kaukasus – die beiden letzten wurden nie gebildet – aufgeteilt, dem Rosenberg-Ministerium unterstellt, rücksichtslos für das Großdeutsche Reich ausgeplündert und teilweise germanisiert werden. Im Rahmen der verbrecherischen „Lebensraum“-Politik war kaum mehr Platz für die traditionelle Diplomatie, da mochte sich Ribbentrop noch so sehr der Illusion hingeben, dass sein Auswärtiges Amt im Osten eine gewisse Rolle spielen könne. Großkopf entwarf einen ehrgeizigen Plan für „Dienststellen des Auswärtigen Amts“ in den vier vorgesehenen Reichskommissariaten¹⁰, über den es noch vor dem deutschen Angriff am 22. Juni 1941 zum Konflikt zwischen Ribbentrop und seinem alten Rivalen¹¹ Rosenberg kam. Während der Außenminister forderte, in den besetzten Ostgebieten „außenpolitisch geschulte, über unsere aktuellen Beziehungen zu den einzelnen fremden Ländern unterrichtete und landeskundige Vertreter an Ort und Stelle zu haben“, beharrte Rosenberg darauf, er könne „an Ort und Stelle auch dem Auswärtigen Amt keinen Einfluß einräumen“¹².

Schließlich einigte man sich im September 1941 doch auf „Vertreter des Auswärtigen Amts bei den Reichskommissaren“, die aber ausdrücklich nur eine beratende Funktion hatten und „sich jeglicher eigenen Einflußnahme auf die Gestaltung der Reichskommissariate“ enthalten sollten¹³. Der scheinbare Kompromiss war in Wirklichkeit eine schwere Niederlage für die Wilhelmstraße. Doch besaß Ribbentrop noch eine, wenn auch kleine Hintertür, an Rosenberg vorbei Vertreter seiner Behörde in den Osten zu entsenden. Bereits vor dem Westfeldzug hatte er mit der militärischen Führung vereinbart, jedem Armeeoberkommando einen „Vertreter des Auswärtigen Amts mit einem Gehilfen, einer Schreibkraft und

⁹ Vgl. Dallin, *Herrschaft*, passim; DRZW, Bd. 5/1: Bernhard R. Kroener [u.a.], *Organisation und Mobilisierung des Deutschen Machtbereichs*, Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 85–95 (Beitrag Umbreit).

¹⁰ Vorlage Großkopfs „Stellenbesetzungen für den Fall einer erweiterten Aktion nach Osten“, Berlin 4. 6. 1941, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), MA 1563, NG-4633.

¹¹ Rosenberg galt lange als außenpolitischer Berater Hitlers und versuchte bereits seit April 1933, dem Auswärtigen Amt mit dem von ihm geleiteten Außenpolitischen Amt der NSDAP Konkurrenz zu machen.

¹² Ribbentrop an Lammers (Chef der Reichskanzlei), 13. 6. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1563, NG-1691; Aufzeichnung Großkopfs über eine Unterredung mit Rosenberg am 19. 6. 1941, in: PA-AA, R 105192.

¹³ Staatssekretär von Weizsäcker an den ständigen Vertreter Rosenbergs, Gauleiter Meyer, Berlin 4. 9. 1941, mit der Regelung und Instruktion für die VAAs bei den Reichskommissaren als Anlage, in: IfZ-Archiv, MA 1563, NG-1797. Vgl. auch das Schreiben Rosenbergs an die Reichskommissare Ostland und Ukraine, 8. 10. 1941, in: Ebenda.

einem Pkw mit Fahrer“ zuzuteilen¹⁴. Die VAAs wurden formal aus dem Auswärtigen Dienst beurlaubt und zum Wehrdienst einberufen, unterstanden aber in der „Durchführung ihrer besonderen Aufgaben“ ausschließlich dem Auswärtigen Amt. Diese „besonderen Aufgaben“ waren freilich sehr begrenzt. Die Dienst-anweisung vom 10. April 1940 schränkte sie ganz auf das „Erfassen des für die Auslandspropaganda geeigneten Materials“, die „Betreuung ausländischer Berichterstatte“, die „Beratung des Armee-Oberkommandos bei Maßnahmen der aktiven Feindpropaganda“ sowie die „laufende Unterrichtung des Armee-Oberkommandos über die außenpolitische Lage“ ein. Wichtiger als die beratenden und materialsammelnden Aufgaben war, dass das Auswärtige Amt bei den höchsten Frontkommandobehörden eigene Beobachter institutionalisieren konnte.

An dieser Einrichtung vermochte auch Rosenberg zunächst nicht zu rütteln. Die diplomatischen Vertreter, die den Ostfeldzug in den Armeeoberkommandos begleiteten, waren außerhalb seines Kompetenzbereichs. Er nahm dies hin, weil allgemein ein schneller Sieg und eine räumlich wie zeitlich nur sehr begrenzte Militärverwaltung erwartet wurde. Das erwies sich als Illusion. Je länger der Krieg gegen die Sowjetunion dauerte, desto weiter rückte die Übergabe des riesigen Operationsgebiets der Wehrmacht an die Zivilverwaltung in die Ferne. Daher blieben die VAAs der Kontrolle des Ostministeriums entzogen. Auch wenn sie nur geringfügige Kompetenzen besaßen, so war Rosenberg allein die Existenz von Diplomaten, die dem Auswärtigen Amt selbständig aus dem Osten berichten konnten, ein Dorn im Auge. Sein Misstrauen wuchs noch, als sich das Russland-Gremium im Frühjahr 1942 um neuen Einfluss auf die Ostpolitik bemühte und die Zusammenarbeit mit nichtrussischen Separatisten suchte. Rosenberg beschwerte sich – obwohl er die Position der Wilhelmstraße zur Nationalitätenfrage weitgehend teilte! – am 8. Mai 1942 bei Hitler, der über den Versuch einer eigenständigen Nationalitätenpolitik höchst verärgert war und befahl, „dem AA dienstlich mitzuteilen, dass es sofort seine gesamte Tätigkeit im Osten aufzugeben hätte“¹⁵. Als Konsequenz dieser Entscheidung verlangte Rosenberg die Auflösung aller Einrichtungen des Auswärtigen Amts, die seine Kreise zu stören drohten: des Russland-Gremiums, des Sonderkommandos Künsberg¹⁶ und auch der Vertretungen bei den Armeeoberkommandos¹⁷. Am 28. Juli 1942 unterzeichnete

¹⁴ Dienstanweisung für die Vertreter des Auswärtigen Amts bei den Armee-Oberkommandos, Berlin 10. 4. 1940, unterzeichnet von Unterstaatssekretär Habicht (AA) und Generalleutnant Keitel (Chef des Heerespersonalamts im OKH), in: PA-AA, R 60765. Zur Institution der VAAs vgl. auch – mit Schwerpunkt auf ihre Propagandatätigkeit – Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 148–154.

¹⁵ Vermerk Rosenbergs über eine Unterredung mit Hitler am 8. 5. 1942, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 27, Nürnberg 1948, S. 283–294, hier S. 289.

¹⁶ Dieses vom Legationssekretär und SS-Sonderführer Eberhard Freiherr von Künsberg geführte Sonderkommando des AA hatte den Auftrag, außenpolitisch relevantes Archiv- und Bibliotheksmaterial zu beschlagnahmen, und entwickelte sich zu einem Instrument des deutschen Kulturraubs in der Sowjetunion. Am 1. 8. 1942 wurde es vollständig der Waffen-SS eingegliedert und konnte daher seine Tätigkeit noch bis zum Juli 1943 fortsetzen. Vgl. Ulrike Hartung, Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943, Bremen 1997; Anja Heuß, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion, Heidelberg 2000.

¹⁷ Rosenberg an Lammers, 11. 7. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 1663, NG-1690. Er hielt diese Institution

Hitler den Erlass, der die vorbereitenden Maßnahmen „zur politischen Führung und Gestaltung“ der sowjetischen Gebiete, die unter deutsche Verwaltung oder „Oberhoheit“ kommen sollten, allein dem Rosenberg-Ministerium zugestand¹⁸. Anschließend wurde die Beschäftigung des Auswärtigen Amts mit Ostfragen so gut wie eingestellt¹⁹, so dass die Berichte aus den Armeeoberkommandos kaum mehr Adressaten hatten. Das Zurückziehen aller VAAs bis Ende März 1943 war eine zwangsläufige Folge dieser vollständigen Entmachtung.

Der Triumph Rosenbergs konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass weder das zunehmend an Einfluss verlierende Ostministerium noch das bereits weitgehend einflusslose Auswärtige Amt die Verhältnisse im Osten wirklich mitgestalten konnten. Im Kompetenzgewirr der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in der Sowjetunion spielten die Wehrmacht, der SS- und Polizeiapparat, die verschiedenen Wirtschaftsbehörden und auch die beiden Reichskommissare, die sich schnell von Rosenberg emanzipierten, eine ungleich wichtigere Rolle als diese Ministerien, unter denen das Auswärtige Amt aber das weit schwächere war – eine *Quantité négligeable*. Die Ostexperten in der Wilhelmstraße entwarfen ihre Pläne nur für die Schublade und den Papierkorb. Entsprechend folgenlos blieb das Wirken der VAAs an der Ostfront. Die Oberbefehlshaber der Armeen mögen sich hin und wieder an der Gesellschaft eines Diplomaten in ihrem Hauptquartier erfreut haben, so recht klar wird ihnen der Nutzen der Herren aus dem Auswärtigen Amt kaum gewesen sein. Ihre Mithilfe bei der Propaganda war genauso entbehrlich wie ihre außenpolitische Beratung, und ihre fleißige Berichterstattung nach Berlin landete schließlich im Nichts – oder besser gesagt in die erwähnten Ablagen der nicht minder einflusslosen Russlandspezialisten in der Zentrale²⁰.

Dennoch sind die VAA-Berichte eine zwar nicht spektakuläre, doch interessante neue Quelle zum deutsch-sowjetischen Krieg. Dass sie in der Forschung bisher unbeachtet blieben, hängt wohl mit ihrer Überlieferungsgeschichte zusammen. Die Berichterstattung ging an ein Referat der Informationsabteilung, die im April 1943 aufgelöst und teilweise von der Kulturpolitischen Abteilung übernommen wurde. Während in die oft durchforsteten und ausgewerteten Akten der Politischen Abteilung lediglich eine begrenzte Auswahl gelangte²¹,

„jetzt in keiner Weise mehr für gerechtfertigt“ und forderte, „dass die Vertreter des AA. bei allen AOK. an der Ostfront zurückgezogen werden“.

¹⁸ Anordnung Hitlers, 28. 7. 1942, in: „Führer-Erlasse“ 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, zusammengestellt u. eingel. v. Martin Moll, Stuttgart 1997, S. 270f. Vgl. auch Lammers an Ribbentrop, Berlin 12. 7. 1942, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig: ADAP), Serie E, Bd. 3, Göttingen 1974, S. 138f.

¹⁹ Aufzeichnung Schulenburgs, Berlin 27. 7. 1942, in: Ebenda, S. 230–232, hier S. 230: In Durchführung der Entscheidung Hitlers werde „das Auswärtige Amt seine Tätigkeit hinsichtlich des europäischen Teils der Sowjetunion und des Kaukasusgebiets einstellen und diese Arbeitsgebiete auf das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete überleiten“. Das Russland-Gremium wurde überflüssig, und im Oktober 1942 verstarb mit Großkopf der eigentliche Motor der ostpolitischen Planungen im AA.

²⁰ Die Berichte liefen bei Legationsrat Josias von Rantzau (1903–1950) zusammen, der als Referatsleiter der Informationsabteilung (Inf. II, später Inf. VAA) die VAAs bei den AOKs betreute. Sie wurden dann in der Regel an Großkopf, meist auch an Schulenburg und Hilger, selten an die Führungsebene des Hauses weitergeleitet.

²¹ Vgl. vor allem PA-AA, R 105186 (Allgemeine Akten: Sowjetpropaganda, Lage an der Ostfront

schlummerten die meisten Berichte seither im – lange schlecht erschlossenen und wissenschaftlich vernachlässigten – kulturpolitischen Bestand²². Diese Dokumente bieten eine bemerkenswerte Ergänzung zu den umfangreichen Hinterlassenschaften der militärischen, polizeilichen und wirtschaftlichen Dienststellen, handelte es sich doch bei den Vertretern des Auswärtigen Amts überwiegend um diplomatisch, außenpolitisch und völkerrechtlich gut geschulte Männer, die im Gegensatz zu den häufig überlasteten Offizieren und Beamten wichtigerer Behörden über genügend Zeit verfügten, die Vorgänge im Osten genau zu beobachten und zu beurteilen.

Die Qualität der Berichte war natürlich ganz vom persönlichen Profil des jeweiligen VAA abhängig. Sieben der insgesamt fünfzehn „Frontberichtersteller“ des Auswärtigen Amts bei den östlichen Armeeoberkommandos²³ waren relativ junge Karrierediplomaten im Rang von Legationssekretären oder Legationsräten, die auf eine gute Laufbahn hofften und dieses Ziel später im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik überwiegend auch erreichten²⁴. Die Verwendung im Osten barg für diesen Typus von Beamten einige Fallstricke, denn der rassenideologische Raub-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion war von vornherein ein solch eklatanter Bruch des internationalen Völker- und Kriegsrechts, dass jeder klassisch ausgebildete Diplomat nur andauernd vor den außenpolitischen Folgen der von ihm beobachteten Rechtsverletzungen warnen konnte. Zugleich war aber ungewiss, ob eine Kritik an der deutschen Kriegführung und Besatzungspolitik im Auswärtigen Amt, geschweige denn in der Partei und anderswo als opportun galt. Der Ruf, ein lästiger Mahner zu sein, konnte den hoffnungsvollsten Beamten leicht ins Abseits stellen. Es lag also nahe, zurückhaltend zu agieren und die Karriere durch das Intermezzo an der Ostfront nicht unnötig zu gefährden. Diese Vorsicht ist in der Berichterstattung der jüngeren Diplomaten deutlich zu spüren. Dagegen konnten die sechs Quereinsteiger in den VAA-

etc.) und R 105192 (Berichte der Vertreter AA beim OKW und bei AOK's) des Referats XIII (Russland) der Politischen Abteilung. Aus diesen Akten wurden auch drei VAA-Berichte in die ADAP aufgenommen (Serie E, Bd. 1, Göttingen 1969, S. 221–224; Bd. 2, Göttingen 1972, S. 15, 105–107). Außerdem finden sich einige VAA-Berichte in den Akten der AOKs, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA).

²² PA-AA, Akten der Kulturpolitischen Abteilung, R 60701–60771: Berichte der Vertreter des Auswärtigen Amts bei den Armeeoberkommandos. Allein Buchbender, Erz, hat diesen Bestand für sein Spezialthema ausgewertet.

²³ Am Ostfeldzug beteiligten sich bis Anfang 1943 die 2., 4., 6., 9., 11., 16., 17., 18. Armee, die Armee Norwegen sowie die (erst im Herbst und Winter 1941/42 aus den Panzergruppen gebildeten) vier Panzerarmeen. Da der 3. Panzerarmee offenbar kein VAA zugeteilt wurde, bestanden zwölf VAA-Stellen an der Ostfront. In den Heeresgruppenkommandos waren keine VAAs. Durch einen OKH-Erlass, Berlin 13. 2. 1942, in: PA-AA, R 60765, wurde die Dienstanweisung für die VAAs bei den AOKs um den Zusatz ergänzt, dass ihnen Gelegenheit gegeben werden sollte, „mit dem jeweils zuständigen Heeresgruppenkommando Verbindung aufzunehmen“.

²⁴ Legationsrat I. Kl. Walter Hellenthal (1896–1969), 1939–September 1941 VAA beim AOK 6, später Botschafter der BRD in Beirut; Legationssekretär Wilhelm Lehmann (*1908), 1942/43 VAA beim Pz.AOK 1; Legationsrat Ernst Ostermann von Roth (1908–1979), 1942/43 VAA beim Pz.AOK 2, später Botschafter in Bogotá; Legationsrat I. Kl. Karl Georg Pfeleiderer (1899–1957), 1941–1943 VAA beim AOK 17, später MdR (FDP) und Botschafter in Belgrad; Legationsrat Josef Schlemann (1895–1968), April–August 1941 VAA beim AOK 9; Legationsrat I. Kl. Conrad von Schubert (1901–1973), September 1941–Dezember 1942 VAA beim AOK 6, später Botschafter in Addis Abeba; Legationssekretär Reinhold Freiherr von Ungern-Sternberg (1908–1991), 1941/42 VAA beim AOK 18, später Botschafter in Teheran und Brüssel.

Dienst²⁵ auf diese Art von Karrieredenken verzichten, waren aber als bewährte Parteigänger des Nationalsozialismus und Nichtdiplomaten wohl auch unempfindlicher gegenüber Verstößen gegen Recht und Moral im „Ostraum“. Lediglich zwei VAAs hatten zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges als Gesandte bereits eine lange Karriere im Auswärtigen Dienst hinter sich, gehörten also nach Rang und Alter zur konservativen Elite der Wilhelmstraße. Der eine war nur wenige Wochen bei einem Armeeoberkommando²⁶, der andere aber, eben jener Gesandte von Hentig, schrieb die bei weitem interessantesten, kritischsten und am wenigsten angepassten Berichte aller Vertreter des Auswärtigen Amtes im Osten.

Auch wenn es individuelle Unterschiede gab, lassen sich bei der Durchsicht der VAA-Überlieferung gemeinsame Tendenzen und Entwicklungen feststellen. Wie bei vielen anderen militärischen und nichtmilitärischen Dienststellen, die in diesem beispiellosen Feldzug nicht in fernen Führungsbunkern, sondern vor Ort eingesetzt waren, vollzog sich auch bei den außenpolitischen Beobachtern schon im ersten, richtungsweisenden Halbjahr ein Umschwung von Euphorie zu Ernüchterung, von Bedenkenlosigkeit zu Nachdenklichkeit. Sowohl die jüngeren Karriere-diplomaten als auch die parteigebundenen Gelegenheitsdiplomaten ließen sich in den ersten Wochen von der Brutalität und dem Erfolgsrausch der ersten Schlachten gegen den bolschewistischen Erzfeind mitreißen. Zum Zweck des erhofften Blitzsieges über einen außergewöhnlichen Feind schienen außergewöhnliche Mittel notwendig zu sein²⁷, so dass politische, rechtliche und moralische Bedenken zurücktraten. Selbst offensichtliche Verbrechen wie der Mord an den Kommissaren der Roten Armee²⁸ und die Massaker an der jüdischen Bevölkerung²⁹ wurden

²⁵ „Legationsrat“ Anton Graf Bossi-Fedrigotti (1901–1990), 1941–1943 VAA beim AOK 2, Publizist, Südtiroler Aktivist und NSDAP-Mitglied seit 1933 (Landesleiter in Österreich); „Generalkonsul“ Alfred Frauenfeld (1898–1977), 1940–1943 VAA beim AOK 16, NSDAP seit 1929, Gauleiter von Wien, seit September 1941 Generalkommissar der Krim und nur noch sporadisch beim AOK 16; Regierungsrat Heinrich von zur Mühlen (*1908), 1942/43 VAA beim Pz.AOK 4, Hochschullehrer (Geopolitik), NSDAP seit 1932, 1940–1942 Leiter des Geographischen Dienstes im AA; „Generalkonsul“ Franz Schattenfroh (*1898), 1940–1943 VAA beim AOK 4, NSDAP seit 1922, Landesrat für Wien; Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Werner Schütt (*1911), Mai 1942–1943 VAA beim AOK 9, NSDAP seit 1931; Legationssekretär (April 1942 Legationsrat) Gerhard Todenhöfer (*1913), 1941–1943 VAA beim AOK Norwegen bzw. Lappland, Jurist, NSDAP seit 1930. Dass sie profilierte „PGs“ waren, wird der wesentliche Grund für ihren Seiteneinstieg in den Auswärtigen Dienst gewesen sein, besonders bei den drei österreichischen Aktivisten. Mit Ausnahme Schlemanns waren freilich auch die in der vorigen Anm. genannten Diplomaten – wenn auch erst nach der „Machtergreifung“ – Mitglieder der NSDAP. Ernst Ostermann von Roth, später der erste persönliche Referent von Staatssekretär Hallstein, war 1933 auch der SS beigetreten. Vgl. Hans-Jürgen Döscher, *Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität*, Berlin 1995, S. 102 f.

²⁶ Gesandter I. Kl. Reinhold von Saucken (1899–1966), Juli 1941 VAA beim AOK 11. Saucken war vor dem Krieg Generalkonsul in Memel und dann an der Botschaft in Moskau mit der Interessenabgrenzung im besetzten Polen beschäftigt.

²⁷ Vgl. Schlemann (VAA beim AOK 9) an Rantzau, 27. 6. 1941, in: PA-AA, R 60760: „Nach meinen ersten Eindrücken glaube ich, dass der Krieg gegen Russland schneller zum Erfolg führen wird, als vorgesehen, dass aber dieser Krieg von unserer Seite unerhört grausam geführt werden muss, wenn wir den russ. Methoden der Kriegführung richtig parieren wollen.“

²⁸ Vgl. ebenda: „Die Frage der politischen Kommissare findet eine gründliche Erledigung. Alle festgenommenen pol. Kommissare werden sofort erschossen. Sie sind durch besondere Armbinden äußerlich als solche erkenntlich. In Zweifelsfällen gibt es genügend Angeber unter den Gefangenen, die das Ausfindigmachen erleichtern.“

²⁹ Vgl. die Telegramme Pfeleiderers (VAA beim AOK 17) aus Lemberg, in: PA-AA, R 60751. 1. 7. 1941: „Jetzt scharfes Einschreiten der Bevölkerung gegen die Juden.“ 5. 7. 1941 (Nr. 6): „Die Ju-

ohne Kritik registriert. Bei solch stillschweigender Akzeptanz der rassenideologischen Maßnahmen wundert es nicht, dass sich in den Berichten aus dieser Frühphase häufig auch die üblichen rassistischen Stereotypen gegen Slawen, Juden und „Asiaten“ finden³⁰. Die großen Erfolge der deutschen Armeen unterdrückten die Skrupel, zumal sie den VAAs in Aussicht stellten, sehr bald wieder aus den „barbarischen“ Verhältnissen im „Ostraum“ herauszukommen und in die verfeinerte Welt der Diplomatie zurückzukehren.

Doch als die Blitzkriegsträume zerstoßen und sich eine lange Dauer des Ostfeldzugs wie der Militärverwaltung in den besetzten Gebieten abzeichnete, begannen auch die Vertreter des Auswärtigen Amts umzudenken und – oft in Übereinstimmung mit den Armeeoberkommandos – eine konstruktive Besatzungspolitik vorzuschlagen, die den nichtjüdischen und nichtkommunistischen Teil der sowjetischen Bevölkerung vom Nutzen einer Kollaboration überzeuge³¹. Zugleich gerieten die Maßnahmen in die Kritik, die diese Politik behinderten, vor allem die Unterversorgung der Kriegsgefangenen und Zivilisten mit den notwendigsten Lebensmitteln. So bezeichnete es ein VAA als „für die deutsche Wehrmacht beschämend, wenn unter deren Augen die Gefangenen sterben wie die Fliegen“, und warnte eindringlich vor den negativen propagandistischen Folgen³². Nach der Winterkrise von 1941/42 mehrten sich die mahnenden Berichte. Der diplomatische Vertreter bei der 6. Armee sah die im Vergleich zu den ersten Monaten schlechte Stimmung der ukrainischen Bevölkerung in der katastrophalen Ernährungslage sowie der mangelnden kulturellen und politischen Perspektive begründet³³. Inzwischen sei „selbst dem letzten Bauer klar, dass der Deutsche nicht als selbstloser Befreier ins Land kam, sondern neben der Niederrückung der bolschewistischen Gefahr sehr reale Ziele verfolgte. Leider haben auch manche Äusserungen und Massnahmen zudem den Eindruck aufkommen lassen, dass der Ukraine nur die Bedeutung eines kolonial auszubeutenden Gebietes zukomme, dass keine Rücksicht auf die Existenz der Bevölkerung genommen werden könne und dass der Hungertod oder die Vernichtung von Millionen keine Rolle spiele.“ Auch andere kritisierten, mehr oder weniger verdeckt, die von Hitler gewollte Verskla-

den, die etwa 38% der Bevölkerung Lembergs ausmachen, sind durch das deutsche Vorgehen bereits schwer getroffen.“ 5. 7. 1941 (Nr. 7): „SS-Formationen haben inzwischen die deutschen Sühnemassnahmen vollstreckt.“

³⁰ Bericht Bossi-Fedrigottis (VAA beim AOK 2), 24. 7. 1941, in: PA-AA, R 60704: Man habe „als zivilisierter Mitteleuropäer Sorgen, wenn man daran denkt, unter welchen Umständen dieses Volk lebt und sich wie die Karnickel trotzdem vermehrt“. Bericht Pfeleiderers (VAA beim AOK 17), 29. 7. 1941, in: PA-AA, R 60751: „Vom Standpunkt der Rasse und der Gesundheit erweckt die ukrainische Bevölkerung in den bisher besetzten Gebieten, etwa zwischen Tarnopol und Gaisin den Eindruck des Verkümmerten und Entarteten.“

³¹ Ein ungewöhnlich frühes Beispiel ist die Denkschrift Schattenfrohs (VAA beim AOK 4) für Generalfeldmarschall Kluge „Behandlung und Stimmung der Bevölkerung in Minsk und im Allgemeinen notwendige Maßnahmen“, 7. 7. 1941, in: PA-AA, R 60759, die abschließend forderte: „Gerechte u. gutmütige Behandlung der Bevölkerung, d.h. selbstverständlich der nichtjüdischen und nichtkommunistischen. Vermittlung des Gefühls einer positiven Mitbestimmung, Mitarbeit u. eines Orientiertseins.“

³² Bericht Bossi-Fedrigottis (VAA beim AOK 2), 9. 12. 1941, in: ADAP, Serie E, Bd. 1, S. 221–224, hier S. 223. Vgl. S. 224: „Auch auf die Stimmung der Bevölkerung würde ein Verschwinden der Hungerlager nur positiv wirken.“ Dieser Bericht wurde von Armeeoberbefehlshaber General Rudolf Schmidt gelesen und gebilligt.

³³ Bericht Schuberts (VAA beim AOK 6), 26. 3. 1942, in: PA-AA, R 60763.

vungs- und Ausbeutungspolitik im Osten³⁴. Die meisten VAAs befürworteten nun einen maßvolleren Kurs, um die Bevölkerung durch begrenzte Zugeständnisse auf die deutsche Seite zu ziehen und gegen einen Feind zu mobilisieren, der allein durch die Wehrmacht nicht zu überwinden war.

Die Vertreter des Auswärtigen Amts formulierten ihre Kritik an den Verhältnissen in der besetzten Sowjetunion aber in der Regel eher vorsichtig. Nur in wenigen Ausnahmefällen sprachen sie die NS- und Kriegsverbrechen direkt an. Die Scheu vor persönlichen Nachteilen hemmte die Feder und ließ vermutlich manche Beobachtung nur im vertraulichen Gespräch nach Berlin gelangen³⁵. Allein Hentig wollte sich solchen Rücksichten nicht unterwerfen und fand daher häufiger deutliche Worte als die übrigen jüngeren oder parteigebundenen VAAs. An seiner Berichterstattung lassen sich die Möglichkeiten und Grenzen der VAA-Tätigkeit an der Ostfront exemplarisch aufzeigen.

Werner Otto von Hentig (1886–1984) war der dienstälteste und profilierteste Diplomat bei den Armeeoberkommandos. Der promovierte Jurist aus gutem Hause – sein Vater war sächsisch-coburg-gothaischer Staatsminister – gehörte bereits seit Ende 1911 dem Auswärtigen Dienst an³⁶. Obwohl ein zünftiger Diplomat alter Schule, verlief seine Karriere, die erst zwischen 1952 und 1954 mit dem Botschafterposten in Djakarta ihren Abschluss fand, alles andere als geradlinig. Hentig war eine der schillerndsten Gestalten in der deutschen Diplomatie der ersten Jahrhunderthälfte, zugleich aber auch eine der eigenwilligsten und erfolglosen. Selbst seine Freunde erkannten an ihm „eine gewisse Neigung, immer dagegen zu sein“, einen „nimmermüden Nonkonformismus“, der ihm viele Feinde gemacht habe³⁷. Seine Laufbahn wurde entschieden dadurch behindert, dass er sich immer wieder mit seinen Vorgesetzten überwarf³⁸ und kaltgestellt oder auf

³⁴ Vgl. etwa Pfeleiderers (VAA beim AOK 17) „Aufzeichnung über politische und propagandistische Maßnahmen im Operationsgebiet“, 4. 4. 1942, in: PA-AA, R 60752, die von Oberbefehlshaber Hoth gelesen wurde, aber nicht ans AA ging: „Um von den besetzten Gebieten aus eine propagandistische Wirkung auf die Rote Armee und das Sowjetgebiet zu erzielen, sollte die Ernährung der Bevölkerung, wenn auch in bescheidenen Grenzen, sichergestellt sein.“ Aufzeichnung Schütts (VAA beim AOK 9) „Gedanken über den Einsatz politischer Mittel im Kriege gegen die Sowjet-Union“, Ende 1942, in: PA-AA, R 60765: „In dem von mir beobachteten Frontbereich herrscht die Ansicht vor, dass allein mit den jetzt zur Verfügung stehenden eigenen militärischen Kräften keine Eroberung des sowjetischen Raumes und keine Brechung des sowjetischen Widerstandes zu erreichen ist. [...] Die anderthalb Jahre Russlandkrieg haben gezeigt, dass die politischen Massnahmen wie z. B. die negativen Propagandaparenen über die Vernichtung des Bolschewismus, die anfängliche Erschiessung der Kommissare und Politruks, die Behandlung der russischen Gefangenen im letzten Winter, die zögernde und bürokratische Handhabung der Agrarordnung u. a. bisher zu keinem durchschlagenden Erfolg geführt haben.“

³⁵ Vgl. Schubert (VAA beim AOK 6) an Rantzau, 28. 4. 1942, in: PA-AA, R 60764, nach einer Reise nach Charkov und Fühlungnahme mit dem SD: „Auch der Charkower Aufenthalt hat wieder gezeigt, dass es manche Dinge gibt, die ich vor dem Vormarsch noch gerne mündlich in Berlin besprochen hätte.“

³⁶ Zu Leben und Karriere Hentigs vgl. Werner Otto von Hentig, *Mein Leben eine Dienstreise*, Göttingen 1962; Werner Otto von Hentig, *Zeugnisse und Selbstzeugnisse*, hrsg. v. Hans Wolfram von Hentig, Ebenhausen 1971. Nachlasssteile finden sich im PA-AA sowie im IfZ-Archiv (ED 113).

³⁷ Marion Gräfin Dönhoff, Immer „im Dienst“ – und „meist dagegen“. Otto von Hentig, in: dies., *Menschen, die wissen, worum es geht*, Hamburg 1976, S. 223–234, hier S. 234.

³⁸ So z. B. mit dem deutschen Gesandten in Peking und späteren Staatssekretär Paul von Hintze, dem Hentig in zahlreichen dienstlichen und öffentlichen Beschuldigungen mangelnde Unterstützung seiner Reise durch China vorwarf. Vgl. Paul von Hintze, *Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär*.

zweitrangige Außenstellen abgeschoben wurde³⁹. Doch obwohl ihm ein gewichtiges Wort im Auswärtigen Amt verwehrt blieb, zählte er zu den wenigen Diplomaten, die über die Wilhelmstraße hinaus bekannt, ja berühmt waren. Sein Ruf rührte von dem größten Abenteuer seines Lebens, einer atemberaubenden Durchquerung Asiens mitten im Ersten Weltkrieg⁴⁰. Das Auswärtige Amt hatte den jungen Legationssekretär und Reserveoffizier im April 1915, sozusagen als deutschen Lawrence von Arabien, auf den Weg geschickt, den afghanischen Emir Habib Ullah Chan gegen die Briten in Indien aufzuwiegeln. Hentig erreichte zwar nach großen Strapazen Kabul, blieb aber ohne Erfolg und musste sich auf wilden Pfaden nach China durchschlagen. Als er Ende 1916 Hankau erreichte, hatte er ohne technische Hilfsmittel Tausende Kilometer Wüste und Gebirge bezwungen. Seither hing ihm der Ruhm eines großen Abenteurers an.

Und seither galt Hentig als einer der besten Kenner des Nahen und Mittleren Ostens. Als man den unbequemen und von den Nationalsozialisten beargwöhnten Gesandten, der anders als viele seiner erfolgreichen Kollegen zu keiner Zeit der NSDAP oder einer ihrer Organisationen angehörte, nicht länger im Ausland beschäftigen wollte, wurde ihm im Juli 1937 die Leitung des kleinen Orientreferats (Pol. VII) in der Politischen Abteilung der Zentrale übertragen. Nach dem Feldzug gegen Polen wurde der Freund der Türken und Araber für Sonderaufträge zur Anbahnung der teilweise phantastischen deutschen Pläne im Vorderen Orient freigestellt. Dabei rückte neben der arabischen Welt vor allem wieder Afghanistan ins Blickfeld. Wie im Ersten Weltkrieg wollte das Auswärtige Amt den deutschen Einfluss in Kabul zu einer Waffe gegen die britische Position im persisch-indischen Raum schmieden und Hentig mit dieser wohl unlösbaren Aufgabe betrauen⁴¹. Noch im Juni 1941 war er als Gesandter in Kabul vorgesehen⁴², doch der Angriff auf die Sowjetunion beraubte dem Unternehmen seiner wesentlichen und gerade auch von Hentig geforderten Grundlage: der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit.

Statt ein zweites Mal nach Afghanistan reiste Hentig Anfang September 1941 nach Nikolaev in der Südukraine, dem Hauptquartier der 11. Armee⁴³. Der Vertreter des Auswärtigen Amts, Gesandter Reinhold von Saucken, hatte einen schweren Unfall und musste ersetzt werden. Für Hentig sprachen gleich mehrere Gründe. Der Major d.R. erfüllte die militärische Voraussetzung, um als Offizier zur Armee kommandiert zu werden. Der Gesandte besaß den diplomatischen

Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik, 1903–1918, eingel. u. hrsg. v. Johannes Hürter, München 1998, S. 66.

³⁹ Die Leitung der Generalkonsulate in Posen, San Francisco und Amsterdam sowie der Gesandtschaft in Bogotá war zu wenig für einen ehrgeizigen Beamten, der noch in der Kaiserzeit die diplomatische Laufbahn eingeschlagen hatte. Bezeichnend ist auch, dass Hentig dreimal (1926, 1932, 1936) in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde.

⁴⁰ Vgl. Werner Otto von Hentig, *Meine Diplomatenfahrt ins Verschlussene Land*, Berlin/Wien 1918 (und zahlreiche Neuauflagen); Hentig, *Leben*, S. 91–199. Vgl. auch Renate Vogel, *Die Persien- und Afghanistanexpedition Oskar Ritter von Niedermayers 1915–1916*, Osnabrück 1976.

⁴¹ Vgl. Hentig, *Leben*, S. 330f., 334f. Vgl. auch Johannes Glasneck/Inge Kircheisen, *Türkei und Afghanistan – Brennpunkte der Orientpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Berlin [Ost] 1968.

⁴² Vgl. noch die Instruktion Ribbentrops „für den neuernannten Gesandten Dr. von Hentig für Kabul“, 29. 6. 1941, in: ADAP, Serie D, Bd. 13/1, Göttingen 1970, S. 42f.

⁴³ Hentig nahm dort am 3. 9. 1941 seinen Dienst auf. Vgl. Hentig an Rantzau, 6. 9. 1941, in: PA-AA, R 60737.

Rang, der dem Auswärtigen Amt für diese nach seiner Einschätzung wichtigste VAA-Stelle angemessen schien. Und der Orientexperte verfügte über die notwendigen Kenntnisse über die komplizierten Probleme im alten euro-asiatischen Grenzgebiet rund um das Schwarze Meer. Die 11. Armee war die südliche Flügelarmee des deutschen Ostheeres⁴⁴. Sie sollte gemeinsam mit den ihr unterstellten rumänischen Verbänden durch Bessarabien in die Südukraine vorstoßen, die Krim erobern und dann eventuell im kaukasischen Raum verwendet werden. Durch den Feldzug dieser Armee wurden also sowohl die Beziehungen zum Bundesgenossen Rumänien als auch diejenigen zur neutralen Türkei nachhaltig berührt. Die rumänischen Ambitionen im nordwestlichen Schwarzmeergebiet waren dabei ebenso zu berücksichtigen wie das türkische Interesse für die Tataren und Turkvölker auf der Krim, im Kaukasus und überhaupt in der Sowjetunion. Die Besatzungspolitik war hier viel weniger isoliert als etwa in Weißrussland und konnte direkte außenpolitische Folgen haben. Daher wurde dem Armeeoberkommando 11 ein Diplomat beigegeben, der deutlich ranghöher und erfahrener war als die übrigen VAAs.

Es ist ungewiss, ob sich Hentig auf diesen kriegserischen Außenposten abgeschoben fühlte oder seine neue Tätigkeit als interessante Aufgabe betrachtete⁴⁵, jedenfalls nahm er sofort eine ambitionierte und kritische Berichterstattung auf. Als er dem Auswärtigen Amt Material über die bolschewistische Herrschaft in Bessarabien liefern sollte, überraschte er mit dem Hinweis auf die „propagandistische Unauswertbarkeit der Tatsachen“, verwies auf die Einschätzung, „dass in dem einen Jahr bolschewistischer Herrschaft mehr für Bessarabien geschehen sei als in 20 Jahren rumänischer“, und kritisierte das Vorgehen des rumänischen Bündnispartners in den eroberten Gebieten⁴⁶. Von der ukrainischen Bevölkerung zeichnete Hentig ein positives Bild⁴⁷ und verband das von vornherein mit der Forderung nach einer Besatzungspolitik, die den Zivilisten Brot und eine politische wie kulturelle Perspektive geben müsse⁴⁸. Entsprechend befürwortete er eine gute Behandlung und den sinnvollen Einsatz der Kriegsgefangenen, während er die deutsche Propaganda gegen die „Untermenschen“ für völlig verfehlt hielt⁴⁹: „Bei den

⁴⁴ Zum militärischen Verlauf des Ostkriegs bis Anfang 1943 vgl. DRZW, Bd. 4, S. 451–652 (Beitrag Klink); DRZW, Bd. 6, S. 761–1102 (Beitrag Wegner).

⁴⁵ In seinen Erinnerungen hat er der VAA-Zeit nur wenig Raum und Bedeutung beigemessen. Vgl. Hentig, *Leben*, S. 349–359. Als seine Aufgaben bezeichnete er ebenda, S. 349: „Ein VAA hatte den Oberbefehlshaber politisch zu unterrichten, zu beraten, dafür zu sorgen, daß Völkerrechtsbrüche festgestellt und das Amt an allen im militärischen Bereich sich ergebenden völkerrechtlichen und politischen Fragen, z. B. die Behandlung der Minderheiten und Fremdvölker, maßgebend beteiligt wurde.“

⁴⁶ Bericht Hentigs Nr. 63 „Material über bolschewistische Herrschaft in Bessarabien und Bukowina“, 14. 9. 1941, in: PA-AA, R 60737. „In der Brandschatzung sind sie [die Rumänen] wie alle schwergeprüften und ausgeplünderten Völker unübertrefflich.“

⁴⁷ Vgl. etwa seinen Bericht Nr. 71, 21. 9. 1941, in: Ebenda, mit der Schlussbemerkung: Schon „erwachsen lang unterdrückte Bedürfnisse, die aus der zermürbten, müden Masse allmählich wieder Menschen mit eigenem Schicksal machen.“

⁴⁸ Bericht Nr. 67 „Grundsätzliches zur Propaganda in der Ukraine“, 16. 9. 1941, in: Ebenda: „Den Ukrainer bewegen heute zwei Fragen: 1) Wie ernähre ich mich heute und im kommenden Jahr? 2.) Wie wird es mit der Gestaltung des politischen und geistlichen Lebens im Lande?“ Hentig zeigte deshalb besonders großes Unverständnis dafür, dass die Wehrmacht die Religiosität der Bevölkerung nicht fördern wollte.

⁴⁹ Bericht Nr. 83, 12. 10. 1941, in: Ebenda. „Wird ein solcher Gefangener, dessen wildstruppiges Gesicht und tief niedergeschlagene Miene ihn abstoßend erscheinen liessen, freundlich behandelt, kann er die nötigen Massnahmen zur Weckung seines Selbst- und Menschenbewusstseins treffen,

Grossaufnahmen sind mongolische, uns fremde Typen, bevorzugt und aus einer für die betreffenden Leute unvorteilhaften Lage heraus wiedergegeben worden. Zehn Tage unrasiert und nicht gewaschen, nach den beschwerendsten seelischen Eindrücken, sehen die meisten Menschen nicht vorteilhaft aus.“

Über die Kriegsgefangenenfrage konnte Hentig auch auf sein bevorzugtes Thema zu sprechen kommen: ein mögliches Bündnis mit den „Turkotataren“, den über 30 Millionen Muslimen in der Sowjetunion. Dass „der Tatare“ von der Propaganda „als besonders blutrünstig“ hingestellt wurde, „was er zweifellos nicht ist“, war für ihn ein „großer Mißgriff“⁵⁰. Als die 11. Armee „an der Tür der Krim“ stand und sich auf diesem Weg auch dem Kaukasus näherte, stellte Hentig immer dringlicher die Frage nach „unserer Haltung gegenüber den Krimtataren und den kaukasischen Volksgruppen“⁵¹. Diese Völker wollten wissen, „ob sie für die Deutschen, die Türken, ihre eigene Freiheit und Zukunft kämpfen, oder doch schliesslich Opfer der Engländer oder gar der Bolschewisten werden“. Hentig hielt es für unbedingt notwendig, die Bevölkerung des Kaukasus frühzeitig durch deutliche propagandistische Signale zu gewinnen. „Ein Kaukasus ohne Öl ist für uns im wesentlichen wertlos. Die Naturreichtümer des Landes vor Zerstörung schützen kann aber, wenn überhaupt, nur ein enges und gründlich vorbereitetes Arbeitsbündnis mit der Bevölkerung.“

Wenige Tage später beklagte Hentig seine Unkenntnis „der wesentlichen Absichten und Linien unserer Politik, z. B. bezüglich der künftigen Gestaltung der besetzten und noch zu erobernden Gebiete“⁵². Hier zeigten sich Ehrgeiz und Ohnmacht eines Diplomaten alter Schule. Der Siegeszug der Wehrmacht eröffnete gerade in der Schwarzmeer- und Kaukasusregion die Chance, an die 1918 gescheiterten⁵³ Randstaaten- und Bündnispläne der kaiserlichen Außenpolitik anzuknüpfen. Keiner erkannte das besser als der Orientexperte Hentig. Doch der politische Kurs in den besetzten Ostgebieten wurde nicht durch die konservativen Fachleute der Wilhelmstraße bestimmt, sondern stand unter dem Diktat kurzfristiger Bedürfnisse der Wehrmacht sowie mittel- und langfristiger Eroberungs- und Versklavungsvisionen Hitlers und seiner Statthalter. Ein nationalkonservativer Diplomat wie Hentig, der gegen eine deutsche Vormacht im Osten nichts einzuwenden hatte, diese aber durch echte Zugeständnisse an die verschiedenen Nationalitäten verwirklichen und sichern wollte, befand sich auf verlorenem Posten. Die alten Vorstellungen und Methoden der Wilhelminischen Ära drangen nicht mehr durch.

Aus jener vergangenen Epoche, in der Hentig verwurzelt war, kam auch die Idee des Turanismus. Die Jungtürken um Enver Pascha hatten im Ersten Welt-

sich ausschlafen, waschen, rasieren, seine Kleider notdürftig in Ordnung bringen, so wird er auf einmal ein ganz anderer Mensch, bei dem wir unmittelbar gewinnende und liebenswürdige Eigenschaften feststellen können.“

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Bericht Nr. 86, 15. 10. 1941, in: Ebenda.

⁵² Bericht Nr. 90, 21. 10. 1941, in: Ebenda. Es sei „nicht möglich, aussermilitärische Kräfte innerhalb der von uns eroberten oder zu erobernden Bevölkerungsgruppen für uns einzusetzen, wenn unsere Absichten verschwiegen werden“.

⁵³ Vgl. Winfried Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, München/Wien 1966.

krieg dem phantastischen Plan angehangen, alle Turkvölker zwischen dem Schwarzen Meer und Mittelasien unter türkischer Führung in einem Großreich „Turan“ zu vereinen. Das Auswärtige Amt unterstützte die Turanisten zeitweise in der Hoffnung, dadurch den russischen „Koloß“ destabilisieren zu können. Diese Ideologie und ihre abgespeckte Version, der Panturkismus, der sich auf die Krim und den Kaukasus konzentrierte, wurde zwischen den Kriegen vom klein-türkischen Realismus Kemal Atatürks unterdrückt. Durch den deutschen Vormarsch lebten diese Ideen 1941 wieder auf, sowohl in türkischen Kreisen als auch im Auswärtigen Amt⁵⁴. Der deutsche Botschafter in Ankara, Franz von Papen, hoffte auf eine engere Verbindung mit der Türkei und förderte im Herbst 1941 den Besuch Nuri Paschas, des Bruders von Enver Pascha, und zweier bekannt pantürkischer Generäle in Deutschland. Die beiden Generäle reisten zunächst an die Krimfront, wo Hentig sie betreute, und interessierten sich besonders für die turkstämmigen sowjetischen Kriegsgefangenen⁵⁵. Ende Oktober wurde Hentig „zur Betreuung Nuri Paschas und zur Bearbeitung der panturanischen Frage“ von der 11. Armee nach Berlin zurückgerufen⁵⁶.

Der protürkische und promuslimische Gesandte machte sich sofort zum Fürsprecher der turanischen Bewegung und brach in der „Zeitschrift für Politik“ auch öffentlich eine Lanze für die als „minderwertig“ stigmatisierten Tataren⁵⁷. „Mit unseren Armeen sind wir an die Welt der Tataren herangerückt“, stellte Hentig fest und verknüpfte diese Tatsache mit der Frage, die „in allen Herzen der Ost-türken oder Tataren, wie wir sie schon einmal nennen wollen“, laut werde: „Was wird aus mir, was wird aus meinem Volk?“ Der Autor verwies auf eine mögliche Antwort: „Dort drüben in Rußland suchte man das alte *Turan*. Sollte es sich jetzt verwirklichen lassen?“ Hentig bezog sich in seinem Plädoyer für eine Vereinigung der Turkvölker keineswegs nur auf die Krim und den Kaukasus, sondern auch auf die „Tatarei“ von der Wolga über Turkestan bis zur Mongolei. Solche hochfliegenden Pläne konnten jedoch zunächst nur im Kleinen verfolgt werden, denn bisher befanden sich lediglich die Krimtataren als erste turkstämmige Volksgruppe im deutschen Einflussgebiet. Hentig wollte auf der Krim ein Zeichen setzen, das die tatarischen und türkischen Nationalisten auf die deutsche Seite zog. Er forderte eine „beispielhafte Behandlung“ der Tataren und so bald wie möglich eine Unabhängigkeitserklärung für die Krim⁵⁸. Auf sein Betreiben konnten im Dezember

⁵⁴ Vgl. Dallin, Herrschaft, S. 238–287; Lothar Kreckler, Deutschland und die Türkei im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1964, S. 205–222; Mühlen, Hakenkreuz, passim; Sebastian Cwiklinski, Wolgatataren im Deutschland des Zweiten Weltkriegs. Deutsche Ostpolitik und tatarischer Nationalismus, Berlin 2002, S. 17–20 und passim.

⁵⁵ Vgl. Hentig, Leben, S. 351 f. Der wichtigere von ihnen, General a.D. Hüsnü Emir Erkilet, war tatarischer Herkunft und galt als ein Wortführer des wiederbelebten Turanismus.

⁵⁶ Aufzeichnung Woermanns (Leiter der Politischen Abteilung), Berlin 28. 10. 1941, in: ADAP, Serie D, Bd. 13/2, Göttingen 1970, S. 578 f. Vgl. auch die Aufzeichnung Rintelens, Sonderzug Westfalen 16. 10. 1941, in: Ebenda, S. 530 f.: „Entsprechend dem Vorschlag der Politischen Abteilung ist der Herr RAM [Ribbentrop] damit einverstanden, daß Herr von Hentig sich als Sonderauftrag mit der sogen. Panturanischen Bewegung befaßt.“ Hentig traf am 29. 10. 1941 in Berlin ein.

⁵⁷ Werner Otto von Hentig, Turan – Tatarei, in: Zeitschrift für Politik 32 (1942), Heft 3 (März), S. 185–188, die folgenden Zitate ebenda, S. 187 f.

⁵⁸ Denkschrift Hentigs „Stand der sog. Turanischen Frage“, Berlin 25. 2. 1942, in: IfZ-Archiv, Nachlass Hentig, ED 113/6: „Sie würde begierig von den sämtlichen Turkvölkern der Sowjetunion aufgegriffen, uns die Eroberung des Kaukasus erleichtern, den Weg in den Iran bereiten und als erstes

1941 zwei krimtatarische Exilpolitiker nach Berlin reisen, um dort für eine tatarische Selbstverwaltung zu arbeiten⁵⁹. Die zaghaften Aktivitäten des Auswärtigen Amts zugunsten muslimischer Separatisten wurden vom Ostministerium beargwöhnt und behindert. Rosenberg stand der turanischen Bewegung lange skeptisch gegenüber und wollte im Kaukasus auf die Georgier anstatt auf die Turkvölker setzen. Hitler und die nationalsozialistischen „Großraumplaner“ sahen in der Krim ohnehin ein reines Kolonisationsobjekt, ein blühendes und sonniges „Gotenland“, das für die vorgesehenen deutschen Siedler aus Transnistrien und Südtirol vollständig von den ansässigen Russen, Ukrainern, Juden und auch Tataren „freigemacht“ werden sollte⁶⁰.

Alle noch so kühnen Visionen wurden sehr bald von der rauen Wirklichkeit deutscher Kriegführung und Besatzungspolitik überdeckt. Hentig hatte die Ostfront Ende Oktober 1941 verlassen, als die 11. Armee die Türschwelle zur Krim gerade überschritten hatte, und kehrte Anfang April 1942 auf die fast vollständig eroberte Halbinsel zurück. Inzwischen hatte sich ein rücksichtsloses Besatzungsregime der Wehrmacht sowie der SS- und Polizeikräfte etabliert. Die Krim sollte zwar als Generalkommissariat – mit dem bereits ernannten Generalkommissar Alfred Frauenfeld an der Spitze – bald unter Zivilverwaltung kommen, blieb aber tatsächlich bis zum Ende der deutschen Besatzung nahezu ganz unter Militärverwaltung⁶¹. Der Oberbefehlshaber der 11. Armee, Generaloberst von Manstein, hatte seinen Truppen am 20. November 1941 die Richtung der Besatzungspolitik vorgegeben⁶²: Selbstversorgung der Wehrmacht „weitgehendst aus dem Lande“ und auf Kosten besonders der städtischen Bevölkerung, die hungern müsse, „schärfste Maßnahmen“ gegen jede Form der „Sabotage“, „harte Sühne am Judentum“, zugleich aber – das wirkte am Ende des Befehls wie der Versuch einer

Anzeichen, ja Beweis, dafür gewertet werden, daß wir für die Freiheit der Völker des Ostens gegen England und seine bisherigen Methoden einzutreten gewillt sind.“

⁵⁹ Die beiden tatarischen Nationalisten waren Müstecip Ülküsal und Edige Kirimal, der in seiner Studie: *Der nationale Kampf der Krimtürken mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1917–1918*, Emsdetten 1952, S. 303–322, auch auf die krimtatarischen Bestrebungen im Zweiten Weltkrieg eingeht. Zur Tätigkeit dieser beiden krimtatarischen Repräsentanten vgl. Mühlen, Hakenkreuz, S. 119f., 123–125.

⁶⁰ Vgl. Dallin, *Herrschaft*, S. 265–269. Sevastopol’ sollte in Theoderichhafen, Simferopol’ in Gotenburg umbenannt werden. Im Ersten Weltkrieg hatte bereits Ludendorff von einer deutschen Kolonisierung der geostrategisch und klimatisch so attraktiven Halbinsel geträumt. Vgl. Winfried Baumgart, Ludendorff und das Auswärtige Amt zur Besetzung der Krim, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966), S. 529–538.

⁶¹ Lediglich das Vorgelände der Krim kam am 1. 9. 1942 als Generalkommissariat Taurien unter die Verwaltung Frauenfelds. Vgl. Alfred E. Frauenfeld, *Und trage keine Reu’*. Vom Wiener Gauleiter zum Generalkommissar der Krim. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Leoni 1978, S. 215–274; Dallin, *Herrschaft*, S. 276–278. Zur deutschen Besatzungspolitik auf der Krim vgl. die veraltete Arbeit von Martin Luther, *Die Krim unter deutscher Besatzung im zweiten Weltkrieg*, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 3 (1956), S. 28–98, sowie die knappen Hinweise bei Dallin, *Herrschaft*, S. 271–276. – Nachtrag: Vgl. inzwischen Manfred Oldenburg, *Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942*, Köln/Wien 2004; Norbert Kunz, *Die Krim unter deutscher Herrschaft 1941–1944. Germanisierungsutopie und Besatzungsrealität*, Darmstadt 2005.

⁶² *Armeebefehl Mansteins* (AOK 11, Ic/AO, Nr. 2379/41 geh.), 20. 11. 1941, in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), *„Unternehmen Barbarossa“*. Der Deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 343f., in Anknüpfung an den berüchtigten Befehl Generalfeldmarschall von Reichenau „Verhalten der Truppe im Ostraum“, 10. 10. 1941, in: Ebenda, S. 339f.

Quadratur des Kreises – „gerechte Behandlung aller nichtbolschewistischen Teile der Bevölkerung“. Der brutale militärische Pragmatismus brachte Hunger und Elend über die etwa eine Million Einwohner der Krim, von denen fast die Hälfte Russen, ungefähr ein Fünftel Tataren und die übrigen vor allem Ukrainer, Juden, Griechen, Bulgaren und Armenier waren – die Deutschen hatte die sowjetische Polizei deportiert⁶³. Der auf der Krim verbliebene jüdische Bevölkerungsteil wurde im Herbst und Winter 1941/42 von der Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD mit Wissen und unter Mithilfe der 11. Armee ermordet⁶⁴. Die Krimtataren dagegen erhielten einige Privilegien, vor allem eine begrenzte religiös-kulturelle und administrative Selbstverwaltung sowie ein zentrales „Mohammedanisches Komitee“⁶⁵. Seit dem 18. Januar 1942 wurden krimtatarische Hilfstuppen aufgestellt und gegen die Partisanen eingesetzt⁶⁶. Die Zugeständnisse erfüllten jedoch kaum die Autonomiewünsche der tatarischen Nationalisten, so dass selbst diese Bevölkerungsgruppe enttäuscht wurde.

Hentig war über diese Art von Besatzungspolitik entsetzt und brachte das sofort nach seiner Rückkehr unverhohlen zum Ausdruck. Seine bittere Bestandsaufnahme vom 7. April 1942 konstatierte eine „absolute und allgemeine Krise der Propaganda“, da „den deutschen Erklärungen einfach nicht mehr geglaubt wird. Zu viele Tatsachen sprechen dagegen.“⁶⁷ Hentig nannte die schlechte Behandlung der Kriegsgefangenen „auch schon auf dem Marsch“ und ihre stummen Zeugen, die „Leichen der am Wege liegen gebliebenen Nichtmarschfähigen“, sowie „die allenthalben ganz ausserordentlich dürrtigen, ja schlechte Nahrungsmittelversorgung der Zivilbevölkerung“. Die Krim sei bereits von Hungersnot und Wirtschaftselend gezeichnet, maßgeblich gefördert durch den Vandalismus der deutschen Soldaten⁶⁸. „Naturgemäss verstärkt der Anblick des Wirtschaftstodes, wo vorher, wenn auch nicht gerade blühendes Leben herrschte, die allgemeine Hoffnungslosigkeit umso mehr als doch bald ½ Jahr Gelegenheit gegeben hätte, unsere vielfachen Erklärungen in dieser Hinsicht wahrzunehmen.“ Außerdem scheute sich Hentig nicht, das heikle Thema der Repressalmaßnahmen und Massen-

⁶³ Nach amtlichen Erhebungen von 1939 zählte die Bevölkerung der Krim insgesamt 1 126 429 Menschen: 558 481 Russen (49,6%), 218 879 Tataren (19,4%), 154 123 Ukrainer (13,7%), 65 452 Juden (5,8%), 51 299 Deutsche (4,6%), 20 652 Griechen (1,8%), 15 344 Bulgaren (1,4%), 12 923 Armenier (1,1%), 29 672 Sonstige (2,6%). Mitte 1942 wurde geschätzt, dass die Bevölkerung durch die Kriegseinwirkungen auf etwa 900 000 zurückgegangen sei. Vgl. die Angaben Sturmbannführers Braune (Einsatzgruppe D) in der Besprechung des Oberquartiermeisters der 11. Armee, Oberst i.G. Hauck, mit mehreren Sachbearbeitern über „Umsiedlung der Krimbevölkerung“, 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20-11/424.

⁶⁴ Vgl. Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, S. 203–205; Andrej Angrick, Die Einsatzgruppe D, in: Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 88–110, hier S. 101 f. Insgesamt wurden ca. 29 000 Juden auf der Krim ermordet, unter ihnen etwa 6 000 Krimtschaken, eine jüdisch-tatarische Minderheit. Das größte Massaker ereignete sich vom 13.–15. 12. 1941 in Simferopol' (ca. 10 000–12 000 Opfer).

⁶⁵ Vgl. Mühlen, Hakenkreuz, S. 184–187.

⁶⁶ Vgl. Joachim Hoffmann, Die Ostlegionen 1941–1943. Turkotataren, Kaukasier und Wolgafinnen im deutschen Heer, Freiburg 1976, S. 39–50.

⁶⁷ Bericht Hentigs Nr. 276 „Krise der Propaganda“, 7. 4. 1942, in: PA-AA, R 60739.

⁶⁸ „Dass der deutsche Soldat überall, wo er hinkommt, Sauberkeit und Ordnung mit sich brächte, lesen wir wohl bei manchen Kriegsberichtern, entspricht aber in dieser Allgemeinheit keineswegs den Erfahrungen.“

erschießungen anzusprechen: „Sehr schlecht haben auch die unterschiedslosen Erschiessungen – so in Eupatoria⁶⁹ – gewirkt, wo 1200 Zivilpersonen, vorwiegend Eisenbahner, die für die Armee aufopfernd tätig gewesen waren, als Gegenmassnahme gegen die dort von den Bolschewisten begangenen Greuel erschossen wurden, ohne auf ihre Bitten und die von militärischen Stellen gegebenen Zeugnisse zu achten.“ Um solch furchtbaren Eindrücken entgegenzuwirken, forderte der VAA eine „Propaganda der Tat“: Erschiessungen sollten „nur im Rahmen des Kriegsrechtes und durch die Truppe wenn nötig erfolgen“, die Kriegsgefangenen gut behandelt werden und Wirtschaftsmaßnahmen für die Bevölkerung „weitherzig geplant mit allen kleinen und grossen Mitteln an Ort und Stelle, aber auch von Deutschland aus, durchgeführt werden“. Außerdem müsse den „freundwilligen Fremdvölkern“, aber auch den Russen eine „klare Antwort“ auf die Frage gegeben werden: „Was wollt Ihr mit uns machen? Wie ist die künftige Stellung unseres Landes, wie sollen wir mitarbeiten?“

Der Abrechnung mit der bisherigen Besatzungspolitik legte Hentig ein Begleitschreiben an den zuständigen Referenten im Auswärtigen Amt bei, in denen er sich rechtfertigte, dass gleich sein erster Bericht eine Tendenz habe, die geeignet sei, „uns brotlos zu machen“⁷⁰. Sein Bericht sei aber „in vielem sogar abgeschwächt vorsichtig gefasst“⁷¹. Hentig wurde nun noch deutlicher und führte als weiteres, schrecklichstes Beispiel den Judenmord an: „Wenn ich den Fall der Erschiessungen von Eupatoria angeführt habe, so ist das nur einer von vielen. Über die Folgen der Judenerschiesungen, die allein hier in Simferopol 12000 betrugten, bin ich dabei gar nicht eingegangen. Die Wirkungen einer solchen Schlächtereie beschränken sich ja keineswegs auf die Opfer selbst; sie berühren einmal die gesamte Bevölkerung des besetzten Gebietes, weil natürlich keiner für möglich gehalten hat, dass wir Frauen und Kinder töten. Sie berühren aber auch die Moral der Truppen und weiterhin auch unsere wirtschaftliche Stellung. Von den Wirkungen im weiteren Ausland natürlich vollkommen abgesehen.“⁷² Dass sich Hentig bereits unmittelbar nach einer Abwesenheit von über fünf Monaten, in denen der Holocaust auf der Krim vollzogen wurde, bestens über die Ausmaße und Einzelheiten dieses Massenverbrechens informiert zeigte, belegt einmal mehr die völlige Unglaubwürdigkeit der späteren Beteuerungen Mansteins und seines Generalstabschefs Wöhler, sie hätten von den Mordaktionen der Einsatzgruppe D und namentlich auch vom großen Massaker in Simferopol nichts gewusst⁷³. Keinem An-

⁶⁹ In Eupatoria war am 5. 1. 1942 ein sowjetisches Landungsunternehmen von Teilen der Bevölkerung unterstützt worden. Bei der von Manstein befohlenen Vergeltungsaktion hatte die Wehrmacht gemeinsam mit der Sicherheitspolizei und dem SD 1184 männliche Zivilisten willkürlich ausgewählt und erschossen. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 266 f.

⁷⁰ Hentig an Rantzau, 8. 4. 1942, in: PA-AA, R 60739. „Die frischen Eindrücke eines Unbefangenen, in diese Arbeit wieder Hineinkommenden, waren aber so zwingend, dass ich ihnen Worte leihen musste.“

⁷¹ „Sie können sich kaum vorstellen, wie es wirkt, wenn wir aufgefordert werden, über Kannibalismus zu berichten, wo nach dem Hörensagen wenigstens solche Fälle unter den russischen Kriegsgefangenen in unserer Obhut, vollkommen sich selbst und ihrem Todesschicksal überlassen, vorgekommen sein sollen.“

⁷² „Durch die Judenermordungen in Nikolajew sind beispielsweise – wie übrigens auch hier in der Stadt und damit auch unserer Heeresverwaltung – sämtliche Handwerker entzogen worden.“

⁷³ Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 226 f., 271–273.

gehörigen des Armeoberkommandos wird die erschütternde Tatsache entgangen sein, die Hentig am 27. April 1942 nach Berlin meldete⁷⁴: „Die Juden sind vollständig vernichtet.“ Der VAA befand sich im Stab Mansteins und besprach mit dem Oberbefehlshaber auch politische Fragen. Vermutlich galt gerade für das Thema Judenmord das, was Hentig in seinen Erinnerungen über diese Unterredungen berichtete⁷⁵: „Herr v. Manstein hörte sich alles an; wenn es aber zu dem Punkte kam, wo er selbst hätte Stellung nehmen oder mich verhaften lassen müssen, vertagte er die Fortsetzung des Gesprächs.“

Doch auch das Auswärtige Amt reagierte abwehrend auf die alarmierenden Berichte Hentigs. Der Koordinator der ostpolitischen Fragen, Vortragender Legationsrat Großkopf, versuchte mit dem Hinweis abzuwehren, die auf der Krim „besonders unerfreulichen Verhältnisse“ hätten „naturgemäß auf die Beurteilung [Hentigs] eingewirkt“⁷⁶. Außerdem gestand er die geringen Möglichkeiten der Wilhelmstraße an der Ostfront ein: „Auf die von Hentig vorgeschlagene Propaganda der Tat haben wir leider keinen Einfluß, weil die angeregten Maßnahmen das rückwärtige Heeresgebiet betreffen und von der Wehrmacht abhängen.“ Das Dilemma des VAA-Dienstes war damit ausgesprochen. Selbst ein noch so kompetenter und eigenständiger Diplomat war und blieb der einflusslose Vertreter einer einflusslosen Behörde, ein Berichterstatter, dessen Nachrichten in einem kleinen Zirkel kursierten und nichts bewirkten. Dennoch ließ Hentig nicht nach, scharfe Kritik an den Missständen auf der Krim zu üben und sich beredt für eine bessere Besatzungspolitik einzusetzen.

Dabei geriet die turanische Frage in den Hintergrund. Zwar betonte Hentig weiterhin die große „Werbewirkung“, die eine bevorzugte Behandlung der Krimtataren auf den Kaukasus „und darüber hinaus für unser Verhältnis zur Türkei, der arabischen und iranischen, ja indischen Bewegung“ habe⁷⁷, doch erkannte er stärker als zuvor, dass sich eine positive Krimpolitik nicht auf diese Minderheit beschränken dürfe. Hentig versuchte andere konservative Diplomaten auf seine Seite zu ziehen und grenzte sich dabei deutlich von den nationalsozialistischen „Lebensraum“-Plänen ab⁷⁸: „Siedlungsabsichten, Aussiedlungspläne in großem Maßstab, ja selbst die zu stark betonten ‚Kraft durch Freude‘-Absichten halte ich für nicht nur verfehlt, sondern recht gefährlich.“ Er selbst beschrieb ohne Unterlass in den düstersten Farben, welches Elend die deutschen Besatzer über die Zivilbevölkerung nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem Land brachten. Der Bauer habe fast jede Hoffnung verloren. „Man hat ihm den Rest seiner Vorräte genommen, sein Vieh weggetrieben, die Hühner vom Hof geholt, mit seinen Staketenzäunen und Dachbalken eingeheizt und in vielen Fällen nicht einmal das

⁷⁴ Bericht Hentigs Nr. 297, 27. 4. 1942, in: PA-AA, R 60740.

⁷⁵ Hentig, *Leben*, S. 356.

⁷⁶ Großkopf an Rantzau, o.D. (April 1942), in: PA-AA, R 60739.

⁷⁷ Bericht Hentigs Nr. 281 „Tataren auf der Krim“, 10. 4. 1942, in: Ebenda.

⁷⁸ Hentig an Papen, Mai 1942, in: PA-AA, Nachlass Hentig, Bd. 2: „Jeder ruhige Beurteiler der Sachlage ist sich darüber klar, daß wir hier wie anderwärts in Rußland werden in möglichst großem Umfange auf die Mitwirkung der Bevölkerung zurückgreifen müssen. [...] Da diese Gedanken aber nicht eindringlich genug Berlin vor Augen geführt werden können, würde ich es für sehr gut halten, wenn Sie sie von Ihrem Standpunkt aus nochmals aufnehmen wollten.“

allernotwendigste Saatgetreide gelassen.“⁷⁹ Als Anfang Mai bekannt wurde, dass die letzten Milchkühe requiriert werden sollten⁸⁰ und der Schulunterricht nur noch bis zum 11. Lebensjahr erteilt werden dürfe⁸¹, war Hentig empört. Immerhin erreichte er bei Manstein „die sofortige Rückgängigmachung der Ablieferung der Milchkühe“, einer der ganz wenigen greifbaren Erfolge der VAA-Tätigkeit überhaupt⁸².

Die Willkür der Strafjustiz und Brutalität der Partisanenbekämpfung waren weitere entscheidende Bausteine der deutschen Schreckensherrschaft, die Hentig kritisierte. Angewidert schilderte er die Jagd einiger Soldaten auf einen „wegen Beleidigung der Wehrmacht“ angeklagten Jugendlichen, der „schliesslich durch über 1 Dutzend Einzelschüsse zu Boden gestreckt und dann neben einigen Mistbeeten verscharrt wurde“⁸³. Neben einer „gerechten Behandlung der Bevölkerung“ forderte er nun verstärkt auch „die strengste Einhaltung der Kriegsregeln“⁸⁴. Dass nicht allein überführte Partisanen – wobei Hentig bemerkte, dass eine Bestimmung des Begriffs „Partisanen“ nie erfolgt sei⁸⁵ –, sondern auch deren Angehörige und im Hinterland aufgegriffene Rotarmisten, etwa Fallschirmjäger, unterschiedslos erschossen wurden, hielt er für ebenso fatal wie rechtswidrig. „Es wird ausnahmslos kurzer Prozess gemacht und dies trotzdem, obwohl das natürliche Rechtsgefühl den Ausführenden der Feldgendarmarie oder G.F.P. [Geheimen Feldpolizei] sagt, dass dieses Verfahren nicht richtig ist.“ In diesem Zusammenhang kam Hentig auch wieder auf die Judenmorde zurück, die er für die grausamen sowjetischen Vergeltungsmaßnahmen bei der Gegenoffensive im Winter mitverantwortlich machte⁸⁶. Der VAA empfahl dringend, „mit Rücksicht auf die fechtende Truppe, aber auch [auf] unsere gesamte Stellung“ rechtliche Verfahrenswege einzuhalten und den weitgehend verlorenen „Glauben an die Gerechtigkeit der Wehrmacht“ wiederherzustellen.

⁷⁹ Bericht Hentigs Nr. 286 „Agrarordnung“, 16. 4. 1942, in: PA-AA, R 60740.

⁸⁰ Bericht Nr. 305, 5. 5. 1942, in: Ebenda. Die Milchkühe „stehen durchweg im Besitz ganz armer, meist kinderreicher Familien, die in der Milch nicht etwa einen Zuschuss zu ihrer Ernährung, sondern in ihr vielfach überhaupt die einzige Ernährungsmöglichkeit sehen.“

⁸¹ Ebenda, und Bericht Nr. 17/42 geh., 1. 5. 1942, in: Ebenda. „Das mindeste wäre, dass wir, wo wir den befreiten Völkern sonst nichts zu bieten in der Lage sind, ihnen kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten geben und der Begründung eines eigenen Schulwesens keine Schwierigkeiten bereiten.“

⁸² Bericht Nr. 306, in: Ebenda. Dabei wurde er vom Ic/Hw.-Offizier und der Abwehr II unterstützt. Allmählich erkannte auch das AOK 11, dass die Bevölkerung der vollständig ausgeplünderten Krim mit deutscher Hilfe versorgt werden müsse, wenn sie „arbeitswillig“ und „zuverlässig“ bleiben solle. Vgl. etwa den Bericht Generalmajor Nagels über einen Besuch in Simferopol, 19. 6. 1942, in: BA-MA, RW 19/555: „Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe tritt der OB [Manstein] nachdrücklich für die Ernährung aller Zivilisten ein.“

⁸³ Bericht Hentigs Nr. 305, 5. 5. 1942, in: PA-AA, R 60740.

⁸⁴ Bericht Nr. 327, 22. 5. 1942, in: Ebenda.

⁸⁵ Ebenda. Vgl. auch den Hinweis: „Unter den Partisanen, die immerhin militärisch organisiert und geführt sind, befinden sich nicht selten reguläre Soldaten in Uniform.“

⁸⁶ „Aus dem Zeugnis von 7 in Feodosia trotz Nackenschüsse geretteten Verwundeten wissen wir, dass die Russen nach der Rückeroberung Feodosias die in den Lazaretten gebliebenen Verwundeten und Ärzte sowie Geistlichen auf Aussagen der Ortseinwohner und Lazarettgehilfen anständig behandelten, dass sie aber nach Aufdeckung der jüdischen Massengräber die hilflosen Lazarettinsassen – einschliesslich ihrer eigenen Leute – aufs viehischste verstümmelten und ermordeten.“ Zu diesem Massaker der Roten Armee am 29. 12. 1941 vgl. Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München ³1980, S. 308–317.

Nach der Eroberung von Sevastopol' fasste Hentig seine ganze Kritik an dem verheerenden Vorgehen der 11. Armee und anderer deutscher Dienststellen auf der Krim wie überhaupt im Ostkrieg in dem eingangs zitierten Bericht zusammen. Auch in den letzten Wochen seiner VAA-Tätigkeit standen die Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht im Mittelpunkt seiner Berichterstattung. So notierte er am 16. Juli 1942 in einer Aufzeichnung für das Armeeoberkommando „eine Reihe von Zwischenfällen“, die der von ihm begrüßten Aufhebung des „Kommissarbefehls“ die Wirkung nahmen⁸⁷. Nach wie vor würden Kommissare dem Sicherheitsdienst „überstellt“, was „aber zugegebenermaßen Erschiessung“ bedeute, kriegsgefangene Juden sofort ermordet, in den Durchgangslagern der Armee „Gefangene willkürlich mißhandelt und entgegen den gemachten Zusagen doch erschossen“. Hentig hatte den Eindruck, „daß die Aufsichtspersonen wohl die Vorschriften kennen, aber annehmen, sie seien nur für die Öffentlichkeit und für Fremde bestimmt, nicht aber ernst gemeint“⁸⁸. Seine Anklage war scharf: Dieses Vorgehen erschüttere „vollkommen den Ruf der Armee“ und sei „in keiner Weise sittlich und politisch zu rechtfertigen“. Als sich der Kommandant des rückwärtigen Armeegebiets solche Vorwürfe verbat⁸⁹, konterte Hentig, es sei die Aufgabe des VAA, „Völkerrechtsverletzungen zu behandeln“, also auch die eigenen, und außerdem habe er Misshandlungen von Gefangenen selbst gesehen⁹⁰. Sein Unverständnis über die dauernde Missachtung des kämpfenden und gefangenen Rotarmisten ließ Hentig sogar gegen einen Artikel von Goebbels Stellung beziehen⁹¹. Statt der hämischen Propaganda vom „Untermenschen“ empfahl er, die „Größe des Gegners“ anzuerkennen und „dem russischen Soldaten, Kommandeur und Kommissar, ja auch den bei uns stets mit ‚Flintenweibern‘ bezeichneten Frauen Gerechtigkeit angedeihen“ zu lassen.

Die Besatzungswirklichkeit auf der Krim, die von einer gleichermaßen kurzfristigen wie kurzschichtigen Ausbeutung des Landes durch die 11. Armee geprägt war, wurde nur noch von den verbrecherischen Germanisierungsplänen Hitlers und seiner Umgebung übertroffen. Auch mit ihnen wurde der VAA noch konfrontiert. Am 3. Juli 1942, kurz vor dem Fall Sevastopol's, wurde dem Armeeoberkommando 11 von der Heeresgruppe Süd mitgeteilt, auf „Führerbefehl seien *sofort* ‚alle Russen, Armenier und sonstigen Bolschewisten‘ von der Krim zu entfernen. Es blieben auf ihr nur noch Tataren und Volksdeutsche.“⁹² Manstein

⁸⁷ Aufzeichnung Hentigs, 16. 7. 1942, in: PA-AA, Nachlass Hentig, Bd. 2.

⁸⁸ So habe der Lagerkommandant von Toule erklärt, „die Vorschriften zu kennen, aber auch zu wissen, wie er sie anzuwenden habe“.

⁸⁹ Aufzeichnung von Generalmajor Doehla (Korück 553, Qu./O.D., Nr. 680/42 geh.), 27. 7. 1942, in: Ebenda, Bd. 1.

⁹⁰ Undatierte Aufzeichnung Hentigs, in: Ebenda.

⁹¹ Bericht Hentigs Nr. 366 „Die Widerstandskraft des Russen“, 1. 8. 1942, in: PA-AA, R 60741. Er bezog sich dabei u. a. auf einen Goebbels-Artikel im „Reich“ vom 19. 7. 1942 und merkte dazu sarkastisch an: „Nur Tiere vor sich zu haben und ihnen so manches Mal gar nicht einmal überlegen sein zu können, ist ja auch für den deutschen Soldaten nicht besonders ehrenvoll.“ Goebbels seinerseits war verärgert, dass einzelne Offiziere der 11. Armee öffentlich die Tapferkeit der sowjetischen Truppen betont hatten. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 5: Juli–September 1942, bearb. v. Angela Stüber, München [u. a.] 1995, S. 73–85 (7. 7.–9. 7. 1942).

⁹² AOK 11, Kriegstagebuch O.Qu., 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20-11/422. Betroffen waren damit ca. 700 000 der noch ca. 900 000 auf der Krim lebenden Zivilisten.

protestierte umgehend gegen eine Entvölkerung der Krim und verwies auf die katastrophalen wirtschaftlichen wie – wegen der gesteigerten Partisanengefahr – militärischen Folgen⁹³. Er hielt „die Aussiedlung praktisch nur in der Form für durchführbar, dass entsprechend der Zuführung von [deutschen] Neusiedlern überraschend einzelne Ortschaften usw. geräumt werden“. Zur Erleichterung des Armeeoberkommandos wurde der Befehl noch in der kommenden Nacht zurückgezogen und statt dessen angeordnet, „dass zunächst das ‚Großstadtgesindel‘ vom S.D. entfernt werde“⁹⁴. Einige Tage später folgte ein entsprechender Erlass Keitels, dass Hitler „die Absicht geäußert“ habe, „die Halbinsel Krim, sobald die weitere Entwicklung der Lage es erlaubt, von den dort ansässigen Russen und Ukrainern zu räumen. [...] Zunächst werden die aktiven bolschewistischen Elemente und das Großstadtgesindel durch den SD beseitigt. Außerdem ist die Anwerbung von Arbeitern mit allem Nachdruck durchzuführen.“⁹⁵

Hentig erfuhr erst verspätet von diesen Plänen, was ein Schlaglicht auf die schwache Stellung eines VAA wirft. Als er Ende Juli 1942 das Gerücht hörte, dass „eine Aussiedlung grosser Teile der Bevölkerung“ vorbereitet werden sollte, warnte er „auf das dringendste“ vor „den außerordentlich schweren Folgen, die sich schon aus einem Gerücht, ganz bestimmt aber aus den entsprechenden Maßnahmen ergeben“⁹⁶. Am 2. August wurde ihm der Wortlaut Keitels bekannt gegeben. Hentig zeigte sich von Hitlers Absicht entsetzt⁹⁷: „Zunächst werden von ihr nicht nur Hunderttausende von Menschenschicksalen betroffen, sondern sie greift auch weit in unser Verhältnis zu Russen und Ukrainern, aber auch zu den übrigen Völkern Rußlands und des Vorderen Orients ein.“ Außerdem gebe es auf der Krim höchstens einzelne „Bolschewisten“, keine Großstädte und eine dezimierte städtische Bevölkerung. „Von Großstadtgesindel kann gerade bei dieser außerordentlich mitgenommenen, verschüchterten, meist aus Mangel an Abzugsmöglichkeiten zurückgebliebenen Bevölkerung nicht gesprochen werden.“ Ebenso entschieden wandte er sich gegen die Abbeförderung von Zwangsarbeitern⁹⁸: „Um das Land in Betrieb zu halten und erst recht um es wieder aufzubauen, bedarf es wenigstens 1 Million gut ernährter Menschen. Die besseren Kräfte jetzt abzubefördern und damit schon kultivierte Gegenden wieder zur Steppe werden zu lassen, bedeutet aber eine unerträgliche Erschwernis der Aufgaben unserer künftigen Verwaltung, von den außenpolitischen Wirkungen, auf die

⁹³ Aufzeichnung Mansteins (AOK 11, Ia, Nr. 2906/42 geh.Kdos.), 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20-11/424.

⁹⁴ AOK 11, Kriegstagebuch O.Qu., 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20-11/422. „Das A.O.K. hat also zunächst mit der Räumung der Krim nichts zu tun.“

⁹⁵ Erlass Keitels (OKW/WFSt/Qu. II, Nr. 2303/42 geh.Kdos.) „Aussiedlung aus der Krim“, 12. 7. 1942, in: PA-AA, Nachlass Hentig, Bd. 2. „Ferner sind für eine etwaige spätere Räumung die notwendigen Vorbereitungen zu treffen [...]“ Volksdeutsche, Tataren, Bulgaren, Griechen, Armenier und Turkvölker sollten „vorläufig“ ausgenommen werden, „soweit sie nicht zu den aktiven bolschewistischen Elementen gehören“.

⁹⁶ Bericht Hentigs Nr. 366, 31. 7. 1942, in: Ebenda. „Ich dürfte vielleicht gar nicht darauf hinweisen, möchte aber doch nicht unterlassen zu sagen, daß es sich nicht um örtliche Maßnahmen, russische oder Ostinteressen, sondern um solche des gesamten deutschen Volkes und seiner weiterkämpfenden Söhne handelt.“

⁹⁷ Bericht Nr. 368, 2. 8. 1942, in: Ebenda.

⁹⁸ Bericht Nr. 369 „Zwangsanwerbung von Arbeitskräften in der Krim“, 3. 8. 1942, in: Ebenda, Bd. 1.

ich zwar pflichtgemäß sehe, aber aus diesem Grunde nicht hinzuweisen brauche, ganz abgesehen.“

Auch wenn die nationalsozialistischen Umsiedlungspläne wegen der Kriegsergebnisse nicht mehr verwirklicht werden konnten, blieb die Lage besonders der nichttatarischen Bevölkerung auf der Krim bis zum Ende der deutschen Besatzung äußerst gedrückt. Hentig erlebte den weiteren Verlauf dieser Jahre deutschen Terrors, die ein hoffnungsloses Zwischenspiel in den Jahrzehnten sowjetischen Terrors bildeten, nicht mehr als Beobachter vor Ort. Weil das Armeeoberkommando 11 nach der vollständigen Eroberung der Krim aufgelöst werden sollte, kehrte Hentig bereits Mitte August 1942 nach Berlin zurück und wartete auf eine neue Aufgabe⁹⁹. Zunächst war er für eine andere VAA-Stelle an der Ostfront vorgesehen, aber dann schreckte das Auswärtige Amt doch davor zurück, solch einen unangenehmen Mahner weiter als offiziellen Vertreter in diesen heiklen Raum zu entsenden. Denn auch in Berlin zögerte Hentig nicht, die Besatzungspolitik im Osten scharf anzugreifen. Am 29. Oktober 1942 beschrieb er als Resümee seiner Erfahrungen die schwere Enttäuschung der sowjetischen Zivilbevölkerung¹⁰⁰: „Für den Russen musste der Nationalsozialismus das System werden, das alles für sich selbst in Anspruch nahm ohne den Lebensvoraussetzungen anderer Völker gerecht zu werden.“ Die deutsche Besetzung habe „nur Hunger, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, weitere Sorgen und Beunruhigung mit sich gebracht“. Erneut forderte Hentig eine vollständige Wende der Ostpolitik, um nicht nur kleine bevorzugte Minderheiten, sondern die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion zu gewinnen¹⁰¹. Darin sah er eine „zwingende Notwendigkeit“, „weil wir weder dem deutschen Infanteristen, noch dem deutschen Arbeiter und der deutschen Frau auf unabsehbare Zeit eine Anspannung in der bisherigen Form zumuten dürfen, ohne uns der Gefahr eines ganz plötzlichen Versagens der überspannten Kräfte auszusetzen“.

Eine solche Haltung schien den ängstlichen Beamten der Wilhelmstraße nicht länger tragbar. Hentig blieb bis zum Kriegsende als Diplomat kaltgestellt und musste am Ende froh sein, dass ihm der Ruf „politischer Unzuverlässigkeit“¹⁰² und die Verbindungen zu den Verschwörern des 20. Juli nicht zum Verhängnis wurden. Und auch nach dem Krieg war er den vielen Mitläufern im Auswärtigen Amt unbequem, besonders nachdem er sich demonstrativ geweigert hatte, in Nürnberg für seinen ehemaligen Vorgesetzten, den Staatssekretär a.D. Ernst Freiherr von Weizsäcker auszusagen¹⁰³. Hentig wurde bei der Wiedereinrichtung des Auswärtigen Dienstes zunächst übergangen und dann auf den unbeliebten Bot-

⁹⁹ Vgl. die Aktennotiz Rantzaus, 26. 8. 1942, in: PA-AA, R 60741.

¹⁰⁰ Aufzeichnung Hentigs, 29. 10. 1942, in: Ebenda.

¹⁰¹ Vor allem müsse „klar verlautbart werden, daß er [der Russe] nicht unfreier als irgend ein anderes Mitglied der europäischen Gemeinschaft auf seinem Boden sitzen wird“. Auch sprach sich Hentig trotz seiner Sympathie für die Muslime eindeutig gegen „Bevorzugung und Ausspielen der Bevölkerungssteile untereinander“ aus.

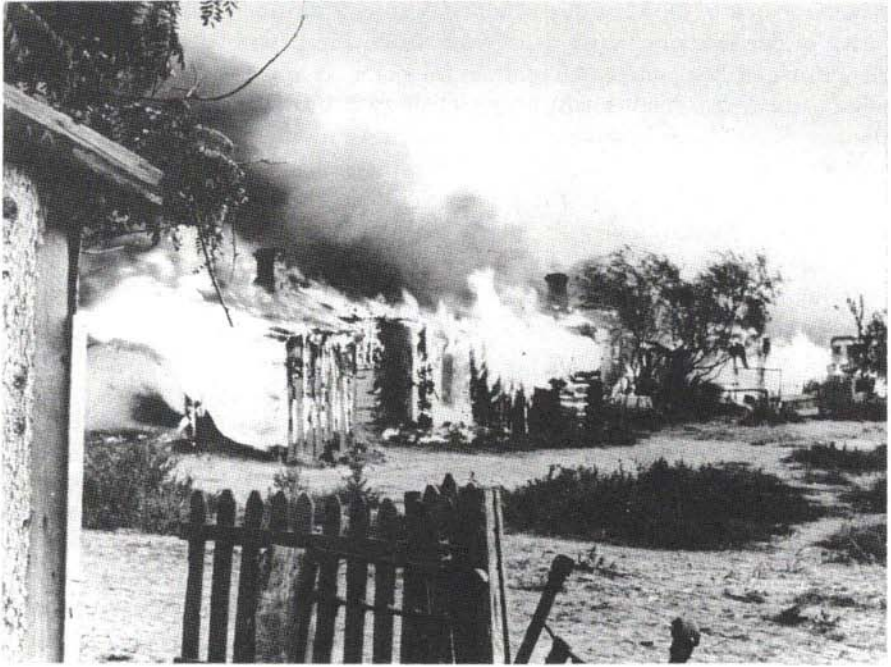
¹⁰² Hentig, *Leben*, S. 356f., behauptet, es sei auf diesen Ruf sowie auf eine Auseinandersetzung mit Otto Ohlendorf, dem Leiter der Einsatzgruppe D, zurückzuführen, dass er seine VAA-Stellung verloren habe.

¹⁰³ Vgl. Döschel, *Gesellschaft*, S. 249–251. Bei Folgendem muss auch berücksichtigt werden, dass Hentig nahe an der Pensionsgrenze stand und außerdem nicht zu Unrecht als „schwierig“ galt. Doch das waren gewiss nicht die einzigen Gründe seiner Zurücksetzung.

schafterposten in Djakarta abgeschoben, während jüngere Diplomaten, die sich zuvor in der Diktatur besser den Verhältnissen angepasst hatten, teilweise Karriere machten. Wo andere sich in ihren Memoiren eine Opposition zum NS-Regime andichteten, blieb Hentig erstaunlich zurückhaltend. So wird etwa seine unmissverständliche, ja scharfe und vor allem – ein seltener Fall – in den Akten nachweisbare Kritik an der deutschen Terrorherrschaft in der besetzten Sowjetunion in seinen Lebenserinnerungen nur angedeutet und abgemildert¹⁰⁴. Das Understatement diene offenbar dazu, das eigene Land und seine Streitkräfte nicht zu stark zu belasten.

Denn die Berichte Hentigs aus der Ukraine und mehr noch von der Krim lesen sich wie ein Kronzeugnis der deutschen Verbrechen. Zugleich sind sie Dokumente der Ohnmacht. Das Auswärtige Amt und seine Vertreter an der Ostfront konnten auf die politisch richtungweisenden Vorgänge in den besetzten sowjetischen Gebieten keinen Einfluss nehmen. Selbst der ranghöchste, erfahrenste und selbstbewussteste Diplomat unter allen VAAs bewirkte so gut wie nichts. Seine kritische Berichterstattung wurde von der Wehrmacht ignoriert und in der Wilhelmstraße mit resigniertem Achselzucken zu den Akten genommen. Auch der einzige ernst zu nehmende Versuch einer eigenständigen Ostdiplomatie scheiterte kläglich. Das Projekt, an die Nationalitäten- und Randstaatenpolitik des Ersten Weltkriegs anzuknüpfen und durch ein Bündnis mit Separatisten die Abspaltung der nichtrussischen Völker von Großrussland zu erreichen, konnte sogar von Rosenberg abgewürgt werden. Hentig wollte die turanische Frage zu diesem Zweck instrumentalisieren, kam aber weder in Berlin noch in Simferopol' wesentlich über konzeptionelle Papiere hinaus. Zwar wurden die Krimtataren im Interesse der Wehrmacht bevorzugt, doch war eine konstruktive Besatzungspolitik gegen den militärischen Utilitarismus („Leben aus dem Lande“) und nationalsozialistischen Rassenwahn („Lebensraum im Osten“) nicht durchzusetzen. So sind die Nachrichten Hentigs aus dem „Zweiten Krimkrieg“ vor allem das höchst seltene Beispiel der klaren und wiederholten Opposition eines amtlichen deutschen Vertreters gegen alle großen Verbrechenskomplexe des Vernichtungskriegs: gegen die Misshandlung bzw. Ermordung von Kriegsgefangenen und Kommissaren, die Aushungerung und Knechtung der Bevölkerung, die unterschiedslose Partisanenbekämpfung und den Völkermord an den sowjetischen Juden. Dieses Zeugnis eines kritischen, oft entsetzten Beobachters verleiht der kurzen Tätigkeit Hentigs auf der Krim über die geringe Rolle seines Amtes hinaus eine nachträgliche Bedeutung.

¹⁰⁴ Hentig, *Leben*, S. 353, beließ es weitgehend bei der Bemerkung: „Zur Feststellung russischer Rechtsverletzungen kamen, was von meiner vorgesetzten Stelle anscheinend zunächst nicht bedacht war, solche von unserer Seite, weil derartige Rechtsverletzungen sich ja häufig gegenseitig bedingten.“



Brennendes sowjetisches Dorf

(Quelle: Bundesarchiv Bild 146-1991-015-35A)

Christian Hartmann/Jürgen Zarusky

Stalins „Fackelmänner-Befehl“ vom November 1941

Ein verfälschtes Dokument

In der Diskussion um die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ verwiesen einige ihrer Kritiker immer wieder auf den ominösen „Fackelmänner-Befehl“ Stalins. Mit diesem Stavka-Befehl¹ Nr. 0428, datiert vom 17. November 1941, gab der sowjetische Diktator den Auftrag, die „Siedlungspunkte“, also Weiler, Dörfer und Ortschaften, im Hinterland der deutschen Truppen in einer Tiefe von bis zu 60 Kilometer systematisch zu zerstören. Dazu sollten neben dem Einsatz von Luftwaffe und Artillerie auch sogenannte Jagdkommandos, kleinere Einheiten in einer Stärke von 20 bis 30 Mann, hinter den deutschen Linien operieren.

Das alles erscheint nicht besonders sensationell. Dass die Sowjetunion nicht nur an der Front gegen die deutschen Besatzer kämpfte, sondern auch in deren Hinterland und dass sie ihre eigene Bevölkerung dabei nicht gerade schonte, ist eine vielfältig belegte Tatsache. Seine eigentliche Brisanz erhält der zitierte Befehl jedoch durch eine Passage, in der es dezidiert heißt, diese Jagdkommandos sollten bei ihren Operationen deutsche Uniformen tragen, um mit einer solchen Täuschung „den Haß auf die faschistischen Besatzer“ zu schüren und „die Anwerbung von Partisanen im Hinterland der Faschisten“ zu fördern. Angehörige der Jagdkommandos, die in deutschen Uniformen hinter den deutschen Linien Siedlungen vernichtet hätten, seien bevorzugt zu Ordensverleihungen vorzuschlagen. Die Perfidie wird noch durch die Anweisung gesteigert, es sei darauf zu achten, „daß Überlebende zurückbleiben, die über ‚deutsche Greueltaten‘ berichten können“.

¹ Die Stavka Verchovnogo Glavnokommandovanija (Stavka VGK), zu deutsch „Hauptquartier des höchsten Oberkommandos“, wurde nach dem deutschen Angriff als oberstes militärische Entscheidungsorgan gebildet und existierte bis Januar 1946. Nach einer kurzen Organisationsphase übernahm Stalin am 10. 7. den Vorsitz, am 8. 8. 1941 erhielt die Stavka ihre endgültige Bezeichnung. Ihr gehörten 1941 der Volkskommissar für Verteidigung Timoŝenko, der Generalstabschef Žukov, Außenminister Molotov, der stellvertretende Vorsitzende des Rats der Volkskommissare und ehemalige Volkskommissar für Verteidigung Vorosilov, der Bürgerkriegsveteran Budennyj, Marinekommissar Kuznecov und der Vorsitzende des Generalstabs Sapoŝnikov an. Die Stavka unterstand dem Staatlichen Verteidigungskomitee, dem obersten Entscheidungsorgan während des Kriegs, dem ebenfalls Stalin vorstand. Vgl. Klaus Segbers, *Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941–1941*, München 1987, S. 55 f. Generell zur Stavka vgl. die Edition Stavka VGK. Dokumenty i materialy, 4 Bde., Moskau 1996–1999.

Dass so etwas in einem eklatanten Widerspruch zum damals herrschenden internationalen Kriegsrecht steht, bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung. Nach Artikel 1, Absatz 2, der Haager Landkriegsordnung müssen die Kriegführenden als solche erkennbar sein, indem „sie ein bestimmtes aus der Ferne erkennbares Abzeichen tragen“². Erst recht verboten ist die Verwendung gegnerischer Abzeichen: „Der Mißbrauch der Parlamentärflagge, der Nationalflagge oder der militärischen Abzeichen oder der Uniform des Feindes sowie der besonderen Abzeichen des Genfer Abkommens“ wird durch Artikel 23, Absatz f, ausdrücklich untersagt³.

Denjenigen, die dieses Dokument in Umlauf gebracht haben oder die sich darauf berufen, geht es jedoch offenkundig nicht in erster Linie um den Nachweis einer eklatanten Verletzung des Kriegsvölkerrechts durch die sowjetische Seite, sondern wohl vor allem darum, die Urheberschaft deutscher Grausamkeiten und Kriegsverbrechen in Zweifel zu ziehen. Dabei hat die Sowjetunion selbst durch den Versuch, die auf Stalins Weisung vom NKWD vorgenommene Erschießung tausender polnischer Offiziere bei Katyn den Deutschen zuzuschreiben⁴, solchen Verdächtigungen durchaus den Boden bereitet. Der „Fackelmänner-Befehl“, wengleich zeitlich der Katyn-Affäre weit vorausgehend, würde sich durchaus in dieses Muster fügen, wenn er denn authentisch wäre.

Eine eingehende Prüfung hat nun aber erwiesen, dass der als „Fackelmänner-Befehl“ in Umlauf gebrachte Text nicht nur eine verkürzte und verstümmelte Fassung der Stavka-Order 0428 ist⁵, sondern vor allem, dass die brisanteste Passage von Stalins Befehl, seine Anweisung, die sowjetischen Jagdkommandos durch deutsche Uniformen zu tarnen, offensichtlich gefälscht und dem Dokument nachträglich hinzugefügt worden ist.

Dies lässt sich in mehr als einer Form belegen. In zwei Bänden der vom Institut für Militärgeschichte des russischen Verteidigungsministeriums und dem Staatlichen Russischen Militärarchiv herausgegebenen Editionsreihe *Velikaja Otečestvennaja* [Großer Vaterländischer (Krieg)] ist der Stavka-Befehl vom 17. November 1941 inzwischen veröffentlicht⁶. In beiden Editionen ist der Text identisch

² Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18. 10. 1907, in: Kodifiziertes internationales Deutsches Kriegsrecht, in seinem Wortlaut und Geltungsbereich gegenüber dem Ausland zusammengestellt von Ernst Lodemann, Berlin 1937, S. 50.

³ Ebenda, S. 59.

⁴ Katyn war nur ein Schauplatz des Massenmords an insgesamt über 15 000 polnischen Kriegsgefangenen. Zum Gesamtkomplex die neueren, auf russischen Quellen fußenden Darstellungen von Natal'ja Lebedeva: *Katyn': prestuplenie protiv čelovečestva*. [Katyn: Verbrechen gegen die Menschheit] Moskau 1994, und Michael Parrish, *The Lesser Terror. Soviet State Security, 1939–1953*. Westport, CT, 1996, S. 53–67. Nachdem deutsche Besatzungstruppen im März 1943 das Massengrab von Katyn entdeckt hatten, kam es zu einem Propagandakrieg zwischen der deutschen Seite, die das Massaker als Legitimation für ihren Krieg gegen die Sowjetunion propagandistisch verwertete, während die sowjetische Seite versuchte, den Massenmord deutschen Truppen in die Schuhe zu schieben. Der Versuch, den Nürnberger Prozess hierzu zu missbrauchen, scheiterte zwar (vgl. Lebedeva, *Katyn'*, S. 299–306), doch in einem sowjetischen Kriegsverbrecherprozess, der vom 29. 12. 1945 bis 6. 1. 1946 in Leningrad stattfand, lasteten zwei Angeklagte den Massenmord von Katyn der SS an. Vgl. Manfred Zeidler, *Stalinjustiz contra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1953. Kenntnisstand und Forschungsprobleme*, Dresden 1996, S. 28f.

⁵ Vgl. den vollständigen Befehl in deutscher Übersetzung im Anhang.

⁶ Stavka VKG. Dokumenty i materialy 1941 god. Moskau 1996 = *Velikaja Otečestvennaja* 5,1,

wiedergegeben. An keiner Stelle ist von der Ausstattung der Jagdkommandos mit deutschen Uniformen die Rede. Dies ist auch nicht etwa auf Eingriffe der Editoren zurückzuführen, wie die Überprüfung anhand einer Kopie des Originalbefehls⁷ ergeben hat⁸. Zu erkennen ist eine handschriftliche Überarbeitung wohl durch Stalin, die sich aber auf geringfügige redaktionelle Änderungen beschränkt. Weder im maschinen-, noch im handschriftlichen Teil sind auch nur die kleinsten Hinweise auf jene ominöse Passage zu finden. In einer faksimilierten Wiedergabe des Stavka-Befehls 0428 in der 1990 erschienenen DDR-Ausgabe von Dmitri Wolkogonows Stalin-Biografie sind die handschriftlichen Änderungen bereits eingearbeitet⁹. Auch hier gibt es keine Spur von einer Anweisung, bei der Vernichtung der Siedlungspunkte deutsche Uniformen zu tragen.

Die häufig im rechtsradikalen Lager angesiedelten Promotoren des „Fackelmänner-Befehls“ verweisen indes auf eine andere Fundstelle¹⁰. Angeblich findet sich der Befehl in verfilmten Akten der Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabs des Heeres, die in den National Archives in Washington verwahrt werden. Eine solche Überlieferung ist theoretisch durchaus möglich. In den Akten dieser Dienststelle sind ganz erstaunliche Informationen über den sowjetischen Gegner zu finden¹¹, womit noch nichts Generelles über die Leistungsfähigkeit und das Können dieser Behörde gesagt ist. Die immer wieder zitierte Signatur, unter der das besagte Dokument dann zusammen mit den anderen deutschen Beuteakten von den National Archives verfilmt worden sein soll, Archiv Serie 429, Rolle 461, Generalstab des Heeres, Abteilung Fremde Heere Ost (II) H 3/70 Fr. 6439568, ist allerdings – so viel lässt sich mit Sicherheit sagen – falsch. Auf dem Film finden sich unter der angegebenen Frame-Nummer lediglich die folgende handschriftli-

S. 299f. Prikazy Narodnogo Komissara Oborony SSSR 22 ijunja 1941 g. – 1942 g. Moskau 1997 = Velikaja Otečestvennaja 2,2, S. 120f.

⁷ Das Dokument befindet sich im Zentralen Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation (Central'nyj Archiv Ministerstvo Oborony RF – CAMO) in Podols'k, Fond 4, Opis'11, Delo 66, List 221.

⁸ Sergej Slutsch (Institut für Slawistik und Balkanistik der Akademie der Wissenschaften, Moskau) sei an dieser Stelle für die Unterstützung bei den Archivrecherchen herzlich gedankt.

⁹ Dmitri Wolkogonow: Triumph und Tragödie. Politisches Porträt des J. W. Stalin, 2 Bde, Berlin 1990, Bd. 2, S. 240f. Für diesen Hinweis danken wir Hartmut Mehringer. Diese Übersetzung ist generell der stark verkürzten und von Fehlern nicht freien westdeutschen Ausgabe von 1989 vorzuziehen. Das bei Wolkogonow wiedergegebene Dokument trägt die Unterschrift Stalins, während die redaktionell bearbeitete Fassung von Stalin und Šapošnikov unterzeichnet ist.

¹⁰ Ernst Gauss/Wilhelm Böke, Focus, Monitor und die historische Wahrheit, in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung 1 (1997), S. 100f.; Jürgen Mohn, Anti-Wehrmachtsausstellung: Würüber die Initiatoren Reemtsma und Heer schweigen. Stalins Fackelmänner-Befehl 0428, in: „Junge Freiheit“, 9. 5. 1997. Wilhelm Langhagel sen.: Was Stalin am 17. November 1941 befahl. Leserbrief, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 4. 1997. Franz W. Seidler (Hrsg.): Verbrechen an der Wehrmacht. Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42. 3. Aufl. 1998, S. 30f. Vgl. auch die Internet-Seiten: „Die konservative Informationsbasis im Internet“ http://www.konservativ.de/wma/wma_fack.htm; „Thulenet“ <http://www.thulenet.com/texte/bewaelt/text0046.htm>

¹¹ Zur Tätigkeit dieser Abteilung vgl. Ulrich Ringsdorf, Organisatorische Entwicklung und Aufgaben der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres, in: Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Festschrift für Hans Booms. Hrsg. von Friedrich P. Kahlenberg, Boppard a. Rh. 1989, S. 800–810; Hans-Heinrich Wilhelm, Die Prognosen der Abteilung Fremde Heere Ost 1942–1945, in: ders./Louis de Jong, Zwei Legenden aus dem Dritten Reich, Stuttgart 1974, S. 7–75; David Thomas, Foreign Armies East and German Military Intelligence in Russia 1941–45, in: Journal of Contemporary History 22 (1987), S. 261–301.

che Aufzeichnung, die hier buchstabengerecht wiedergegeben wird: „1. Pionier Einheiten 2. Eisenbahntuppen 3. Ponton-Einheiten 4. Sonstiges“. Damit ist bereits auf den Inhalt der gesamten Filmrolle 461¹² verwiesen, die in der Tat Akten der Abteilung Fremde Heere Ost enthält. In ihnen geht es jedoch primär um Organisation, Bewaffnung und Einsatzerfahrungen der sowjetischen Waffengattungen sowie um seitenlange Berichte über Sturmgeschütz-Abteilungen, Ski-Bataillone und die Battruppen der Roten Armee, die häufig auf der eingehenden Vernehmung von Kriegsgefangenen beruhen und zum überwiegenden Teil in den Jahren 1944/45, manche auch 1942/43 entstanden sind. Vom „Fackelmänner-Befehl“ fehlt auch hier jede Spur. Es scheint, dass die Filmnummer ohne Verständnis für die Zusammenhänge und ohne Kenntnis des Filminhalts einfach abgeschrieben worden ist, quasi als fiktiver Beweis für eine Quelle, die in dieser Form möglicherweise nie existiert hat.

Wie begründet sich diese These? Der oben genannte Rollfilm 461 ist in Form von fünf kurzen Regesten im dazu gehörenden Findbuch der National Archives beschrieben¹³. Am Beginn dieser Regesten, die jeweils den Inhalt von ganzen Aktengruppen zusammenfassen, sind verschiedene Angaben zu finden: die Seriennummer (429), die Nummer des Rollfilms (461), die Provenienz (Generalstab des Heeres, Abteilung Fremde Heere Ost/(II)) sowie die ehemalige deutsche Signatur des betreffenden Ordners (H 3/70) und schließlich die Frame-Number (6439568), mit der dieser Teil des Rollfilms einsetzt. Hier handelt es sich wohlgerne um die Beschreibung aus dem Findbuch, nicht aber um eine Signatur der National Archives. Bei ihr hat die Seriennummer, die Provenienz und vor allem die alte deutsche Signatur nichts zu suchen, sehr wohl aber die amerikanische Bestandsnummer, aus der dieser Film stammt, in diesem Fall also die Nummer T-78; sie ist aber nur *auf* dem Deckel des Findbuchs verzeichnet. Bei der eingangs genannten „Signatur“ handelt es sich offensichtlich um eine Angabe aus einem Findbuch, die auf wenig professionelle Weise übernommen wurde, nicht aber eine korrekte Zitierung einer Archivalie der National Archives. Dass die angebliche Übersetzung des „Fackelmänner-Befehls“ durch die Abteilung Fremde Heere Ost auch nicht in den originalen deutschen Akten im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg aufzufinden ist¹⁴, ist ein weiteres Indiz dafür, dass es sich bei diesem Dokument schlicht um eine Fälschung handelt.

Dafür spricht auch, dass in dem Buch von Fritz Becker „Stalins Blutspur durch Europa: Partner des Westens 1933–1945“¹⁵, in dem der ominöse Befehl unseres Wissens nach zum ersten Mal erwähnt wird, überhaupt kein Quellenfundort genannt wird. Becker verweist vielmehr lapidar auf Wolkogonow und erklärt, dort

¹² Die korrekte Signatur des Rollfilms lautet: National Archives, T-78, Roll 461.

¹³ American Historical Association, Committee for the Study of War Documents, Guides to German Records microfilmed at Alexandria, Va., No. 30: Records of Headquarters, German Army High Command (Oberkommando des Heeres/OKH), Washington 1961, Part III, S. 134 ff.

¹⁴ Schreiben des Bundesarchiv-Militärarchivs an C. Hartmann vom 22. 6. 1998. Im Besitz des Verf.

¹⁵ Vgl. Fritz Becker, *Stalins Blutspur durch Europa: Partner des Westens 1933–1945*, Kiel 1995, S. 268; Der Terminus „Fackelmänner“ wird in der bundesdeutschen Ausgabe von Wolkogonows *Stalin-Biographie* eingeführt: Dimitri Wolkogonow: *Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt*, Düsseldorf 1989, S. 618.

sei das Dokument unvollständig zitiert¹⁶. Ob Becker selbst die Passage mit den deutschen Uniformen in die Welt gesetzt oder ob er sie aus anderer Quelle bezogen hat, lässt sich nicht feststellen. Er knüpft aber sehr weitreichende Feststellungen daran: Die vom sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow international vorgetragenen Proteste gegen deutsche Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten seien nur ein Versuch gewesen, „die Kriegsverbrechen am eigenen Volk zu vertuschen“. Darauf habe die deutsche Regierung seinerzeit „wahrheitsgemäß“ hingewiesen¹⁷. Erwähnt ist der Fackelmänner-Befehl auch bei Franz W. Seidler; als Quelle verweist dieser auf die NS-apologetische Publikation Beckers, auf Wolkogonow – wobei bei letzterem die von Seidler zitierte Passage über die deutschen Uniformen nicht vorkommt – und schließlich auch auf die angebliche Signatur aus den National Archives. Trotz der Erklärung: „Das Original des Befehls wurde dem Autor bisher noch nicht von den National Archives zugesandt“ in der entsprechenden Fußnote¹⁸ kann man Seidler, der im Gegensatz zum „Privathistoriker“¹⁹ Becker immerhin Professor für Neuere Geschichte – inzwischen Emeritus – ist, den Vorwurf nicht ersparen, ungeprüft Angaben aus unwissenschaftlichen Werken zu übernehmen und so einer rechtsextremen Propaganda-Erfindung den Anschein wissenschaftlicher Seriosität zu verleihen.

Es hätte wenig Erkenntniswert, die Genese der Manipulation und Verbreitung der verfälschten Quelle weiter zu verfolgen. Es handelt sich eindeutig um ein Manöver, NS- und Kriegsverbrechen in der besetzten Sowjetunion zu vertuschen und zu leugnen, was einer in jüngster Zeit verstärkt auftretenden Tendenz in der rechtsextremen Geschichtspromaganda entspricht, die von der entstellenden Interpretation und verzerrenden Wiedergabe historischer Quellen nun zur direkten Fälschung überzugehen scheint²⁰.

Klar ist, dass es sich beim Befehl Nr. 0428 der Stavka nicht um ein propagandistisches Manöver zur Belastung der Wehrmacht und der Waffen-SS handelte, sondern um nichts anderes als einen „Verbrannte-Erde-Befehl“, welcher der bedrängten Situation der Sowjetunion angesichts des deutschen Vorstoßes auf Moskau entsprang. Zur Bewertung einer solchen Kampfaktik hat bereits Wolkogonow das Nötige gesagt: „Es mag sein, daß solche Aktionen den Okkupanten große Unannehmlichkeiten bereiteten. Doch für wieviel sowjetische Menschen [sic!] war ihr Dach über dem Kopf die letzte Zufluchtsstätte, in der sie hofften, die schrecklichen Jahre zu überleben, auf ihre Angehörigen zu warten, ihre Kinder zu retten! Wer sagt, was in diesem Befehl überwog: militärische Zweckmäßigkeit oder gedankenlose Grausamkeit? Das war ein Entschluß in Stalins Sinne. Menschen hatten für ihn noch nie gezählt. Noch nie!“²¹

¹⁶ Vgl. Becker, Stalins Blutspur, Endnote 308, S. 401.

¹⁷ Ebenda, S. 269.

¹⁸ Seidler, Verbrechen, S. 52.

¹⁹ Als solcher firmiert er auf der Homepage der rechtsextremen „Vrij Historisch Onderzoek“, <http://www.vho.org/D/Psychose/StalinFackelmaenner.html>

²⁰ Vgl. zu dieser Problematik: Jürgen Zarusky, Leugnung des Holocaust. Die antisemitische Strategie nach Auschwitz, in: Von „Antisemitismus“ bis „Xenophobie“. Rechtsextreme Medien in Deutschland. Hrsg. von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, Bonn 1999, S. 5–15.

²¹ Wolkogonow, Triumph und Tragödie, S. 261.

Die Entlarvung des „Fackelmänner-Befehls“ als Fälschung darf im Übrigen nicht zu dem Umkehrschluss führen, es habe in der sowjetischen Kriegführung, insbesondere im Partisanenkampf, keine Verwendung gegnerischer Uniformen gegeben. Hier wäre etwa auf einen Bericht des Heeresfeldpolizeichens im Oberkommando des Heeres über die Entwicklung der sowjetischen Partisanenbewegung in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1942 zu verweisen, in dem zu lesen ist: „Mehrere überfielen Partisanen, die deutsche Uniformen bzw. Uniformen der verbündeten Truppen trugen, darunter auch Offiziersuniformen mit E.K. I und II, ganze Dörfer, plünderten sie aus und ermordeten Dorfälteste, Kolchosleiter und andere deutschfreundliche Personen.“²² Die Tarnung mit deutschen Uniformen, so heißt es in dem Bericht, sei in einer Denkschrift der Leitung der Partisanenbewegung ausdrücklich empfohlen worden²³. Derlei Täuschungen und Tarnungen waren indes kein Monopol der sowjetischen Seite. Auch die Kommandoverbände der Abteilung II des Amts Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht beispielsweise bedienten sich nicht nur an der Ostfront immer wieder der kriegsrechtlich zweifelhaften Methode, Uniformen des Gegners zu tragen²⁴. Allerdings kam dieses Mittel auch sonst bei einer ganzen Reihe von Kommandounternehmen des Zweiten Weltkriegs zum Einsatz²⁵.

Statt einseitiger Empörung oder Schuldzuweisung ist in der Wissenschaft eine nüchterne Rekonstruktion und Analyse der ebenso grausamen wie komplexen Realität des Zweiten Weltkriegs gefragt, die stets beide Parteien berücksichtigt. Dies ist angesichts der Öffnung der Archive und der Entstehung einer von ideologischer Bevormundung freien Geschichtswissenschaft in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu einer neuen Herausforderung für die Forschung geworden. Sie sieht sich dabei allerdings mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten konfrontiert. Von diesen Problemen sind politisch motivierte Quellenfälschungen sicherlich die ärgerlichsten und überflüssigsten.

Anhang

Befehl des Hauptquartiers des höchsten Oberkommandos über die Vernichtung von Siedlungspunkten in der frontnahen Zone

0428

17. November 1941

Die Erfahrung des letzten Monats hat gezeigt, daß die deutsche Armee für den Krieg unter winterlichen Bedingungen schlecht vorbereitet ist; es fehlt ihr an war-

²² IfZ-Archiv, MA 1564, Rolle 32, NOKW 2535, S. 18.

²³ Ebenda; nicht nachweisen lässt sich eine solche Denkschrift in den Dokumenten und Materialien der Partisanenbewegung, die im Rahmen der Edition „Velikaja Otečestvennaja“ erschienen ist. Allerdings werden hier vor allem politische und strategische Fragen dokumentiert und kaum die Taktik der Partisanen: Partizanskoe dviženie v gody Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945 gg. Dokumenty i materialy. Moskau 1999 = Velikaja Otečestvennaja 9.

²⁴ Dietrich F. Witzel: Kommandoverbände der Abwehr II im Zweiten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliches Beiheft zur Europäischen Wehrkunde 5 (1990), Heft 5, Oktober 1990.

²⁵ Vgl. etwa Frank Zaddach, Britische Kommandotruppen und Kommandounternehmen im Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 1963.

mer Bekleidung, und infolge der kolossalen Schwierigkeiten, die ihr der hereinbrechende Frost bereitet hat, nistet sie sich in den Siedlungspunkten in der frontnahen Zone ein. Der bis zur Unverschämtheit überhebliche Gegner hatte sich darauf eingerichtet, in den warmen Häusern von Moskau und Leningrad zu überwintern, aber das hat der Einsatz unserer Truppen verhindert. An ausgedehnten Frontabschnitten, an denen sie auf den zähen Widerstand unserer Einheiten gestoßen sind, wurden die deutschen Truppen gezwungen in die Defensive überzugehen, und sie haben sich in den in einer Tiefe von 20 bis 30 Kilometer beiderseits entlang der Straßen gelegenen Siedlungspunkten niedergelassen. Die deutschen Soldaten leben in der Regel in Städten, Weilern und Dörfern in Bauernhäusern, Scheunen, Getreidespeichern und Badehäusern nahe der Front, während sich die Stäbe der deutschen Einheiten in größeren Siedlungspunkten und Städten einquartieren, wo sie sich in Kellerräumen verbergen, die sie als Schutz vor unserer Luftwaffe und unserer Artillerie benutzen. Die sowjetische Bevölkerung dieser Orte wird gewöhnlich von den deutschen Okkupanten ausgesiedelt und hinausgeworfen.

Die deutsche Armee der Möglichkeit zu berauben, sich in Dörfern und Städten niederzulassen, die deutschen Besatzer aus allen Siedlungspunkten in die Kälte der Felder hinauszujagen, sie aus allen Wohnungen und warmen Zufluchtsmöglichkeiten auszuräuchern und sie zu zwingen unter freiem Himmel zu erfrieren – das ist eine unaufschiebbare Aufgabe, von deren Lösung in vieler Hinsicht die Beschleunigung der Zertrümmerung des Feindes und die Zerstörung seiner Armee abhängt²⁶.

Das Hauptquartier des höchsten Oberkommandos befiehlt:

1. Alle Siedlungspunkte im Hinterland der deutschen Truppen in einer Tiefe von 40 bis 60 Kilometer ab der Hauptkampflinie und 20 bis 30 Kilometer links und rechts der Straßen vollständig zu zerstören und niederzubrennen.

Zur Zerstörung der Siedlungspunkte im angegebenen Radius unverzüglich die Luftwaffe heranzuziehen, in großem Maßstab die Artillerie und Granatwerfer zu nutzen, ferner Aufklärungskommandos, ferner Skiläufereinheiten und Divisionsgruppen²⁷ der Partisanen, die mit Flaschen mit Brennstoffen, Granaten und Sprengstoffen ausgerüstet sind.²⁸

2. In jedem Regiment Jägerkommandos von je 20 bis 30 Mann zur Sprengung und Inbrandsetzung der Siedlungspunkte zu bilden, in denen sich die Truppen des Gegners niederlassen. Für die Jägerkommandos sind die kühnsten und in politisch-moralischer Hinsicht stärksten Kämpfer, Kommandeure und Politarbeiter auszuwählen, denen die Aufgabe und ihre Bedeutung für die Zerstörung der deut-

²⁶ Das Falsifikat setzt erst mit den folgenden Passagen ein und beschränkt sich auf die Passagen 1 und 2. Vgl. die in Anmerkung 10 genannten Fundstellen sowie Becker, Stalins Blutspur, S. 268.

²⁷ Mit Ausnahme Seidlens sprechen alle genannten Zitatoren des „Fackelmänner-Befehls“ hier fälschlich von Divisionsgruppen. Dieser Fehler findet sich zuerst bei Becker, Stalins Blutspur, S. 268.

²⁸ An dieser Stelle wurde durch den oder die Fälscher folgende Passage eingefügt: „Die Jagdkommandos sollen überwiegend aus Beutebeständen in Uniformen des deutschen Heeres und der Waffen-SS eingekleidet die Vernichtungsaktionen ausführen. Das schürt den Haß auf die faschistischen Besatzer und erleichtert die Anwerbung von Partisanen im Hinterland der Faschisten. Es ist darauf zu achten, daß Überlebende zurückbleiben, die über die ‚deutschen Greuelthaten‘ berichten können.“

schen Armee gründlich zu erklären ist. Verwegene Kämpfer, die sich bei kühnen Einsätzen zur Vernichtung der Siedlungspunkte hervortun, in denen sich deutsche Truppen befinden, sind zur Auszeichnung vorzuschlagen²⁹.

3. Bei erzwungenen Rückzügen unserer Einheiten an diesem oder jenem Abschnitt die sowjetische Bevölkerung mit sich zu führen und auf jeden Fall ausnahmslos alle Siedlungspunkte zu vernichten, damit der Gegner sie nicht benutzen kann. In erster Linie sind hierzu die in den Regimentern gebildeten Jägerkommandos einzusetzen.

4. Den Kriegsräten der Fronten und der einzelnen Armeen, systematisch zu überprüfen, wie die Aufgaben der Vernichtung der Siedlungspunkte im oben angegebenen, von der Frontlinie aus gemessenen Radius erfüllt werden. Der Stavka ist alle drei Tage gesondert Bericht darüber zu erstatten, wie viele und welche Siedlungspunkte in den vergangenen Tagen vernichtet und mit welchen Mitteln diese Resultate erzielt worden sind.

Das Hauptquartier des höchsten Oberkommandos

I. Stalin

B. Šapošnikov

²⁹ Im Falsifikat heißt es anstelle dieses Satzes: „Besonders jene, die hinter den deutschen Linien in gegnerischen Uniformen Siedlungspunkte vernichten, sind zu Ordensverleihungen vorzuschlagen.“ Ferner wird der folgende Satz hinzugefügt, mit dem das gefälschte Dokument endet: „In der Bevölkerung ist zu verbreiten, daß die Deutschen die Dörfer und Ortschaften in Brand setzen, um die Partisanen zu bestrafen.“

Nachweis der Druckorte

Christian Hartmann, Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht? Überlegungen zur Struktur des deutschen Ostheeres, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 1–78

Dieter Pohl, Die deutsche Militärbesatzung und die Eskalation der Gewalt in der Sowjetunion. Übersetzung von: L'occupation militaire allemande et l'escalade des meurtres de masse en Union Soviétique, in: Gael Eismann/Stefan Martens (Hrsg.), Occupation et répression militaire allemandes 1939–1945, Paris 2006, S. 41–70

Johannes Hürter, Die Wehrmacht vor Leningrad. Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 377–440

Dieter Pohl, Schauplatz Ukraine: Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941–1943, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Bernd C. Wagner (Hrsg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 135–173

Johannes Hürter, „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg“. Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 329–403

Peter Lieb, Täter aus Überzeugung? Oberst Carl von Andrian und die Judenmorde der 707. Infanteriedivision 1941/42, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 523–557

Christian Hartmann, Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“. Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 97–158

Johannes Hürter, Nachrichten aus dem „Zweiten Krimkrieg“ (1941/42). Werner Otto von Hentig als Vertreter des Auswärtigen Amts bei der 11. Armee, in: Wolfgang Elz/Sönke Neitzel (Hrsg.), Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag, Paderborn 2003, S. 361–387

Christian Hartmann/Jürgen Zarusky, Stalins „Fackelmänner-Befehl“ vom November 1941. Ein verfälschtes Dokument, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 667–674

Angaben zu den Autoren

Dr. Christian Hartmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und Dozent an der Universität der Bundeswehr München; veröffentlichte u. a. „Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942“ (Paderborn 1991); „Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42“ (München 2009); Mitherausgeber der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“ und der Edition „Hitler – Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933“; leitete das Projekt „Wehrmacht in der NS-Diktatur“ am Institut für Zeitgeschichte München.

Dr. Johannes Hürter, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und Privatdozent an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; veröffentlichte u. a. „Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932)“ (München 1993); „Paul von Hintze. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik, 1903–1918“ (München 1998); „Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42“ (München 2007); leitet derzeit das Projekt „Demokratischer Staat und terroristische Herausforderung. Die Anti-Terrorismus-Politik der 1970er und 1980er Jahre in Westeuropa“ am Institut für Zeitgeschichte München.

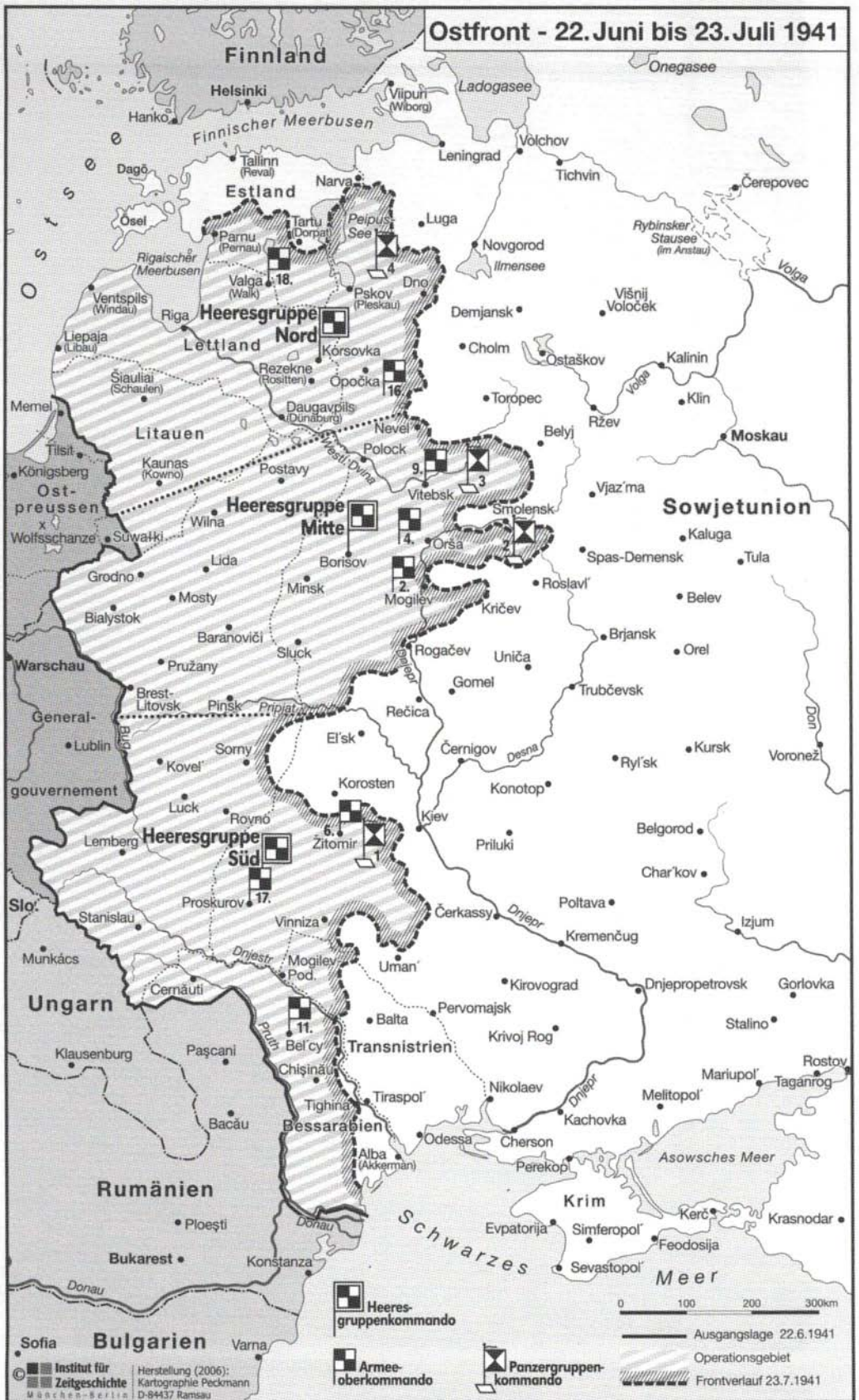
Dr. Peter Lieb, Senior Lecturer im Department of War Studies an der Royal Military Academy Sandhurst (Vereinigtes Königreich); veröffentlichte u. a. „Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44“ (München 2007); „Repercussions of Eastern Front Experiences on Anti-Partisan Warfare in France 1943–1944“, in: *Journal of Strategic Studies* 31 (2008), S. 797–823; „Aufstandsbekämpfung im strategischen Dilemma. Die deutsche Besetzung in der Ukraine 1918“, in: Wolfram Dornik/Stefan Karner (Hrsg.), *Die Besetzung der Ukraine 1918. Historischer Kontext – Forschungsstand – wirtschaftliche und soziale Folgen* (Graz u. a. 2008), S. 111–141.

Dr. Dieter Pohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und Privatdozent an der Ludwig-Maximilians-Universität München; veröffentlichte u. a. „Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944“ (München 1996); „Justiz in Brandenburg 1945–1955“ (München 2001); „Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit“ (Darmstadt 2003); „Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944“ (München 2008); momentan Mitherausgeber der 16-bändigen Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen

Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“ (Band 1: München 2008).

Dr. Jürgen Zarusky, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und Lehrbeauftragter an der Katholischen Universität Eichstätt; veröffentlichte u. a. „Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933“ (München 1992); (Hrsg.) „Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung“ (München 2006); mit Stefanie Hajak (Hrsg.) „München und der Nationalsozialismus. Menschen. Orte. Strukturen“ (Berlin 2008); mit Johannes Hürter (Hrsg.) „Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden“ (München 2008); (Hrsg.) „Ghettorenten: Entschädigungspolitik, Rechtsprechung und historische Forschung“ (München 2009).

Ostfront - 22. Juni bis 23. Juli 1941



Ostfront - 2. Oktober 1941

